

"Das sensibelste Kontrollsystem in einer Demokratie"

Flüchtlinge als Thema der öffentlichen politischen
Kommunikation in der Schweiz 1938 bis 1947

Abhandlung
zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät
der Universität Zürich

vorgelegt von

Patrik Ettinger
von Dübendorf (ZH)

Angenommen auf Antrag von
Prof. Dr. Kurt Imhof
Prof. Dr. Jakob Tanner

Zürich 2005

Danksagung

Der wissenschaftliche Erkenntnisprozess lebt vom Diskurs, der uns die Auseinandersetzung mit den Ideen anderer wie der Validierung eigener Ideen ermöglicht. Diese gilt im hohen Masse auch für diese Arbeit, die ihre Wurzeln in einem Mandat des fög – Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich durch die Unabhängige Expertenkommission: Schweiz – Zweiter Weltkrieg (UEK) hat. Entsprechend schulde ich einer Vielzahl von Personen Dank, die diesen Prozess begleitet und unterstützt haben.

An erster Stelle ist Prof. Dr. Kurt Imhof zu nennen, der als Doktorvater dieser Arbeit wesentliche Impulse gegeben hat und der mir trotz manigfaltiger Aufgaben Freiräume zu ihrer Vollendung ermöglicht hat. Dem Koreferenten Prof. Dr. Jakob Tanner sowie Prof. Dr. Georg Kreis verdanke ich kritische Kommentare und wertvolle Hinweise.

Marianne Bauer, Boris Boller, Petra Frey, Isabel Kamber, Stefan Keller, Martin Kraft, Stephan Meier von Bock, Dominique Oehler, Eva Scheidegger und Linards Udris haben im Rahmen des UEK Mandats die Fülle des Materials erschlossen und analytisch zu durchdringen geholfen. Ohne ihre Vor- und Mitarbeit hätte diese Arbeit nicht in dieser Breite angelegt werden können.

Meine Kolleginnen und Kollegen am fög – Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft haben in all diesen Jahren zu einem Umfeld beigetragen, das immer wieder befruchtend und erhellend wirkte.

Christine Ackermann, Brigitte Grether, Adrian Schnetzer und Ulrich Vonrufs danke ich dafür, dass sie Teile dieser Arbeit auch unter Termindruck einem sorgfältigen Lektorat unterzogen haben.

Jedes wissenschaftliche Streben ist aber auch lebensweltlich eingebettet. So gebührt auch meinen Eltern Cäcilia und Franz Ettinger ein herzlicher Dank.

Ganz besonders danken möchte ich meiner Frau Christine Ackermann Ettinger für ihre aufmunternde, inspirierende, bisweilen insistierende und doch stets geduldige wissenschaftliche wie lebensweltliche Begleitung. Ohne sie wäre diese Arbeit nicht nichts, aber nicht dasselbe.

Inhaltsverzeichnis

1	<i>Einleitung</i>	5
1.1	Fragestellung	8
1.2	Forschungsstand	11
1.3	Aufbau der Arbeit	14
2	<i>Theoretischer Rahmen und methodische Umsetzung</i>	17
2.1	Deutung und Handlung	17
2.2	Normative Grundlagen der Öffentlichkeit	21
2.3	Struktur der Öffentlichkeit	23
2.4	Politische Öffentlichkeit im Krieg	26
2.5	Kommunikationsereignisanalyse und Leitmediensample	28
2.6	Leitmedien	32
2.6.1	Leitmedien des freisinnig-liberalen Milieus	33
2.6.2	Leitmedien des katholisch-konservativen Milieus	34
2.6.3	Leitmedien des sozialdemokratischen Milieus	35
2.6.4	Forumsmedien	36
3	<i>Relevanzstrukturen der schweizerischen Öffentlichkeit in den Jahren 1933 bis 1950</i>	37
3.1	Bestimmung der leitmedialen Arena zur Relevanzstrukturanalyse	39
3.2	Relevanzstrukturen der leitmedialen Arena	42
3.3	Bedrohungswahrnehmung und Bedrohungsabwehr: Leitmediale Kommunikation über Landesverteidigung und –versorgung	49
3.4	Stellenwert der Berichterstattung über Flüchtlinge 1938 bis 1947	53
4	<i>Die Schweiz im Angesicht des „Neuen Europa“</i>	56
4.1	Bedrohungspitze und konfliktive Identitätsversicherung	57
4.2	Basiskonsens der Geistigen Landesverteidigung – Sonderfall Schweiz	66
4.3	Sonderfall und Flüchtlinge	77
5	<i>Verdichtungsphasen der Berichterstattung über „Flüchtlinge“ 1938 bis 1947</i>	80
5.1	Emigration nach dem Anschluss Österreichs und den Pogromen im „Dritten Reich“	80
5.2	Französisch-polnische Internierte (1940/41)	90
5.3	Die „Flüchtlingsdiskussion“ 1942	96
5.4	Flüchtlinge aus Italien 1943	106
5.5	Asylunwürdigkeit und „Interniertenfrage“ 1944	109

5.6	Situation an der Grenze zu Kriegsende 1945	119
5.7	Interniertenskandale 1945/46	126
6	<i>Neue Schweiz</i>	130
6.1	Erosion der Bedrohungswahrnehmung und Revitalisierung der Oppositionsrolle der SPS	131
6.2	Aufbrucheuphorie und Kontinuitätswahrung in der Debatte um die Neue Schweiz.....	137
6.3	Zwischen Integration und politischer Fragmentierung: Nationalratswahlen 1943 und sozialpolitische Auseinandersetzungen	147
6.4	Aufstieg der PdA, „Pilet-Golaz-Krise“ und Säuberungsdiskurs als Zeichen der Polarisierung am Ende des Krieges	151
7	<i>Zentrale Themen der Flüchtlingsberichterstattung</i>	161
7.1	Asylpolitik	161
7.1.1	Kontexte der asylpolitischen Berichterstattung	161
7.1.2	Dynamik des medialen Asyldiskurses	163
7.1.3	Schlüsselbegriffe der schweizerischen Asylpolitik.....	166
7.1.4	Kritik an der Asylpolitik	169
7.1.5	Auswirkungen der medialen Flüchtlingsdebatten auf die Flüchtlingspolitik.....	172
7.2	Internierte	174
7.2.1	Dynamik der Berichterstattung	175
7.2.2	Kritik an den Internierten	176
7.2.3	Kritik an der Internierung	179
7.2.4	Die „Iswestija-Affäre“ und die Ausgrenzung der Partei der Arbeit (PdA)	180
7.2.5	Das Urteil über die Internierung	183
7.3	Kinderhilfe	184
7.3.1	Dynamik der Berichterstattung	184
7.3.2	Das Bild der Kinder	189
7.3.3	Das Selbstverständnis der Schweiz.....	190
7.3.4	Kinderhilfe und Asylpolitik.....	191
7.4	Jüdische Flüchtlinge	193
8	<i>Synthese</i>	199
8.1	Bedeutung und Verlauf der Flüchtlingsberichterstattung	199
8.2	Eigen- und Fremdbilder in der Flüchtlingsfrage	203
8.3	Öffentliche politische Kommunikation über die Flüchtlingspolitik – Positionen und Einflusspotentiale	206
9	<i>Literaturverzeichnis</i>	209

1 Einleitung

„Die öffentliche Meinung, dieses sensibelste Kontrollsystem in einer Demokratie, hat sich entrüstet gegen die verschärften Praktiken der polizeilichen Flüchtlingsbehandlung aufgelehnt, und unter ihrem Druck ist nun vorerst das Schlimmste von den verfolgten Unglücklichen abgewendet worden.“

(Tagwacht, 28.8.42: „Asylrecht und Flüchtlingselend“)

„Ich wollte nicht wissen, sondern glauben. So war das, glaube ich.“

(Max Frisch, Dienstbüchlein)

Am Anfang stehen die nachrichtenlosen Vermögen auf Schweizer Banken. Ab 1995 werden sie zu einem internationalen und – mit etwas Verzögerung – auch zu einem schweizerischen Medienthema.¹ Was den schweizerischen Akteuren als ein vermeintlich begrenztes bankenspezifisches Thema erscheint, weitet sich im Verlauf des Jahres 1996 – gerade auch aufgrund dieser Fehleinschätzung, die die grundlegenden moralischen Implikationen dieses Themas in ihrer Tragweite verkennt – rasch zu einer breiten und hoch konfliktiven Debatte um die Vergangenheit der Schweiz aus und wird letztlich zu einer ein hohes Mass an Irritation und Orientierungsverlust manifestierenden Identitätsdiskussion und zum Prüfstein für die Stellung der Schweiz in der Welt. Denn in dem Masse, wie die Neutralität moralisch in Frage gestellt wird, verliert der Sonderfall seine legitimatorische Basis, und damit wird das „Abseitsstehen“ als politische Handlungsoption auch für die Gegenwart und die Zukunft zum Problem.

Aus der Thematisierung der nachrichtenlosen Vermögen erwächst somit eine grundlegende Debatte um die „Schatten des Zweiten Weltkrieges“ von ausserordentlicher Dynamik. Diese lässt sich nur erfassen, wenn wir uns den Kontext der Thematisierung der nachrichtenlosen Vermögen vor Augen halten und die Lernblockaden auf Seiten der beteiligten Akteure berücksichtigen.² Denn die Debatte um die schweizerische Geschichte und damit letztlich auch um ihre identitätsverbürgende Kraft fällt in eine Phase der gesellschaftlichen Verunsicherung und konfliktiven Neuorientierung. Wie sehr das Selbstverständnis einer allen totalitären Bedrohungen trotzen Schweiz in der Transformationsphase des Mauerfalls und des Zusammenbruchs einer bipolaren Weltordnung erodiert, zeigt sich schon 1989, als der Versuch, anlässlich des fünfzigsten Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges den schweizerischen Widerstandswillen und die ihn

¹ Entscheidend für die mediale Dynamik war, dass sich die nachrichtenlosen Vermögen mit dem Antlitz eloquenter alter Damen personalisieren und über das „Nazigold“ eine einigermaßen plausible Verbindung von Nachkriegsunterlassungen zum Holocaust geschaffen werden konnte. (vgl. Maissen, Erinnerung, S. 635) Über Skandalisierungen und Gegenskandalisierungen konnte dann die mediale Dynamik aufrecht erhalten werden.

² Thomas Maissen hat hierzu unlängst eine umfangreiche und in ihren Schlüssen überzeugende Studie vorgelegt. Vgl. Maissen, Verweigte Erinnerung.

verkörpernde „Aktivdienstgeneration“ nochmals zu feiern, nicht mehr so recht gelingen will. Diese sogenannten „Diamant“-Feiern stossen insbesondere auch im Ausland auf Unverständnis, wo sich – orientiert am zentralen Erinnerungsort „Holocaust“ – eine ganz andere Form der Erinnerung an und des Umgangs mit der Geschichte des Judenmordes und des Zweiten Weltkrieges etabliert hatte. Erst im Verlauf der von aussen angestossenen Debatte um die eigene Geschichte während der Zeit des Nationalsozialismus lernt man in der Schweiz in breiteren Kreisen, dass sich Auschwitz nicht mehr ausserhalb der Schweizer Geschichte als das Ereignis der Anderen verorten lässt.³

Im Zentrum dieser Debatte der Flüchtlings- und Aussenwirtschaftspolitik der Schweiz im Zweiten Weltkrieg stehen nicht so sehr neue Fakten – die Forschungslage ist insbesondere hinsichtlich der Flüchtlingspolitik gut und die wesentlichen Fakten sind bekannt – als die angemessene Interpretation dieser Fakten. Insbesondere die Frage nach der Legitimierung des Handelns damaliger Entscheidungsträger ist Gegenstand einer teilweise heftigen Auseinandersetzung zwischen Historikern, Politikerinnen, Vertretern der so genannten Aktivdienstgeneration und einem politisch interessierten Laienpublikum.

Die die Auseinandersetzung um die Flüchtlingspolitik prägenden Fragen lassen sich wie folgt zusammenfassen: Was hätte man in Bezug auf die Situation von Flüchtlingen wie auf die schweizerische Flüchtlingspolitik wissen können, und warum nahm man manches davon nicht wahr? Was wusste man und unterliess es dennoch zu handeln? Durch welche Deutungsmuster wurden Handlungen im Umgang mit Flüchtlingen – die häufig auch Unterlassungen waren – angeleitet und legitimiert? Wie weit sahen sich die beteiligten Akteure überhaupt in der Lage zu handeln, oder waren sie durch die wahrgenommene Bedrohungslage einerseits und die Restriktionen des Vollmachtenregimes und der Zensur andererseits weitgehend in ihren Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt?

Die durch einen einstimmig verabschiedeten Beschluss der schweizerischen Bundesversammlung im Dezember 1996 ins Leben gerufene Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg, die ursprünglich den Auftrag hatte, Umfang und Schicksal der vor, während und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg in die Schweiz gelangten Vermögenswerte historisch und rechtlich zu untersuchen, interpretierte ihren Auftrag breiter und nahm sich unter anderem der oben skizzierten Fragen an, um sie einer wissenschaftlich fundierten Antwort zuzuführen. So hat auch eine Forschungsgruppe des fög – Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich im Mandat der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (UEK) unter der Leitung des Autors dieser Studie ein Projekt durchgeführt, das diese in der politischen Kommunikation der späten 1990er Jahre erneut⁴ und mit Virulenz gestellten Fragen

³ Neben der Geschichtswissenschaft war es vor allem die Kunst, die – etwa in der Person von Schang Hutter und Adolf Muschg – versuchte, die Shoa resp. Auschwitz demonstrativ im Zentrum der Schweiz zu verorten und so Lernprozesse anzustossen.

⁴ Die Frage nach der Legitimation der schweizerischen Flüchtlingspolitik stellte sich schon 1957 im Kontext des sog. Ludwig-Berichts. Bundesrat von Steiger legitimierte damals im Anhang zum Ludwig-Bericht die Flüchtlingspolitik noch mit dem Argument fehlender Informationen. Dieses Argument ist, wie wir spätestens seit der Arbeit von Gaston Haas wissen, nachweislich falsch. Doch das sich in der berühmten Aussage von Steigers manifestierende Verhältnis von Wahrnehmung, Deutung und Handlung beschäftigte die wissenschaftliche wie öffentliche Diskussion seither immer wieder.

aufgriff und sie in Bezug auf die Flüchtlingspolitik (wie auch auf die Aussenwirtschaftspolitik) wissenschaftlich zu beantworten versuchte. Die vorliegende Arbeit baut darauf auf und systematisiert diesen Zugriff. Hierbei stützt sie sich auf ein theoretisches Fundament, das soziales Handeln als deutungsabhängig konzipiert und die *massenmedial* erschlossene Öffentlichkeit als jenen Ort bestimmt, an dem gesellschaftlich relevante Themen und Deutungen generiert und verbreitet werden.

Dementsprechend basiert der empirische Teil dieser Arbeit auf einer systematischen Erfassung der Berichterstattung in vier Leitmedien der Deutschschweiz und drei Leitmedien der Romandie. So kann ein repräsentatives Bild der leitmedialen Arena der Schweiz gewonnen werden, auf dessen Grundlage verallgemeinerungsfähige Aussagen über die politische Öffentlichkeit der Schweiz möglich werden.

Der über die Kommunikationsereignisanalyse erfolgende Zugriff auf die massenmedial erschlossene Öffentlichkeit erlaubt uns, die Relevanzstrukturen der öffentlichen politischen Kommunikation der (Deutsch-)Schweiz⁵ zwischen 1933 und 1950 systematisch zu erfassen. Durch diese Analyse lässt sich zeigen, was die schweizerische Öffentlichkeit in jenen Jahren bewegte, welche Themen und Ereignisse prominent wahrgenommen und diskutiert wurden und welche Bedeutung der Flüchtlingsthematik in der medialen Öffentlichkeit beigemessen wurde.

Anhand der leitmedialen Flüchtlingsberichterstattung im Zeitraum zwischen 1938 und 1947 lässt sich dann detailliert erfassen, welche Informationen über Flüchtlinge, über ihre Fluchtgründe und über den Umgang der Schweiz mit ihnen öffentlich zur Verfügung standen, wie diese Informationen interpretiert wurden und welche Interpretation sich durchsetzte, so dass sie für die involvierten Akteure als die sozial verbindliche Interpretation orientierungsstiftend und handlungsleitend werden konnte.

Die Wahrnehmung und Interpretation von Vorgängen in der Welt ist ein voraussetzungsreicher Prozess, baut er doch auf tradierte Wissensbestände auf, die in der jeweils aktuellen politischen Kommunikation nur partiell aktualisiert zu werden brauchen. Eine Analyse der öffentlichen politischen Kommunikation, die dieser Erkenntnis Rechnung trägt, muss deshalb zumindest drei Bedingungen erfüllen:

Sie muss *erstens* sensibel sein für die Wirkmächtigkeit jener Deutungsmuster, die als verdinglichte Interpretation von Welt die Funktion von selbstverständlichem Orientierungswissen haben und daher handlungsleitend sind, ohne dass sie in der öffentlichen politischen Diskussion noch (breit) thematisiert werden müssen. Eine solche Funktion können in unserer Untersuchungsphase beispielsweise antisemitische Stereotypen und das Deutungsmuster der Überfremdung erfüllen. Wir müssen uns aber gleichzeitig davor hüten, solche Deutungsmuster absolut zu setzen und die Handlungen der Akteure allein aus ihnen zu erklären. Denn auch verdinglichte Deutungsmuster orientieren nie alle Akteure gleichermassen, und sie sind zudem der sozialen Kreation von Welt nicht per se entzogen.

⁵ Die für die Relevanzstrukturanalyse notwendigen Kommunikationsereignisse liegen in unserem Untersuchungszeitraum nur für die Leitmedien der Deutschschweiz vor.

Dies berücksichtigend, gilt es *zweitens*, die Wechselwirkungen von Deutung und Handlung in jenen Phasen zu erfassen, in denen sie den Zeitgenossen selbst zum Problem werden – oder anders formuliert: Es gilt ein besonderes Augenmerk auf Phasen des Umbruchs und der Orientierungskrisen zu legen, in denen Handlungen neu orientiert und legitimiert werden müssen. Diese Phasen sind regelhaft dadurch gekennzeichnet, dass Akteure mit alternativen Deutungsmustern verstärkt Resonanz erhalten, sich die Auseinandersetzung intensiviert und die Kommunikation verdichtet.

Drittens gilt es, den Kontext thematisch zentrierter Kommunikation zu berücksichtigen. Denn aus diesem Kontext alimentieren sich die Akteure mit Deutungen, die im Diskurs selbst häufig implizit bleiben. Auf einer allgemeinen Ebene vollziehen wir diese Kontextuierung durch den Rückbezug der Flüchtlingsberichterstattung auf die Relevanzstrukturen der schweizerischen Öffentlichkeit. Da die Flüchtlingsberichterstattung immer auch eine Auseinandersetzung mit dem Fremden ist, analysieren wir auf einer zweiten, spezifischen Ebene exemplarische Debatten, in denen das Selbstverständnis der Schweiz zur Diskussion steht. Die Diskussionen um die Stellung der Schweiz im „Neuen Europa“ 1940/41 sowie um das sozialdemokratische Konzept einer „Neuen Schweiz“ an der Kriegswende 1942/43 und um den Platz der Schweiz in der Nachkriegsordnung bilden eine notwendige Hintergrundfolie, vor der erst die öffentliche Auseinandersetzung mit Flüchtlingen verständlich wird.

Erst durch diesen differenzierten Zugang lässt sich erfassen, auf der Basis welcher Weltbilder und Deutungsmuster die Zeitgenossen die Situation von Flüchtlingen wahrnahmen, interpretierten und ihr damit auch eine spezifische Relevanz zumassen. Zugleich wird so auch deutlich, wie in diesem Prozess der Wahrnehmung und Interpretation Erwartungen bestätigt und Irritationen verarbeitet oder vermieden wurden.

Damit leistet diese Arbeit einen Beitrag zur Erklärung der Bedingungen und Ursachen der Flüchtlingspolitik der Schweiz, die in Kenntnis ihrer Folgen sowohl in kognitiver wie ethischer Hinsicht erklärungsbedürftig erscheint. Gerade indem wir die Handlungen der Zeitgenossen in Abhängigkeit von den ihnen zugrunde liegenden Deutungen analysieren, erheben wir den Anspruch, eine Bewertungsgrundlage zu schaffen, die auf vorschnelle Moralisierung oder Psychopathologisierung von Handlungen verzichtet.⁶

1.1 Fragestellung

Wie ausgeführt, zielt diese Studie nicht nur auf eine Beschreibung und Erklärung der öffentlichen politischen Kommunikation über Flüchtlinge, sondern versucht auch eine Erklärung für die Handlungen und Unterlassungen in der Flüchtlingspolitik aus den in der öffentlichen Kommunikation fassbaren Handlungsorientierungen abzuleiten.

⁶ Ein Beispiel für die Psychopathologisierung der Handlungen und Erklärungen des Bundesrates im Zusammenhang mit der schweizerischen Kinderhilfe findet sich bei Picard, *Die Schweiz und die Juden*, S. 429f.

Dieser Anspruch führt zu einer dreistufigen Fragestellung, welche die drei Aspekte Wahrnehmung (im Sinne von Aufmerksamkeitsgenerierung), Deutung und Handlung zueinander in Beziehung setzt:

- 1) *Zu welchem Zeitpunkt und unter welchen Voraussetzungen werden Flüchtlinge zu einem Thema in der öffentlichen politischen Kommunikation, das Aufmerksamkeit generieren und Anschlusskommunikation auslösen kann?*

Die erste Frage rekurriert auf die Funktion der Medienarena, Kommunikationsereignisse von gesellschaftlicher Bedeutung zu etablieren und so die Relevanzstrukturen⁷ einer Gesellschaft zu prägen. Politische Kommunikationsereignisse, die aufgrund der Dauer und der Intensität der Berichterstattung die mediale Agenda dominieren, werden sowohl von der Bevölkerung wie auch vom politischen System als relevant erachtet und lösen entsprechende Anschlusskommunikation aus. Problembezüge, die in der medialen Öffentlichkeit nachdrücklich thematisiert werden, binden die Aufmerksamkeit der Staatsbürger und zwingen das legitimationsbedürftige politische System demokratischer Gesellschaften, seine Routinen zu unterbrechen, um sich – beispielsweise durch Rechtssetzung – der Lösung dieses Problems zuzuwenden.

Um diese in der agenda-setting Hypothese formulierten Zusammenhänge⁸ empirisch umsetzen zu können, werden wir die mediale Agenda durch die systematische Erfassung der zentralen Kommunikationsereignisse⁹ bestimmen. Erst auf dieser Basis wird es möglich, die für die schweizerische Gesellschaft in jenen Jahren prägenden Themen und Ereignisse über die Beobachtung der Beobachter¹⁰ zu rekonstruieren und – in Relation hierzu – die für die Flüchtlingspolitik der Schweiz relevanten Kommunikationsereignisse zu gewichten.

Darüber hinaus erfordert es eine analytische Durchdringung dieser ersten Fragestellung, dass wir die Faktoren benennen, die dazu beitragen, ein Kommunikationsereignis auf der Agenda der medialen Arena zu etablieren. Zu diesen Faktoren gehören sowohl die Selektions- und Interpretationslogiken der Medien selbst als auch die vielfältigen Strategien, mit denen extramediale Akteure versuchen, die mediale Agenda zu beeinflussen. Hier sind in der von uns untersuchten Phase natürlich die Zensurmassnahmen zu nennen. Nur diese in den Blick zu nehmen und sie damit absolut zu setzen, bedeutete jedoch eine unzulässige Verengung der Perspektive. Dadurch würden nicht nur die auch unter den Bedingungen der Zensur vorhandenen Handlungsspielräume der Verlage und Redaktionen ausge-

⁷ Zum Begriff der Relevanzstrukturen vgl. die auf der Theorie von Alfred Schütz aufbauenden Ausführungen in Kap. 2.1.

⁸ Wir werden auf diese Zusammenhänge in der Einleitung zu Kap. 3 eingehen. Zur Einführung in die agenda-setting Hypothese und den Stand der Forschung vgl. Rössler, Agenda-Setting.

⁹ Zur Kommunikationsereignisanalyse vgl. Kap. 2.5.

¹⁰ Diese Formulierung rekurriert auf den Umstand, dass wir als Sozialwissenschaftler Beobachter sind, denen – wie Alfred Schütz dies formuliert hat – ein Material vorgegeben ist, „das die Eigenart besitzt, bereits in einer vorwissenschaftlichen Stufe jene Elemente des Sinns und Verstehens zu enthalten, welche innerhalb der deutenden Wissenschaft selbst mit dem Anspruch auf kategoriale Geltung mehr oder minder explizit auftreten.“ (Schütz, Der sinnhafte Aufbau, S. 18). Zugleich soll sie verdeutlichen, dass uns in Form der Journalisten professionelle Beobachter ihrer Zeit zur Verfügung stehen, an deren Sinnstiftungs- und Verstehensleistung wir in unseren Bemühungen der sinnverstehenden Interpretation jener Jahre anschliessen können.

blendet, sondern auch die Bemühungen von extramedialen Akteuren im Kampf um Aufmerksamkeit und Definitionsmacht ignoriert.

- 2) *Mit welchen „frames“ werden flüchtlingsrelevante Themen versehen? Welche Selbst- wie Fremdtypisierungen finden sich in Bezug auf Flüchtlinge einerseits und schweizerische Akteure resp. die schweizerische Gesellschaft andererseits?*

Diese zweite Frage knüpft in doppelter Hinsicht an die erste an. Einerseits verweist sie darauf, dass Themen in der öffentlichen politischen Kommunikation stets mit Meinungen resp. Positionen verbunden sind. Themen strukturieren die Kommunikation; sie fungieren als Problembezüge, an denen sich der Meinungsstreit festmachen kann. Andererseits impliziert die Frage, dass die Etablierung von Themen auf der medialen Agenda selbst wieder von Deutungen abhängig ist. Denn erst vor dem Hintergrund spezifischer „frames“ werden Ereignisse und Themen als interpretations- und damit diskussionswürdig wahrgenommen und erhalten die Chance, als Kommunikationsereignisse in der medialen Arena „Karriere“ zu machen.

Darüber hinaus verweist die Frage auf den Umstand, dass sich moderne Gesellschaften primär durch Öffentlichkeit als – zumeist in der Form von Nationalstaaten konstituierte – definite Gesellschaften erfahren. Vermittels öffentlicher Kommunikation wirken demokratische Gesellschaften nicht nur – wie in den Erläuterungen zur ersten Frage erwähnt – steuernd auf sich ein, sondern definieren auch das Set von Werten und Normen, das für die Integration einer Gesellschaft unabdingbar ist. In diesem Prozess der Selbstvergewisserung gehen Inklusion und Exklusion miteinander einher.¹¹ Denn die Definition des Eigenen geschieht regelhaft über die Abgrenzung gegenüber dem, was als fremd wahrgenommen und typisiert wird.¹² Über Selbst- wie Fremdtypisierungen wird der Umgang mit dem Fremden geregelt und werden jene Formen der Xenophobie festgelegt, die sozial erlaubt sind.¹³ Der dritte Teil der Fragestellung legt nun die Perspektive auf diese Handlungsebene.

- 3) *Welchen Handlungsbedarf und welche Handlungsspielräume nehmen jene Akteure wahr, die sich öffentlich zur Flüchtlingsthematik äussern? Unter welchen Voraussetzungen werden über massenmedial vermittelte Kommunikationsprozesse Handlungsoptionen erweitert oder verengt?*

Der doppelte Wortsinn des Begriffs „Wahrnehmung“ verweist auf die Dialektik zwischen dem Erkennen und dem Realisieren von Handlungsmöglichkeiten. Damit ist unsere dritte Fragestellung an die erste zurückgebunden. Erstens fokussieren wir die massenmediale Arena und die in ihr vermittelten Deutungsmuster, mit denen die Handlungen schweizerischer Akteure gegenüber Flüchtlingen legitimiert resp. delegitimiert werden. Dabei interessieren uns sowohl die Positionen der Leitmedien selbst wie die Resonanzchancen und die Definitionsmacht jener extramedialen Akteure, die über die Leitmedien ihren hand-

¹¹ Vgl. Imhof, Nationalismus, Nationalstaat und Minderheiten, insbes. S. 329f.

¹² Geradezu beispielhaft hierfür ist die in ihrem Kern tautologische, konservative Bestimmung der Geistigen Landesverteidigung als Abwehr alles Unschweizerischen.

¹³ Zur Illustration sei hier auf die Einbürgerungspraxis der Stadt Zürich in der Zwischenkriegszeit (1920 – 1936) verwiesen, in der jüdische Personen aus Osteuropa legal diskriminiert wurden. Vgl. hierzu Picard, Die Schweiz und die Juden, S. 62-70.

lungsleitenden Deutungsmustern Breitenwirkung zu verschaffen suchen. Dies mündet zweitens in die Analyse resonanzstarker medialer Problematisierungen, die nun auch auf andere gesellschaftliche Teilsysteme – insbesondere das politische System – zurückwirken. Damit zielt diese Fragestellung drittens auf die Auswirkungen massenmedialer Kommunikation auf das politische System, dessen Akteure bei einer erfolgreichen medialen Problematisierung gezwungen werden, Routinehandlungen zu unterbrechen und ihr Handeln zu legitimieren oder gegebenenfalls neu zu orientieren.

1.2 Forschungsstand

Diese Arbeit basiert auf einem im Mandat der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (UEK) am fög – Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich unter der Leitung des Autors dieser Studie durchgeführten Forschungsprojekt. Die Ergebnisse dieses Projektes wurden in der Reihe „Veröffentlichungen der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg“ als Band 8 unter dem Titel „Die Flüchtlings- und Aussenwirtschaftspolitik der Schweiz im Kontext der öffentlichen politischen Kommunikation 1938-1950“ publiziert. Die vorliegende Arbeit übernimmt zentrale Argumentationslinien und Ergebnisse, die bereits in dieser Publikation dargestellt wurden, erweitert sie jedoch in mehrerer Hinsicht. Dies betrifft vor allem die Ausdifferenzierung der drei Leitfragen und ihre ausführlichere und differenziertere theoretische Fundierung. Dies führt insbesondere zu einer genaueren Reflexion der diskursiv erschlossenen *Handlungsspielräume* in der Flüchtlingspolitik. Eine Erweiterung gegenüber der bereits publizierten UEK-Studie stellt diese Arbeit aber auch hinsichtlich der berücksichtigten Quellen dar. Indem sie neu auch die *Sentinelle* als Leitmedium für das sozialdemokratische Milieu der Romandie miteinbezieht, wird eine erhebliche Lücke im systematischen Vergleich sowohl der Sprachregionen wie auch der politischen Milieus geschlossen.

Sowohl die bereits veröffentlichten wie auch die im Zuge dieser Arbeit zusätzlich gewonnenen Erkenntnisse schliessen an eine breite Forschungstradition zur Geschichte der Schweiz im Zweiten Weltkrieg allgemein wie auch zur Flüchtlingspolitik dieser Zeit an, die – insbesondere auch durch die Arbeiten der UEK als gut erforscht gelten kann. Auf die wichtigsten Werke sei hier kurz verwiesen, wobei die nachfolgenden Bemerkungen zum Forschungsstand nur einen kursorischen Überblick vermitteln sollen und nicht als Diskussion der Forschungsliteratur gedacht sind. Eine solche erfolgt unsystematisch anhand spezifischer Aspekte im empirischen Teil dieser Arbeit.

Unter den Gesamtdarstellungen der Geschichte der Schweiz im Zweiten Weltkrieg sind neben den bekannten Arbeiten von Edgar Bonjour¹⁴, Werner Rings¹⁵, Hans-Ulrich Jost¹⁶, Markus Heiniger¹⁷ und Jakob Tanner¹⁸ vor allem die Arbeiten von Kurt Imhof und André

¹⁴ Bonjour, Geschichte der schweizerischen Neutralität, Bd. III-VII, 1970-75.

¹⁵ Rings, Schweiz im Krieg, 1990 (Neuaufgabe).

¹⁶ Jost, Bedrohung und Enge, 1983; ders., Politik und Wirtschaft im Krieg, 1998.

¹⁷ Heiniger, Dreizehn Gründe, 1989.

¹⁸ Tanner, Bundeshaushalt, Währung und Kriegswirtschaft, 1986.

Lassere für unsere Arbeit von Bedeutung. Die Aufsätze Kurt Imhofs analysieren den sozialen Wandel der schweizerischen Gesellschaft anhand des Wandels ihrer Leitbilder schwerpunktmässig vom Beginn der 30er bis in die 50er Jahre.¹⁹ Da sie sich ebenfalls auf die Analyse leitmedialer Kommunikationsereignisse abstützen, sind sie insbesondere für unsere Interpretation leitmedialer Relevanzstrukturen von grossem Wert. Einen alternativen Zugang zur Erforschung der Öffentlichkeit stellt André Lasserers Versuch dar, die „öffentliche Meinung“ und damit letztlich das „kollektive Bewusstsein“ der Schweiz in den „dunklen Jahren“ 1939 bis 1945 anhand der Akten von Heer und Haus zu erfassen.²⁰ Dieser Zugang erlaubt ihm spannende Einblicke in die Alltagskommunikation. Allerdings bleibt offen, wie repräsentativ die von ihm erfassten, individuellen Meinungen und Gruppenpositionen sind.

Die Basis für die Auseinandersetzung mit der schweizerischen Flüchtlingspolitik bildet der 1957 erschienene Bericht Carl Ludwigs.²¹ Akribisch und durchaus kritisch untersucht dieser Bericht die schweizerische Flüchtlingspolitik auf der Grundlage und aus der Perspektive behördlicher Quellen. Die nachfolgenden Arbeiten von Edgar Bonjour²² und Alfred A. Hässler haben ihre Bedeutung weniger aufgrund neuer Fakten als aufgrund neuer Perspektiven auf die bereits von Ludwig erarbeiteten Fakten. Bonjour betont in seiner Auseinandersetzung mit der schweizerischen Flüchtlingspolitik ihre grundsätzliche Rückbindung an den demokratischen Entscheidungsfindungsprozess und vertritt damit die These einer Kollektivverantwortung.²³ Alfred A. Hässler²⁴ präsentiert die von Ludwig zusammengestellten Fakten aus einer alltagsweltlichen Perspektive und ergänzt somit die behördenzentrierte Sichtweise durch jene der Bevölkerung wie der Flüchtlinge. Die Studie von André Lassere zur Asylpolitik²⁵ ermöglicht – trotz ihrer insbesondere in der geringen analytischen Distanz zur Quellenperspektive liegenden Schwächen – eine vertiefte Auseinandersetzung mit der Internierung und erweitert so die Perspektive von Aufnahme oder Abweisung. Von den jüngsten Arbeiten sind jene von Stadelmann²⁶, Koller²⁷ und der Unabhängigen Expertenkommission: Schweiz – Zweiter Weltkrieg (UEK) zu erwähnen.²⁸ Die von der UEK herausgegebene Studie bildet den „state of the art“ der Forschung zur Flüchtlingspolitik.

Zur Situation der Presse während des Krieges bildet immer noch Georg Kreis' Dissertation über Zensur und Selbstzensur²⁹ die wichtigste Informationsquelle, die nur partiell

¹⁹ Imhof, Lernen von Aussen?, 1993; ders., Das kurze Leben der geistigen Landesverteidigung, 1996; und ders., Wiedergeburt der geistigen Landesverteidigung, 1996.

²⁰ Lassere, Schweiz: Die dunkeln Jahre, 1992 (franz. Original 1989).

²¹ Ludwig, Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart, 1957.

²² Bonjour, Geschichte der schweizerischen Neutralität, Bd. VI.

²³ „Es schien allzu billig, wegen der begangenen offensichtlichen Fehler nach den Behörden jener Zeit mit Steinen zu werfen. Die ganze damalige Generation hat versagt und ist mitschuldig. Denn in einer direkten Demokratie wie der schweizerischen wäre das Volk, wenn es sich richtig aufgerafft hätte, durchaus nicht gezwungen gewesen, dem ihm unleidlichen Kurs der Regierung während zehn Jahren passiv zu ertragen.“ (Bonjour, Geschichte der schweizerischen Neutralität, Bd. IV, S. 41.)

²⁴ Hässler, Das Boot ist voll, 1967.

²⁵ Lassere, Frontières et camps, 1995.

²⁶ Stadelmann, Umgang mit Fremden in bedrängter Zeit, 1998.

²⁷ Koller, Entscheidungen über Leben und Tod, 1996.

²⁸ Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg, Die Schweiz und die Flüchtlinge, 1999.

²⁹ Kreis, Zensur und Selbstzensur, 1973.

durch den Aufsatz von Daniel Bourgeois³⁰ ergänzt wird. In einem 1999 erschienenen Beitrag hat Georg Kreis die Erkenntnisse aus seiner Dissertation hinsichtlich des Einflusses der Zensur auf die Berichterstattung über Flüchtlinge kondensiert.³¹ Mit der Situation und der Berichterstattung einzelner Leitmedien beschäftigen sich – wenig kritisch – die Arbeiten von Fred Luchsinger³² und Hugo Wild³³ sowie der ausgezeichnete Aufsatz von Marc Perrenoud³⁴. Unter Beizug quantitativer Methoden und mit Anspruch auf eine systematische Erfassung beschäftigen sich Jacques Meurrant mit der Berichterstattung der Presse der Romandie in den Jahren 1939-1941³⁵ und Pascal Ihle mit der Auslandsberichterstattung.³⁶ Eine auf der Analyse von Kommunikationsereignissen beruhende systematische Untersuchung der Berichterstattung liefern die Studien von Matthias Kunz³⁷ sowie die bereits erwähnte Arbeit von Kurt Imhof, Patrik Ettinger und Boris Boller³⁸.

In Bezug auf unsere spezifischen Forschungsfragen lässt sich der Forschungsstand folgendermassen skizzieren: Die erste Frage, jene nach der Aufmerksamkeit generierenden und Anschlusskommunikation auslösenden Thematisierung von Flüchtlingen in der öffentlichen politischen Kommunikation, wurde bisher erst in verkürzter Form diskutiert. Gaston Haas hat in seiner 1994 erschienenen Dissertation die Legitimationsbasis schweizerischer Flüchtlingspolitik vor dem Hintergrund der verfügbaren Information über die Fluchtgründe analysiert.³⁹ Er greift dabei – wie schon der Titel verdeutlicht – eine berühmte Argumentationsfigur von Bundesrat von Steiger auf, in der die schweizerische Flüchtlingspolitik auf ein Informationsproblem reduziert wird. Die von Bundesrat von Steiger benutzte Argumentationsfigur – aber auch die strukturanaloge Prämisse der Studie von Gaston Haas – unterschlägt jedoch, dass Information nur handlungsrelevant werden kann, wenn sie mit Relevanz versehen wird. Deshalb sind die Relevanzstrukturanalysen öffentlicher Kommunikation, die durch die Aufsätze von Kurt Imhof sowie die Studie von Kurt Imhof, Patrik Ettinger und Boris Boller vorgelegt wurden, unabdingbar. An sie knüpft das dritte Kapitel dieser Arbeit unmittelbar an, und sie dienen darüber hinaus als Referenzgrösse für die gesamte Analyse der öffentlichen Kommunikation über Flüchtlinge wie über das Selbstverständnis der Schweiz. Noch nicht systematisch erforscht sind hingegen mit Bezug zur Flüchtlingsberichterstattung die Strategien der involvierten Akteure, mit denen sie im Kampf um Aufmerksamkeit die medialen Relevanzstrukturen zu beeinflussen suchen.

Die zweite Fragestellung, jene nach den Selbst- wie Fremdtypisierungen in der Berichterstattung über Flüchtlinge und die schweizerischen Reaktionen, rekurriert unter anderem auf antisemitische Stereotypen und das Deutungsmuster der Überfremdung. Für ersteres

³⁰ Bourgeois, *Presse und Zensur*, 2002 (franz. Original 1983).

³¹ Kreis, *Flüchtlingsdebatte und Zensurregime in den Jahren 1939-1945*, 1999.

³² Luchsinger, *Die Neue Zürcher Zeitung im Zeitalter des Zweiten Weltkrieges*, 1955.

³³ Wild, *Die Bewährungsprobe des Nationalsozialismus*, 1993.

³⁴ Perrenoud, *La sentinelle sous surveillance*, 1987.

³⁵ Meurant, *La presse et l'opinion de la Suisse romande*, 1976.

³⁶ Ihle, *Die journalistische Landesverteidigung im Zweiten Weltkrieg*, 1997.

³⁷ Kunz, *Aufbruchstimmung und Sonderfall-Rhetorik*, 1998.

³⁸ Imhof / Ettinger / Boller, *Flüchtlings- und Aussenwirtschaftspolitik*, 2001.

³⁹ Haas, *Was man in der Schweiz von der Judenvernichtung wusste*, 1994.

erweisen sich die Arbeiten von Jacques Picard⁴⁰ und der Aufsatz von Oliver Zimmer⁴¹ als ausserordentlich hilfreich. Die Bedeutung des Deutungsmusters „Überfremdung“ ist insbesondere durch die Arbeiten von Uriel Gast⁴² und jüngst von Patrick Kury⁴³ gut erforscht.

Gleiches kann für die dritte Fragestellung, die sich für die Voraussetzungen interessiert, unter denen *über massenmedial vermittelte Kommunikationsprozesse* Handlungsoptionen erweitert oder verengt werden, nicht behauptet werden. Der Aufsatz von Guido Koller⁴⁴ rekonstruiert den behördlichen Entscheidungsfindungsprozess zwar auf sehr überzeugende Weise, beleuchtet den Einfluss der öffentlichen politischen Diskussion auf diesen jedoch nur am Rande.

1.3 Aufbau der Arbeit

Das im *zweiten Kapitel* auszuführende theoretische Fundament dieser Studie geht in der Tradition von Max Weber und Alfred Schütz von der Deutungsbedingtheit sozialen Handelns aus. Die Mitglieder einer Gesellschaft sehen sich nicht einer ontologisch vorgegebenen Realität gegenüber; sie müssen diese erst über Deutungsmuster definieren. In der Masse, wie dies intersubjektivierend geschieht, konstituiert sich gesellschaftlich geteilte Realität. Dieser Prozess der Intersubjektivierung und der Generierung gesellschaftlich geteilter Deutungsmuster wird über die Arbeiten von Jürgen Habermas und Kurt Imhof erschlossen. Der Ort, an dem solche Deutungsmuster entstehen und verfallen ist die Öffentlichkeit. Nun bezeichnet Öffentlichkeit sowohl einen normativ geladenen Schlüsselbegriff der Gesellschaftstheorie wie auch Orte und Strukturen der Kommunikation. Im zweiten Teil des Kapitels beschäftigen wir uns daher sowohl mit den Funktionen, die der Öffentlichkeit in demokratischen Gesellschaften zugeschrieben werden, als auch mit den Strukturen der Öffentlichkeit, durch die Kommunikation auf gesellschaftlicher Ebene erst ermöglicht wird, die sie aber auch beschränken und gliedern (Zugangsmöglichkeiten und Definitionsmacht). Dies mündet in eine Diskussion der politischen Öffentlichkeit im Krieg. Am Schluss dieses zweiten Kapitels stehen eine knappe Einführung in die methodischen Grundlagen zur Erfassung der öffentlichen Kommunikation über die systematische Analyse von Leitmedien und die Bestimmung dieser Leitmedien.

Im *dritten Kapitel* werden die Relevanzstrukturen in der öffentlichen politischen Kommunikation der (Deutsch-)Schweiz zwischen 1933 und 1950 analysiert. Durch die Analyse der wichtigsten Kommunikationsereignisse dieser Phase lassen sich die zentralen Themen bestimmen, welche die politische Kommunikation jener Jahre prägen (Konvergenzereignisse). Die Analyse dieser Kommunikationsverdichtungen erlaubt es, Phasen des Orientierungsverlustes wie der Restabilisierung zu unterscheiden und Umschlagpunkte in der Bedrohungswahrnehmung zu benennen. Schliesslich lässt sich auf der Basis dieser sys-

⁴⁰ Picard, Die Schweiz und die Juden, 1994; ders., Antisemitismus erforschen?, 1997.

⁴¹ Zimmer, Zur Typisierung der Juden in der Schweizerischen Tagespresse, 1993.

⁴² Gast, Von der Kontrolle zur Abwehr, 1997.

⁴³ Kury, Über Fremde reden, 2003.

⁴⁴ Koller, Entscheidungen über Leben und Tod, 1996.

tematischen Vermessung und Auswertung der öffentlichen politischen Kommunikation auch die Bedeutung der nachfolgend differenziert untersuchten Flüchtlingsberichterstattung erfassen.

Zur Kontextuierung der Flüchtlingsberichterstattung in Rückbezug auf das Selbstverständnis der Schweiz wird im *vierten Kapitel* die diskursive Verarbeitung der überraschenden Niederlage der alliierten Armeen im Sommer 1940 untersucht. Dieser Sommer erweist sich für das Selbstverständnis der Schweiz und seine Positionierung gegenüber einem durch das siegreiche Dritte Reich dominierten „Neuen Europa“ als eine entscheidende Phase.⁴⁵ Die grosse gesellschaftliche Verunsicherung kann nur durch einen intensiven Selbstverständigungsdiskurs überwunden werden, in dessen Verlauf auf der Grundlage des Sonderfallverständnisses ein neuer Basiskonsens etabliert wird. In diesem Kapitel werden wir die Ausgestaltung dieses Basiskonsenses anhand zentraler Leitwerte der Schweiz nachvollziehen und die Auswirkungen des hier gewonnenen Selbstverständnisses der Schweiz auf ihren Umgang mit Fremden diskutieren.

Das *fünfte Kapitel* widmet sich der Deskription und Analyse der Berichterstattung über Flüchtlinge. Die Analyse der Berichterstattung setzt 1938 mit der Konferenz in Evian ein. Schon hier – und noch deutlich vor der im vorangegangenen Kapitel erarbeiteten virulenten Bedrohungserfahrung – werden die zentralen Deutungsmuster im Umgang mit Flüchtlingen aktualisiert, die in der Folge über weite Strecken die Flüchtlingspolitik aber auch die öffentliche politische Diskussion prägen werden (Stichwort: Transitland-Doktrin). Neben der Konferenz von Evian bilden die Flüchtlingswelle nach dem Anschluss Österreichs und den Pogromen in Deutschland 1938, der Übertritt der französisch-polnischen Armee 1940 und ihre Internierung sowie die grosse flüchtlingspolitische Diskussion im Herbst 1942 weitere Kommunikationsereignisse, die detailliert untersucht werden. Nach der Flüchtlingsdebatte 1942 wird die Berichterstattung erst im Herbst 1943 mit der durch die Kritik der Alliierten angestossenen Frage der „Asylunwürdigkeit“ wieder in Ansätzen reflexiv und diskursiv. Diese Diskussion bleibt bis nach Kriegsende in der medialen Öffentlichkeit präsent. Verstärkt wird 1944 auch das Verhältnis zwischen Schweizern und Flüchtlingen zum kontroversen Thema. Konkretisiert wird dies an der Frage der Arbeitsleistung der Internierten, an Zwischenfällen mit Schweizern und an sexuellen Kontakten mit Schweizerinnen. Im Kontext der Berichterstattung über die Situation an der Grenze gegen Ende des Krieges wird die Frage der Asylunwürdigkeit nochmals aufgegriffen. 1945 und 1946 stehen sich schliesslich in der Frage der „Misshandlung der Internierten“ wie der Korruptionsfälle im Interniertenwesen („Internierungsskandal“) wie schon 1938 und 1944 erneut die politische Linke und das bürgerliche Lager gegenüber.

Das *sechste Kapitel* analysiert die schwindende Bedrohungswahrnehmung und die unterschiedlichen Reaktionen der politischen Milieus. Die Sozialdemokratie revitalisiert ihre Oppositionsrolle und lanciert mit ihrem Programm „Neue Schweiz“ eine noch während des Krieges vor allem in der Deutschschweiz intensiv geführte Diskussion um die Wirtschafts-

⁴⁵ Vgl. Tanner, Die Ereignisse marschieren schnell, S. 259: „Abgesehen vom November 1918, als das politische System von der organisierten Arbeiterbewegung durch einen Landesstreik herausgefordert wurde, war dieses année terrible das labilste in der Geschichte der modernen Schweiz. Der Einmarsch der Wehrmacht in Paris [...] versetzte die Bevölkerung in einen Zustand zwischen Panik und Paralyse.“

und Sozialpolitik der schweizerischen Nachkriegsgesellschaft. An den eidgenössischen Wahlen 1943 und den 1944 und 1945 weitergeführten sozialpolitischen Debatten manifestiert sich ein beständiges Schwanken der einzelnen politischen Milieus zwischen anhaltendem kommunikativem Dissens und lösungsorientierter politischer Praxis.

Mit dem *siebten Kapitel* wird die Flüchtlingsberichterstattung wieder aufgegriffen und im diachronen Vergleich anhand von vier Themen diskutiert. Das erste Teilkapitel beschäftigt sich mit der massenmedialen Diskussion der Asylpolitik. In ihm werden die Dynamik der Diskussion nachgezeichnet, die zentralen Leitbegriffe der schweizerischen Asylpolitik untersucht und die Kritikpotentiale benannt. Dies mündet in eine Diskussion der Auswirkungen öffentlicher, massenmedial vermittelter Kritik auf die Ausgestaltung der schweizerischen Flüchtlingspolitik wie der Praxis im Umgang mit Flüchtlingen. Das zweite Teilkapitel beschäftigt sich mit der Wahrnehmung der in der öffentlichen Kommunikation unspezifisch definierten Kategorie der „Internierten“. Hier interessiert einerseits die Kritik an den Internierten wie jene an der Internierung, die sich insbesondere seit 1943 verschärft, und andererseits die Einbettung dieser Diskussionen in einen Kontext aussenpolitischer Isolation und innenpolitischer Polarisierung. Neben den Internierten sind die Flüchtlings- resp. Ferienkinder die zweite grosse Flüchtlingskategorie, die das Selbstbild der Schweiz und ihres Umgangs mit Fremden pflegen. Im dritten Teilkapitel untersuchen wir die Berichterstattung über diese Kinder und die schweizerischen Helfer und diskutieren die Auswirkungen dieses humanitären Diskurses auf die Flüchtlingspolitik. Den Abschluss dieses siebten Kapitels bildet eine Diskussion der Frage, in wieweit die Berichterstattung über Flüchtlinge die spezifische Situation jüdischer Flüchtlinge wie die Aufnahmebereitschaft der Schweiz für diese Flüchtlingskategorie reflektiert.

Das abschliessende *achte Kapitel* bietet eine Synthese, die die in der Einleitung formulierte, dreiteilige Fragestellung aufnimmt und vor dem Hintergrund der erarbeiteten Ergebnisse beantwortet.

2 Theoretischer Rahmen und methodische Umsetzung

Die vorliegende Arbeit erklärt den Umgang der Schweiz mit Flüchtlingen aus der Dynamik der öffentlichen politischen Kommunikation, in der sowohl das Selbstverständnis der Schweiz wie auch das Bild von Flüchtlingen problematisiert und intersubjektiviert wird.

Seine Plausibilität bezieht dieser Ansatz aus einer theoretischen Position, die in Anlehnung an Max Weber soziales Handeln als deutungsbedingt konzipiert. Auf dieser Weberischen Konzeption aufbauend, hat sich Alfred Schütz mit der Frage beschäftigt, wie sich der mit jedem Akt sozialen Handelns verbundene Sinn verstehen lässt. Seine Ausführungen zur Lebenswelt und der in ihr eingelagerten Sinn- und Relevanzstrukturen sind äußerst hilfreich, bleiben an einer entscheidenden Stelle jedoch defizitär. Schütz vermag Sinnverstehen nicht als intersubjektivierbaren Prozess zu beschreiben. Um dieses Problem zu lösen, orientieren wir uns einerseits an der kommunikationstheoretischen Reformulierung der Lebensweltkonzeption, die Jürgen Habermas in seiner Theorie des kommunikativen Handelns vollzogen hat, und andererseits an den Arbeiten von Kurt Imhof und Gaetano Romano, die Intersubjektivität als Folge massenmedial bedingter Definitionsmacht über die Realität verstehen (Kap. 2.1). Damit ist die zentrale Bedeutung der – massenmedial hergestellten – Öffentlichkeit für unsere Fragestellung theoretisch fundiert.

Öffentlichkeit ist jedoch ein vielfach aufgeladener Begriff, der sowohl normative wie empirisch-analytische Aspekte umfasst. Deshalb leiten wir ausgehend vom Öffentlichkeitsverständnis der Aufklärung in einem ersten Schritt die normative Ladung des Öffentlichkeitsverständnisses moderner demokratischer Gesellschaften her (Kap. 2.2). In einem zweiten Schritt werden wir dann Öffentlichkeit als Kommunikationsstruktur beschreiben, die sowohl vertikal wie funktional differenziert ist. Diese Differenzierung verweist auf die historisch variablen Faktoren, aus denen sich ungleich verteilte Zugangsmöglichkeiten und Resonanzchancen sowie eine unterschiedliche Definitionsmacht der Öffentlichkeit herstellenden Akteure ergeben (Kap. 2.3). Die Konkretisierung dieser Überlegungen mündet in eine Diskussion der politischen Öffentlichkeit der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges, die mehr umfasst als die Frage nach Zensur und Selbstzensur (Kap. 2.4).

Absgeschlossen wird dieses Kapitel mit einer knappen Darstellung des methodischen Zugriffs zur Vermessung massenmedial erschlossener Öffentlichkeit. In ihr skizzieren wir die Kommunikationsereignisanalyse (Kap. 2.5) und bestimmen die Leitmedien unseres Samples (Kap. 2.6).

2.1 *Deutung und Handlung*

Max Weber hat in einer klassisch gewordenen Definition Soziologie als eine Wissenschaft bestimmt, die „soziales Handeln deutend verstehen und dadurch in seinem Ablauf und seinen Wirkungen ursächlich erklären will“⁴⁶. Soziales Handeln ist für Weber jene Form

⁴⁶ Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, S. 1.

des Handelns, das „seinem von dem oder den Handelnden gemeinten Sinn nach auf das Verhalten anderer bezogen wird und daran in seinem Ablauf orientiert ist“⁴⁷.

Diese Definition zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen machend, hat sich Alfred Schütz der Frage zugewandt, wie sich dieser Sinn für Handelnde konstituiert. Schütz ermittelt das Grundmuster subjektiver Erfahrung in den Strukturen der Lebenswelt. „In der Welt lebend, leben wir mit Anderen und für Andere, an denen wir unser tägliches Tun orientieren. Indem wir sie als die Anderen, als Mit- oder Nebenmenschen, Vorfahren oder Nachfahren erleben, mit ihnen verbunden zu gemeinsamem Wirken und Werken, sie zu Stellungnahmen veranlassend und durch sie zu Stellungnahmen veranlasst, *verstehen* wir das Verhalten dieser Anderen und setzen voraus, dass sie das unsere verstehen. In diesen Sinnsetzungs- und Sinndeutungsakten baut sich für uns in Graden verschiedener Anonymität, in grösserer oder geringerer Erlebnisnähe, in mannigfachen, einander durchkreuzenden Auffassungsperspektiven das Sinngefüge der sozialen Welt auf, welche sowohl unsere Welt (streng genommen zunächst: meine Welt) als auch die der Anderen ist.“⁴⁸ Diese Lebenswelt versorgt „die in ihr lebenden, denkenden und handelnden Menschen“ mit einer „Sinn- und Relevanzstruktur“, die ihr Verhalten bestimmt, ihre Handlungsziele definiert und die Mittel zur Realisierung solcher Ziele vorschreibt.⁴⁹

In der Konzeption von Alfred Schütz bleibt Sinnverstehen jedoch – darauf hat Jürgen Habermas hingewiesen – „der privilegierte Erfahrungsmodus der Angehörigen einer Lebenswelt“⁵⁰. Die intersubjektive Konstitution der Lebenswelt lässt sich aus seinen Überlegungen nicht erklären. Schütz war sich dieser Problematik durchaus bewusst, verzichtete aber auf ihre konsequente Bearbeitung. Bezogen auf das wissenschaftliche Sinnverstehen findet sich im eben zitierten Aufsatz jedoch eine Bemerkung, die den Ansatzpunkt zu einer Lösung erkennen lässt: „Verstehen ist keineswegs eine private Angelegenheit des Beobachters, die nicht durch die Erfahrung anderer Beobachter überprüft werden könnte. Es ist zumindest in dem Mass überprüfbar, in dem die privaten Sinneswahrnehmungen eines Individuums durch andere Individuen unter bestimmten Bedingungen kontrolliert werden können.“⁵¹

An diese Überlegung anknüpfend,⁵² weist Jürgen Habermas einen Ausweg aus der phänomenologischen Lebensweltproblematik. Er identifiziert in seiner Theorie des kommunikativen Handelns Sprache als jenes Medium, an dem sich die Intersubjektivität einer nun gemeinsam geteilten Lebenswelt festmachen lässt.⁵³ In Absetzung von ethnomethodologischen und philosophisch-hermeneutischen Ansätzen betont Habermas, dass soziales Handeln nicht auf die Interpretationsleistungen der Kommunikationsteilnehmer reduziert werden kann. Sprache ist damit für Habermas „nur der Mechanismus der Handlungskordinierung, der die Handlungspläne und die Zwecktätigkeiten der Beteiligten zur

⁴⁷ Ebenda.

⁴⁸ Schütz, Der sinnhafte Aufbau, S. 17 (Hervorhebung im Original).

⁴⁹ Schütz, Gesammelte Aufsätze, Bd. I, S. 6.

⁵⁰ Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. I, S. 176f.

⁵¹ Schütz, Gesammelte Aufsätze, Bd. I, S. 64f.

⁵² Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. I, S. 176f.

⁵³ Imhof / Romano, Soziale Krisen und die Kreation von neuen Entwicklungsmustern, S. 37.

Interaktion zusammenfügt“⁵⁴. Die Vielzahl der Handlungen, die im Medium der Sprache koordiniert werden, lassen sich nach Habermas traditionellerweise in die drei Typen teleologisches⁵⁵, normenreguliertes⁵⁶ und dramaturgisches⁵⁷ Handeln einteilen. Mit jedem dieser drei Handlungstypen korrespondiert ein spezifischer Weltbezug. Je nachdem, ob unsere Handlungen durch Sachverhalte, Normen und Werte oder Gefühle und Eindrücke geprägt sind, beziehen wir uns auf eine objektive, eine soziale oder eine subjektive Welt.⁵⁸ Der von Habermas neu eingeführte Handlungstyp des kommunikativen Handelns zeichnet sich nun dadurch aus, dass kommunikativ handelnde Akteure diese drei Weltbezüge integriert und reflexiv aufnehmen. „Kommunikativ handelnde Subjekte verständigen sich stets im Horizont einer Lebenswelt. Ihre Lebenswelt baut sich aus mehr oder weniger diffusen, stets unproblematischen Hintergrundüberzeugungen auf. Dieser lebensweltliche Hintergrund dient als Quelle für Situationsdefinitionen, die von den Beteiligten als unproblematisch vorausgesetzt werden.“⁵⁹ Die Bezüge zur objektiven, sozialen und subjektiven Welt und die damit verbundenen Geltungsansprüche „bilden das formale Gerüst, mit dem die kommunikativ Handelnden die jeweils problematischen, d.h. einigungsbedürftigen Situationskontexte in ihre als unproblematisch vorausgesetzte Lebenswelt einordnen. Die Lebenswelt speichert die vorgetane Interpretationsarbeit vorangegangener Generationen; sie ist das konservative Gegengewicht gegen das Dissensrisiko, das mit jedem aktuellen Verständigungsvorgang entsteht.“⁶⁰

Lebensweltlich abgestütztes kommunikatives Handeln dient jedoch nicht nur der Verständigung. Indem Akteure sich über etwas in der Welt verständigen, nehmen sie zugleich an Interaktionen teil, bilden dadurch ihre Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen wie ihre eigene Identität aus und bestätigen und erneuern diese Zugehörigkeit und Identität in kommunikativen Akten fortwährend.⁶¹ Dieser Prozess lässt sich auch aus einer gesellschaftlichen Perspektive lesen. Kommunikatives Handeln dient dann der Tradition und Erneuerung kulturellen Wissens, der sozialen Integration und der Herstellung von Solidarität sowie schliesslich der Ausbildung von personalen Identitäten. Damit kann Jürgen Habermas Lebenswelt als Teil der gesellschaftlichen Integration konzipieren und in eine kontrastive

⁵⁴ Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. I, S. 143.

⁵⁵ Der teleologisch handelnde Akteur verwirklicht einen Zweck bzw. bewirkt das Eintreten eines erwünschten Zustandes, indem er die in der gegebenen Situation erfolversprechenden Mittel wählt und in geeigneter Weise anwendet. Das teleologische Handeln wird zum strategischen Handeln, wenn in das Erfolgskalkül des Handelnden die Erwartung von Entscheidungen mindestens eines weiteren zielgerichtet handelnden Akteurs eingehen kann. (Vgl. Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. I, S. 126f.)

⁵⁶ Normenreguliert handeln Mitglieder einer sozialen Gruppe, insofern sie ihr Handeln an gemeinsamen Werten orientieren. Normen drücken ein in einer sozialen Gruppe bestehendes Einverständnis aus. Alle Mitglieder einer Gruppe, für die eine bestimmte Norm gilt, dürfen voneinander erwarten, dass sie in bestimmten Situationen die jeweils gebotenen Handlungen ausführen bzw. unterlassen. Normenreguliertes Handeln ist damit auch die Erfüllung einer generalisierten Verhaltenserwartung. (Vgl. Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. I, S. 127)

⁵⁷ Der Begriff des dramaturgischen Handelns bezieht sich primär „auf Interaktionsteilnehmer, die füreinander ein Publikum bilden, vor dessen Augen sie sich darstellen“, indem sie ihre Subjektivität mehr oder weniger gezielt enthüllen. (Vgl. Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. I, S. 128)

⁵⁸ Diese Weltbezüge entwickelt Habermas aus einer Kombination der Popperschen Dreiweltenlehre und der Weberschen Unterscheidung in Wertspähren.

⁵⁹ Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. I, S. 143.

⁶⁰ Ebenda.

⁶¹ Vgl. Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. II, S. 211-216.

Beziehung zur systemischen Integration über die Integrationsmedien Macht und Geld (Staat und Wirtschaft) setzen. Diese beiden grundsätzlich unterschiedlichen Steuerungsmechanismen der Integration bezeichnet Habermas als Sozial- resp. Systemintegration.⁶²

In der Habermasschen Perspektive ist kommunikatives Handeln an der Idealvorstellung herrschaftsfreien Raisonnements orientiert. Doch reale Kommunikationsprozesse vollziehen sich auf der Basis von sozialen Strukturen, die horizontal und vertikal differenziert die Gesellschaft untergliedern. Im Masse dieser Untergliederung in Schichten und Klassen, in Interessengruppen und Subkulturen differenziert sich eine Kommunikationsstruktur aus, die unter dem Einfluss strategisch handelnder Akteure auf die Prozesse der kulturellen Reproduktion, der sozialen Integration und der Sozialisation einwirkt.⁶³ „Was die Inter-subjektivität der Lebenswelten garantiert, [...ist] Folge massenmedial bedingter Definitionsmacht über die Realität.“⁶⁴ Kurt Imhof und Gaetano Romano haben auf der Basis dieser Erkenntnis eine Theorie des sozialen Wandels moderner Gesellschaften entwickelt, die gesellschaftlich organisierte Lebensweltreproduktion primär als Aufbau und Zerfall von Deutungsmustern in der massenmedialen Kommunikation beschreibt. Derart etablierte Weltbilder und Deutungskonfigurationen schaffen Erwartungssicherheit und orientieren das Handeln der Gesellschaftsmitglieder, bis nicht intendierte Folgen sozialen Handelns anomische Lagen produzieren, die vor allem durch soziale Bewegungen bewirtschaftet werden. In dem Masse, wie es diesen gelingt, sich mit alternativen Deutungsmustern in der Medienarena Resonanz zu verschaffen, steigt vorerst der gesellschaftliche Orientierungsverlust und spitzt sich der Konflikt zu. Die Beilegung des Konflikts und die Wiedererlangung von handlungsorientierender Erwartungssicherheit ist an die Durchsetzung erneut intersubjektiv geteilter Deutungsmuster gebunden. Die Form der Krisenlösung ist hingegen weitgehend kontingent.⁶⁵ Der soziale Wandel moderner Gesellschaften lässt sich somit nach Kurt Imhof und Gaetano Romano als diskontinuierliche Abfolge von strukturzentrierten Perioden und Krisenphasen beschreiben. „Während in den strukturzentrierten Perioden die ‘gesellschaftlich konstruierte Wirklichkeit’ den vergesellschaftlichten Akteuren als verdinglichte Realität gegenübersteht, verliert diese ‘Wirklichkeit’ in der Krise ihre selbstverständliche und unverrückbare Faktizität.“⁶⁶

Damit ist die Öffentlichkeit als der soziale Ort bestimmt, an dem über kommunikative Akte die Intersubjektivität einer gemeinsam geteilten Lebenswelt hergestellt wird. Während sich Jürgen Habermas am normativen Idealtyp der Öffentlichkeit orientiert, setzen Kurt Imhof und Gaetano Romano am Realtyp einer in modernen Gesellschaften vorfindbaren Öffentlichkeitsstruktur an, die durch unterschiedliche Definitionsmacht und Partizipationschancen gekennzeichnet ist. Beides aber ist selbst Gegenstand des sozialen Wandels und somit historisch variabel.

⁶² Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. II, S. 226ff.

⁶³ Imhof / Romano, Soziale Krisen und die Kreation von neuen Entwicklungsmustern, S. 73.

⁶⁴ Ebenda.

⁶⁵ Imhof / Romano, Die Diskontinuität der Moderne, 1996. Darin insbesondere: Imhof, Intersubjektivität und Moderne, S. 200-292.

⁶⁶ Imhof, Das kurze Leben der geistigen Landesverteidigung, S. 28.

Nachfolgend werden wir sowohl den normativen Gehalt des Öffentlichkeitsbegriffs und die sich daraus ableitenden Funktionszuschreibungen als auch die Struktur und Leistungen von Öffentlichkeit darstellen. In einem dritten Schritt soll dann beides hinsichtlich der spezifischen Situation der politischen Öffentlichkeit der Schweiz im Krieg konkretisiert werden.

2.2 Normative Grundlagen der Öffentlichkeit

Die zentralen normativen Ladungen des modernen Öffentlichkeitsverständnisses hat Immanuel Kant in seinem universalistischen Vernunft- und Tugendbegriff zusammengefasst. Vernunft und Tugend als Voraussetzung des Austritts aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit verweisen auf eine öffentliche Sphäre, in der das freie Raisonnement beides hervorbringen soll.⁶⁷ Und da dieses Raisonnement vernünftig und tugendhaft ist, gilt es fortan als jene Instanz, vor der sich Herrschaft zu legitimieren hat.⁶⁸ In diesem emphatischen Öffentlichkeitsverständnis der Aufklärung wird Öffentlichkeit gebildet durch freie Kommunikation unter Akteuren, die aus ihren privaten Lebenskreisen heraustreten, um sich über Angelegenheiten von allgemeinem Interesse zu verständigen. Dabei meint der Begriff der Öffentlichkeit sowohl das sich in diesem Akt konstituierende Publikum wie auch den sozialen Raum, der aufgespannt und erhalten wird durch Kommunikationen mit spezifischen Qualitäten.⁶⁹

Auch wenn dieses Öffentlichkeitsverständnis der Aufklärung höchstens in literarischen Zirkeln und Gelehrtenesellschaften als Realtyp zu finden war, wirkt es als Idealtyp in der Konzeption der Öffentlichkeit moderner, demokratischer Gesellschaften nach. Wirkmächtig sind vor allem die Unterscheidung von privat und öffentlich, die Vorstellung eines kommunizierenden Kollektivs, die Etablierung und Behandlung von Themen allgemeinen Interesses und die Qualität der öffentlichen Auseinandersetzung und Entscheidungsfindung.

Die Grenzziehung zwischen *privat* und *öffentlich* resp. zwischen privaten und öffentlichen Handlungsbereichen durchzieht die Herausbildung und Geschichte demokratischer Verfassungsstaaten.⁷⁰ Was durch die Öffentlichkeit im Sinne einer politischen Gemeinschaft verbindlich geregelt und entschieden werden und was dem privaten Bereich an Handlungsfreiheit überlassen bleiben soll, ist eine Frage, die in demokratischen Gesellschaften stets neu ausgehandelt wird.

⁶⁷ „Es ist für jeden einzelnen Menschen schwer sich aus der ihm beinahe zur Natur gewordenen Unmündigkeit herauszuarbeiten [...] Dass aber ein Publikum sich selbst aufkläre, ist eher möglich; ja es ist, wenn man ihm nur Freiheit lässt, beinahe unausbleiblich.“ (Immanuel Kant: Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?)

⁶⁸ „Unser Zeitalter ist das eigentliche Zeitalter der Kritik, der sich alles unterwerfen muss. Religion durch ihre Heiligkeit und Gesetzgebung durch ihre Majestät wollen sich gemeiniglich derselben entziehen. Aber alsdann erregen sie gerechten Verdacht wider sich und können auf unverstellte Achtung nicht Anspruch machen, die die Vernunft nur demjenigen bewilligt, was ihre freie und öffentliche Prüfung hat aushalten können.“ (Immanuel Kant: Vorrede zur Kritik der reinen Vernunft)

⁶⁹ Peters, Der Sinn von Öffentlichkeit, S. 45.

⁷⁰ Ebenda, S. 43.

Die Vorstellung von Öffentlichkeit als eines *kommunizierenden Kollektivs*, das sich in diesem Akt seiner selbst bewusst wird, begründet zweitens die Ausbildung nationalstaatlich organisierter und demokratisch verfasster *Gesellschaften*. Erst Öffentlichkeit macht für die Subjekte einer Gesellschaft die Vorstellung des Kollektivsubjekts Gesellschaft möglich und damit schliesslich die weitere Vorstellung, dass man sich diesem Kollektivsubjekt als solchem zuwenden kann. Öffentlichkeit macht also aus einer Summe von Individuen eine Gesellschaft, in der sich diese Individuen orientieren, ihre Identitäten ausbilden und an die sich diese Individuen wenden, wenn sie etwas allgemein zugänglich machen wollen. Damit ist Öffentlichkeit das Medium der Selbstreferenz der Gesellschaft.⁷¹

Aus dem Öffentlichkeitsbegriff der Aufklärung lässt sich drittens die Vorstellung ableiten, dass in der Öffentlichkeit jene *Themen* generiert und verhandelt werden, die von öffentlichem Belang sind (*res publica*) und die prinzipiell alle Mitglieder einer Gesellschaft angehen.⁷² Damit ist die Erwartung verknüpft, dass grundsätzlich alles, was von gesellschaftlicher Relevanz ist, der öffentlichen Debatte zugänglich sein muss. Die generelle Offenheit für Themen und Beiträge ist eine Grundforderung der normativen Konzeption von Öffentlichkeit. Traditionell ist hier vor allem an kollektive Probleme gedacht, die einer politischen Regelung schon unterliegen oder zugeführt werden sollen. Zur öffentlichen Selbstverständigung einer Gesellschaft gehören aber auch Debatten über Normen und Werte sowie über das Verhältnis zur kollektiven Vergangenheit und kollektiven Aspirationen für die Zukunft.⁷³

Öffentlich getroffene Entscheidungen können viertens den Anspruch erheben, für alle Mitglieder des kommunizierenden Kollektivs verbindlich zu sein. In modernen demokratischen Gesellschaften beruht die Legitimität des legislativen Prozesses der Rechtssetzung wie des judikativen Prozesses der Durchsetzung des Rechts auf ebendiesem Anspruch. Im normativen Öffentlichkeitsverständnis sind mit der Legitimität demokratischer Entscheidungen auch Erwartungen an die *Qualität der öffentlichen Auseinandersetzung und Entscheidungsfindung* verknüpft.

Aus diesen normativen Anforderungen lassen sich nun die Funktionen von Öffentlichkeit in demokratischen Gesellschaften ableiten. Die nachfolgend drei genannten sind für unsere Arbeit von besonderer Relevanz:

- Die Rede von der Schweiz als historischem Akteur setzt die Existenz einer Gesellschaft mit einem Bewusstsein ihrer selbst voraus. Dies lässt sich jedoch nur durch Öffentlichkeit gewinnen und erhalten. Dieser qua Öffentlichkeit vollzogene Prozess der Identitätssetzung ist immer auch mit Ausgrenzungsprozessen verbunden. In der Öffentlichkeit wird also auch verhandelt, wer nicht zum Loyalitätsverband Schweiz gehört.
- In modernen, demokratischen Gesellschaften – und als solche lässt sich trotz Vollmachtenregime auch die Schweiz der Kriegszeit verstehen – kommt der Öff-

⁷¹ Imhof, Öffentlichkeit als historische Kategorie, S. 4.

⁷² Diese Erwartung macht es plausibel, Kommunikationseignishierarchien als Indikatoren gesellschaftlicher Relevanzstrukturen zu begreifen. Vgl. hierzu Kap. 3

⁷³ Peters, Der Sinn von Öffentlichkeit, S. 45f.

fentlichkeit eine zentrale Bedeutung für die Definition gesellschaftlich relevanter Themen zu.

- „Problematisierungen des Bestehenden, die im Medium der öffentlichen Kommunikation genügend Aufmerksamkeit akkumuliert haben, bilden einen Input für das politische System, das dann seine Prozessroutinen unterbrechen muss, um sich dem problematisierten Zusammenhang zuzuwenden. Auf diese Weise wird Aufmerksamkeit – also kommunikative Macht – legitim in politische Macht verwandelt.“⁷⁴

2.3 Struktur der Öffentlichkeit

Um Öffentlichkeit als sozialen Raum hinsichtlich seiner Strukturen zu beschreiben, wird in der Literatur zumeist die Metapher eines Forums, einer Arena oder eines Netzwerkes benutzt. So definiert Jürgen Habermas Öffentlichkeit „als ein Netzwerk für die Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen, also von Meinungen [...]“; dabei werden die Kommunikationsflüsse so gefiltert und synthetisiert, dass sie sich zu themenspezifisch gebündelten öffentlichen Meinungen verdichten. Wie die Lebenswelt insgesamt, so reproduziert sich auch die Öffentlichkeit über kommunikatives Handeln [...].“⁷⁵ Dieses Netzwerk ist vertikal und funktional differenziert.

Die funktionale Differenzierung schlägt sich in den drei grundsätzlichen Rollen Sprecher, Vermittler und Publikum nieder.⁷⁶ Sprecher sind Angehörige kollektiver Akteure, die sich in der Öffentlichkeit zu bestimmten Themen zu Wort melden. Sie treten unter anderem auf als Vertreter gesellschaftlicher Gruppierungen und Organisationen, als Intellektuelle, die sozialmoralische Sinnfragen aufnehmen oder als Advokaten, die ohne politische Vertretungsmacht Interessen von Gruppierungen vertreten. Als Vermittler werden vor allem die Journalisten bezeichnet. Sie verfolgen auf der Basis weltanschaulicher Orientierungen, redaktioneller Leitlinien und publizistischer Programme Vorgänge in der Welt und bereiten sie für ihre Leser auf. Das Publikum schliesslich ist der Adressat kommunikativer Akte von Sprechern und Vermittlern, die damit seine Aufmerksamkeit und seine Zustimmung erzielen wollen. Erst durch die Anwesenheit von Publikum wird Öffentlichkeit konstituiert. Die Rollen von Sprecher und Vermittler wurden im Verlauf des Strukturwandels der Öffentlichkeit variabel ausdifferenziert. Für die printmediale Arena unseres Untersuchungszeitraums ist ein geringer Ausdifferenzierungsgrad konstitutiv.

In der vertikalen Dimension von Öffentlichkeit müssen neben drei idealtypisch unterscheidbaren Kommunikationsebenen – auf die wir gleich ausführlicher eingehen werden – vor allem die Differenzierungen beachtet werden, die sich aus der ungleichen Verteilung von Definitionsmacht und Partizipationschancen ergeben. Hier muss vor allem zwischen etablierten und nicht-etablierten politischen Akteuren unterschieden werden.

⁷⁴ Imhof, Moral: Geschäft und Bedingung der Wiederherstellung von Vertrauen, S. 1.

⁷⁵ Habermas, Faktizität und Geltung, S. 436.

⁷⁶ Vgl. zum folgenden: Donges / Imhof, Öffentlichkeit im Wandel, S. 108ff.

Die Bedeutung unterschiedlicher Kommunikationsebenen lässt sich an unserem Untersuchungsgegenstand konkretisieren. Über Flüchtlinge wird nicht nur in den Medien berichtet, sondern auch in den Parlamenten diskutiert, von der Kanzel gepredigt, an Veranstaltungen orientiert oder in spontanen Aufläufen, am Stammtisch oder im Zugabteil debattiert. Diese Vielzahl kleinerer und grösserer Arenen lässt sich nach der Anzahl der Teilnehmer und nach dem Grad der strukturellen Verankerung idealtypisch auf drei Ebenen in „Encounters“, Versammlungsöffentlichkeit und massenmediale Öffentlichkeit gruppieren.⁷⁷

Encounters sind einfache Interaktionssysteme, die sich immer dann bilden, wenn Menschen unterschiedlicher Herkunft mehr oder weniger zufällig aufeinander treffen und miteinander kommunizieren. Solche Situationen sind durch eine hohe Variabilität bezüglich der Themenwahl bei einem gleichzeitigen Mangel an Kontinuität in der Themenführung und Informationsverarbeitung gekennzeichnet. Auch ist die Zahl derer, die an solchen Encounters partizipieren, jeweils sehr beschränkt, was ihre Nachhaltigkeit begrenzt. Beispiele solcher face-to-face Kommunikationen sind die unendliche Vielfalt der Alltagsgespräche in der Nachbarschaft, im Zugabteil, am Stammtisch etc. Was immer also innerhalb dieser face-to-face Kommunikation in den Encounters über Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik gesprochen worden sein mag, gesellschaftlich wird es erst dann relevant, wenn diese Gespräche über Anschlusskommunikation mit Diskursen auf anderen Ebenen verbunden werden. Umgekehrt haben Versammlungsöffentlichkeiten und die massenmediale Öffentlichkeit Einfluss auf die Themenwahl bei der Kommunikation auf der Ebene von Encounters. Institutionalisierte Formen von Öffentlichkeit erfüllen somit die Funktion der Aufmerksamkeitssteuerung. Ein Beispiel hierfür sind die Diskussionen unter Mädchen einer Rorschacher Sekundarschulklasse über die Rückweisung von Flüchtlingen im Herbst 1942. Diese führen zu einem Brief an den Bundesrat, in dem sich die Mädchen für eine grosszügige Aufnahme von Flüchtlingen aussprechen.⁷⁸ Angestossen werden diese Diskussionen durch einen Zeitungsartikel über die Rückschaffung von sechs Flüchtlingen. Aus der Zeitung erfahren die Mädchen neben dem Gegenstand ihrer Diskussion gleich auch noch die Form, mit der sie ihren Positionen gegenüber den Behörden Ausdruck verleihen können.

Gegenüber den Encounters sind Versammlungsöffentlichkeiten durch einen höheren Grad an Strukturierung und thematischer Zentrierung gekennzeichnet. Klare Rollen und thematische Vorgaben gliedern die Kommunikation und sorgen für eine grössere Nachhaltigkeit der Diskussionen. Zudem werden durch Versammlungsöffentlichkeiten eine grössere Anzahl von Personen erfasst. Doch wie schon bei den Encounters ist die Teilnahme auch hier an die physische Präsenz gebunden. Beispiele für solche Versammlungsöffentlichkeiten sind öffentliche Vorträge und Reden, Parteiversammlungen, Gottesdienste oder Demonstrationen. Als spezifische Formen der Versammlungsöffentlichkeit im

⁷⁷ Dieses Modell stützt sich auf Gerhards / Neidhardt, Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit.

⁷⁸ Vgl. hierzu: Picard, Die Schweiz und die Juden, S. 428f. Das Verhörprotokoll, auf das sich diese Aussagen stützten, findet sich teilweise abgedruckt in: Stapferhaus Lenzburg (Hg.), Anne Frank und wir, Zürich 1995, S. 142ff.

Zweiten Weltkrieg sind die Tätigkeiten von „Heer und Haus“ und die öffentlichen Auftritte des Generals zu erwähnen.⁷⁹

Breitenwirkung können solche Versammlungsöffentlichkeiten in der Regel jedoch erst über die Multiplikatoreffekte massenmedialer Berichterstattung entfalten. Durch die massenmediale Kommunikation konstituiert sich ein Publikum jenseits derer, die sich vor Ort befinden. Um dies an einem bekannten Beispiel zu illustrieren: Bundesrat von Steigers berühmtes, anlässlich einer „Landsgemeinde“ der „Jungen Kirche“ formuliertes Bild der Schweiz als einem „schon stark besetzte[n] Rettungsboot mit beschränktem Fassungsvermögen und ebenso beschränkten Vorräten“⁸⁰ wird erst durch die Berichterstattung in den Medien zur Chiffre, auf die sich nun wiederum unterschiedliche Stellungnahmen beziehen und so einen Diskurs etablieren können. Schon dieses Beispiel illustriert die zentrale Bedeutung der massenmedialen Öffentlichkeit für die gesellschaftliche Etablierung von Themen und die breite Diffusion von Meinungen. Diese spezifische Funktion wird durch eine gegenüber den Encounters und der Versammlungsöffentlichkeit deutlich ausgeprägtere Rollendifferenzierung ermöglicht. Erst in der medialen Öffentlichkeit ist die Rolle des Publikums so weit abstrahiert, dass prinzipiell alle erreicht werden können. Zudem verbürgt die Ausbildung von Medienorganisationen, die Institutionalisierung publizistischer Normen und Werte und die Ausdifferenzierung spezifischer Berufsrollen ein hohes Mass an Kontinuität in der Selektion und Verbreitung von Kommunikationsinhalten.

Charakteristisch für die Struktur der medialen Öffentlichkeit in unserer Untersuchungsphase ist ein – nach seinem Selbstverständnis – strikt über den Parteien stehender Integrationsrundfunk einerseits und die grosse Bedeutung parteinaher respektive parteigebundener Blätter andererseits. Bis in die 60er Jahre haben wir es mit einer Ära der Parteipresse und des Integrationsrundfunks zu tun, in der die massenmediale Kommunikation durch eine enge Beziehung zwischen Politik und Medien geprägt ist. Diese Verflechtung manifestiert sich unter anderem in der häufigen Doppelrolle einzelner Exponenten als Politiker und Redakteuren. Sie sorgt für eine direkte, durch eine hohe Durchlässigkeit gekennzeichnete Interaktion zwischen der medialen Öffentlichkeit und den politischen Versammlungsöffentlichkeiten respektive den parlamentarischen Foren. Der Kommunikationsstil ist geprägt durch einen gesinnungsethischen Journalismus, der sich die Aufklärung über politische Sachverhalte und gegnerische Absichten zur Pflicht macht. Zum perzipierten Publikum gehört dabei stets auch das Leitmedium des politischen Gegners, was die mediale Kommunikation interaktiv und gerade auch hinsichtlich der gegnerischen Positionen hoch resonant macht.

Angesichts der zentralen Funktion medialer Kommunikation innerhalb des oben skizzierten Drei-Ebenen-Modells von Öffentlichkeit und in Berücksichtigung der Bedeutung parteipolitischer Blätter im untersuchten Zeitraum ist es methodisch sinnvoll, Öffentlichkeit primär über die Analyse der wichtigsten, für die grossen politischen Milieus der Schweiz repräsentativen Parteiorgane zu erfassen. Sie sind die Schnittstelle, an der die Themen

⁷⁹ Jost, Politik und Wirtschaft im Krieg, S. 134f.: „Von Juli 1941 bis Kriegsende wurden in über 600 Kursen an die hunderttausend Schweizer erfasst.“ Der General besuchte unermüdlich die Truppen und die Bevölkerung und reiste im Land herum; er hat im Aktivdienst rund 350'000 km im Auto zurückgelegt.

⁸⁰ Zit. nach Tagwacht, 3.9.42: „Wie's im Rettungsboot zugeht“.

und Positionen der öffentlichen politischen Kommunikation gebündelt und strukturiert werden. Diese Strukturierungsleistung ist verbunden mit einer Selektion und Gewichtung der Kommunikationsinhalte, die sich an einer Vielzahl von Faktoren orientiert: die weltanschauliche Verankerung der Blätter, die perzipierte Publikumserwartung, die ökonomischen und ideologischen Interessen der Verleger, das journalistische Selbstverständnis und Ethos und nicht zuletzt die Wahrnehmung der publizistischen (wie ideologischen) Konkurrenz sind hier ebenso zu nennen wie die rechtlichen Rahmenbedingungen.

2.4 Politische Öffentlichkeit im Krieg

Zusätzlich zu den genannten Faktoren, wurde die Selektion und Bearbeitung von Nachrichten in der Zeit des Zweiten Weltkriegs durch die Zensur und eine antizipierende Selbstzensur beeinflusst. Angesichts einer politischen Kommunikation, die durch die Zensur und das Vollmachtenregime geprägt war, hat insbesondere Hans-Ulrich Jost bezweifelt, dass für die Schweiz der Kriegsjahre noch von einer funktionierenden politischen Öffentlichkeit ausgegangen werden könne. „In dem Masse, wie sich die militärische Ambiance verdichtete, verdünnte sich die politische Öffentlichkeit. Ausserordentliche Massnahmen, schon in der Zwischenkriegszeit mittels dringlicher Bundesbeschlüsse dem demokratischen Willensbildungsprozess entzogen, wurden unter dem kriegsbedingten Vollmachtenrecht die Regel. Die Zensur von Presse und Radio war zwar nicht radikal, schuf aber dennoch eine Stimmung, die die offene Berichterstattung einschränkte und verfremdete.“⁸¹ Durch das Vollmachtenregime wurde das Öffentlichkeitsprinzip politischer Entscheidungsfindung deutlich eingeschränkt. Der Bundesrat beschreibt sich in seiner berühmten Rede vom 25. Juni 1940 als einen „sicheren und hingebenden Führer, der seine Entscheidungen nicht immer wird erklären, erläutern und begründen können“⁸². „Politik war“, so folgert Hans-Ulrich Jost, „beinahe wie im Ancien régime, einer Elite vorbehaltene Kabinettpolitik.“⁸³ Die öffentliche Meinung sei nachdrücklich durch die Armee bearbeitet worden. In diesem Klima „hatten es die traditionellen politischen Parteien schwer, ihren angestammten Platz zu behaupten, umso mehr, als öffentliche Versammlungen seit Juni 1940 der polizeilichen Kontrolle unterstanden. Wenn diese Massnahme auch in erster Linie gegen die offen nazifreundlichen Gruppen wie die nationale Bewegung der Schweiz NBS gerichtet war, so schränkte sie doch insgesamt das politische Leben ein“⁸⁴

Die Rahmenbedingungen, die der Berichterstattung über Flüchtlinge durch die Zensur gesetzt waren, beschreiben insbesondere die Arbeiten von Georg Kreis.⁸⁵ Sie illustrieren die Tendenz zu einem amtlichen Nachrichtenmonopol für Meldungen über Grenzübertritte sowie die durch aussenpolitische Rücksichtnahmen motivierten Einschränkungen der Berichterstattungs- und Kommentarmöglichkeiten. Doch belegt der jüngste Beitrag von

⁸¹ Jost, Politik und Wirtschaft im Krieg, S. 22.

⁸² Zit. nach Bonjour, Geschichte der schweizerischen Neutralität, Bd. 7, Dokumente, S. 160-162.

⁸³ Jost, Politik und Wirtschaft im Krieg, S. 142.

⁸⁴ Ebenda, S. 137.

⁸⁵ Kreis, Zensur und Selbstzensur; ders., Flüchtlingsdebatte und Zensurregime.

Georg Kreis zu diesem Thema auch deutlich, dass insbesondere hinsichtlich der innenpolitischen Aspekte der Flüchtlingsfrage eine einschränkende Wirkung der Zensur kaum gegeben war. So lässt sich – wie Georg Kreis am Schluss seines Beitrags zutreffend festhält – „das nachgewiesenermassen beschränkte Presseengagement für Flüchtlinge nicht mit der Beschränkung der Zensur erklären beziehungsweise rechtfertigen“⁸⁶.

Gegen das zu düstere Bild der politischen Öffentlichkeit der Schweiz, das Hans-Ulrich Jost zeichnet, lassen sich – neben dem eben erwähnten, differenzierten Argument von Georg Kreis zur Wirkung der Zensur – eine Reihe weiterer Argumente ins Feld führen:

- Das Vollmachtenregime ist nicht mit einer Selbstentmachtung des Parlaments gleichzusetzen. Trotz aller Tendenzen zur Einschränkung „waren die Gegenkräfte – sei es aus traditioneller Beharrlichkeit, sei es aus aktuell gelebtem Gesellschafts- und Staatsverständnis – so stark, dass das Parlament als nötige Gegenkraft zu der mit ausserordentlichen Vollmachten ausgestatteten Exekutive erhalten blieb“⁸⁷.
- Auch während der Kriegszeit – und das bedeutet unter Bedingungen der Zensur und des Vollmachtenregimes – finden teilweise heftige politische Auseinandersetzungen statt. Die grossen politischen Milieus der Schweiz streiten lebhaft um die Ausgestaltung der Gegenwart wie der Zukunft der Schweiz. Exemplarisch zeigt sich das an den Diskussionen um das Programm „Die Neue Schweiz“, das die SPS im Dezember 1942 vorlegt.⁸⁸
- Die politische Landschaft der Schweiz ist weiterhin nachhaltig durch die etablierten politischen Parteien und Verbände geprägt. Gerade in der Konkurrenz mit sozialen Bewegungen und Protestparteien aller Couleur erwiesen sich die traditionellen Kräfte der politischen Schweiz als ebenso dominanter wie resistenter Faktor. Die Situation in den Konflikt- und Umbruchsphasen 1940 und 1943-1947, die – wie aus der Theorie des sozialen Wandels zu erwarten – durch eine erhöhte Resonanz für diese sozialen Bewegungen gekennzeichnet war, darf nicht verallgemeinert werden. Zudem sind gerade die Auseinandersetzungen zwischen etablierten und nicht-etablierten Akteuren ein guter Indikator für die grundsätzlich funktionierende öffentliche politische Kommunikation der Schweiz.
- Von einer funktionierenden und bedeutungsvollen politischen Öffentlichkeit gehen auch die Machtträger in Exekutive, Verwaltung und Militär aus. Entsprechend versuchen sie aktiv, diese mitzugestalten. Gerade in der innenpolitischen Diskussion ist die Zensur hierfür ein weitgehend ungeeignetes Mittel. Bedeutender sind die Versuche einer differenzierteren Beeinflussung im Sinne traditioneller Öffentlichkeits- resp. Medienarbeit. Hierzu gehören beispielsweise vertrauliche Gespräche

⁸⁶ Kreis, Flüchtlingsdebatte und Zensurregime, S. 181.

⁸⁷ Kreis, Parlamentarismus, S. 301.

⁸⁸ Eine ausführliche Analyse dieser Debatte findet sich in Kapitel 6.

mit Redaktionen oder die Streuung von Informationen über die national-konservative Agentur Schweizerische Mittelpresse⁸⁹.

- Trotz Vollmachtenregime blieben die Mandatsträger grundsätzlich in ihrem Handeln legitimationsbedürftig und von der Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger in den nach wie vor stattfindenden Wahlen abhängig.
- Das Orientierungsbedürfnis der Bewohnerinnen und Bewohner der Schweiz bleibt bestehen, ja steigert sich gerade in Krisenzeiten noch und wird nur bedingt durch die Vertrauensdelegation an charismatische Figuren und den Rückgriff auf Mythen gedeckt. Dieses Orientierungsbedürfnis kann gesamtgesellschaftlich aber nur in der öffentlichen politischen Kommunikation befriedigt werden.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen scheint es uns angebracht, von einer grundsätzlich funktionierenden politischen Öffentlichkeit der Schweiz auch während des Zweiten Weltkrieges auszugehen. Die öffentliche politische Kommunikation über den Umgang mit Flüchtlingen in der Schweiz kann so als das Produkt kommunikativer Akte unterschiedlicher Akteure aufgefasst werden, die aus unterschiedlichen Motiven auf die veröffentlichte Meinung rekurren und diese in ihrer Hinsicht zu beeinflussen versuchen.

Um dieses öffentliche Raisonement aus der Beobachterperspektive analysieren zu können, nutzen wir die Leitmedien der schweizerischen Gesellschaft als Hohlspiegel politischer Kommunikation respektive der in ihr artikulierten zentralen Problem- und Konfliktbereiche.

2.5 Kommunikationsereignisanalyse und Leitmediensample

Die Datenbasis dieser Arbeit stammt einerseits aus einer bereits bestehenden Kommunikationsereignisdatenbank des fög – Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich, die Daten zu den hier untersuchten deutschschweizer Zeitungen enthält, und andererseits aus umfangreichen Nacherhebungen von Artikeln und Agenturmeldungen zur Flüchtlingsberichterstattung sowie zur Berichterstattung über das „Neue Europa“ und „Die Neue Schweiz“, die im Rahmen des Mandats der UEK durch eine Forschungsgruppe am fög – Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft geleistet wurden. Die durch die Rekonstruktion des redaktionellen Selektions- und Interpretationsprozesses gewonnenen Kommunikationsereignisdaten erlauben quantitative wie qualitative Aussagen über die zentralen Themen der leitmedialen politischen Diskussion und ermöglichen so die Situierung und Gewichtung der Berichterstattung über Flüchtlinge. Während die Erfassung der Kommunikationsereignisse induktiv erfolgt, sind die Nacherhebungen auf – im voraus festgelegte – Themenbereiche fokussiert. Damit ist eine Vorgehensweise verbunden, die selbst kleinste Artikel und Agenturmeldungen erfasst, sofern sie sich diesem Themenbereich zuordnen lassen.

⁸⁹ Ein Hinweis auf diese Strategie von Heinrich Rothmund in der kontroversen Flüchtlingsdiskussion des Spätsommers 1942 findet sich in: Kreis, Flüchtlingsdebatte und Zensurregime, S. 168, Anm. 109.

Um eine Bewertung der in diesem doppelten Verfahren gewonnenen Daten zu ermöglichen, sollen nachfolgend die methodologischen Voraussetzungen skizziert werden.

Grundlage der Kommunikationsereignisanalyse sind durch die *Rekonstruktion redaktioneller Binnensichten* gewonnene Sinneinheiten, die wir als Kommunikationsereignisse bezeichnen.⁹⁰ Als „Leser“ der Vorgänge in der Welt formen Redakteure und Korrespondenten diese Kommunikationsereignisse auf der Basis ihrer *Deutungsmuster* und der daraus abgeleiteten *Relevanzstrukturen* und *Typiken*. Konkret wählen sie – auf dem Hintergrund einer von ihnen interpretierten politischen oder wettbewerbsbedingten Notwendigkeit, aufgrund äusseren Drucks bzw. weisungsgebunden oder angeleitet durch kommunikative Interaktionen in Redaktionskonferenzen und Parteigremien – aus der Fülle der ihnen zugänglichen Vorgänge in der Welt diejenigen aus, die in ihrem Organ interpretiert werden. Vor dem Hintergrund differentieller politischer Leitbilder nehmen die einzelnen Redaktionen am Kampf um die „richtige“ Interpretation der Welt teil.

Die analytisch-hermeneutische Arbeit des wissenschaftlichen Beobachters schliesst nun an die Beobachtungsperspektive der Zeitungen an. Damit hat die Erhebung von Kommunikationsereignissen einen induktiven Charakter: Ausschlaggebend für die Konstruktion eines Kommunikationsereignisses ist ausschliesslich die reinterpretierte Perspektive des Mediums selbst und die Bedeutung, die das Blatt einem Vorgang in der Welt zukommen lässt. Dementsprechend richtet sich die Erhebung von Kommunikationsereignissen auf die redaktionellen Eigenleistungen im Stammteil der Zeitungen. Es geht in der Erhebungsarbeit darum, die quantitativ grössten, durch das Medium selbst erzeugten Kommunikationsereignisse herauszufiltern. Dies geschieht durch die systematische Lektüre aller redaktionellen Beiträge eines Mediums pro Jahr. Auf der Basis dieser Lektüre werden die redaktionellen Kommunikationsereignisse reinterpretiv rekonstruiert und alle zugehörigen Beiträge bestimmt. Zudem werden alle Beiträge vermessen, da von ihrem Umfang und ihrer Platzierung im Blatt auf die Gewichtung durch die Redaktion geschlossen werden kann. Als Mass für die Hierarchisierung der Kommunikationsereignisse gilt dann die Summe der Spaltenzentimeter aller zu einem Kommunikationsereignis gebündelten Artikel.

Diese Methode der systematischen Rekonstruktion und Vermessung der medienvermittelten Kommunikation lässt sich am Beispiel der Berichterstattung in den Parteiorganen *Tagwacht* und *Vaterland* und in der parteinahen *Neuen Zürcher Zeitung* im Jahr 1940 illustrieren. Die in Form von Kommunikationsereignishierarchien darstellbaren Ergebnisse des Rekonstruktionsprozesses redaktioneller Selektions- und Interpretationsleistungen zeigen, was das jeweilige Organ aus der Fülle der Themen und Ereignisse dieses Kriegsjahres für besonders berichterstattungswürdig hielt und in welchem Kontext es diese Ereignisse verortete.

⁹⁰ Die nachfolgenden Ausführungen basieren auf: Imhof, Vermessene Öffentlichkeit – vermessene Forschung?, S. 11–60.

Neue Zürcher Zeitung 1940

<i>Rang</i>	<i>Titel des Kommunikationsereignisses</i>	<i>Anzahl Artikel</i>	<i>Länge</i> ⁹¹	<i>Prozent</i> ⁹²
1	Krieg im Norden / Norwegen	68	3917	17.5
2	Finnisch-Russischer Krieg	74	3728	16.6
3	Westoffensive Deutschlands	62	3453	15.4
4	Neuordnung der Schweiz	41	3267	14.6
5	Schlacht um England / Erwartung der Invasion	41	1816	8.1
6	Obligatorischer militärischer Vorunterricht	24	1671	7.5
7	Territoriale Revision in Südosteuropa	25	1215	5.4
8	Finanzprogramm / Bundessteuern	17	1191	5.3
9	Staatsreform in Frankreich	20	1137	5.1
10	Kriegswirtschaft Schweiz	12	1008	4.5

Tagwacht 1940

<i>Rang</i>	<i>Titel des Kommunikationsereignisses</i>	<i>Anzahl Artikel</i>	<i>Länge</i>	<i>Prozent</i>
1	Landesverteidigung	24	1370	15.9
2	Bundesratsbeteiligung der SPS	20	1212	14.1
3	Arbeitsbeschaffung	16	1200	13.9
4	Finanzprogramm	20	1155	13.4
5	Teuerung und Lohnanpassung	15	828	9.6
6	Deutsche Bedrohung des Südostens	13	816	9.5
7	Mobilisation des Kapitals	11	684	7.9
8	Französischer Zusammenbruch	8	506	5.9
9	Rationierung und Hamsterung	9	433	5
10	Überschuldung der bernischen Gemeinden	5	408	4.7

Vaterland 1940

<i>Rang</i>	<i>Titel des Kommunikationsereignisses</i>	<i>Anzahl Artikel</i>	<i>Länge</i>	<i>Prozent</i>
1	Bundesfinanzordnung / Kosten der Mobilisation	22	1552	18.7
2	Politische Erneuerung / Zusammenarbeit der Parteien	25	1440	17.4
3	Bundesgesetz über den militärischen Vorunterricht	18	1052	12.7
4	Warten auf den Krieg im Westen	17	798	9.6
5	Umstellung auf Kriegswirtschaft	13	687	8.3
6	Presse- und Gesinnungsneutralität	10	612	7.4
7	Schlacht um Frankreich und Zusammenbruch Frankreichs	9	591	7.1
8	Arbeitsbeschaffung	10	555	6.7
9	Bundesratsersatzwahl	9	517	6.2
10	Familienschutz versus Altersversicherung	10	477	5.8

Exemplarisch lässt sich dies – um nur ein Beispiel herauszugreifen – am jeweils zweitgrössten Kommunikationsereignis (vgl. obige Tabellen) aufzeigen. Während die *Neue Zürcher Zeitung* ihrer starken Fokussierung auf internationale Ereignisse gemäss den

⁹¹ Der Umfang der Berichterstattung wurde ermittelt, indem die Länge jedes Artikels in Spaltenzentimetern erfasst wurde. Dieser Wert stellt die Summe der Umfänge aller zugehörigen Artikel in Spaltenzentimetern dar.

⁹² Die Umfänge der zehn grössten Kommunikationsereignisse wurden jeweils an der Summe der Fläche dieser zehn Kommunikationsereignisse prozentuiert. Dadurch werden die Kommunikationsereignisse in ihrem Umfang auch über die Jahre und Zeitungen vergleichbar.

finnisch-russischen Krieg bis zu seinem (vorläufigen) Ende 1940 in insgesamt 74 redaktionellen Beiträgen verfolgt, fokussieren die *Tagwacht* und das *Vaterland* auf innenpolitische Themen. Die Redaktion der *Tagwacht* thematisiert anhand einer Reihe von Ereignissen (die ablehnende Botschaft des Bundesrates vom 3. Mai 1940 zu der von der SPS lancierten Volksinitiative „Wahl des Bundesrates durch das Volk und Erhöhung der Mitgliederzahl“ ebenso wie die Ersatzwahl in den Bundesrat vom 10. Dezember 1940) die aus der Sicht des Organs längst überfällige Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung (Bundesrat). Das *Vaterland* wiederum nimmt den Zusammenbruch Frankreichs zum Anlass, um sich intensiv an der Diskussion um die politische Erneuerung der Schweiz zu beteiligen und revitalisiert dabei ihre Positionen zur Totalrevision der Bundesverfassung (vgl. Kap. 4.1).

Dieses Beispiel illustriert anschaulich den Einfluss der Interessenlagen und ideologischen Positionen auf die Wahrnehmung der Welt sowie die Interpretation und Gewichtung der wahrgenommenen Ereignisse. Darüber hinaus zeigt es aber auch, wie die mediale Kommunikation auf unterschiedlichen Abstraktionsniveaus geführt wird. Im Fall des Kommunikationsereignisses „Finnisch-Russischer Krieg“ haben wir es mit einer primär ereignisbezogenen Berichterstattung zu tun, die durch den Gang der Ereignisse strukturiert wird, auch wenn diese interpretativ in einen breiteren Kontext (Rolle der Westmächte, Vergleich mit der Situation der Schweiz) gestellt werden und die Ereignisberichterstattung somit auch durch reflexive Artikel ergänzt wird. Im Kommunikationsereignis „Bundesratsbeteiligung der SPS“ dienen die (unterschiedlichen) Ereignisse primär der Bestätigung einer bereits etablierten Problemwahrnehmung und werden entsprechend unter dieser Perspektive thematisiert, was es erforderlich macht, aus der Berichterstattung zu unterschiedlichen Ereignissen ein einziges Kommunikationsereignis zu rekonstruieren. Das Kommunikationsereignis „Politische Erneuerung / Zusammenarbeit der Parteien“ ist weitgehend reflexiv und wird in seiner Dynamik nicht durch konkrete Ereignisse, sondern durch Auseinandersetzung mit gegnerischen Positionen bestimmt.

Diese empirische Basis ermöglicht in quantitativer Hinsicht die Selektion der zentralen politischen Kommunikationsereignisse respektive der wichtigsten politischen „Themen“ und den Vergleich ihrer relativen Bedeutung über die Zeit und zwischen den verschiedenen Medien. Der Vergleich erlaubt es zudem, diese Kommunikationsereignisse und Themen in den jeweiligen Horizont massenmedialer Kommunikation und damit in den zeitgenössischen Kontext einzubetten.

Über Zeitreihenanalysen lässt sich zeigen, dass die grossen Kommunikationsverdichtungen ein diskontinuierliches Phänomen darstellen, das mit Krisen- und Umbruchperioden korreliert. Damit ist ein Indikator sozialen Wandels gewonnen, der auf Krisen und Umbrüche in ihrer Eigenschaft als grosse Kommunikationsereignisse reagiert. Anhand der Inhaltsanalyse der politischen Kommunikation kann auch gezeigt werden, dass Inklusions- und Exklusionscodes und Bedrohungsphobien gegenüber fremden Mächten solchen Kommunikationsverdichtungen gemeinsam sind.

Während durch die Kommunikationsereignisanalyse der deutschschweizer Leitmedien die grossen Linien der öffentlichen politischen Kommunikation erschlossen werden, zielt die thematisch orientierte Nacherhebung darauf, selbst kleinste Artikel und Agenturmel-

dungen zum Themenfeld „Flüchtlinge“, „Neues Europa“ und „Neue Schweiz“ zu erfassen. Um eine vorzeitige Beschränkung der Ergebnisse durch den Erhebungsprozess zu vermeiden, wurde für dieses deduktive Vorgehen der Flüchtlingsbegriff bewusst weit gefasst. Erfasst wurden alle Artikel über Personen bzw. Gruppen, die in Folge von Krieg und Verfolgung für kürzere oder längere Zeit in die Schweiz einreisen oder zumindest die Einreise versuchen.⁹³ Die so gewonnenen Daten wurden sowohl quantitativ wie qualitativ ausgewertet. Zur Kontextuierung dieses zentralen Themenstranges wurden zusätzlich – nach qualitativen Kriterien selektioniert – auch Artikel aus zwei weiteren thematischen Feldern erhoben. Das erste umfasst die Situation in den Herkunftsländern (potentieller) Flüchtlinge⁹⁴, das zweite das „humanitäre Wirken der Schweiz“, sofern es nicht durch das zentrale Themenfeld „Flüchtlinge“ bereits erfasst wurde.⁹⁵

2.6 Leitmedien

Leitmedien zeichnen sich dadurch aus, dass die von ihnen gesetzten Themen und Positionen sowohl durch andere Medien wie auch durch politische Akteure gesamtschweizerisch aufgegriffen und diskutiert werden. Damit bestimmen sie wesentlich die mediale Agenda. Auf der Basis dieser Definition wurde ein Sample von Leitmedien bestimmt, das folgenden drei Kriterien zu genügen hatte:

- Es muss die beiden grossen Sprachregionen der Schweiz, die Deutschschweiz und die Romandie, berücksichtigen.
- Es muss die auf den drei dominanten Weltanschauungen Liberalismus, Katholizismus und Sozialismus beruhenden politischen Milieus der Schweiz umfassen.
- Es muss unterschiedliche Medientypen miteinbeziehen, d.h. zwischen parteinahen resp. parteigebundenen Blättern einerseits und der unabhängigen, kommerziellen Presse andererseits unterscheiden.

Auf der Grundlage dieser Kriterien⁹⁶ wurden als Leitmedien der Deutschschweiz die *Neue Zürcher Zeitung*, das *Vaterland*, die *Tagwacht* sowie der *Tages-Anzeiger* und als Leitmedien für die Romandie das *Journal de Genève*, die *Liberté* und die *Sentinelles* ausgewählt. Sie werden nachfolgend kurz charakterisiert:

⁹³ Diese pragmatische Definition des «Flüchtlings» umfasst Zivil- und Militärpersonen, Flüchtlinge aus politischen wie aus rassistischen Gründen und selbst die für jeweils drei Monate aufgenommenen Flüchtlingskinder. Die natürlich notwendige Verfeinerung und Differenzierung dieser «Flüchtlingskategorien» bleibt somit der qualitativen Analyse vorbehalten.

⁹⁴ Beispiele hierfür sind Berichte über Pogrome («Kristallnacht»), über antijüdische Gesetzgebung, über die Inhaftierung politischer Gegner, Konzentrationslager, Ghettos, Deportationen, Geislerschiessungen usw.

⁹⁵ Beispiele hierfür sind die «Kinderhilfe» im Ausland oder die «Ärztemissionen» an der Ostfront.

⁹⁶ Ein viertes Kriterium, jenes der regionalen Verteilung, konnte hingegen nur bedingt berücksichtigt werden. So fehlen in dieser Auswahl insbesondere Leitmedien aus der Grenzregion Basel. Zur Berichterstattung der Basler Nachrichten über die Flüchtlingsdiskussion im Sommer 1942 vgl. Kreis, Flüchtlingsdebatte und Zensurregime, S. 166ff.

2.6.1 Leitmedien des freisinnig-liberalen Milieus

Neue Zürcher Zeitung

Obwohl im eigentlichen Sinne keine Parteizeitung, ist die *Neue Zürcher Zeitung* unbestritten das Flaggschiff des Freisinns. Sie gilt als führendes Organ der freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz. 1930 erreicht die *Neue Zürcher Zeitung* eine Auflage von rund 53'000 Exemplaren.⁹⁷ Damit ist die *Neue Zürcher Zeitung* mit Abstand das auflagenstärkste Blatt unter den parteiverbundenen Organen. Das internationale Renommee der *Neuen Zürcher Zeitung* basiert sowohl auf einer reichhaltigen politischen Berichterstattung über nationale und internationale Themen als auch auf ihrer Funktion als Handelsblatt. Die Entwicklung des Blattes zeichnet sich seit 1885 durch ein hohes Mass an Kontinuität sowohl hinsichtlich der personellen Besetzung der Chefredaktion und hinsichtlich des politischen Profils, das mit erheblicher Konstanz auf der moderaten rechten Seite des liberalen Freisinns anzusiedeln ist, als auch hinsichtlich der Auflagenzahl aus.⁹⁸ Zwischen 1933 und 1967 prägt Willi Bretscher als Chefredakteur das Profil des Blattes. Zugleich hatte er – wie dies in der Ära der Parteipresse häufig der Fall war – eine Reihe wichtiger politischer Ämter inne: 1947-55 Erziehungsrat des Kantons Zürich, 1951-67 FDP-Nationalrat, 1962-67 Mitglied des Europarats, 1946-72 Präsident der aussenpolitischen Kommission der FDP.

Journal de Genève

Zusammen mit den *Basler Nachrichten* und der *Gazette de Lausanne* gehört das *Journal de Genève* zu den drei Tageszeitungen, die der Liberalen Partei (die in Genf Parti National-démocratique hiess) zumindest sehr nahe stehen. Obwohl die Liberale Partei nur in den drei protestantischen Kantonen der Romandie und in Basel-Stadt eine politisch relevante Rolle spielt, erreichte sie mit ihren drei Blättern ein überregionales Publikum. Derselbe Föderalismus, den die Liberale Partei für die Schweiz forderte, zeigt sich auch im Vergleich ihrer damaligen Parteipresse. Obwohl sowohl das *Journal de Genève* als auch die *Gazette de Lausanne* und die *Basler Nachrichten* sich dem liberalen Gedankengut verpflichtet zeigen und der gleichen Partei nahestehen, lässt sich keine strikte „Unité de Doctrine“ feststellen. Das 1826 gegründete Blatt der National-Demokratischen Partei (damaliger Name der Liberalen in Genf) befindet sich in den dreissiger Jahren im Kampf gegen die „socialo-communistes“, die in Genf für die bürgerliche Presse von Léon Nicole verkörpert werden. Als Chefredakteur und späterer Direktor amtiert René Payot. Das *Journal de Genève* hat 1930 eine Auflage von 13'500 Exemplaren. Ungeachtet der im Vergleich zu anderen Genfer Zeitungen kleinen Auflage erreicht das *Journal de Genève* eine Leserschaft, die weit über die Parteimitglieder und –sympathisanten und auch die kantonalen Grenzen hinausgeht. Den Ruf als „NZZ der Romandie“ verdankt die Zeitung

⁹⁷ Die Auflagezahlen für das Jahr 1930 sind – sofern nicht anders vermerkt – Bürgin, Statistische Untersuchungen, S. 175ff. entnommen.

⁹⁸ Vgl. Merki, Und wieder lodern die Höhenfeuer, S. 183.

weniger der Auflage als der Verankerung in Finanz- und Wirtschaftskreisen und der eher nüchternen Gestaltung.

2.6.2 Leitmedien des katholisch-konservativen Milieus

Vaterland

Sowohl das *Vaterland* wie auch die *Liberté* sind Produkte wie Instrumente der „breiten Mobilisierung des Volkskatholizismus“ im Kulturkampf.⁹⁹ Zusammen mit den katholischen Vereinen bildeten sie in ihrer Entstehungsphase die Basis eines politisch erst schwach als „eidgenössischer Honoratiorenclub“¹⁰⁰ organisierten katholisch-konservativen Lagers.

Das aus der Luzerner Zeitung hervorgegangene *Vaterland* erschien erstmals am 1. Oktober 1871. Der Untertitel dieser neuen Zeitung – „Konservatives Zentralorgan für die deutsche Schweiz“ – verdeutlicht den Anspruch auf eine überregionale Bedeutung und eine integrative Funktion für die konservativen Kräfte der Schweiz.¹⁰¹ Das *Vaterland* der ersten Redakteure – Chorherr Vinzenz Kreyenbühl (bis 1882) und der spätere Solothurner Landamman und Nationalrat Franz J. Hänggi (bis 1873) – vertrat gemäss ihrem Selbstverständnis einen „gemässigten und vernünftigen“ Konservatismus. Das gesinnungsverbindende Element der Lager, die das *Vaterland* vertrat, war jedoch bis über die Zeit des Zweiten Weltkriegs hinaus nicht so sehr der Konservatismus als der Katholizismus. Einer der profiliertesten Redakteure des *Vaterland* in unserem Untersuchungszeitraum ist Karl Wick. Er übernahm 1926 die Abteilung Kulturpolitik sowie die Leitung des Feuilletons. „Die publizistische Stimme Wicks wurde nicht nur in katholischen Kreisen aufmerksam gehört. Schon zu einer Zeit, als der offizielle Katholizismus noch schwankte, trat er entschieden gegen den Nationalsozialismus und seine helvetischen Ableger auf, was ihm weitherum Anerkennung einbrachte.“¹⁰² 1954 übernahm Karl Wick die Chefredaktion des *Vaterland*. Das *Vaterland* hat 1930 eine Auflage von 16'800 Exemplaren.

Liberté

Die 1871 gegründete *Liberté* ist – analog zur Stellung des *Vaterlands* im deutschschweizer Katholizismus – das Leitmedium der katholisch-konservativen Presse der Romandie. Im Gegensatz zu den Genfer Tageszeitungen fast jeglicher Couleur kann die *Liberté* nicht als eigentliches Kampfblatt bezeichnet werden. Durch die absolute Regierungs- und Parlamentsmehrheit der Katholisch-Konservativen in Stadt und Kanton Freiburg (die „République Chrétienne“) besteht hierzu auch wenig Grund. Durch die Nähe zu Kirche und Partei kommt der *Liberté* einerseits eine offiziöse Stellung als Sprachrohr der

⁹⁹ Altermatt, Katholizismus und Moderne, S. 144.

¹⁰⁰ Ebenda, S. 146.

¹⁰¹ Manuel Eisner interpretiert den im Untertitel fehlenden Hinweis auf das 'Katholische' als zweite Komponente der politischen Ausrichtung als Ausdruck der ursprünglichen Hoffnung auf eine politische Brücke zu den konservativen Protestanten. (Vgl. Eisner, Politische Sprache, S. 200)

¹⁰² HLS online, Stichwort: Wick, Karl, von Josef Widmer, 25. November 2002.

Regierung zu. Andererseits ist Freiburg kaum ein lokaler Schauplatz erbitterter sozialer und politischer Auseinandersetzungen, wie sie Genf in den dreissiger Jahren prägten. Die unangefochtene Hegemonie der Katholisch-Konservativen in Freiburg bietet für die *Liberté* auf lokaler Ebene nur wenig Anlass zu Angriffen auf die politische Konkurrenz. Auf nationaler Ebene hingegen stellt der Kampf gegen den Sozialismus und den „antiklerikalen Zentralismus“ eines der Hauptanliegen des „Journal politique, religieux, social“ dar. Raum für Polemik findet sich am ehesten auf der „page des jeunes conservateurs“. Die *Liberté* kann in der ersten Hälfte der 1930er Jahre ihre Auflage von 9'700 auf rund 15'000 Exemplare steigern.

2.6.3 Leitmedien des sozialdemokratischen Milieus

Berner Tagwacht

Die *Berner Tagwacht* entsteht im Kontext der Arbeiterbewegung. Die Presse der Arbeiterbewegung war stark an regional unterschiedliche Organisationen gebunden und ihre Geschichte eng verknüpft mit den Gründungsversuchen einer sozialdemokratischen Partei. Die *Tagwacht* übernahm 1893 als Nachfolgerin des vom Berner Patriziers Albert Steck¹⁰³ geleiteten *Schweizerischen Sozialdemokraten* die Rolle als regionales Organ. Zunächst war die *Tagwacht* ein kantonal ausgerichtetes Organ. 1909-1912 bezeichnet sie sich dann als „sozialdemokratisches Tagblatt“, und 1912 wird sie zum offiziellen Parteiorgan der sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Seit 1906 erscheint die *Tagwacht* sechsmal wöchentlich. 1930 hat die *Tagwacht* eine Auflage von rund 19'000 Exemplaren.¹⁰⁴

Sentinelle

Die *Sentinelle* ist das zentrale Organ für die Sozialdemokratie in der Romandie. Die erste Nummer erscheint 1890, ab Ende 1912 ist die *Sentinelle* eine Tageszeitung. In der Nachfolge von Charles Naine ist ab 1915 Ernest-Paul Graber Redakteur der *Sentinelle*. Auch Graber vereinigt in sich die beiden Rollen des Politikers und des politischen Journalisten. Er prägt das Blatt während der gesamten Untersuchungsphase. Die *Sentinelle* kämpft in der Vorkriegs- und Kriegszeit mit grossen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Die Zahl der Abonnenten sinkt von gut 9'000 im Jahr 1930 auf 4'800 Ende 1945. Politisch positioniert sich das Blatt durch eine deutliche Gegnerschaft sowohl zum Nationalsozialismus als auch zum Stalinismus.

¹⁰³ Zur Bedeutung Albert Stecks für die schweizerische Sozialdemokratie vgl. Gruner, Parteien, S. 130.

¹⁰⁴ Vgl. Gruner, Parteien, S. 233.

2.6.4 Forumsmedien

Tages-Anzeiger

Der wichtigste Vertreter der nicht parteigebundenen Forumspresse ist der *Tages-Anzeiger*. Das Blatt wurde 1893, im Jahr der Zürcher Eingemeindungen, „welche die Bevölkerung auf einen Schlag von 28'000 auf 121'000 anschwellen liess und damit Zürich zur ersten schweizerischen Grossstadt machte“¹⁰⁵, vom Essener Verleger Wilhelm Girardet gegründet. 1905 heiratete seine Tochter Otto Coninx – die Verlegerfamilie Coninx bestimmt noch heute die Geschicke des *Tages-Anzeigers*. Girardet legt das Hauptgewicht auf lokale Nachrichten und Inserate. Er bezeichnet den *Tages-Anzeiger* als „unparteiisches Organ für Jedermann“ sowie als „wirksamstes Anzeigeblatt“. Der *Tages-Anzeiger* erzielt rasch wirtschaftliche Erfolge. An der Jahrhundertwende – wenige Jahre nach der Gründung – hat das Blatt bereits 47'000 Abonnenten. 1930 beträgt die Auflage des *Tages-Anzeigers* rund 90'000 Exemplare. Eine starke Ausrichtung auf den Markt zeigt sich beim *Tages-Anzeiger* auch am Anteil der Inserate. Die Inseratenfläche beträgt im Verhältnis zur ganzen Ausgabe 1941 durchschnittlich 55%, jene der *Neuen Zürcher Zeitung* im Vergleich 40% und jene des *Vaterlands* 35%. In der Vorkriegszeit bietet der *Tages-Anzeiger* verschiedenen europäischen Politikern – unter ihnen auch Hitler und Mussolini – ein Forum für Beiträge, die prominent auf der Frontseite publiziert werden.¹⁰⁶

¹⁰⁵ Fritsche / Lemmenmeier, Weg zu einer städtischen Industriegesellschaft, S. 181.

¹⁰⁶ Es handelt sich hierbei – dem Forumscharakter des Mediums entsprechend – um eingekaufte Beiträge, die von internationalen Presseagenturen geliefert wurden. Die Autoren dieser Beiträge wurden vor allem nach dem Kriterium der Prominenz ausgewählt; ideologisch reicht das Spektrum von Hitler und Mussolini bis zu Karl Radek. (vgl. Wild, Bewährungsprobe, S. 301-305.)

3 Relevanzstrukturen der schweizerischen Öffentlichkeit in den Jahren 1933 bis 1950

Am Beginn der empirischen Analyse der Aufmerksamkeit für Flüchtlinge in der schweizerischen Öffentlichkeit steht die systematische Erfassung und überblicksartige Beschreibung jener Ereignisse und Themen, die die öffentliche politische Kommunikation in den Jahren 1933 bis 1950 dominieren. Denn die Bedeutung, die der Auseinandersetzung mit Flüchtlingen in der öffentlichen politischen Kommunikation beigemessen wird, kann schlüssig nur erfasst und beurteilt werden, wenn wir sie in Relation zu den Relevanzstrukturen der schweizerischen Öffentlichkeit setzen. Diese Relation ist zum einen eine quantitative: Unter der Bedingung knapper Aufmerksamkeit schmälert jedes konkurrenzierende Ereignis nicht nur die Aufmerksamkeit, die flüchtlingsrelevanten Themen und Ereignissen zugewendet werden kann, sondern kann diese sogar weitgehend von der medialen Agenda verdrängen. Zum andern drängt sich eine Rückbindung der Aufmerksamkeit für Flüchtlinge an die Relevanzstrukturen der schweizerischen Öffentlichkeit aber auch aus qualitativen Aspekten auf. Denn diese Relevanzstrukturen prägen wesentlich die Deutungsrahmen, in denen sich die schweizerische Gesellschaft in Bezug auf sich selbst wie auf ihre Umwelt wahrnimmt. Derart etablierte Selbstbilder prägen jedoch immer auch – und sei es nur implizit und ex negativo – die Wahrnehmung des Anderen als Fremdem und damit auch jener Menschen, die als Flüchtlinge in der Schweiz Zuflucht suchen.

Von diesen Überlegungen ausgehend, werden in diesem Kapitel drei Fragen diskutiert:

- Was bindet die Aufmerksamkeit der Zeitgenossen und prägt über thematische Strukturen und damit verbundene Interpretationen ihre Wahrnehmung?
- Welches sind die entscheidenden Herausforderungen, mit denen sich die Schweiz – mit Blick auf die Welt wie auf die eigene Gesellschaft – konfrontiert glaubt?
- Welcher Stellenwert kommt flüchtlingsrelevanten Themen und Ereignissen in den so erfassten gesellschaftlichen Relevanzstrukturen zu?

Um diese Fragen empirisch zu beantworten, machen wir uns die Agenda-setting Funktion der Leitmedien zunutze.¹⁰⁷ Ereignisse und Themen, welche die leitmediale Berichterstattung dominieren, prägen erstens über das „intermedia agenda setting“ die Relevanzstrukturen der Medienarena (media agenda), beeinflussen zweitens die persönliche Agenda jedes Individuums einer Gesellschaft und legen das fest, was wir in der kommunikativen Interaktion an Gemeinsamkeit unterstellen können¹⁰⁸ (public agenda), und wirken drittens durch die Unterstellung von Wählerpräferenzen auf die Relevanzstrukturen des politischen Systems und seiner Akteure (policy agenda) zurück. Mit dieser verknapp-

¹⁰⁷ Zum Stand der wissenschaftlichen Diskussion vgl. Rössler, Agenda-Setting.

¹⁰⁸ Auf individueller Ebene weisen Themen und Ereignisse natürlich eine hohe Varianz auf. Doch dort, wo wir in der Kommunikation mit anderen gemeinsame Themen unterstellen müssen, sind wir zwingend auf eine Agenda verwiesen, die über die massenmedial hergestellte Öffentlichkeit definiert wird. Deutlich wird dies in Gesprächssituationen mit Fremden zum Beispiel im Zugabteil oder im Restaurant, die – sofern sie sich nicht um's Wetter drehen – regelhaft auf ein massenmedial etabliertes Thema rekurren.

ten Darstellung ist keineswegs eine lineare Wirkungskette impliziert. Eine solche Vorstellung würde dem komplexen Beziehungsgeflecht zwischen Publikum, Medien und politischen Akteuren mit seinen Rückkoppelungseffekten auch nicht gerecht. Denn sowohl Akteure des politischen Systems wie auch solche der Zivilgesellschaft sind nicht einfach den Relevanzstrukturen der medialen Agenda ausgesetzt. Vielmehr versuchen sie, diese Agenda aktiv mitzugestalten (agenda building). Wir werden auf die Strategien zur Beeinflussung der leitmedialen Agenda anhand konkreter Anlässe in der Flüchtlingsberichterstattung noch eingehen. An dieser Stelle interessiert uns jedoch nicht der Prozess der Etablierung medialer Relevanzstrukturen sondern einzig sein Resultat. Gerade indem leitmediale Relevanzstrukturen aber durch die Wechselwirkungen von agenda-setting und agenda-building Funktionen zustande kommen und somit auch durch extramediale Akteure beeinflusst sind, stellen sie einen verlässlichen Indikator für die Relevanzstrukturen der Öffentlichkeit dar.

Methodisch baut die vergleichende Relevanzstrukturanalyse der Leitmedien auf der kommunikationsereigniszentrierten Erfassung der redaktionellen Berichterstattung in den vier Deutschschweizer Tageszeitungen *Neue Zürcher Zeitung*, *Vaterland*, *Tagwacht* und *Tages-Anzeiger* auf.¹⁰⁹ Anhand von Kommunikationsereignishierarchien, die die zehn umfangreichsten Kommunikationsereignisse pro Medium und Jahr enthalten, lassen sich vorerst die organspezifischen Relevanzstrukturen eruieren. Durch den Vergleich der medienspezifischen Kommunikationsereignishierarchien kann dann die Konvergenz oder Divergenz der sich in ihnen spiegelnden Thematisierung der Welt festgestellt werden. Der Umfang der Konvergenz von Kommunikationsereignissen bemisst die durch alle Zeitungen geteilte Fokussierung von Themen und Ereignissen und die entsprechende Relevanz, die ihnen, die politischen Milieus übergreifend, zugeschrieben wird; die Divergenz hingegen verweist auf jene Vorgänge, die exklusiv von einer Zeitung thematisiert werden und entsprechend – in Bezug auf die Parteiorgane – milieuspezifische Relevanzstrukturen zum Ausdruck bringen. Bei der Interpretation der Relevanzstrukturanalyse gilt es zu beachten, „dass weder die absolute Konvergenz noch die absolute Divergenz der Vorgangsthematisierung durch verschiedene Medien zu erwarten ist“¹¹⁰.

Am Beginn der nachfolgenden Relevanzstrukturanalyse der schweizerischen Öffentlichkeit in den Jahren 1933 bis 1950 steht die Definition der leitmedialen Arena, deren Relevanzstrukturen uns als Indikator dienen können (Kap. 3.1). In Bezug auf diese Arena werden wir dann die konvergenten Kommunikationsereignisse bestimmen, indem wir jene Themen und Ereignisse erfassen, über die in allen Medien dieser Arena prominent be-

¹⁰⁹ Zu den erkenntnistheoretischen wie methodischen Grundlagen der im Rahmen des Nationalfondsprojektes „Krise und sozialer Wandel“ entwickelten Kommunikationsereignisanalyse vgl. Imhof, Vermessene Öffentlichkeit. Die Aussagen zur Relevanzstrukturanalyse stützen sich auf Imhof, Lernen von Aussen, S. 294-301.

¹¹⁰ Imhof, Lernen von Aussen, S. 295. „Vollständige Konvergenz würde bedeuten, dass diesen parteiverbundenen Organen – obwohl sie aus unterschiedlichen Traditionsbeständen und ideologischen Ressourcen schöpfen – exakt dasselbe in der Welt als relevant erscheint. Umgekehrt würde vollständige Divergenz manifestieren, dass zwischen den verschiedenen politischen Kulturen, die diese Zeitungen repräsentieren, keine wechselseitig anschliessbaren Relevanzstrukturen vermitteln würden, d.h. der Diskurs über die Dinge des gemeinsamen Lebens wäre schlicht deshalb ausgeschlossen, weil es diese gemeinsamen Dinge nicht gäbe.“ (ebenda).

richtet wird. Dabei unterscheiden wir Kommunikationsereignisse, die sich auf den Binnenraum der Schweiz beziehen, von solchen, die Vorgänge im Ausland thematisieren und den Blick der Schweiz auf die Welt prägen. Aus der Wechselwirkung dieser beiden Perspektiven lässt sich erschliessen, was die grossen politischen Milieus der Schweiz übereinstimmend als die zentralen, lösungsbedürftigen politischen Probleme erachten. Damit sind Kommunikationsverdichtungen auch Indikatoren des sozialen Wandels einer Gesellschaft. Alternative Deutungskonfigurationen, die in Phasen gesellschaftlichen Orientierungsverlustes breite öffentliche Resonanz erhalten, steigern die Konfliktivität der öffentlichen politischen Kommunikation. Konflikt aber verdichtet die Kommunikation derart, dass sie im Extremfall durch nur noch zwei dichotome Positionen hinsichtlich einer einzigen thematisch konzentrierten Konfliktlinie bestimmt wird. Eine Konfliktlösung, die nicht in einen Bürgerkrieg münden soll, ist dann auf Lernprozesse angewiesen, in deren Verlauf „fest gefügte Deutungskonfigurationen sowie die davon abgeleiteten Relevanzstrukturen und wechselseitigen Typisierungen durch Irritationseffekte“ aufgeweicht werden und „dadurch fundamental gestörte Kommunikation teilentstört“¹¹¹ werden kann. Hierbei kommt dem Blick nach aussen eine wichtige Bedeutung zu. Wie in diesem Kapitel zu zeigen sein wird, wirkt die Kreation gemeinsamer Bedrohungsbilder konfliktdämpfend und schafft in der Abgrenzung Orientierungssicherheit in Bezug auf das – wenngleich auch diffus definierte – gesellschaftliche Selbstverständnis (Kap. 3.2). Diese Dialektik von Eigen und Fremd wirkt sich auch auf die Wahrnehmung von Flüchtlingen aus. Deshalb wird ergänzend zur Relevanzanalyse auch die thematische Konzentration auf Fragen der Landesverteidigung und der Landesversorgung analysiert. Anhand der Intensität und der Form der Diskussionen um die Massnahmen zur Bedrohungsabwehr und zum Erhalt der Eigenständigkeit¹¹² in allen erfassten Leitmedien der Deutschschweiz lässt sich die Bedrohungswahrnehmung in ihrem Wandel ermessen (Kap. 3.3). Abschliessend werden wir dann vor dem Hintergrund dieser Analysen die Bedeutung der Flüchtlingsberichterstattung diskutieren und so die Frage nach dem Stellenwert flüchtlingsrelevanter Themen und Ereignisse innerhalb der erfassten gesellschaftlichen Relevanzstrukturen beantworten (Kap. 3.4).

3.1 *Bestimmung der leitmedialen Arena zur Relevanzstrukturanalyse*

Die leitmediale Arena ist jener Ort, an dem gesellschaftliche Relevanzstrukturen fassbar werden. Damit aber ist die Relevanzstrukturanalyse mit dem Problem konfrontiert, wie sich diese leitmediale Arena bestimmen lässt. Nehmen wir den Begriff der Arena ernst, so muss für die sie konstituierenden Medien gelten, dass sie in hohem Masse auf Kommunikation mit Anschlusskommunikation reagieren und selbst wiederum Anschlusskommuni-

¹¹¹ Imhof, Lernen von Aussen, S. 297.

¹¹² Diese Formulierung rekurriert auf die zeitgenössische Wahrnehmung. Wie sich am Beispiel der Anbauschlacht verdeutlichen lässt, muss diese Wahrnehmung mitnichten mit einer kritischen Würdigung ex post übereinstimmen. Obwohl die Anbauschlacht in ihrem Erfolg bescheiden blieb und hinsichtlich der benötigten Düngemittel die Abhängigkeit von Deutschland noch erhöhte, wurde sie in der Wahrnehmung der Bevölkerung doch „zum Symbol für die Volksgemeinschaft, den Widerstandswillen und die -Selbstbehauptung der Schweiz“ (Albert Tanner, Anbauschlacht, HLS Bd. I, S. 321).

kation auslösen. Konkret lässt sich von einem Leitmedium der Medienarena dann sprechen, wenn die von ihm gesetzten Themen und Positionen sowohl durch andere Medien wie auch durch politische Akteure gesamtschweizerisch aufgegriffen und diskutiert werden.

Wie wir gesehen haben, ist die Medienlandschaft der Schweiz in unserem Untersuchungszeitraum gekennzeichnet durch das sich als Integrationsmedium verstehende Radio, durch eine starke Gesinnungspresse, in deren Zentrum die Parteizeitungen stehen, und durch eine kommerzialisierte, parteiunabhängige Forumspresse, die sich aus Lokalanzeigern entwickelte. In unsere Untersuchung wurden Medien des zweiten und des dritten Typs mit einbezogen.¹¹³ Die Diskussion um die Konstitution der leitmedialen Arena konzentriert sich damit auf einen Vergleich der Parteimedien *Neue Zürcher Zeitung*, *Vaterland* und *Tagwacht* einerseits und des kommerzialisierten Forumsmediums *Tages-Anzeiger* andererseits.

Die Parteiorgane *Vaterland* und *Tagwacht* resp. die parteinahe *Neue Zürcher Zeitung* sind durch ein Selbstverständnis als Sprachrohr und intellektuelle Sperrspitze ihres jeweiligen politischen Milieus gekennzeichnet. Zu diesem Selbstverständnis trägt auch die geringe Rollendifferenzierung zwischen Redakteur und Politiker bei. Dies führt dazu, dass sich diese Parteizeitungen durch ein hohes Mass an Anschlusskommunikation auszeichnen. In ihrer Berichterstattung rekurren sie regelhaft sowohl auf die Themen und Positionen der Zentralorgane anderer politischer Milieus als auch auf die grossen parlamentarischen Debatten. Ihre Berichterstattung kann daher auch als Verlängerung der Deliberation aus dem Parlament in die massenmediale Öffentlichkeit angesehen werden.

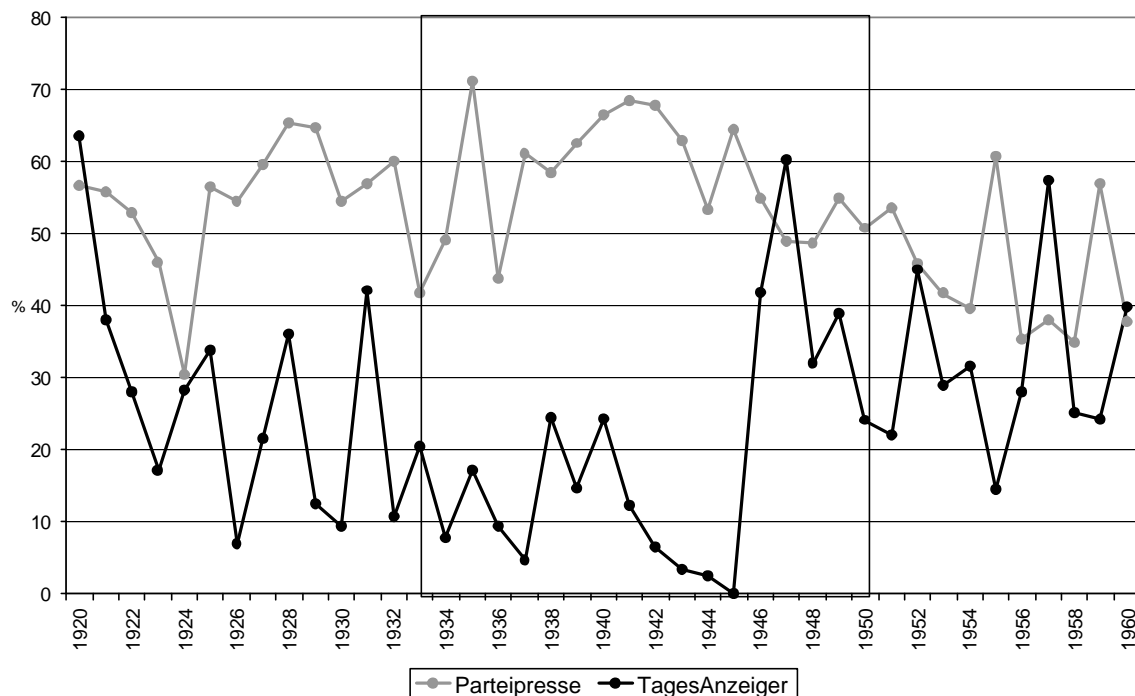
Ein ganz anderes Bild ergibt sich bezüglich der Frage nach der Anschlusskommunikation in Hinblick auf den *Tages-Anzeiger*. In bewusstem Gegensatz zu den Gesinnungsblättern richtet sich diese Zeitung nicht an ein spezifisches politisches Milieu sondern an ein unspezifisches Publikum von Medienkonsumenten, das nicht mit milieuspezifischen Orientierungsangeboten, sondern mit allgemeiner Information, Unterhaltung und praktischer Hilfe in allen Nöten des Alltags an die Zeitung gebunden werden soll. Entsprechend unterscheiden sich auch die Aufmerksamkeitsstrukturen des *Tages-Anzeigers* – insbesondere hinsichtlich politischer Vorgänge in der Schweiz – deutlich von jenen der Parteipresse. Politische Ereignisse finden nur dann breitere Aufmerksamkeit in diesem kommerzialisierten Forumsmedium, wenn sie die Informations- und Unterhaltungsbedürfnisse seiner Leserschaft befriedigen.

Dies lässt sich in einer Zeitreihenanalyse empirisch stützen. Ausgangspunkt dieser Analyse ist die Aufmerksamkeit, die der *Tages-Anzeiger* Vorgängen in der Schweiz während der Jahre 1920 bis 1960 zukommen lässt. Um den Vergleich mit den Parteizeitungen zu ermöglichen, wird diese Aufmerksamkeit in Relation zur Aufmerksamkeit gesetzt, die analoge Ereignisse durchschnittlich in den drei Parteimedien erhalten. Die empirische

¹¹³ Ein Einbezug des Radios war aufgrund der verfügbaren Quellenbasis nicht möglich. Zur Bedeutung dieses Mediums in den 30er und 40er Jahren vgl. Halter-Schmid, Schweizer Radio 1939-1945. Die Organisation des Radiokommunikators durch Bundesrat und Parlament, und Mäusli, Radio: Nicht bloss ein Apparat, der tönt.

Basis bilden die jeweils zehn umfangreichsten Kommunikationsereignisse pro Zeitung und Jahr, die nach ihren Bezügen in binnen- und aussenorientierte Kommunikationsereignisse unterschieden, prozentiert und summiert wurden (vgl. Graphik 1).

Graphik 1: *Prozentualer Anteil binnenorientierter Kommunikationsereignisse des Tages-Anzeigers im Vergleich zur Parteipresse 1920 bis 1960¹¹⁴*



Die Graphik verdeutlicht die Absenz des *Tages-Anzeigers* bei innenpolitischen Themen und Ereignissen ab Mitte der 20er Jahre bis Mitte der 40er Jahre. Diese Entwicklung setzt sich auch fort, als sich die Parteipresse im Zuge der Geistigen Landesverteidigung in unserem – in der Graphik grau unterlegten – Untersuchungszeitraum bevorzugt innenpolitischen Themen zuwendet. Stattdessen fokussiert der *Tages-Anzeiger* Themen und Ereignisse ausserhalb der Schweiz; insbesondere die Konflikts- und Kriegsschauplätze vor und während des Zweiten Weltkriegs.

Erst in den Jahren 1946 bis 1949 erreicht die Aufmerksamkeit für Vorgänge in der Schweiz wieder eine der Parteipresse vergleichbare Intensität. Verantwortlich hierfür ist eine breite Skandalberichterstattung.¹¹⁵ In dieser spezifischen Berichterstattung gleichen

¹¹⁴ Lesebeispiel: 1935, Jahr der Krisen- und der Totalrevisionsinitiative, berichtet die Parteipresse in einem Umfang von durchschnittlich 71% über Vorgänge in der Schweiz, während der Tages-Anzeiger im gleichen Jahr nur 17% seiner Berichterstattung solchen Vorgängen widmet. Unter den zehn gewichtigsten Kommunikationsereignissen des Tages-Anzeigers im Jahr 1935 findet sich weder die Totalrevisionsinitiative noch die Abstimmung über die sog. Wehrvorlage. Zumindest in Bezug auf diese beiden Vorlagen nimmt der Tages-Anzeiger also nur bedingt an der öffentlichen politischen Auseinandersetzung teil.

¹¹⁵ Eine solche Skandalberichterstattung findet sich in den Kommunikationsereignissen „Bericht über anti-demokratische Umtriebe / 5. Kolonne“ (1946, Rang 3), „Korruptionsfall Meyerhofer und Konsorten“

sich die thematischen Aufmerksamkeitsbezüge des *Tages-Anzeigers* jener der *Tagwacht* an. Doch während das sozialdemokratische Organ seine Skandalberichterstattung als Mittel im politischen Kampf um die richtige Gesellschaftsordnung in der zukunfts-offenen und konfliktiven Transformationsphase ausgangs des Zweiten Weltkrieges versteht, ist die Skandalberichterstattung des *Tages-Anzeigers* ein letztlich ökonomisch motiviertes Mittel der Aufmerksamkeitsgenerierung.¹¹⁶

In Anbetracht der deutlich geringeren Rate von Anschlusskommunikation und der markant divergierenden Aufmerksamkeitsstrukturen des *Tages-Anzeigers* konzipieren wir die leitmediale Arena für die nachfolgende Relevanzstrukturanalyse auf der Basis der drei Parteizeitungen *Neue Zürcher Zeitung*, *Vaterland* und *Tagwacht*.

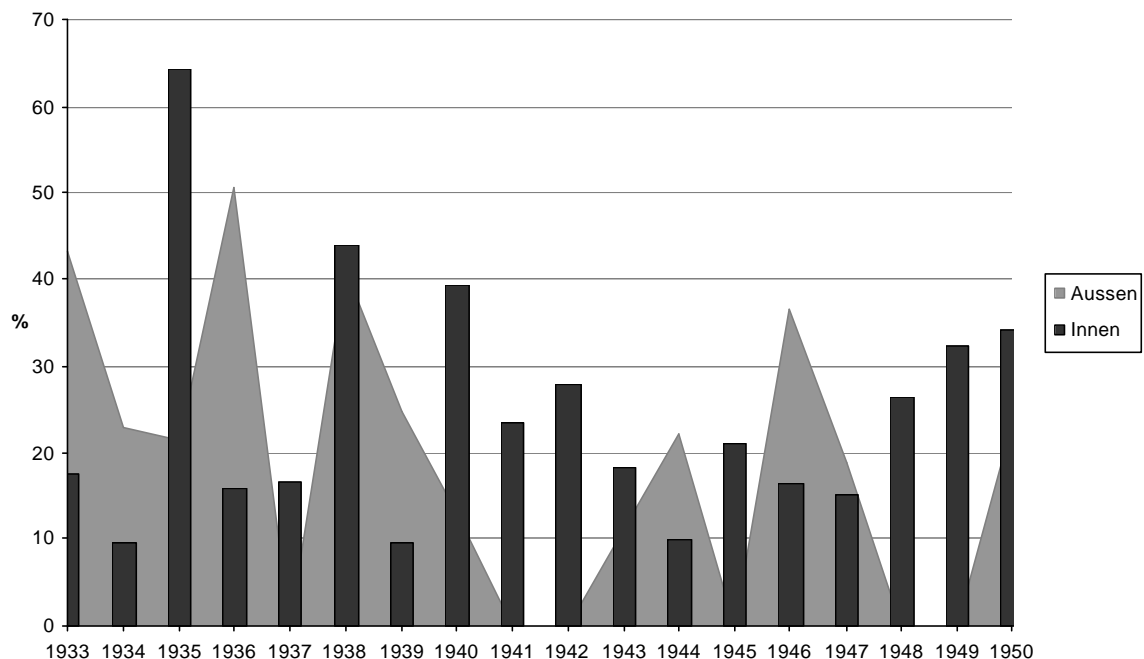
3.2 Relevanzstrukturen der leitmedialen Arena

Die Relevanzstrukturen dieser leitmedialen Arena lassen sich erfassen, indem wir die Intensität der von allen drei Zeitungen gemeinsam fokussierten Kommunikationsereignisse über die Zeit vergleichen. Um die Wechselwirkungen zwischen der Wahrnehmung der Welt und der eigenen Gesellschaft analysieren zu können, unterscheiden wir zwischen Kommunikationsereignissen, die sich auf den Binnenraum der Schweiz beziehen und solchen, die Vorgänge im Ausland thematisieren.

Die nachfolgende Graphik 2 bildet die Intensität der übereinstimmenden Thematisierung von Vorgängen in der Schweiz (dunkelgraue Säulen) und in der Welt (hellgraue Flächen) ab. Betrachten wir die Intensität der gemeinsam fokussierten Kommunikationsereignisse, so zeigen sich hinsichtlich der binnenorientierten Kommunikationsereignisse die Jahre 1935 (64%) und 1938 (44%) und hinsichtlich der aussenorientierten Kommunikationsergebnisse die Jahre 1933 (43%) und 1936 (51%) als jene Zeit, in denen sich die politische Kommunikation in den drei Parteimedien am intensivsten auf wenige Themen und Ereignisse konzentrierte. Betrachten wir die gesamte konvergente Berichterstattung, dann erweisen sich die Jahre 1933 (61%), 1935 (86%), 1936 (67%) und 1938 (85%) als Phase einer eigentlichen Kommunikationsverdichtung in der politischen Öffentlichkeit der Schweiz.

(1947, Rang 1), „Landesverräterprozess in Luzern“ (1947, Rang 9), „Strafvollzug“ (1947, Rang 10), „Kraftwerkfrage“ (1948, Rang 3), „Burri und Konsorten vor Bundesgericht“ (1948, Rang 7) und „Auslandschweizer und Kriegsschädenfrage“ (1948, Rang 10).

¹¹⁶ Diesen Unterschied werden wir am Beispiel der Berichterstattung zum sogenannten Korruptionsfall Meyerhofer in Kapitel 5.7 verdeutlichen.

Graphik 2: Konvergente Aufmerksamkeitsstrukturen der Parteimedien¹¹⁷

Diese Kommunikationsverdichtung spiegelt die konfliktiven Auseinandersetzungen um ein orientierungsstiftendes und integrierendes Krisenlösungsmuster, mit dem die Schweiz die Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre zu bewältigen und sich in einer durch zunehmende internationale Spannungen gekennzeichneten Welt zu positionieren vermag. In Abgrenzung zu klassenantagonistischen Krisenlösungsmustern, wie sie noch nach dem Ersten Weltkrieg in Form des Bürgerblockregimes in der Schweiz installiert worden waren, aber auch in Abgrenzung zu ständestaatlichen, faschistischen und nationalsozialistischen Krisenlösungsmustern, die in dieser Phase in Nachbarstaaten der Schweiz etabliert werden, setzt sich in einem alle drei grossen politischen Milieus umfassenden Lernprozess ein konkordantes Krisenlösungsmuster durch.

Zu diesem Lernprozess trägt wesentlich der intensive gemeinsame Blick auf das europäische Ausland bei, der sich in den ausserorientierten Konvergenzereignissen jener Jahre manifestiert. Die Machtübernahme der Nationalsozialisten und die einsetzende Verfolgung politischer Gegner in Deutschland 1933, der Bürgerkrieg und die Etablierung eines

¹¹⁷ Lesebeispiel: 1934 werden der Februar-Aufstand in Österreich und die als SA-Revolution wahrgenommene Ermordung von SA-Führern von allen drei Zeitungen gemeinsam prominent thematisiert. Diese beiden Kommunikationsereignisse machen im Durchschnitt der drei Zeitungen knapp 23% ihrer durch die jeweils zehn grössten Kommunikationsereignisse erfassten Berichterstattung aus. Von den innenpolitischen Ereignissen wird nur das Ordnungsgesetz zu einem konvergenten Kommunikationsereignis; es umfasst knapp 10% der Berichterstattung. Addiert man die binnen- und die ausserorientierten Konvergenzereignisse, so zeigt sich, dass sich im Jahr 1934 durchschnittlich knapp ein Drittel der in den drei Zeitungen erfassten Berichterstattung auf gemeinsam wahrgenommene Ereignisse bezieht.

ständestaatlichen Regimes in Österreich 1934, die Ermordung eines Teils der SA-Führung in Deutschland („Röhm-Putsch“) im gleichen Jahr sowie der spanische Bürgerkrieg und die Diskussionen um die Intervention europäischer Mächte 1936 sind den Leitmedien der Deutschschweiz Anlass, sich intensiv mit autoritären Regimes in Europa auseinanderzusetzen. Wenngleich sie in der Beurteilung dieser Ereignisse vorerst noch sehr unterschiedliche Positionen vertreten, so sind sich die drei Leitmedien doch einig in der Bedeutung, die sie diesen Ereignissen zumessen. Mit einer hohen Intensität verfolgen die *Neue Zürcher Zeitung*, das *Vaterland* und die *Tagwacht* gleichermassen zwischen 1933 und 1936 die Entwicklung in Deutschland und Österreich sowie mit etwas geringerer Intensität auch in Spanien und Frankreich und vollziehen im Rahmen dieser intensiven Beobachtung einen Prozess der Reorientierung, in dessen Verlauf die totalitären Krisenlösungsmuster nationalsozialistischer wie ständestaatlicher Ausprägung, aber auch Volksfrontmodelle immer deutlicher zur Negativfolie werden. Vor ihrem Hintergrund hebt sich nun das schweizerische Konkordanzmodell als konsensfähige Alternative ab. Dass dieser Lernprozess voraussetzungsvoll ist und anfänglich durchaus bestehende Affinitäten zu autoritären Regierungsformen erst über massive Irritationen abgebaut werden müssen, zeigt sich am katholisch-konservativen *Vaterland*. Die Machtergreifung und die Gleichschaltungspolitik der Nationalsozialisten und die Entmachtung des Parlamentes in Österreich mobilisieren im politischen Katholizismus der Schweiz vorerst antiliberale ideologische Ressourcen, mit denen die Forderung nach einer radikalen Umgestaltung der schweizerischen Gesellschaft im Sinne der ständestaatlichen Konzepte der Totalrevisionsinitiative legitimiert wird. Erst die Kirchenverfolgung in Deutschland und die Annexionsbestrebungen gegenüber Österreich fördern im „konservativen Zentralorgan für die deutsche Schweiz“ eine wachsende Distanz und die Besinnung auf die Vorteile einer demokratischen Gesellschaft.¹¹⁸

Die innenpolitischen Schlüsselkommunikationsereignisse in dieser Diskussion bilden die Auseinandersetzung mit den frontistischen Bewegungen 1933, die Debatte um das Ordnungsgesetz 1934 und – sowohl in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht am bedeutendsten – die Krisen- und die Totalrevisionsinitiative 1935. Ihre Ablehnung öffnet den Weg für einen Minimalkonsens zwischen den grossen politischen Parteien. Als sich in den Diskussionen um die gescheiterte Bundesfinanzreform 1938 der Zerfall des Bürgerblocks endgültig manifestiert und sich die politischen Parteien wechselseitig als paralysiert erleben, wächst angesichts der wahrgenommenen Bedrohung die Verständigungsbereitschaft. Die Schweiz entdeckt sich als Schicksalsgemeinschaft und Willensnation. In dem Masse, wie sich dieses Deutungsmuster durchsetzt, werden die Trägerorganisationen und –bewegungen klassenantagonistischer, ständestaatlich-autoritärer und rassistischer ideologischer Konstrukte peripherisiert, wird das konfliktzementierende Bürgerblockregime aufgelöst, die Integration der Sozialdemokratie eingeleitet, der Korporatismus erweitert und Umriss einer Agrar-, Wirtschafts- und Sozialpolitik festgelegt, auf denen eine wieder berechenbarer gewordene Zukunft angegangen werden kann. Höhepunkt und Abschluss dieses Annäherungsprozesses bildet 1938 und 1939 die Geistige Landesverteidigung. Sie stellt gleichzeitig eine neue, betont nationale Integrationspolitik und das

¹¹⁸ Vgl. Imhof, Lernen von Aussen, S. 353.

moralische Rüstzeug dar, mit der die wichtigsten politischen Kräfte der Schweiz den „Fährnissen“ der Zeit zu begegnen gedenken.¹¹⁹

Auf der quantitativen Ebene zeigt sich diese Etablierung eines neuen, konfliktentschärfenden Basiskonsenses im markanten Rückgang der Kommunikationsverdichtung. Während 1938 die Kommunikationsereignisse in der *Neuen Zürcher Zeitung*, dem *Vaterland* und der *Tagwacht* noch zu 85% konvergent sind, senkt sich diese Quote 1939 deutlich auf 34%, beträgt im Schicksalsjahr 1940 vergleichsweise tiefe 52% und verbleibt bis Kriegsende zwischen 23% und 32%.

Die Besinnung auf die antitotalitäre Gemeinschaftssemantik der Geistigen Landesverteidigung wird durch die Wahrnehmung internationaler Spannungen begünstigt, die die Beobachtung der autoritären Regimes in der europäischen Nachbarschaft der Schweiz vorerst ergänzt und schliesslich ersetzt. In einer intensiven Berichterstattung über die Besetzung Österreichs und des Sudetenlandes 1938 sowie über die sogenannte Danziger-Frage 1939 verdichtet sich für die Leitmedien der Deutschschweiz das Bild eines Auslandes, in dem ein neuerlicher Weltkrieg drohend wahrscheinlich wird.

Der Zweite Weltkrieg bindet die Aufmerksamkeit aller drei Parteizeitungen nur 1940 anlässlich des deutschen Überfalls auf die Neutralen Holland und Belgien und der Eroberung Frankreichs sowie 1944 anlässlich der Offensiven der russischen Armeen. Die fehlenden Konvergenzen dazwischen sind fast ausschliesslich auf die *Tagwacht* zurückzuführen, deren Kriegsberichterstattung sich nicht zu umfangreichen Kommunikationsereignissen verdichtet.¹²⁰

Breit und übereinstimmend thematisiert wird der Zweite Weltkrieg in der leitmedialen Arena nur hinsichtlich seiner Auswirkungen auf die Schweiz. Wie aus der Graphik 2 ersichtlich, sind die Jahre 1940 bis 1942 fast ausschliesslich durch binnenorientierte Konvergenzereignisse geprägt. Nicht nur in den Diskussionen um die adäquate Form der Kriegswirtschaft 1940, um den militärischen Vorunterricht 1940, um eine Wehrsteuer zur Finanzierung der Ausgaben für die Armee 1942 sowie um die Anbauschlacht im gleichen Jahr, sondern auch in den sozial- und wirtschaftspolitischen Diskussionen um die Allgemeinverbindlichkeit der Gesamtarbeitsverträge (GAV) und die Inflationsbekämpfung ist die Bedrohung durch den Krieg ständiger Referenzrahmen. Recht bald aber zeigt sich in diesen Diskussionen, dass unterhalb der Emotionalisierung des Nationalen schon im Jahre 1940 jene Konflikte angelegt sind, die vom sozialpolitischen Minimalkonsens der Jahre 1938 und 1939 nicht erfasst wurden.¹²¹ Die *Tagwacht* kritisiert sowohl die in ihren

¹¹⁹ Vgl. Imhof / Ettinger / Boller, Flüchtlings- und Aussenwirtschaftspolitik der Schweiz, S. 31.

¹²⁰ Um zu überprüfen, wie weit wir es hier mit einem durch die *Tagwacht* verursachtes Artefakt zu tun haben, wurde die Berichterstattung des Tages-Anzeigers als Vergleichsgrösse mit einbezogen. Hier zeigt sich eine grössere Aufmerksamkeit für Kriegsereignisse. Allerdings erfährt der Weltkrieg mit Ausnahme des Entscheidungsjahres 1942, in dem der Umschwung in Nordafrika und Russland intensiv verfolgt wird, eine durchschnittlich deutlich geringere Aufmerksamkeit in den Leitmedien der Deutschschweiz, als die Entwicklung der autoritären Regimes und die internationalen Spannungen vor dem Krieg.

¹²¹ Die nachfolgenden Ausführungen basieren auf Imhof / Ettinger / Boller, Flüchtlings- und Aussenwirtschaftspolitik, S. 31ff., sowie auf Imhof, Das kurze Leben der geistigen Landesverteidigung, und ders., Wiedergeburt der geistigen Landesverteidigung.

Augen nach wie vor unsoziale und somit wehrkraftschwächende Bundesfinanzordnung als auch die bisherigen Arbeitsbeschaffungsmassnahmen, die bei einer Demobilisation die drohende Arbeitslosigkeit nicht verhindern könnten. Ausserdem beharrt das sozialdemokratische Zentralorgan nachdrücklich auf einer kriegsplanwirtschaftlichen „Mobilisation des Kapitals“ im Dienste des Landes¹²² und vor allem auf einer Bundesratsbeteiligung der „Arbeiterschaft“, denn man habe es satt zu sehen, „dass unbekümmert weiterhin der Gedanke der nationalen Verteidigung verraten wird an den Gedanken der parteilichen Verteilung“¹²³.

Diese latenten Konfliktpotentiale verschärfen sich deutlich, als die Bedrohungsperzeption mit der Frontverlagerung nach der deutschen Westoffensive, vor allem aber mit der sich abzeichnenden Kriegswende zu Gunsten der Alliierten (Winter 1942/43) abnimmt. Nun wird die Geistige Landesverteidigung an entscheidender Stelle defizitär, beruhte doch die Bereitschaft zu konkordanter Konfliktlösung wesentlich auf der Abgrenzung gegenüber dem Andern und war entsprechend auf eine bedrohliche und gänzlich anders geartete Umwelt angewiesen. In diesem bröckelnden Konsens werden die wirtschafts- und sozialpolitischen Konflikte, die durch den Minimalkonsens der Vorkriegszeit nur vorübergehend entschärft worden sind, wieder aufgegriffen. Hierzu gehören die neuen Wirtschaftsartikel der Bundesverfassung, die das liberale Dogma der unbedingten Handels- und Gewerbe-freiheit zu Gunsten staatlicher Interventionspotentiale relativieren sollen, aber weiterhin unrealisiert, wenn auch im Rahmen der Kriegswirtschaft handlungsleitend bleiben. Konfliktpotential bietet zudem die längst notwendige Reform der Bundesfinanzen, die auch in der „Hochphase“ der Geistigen Landesverteidigung im Stadium von Dringlichkeitsbeschlüssen und behelfsmässigen Übergangsregelungen stecken geblieben war. Diese Themen werden nun, im neuen Rahmen einer „Nachkriegsdiskussion im Krieg“ mit Bezug auf die Schweiz nach dem Krieg, wieder aufgenommen. Es zeigt sich, dass die grossen politischen Lager, die in den untersuchten Leitmedien repräsentiert sind, sich über die präzise Ausgestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik wie auch über die Rolle des Bundes weder einig noch im klaren sind. Dissens herrscht auch bezüglich der institutionellen Verfahren der Entscheidungsfindung, besonders der Notrechtspraxis, die einzig noch in der Konservativen Volkspartei (KVP) Unterstützung findet. Und schliesslich besteht erhebliche Unsicherheit über die Form der Integration der Sozialdemokratie auf Bundesebene.

Verstärkt wird die Virulenz dieser Nachkriegsdebatte im Krieg durch die hohe Akzeptanz der im Rahmen der Kriegswirtschaft realisierten Reformen, die Siege der Sowjetunion, zu der die Schweiz immer noch keine diplomatischen Beziehungen pflegt, den politisch ausgesprochen stark wirkenden moralischen Druck der beständig eingeforderten „Volksge-

¹²² Vgl. das Kommunikationseignis der Tagwacht „Mobilisation des Kapitals“ (1940, Rang 7) sowie die Artikel in der Tagwacht vom 21.6.1940 „Her mit der allgemeinen Dienstpflicht des Kapitals“ und vom 19.11.1940 „Wer's anders liest, mag über die Grenze ziehen, aber auch zugleich seinen Schweizer Bürgerbrief abgeben“.

¹²³ Tagwacht, 24.2.1940. Nach der erneuten, dreifachen Zurückweisung und der ablehnenden Botschaft des Bundesrates zur Initiative für die Erweiterung und Volkswahl der Exekutive schreibt die Tagwacht am 13.12.1940: „Das reine Parteienprinzip, der bürgerliche Klassenkampf, hat sich gegen alles andere durchgesetzt, hat jede höhere Überlegung vernichtet.“

meinschaft“ vor und während des Krieges und durch den Aufschwung der organisierten Arbeiterbewegung. All diese Faktoren lassen eine sozialpolitische Entwicklung in der Nachkriegszeit für alle Parteien als unumgänglich erscheinen. Über die Richtung besteht hingegen keineswegs Klarheit. Die KVP konzentriert sich auf eine betont konservative Familienschutzpolitik, für deren Realisierung sie gar einen letzten Streit über die längst sakrosankt gewordene AHV riskiert. In gänzlicher Vernachlässigung des politisch Realisierbaren nach dem Zusammenbruch der Achsenmächte plädiert die KVP – so unbestimmt wie bei ihrer Niederlage in der Totalrevisionsinitiative zehn Jahre zuvor – für eine Demokratisierung der Wirtschaft in der berufsständischen Ordnung, und zwar in genau derselben Formulierung wie in der durch die Frontenbewegung im Jahre 1933 angestossenen Erneuerungsdiskussion.¹²⁴ Die Freisinnige Partei der Schweiz (FdP) erreicht den Zenit ihres sozialpolitischen Reformwillens, zaudert jedoch zukunftsunsicher vor jedem Konkretisierungsschritt (bis auf die AHV), und für die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) ist nach diesem „kapitalistischen Krieg“ die Sozialisierung der Wirtschaft und damit die Humanisierung der Gesellschaft unumgänglich. Einem sozialpolitisch willigen, jedoch zögerlichen Freisinn steht also in den ausgehenden Kriegsjahren einerseits eine katholisch-konservative Partei gegenüber, die sich mit den Argumenten der Totalrevisionsinitiative eine Zukunft verspricht und sich dabei auf die Rettung der Familie konzentriert und andererseits eine Sozialdemokratie, welche die Postulate der Kriseninitiative von 1935 wieder aufnimmt¹²⁵ und die „Neue Schweiz“ als wahrhaftes Unikat entwirft, d.h. als föderativ und genossenschaftlich strukturiertes, sozialistisches Gemeinwesen. Die Sozialdemokratie wähnt sich dabei im Trend der Zeit. Ihr Aufschwung in den Nationalratswahlen 1943 und die beispiellosen Erfolge der neuen sozialen Bewegung zur Linken der SPS, der noch für viele Strömungen offenen Partei der Arbeit (PdA)¹²⁶, der Quantensprung im gewerkschaftlichen Organisationsgrad¹²⁷, die Erfahrungen mit der hochorganisierten Kriegswirtschaft, der 'antifaschistische' Sieg über die Achsenmächte mit der Sow-

¹²⁴ Die katholisch-konservative Fraktion vertritt wie das Vaterland in der erneuten Debatte über die Wirtschaftsartikel in der Bundesverfassung das Modell der berufsständischen Ordnung und damit im Kern die Positionen der 1934 in Zusammenarbeit mit der „Nationalen Front“ lancierten „Initiative zur Totalrevision der Bundesverfassung“. Ziel ist auch 1945 „ein wirtschaftlich-soziales System sui generis“. Diese „berufsständische Ordnung“ ermögliche die „Bildung eines Zwischengebietes nichtstaatlicher, aber öffentlich-rechtlicher Wirtschaft, welche den Staat in seinen Funktionen entlastet und ihm wieder die überparteiliche Autorität zurückgibt. Die kk. [katholisch-konservative] Fraktion betrachtet die berufsständische Ordnung als die nach der wirtschaftlich-sozialen Seite hin ausgerichtete Form der Demokratie.“ Dazu sei ein neues „Sozialrecht“ nötig, „das zwischen dem Privatrecht und dem öffentlichen Recht als selbständiger Rechtsteil figuriert“. Dies – so das Vaterland, die Zwischenkriegszeit konsequent wieder aufleben lassend – sei „nicht durch eine Teilrevision der Verfassung möglich, sondern wird Aufgabe einer Totalrevision der Bundesverfassung sein“. Vaterland, 27.9.1945. Dieselben Formulierungen finden sich auch schon 1933. Vgl. dazu Vaterland 25.4.1933.

¹²⁵ In Form der 1943 lancierten „Volksinitiative für Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit“. Insbesondere wurde erneut die wichtigste sozialdemokratische Forderung nach Elimination von Artikel 31, Absatz 1 der Bundesverfassung (Handels- und Gewerbefreiheit) in dieses Volksbegehren aufgenommen.

¹²⁶ Vgl. dazu das Kommunikationsereignis in der Tagwacht „Spaltung und Linkskurs der SPS“ (1944, Rang 4). Zur Entwicklung der PdA vgl. Lossau, Die Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS); Vögeli / von Gunten, Das Verhältnis der Sozialdemokratischen Partei zu anderen Linksparteien in der Schweiz 1912-1980, S. 151ff.; Meier, Die Konstitution des Bösen; Gruner, Die Parteien in der Schweiz; und Studer, Un parti sous influence.

¹²⁷ Vgl. dazu Ruf, Organisation von Arbeitnehmerinteressen im Überblick; Arbeitsgruppe für Geschichte der Arbeiterbewegung Zürich (Hg.), Schweizerische Arbeiterbewegung, S. 302ff.

jetunion als wichtigstem Faktor und die Defensive des Bürgertums in der Nachkriegsdebatte lassen die sozialpolitischen Erwartungen explodieren. Noch einmal erscheint der Sozialdemokratie die Demokratisierung der Wirtschaft, ja eine sozialistische „Neue Schweiz“ in Griffweite. Damit wird die ab 1935 erfolgte Kooptation der SPS in die wiederentdeckte Willensnation und die daraus entstandene Loyalitäts- und Widerstandsgemeinschaft fragil; der Vorrat an Gemeinsamkeiten zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie beginnt zu schwinden.

Parallel dazu steigt das Bedürfnis nach neuen orientierungsstiftenden Differenzsemantiken in allen Parteien: Die Nachkriegsdiskussion während des Krieges weicht bei der Sozialdemokratie ab 1945 einer antibürgerlichen Skandalisierung von Korruptionsfällen im Rahmen der Kriegswirtschaft und einer äusserst vehementen antifaschistischen Säuberkampagne, die bezüglich einer präzise bestimmten „Fünften Kolonne“ und einer ebenso definierten Gruppe von „Anpassern“ durch die *Neue Zürcher Zeitung* und den *Tages-Anzeiger* mitgetragen wird. Ab 1946 verschreibt sich das sozialdemokratische Organ dem Antiamerikanismus im Rahmen des Ost-West-Dualismus, den auch die *Neue Zürcher Zeitung* umgekehrt mit einem sich rasch verschärfenden Antikommunismus aufnimmt. Für das *Vaterland* ist zu diesem Zeitpunkt der Feind schon längst im Osten und durch den „scharfen Ostwind“ auch schon wieder in den eigenen Reihen. ‘Individualistischer’ Liberalismus und ‘östlich’ inspirierte Sozialdemokratie bieten ihm jedoch zu wenig Schutz. Angesichts dieser Bedrohung verliert für das *Vaterland* die Schweiz der Geistigen Landesverteidigung an Bedeutung. Die wichtigsten Bezugsgrössen werden nun wieder der „Block des katholischen Volkes“ und das „Christentum“.¹²⁸

Von der erfolgreichen – und für die Bewältigung der Krise der 30er Jahre entscheidenden – Differenzsetzung zu den autoritären Regimes in den Nachbarstaaten kehrt das Organ des politischen Katholizismus zum religiös unterlegten bürgerlichen Antikommunismus der klassenantagonistischen Krise ausgangs des Ersten Weltkrieges zurück. Im Lichte der sofort aufkommenden Totalitarismusthese wird der neue Feind dann ab 1946 auch von der *Neuen Zürcher Zeitung* mit dem alten konfundiert, und auch der Antiamerikanismus der *Tagwacht* lebt vom Analogieschluss zum Nationalsozialismus. In dieser allseitigen Polarisierung des politischen Diskurses – gegen Innen über eine Semantik des Verrats und gegen Aussen über religiös und volkstumsideologisch argumentierende Differenzsemantiken – erstickt die innovative Debatte über die Nachkriegsordnung, behebt sich das durch die Niederlage der Achsenmächte verursachte ideologische Defizit und beginnt der Ost-West-Dualismus in der Schweiz.

Aussenpolitisch verhilft der Kalte Krieg die Isolation der Nachkriegszeit zu überwinden, die in den Augen der Siegermächte diskreditierte Neutralität neu zu legitimieren und sie beinahe diskussionslos auf ideologischer Ebene mit einer Westintegration zu verbinden. Innenpolitisch führt die Bedrohungsperson eines erneuten „Totalitarismus“ zur Ausbildung einer zweiten Geistigen Landesverteidigung, die nun aber im Gegensatz zur ersten zwischen 1935 und 1942 konservativ-föderalistisch orientiert ist.

¹²⁸ Vgl. dazu Altermatt, Die Stimmungslage im politischen Katholizismus der Schweiz von 1945.

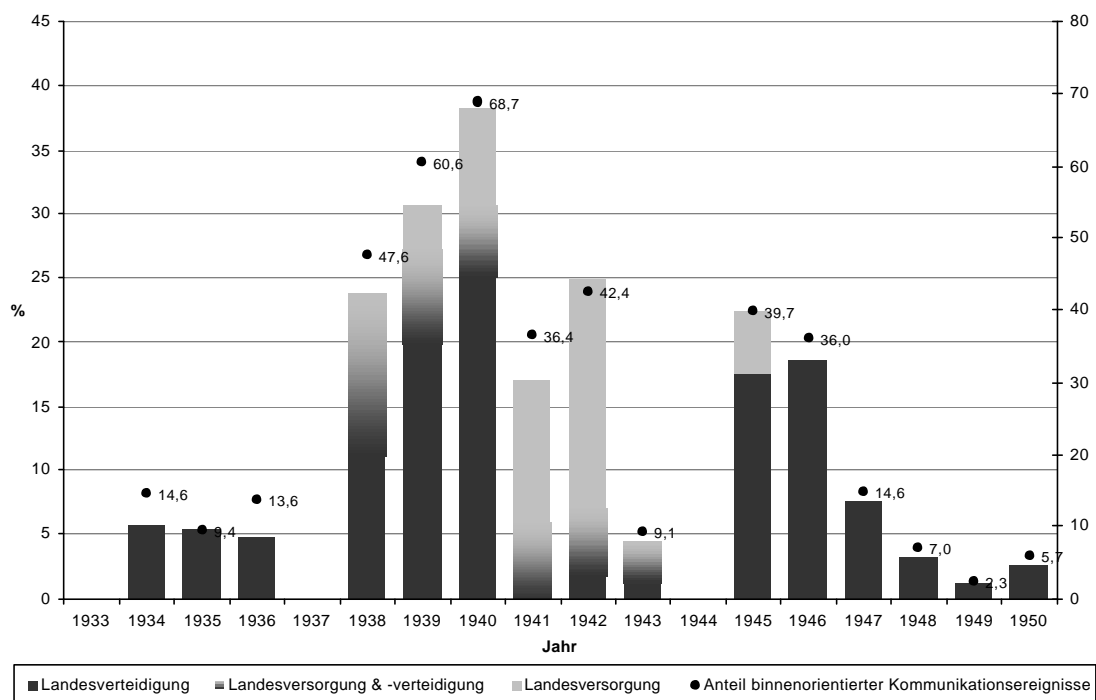
Vor dem Hintergrund dieser entscheidenden Herausforderungen, mit denen sich die Schweiz – mit Blick auf die Welt wie auf die eigene Gesellschaft – konfrontiert sieht wie auch der Lösungsvorschläge, die die grossen politischen Milieus der Schweiz entwickeln, kann nun die Frage nach dem Stellenwert der Flüchtlingsthematik gestellt werden. Bevor wir sie beantworten, werden wir im folgenden aber noch spezifisch auf die Bedrohungsperzeption der schweizerischen Gesellschaft eingehen. Denn die Wahrnehmung von Flüchtlingen und ihre Akzeptanz hängen wesentlich auch davon ab, wie sich die aufnehmende Gesellschaft selbst erfährt.

3.3 Bedrohungswahrnehmung und Bedrohungsabwehr: Leitmediale Kommunikation über Landesverteidigung und –versorgung

Die in den Leitbegriffen „Aktivdienst“ und „Anbauschlacht“ sich verdichtenden Erfahrungen einer entbehrensreichen, letztlich aber von Erfolg gekrönten militärischen wie wirtschaftlichen Verteidigung der Schweiz im Zweiten Weltkrieg haben weit über das Kriegsende hinaus bis zu den sogenannten „Diamantfeiern“ fünfzig Jahre nach Kriegsbeginn das kollektive Gedächtnis der Schweiz bestimmt. In diesem Kapitel werden die Wurzeln dieses Selbstverständnisses in der öffentlichen politischen Kommunikation der Jahre 1933 bis 1950 bestimmt und reflektiert. Hierzu greifen wir auf eine Auswertung zurück, die all jene Kommunikationsereignisse der vier deutschschweizer Leitmedien¹²⁹ erfasst, die wirtschafts-, sicherheits- und sozialpolitische Aspekte der Landesverteidigung thematisieren. Dabei unterscheiden wir zwischen Kommunikationsereignissen, bei denen vor allem sicherheitspolitische resp. militärische Aspekte im Vordergrund stehen (Landesverteidigung) und Kommunikationsereignissen, die vor allem wirtschaftliche aber auch soziale Aspekte thematisieren (Landesversorgung). Kommunikationsereignisse, in denen alle genannten Aspekte diskutiert werden, wurden als separate Sammelkategorie (Landesversorgung und -verteidigung) codiert. Ausgewertet wurden diese Kommunikationsereignisse für jedes Untersuchungsjahr sowohl hinsichtlich ihres prozentualen Anteils an allen zehn grössten wie auch an allen binnenorientierten Kommunikationsereignissen.

¹²⁹ Da es uns hier um thematische Aufmerksamkeitsbezüge und nicht um Relevanzstrukturen im Sinne konvergenter Kommunikationsereignisse geht, wurde für diese Auswertung die leitmediale Arena um das Forumsblatt Tages-Anzeiger erweitert.

Graphik 3: *Fokussierung der innenpolitischen Diskussion auf die Aspekte Landesverteidigung und Landesversorgung in der leitmedialen Arena*



Graphik 3 zeigt eindrücklich, dass Probleme der Landesverteidigung und der Landesversorgung zu den zentralen Themen der politischen Öffentlichkeit der Schweiz in den Jahren zwischen 1933 und 1950 gehören. Im „Schicksalsjahr“ 1940 beträgt ihr Anteil 38% aller erfassten Kommunikationsereignisse und sogar 69% der davon sich auf die Schweiz beziehenden Kommunikationsereignisse. Die Graphik verdeutlicht aber auch, dass die Intensität dieser bereits vor dem Ausbruch des Krieges beginnenden und mit seinem Ende keineswegs zum Erliegen kommenden Diskussion markant variiert. Anhand des Thematisierungsverlaufs lassen sich drei Phasen bestimmen: Die erste Phase umfasst die Jahre 1934 bis 1936 und ist durch eine geringe Thematisierungsintensität gekennzeichnet. Die zweite und intensivste Phase der Diskussion beginnt 1938, hat ihren Höhepunkt 1940 und bricht 1943 abrupt ab. Mit einer skandalisierenden ex-post Diskussion der Landesverteidigung ausgangs des Krieges wird die dritte Phase eingeleitet, in deren Verlauf sich bis 1950 dann ein neues Bedrohungsbild etabliert.

Die Berichterstattung der ersten Phase konzentriert sich ganz auf die sicherheitspolitischen Aspekte der Landesverteidigung. In einem konfliktiven Prozess einigen sich in dieser Phase die drei grossen politischen Milieus der Schweiz vorerst auf eine gemeinsame Bedrohungswahrnehmung¹³⁰ und dann mühsam auch auf Mittel, mit denen dieser Bedro-

¹³⁰ Hinsichtlich der Bedrohung im Innern herrscht in der Kontroverse um das Ordnungsgesetz noch Dissens zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie. Hinsichtlich der zunehmenden Kriegsgefahr kann hingegen 1935 bereits Konsens hergestellt werden. Das Vaterland spricht einer Bedrohung durch „kriegerische Anwandlungen auswärtiger Staaten“ (19.2.1935), die Tagwacht benennt schon explizit die „fascistisch-nazistische Gefahr“ (25.3.1936).

hung zu begegnen ist. Wie voraussetzungsvoll dieser Lernprozess angesichts der Erfahrungen aus dem Landesstreik 1918 und dem klassenantagonistischen Bürgerblockmodell der Zwischenkriegszeit ist, wird aus einem Leitartikel der *Tagwacht* vom 23. März 1936 mit dem bezeichnenden Titel „Geistige Landesverteidigung“ deutlich: „Wir Sozialdemokraten lehnen die Landesverteidigung seit Luzern¹³¹ nicht mehr ab. Wir verkennen die fascistisch-nazistische Gefahr nicht. Wir sind zum Mitmachen bereit. Aber dieses Mitmachen hängt vom Vertrauen ab. Von zweierlei Vertrauen. Von dem Vertrauen, das wir den Bundesbehörden, dem Militärdepartement und den Offizieren, den Führern der Armee schenken können, - und vom Vertrauen, dass man uns entgegenbringt.“ Im Verlauf dieser drei Jahre wird die Landesverteidigung in einem normativen Diskurs aus der parteipolitischen Auseinandersetzung gelöst und zu einer Angelegenheit im Interesse des ganzen Volkes stilisiert.

Auf der Basis dieses grundlegenden Konsenses und aufgeschreckt durch den Anschluss Österreichs, die Besetzung der Tschechoslowakei und die Diskussionen um den Status von Danzig, dominieren die Diskussionen um die richtige Form der Landesverteidigung – durchaus noch in deutlicher Form ausgetragen – zunehmend die Medienarena der Deutschschweiz in den Jahren 1938 bis 1940. Nun finden sich auch im Forumsorgan *Tages-Anzeiger* regelmässig Kommunikationsereignisse zu diesem Thema (vgl. Tabelle 1). Vermehrt wird in der politischen Publizistik nun auch die Geistige Landesverteidigung der Schweiz angemahnt.¹³² Über die Füllung dieses Leitbegriffs herrscht jedoch wenig Übereinstimmung. Die sozialdemokratische *Tagwacht* hält die „wirtschaftliche Seite der Landesverteidigung“ für die „allerwichtigste [...] weil der Mensch nur etwas verteidigen kann, was er hat“¹³³. Heftig kritisiert das Blatt den Bundesrat und die Freisinnige Partei, da diese einerseits die Bereitschaft der Arbeiterschaft zur Landesverteidigung forderten, andererseits aber die sozialpolitischen Voraussetzungen dafür (Arbeitsbeschaffung, Finanz- und Steuerpolitik) ablehnten.¹³⁴ In Absetzung zu dieser materialistischen Definition bestimmt das katholisch-konservative Organ *Vaterland* die Geistige Landesverteidigung idealistisch und versteht sie als erneuernde Kraft, die aus dem „Geiste der Nation“ heraus sich „gegen uns selber, gegen unsere Gleichgültigkeit, gegen unsere Engherzigkeit, gegen unsere parteipolitische Aufsplitterung“¹³⁵ richte. Was immer das *Vaterland* unter Engherzigkeit verstehen mag – eine Kritik an der Ausländer- und Flüchtlingspolitik impliziert dieser Begriff nicht. Denn unter Rekurs auf das Schlagwort der Geistigen Landesverteidigung begrüsst das Organ auch eine schärfere Einbürgerungspraxis und ein Durchgreifen der Bundespolizei gegen ausländische politische Organisationen.¹³⁶

Nachdem die Schweiz im Sommer 1940 von einem Angriff verschont bleibt und sich die Kriegsschauplätze von der Landesgrenze entfernen, verschiebt sich der Fokus weg von

¹³¹ Gemeint ist der Parteitag der SPS in Luzern anfangs des Jahres 1935, an dem die Partei noch die Nein-Parole zur Volksabstimmung über die Neuordnung der Ausbildung der Armee beschlossen hatte.

¹³² Vgl. die gleichnamigen Kommunikationsereignisse im *Vaterland* (1938, Rang 4) und in der *Tagwacht* (1938, Rang 9).

¹³³ *Tagwacht*, 13.10.1938.

¹³⁴ *Tagwacht*, 28.5.1938.

¹³⁵ *Vaterland*, 8.4.1938.

¹³⁶ *Vaterland*, 3.6.1938.

der militärischen Landesverteidigung hin zu den wirtschaftlichen und sozialen Aspekten der Landesversorgung. Aufmerksamkeit erhalten jetzt Fragen der Nahrungsmittel- und Energieversorgung, der Rationierung und Hamsterung, der Anbauschlacht, des Gegensatzes zwischen ländlichen Produzenten und städtischen Konsumenten, der Arbeitsbeschaffung, der Inflationsbekämpfung und der Entwicklung der Preise.¹³⁷

Tabelle 1: Anteile der Berichterstattung zur Landesverteidigung und Landesversorgung in den untersuchten Leitmedien der Deutschschweiz

	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940	1941
NZZ		7.8%	7.5%	9.8%		17.6%	28.9%	31.9%	38.4%
Tagwacht			6.4%	9.3%		6.1%	45.1%	56.1%	28.2%
Vaterland		14.8%	7.7%			53.4%	33.9%	47.4%	
Tages-Anzeiger						17.9%	14.6%	18.5%	12.3%

	1942	1943	1944	1945	1946	1947	1948	1949	1950
NZZ	47.2%	12.5%			9.5%				
Tagwacht	24.3%			53.4%	27.0%	5.9%			
Vaterland	11.0%	5.0%		23.3%	17.0%		4.7%	4.7%	10.1%
Tages-Anzeiger	6.5%				20.4%	24.4%	7.8%		

1943 fällt die breite Diskussion um die Landesverteidigung und Landesversorgung in sich zusammen; 1944 widmet sich keines der vier untersuchten Leitmedien mehr prominent diesen Themen. Wenn wir die Intensität der Diskussionen um die militärische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Verteidigung der Schweiz als Reaktion auf die aktuelle Bedrohungswahrnehmung verstehen, dann offenbart sich anhand der in Tabelle 1 dargestellten Werte ein massiver Bedrohungsverlust mit der Kriegswende 1942/43. Dies korreliert – wie noch zu zeigen sein wird – mit einer nun einsetzenden breiten Diskussion um die Gestaltung der Nachkriegszeit. Nimmt man die öffentliche politische Kommunikation als Massstab, so lässt sich jedenfalls behaupten, dass der Krieg in seiner bedrohenden, verunsi-

¹³⁷ Vgl. die Kommunikationsereignisse Energieversorgung (Tages-Anzeiger, 1940, Rang 6); Nahrungsmittelversorgung (Tages-Anzeiger, 1940, Rang 7); Arbeitsbeschaffung (Tagwacht, 1940, Rang 3); Mobilisation des Kapitals (Tagwacht, 1940, Rang 7); Rationierung und Hamsterung (Tagwacht, 1940, Rang 9); Umstellung auf Kriegswirtschaft (Vaterland, 1940, Rang 5); Landesversorgung (Neue Zürcher Zeitung, 1941, Rang 2); Inflationsbekämpfung (Neue Zürcher Zeitung, 1941, Rang 3); Kriegswirtschaftliche Organisation (Neue Zürcher Zeitung, 1941, Rang 10); Versorgungsfrage (Tages-Anzeiger, 1941, Rang 6); Anbaufrage und Landwirtschaftspolitik (Tages-Anzeiger, 1941, Rang 7); Landesversorgung (Tagwacht, 1941, Rang 3); Kriegswirtschaft (Tagwacht, 1941, Rang 4); Mehranbau und Landesversorgung (Neue Zürcher Zeitung, 1942, Rang 1); Kriegswirtschaft der Schweiz (Neue Zürcher Zeitung, 1942, Rang 2); Mangelnde Elektrizitätsversorgung (Neue Zürcher Zeitung, 1942, Rang 7); Mehranbau in der Schweiz (Tages-Anzeiger, 1942, Rang 7); Preisstopp kontra Preisüberwachung (Tagwacht, 1942, Rang 4); Versorgung: freier Markt oder Planung (Tagwacht, 1942, Rang 5); Abgestufte Rationierung (Tagwacht, 1942, Rang 7); Rationierung (Vaterland, 1942, Rang 4) und Arbeitsbeschaffung (Neue Zürcher Zeitung, 1943, Rang 3).

chernden und die Lebensgrundlagen in Frage stellenden Dimension in der Wahrnehmung der Zeitgenossen schon 1943 für die Schweiz vorbei ist. Vor diesem Hintergrund sind Aussagen, die die restriktive Aufnahme von Flüchtlingen ab 1943 mit dem Verweis auf die Bedrohung der Schweiz und die unsichere Versorgungslage erklären, kritisch zu betrachten.

Die 1945 beginnende dritte Phase der Diskussion um die Landesverteidigung verdankt ihre Intensität der Überlagerung zweier Diskursstränge. Der erste beschwört die überstandene Bedrohung nochmals herauf, indem er in einer virulenten Säuberungskampagne die „Fünfte Kolonne“ der Nationalsozialisten in der Schweiz wie die schweizerischen „Anpasser“ problematisiert. Diese von der *Tagwacht* losgetretene Kampagne wird durch den *Tages-Anzeiger* mitgetragen und findet auch in der *Neuen Zürcher Zeitung* Resonanz. Der zweite Diskursstrang, der in mehreren Kommunikationsereignissen im *Vaterland* verfolgt wird, konterkarriert den ersten und ersetzt ihn ab 1947. Das *Vaterland*, das diesen Diskursstrang wesentlich bearbeitet, warnt schon bei Kriegsende vor der sowohl von der Sowjetunion als auch von ihrem „Ableger“ der PdA ausgehenden Revolutionsgefahr und sieht sich im aufziehenden Kalten Krieg in dieser Perspektive bestätigt. Damit wird die alte Bedrohung durch den Nationalsozialismus von einer neuen Bedrohung durch den Kommunismus nahtlos ersetzt. Zu Beginn der langen Fünfzigerjahre teilen alle grossen politischen Milieus der Schweiz wieder dieselbe Bedrohungspersonifikation.

3.4 Stellenwert der Berichterstattung über Flüchtlinge 1938 bis 1947

Zu den grossen Herausforderungen, mit denen sich die Schweiz in den Jahren 1938 bis 1947 unter dem Eindruck autoritärer Regimes und des Weltkrieges konfrontiert sieht, gehören die Reform der Bundesfinanzen, der Ausbau der Armee, die Sicherung der Landesversorgung durch Anbauschlacht und Rationierung, die Bekämpfung der Inflation, die Bewahrung des sozialen Friedens durch die Bundesratsbeteiligung der SPS, die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Gesamtarbeitsverträgen und den Aufbau einer Alters- und Hinterbliebenenversicherung (AHV), die Normalisierung der Beziehungen zur UdSSR nach dem Rücktritt von Bundesrat Pilet-Golaz und die „Säuberung“ der Schweiz Ende des Krieges – der Umgang mit Flüchtlingen gehört nicht dazu.

Nehmen wir die Relevanzstrukturen der leitmedialen Arena als Massstab, dann sind Flüchtlinge in diesen Jahren kein für die schweizerische Gesellschaft relevantes Thema. In Anbetracht der Interdependenzen zwischen der medial hergestellten Öffentlichkeit und dem politischen Entscheidungsfindungsprozess bedeutet dieser Befund, dass kaum eine Kontrolle der bestehenden Flüchtlingspolitik und sicherlich keine Gestaltung einer neuen Flüchtlingspolitik durch die Öffentlichkeit möglich sind. Der Bundesrat und die Verwaltung sehen sich nicht gezwungen, unter dem Druck öffentlicher Thematisierung die aus der Zwischenkriegszeit tradierten Routinen im Umgang mit Flüchtlingen zu ändern.

Allerdings ist Relevanzstrukturanalysen eine starke Filterfunktion inhärent, denn sie vermögen keine Kommunikationsereignisse unterhalb der Grösse von Konvergenzereignissen zu erfassen. Deshalb werden wir nachfolgend die Erfassung flüchtlingsrelevanter

Kommunikationsereignisse auf die jeweils zwanzig grössten Kommunikationsereignisse pro Jahr in den vier Leitmedien *Neue Zürcher Zeitung*, *Vaterland*, *Tagwacht* und *Tages-Anzeiger* ausdehnen. So greifen wir auf eine breite Basis von insgesamt achthundert Kommunikationsereignisse zurück, die den Anspruch erheben darf, die öffentliche politische Kommunikation der Schweiz repräsentativ zu erfassen.

Tabelle 2: Kommunikationsereignisse in den Leitmedien der Deutschschweiz mit Bezügen zu flüchtlingsrelevanten Themen und Ereignissen

Jahr	Zeitung	Rang	Titel
1942	Tagwacht	20	„Flüchtlingsproblem in der Schweiz“
1942	Vaterland	20	„Flüchtlingsproblem in der Schweiz“
1944	Tages-Anzeiger	14	„Flüchtlingsproblem“
1945	Tagwacht	3	„Affäre Kobelt“
1945	Tages-Anzeiger	13	„Internierungsskandal“
1946	Tagwacht	5	„Misswirtschaft und Korruption in der Kriegswirtschaft“
1946	Tages-Anzeiger	15	„Internierungsskandale“
1947	Tages-Anzeiger	1	„Korruptionsfall Meyerhofer und Konsorten“

Die Tabelle listet all jene Kommunikationsereignisse auf, die im weitesten Sinn flüchtlingsrelevante Themen oder Ereignisse zum Inhalt haben. Im Zeitraum von 1938 bis 1947 finden sich acht solcher Kommunikationsereignisse. Sie sind jedoch sehr unterschiedlich über die Zeit wie auch über die Zeitungen verteilt. Bis auf eine Ausnahme¹³⁸ erreicht die Berichterstattung zu „Flüchtlingsfragen“ nur in der *Tagwacht* und im *Tages-Anzeiger* ein Ausmass, dass sie zu einer in der Hierarchie der ersten zwanzig Kommunikationsereignisse fassbaren Grösse werden lässt. Ein Blick auf ihre Rangordnung innerhalb der zwanzig gewichtigsten Kommunikationsereignisse verdeutlicht ihre vergleichsweise geringe Bedeutung. In der Mehrzahl handelt es sich um Berichterstattungsketten von geringer Intensität. Die umfangreicheren Kommunikationsereignisse konzentrieren sich auf die Jahre 1945 bis 1947. Eine breitere Diskussion beginnt also erst nach dem Krieg. Sie steht im spezifischen Kontext der Kritik an Korruption und Machtmissbrauch im Internierungswesen („Fall Meyerhofer“). Hierbei kommt dem Flüchtlingsaspekt jedoch nur noch eine untergeordnete Bedeutung zu.

Die Frage, wie weit sich das Ausmass und der Verlauf der Flüchtlingsberichterstattung in Bezug auf den sozialen Wandel erklären lässt, ist schwierig zu beantworten. Wir müssen uns hier mit einigen grundsätzlichen Überlegungen und Indizien begnügen. Der historische Überblick über die Debatten zu Fragen der Ausländer- und Flüchtlingspolitik in der Schweiz rechtfertigt die Aussage, dass dieser Politikbereich in der öffentlichen politischen

¹³⁸ 1942 wird das „Flüchtlingsproblem“ auch im *Vaterland* zu einem allerdings marginalen Kommunikationsereignis auf Rang 20 der Kommunikationsereignishierarchie.

Kommunikation eng mit der Problematisierung der Identität der Schweiz verknüpft wird. Deshalb ist die intensive Problematisierung des „Fremden“ in der öffentlichen politischen Kommunikation ein zuverlässiger Indikator für gesellschaftliche Orientierungskrisen und vehemente Auseinandersetzungen um das politische Selbstverständnis der Schweiz. In Perioden der Orientierungskrise wird neben dem Eigenen regelmässig auch das Fremde zum Problem, konstruiert sich doch Identität wesentlich über Prozesse der Ab- und Ausgrenzung. Wenn sich also die diskursiven Momente der Flüchtlingsberichterstattung als Ausdruck einer Auseinandersetzung um das Verhältnis von eigen und fremd interpretieren lassen, so ist zu erwarten, dass der Flüchtlingsdiskurs vor allem in Perioden der Orientierungskrise an Bedeutung gewinnt. Anhand des in Kapitel 3.2 beschriebenen medialen Diskurses in der Deutschschweiz lässt sich für unseren Untersuchungszeitraum eine solche Periode zeitlich fixieren. Sie beginnt parallel mit der Ende 1942 einsetzenden Nachkriegsdiskussion im Krieg, findet ihre Hochphase 1944 und 1945 und endet mit der Etablierung eines bipolaren Weltbildes im beginnenden Kalten Krieg, durch das die Schweiz ihren Platz in der Welt wieder findet. Innerhalb dieser Periode lässt sich nun tatsächlich eine leicht verstärkte Diskursivität der Flüchtlingsfrage feststellen. Am deutlichsten zeigt sich dies in der Auseinandersetzung um die Internierten und die Form der Internierung 1944 sowie - bereits abgeschwächt - in der Auseinandersetzung um die Internierungsskandale, die parallel zur vehementen Auseinandersetzung um das „Fremde in den eigenen Reihen“ im Rahmen der Säuberungsdebatte verläuft. Der Flüchtlingsdiskurs steht hier im Kontext einer breiten innenpolitischen Auseinandersetzung um das Selbstverständnis der Schweiz und ihre Stellung in der Welt.

Um die Dialektik von Eigen- und Fremdbild zu erfassen, werden wir in einem ersten Schritt im folgenden Kapitel die konfliktive Bestimmung des schweizerischen Selbstverständnisses angesichts der deutschen Bedrohung im Sommer und Herbst 1940 analysieren (Kap. 4).

In einem zweiten Schritt gilt es dann in den Ausführungen zu den Verdichtungsphasen der Flüchtlingsberichterstattung in den Jahren 1938 bis 1947 zu prüfen, wie weit diese tatsächlich mit Eigen- und Fremdtypisierungen aufgeladen ist, welche Selbstbilder expliziert werden und wo der Flüchtlingsdiskurs an andere gesellschaftliche Diskurse anschliesst (Kap. 5).

4 Die Schweiz im Angesicht des „Neuen Europa“

„Die Ereignisse marschieren schnell.“ Mit diesen Worten fasst Bundesrat Pilet-Golaz in seiner berühmten Radioansprache vom 25. Juli 1940 die Erfahrungen aus der Beobachtung der europäischen Schlachtfelder im Frühsommer 1940 zusammen und folgert unmittelbar daraus: „Man muss sich ihrem Rhythmus anpassen.“ In diesen beiden Sätzen verdichtet sich der Gegenstand dieses Kapitels: die durch die unerwarteten Ereignisse hervorgerufene Orientierungskrise der Schweiz und die Diskussion um das adäquate Krisenlösungsmuster.

Am 10. Mai eröffnen die deutschen Truppen den so genannten Westfeldzug mit dem Überfall auf den neutralen Kleinstaat Holland. Im Gegensatz zu den Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg mündet dieser Westfeldzug nicht in einen blutigen Stellungskrieg, sondern bringt der deutschen Wehrmacht rasche Erfolge, die auch propagandistisch ausgeschlachtet werden: Am 15. Mai kapituliert Holland, am 28. Mai Belgien, und gleichzeitig muss sich das britische Expeditionskorps bei Dünkirchen zurückziehen. Am 10. Juni tritt mit Italien der südliche Nachbar der Schweiz in den Krieg ein, am 17. Juni erreichen die Panzer Guderians die jurassische Schweizergrenze und am 22. Juni wird mit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes die militärische Niederlage Frankreichs besiegelt. Durch diese in einer Zeitspanne von weniger als zwei Monaten errungenen Siege steigt das nationalsozialistische Deutschland zur kontinentalen Hegemonialmacht auf.

Der rasche Zusammenbruch Frankreichs, die beinahe vollständige Einkreisung der Schweiz durch die Achsenmächte und die Unsicherheit bezüglich des weiteren Kriegsverlaufes führen in der politischen Öffentlichkeit der Schweiz zu einer dramatischen Erosion handlungsorientierender Erwartungssicherheit. Angesichts einer völlig neuen Situation in Europa und der ungewissen Auswirkungen auf die Schweiz werden die nationale Identität der Schweiz und ihre politische, wirtschaftliche sowie kulturelle Ausgestaltung, die im Kompromiss der Geistigen Landesverteidigung von 1938/39 vage festgelegt worden war, erneut zum Diskussionsgegenstand.¹³⁹

Die Verortung der Schweiz in Europa, die zuvor nur sehr vereinzelt aufgrund unterschiedlicher Formen und Modelle einer europäischen Zusammenarbeit zum Gegenstand der Berichterstattung geworden war, findet nun ihren diskursiven Bezugspunkt im nationalsozialistischen Modell eines „Neuen Europa“. Auf dieses häufig erst schemenhaft wahrgenommene Modell teils explizit, zumeist aber nur implizit Bezug nehmend, diskutieren vor allem die Richtungsorgane die Gestaltung der schweizerischen Politik und Wirtschaft. Hierbei zeigen sich neben einem breiten Konsens in der grundsätzlichen Bejahung der abstrakten Leitwerte Neutralität, Unabhängigkeit und Demokratie auch divergierende Positionen im Hinblick auf die Ausgestaltung dieser Leitwerte. Damit offenbart sich in der Diskussion um das „Neue Europa“ das Selbstverständnis der wichtigsten politi-

¹³⁹ Vgl. Tanner, Die Ereignisse marschieren schnell; Jost, Politik und Wirtschaft im Krieg, S. 63-99; Bucher, Die Schweiz im Sommer 1940; Kreis, Die Aktion Trumpf; Lüthy, Die Disteln; Adam, Die Haltung.

schen Milieus der Schweiz und ihre semantische Konzeption der eidgenössischen „Schicksalsgemeinschaft“.¹⁴⁰

4.1 Bedrohungsperzeption und konflikthafte Identitätsversicherung

Der deutsche Überfall auf die neutralen Beneluxstaaten, der rasche Sieg Deutschlands über Frankreich 1940 und sein Aufstieg zur europäischen Hegemonialmacht stellt die Schweiz in den Augen der deutschschweizerischen Leitmedien vor eine neue Situation. In den ersten beiden Monaten nach der französischen Kapitulation ist insbesondere die Berichterstattung der *Neuen Zürcher Zeitung* und des *Vaterlands* durch eine hohe Verunsicherung geprägt, in der die Zukunft der Schweiz weitgehend offen erscheint. Die *Neue Zürcher Zeitung* sieht angesichts der „Vormachtstellung der Achsenmächte auf dem Kontinent nach dem überwältigenden deutschen Waffenerfolg im Westen [...] die Unabhängigkeit [und] das staatliche und kulturelle Eigenleben der Schweiz“ in Gefahr.¹⁴¹ Diese akute Bedrohungswahrnehmung bestimmt die Zukunftserwartungen des liberalen Blattes bis in den September und lässt die Ausgestaltung der Stellung der Schweiz in einem sich abzeichnenden neuen Europa entsprechend offen erscheinen.¹⁴² Dies schlägt sich auch in der Form der Berichterstattung nieder. Die neue europäische Situation und ihre Auswirkungen auf die „Neuordnung der Schweiz“ diskutiert die *Neue Zürcher Zeitung* vor allem in *Forumsbeiträgen*, bei denen auch Exponenten sozialer Bewegungen¹⁴³ zu Wort kommen, die einer Umgestaltung der Schweiz im Sinne einer Anpassung an Deutschland das Wort reden.¹⁴⁴ Auch in der Perspektive des katholisch-konservativen *Vaterlandes* befindet sich die Schweiz anfangs Juli „in einer politischen Gefahrenzone, wie noch nie seit Bestehen unseres Bundesstaates. [...] Es gibt politische Akzente, die wir nicht selber wählen können, sondern die uns von der Entwicklung Europas aufgezwungen werden. Die Frage ist nur die, *ob und wie wir in diesem Europa das Wesentliche unseres schweizerischen Daseins retten können*.“¹⁴⁵ Und unmittelbar unter dem Eindruck der französischen Kapitulation hält das Blatt trotz aller Durchhalteparolen fest:

¹⁴⁰ Die Diskussion um die Identität der Schweiz im Verhältnis zum „Neuen Europa“ ist eingebettet in die antitotalitäre Gemeinschaftssemantik der „Geistigen Landesverteidigung“. Vgl. Imhof, *Das kurze Leben der geistigen Landesverteidigung*, und Mooser, *Die „Geistige Landesverteidigung“ in den 1930er Jahren*.

¹⁴¹ NZZ, 25. Juli 1940: „Die Schweiz und die europäischen Tatsachen“.

¹⁴² NZZ, 3. September 1940: „Das erste Kriegsjahr“: „Auf dem europäischen Kontinent selbst ist nach der Umwälzung aller Machtverhältnisse, die durch die Schlagkraft der deutschen Armeen und die politische Dynamik der Achse bewirkt wurde, vor dem Austrag der Schlacht um Grossbritannien eine organische Neuordnung kaum möglich. Solange bleibt die Ungewissheit darüber, wie sich die Stellung Frankreichs, seine Grenzen und seine wirtschaftliche Erholung gestalten werden, und selbst ein so sichtbarer Erfolg wie die Schlichtung des ungarisch-rumänischen Konflikts durch die Achsenmächte kann nicht die Tatsache vergessen machen, dass im Laufe dieses Kriegsjahres den strategischen oder kriegswirtschaftlichen Bedürfnissen das Recht einer ganzen Reihe von unabhängigen Staaten geopfert worden ist, ein Recht, das den kleinen Nationen als wesentliches Prinzip einer europäischen Ordnung erscheint.“

¹⁴³ Die Liste reicht von Vertretern des Gotthardbundes bis zu Frontisten.

¹⁴⁴ Vgl. NZZ, 7. Juli 1940: „Wir und Europa“; NZZ, 30. Juli 1940: „Was will der Gotthard-Bund?“; NZZ, 8. August 1940: „Gedanken eines Soldaten“.

¹⁴⁵ *Vaterland*, 5. Juli 1940: „Der Schritt ins Dunkle“ (Hervorhebung im Original).

„Warum sollte die Schweiz allein der schweren, geschichtlich denkwürdigen Prüfung und Heimsuchung entgehen, die über Europa hinfährt? [...] Europa erscheint heute als in einem politischen und wirtschaftlichen Umbruch begriffen, vor einer Reorganisationsaufgabe gerade für einen Erdteil – da wird die kleine Schweiz alsbald den grossen Zusammenhang und den einzigartigen Sinn des Geschehens erfassen müssen, einsehen, dass sie hier kaum mitbestimmend wirken kann, sondern sich anzupassen und einzuordnen, ihre eigenen Lebensinteressen gründlich neu zu überprüfen hat.“¹⁴⁶

Diese sehr unmittelbare Bedrohungswahrnehmung angesichts der deutschen Erfolge lässt die seit der Oktoberrevolution in den bürgerlichen Zeitungen immer wieder thematisierte Bedrohung durch eine als expansiv erfahrene kommunistische Weltrevolution in den Hintergrund treten. Mit Verweis auf die sowjetrussische Annexion der baltischen Staaten, Ostpolens und Bessarabiens aktualisiert das *Vaterland* diese Bedrohungswahrnehmung¹⁴⁷ jedoch erneut und warnt davor, den „anderen Krieg“ zu vergessen, bei dem es „nicht um Länder und Gold, nicht um Erdöl und Erze geht, sondern um die Seelen“ gehe. Die russische „Gottlosenbewegung“ befinde sich im Vormarsch und strebe eine Parallelschaltung mit der „Gottlosenbewegung“ in Deutschland an. Ziel sei ein „deutsch-russische[r] Gottlosenpakt, dessen Spitze vor allem gegen das Christentum und das Papsttum gerichtet sein sollte“. Das *Vaterland* hält es sogar für möglich, dass dieser ideologische Krieg „das Antlitz Europas weit stärker verändern [werde], als der Krieg auf den blutgetränkten Schlachtfeldern“¹⁴⁸. Mit dieser Gegenüberstellung eines materiellen und eines ideellen Krieges greift das Organ auf ein im katholischen Milieu etabliertes Deutungsmuster zurück, das die eigentliche Konfliktlinie in der Moderne im Gegensatz zwischen dem im Papsttum verkörperten Christentum und dem Heidentum erblickt. Den eigentlichen Antipoden bildet, trotz der Kritik an der heidnischen Rassenideologie des Nationalsozialismus, der in der Person Stalins verkörperte Kommunismus.¹⁴⁹

Analog zu ihrem Deutschschweizer Schwesterblatt *Vaterland* vertritt auch die *Liberté* dieses spezifisch katholisch-konservative Bedrohungsmuster und identifiziert im Rahmen der Berichterstattung über das Programm der Freiburger Jungkonservativen den Konflikt zwischen Heidentum und Christentum als hauptsächliches Problem der Zeit: „Le dilemme actuel n'est pas, pensons-nous: dictature ou démocratie, mais christianisme ou paga-

¹⁴⁶ *Vaterland*, 27. Juni 1940: „Besinnung der Schweiz“.

¹⁴⁷ Schon anfangs März diskutiert das *Vaterland* eine mögliche Bolschewisierung Europas als Folge des Krieges: „Wird die heutige europäische Selbstzerfleischung im Bolschewismus enden? [...] Sicher ist heute nur eines, dass Europa weder politisch, noch geistig die Kraft hat, den Bolschewismus abzuwehren. [...] Heute hat Europa keine gemeinsame Kampfparole mehr, weil es kein übernationales europäisches Bewusstsein mehr gibt.“ *Vaterland*, 1. März 1940: „Was wird uns der Krieg bringen?“.

¹⁴⁸ *Vaterland*, 1. Juli 1940: „Auch der andere Krieg geht weiter!“. Vgl. auch NZZ, 28. Juni 1940: „Russischer Imperialismus“ und *Vaterland*, 8. Januar 1941: „Was man nicht vergessen darf!“.

¹⁴⁹ Exemplarisch für diese spezifische Weltsicht ist das Kommunikationsereignis „Tod Pius XI“ (*Vaterland* 1939, Rang 8). Z.B.: *Vaterland*, 11. Februar 1939: „Der Papst der katholischen Aktion“: „Der Bolschewismus hat nur einen wirklichen Feind, und das ist der Rest der religiösen Kultur, der in Europa noch übrig geblieben [ist] und im Katholizismus seine stärkste Verankerung besitzt. Die grossen persönlichen Gegensätze in diesem Kampfe hiessen daher nicht: Stalin und Hitler, sondern: *Stalin und Pius XI*. Das wusste Stalin und deswegen galt und gilt sein Kampf vor allem dem Katholizismus.“ (Hervorhebung im Original).

nisme.“¹⁵⁰ Dabei werden Marxismus und Faschismus, die eine Konsequenz der Fehler des ebenfalls abgelehnten Liberalismus seien, als gleichermassen atheistische Bedrohungen verurteilt.

Bestärkt wird die Wahrnehmung einer sowjetischen Bedrohung durch den Umstand, dass die *Neue Zürcher Zeitung*, das *Vaterland* und der *Tages-Anzeiger* in ihrer Beurteilung der sowjetischen Besetzung Ostpolens, der baltischen Staaten und Bessarabiens implizit an die Erfahrungen des finnisch-russischen Krieges anschliessen. In der umfangreichen Berichterstattung zu diesem Ereignis¹⁵¹ wurde Finnland zum Fanal für die Bedrohung der kleinen, friedliebenden Staaten durch „die imperialistischen Gelüste der Sowjetunion“. ¹⁵² Diese Wahrnehmung wird ganz explizit auch von der sozialdemokratischen *Sentinelle* geteilt. Sie interpretiert den Krieg in Finnland als Ausdruck des Expansionsbestrebens totalitärer Systeme, das das demokratische Europa bedroht: „Les Russes font en Finlande ce que les Allemands et les Italiens ont fait en Espagne.“¹⁵³

Als der befürchtete Angriff der deutschen Wehrmacht auf die Schweiz ausbleibt, schwächt sich die schockartige Reaktion insbesondere der bürgerlichen Presse auf den Zusammenbruch Frankreichs gegen Ende August ab und macht einer Beschwörung des ‘Sonderfalls Schweiz’ Platz. Am 20. August 1940 charakterisiert das *Vaterland* die Stimmung der vorangegangenen Wochen bereits als einen angesichts der „Erschütterung durch die europäische Macht- und Ideenverschiebung“ begreiflichen, aber vorübergehenden „Zustand der Unsicherheit und des Tastens nach sicheren Anhaltspunkten.“¹⁵⁴ Der retrospektive Blick auf die letzten zwei Monate nach dem Zusammenbruch Frankreichs markiert den Beginn einer intensiven diskursiven Selbstvergewisserung. Sie ist dadurch gekennzeichnet, dass alle grossen politischen Milieus angesichts einer ungewissen Zukunft und eines entsprechend offenen Erwartungshorizontes auf die tradierten Werte schweizerischer Identität rekurren und den Basiskonsens der Geistigen Landesverteidigung verfestigen, um so Orientierungssicherheit zurückzugewinnen.¹⁵⁵

¹⁵⁰ Liberté, 10. Januar 1941: „La Page des Jeunes Conservateurs. Comment nous entendons le redressement national“.

¹⁵¹ Vgl. die Kommunikationseignisse Freiheitskampf Finnlands (NZZ 1939: Rang 6); Russischer Angriff auf Finnland (Tages-Anzeiger 1939: Rang 4); Finnlands Freiheitskampf (Vaterland 1939: Rang 17); Finnisch-Russischer Krieg (NZZ 1940: Rang 2); Finnisch-Russischer Krieg (Vaterland 1940: Rang 15).

¹⁵² Exemplarisch für diese Interpretation des finnisch-russischen Krieges und den Analogieschluss zwischen Finnland und der Schweiz ist das „Nachwort zur finnischen Tragödie“ im Vaterland vom 16. März 1940: „Ein geradezu wilder Schmerz hat auch uns Fernstehende gepackt, als der finnische Heldenmut letzten Endes doch der maschinellen Übermacht Sowjetrusslands erliegen musste. [...] Was heisst fernstehend? Es gibt ein Weltbürgertum, ein Fühlen und Denken als Paneuropäer, das erhaben ist über jeden äusseren Zwang zur Zurückhaltung, weil es unsere Seelen und unseren Denkapparat als vis major regiert. [...] Die Trauer um Finnland mischt sich heute mit der grossen Sorge um die Zukunft aller, die ohne politische Macht ihr hochwertiges, individuelles Dasein in der Welt behaupten möchten.“

¹⁵³ Sentinelle, 6. Januar 1940: „Impression de Helsinki“.

¹⁵⁴ Vaterland, 20. August 1940: „Politische Selbstsicherheit“.

¹⁵⁵ Der Historiker und Zeitgenosse Karl Meyer hat in Anlehnung an Carl Spitteler mit dem Begriff des „hochgemuten Pessimismus“ eine eingängige Formel für jene Haltung geprägt, die gerade aus der Erwartung des Schlimmsten eine identitätsverbürgende Kraft schöpft. Vgl. Thomas Maissen, Hochgemuter Pessimismus. Zum Selbstverständnis einer Generation, in: NZZ, 19. Juli 2000.

Dieser Rückgriff auf die Leitwerte Unabhängigkeit, Neutralität, Föderalismus und eine in der Geschichte der Eidgenossenschaft verwurzelte Demokratie vollzieht sich jedoch nicht ohne Kontroversen. Wenngleich auch ein breiter Konsens hinsichtlich der grundlegenden Bejahung dieser Leitwerte besteht, so zeigen sich hinsichtlich ihrer Ausgestaltung und Gewichtung und stärker noch hinsichtlich der aus ihnen zu folgernden konkreten politischen Massnahmen konträre Positionen, die sich erst im Verlauf der Auseinandersetzung im Sommer und Herbst 1940 abschwächen.¹⁵⁶ Denn in ihren ersten Reaktionen auf die veränderte Situation nach der Niederlage Frankreichs bestärken insbesondere die sozialdemokratische *Tagwacht* und das katholisch-konservative *Vaterland* bewährte ideologische Positionen. Für eine kurze Zeit scheinen sich die Auseinandersetzungen des Jahres 1935 zu wiederholen. Die *Tagwacht* interpretiert die Niederlage Frankreichs und die Vormachtstellung Deutschlands, aber auch die Durchsetzung des „New Deal“ in den Vereinigten Staaten, als Ausdruck eines Siegeszugs der Planwirtschaft und folgert daraus die Notwendigkeit, sich nun auch in der Schweiz endlich vom „Gelddenken“ zu lösen und das Vollmachtenregime zur staatlichen Organisation der Wirtschaft zu nutzen. In einem Leitartikel vom 20. Juni 1940 – die deutsche Armee steht an der Atlantikküste sowie an der Westgrenze der Schweiz und die französische Regierung demissioniert – verortet die *Tagwacht* die Ursachen für den raschen Zusammenbruch Frankreichs in der Differenz der ökonomischen Systeme. Für das sozialdemokratische Organ beweisen die deutschen Erfolge die Überlegenheit einer staatlichen Planwirtschaft und zeigen so – trotz der durch die *Tagwacht* betonten Unterschiede der Systeme – auch den Weg, den die Schweiz einzuschlagen habe, um unter den veränderten europäischen Rahmenbedingungen bestehen zu können.

„Es gibt in Deutschlands Vorgehen eines, das einzig ist: Die Konzentration aller Kräfte einer Nation auf das eine Ziel. [...] Es hatte eine völlige Abkehr vom Gelddenken stattgefunden. Dass diese Konzentration des Willens befohlen wurde von einer rücksichtslosen, den Menschen wiederum restlos dem Staat unterordnenden Diktatur, dass es [sic!] getragen wurde von einem hemmungslosen Nationalismus, dass die Freiheit des einzelnen eingeschränkt wurde, darin liegt für uns das Trennende. [...] Das eine aber haben die Ereignisse mit aller Schärfe und rücksichtslosen Deutlichkeit bewiesen: *Die kapitalistische Form der Demokratie geht unter*. Sie verdirbt an ihren Widersprüchen, an ihrer Schwäche, an ihrer falschen Einstellung. Es kommt eben nicht auf das Geld, sondern auf den Menschen allein an. [...] Dadurch, dass die kapitalistische Demokratie abgelöst wird durch die antikapitalistische Diktatur, ist Europas Zukunft nicht besiegelt. [...] Die Jahre, die nun kommen, werden mit ihren gewaltigen wirtschaftlichen und politischen Problemen uns immer mehr zwingen, das Gelddenken auszuschalten und nur an den lebendigen Menschen zu denken. Die grosse Sorge wird sein, ihm Arbeit und Brot zu schaffen; das wird für die Schweiz, die nun in völlig veränderten, wirtschaftlichen Verhältnissen dasteht, eine unerhört schwere Aufgabe sein. [...] Wehe uns, wenn wir nicht aus dem alten, kapitalistischen Denken herauskommen; es wird niemanden in der Schweiz etwas nützen, jetzt zu glauben, dadurch, dass man das politische Mäntelchen nach dem Winde hänge, werde irgendetwas getan. Es kommt heute darauf an, dass sich dieses Volk, das

¹⁵⁶ Wirklich abgebaut werden diese Differenzen jedoch nicht, so dass sie nach der Kriegswende 1942/43 erneut und virulent ausgetragen werden.

sich in den letzten neun Monaten so tapfer bewiesen hat, das menschlich so gross handelte, sich in der gleichen Einigkeit zusammenfindet, um diesen Arbeitern Arbeit und Brot zu retten.

Aber wir wollen das tun in Freiheit und Menschenwürde. [...] Die Entwicklung drängt zu einer höhern Stufe der Demokratie. Die Schweiz soll das Beispiel geben.¹⁵⁷

In ihrer Kritik am Kapitalismus und ihrer Befürwortung der Planwirtschaft, welche durch die für die Sozialdemokratie zentrale Frage der Arbeitsbeschaffung motiviert ist, publiziert die *Tagwacht* im Sommer 1940 vereinzelt auch Artikel, die sich wenig kritisch mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzen. Gemeinsam ist diesen Beiträgen, dass sie das deutsche Modell auf die rein ökonomischen Komponenten der Planwirtschaft reduzieren und es weder in eine breitere Gesellschaftsanalyse noch in einen marxistisch inspirierten, historischen Entwicklungspfad einbetten. Der Erfolg Deutschlands wird verkürzt auf ein Argument in der Beweisführung für die Überlegenheit einer gesteuerten Ökonomie. Exemplarisch für diesen ökonomistischen Blick auf das nationalsozialistische Deutschland ist ein Beitrag vom 18. Juli, in dem der Autor die zentrale Bedeutung des Privatkapitals als Produktionsfaktor negiert und als Beleg für seine Ausführungen die Entwicklung in Deutschland anführt:

„Auf lange Sicht gibt es ausser der Natur nur einen einzigen Produktionsfaktor, und das ist die Arbeit. Das Kapital steht gegenüber dem Menschen in einer untergeordneten Rolle, es verhält sich wie die Schöpfung zu ihrem Schöpfer. All diese Behauptungen erhalten in dem Werden des jetzigen Deutschlands ihre volle Bedeutung. Ein kapitalarmes Land wie Deutschland ist jetzt nicht mehr darauf angewiesen, ins Ausland zu laufen und dort ausländisches Kapital zu borgen. Um deutsche Arbeitskräfte mit deutschen Naturkräften zu vermählen, braucht es nicht mehr die Segnung des englischen Bankiers. Das heisst aber, das Kapitalvorurteil zu brechen. Deutschland hat der ganzen Welt nicht nur die Brechung der Zinsknechtschaft, sondern auch der Kapitalknechtschaft überhaupt geschenkt. Selbstverständlich stellt die deutsche Technik des Kapitalersatzes durch innere Kreditausweitung eine grosse Kunst dar, deren Geheimnisse im Ausland noch nicht genau bekannt wurden.“¹⁵⁸

Die „Organisation der Wirtschaft durch staatliche Lenkung“ ist für die *Tagwacht* das zentrale Element der Neuordnung Europas. Auch wenn sich das sozialdemokratische Organ bewusst ist, „dass dieser Plan einer wirtschaftlichen Neuordnung Europas in erster Linie den Interessen des deutschen Grosswirtschaftsraumes dient“¹⁵⁹, vertieft sie diesen Aspekt nicht weiter. Die Auseinandersetzungen um die Auswirkungen eines „Neuen Europas“ dienen der *Tagwacht* primär als Aufhänger für eine *innenpolitische* Diskussion, bei der die Fronten und die Argumentationsmuster bereits etabliert sind. In dieser spezifischen Fokussierung reduziert sich für das sozialdemokratische Organ die Auseinandersetzung um

¹⁵⁷ Tagwacht, 20. Juni 1940: „Der Zusammenbruch. 'Los vom Gelddenken'“.

¹⁵⁸ Tagwacht, 18. Juli 1940: „Die 'Kapitallegende'“; Vgl. auch Tagwacht, 25. Juni 1940: „Neue Weltgeschichte“.

¹⁵⁹ Tagwacht, 19. Juli 1940: „Die Weltwirtschaft von morgen“.

das „Neue Europa“ auf den Aspekt der Notwendigkeit planwirtschaftlicher Elemente in der *schweizerischen* Politik. Diese Reduktion fällt dem Blatt umso leichter, als es die Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz unhinterfragt voraussetzt und so die Annäherung der Schweiz an ein durch das nationalsozialistische Deutschland dominiertes Europa absolut ausschliesst. Da die *Tagwacht* in dieser Perspektive die europäische Entwicklung primär als Beleg für die Richtigkeit sozialdemokratischer Forderungen nach Planwirtschaft deuten kann, zeigt sie sich durch die Niederlage Frankreichs und die offene Situation für die Schweiz im Sommer 1940 denn auch weniger überrascht und schockiert als die bürgerlichen Blätter.

So deutlich und bisweilen unkritisch die *Tagwacht* die europäische und – mit Bezug auf die sowjetische Planwirtschaft und das amerikanische Modell des „New Deal“ – die weltweite Entwicklung in Richtung einer Planwirtschaft begrüsst, so dezidiert wendet sie sich gegen antiparlamentarische und ständestaatliche Modelle. In der Auseinandersetzung mit der konservativen Volkspartei und den so genannten Erneuerungsbewegungen – insbesondere den Fronten – spricht sie sich ausdrücklich gegen „Vichy-Kuren zur Rettung der bedrohten Privilegien“ aus. „Die wirkliche Revolution liegt weder in politischen Formen noch in politischen Amputationen, sie liegen [sic!] auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Organisation, der ökonomischen Umgestaltung von Staat und Gesellschaft.“¹⁶⁰

Die deutlichste Gegenposition in dieser innenpolitischen Auseinandersetzung um die Lehren aus der europäischen Entwicklung vertritt das katholisch-konservative Organ *Vaterland*. Es wendet sich entschieden gegen sozialdemokratische Forderungen nach mehr Planwirtschaft und wirft der Sozialdemokratie vor, „die wirklichen Erneuerungsbedürfnisse“ zu benutzen, „um ihnen politische Lieblingsideen und bisher erfolglose programmatische Postulate unterzuschieben“.¹⁶¹ Nach dem Versagen des Sozialismus im Ausland übernehme die Sozialdemokratie in ihrer programmatischen Verlegenheit „sozialistisch anklingende Errungenschaften und Ideologien der bisher so wütend bekämpften Diktaturstaaten nun unbedenklich und blind“.¹⁶² In expliziter Kritik an der SPS und ihrem Präsidenten Oprecht hält das konservative Organ fest, es sei „auch gegenüber neuen wirtschaftspolitischen Entlehnungsneigungen nicht zu übersehen, dass *politische und wirtschaftliche Demokratie miteinander verknüpft* sind, dass die politischen Freiheitsrechte und ein gesundes Mass von Privatinitiative und Konkurrenz in der Wirtschaft zusammengehören.“ Auch wenn die Abschnürung der Schweiz vom Weltmarkt zu einer stärkeren staatlichen Lenkung der Wirtschaft zwingt, dürften damit noch nicht „die Werte, welche die schweize-

¹⁶⁰ Tagwacht, 30. August 1940: „Schicksalswende des Kapitalismus“. Auch hier wird die Auseinandersetzung nach der Niederlage Frankreichs durch Konfliktlinien geprägt, die schon vor dem Sommer 1940 etabliert wurden. Vgl. Tagwacht, 3. Februar 1940: „Hitlers Taufpaten. Die Kirche und das Kapital“. „Der Ständestaatsgedanke spukt auch in der Schweiz. Das unzweideutige Fiasko, das die k.-k. Ständestaatler in der Volksabstimmung erlitt [sic!], hindert einen Musy und gewisse katholisch-konservative Reaktionäre so wenig als die Prügel, die ihnen der Hitlerismus versetzte, daran, doch immer wieder mit faschistischen Ideen zu liebäugeln. [...] die Idee einer reaktionären Herrschaft über alle Grenzen hinweg besteht noch heute und die Verbindungen bestehen ebenfalls noch immer“.

¹⁶¹ Vaterland, 12. August 1940: „Verwirrung in der Erneuerung“.

¹⁶² Vaterland, 23. Juli 1940: „Erneuerung und Wirklichkeit“.

rische Volkswirtschaft zur Blüte gebracht [haben], einer totalitären Staatswirtschaft, die ganz andere Voraussetzungen und Zwecke hat“, preisgegeben werden.¹⁶³

Gegen die sozialdemokratischen Vorstellungen einer staatlich gelenkten Wirtschaft stellt das Organ der Konservativen Volkspartei eine Revitalisierung der Totalrevisionsidee¹⁶⁴ und den Familienschutz: Die „wichtigste Erneuerungsfrage [ist] die Frage nach der Erneuerung der Familie.“¹⁶⁵ Um der Idee einer Totalrevision der Verfassung nach der deutlichen Ablehnung 1935 eine breitere Akzeptanz zu schaffen,¹⁶⁶ rekurriert das *Vaterland* nicht nur auf die veränderten europäischen Rahmenbedingungen, sondern appelliert auch an die Verständigungsorientierung der Geistigen Landesverteidigung: Die Zusammenarbeit der Parteien jenseits der Ideologien finde – so das *Vaterland* – in der Totalrevision der Bundesverfassung ihre bedeutendste Aufgabe, da ihre „Erneuerung nach einer Abklärung der neuen politischen Verhältnisse in Europa noch notwendiger sich auferlegen wird als vor dem Kriege. Hier wird sich für die Parteien die Gelegenheit bieten, die jungen, in gesunder Lebendigkeit vorwärts treibenden politischen Kräfte zu sammeln zur Verwirklichung eines neuen staatlichen Gefüges.“¹⁶⁷ Damit kehrt das katholisch-konservative Organ fast vollständig zu seinen Positionen von 1935 zurück. Obwohl das Angebot zur Zusammenarbeit im Zeichen der Geistigen Landesverteidigung neu nun auch explizit die Sozialdemokratie umfasst, positioniert sich das *Vaterland* inhaltlich nahe bei den Fronten, ohne allerdings deren Parteienkritik zu übernehmen.

Die *Neue Zürcher Zeitung* entzieht sich dieser Auseinandersetzung zwischen dem sozialdemokratischen und dem katholisch-konservativen Organ. Zwar spricht auch sie sich deutlich gegen ein „staatssozialistisches Regime“ aus, hält sich aber mit Kritik an der Sozialdemokratie auffallend zurück.¹⁶⁸ Die redaktionellen Beiträge der *Neuen Zürcher Zeitung* beschwören in der Regel den Konsens der Geistigen Landesverteidigung und das Bemühen um Verständigung zwischen allen politisch relevanten Gruppen.¹⁶⁹ Für die Forumsbeiträge in der *Neuen Zürcher Zeitung*, die eine Umgestaltung der Schweiz im Sinne einer Anpassung an Deutschland propagieren, sind die parteipolitischen Auseinandersetzungen nur in allgemeiner Form als Beleg für die Defizite der parlamentarischen Demokratie relevant. Beides aber mindert, wenngleich aus unterschiedlicher Intention, die Aufmerksamkeit, welche das Blatt den parteipolitischen Auseinandersetzungen in der Phase der Verunsicherung im Sommer 1940 zu kommen lässt.

¹⁶³ *Vaterland*, 12. August 1940: „Verwirrung in der Erneuerung“; vgl. *Vaterland* 23. Juli 1940: „Erneuerung und Wirklichkeit“.

¹⁶⁴ *Vaterland*, 23. Juli 1940: „Erneuerung und Wirklichkeit“.

¹⁶⁵ *Vaterland*, 10. September 1940; vgl. *Vaterland*, 12. November 1940: „In erster Linie: Familienschutz“ und *Vaterland*, 31. Juli 1940: „Unsere wichtigste Erneuerungsfrage“: „Der europäische Beitrag der Schweiz besteht heute nicht in einer Anpassung an neue politische Institutionen, sondern in der Fruktifizierung ihrer eigenen Institutionen aus dem Geiste natürlicher Gemeinschaftsformen, vor allem aus dem Geiste der Familie.“

¹⁶⁶ Zur Frage der Wiederaufnahme der Totalrevisionsidee und der Resonanz dieser Strömungen 1940 vgl. Georg Kreis, *Parlamentarismus*.

¹⁶⁷ *Vaterland*, 12. August 1940: „Verwirrung in der Erneuerung“.

¹⁶⁸ Vgl. NZZ, 25. Juli 1940: „Umbruch-Phantasien“.

¹⁶⁹ Z.B. NZZ, 30. Juni 1940: „Handeln aus Staatsraison“.

Auch in den Leitmedien der Romandie spiegelt sich angesichts der Niederlage Frankreichs eine deutliche Erwartungsunsicherheit. Die sich überschlagenden Ereignisse der Juniwochen resumierend, hält das *Journal de Genève* fest:

„Par leur soudaineté et leur vitesse, les événements prodigieux de cette dernière quinzaine ont confondu nos esprits qui ne parviennent ni à les concevoir avec exactitude, ni à mesurer l'ampleur de leurs conséquences. Sans cesse dépassés par les faits, harcelés par de légitimes angoisses, nous risquons de céder à une panique morale et intellectuelle.“¹⁷⁰

Neben allgemeinen Bedrohungsängsten, die in allen Leitmedien der Schweiz deutlich werden, äussert die Presse der Romandie angesichts der Verflechtungen ihres Landesteiles mit dem französischen Kulturraum die spezifische Angst vor kultureller und geistiger Isolation.

„La guerre a éteint provisoirement des foyers de civilisation dont le rayonnement nous éclairait. L'aliment spirituel que nous recevions du dehors, et principalement de la France, les livres, revues, journaux, les idées, les tableaux, la musique vont nous manquer, au moins pour un temps. N'allons-nous pas nous rabougrir, et, déjà petits, diminuer encore?“¹⁷¹

In Anbetracht der in militärischer, politischer und kultureller Hinsicht gänzlich neuen, unerwarteten Kräfteverhältnisse im europäischen Umfeld wird die Zukunft der Schweiz fragwürdig. „La nouvelle Europe ne ressemblera, sans doute, à nos conceptions traditionnelles; tiendra-t-elle compte de nos besoins? L'idée, par exemple, que les vainqueurs s'inspireront d'un idéal fédéraliste conforme à nos aspirations, est probablement chimérique.“ So desillusioniert beschreibt das *Journal de Genève* das Verständnis, das die neuen europäischen Machthaber der Schweiz entgegenbringen, und stellt ihnen dennoch im gleichen Artikel eine loyale Zusammenarbeit in Aussicht, solange sie die Schweizer Sonderfallrolle beachteten:

„A l'ordre nouveau, même s'il ne correspond pas entièrement à nos préférences - mais nous avons l'habitude de ne pas ressembler aux autres - nous apporterons comme nous l'avons fait à l'ordre ancien, une collaboration de bonne foi.“¹⁷²

Damit vertritt das *Journal de Genève* schon unmittelbar nach der Kapitulation Frankreichs ein Deutungsmuster, das in der Folge für die bürgerlichen Milieus der Romandie – und in geringerem Masse auch für jene der Deutschschweiz – orientierungstiftend und hand-

¹⁷⁰ Journal de Genève, 25. Juni 1940: „L'heure présente“.

¹⁷¹ Journal de Genève, 25. Juni 1940: „L'heure présente“.

¹⁷² Journal de Genève, 25. Juni 1940: „L'heure présente“.

lungsleitend sein wird. Sich anpassen, um unabhängig zu bleiben, lautet die Devise, die gleichermassen widerständig den Sonderfall betont wie sie anpasserisch autoritäre Tendenzen legitimiert. „Diese Verbindung von trotzigem Insistieren auf der eigenen nationalen Identität und einer Bereitschaft zur flexiblen und weitgehenden Einordnung in die ‘neue Ordnung’ in Europa, die es auch ermöglichte, gleichzeitig einen Anpassungs- und einen Widerstandsdiskurs zu stärken, stellte die mentale Signatur des Sommers 1940 dar.“¹⁷³

Um dieses Deutungsmuster zu etablieren, publiziert das *Journal de Genève* bis in den Winter eine Reihe von Leitartikeln, die sich der wirtschaftlichen und sozialen Reorganisation Europas und der Neuorientierung der Schweiz in diesem Europa unter deutscher Hegemonie widmen. Die Deutung der aktuellen Situation und der jetzt wieder erwartbaren Zukunft der Schweiz sowie die Diskussion von Erneuerungsprojekten für die Schweiz wird zumeist von Chefredakteur René Payot übernommen. Payot trennt die Erneuerung der Schweiz („renouveau suisse“) semantisch klar von der europäischen Neuordnung, indem er sie als eigenständig politisches und soziales Projekt darstellt, das aufgrund hausgemachter Missstände notwendig geworden sei. Auch in der *Liberté* wird ein möglicher Einfluss der deutschen Hegemonie über Europa oder auch nur eine Vorbildfunktion Deutschlands oder Italiens auf eigene Erneuerungsprojekte ständestaatlicher Tendenz explizit und wiederholt bestritten.¹⁷⁴

Von dieser konsequent durchgehaltenen Kommunikationsstrategie, die jegliche Anpassungsleistung verneint, indem sie sie als autochthone Leistung interpretiert, wird einzig die Ökonomie nicht erfasst. Auf diesem Feld erscheint nicht nur dem *Journal de Genève* eine Anpassung notwendig, selbstverständlich und legitim.¹⁷⁵ „Cette question [die Erneuerung der Schweiz] est absolument indépendante de la réorganisation de l’Europe; elle n’affecte pas le problème de notre adaptation économique sur le plan international.“¹⁷⁶

Im Zuge dieser jede Anpassung negierenden Erneuerungsdiskussion verstärken sich gerade auch in der Romandie wieder klassenantagonistische Positionen. Die *Sentinelle*, die sich durch die bürgerlichen Blätter der Romandie in eine Position des Klassenkampfes gedrängt sieht, beschwört die ungeteilte Loyalität der Sozialdemokratie sowohl gegenüber der Arbeiterklasse als auch gegenüber der Nation. Dieser Appell richtet sich gleichermassen an die abweichenden Positionen in den eigenen Reihen wie an die gegnerischen politischen Kräfte:

„Nous restons les défenseurs de la classe ouvrière. C’est notre mission et nous n’y faillons pas. Mais nous la défendons en fonction de la défense des larges intérêts de la

¹⁷³ Tanner, Die Ereignisse marschieren schnell, S. 276.

¹⁷⁴ „Le parti conservateur n’a pas attendu l’initiative des grandes puissances ni la constatation des résultats obtenus par eux dans le domaine de l’organisation professionnelle pour lancer courageusement, à un moment où il dut enregistrer les critiques les plus acerbes, l’idée de l’organisation professionnelle.“ (Liberté, 11.11.1940: „Le congrès du parti conservateur suisse, à Lucerne. La mission du parti conservateur suisse. Rapport de M. le conseiller national Aeby“).

¹⁷⁵ Gleichlautende Argumente prägen auch die Berichterstattung des Vaterlands; vgl. z.B. 30. Juli 1940: „Anpassung! Bitte an was?“ und 31. Juli 1940: „Unsere wichtigste Erneuerungsfrage“. Für die Neue Zürcher Zeitung steht die wirtschaftliche Verflechtung der Schweiz ausser Frage.

¹⁷⁶ Journal de Genève, 15. Mai 1940: „Renouveau suisse“.

nation. Nous savons combien les travailleurs sont sensibles au sentiment du devoir envers le pays.“¹⁷⁷

Ihre Bereitschaft, sich im Sinn der Geistigen Landesverteidigung in den nationalen Solidarverband einzuordnen, sieht das sozialdemokratische Blatt von bürgerlicher Seite nicht honoriert. Als das bürgerlich dominierte Parlament im Sommer 1940 die Wahl eines sozialdemokratischen Bundesrates verweigert, stellt die *Sentinelle* resignierend fest:

„Le monde s’effondre. Nul ne sait ce que sera demain. Une seule chose demeure: la vanité politique radicale, qui entend garder la majorité gouvernementale et repousser toute participation des forces ouvrières. [...] L’obstination et l’aveuglement de quelques hommes vont-ils empêcher la Suisse de se sauver par un effort commun, par un élan de confiance générale, par un de ces rétablissements énergiques et indispensables à l’heure de certains grands danger?“¹⁷⁸

Wenn wir nun die Berichterstattung der untersuchten Leitmedien in der zweiten Hälfte des Jahres 1940 auf einen Nenner bringen, so muss vor allem die hochgradige Irritation und der deutliche Orientierungsverlust durch die Niederlage Frankreichs betont werden. Die *Tagwacht* sowie das *Vaterland* greifen in dieser Verunsicherung auf milieuspezifische Deutungsmuster zurück und stellen damit sogar den Basiskonsens der Geistigen Landesverteidigung kurzzeitig in Frage. Die bürgerlichen Richtungsorgane der Romandie überwinden die Irritation zwar schneller, indem sie einer Anpassung das Wort reden, die als rein schweizerische Erneuerung deklariert wird. Doch auch sie verstärken damit die klassenantagonistischen Spannungen. Zum Basiskonsens der Geistigen Landesverteidigung zurückzufinden, bedeutet daher für alle beteiligten politischen Milieus und ihre Organe einen konsensorientierten Lernprozess, der – wie schon 1935 – auf dem Fundament einer geteilten Bedrohungsperzeption aufbaut. Wie dieser Prozess abläuft und auf welche Werte er rekurriert, wird im nachfolgenden Kapitel dargestellt.

4.2 Basiskonsens der Geistigen Landesverteidigung – Sonderfall Schweiz

Dass trotz der anfänglichen Revitalisierung der Positionen aus dem Krisenjahr 1935 durch die Sozialdemokratie und der Konservativen Volkspartei in den Deutschschweizer Leitmedien 1940 und 1941 keine grundsätzliche Konfliktsituation entsteht, hängt wesentlich mit der von allen Seiten angemahnten Bedrohungssituation zusammen. Diese schweisst letztlich alle relevanten Milieus auf der Grundlage des Basiskonsenses der Geistigen Landesverteidigung zusammen, diszipliniert den politischen Konflikt und verpflichtet die

¹⁷⁷ *Sentinelle*, 26. Juni 1940: „L’appel du Conseil fédéral“.

¹⁷⁸ *Sentinelle*, 3. Juli 1940: „Autour du siège de M. Obrecht“.

grossen politischen Milieus der Schweiz auf eine Konsensorientierung.¹⁷⁹ Zentrale Leitwerte dieses Grundkonsenses wie Föderalismus, Demokratie, Unabhängigkeit und bewaffnete Neutralität der Schweiz werden denn auch in den leitmedialen Diskussionen um das „Neue Europa“ nicht in Frage gestellt. Allerdings sind diese zentralen Leitwerte wie auch die Geistige Landesverteidigung selbst vielschichtig und werden unterschiedlich interpretiert. Wie die eben dargestellte Kontroverse zwischen der Sozialdemokratie und der Konservativen Volkspartei illustriert, lässt sich in den grossen politischen Milieus der Schweiz innerhalb des etablierten Basiskonsenses eine deutlich unterschiedliche Akzentsetzung feststellen. Trotz des Schulterschlusses angesichts der Bedrohung und trotz der Emotionalisierung der Nation, von der die Geistige Landesverteidigung wesentlich lebt, bleiben ideologische wie programmatische Differenzen bestehen,¹⁸⁰ die sich auch auf die Definition dessen, was denn die Schweiz in ihrem Kern ausmache, niederschlagen. Dies zeigt eine vergleichende Analyse der zentralen Schlüsselbegriffe Föderalismus, Demokratie, Unabhängigkeit und Neutralität hinsichtlich ihres Bedeutungsgehaltes wie ihrer jeweiligen Gewichtung.

Die Leitmedien der Romandie betonen neben Demokratie, Unabhängigkeit und Neutralität insbesondere den Föderalismus als Grundlage der Schweizer Staatsidee. Verschiedentlich wird im *Journal de Genève* die Restauration der Kantonssouveränität gefordert. Als interessanten Beitrag im „grand débat sur le renouveau national“ nennt René Payot etwa die Broschüre des Präsidenten des Waadtländer Freisinns Henry Valloton „La Suisse de demain“.¹⁸¹ Payot begrüsst den Vorschlag zur Revision der „gealterten Verfassung“, insbesondere in Bezug auf die Restauration der Kantonssouveränität. „On a plaisir à voir que cette idée gagne du terrain dans de nombreux milieux [...]“¹⁸² Damit kann sich Payot mit der Forderung von Gonzague de Reynold einig sehen, der jedoch in seiner Formulierung weiter geht: „La Confédération ne devrait connaître que les cantons.“¹⁸³

Die Auseinandersetzung mit den *demokratischen Prinzipien und Institutionen* der Schweiz erhält einen neuen Impuls einerseits durch den raschen Zusammenbruch des demokratischen Frankreich und andererseits durch die mit der Propagierung des „Neuen Europa“ verbundenen Kritik der Nationalsozialisten an westlich-demokratischem Gedankengut. Vor allem die bürgerlichen Zeitungen betonen die Differenz zwischen der schweizerischen und der französischen Form der Demokratie und weisen Analogieschlüsse aus der Niederlage der französischen Demokratie zurück. Das Forumsblatt *Tages-Anzeiger* umreisst die Differenzen folgendermassen: „Unsere Eidgenossenschaft zählt so viele Jahrhunderte, als die dritte Republik Jahrzehnte. Sie wuchs aus uraltem alpinem Gemeinwesen

¹⁷⁹ Hier setzt sich ein Prozess fort, der bereits in den Jahren 1938 und 1939 mit der Etablierung der Geistigen Landesverteidigung diskursstrukturierend wirkt. Vgl. Kurt Imhof, *Das kurze Leben der geistigen Landesverteidigung*, S. 47 f.

¹⁸⁰ Vgl. Imhof, *Das kurze Leben der geistigen Landesverteidigung*, S. 53f.

¹⁸¹ Die populäre Broschüre propagierte ein Erneuerungsprogramm, zu dessen Kernpunkten ein korporatistisches Parlament mit stark eingeschränkten politischen Befugnissen, die Aufhebung des Proporz und die Einsetzung eines mit beträchtlichen Kompetenzen versehenen Landammanns gehörten. Vgl. Jost, *Politik und Wirtschaft*, S. 93.

¹⁸² *Journal de Genève*, 27. August 1940: „La réforme nationale“.

¹⁸³ Liberté, 23. Juli 1940: „La conférence de M. de Reynold à l'assemblée générale des Etudiants suisses. II. La restauration nationale“.

hervor und ist nicht das Gebilde einer Großstadt, welche auf Kosten der Provinz ungesund mächtig geworden ist.“¹⁸⁴ Hier konfundiert das Argument einer organisch gewachsenen und historisch fundierten Demokratie mit dem impliziten Lob föderalistischer Strukturen. Auch das Zentralorgan des Freisinns, die *Neue Zürcher Zeitung*, betont die historische Fundierung und föderale Orientierung als zentrale Spezifika der schweizerischen Demokratie. Die Schweiz sei „durch natürliches Wachstum [...] ein Bund autonomer politischer Verbände [geworden], die sich zur Verteidigung ihrer Eigenständigkeit und eines gemeinsamen politischen Gedankengutes zu einem festgefügteten Staatsverband zusammengeschlossen haben“¹⁸⁵. Die mittelalterlichen Wurzeln und die föderale Struktur werden zu den beiden stärksten Argumenten, mit denen das liberale Leitmedium die Demokratie gegenüber den diktatorischen Regimes abgrenzt und verteidigt. „Die föderative Grundidee unseres Staates verhält sich zu den totalitären Gedankengängen wie Feuer zum Wasser, denn diese sind im höchsten Masse zentralistisch und gestehen selbst dem Einzelmenschen keine geistige Autonomie zu.“¹⁸⁶ Die Freiheits- und Menschenrechte, mithin zentrale Elemente moderner Demokratien, die sich der Aufklärung und der französischen Revolution verdanken, werden durch die *Neue Zürcher Zeitung* nur noch defensiv erwähnt und in ihrer Bedeutung für die schweizerische Demokratie relativiert. „Wir werden uns in Zukunft mehr denn je davor hüten müssen, als Allerweltsapostel der Demokratie aufzutreten und uns als Vorkämpfer für die menschliche Freiheit das Recht anzumassen, andere Staatsformen und politische Glaubensbekenntnisse zu verurteilen.“ In Frankreich habe die „Überbetonung der individuellen Rechte zur Vernachlässigung der Pflichten und zur Auflösung der staatlichen Ordnung geführt.“ Aus dieser konservativ kulturpessimistischen Einschätzung zieht das liberale Blatt ein den Grundwert der Demokratie deutlich relativierendes Fazit: Das oberste staatspolitische Ziel der Schweiz sei „nicht in der Erhaltung aller unserer heutigen demokratischen Formen, die zeitbedingt und daher wandelbar sind, sondern in der Erhaltung einer unabhängigen und bodenständigen schweizerischen Eidgenossenschaft zu erblicken“.¹⁸⁷

Entschiedener noch als die *Neue Zürcher Zeitung* verbindet das *Vaterland* den Rückgriff auf die föderale, durch ihre Verwurzelung in den mittelalterlichen Talgemeinschaften der Urschweiz legitimierte Demokratie mit einer expliziten Kritik an den sich an der Helvetik und dem Bundesstaat von 1848 orientierenden Traditionen. Die „abstrakten Prinzipien, die wir von der französischen Revolution übernommen hatten, brachten eine *individualistische Zersetzung des Gemeinschaftslebens*. Diese Individualisierung des politischen Lebens, vor allem seiner Grundpfeiler, der Autorität und Freiheit, bedeutete eine *Verfälschung der Schweizergeschichte*, und die politische Krise, in der wir heute leben, ist nicht zuletzt das Ergebnis dieser individualistischen Verfälschung.“¹⁸⁸ Dieses sich auf die Eidgenossenschaft von 1291 berufende Demokratieverständnis geht einher mit der Betonung des Föderalismus und genossenschaftlicher respektive berufsständischer Elemente

¹⁸⁴ Tages-Anzeiger, 10. Januar 1941: „Eidgenossenschaft. Innere Straffung“.

¹⁸⁵ NZZ, 11. September 1940: „Das Kernstück der Erneuerung“.

¹⁸⁶ NZZ, 11. September 1940: „Das Kernstück der Erneuerung“.

¹⁸⁷ Ebenda. Gleichlautende Argumente finden sich auch schon in: NZZ, 30. August 1940: „Neuordnung – aber wie?“.

¹⁸⁸ *Vaterland*, 31. Juli 1940: „Unsere wichtigste Erneuerungsfrage“ (Hervorhebungen im Original).

an Stelle individueller Freiheitsrechte. Es führt das konservative Organ in eine eigentümlich ambivalente Haltung sowohl gegenüber der deutschen Kritik an der Schweiz als auch in der Selbstpositionierung der Schweiz im Kontext des „Neuen Europa“. Als die Frankfurter Zeitung kritisiert, dass sich die Schweiz bis anhin zu wenig von „westlichen Ideen“ gelöst und dem Neuen Europa angenähert habe,¹⁸⁹ antwortet der Chefredakteur und KVP-Nationalrat Karl Wick in einem Leitartikel, eine Zuwendung der Schweiz zum „Neuen Europa“ könne nur aus den eigenen schweizerischen Voraussetzungen heraus und unter Festhalten an den geschichtlichen Wesensbestandteilen unseres politischen Daseins geschehen:

„Eine Loslösung vom westlichen Ideengut, d.h. vom Ideengut der französischen Revolution, das das Europa der letzten 150 Jahre beherrschte, ist im Gange und für jeden unvoreingenommenen Betrachter der Dinge offenkundig. Aber es gibt auch schweizerische geschichtliche Werte, die mit bestimmten Wertvorstellungen des neuen Deutschland nicht in Übereinstimmung gebracht werden können. Wir haben diesen Wertvorstellungen in deutschen Verhältnissen nicht entgegenzutreten, aber wir können sie für unsere schweizerischen Verhältnisse nicht annehmen. Aber die beiden verschiedenen Wertvorstellungen müssen sich neben einander vertragen lernen.“¹⁹⁰

In dieser Passage offenbart sich die ganze Ambivalenz des katholisch-konservativen Milieus. In seiner Kritik am bürgerlich liberalen Staat und den individuellen Freiheitsrechten, die kulturpessimistisch als zentrale Ursache des sittlichen Verfalls rezipiert werden, weist es Berührungspunkte zum „Neuen Europa“ auf. Trotz dieser programmatischen Nähe verhindert die Betonung der schweizerischen Neutralität wie des schweizerischen Sonderfalls einerseits und der universalistischen christlichen Grundwerte andererseits eine klare Annäherung an das nationalsozialistisch dominierte „Neue Europa“. Hinzu kommt, dass das Vichy-Regime und die iberischen Diktaturen als eigentliche Referenzgrößen des katholischen Milieus in der Ausgestaltung des „Neuen Europa“ nur eine marginale Rolle spielen.

Die sich im Vollmachtenregime manifestierenden autoritären Züge der schweizerischen Demokratie der Kriegsjahre werden im katholisch-konservativen Milieu rückhaltlos unterstützt. Das *Vaterland* versteht sich über die parteipolitischen Interessen hinaus als Verteidigerin der konservativen Bundesräte Pilet-Golaz, von Steiger und Etter gegen jede sozialdemokratische wie liberale Kritik.¹⁹¹ Ablehnung erfährt der Gedanke einer autoritären Demokratie durch das *Vaterland* erst dort, wo er mit der Aufgabe schweizerischer Traditionsbestände und der expliziten Angleichung an Deutschland einhergeht. So hält das Organ in der Diskussion um die autoritäre Demokratie fest, dass Autorität auf der „ge-

¹⁸⁹ Der erste Satz der zitierten Passage aus dem Artikel in der Frankfurter Zeitung, auf den hier Bezug genommen wird, lautet: „Von einer aufgeschlossenen Bereitschaft zu positiver Mitwirkung [der Schweiz] an der Neuordnung in Europa ist noch nicht so viel festzustellen, dass es als eine innere Loslösung vom westlichen Ideengut und als wirklicher Beitrag für die Zukunft angesehen werden könnte.“

¹⁹⁰ *Vaterland*, 4. September 1940: „Die Schweiz im neuen Europa“.

¹⁹¹ *Vaterland*, 20. September 1940: „Grundzüge politischer Erneuerung“; 21. September 1940: „Zerschlagenes Geschirr“.

schichtliche[n] Situation mit ihren grossen staatsbildenden und staatserhaltenden Traditionswerten“ und vor allem auf der Einbindung in eine sittliche Ordnung beruhe. „Wir brauchen keine Erneuerung im Sinne eines solchen [scil. frontistischen] autoritären Regimes, aber wir brauchen eine Erneuerung im Sinne einer Stärkung des sittlichen Autoritätsgedankens überhaupt.“¹⁹²

Auch wenn sie sich in der Bejahung autoritärer Elemente deutlich vom *Vaterland* unterscheiden, so teilen doch auch alle anderen untersuchten Tageszeitungen die grundsätzlich bejahende Haltung gegenüber dem Vollmachtenregime. Für den *Tages-Anzeiger* ist der zeitweise und freiwillige Verzicht auf demokratische Rechte geradezu Ausdruck einer funktionierenden Demokratie.¹⁹³ Doch insbesondere die sozialdemokratischen Blätter verbinden ihre Unterstützung des Vollmachtenregimes mit einer kritischen Beobachtung seiner Umsetzung. Die *Tagwacht* verknüpft mit ihrer Zusage zum Vollmachtenregime die Forderung an die Exekutive, die ihr dadurch gegebenen Machtmittel zur Durchsetzung sozialpolitischer Massnahmen zu verwenden und sich durch die „Tat“ das Vertrauen des Volkes zu sichern.¹⁹⁴ Mit Blick auf rechtskonservative Kreise um Altbundesrat Musy warnt das Blatt vor jenen Kräften, die über das Vollmachtenregime eine „Schweiz nach fascistischem Muster“¹⁹⁵ etablieren wollten. Gegen eben diese Kräfte schreibt auch Paul Graber in der *Sentinelle* an:

„Le désastre français est incommensurable. [...] Faut-il, comme certains, jeter le manche après la cognée, tourner le dos à la démocratie et s'apprêter à quelque alignement avec les conceptions totalitaires? [...] Il faut que la démocratie donne ses preuves en résolvant audacieusement certains grands problèmes économiques et sociaux. Il faut qu'elle suscite ainsi une véritable ferveur nationale. [...] Que la démocratie soumette la richesse à l'intérêt du pays et la mobilise pour lui permettre de traverser la bourrasque qui passe sur l'Europe.“¹⁹⁶

Ein ganz anderes Bild vom Zustand der Schweizer Demokratie zeichnen das *Journal de Genève* und *Liberté*. Zentralisierung, Partikularinteressen, ein übermächtiges Parlament und ein schwacher Bundesrat auf mühsamer Kompromissuche, die zunehmende Macht der Bürokratie sowie die schwindenden Verantwortlichkeiten sind die hauptsächlichen Kritikpunkte Payots, die er in der Folge wiederholt aufgreift: „La démocratie suisse était malade et il était évident que des réformes s'imposaient.“ Payot stellt dabei in Abrede, dass der Wunsch nach einer politischen Renovation in der Schweiz durch die Umwälzungen und die grossen Ideen in Europa ausgelöst worden seien. Das Malaise habe bereits vorher existiert, der misslungene Versuch der Totalrevision der Verfassung und der Abgang der Bundesräte Schulthess und Musy seien Zeichen gewesen, die von den „historischen“ Parteien nicht verstanden worden seien. „Pourtant, il n'était pas besoin d'être un

¹⁹² *Vaterland*, 13. November 1940: „Autoritäre Schweiz?“.

¹⁹³ „Der echte Demokrat verzichtet freiwillig – frei und willig – auf allerhand angenehme Begleiterscheinungen der Freiheit, um ihren Kern zu retten.“ (*Tages-Anzeiger*, 10. Januar 1941).

¹⁹⁴ Vgl. *Tagwacht*, 26. Juni 1940: „Autoritäres Regime?“; 5. August 1940: „Autorität und Demokratie“.

¹⁹⁵ *Tagwacht*, 5. August 1940: „Autorität und Demokratie“.

¹⁹⁶ *Sentinelle*, 6. Juli 1940, „Non, Non, et Non!“.

grand clerc pour voir que le régime s'ankylosait et que ses rouages se grippaient.“¹⁹⁷ In der *Liberté* kommen dazu noch die milieuspezifischen Klagen über die Säkularisierung der Gesellschaft als Ursprung der meisten Übel der Moderne. Beide Zeitungen orientieren sich grundsätzlich an ständestaatlichen Modellen zur „Erneuerung“ der Schweiz.

In vielen zentralen Punkten unterscheiden sich *Liberté* und *Journal de Genève* - abgesehen von der prononciert katholischen Orientierung der Freiburger Tageszeitung - nur um Nuancen. Vor allem in den Bereichen Unabhängigkeit und Neutralität¹⁹⁸ der Schweiz, ständestaatliche Sozial- und Wirtschaftspolitik¹⁹⁹, Restauration des Föderalismus sowie Stärkung der Regierung zulasten der Kompetenzen des Parlaments²⁰⁰ lassen sich kaum unterschiedliche Profile erkennen. In der Beurteilung des Parlamentarismus sind die Akzente jedoch deutlich anders gesetzt:

Der Parlamentarismus wird im *Journal de Genève* deutlich häufiger als in der *Liberté* kritisiert. Dabei zieht Chefredakteur Payot allerdings ähnlich wie die bürgerliche Presse der Deutschschweiz eine deutliche Grenze zwischen dem Parlamentarismus der französischen Dritten Republik und dem Schweizer System. Wenn in den Artikeln Payots auch nicht einem eindeutigen Antiparlamentarismus²⁰¹ das Wort geredet wird, so finden sich doch wiederholte Kritiken an Rolle und Ausgestaltung des Parlamentsbetriebs als vom Volk und insbesondere von der Jugend isolierte und versteinerte Institution. Die Schwächen des Parlamentes manifestierten sich laut dem Genfer Blatt regelmässig bei Bundesratswahlen:

„Les vieux politiciens qui n'écourent point leurs appels [des jeunes générations] creusent le tombeau du régime où ils ont prospéré. [...] Il est curieux de constater que rien n'est plus pétrifié qu'une institution législative et électorale; on a l'impression que quelle que soit l'évolution des idées, elle joue éternellement la même comédie avec des costumes qui ne changent point. Mais il arrive un moment où l'on éteint les lumières.“

Die parteipolitisch kalkulierte Auswahl der „*papabile*“ und die „*médiocrité* des critères selon lesquels un magistrat est désigné avant d'être élu“ gewährleisteten gerade in Kriegzeiten nicht die Wahl des bestgeeigneten Bundesrats, kritisiert das *Journal de Genève*. Als Alternative schlägt das Blatt Karl Burckhardt als Bundesratskandidaten vor. Nach der

¹⁹⁷ *Journal de Genève*, 15. August 1940: „Renouveau suisse“.

¹⁹⁸ *Journal de Genève*, 7. Juni 1941: „Position de la Suisse“; *Liberté*, 25. Mai 1940: „Notre neutralité“.

¹⁹⁹ *Journal de Genève*, 20. September 1940: „Vers la corporation. Une conception suisse“; *Liberté*, 24. Mai 1941: „Les discours de la Fête du travail“.

²⁰⁰ *Journal de Genève*, 29. August 1940: „Idées genevoises“; *Liberté*, 11. November 1940: „Le congrès du parti conservateur suisse, à Lucerne. La mission du parti conservateur suisse. Rapport de M. le conseiller national Aeby“.

²⁰¹ Wenn auch wiederholt Kritiken an den parteipolitisch motivierten Auseinandersetzungen publiziert werden, so findet sich eine grundsätzliche Ablehnung des parlamentarischen Systems lediglich in der redaktionell bearbeiteten aber unkommentierten Rede Gonzague de Reynold vor dem Schweizer Studentenverein in der *Liberté*: „L'ère du parlementarisme est close, le système des partis, rouillé; le règne des opinions, terminé.' C'est le travail qui doit gouverner; c'est de lui qui doivent sortir les institutions. Les partis ne doivent plus être que les cadres de l'union nationale.“ (*Liberté*, 23. Juli 1940: „La conférence de M. de Reynold à l'assemblée générale des Etudiants suisses. II. La restauration nationale“).

Wahl von Steigers in den Bundesrat warnt Payot jene Parlamentarier, die sich an der angeblichen „intrusion de la ‘rue‘“, dem breiten öffentlichen Interesse an der Bundesratswahl stiessen: „La rénovation nationale est en marche. Elle se fera avec ou sans le Parlement.“²⁰² Der Gedanke einer Schweizer Einheitspartei, wie sie etwa Valloton anregte, wird von Payot hingegen abgelehnt. Diese Ablehnung begründet er nicht mit demokratietheoretisch pluralistischen Überlegungen, sondern mit föderalistischen Bedenken: „M. Valloton veut conserver les partis ou plutôt préconise leur fusion en un seul parti au service du pays. Qu’une communauté s’établisse sur le terrain cantonal, rien de mieux, mais nous ne voyons pas un immense parti suisse.“²⁰³

Die *Liberté* als Organ einer dieser im *Journal de Genève* wiederholt als versteinert dargestellten Parteien teilt die harsche Kritik am Parlamentarismus nicht:

„Dans son appel, la Ligue du Gothard constate la ‘carence des partis aux programmes morts et aux promesses légères’ et manifeste sa volonté à sauver le pays. [...] nous savons que l’indépendance helvétique a été réalisée non point seulement par des congrès, mais par des efforts constants devant le Parlement et devant le peuple, que ces efforts, ces luttes et ces victoires sont ceux des partis politiques.“²⁰⁴

Gerade anhand der Einstellung zum Gotthardbund lässt sich der Unterschied zwischen *Liberté* und *Journal de Genève* in Fragen zur Ausgestaltung der Demokratie deutlich machen. Der Vizepräsident der Konservativen Partei, Nationalrat Aeby, bezeichnet zwar die meisten Forderungen des Gotthardbundes, insbesondere diejenigen zur korporatistischen „organisation professionnelle“ und zur Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit, als völlig im Einklang mit dem eigenen Parteiprogramm, doch wendet er sich gegen die Parteienfeindlichkeit und die antiparlamentaristischen Tendenzen der Gruppierung. Auch wenn er in seiner Rede am Kongress der KVP eine Zusammenarbeit mit anderen Parteien, auch den Sozialisten, im Interesse der Landesverteidigung begrüsst, so teilt er nicht den Enthusiasmus des *Journal de Genève* gegenüber dem vom Gotthardbund propagierten Gemeinschaftsgeist zur Überwindung der Parteigrenzen, wie ihn etwa Payot äussert:

„C’est un heureux signe que l’accord qui s’est établi sur un programme de politique générale entre le maire de la ville de Bienne, l’un des chefs genevois des syndicats chrétiens-sociaux, les dirigeants du groupe l’Eléphant de Zurich et des écrivains tels que Gonzague de Reynold et Denis de Rougemont. Aussi ne nous déplaît-il pas de voir des Oxfordiens s’intéresser à la Ligue du Gothard: ils propageront l’esprit de désintéressement et le soin de la communauté.“²⁰⁵

²⁰² Journal de Genève, 14. Dezember 1940: „Regardons en avant“.

²⁰³ Journal de Genève, 27. August 1940: „La réforme nationale“.

²⁰⁴ Liberté, 11. November 1940: „Le congrès du parti conservateur suisse, à Lucerne. La mission du parti conservateur suisse. Rapport de M. le conseiller national Aeby“.

²⁰⁵ Journal de Genève, 4. September 1940: „De la théorie à la réalité“.

Trotz der unterschiedlichen Einschätzung der Rolle der Parteien treffen sich *Journal de Genève* und *Liberté* wiederum in der Forderung nach einem starken Bundesrat und der Beschränkung der Macht der Legislative, insbesondere im Bereich der Ausgabenkompetenzen:

„On vit le Parlement sortir de son rôle et se mettre à diriger au lieu d'exercer sa mission de contrôle; on vit le Conseil fédéral, diminué dans son autorité, s'user dans la recherche de compromis laborieux; on vit la bureaucratie accroître son pouvoir, cependant que les responsabilités s'éparpillaient.“²⁰⁶

Die Forderungen nach einer Stärkung der Autorität des Bundesrates, einer Domestizierung der Parteien und dem Abbau der Bundesbürokratie werden auch im Manifest der, dem *Journal de Genève* nahe stehenden, Nationaldemokratischen Partei Genfs erhoben.²⁰⁷ Beinahe identisch wie Payot fordert Nationalrat Aeby die Neuverteilung der Rollen zwischen Regierung und Parlament: „A chaque organe ses pouvoirs: à l'exécutif le soin de déterminer le montant et la destination des dépenses publiques, au pouvoir législatif le seul contrôle en cette matière. C'en sera fait des surenchères et la voie sera ouverte à un assainissement des finances fédérales.“²⁰⁸ Mindestens teilweise entsprechen Payots Reformvorstellungen zur Stärkung der Regierung den Forderungen de Reynolds: „Il faut remplacer le culte de la médiocrité et le remplacer par la [sic!] culte de la personnalité. [...] Garder les institutions, changer les hommes.“²⁰⁹

Als Gegenmodell zum Parlamentarismus mit seinem Wettstreit der Parteien entwerfen beide bürgerlichen Zeitungen der Romandie – ähnlich wie auch das *Vaterland* – ein korporatistisches Modell der Schweiz. Der *Liberté* und dem *Journal de Genève* gilt der Korporatismus auch als Mittel zur Überwindung von Klassenkampf und Marxismus:

„Si l'on veut créer, en Suisse, une véritable communauté, il faudra la resoudre afin d'éliminer définitivement les relents de la lutte des classes. On ne détruira pas le marxisme par des déclarations, mais par des réalisations.“²¹⁰

Mit ihren Forderungen nach einer korporatistischen Neuordnung der Wirtschaft und der Gesellschaft treffen sich die zwei Tageszeitungen der Romandie mit den Vorstellungen Pilets, die er unter anderem an einer Rede zur Eröffnung des Lausanner Comptoirs darlegt: „Nous devons nous efforcer de mettre fin à la lutte des classes, néfaste pour tous, de réaliser équitablement, en l'organisant, la collaboration loyale de travail et du capital, ces

²⁰⁶ *Journal de Genève*, 15. August 1940: „Renouveau suisse“.

²⁰⁷ *Journal de Genève*, 29. August 1940: „Idées genevoises“.

²⁰⁸ *Liberté*, 11. November 1940: „Le congrès du parti conservateur suisse, à Lucerne. La mission du parti conservateur suisse. Rapport de M. le conseiller national Aeby“.

²⁰⁹ *Liberté*, 23. Juli 1940, „La conférence de M de Reynold à l'assemblée générale des étudiants suisses. II. La restauration nationale“.

²¹⁰ *Journal de Genève*, 27. August 1940: „La réforme nationale“.

deux éléments indissolubles de la prospérité.“²¹¹ Diese in ihrer Konsequenz auf ein ständestaatliches Modell hinauslaufende Kritik an der schweizerischen Demokratie bleibt nicht unwidersprochen. Insbesondere die *Sentinelles*, das Leitmedium der Sozialdemokratie in der Romandie, übt scharfe Kritik an solchen Forderungen, und taxiert sie als Aufstand gegen die Demokratie. Dabei beruft sich das Blatt auf das in der Überwindung der Krise von 1935 entwickelte sozial-liberale Konzept der Geistigen Landesverteidigung:

„Le seul lien de la Condération c'est la volonté commune de défendre les libertés civiles. La solidarité de tous repose sur la sauvegarde des droits de tous. Ceux qui songent à nous enlever l'essence de notre nationalité travaillent pour l'étranger et doivent être traités en ennemis publics.“²¹²

In Anbetracht der Verankerung demokratischer Institutionen in der politischen Kultur der Schweiz und der beharrenden Kraft des Faktischen kann sich die *Sentinelles* bereits im August wieder eine gewisse Gelassenheit im Umgang mit den demokratiekritischen Positionen bürgerlicher Zeitungen der Romandie erlauben:

„Parce que les affairistes et les cléricaux cirent 'haro' sur la démocratie en France, on condamne la Constitution suisse qui en diffère profondément. [...] In n'y a pas la moindre analogie entre une grande puissance, chez qui tout est centralisé à l'extrême, et une fédération de cantons minuscules, où le peuple peut, en temps normal, agir en souverain réel, grâce aux droits du referendum et de l'initiative. [...] L'organisation helvétique et l'administration fédérale sont saines dans leur ensemble, si bien que les menées anti-démocratiques des clans frontistes et des ligues de tout acabit paraissent une agitation fort artificielle.“²¹³

Im Gegensatz zur Diskussion um die Grundlagen und die Ausgestaltung der schweizerischen Demokratie, die eine breite Fächerung der Positionen erkennen lässt, erfolgt der Rekurs auf die *Neutralität* der Schweiz diskussionslos konsensuell. Kritik an der Neutralität der Schweiz, wie sie prominent von Jakob Schaffner und Gonzague de Reynold vertreten wird, weisen die *Neue Zürcher Zeitung* und der *Tages-Anzeiger* scharf als Defaitismus zurück.²¹⁴ Roman Boos kritisiert in einem von der *Neuen Zürcher Zeitung* abgedruckten Beitrag, dass Schaffner in seinem Artikel in der nationalsozialistischen Wochenzeitung *Das Reich* von einem Zerrbild der schweizerischen Neutralität ausginge. Entgegen der Schaffnerschen Kritik bedeute „Neutralität des Staates [...] für jeden Schweizer ein unverzichtbares Freiheitsrecht“. Kopf und Herz blieben für den Eidgenossen gerade durch die Neutralität privat. „Was wie eine Spur von Bindung nach aussen hin aussehen konnte, an den Völkerbund – Motta hat sie getilgt. Nie wird die Schweiz im Tross laufen.“ Diese Betonung der politischen Neutralität geht jedoch einher mit einer pragmatischen

²¹¹ Liberté, 13. September 1940: „Principes de la politique suisse“.

²¹² Sentinelles, 29. Juli 1940: „L'insurrection contre la démocratie“.

²¹³ Sentinelles, 5. August 1940 „Dans le désarroi“.

²¹⁴ Vgl. Tages-Anzeiger, 16. Januar 1941 und NZZ, 9. Januar 1941.

Haltung bezüglich der wirtschaftlichen Verflechtungen der Schweiz. „*Wirtschaftlich* wird sich die Schweiz selbstverständlich einfügen in das Europa und in die Welt, wie sie nach dem Krieg sein werden.“²¹⁵

Die Neutralität der Schweiz wird in der politischen Publizistik dieser Jahre geradezu überhöht und mystifiziert. „Neutral sein heisst für unseren Staat: auf seinem granitenen Urgesteinsgrund stehen“, schreibt die *Neue Zürcher Zeitung*, und das *Vaterland* bezeichnet die Neutralitätspolitik der Schweiz als „*feste(n) Damm, hinter dem die Schweiz ihr Eigendasein zu leben und zu entwickeln hat*“²¹⁶. In dieser Überhöhung und Mystifizierung gerät die Frage nach der Zweckmässigkeit und der Durchführbarkeit der Neutralitätspolitik in den Hintergrund. Die durch die englische Presse ausgedrückte Infragestellung des Neutralitätsprinzips wird kommentarlos vermeldet und nicht auf die Schweiz bezogen.²¹⁷ Die Frage der Äquidistanz zu den kriegführenden Mächten und damit die Frage der Gesinnungsneutralität wird in der Deutschschweiz kaum diskutiert.²¹⁸

Noch vor der Kapitulation Frankreichs propagiert die *Liberté* anlässlich einer Rede von Altbundesrat Musy in Rom das Konzept der integralen Neutralität: Musy wird mit der Aussage zitiert, die Schweiz sei definitiv in die Periode der ewigen Neutralität eingetreten. Dabei unterscheide Musy zwischen der „neutralité politique“ als nationale Pflicht und der „neutralité morale“, als eine Position, welche die Schweiz nie einnehmen werde.²¹⁹ Die neutralitätskritische Prognose de Reynolds („...il n'y aura plus des pays neutres, la neutralité est répudié à la fois par les deux camps adverses“) wird zwar von der *Liberté* veröffentlicht, aber nicht kommentiert. In der Folge wird der Inhalt des Begriffes in den Jahren 1940 und 1941 kaum mehr neu thematisiert, vielmehr wird er regelmässig und unhinterfragt unter den unverzichtbaren Elementen des helvetischen Grundkonsenses aufgeführt.

Einzig die *Sentinelle* versucht, die Neutralität in kritischen Bezug zu den Handlungen der offiziellen Schweiz zu setzen. In einer Auseinandersetzung mit den aktuellen Möglichkeiten und Grenzen neutraler Staaten äussert sich das Blatt ambivalent zu der sich in der öffentlichen Kommunikation spiegelnden Konzeption und Praxis der Schweizerischen Neutralität:

„Nous admettons la neutralité des gouvernements et des armées de pays tels que la Suisse et al Suède, par exemple. Malgré certains exemples venus d'en haut et qui ont fait pas mal de tapage, nous approuvons la politique de neutralité. Par contre, nous

²¹⁵ Alle Zitate NZZ 9. Januar 1941.

²¹⁶ Vaterland, 12. Juli 1940: „Eine schweizerische Umwälzung?“ (Hervorhebung im Original).

²¹⁷ Vgl. NZZ, 10. Januar 1941: „Die 'Times' über die Probleme des Friedens“.

²¹⁸ In einem dieser selten Beispiele reagiert das Vaterland auf Vorwürfe der Erneuerungsbewegungen, wonach die schweizerische Neutralitätspolitik „immer etwas zu Gunsten der demokratischen Westmächte geneigt gewesen sei“ und bemüht sich, am Beispiel der Zensur die Unhaltbarkeit dieses Vorwurfs zu illustrieren: Bei der schweizerischen Pressezensur habe man sogar mehr Rücksicht auf „die Diktaturstaaten“ genommen, „weil die totalitären Staatsoberhäupter und Regierungen bei der straffen Pressedisziplin in ihrem eigenen Lande auch vom neutralen Auslande her leichter verletzbar waren als demokratische Regierungen, die innerhalb ihrer eigenen Grenzen den polemischen Auswüchsen unter der Pressefreiheit ganz anders ausgesetzt blieben. Dieser Unterschied übertrug sich deshalb zwangsläufig auf die neutrale Schweiz“. (Vaterland, 12. Juli 1940: „Eine schweizerische Umwälzung?“.

²¹⁹ Liberté, 25. Mai 1940: „Notre neutralité“.

comprenons que les vœux de chacun de nous échappent à cette sorte de neutralité d'eunuque que certains présentent comme une vertu patriotique."²²⁰

Die Bedenken des sozialdemokratischen Blattes verhallen jedoch ungehört.

Fassen wir die Diskussion um die Leitwerte schweizerischer Identität zusammen, so zeigt sich – insbesondere in der Deutschschweiz – ein ausgeprägtes Sonderfallverständnis. Exemplarisch hierfür ist ein Aufsatz von Otto Weiss in der *Neuen Zürcher Zeitung*, in dem er argumentiert, die Schweiz dürfe sich dem tiefgreifenden Strukturwandel in der Welt nicht verschliessen, dieser Öffnung mit Rekurs auf den Sonderfall aber Grenzen setzt.

„Es [scil. das Schweizervolk] darf jedoch an neuen Gedanken nur hinnehmen, was sich zum bewährten und wertvollen Erbe fügt und es zu bereichern vermag; es muss an neuen Formen zurückweisen, was die besondere Eigenart von Volk und Staat beeinträchtigt. Hört die Schweiz auf, anders zu sein als ihre Umwelt, so büsst sie einen Teil ihrer Existenzberechtigung ein.“²²¹

Die Betonung des schweizerischen Sonderfalls lässt die diskursive Selbstverortung der Schweiz im „Neuen Europa“ in der Deutschschweiz zur Nabelschau werden. Die Diskussion um das „Neue Europa“ und seine Auswirkungen auf die Schweiz ist in diesem Landesteil vor allem eine Diskussion um die schweizerische Identität, in der die Auseinandersetzung mit dem „Neuen Europa“ nur als Aufhänger fungiert. Dort wo das „Neue Europa“ in den Leitmedien der Deutschschweiz zum Thema wird, erscheint es primär als Wirtschaftsraum. Entsprechend werden die Fragen der Anpassung an dieses neue Europa fast ausschliesslich unter wirtschaftspolitischen Aspekten geführt. Zwischen der als unabdingbar erachteten wirtschaftlichen Integration und der politischen Unabhängigkeit wird semantisch eine klare Trennlinie gezogen.

Auch in der Romandie wird – wie wir gesehen haben – die Diskussion über die als unabwendbar erachtete wirtschaftlichen Integration in Europa deutlich von der sowohl vom *Journal de Genève* wie von der *Liberté* erwünschten politischen und sozialen Erneuerung der Schweiz im Sinne einer ständestaatlichen Organisation abzukoppeln. So werden in der Regel Schweizer Reformprojekte und die Neuordnung Europas auch in getrennten Artikeln behandelt. Einer der wenigen Artikel, die programmatisch auf die zu erwartende Neuordnung Europas unter deutscher Führung eingehen, analysiert die deutschen Begriffe „Lebensraum“, „Machtraum“ und „Grossraum“ (Deutsch im Text). Dabei geht der Chefredakteur des *Journal de Genève*, Payot, davon aus, dass die Schweizer Partikularitäten aufrechterhalten werden können, auch wenn die Schweiz Bestandteil eines kontinentalen Wirtschaftsraum werde. Das Konzept einer „solidarité européenne“, das mit dem von Deutschland geplanten wirtschaftlichen „Grossraum“ Europa unter deutscher Dominanz realisiert werden solle, sei Anlass zur Hoffnung. Sichere Märkte, gerechte Preise und eine stabile Währung fände die Unterstützung all jener, die eine „communauté conti-

²²⁰ Sentinelle, 24. September 1940: „Les Européens peuvent-ils être neutres?“.

²²¹ NZZ, 21. November 1941: „Schweizerische Eigenart“.

nentale“ notwendig fänden. Dieser Plan impliziere die Bildung einer Föderation nach Schweizer Vorbild: „Sans pousser la comparaison trop loin, on pourrait y voir, transporté sur le plan européen, le système de la Confédération suisse.“ Der Erfolg dieses Programmes hänge jedoch von der Befriedung Europas ab sowie von der freiwilligen Mitarbeit der Länder.

„La prospérité du *Grossraum*, du grand espace, exige que chaque Etat, si modeste soit-il, puisse jouir librement de son *Lebensraum*, de cet espace vital où il puisse librement vivre à son gré, tout en apportant son concours à la communauté européenne.“²²²

Dieses Sonderfallverständnis, das sowohl Einmaligkeit wie historische Kontinuität propagiert und als wesentliches Element des Basiskonsenses der Geistigen Landesverteidigung fungiert, grenzt die Schweiz diskursiv gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland ab. Es immunisiert jedoch nicht gegen ein antidemokratisches Gedankengut, das sich vor allem in der Diskussion um die Ausgestaltung der autoritären Demokratie manifestiert. Im Vergleich der Sprachregionen finden sich in der Romandie deutlichere Affinitäten zu Modellen autoritärer Demokratie als in der Deutschschweiz²²³, und im Vergleich der politischen Milieus spricht sich vor allem das (katholisch-)konservative Lager für eine autoritäre Demokratie mit ständestaatlichen Elementen aus. Allerdings stehen diesen antidemokratischen Positionen sozialdemokratische und liberale Positionen gegenüber, die an den Grundzügen einer pluralistischen Demokratie festhalten. Behalten wir die gesamte leitmediale Arena der Schweiz im Auge, so lässt sich festhalten, dass selbst im Sommer 1940 antidemokratische Positionen nicht jene Resonanz und Definitionsmacht erhalten, die es legitimieren würde, hier von einem helvetischen Totalitarismus zu sprechen.²²⁴

4.3 Sonderfall und Flüchtlinge

Am Abschluss dieses Kapitels steht der Versuch, das facettenreiche und in manchem widersprüchliche Bild der schweizerischen Selbstvergewisserungsdiskussion des Jahres 1940 auf den Punkt zu bringen. Da Identitätssetzungen immer auch in einem dialektischen Prozess mit Ausgrenzungen verbunden sind, interessiert uns dabei vor allem, wie das in diesem Kapitel dargestellte Selbstverständnis der Schweiz ihren Umgang mit Flüchtlingen beeinflusste.

Der Westfeldzug der deutschen Wehrmacht, der mit dem Überfall auf die neutralen Kleinstaaten Holland und Belgien beginnt und mit der Kapitulation Frankreichs endet, versetzt die Schweiz in einen schockartigen Zustand unmittelbarer Bedrohung. In einer Situation,

²²² Journal de Genève, 8. Oktober 1940: „L'organisation de l'Europe“.

²²³ Noch deutlicher sind diese Affinitäten in den Leitmedien des Tessins. Vgl. hierzu Imhof / Ettinger / Boller, Flüchtlings- und Aussenwirtschaftspolitik, S. 213.

²²⁴ Zur Problematik des Begriffs und Konzeptes des helvetischen Totalitarismus vgl. Jost / Imhof, Geistige Landesverteidigung: helvetischer Totalitarismus oder antitotalitärer Basiskompromiss?

in der die Zukunft nicht mehr berechenbar ist, greifen die parteiverbundenen Leitmedien der Schweiz vorerst in den Fundus überkommener Deutungsmuster, um im Rückgriff auf die Vergangenheit wieder Orientierungssicherheit zu erlangen. In diesem Rückgriff werden die antagonistischen Positionen aus dem Krisenjahr 1935 reaktiviert. Das katholisch-konservative Milieu rekuriert erneut auf ständestaatliche Ideen, während die Sozialdemokratie planwirtschaftliche Wirtschaftsmodelle propagiert. Die *Neue Zürcher Zeitung* schliesslich öffnet verunsichert ihre Spalten Autoren der sogenannten Erneuerungsbewegungen. Nur langsam und unter ständigem Verweis auf die aktuelle Bedrohungslage finden die zentralen politischen Milieus und Parteien zur umfassenden und integrativen Orientierung an den Grundwerten der Geistigen Landesverteidigung zurück. Kern dieses labilen Basiskonsenses ist die Beschwörung des Sonderfalls Schweiz und seiner traditionellen Werte Unabhängigkeit, Föderalismus, Neutralität und Demokratie. Diese Leitwerte, auf denen der Minimalkonsens beruht, werden in einem Definitionsprozess gewonnen, in dessen Dynamik vor allem hervorgehoben wird, was die Schweiz nicht ist.

Dies lässt sich besonders deutlich an der diskursiven Ausgestaltung der schweizerischen Demokratie ablesen. Primär in Abgrenzung zu der – als gescheitert betrachteten – parlamentarischen Demokratie Frankreichs erhalten jene Vorstellungen von Demokratie eine hohe Resonanz und Plausibilität, die diese als historisches Produkt aus den Landsgemeinden der Urkantone und damit als genuin schweizerisch interpretieren. Die Traditionslinie der modernen schweizerischen Demokratie aus der Helvetik und der Bundesstaatsgründung wird bis auf wenige Ausnahmen, unter denen die *Sentinelle* die herausragendste ist, in der öffentlichen politischen Kommunikation verschwiegen. Diese Reinterpretation ist folgenreich:

Einerseits macht sie fundamentale Kritik an demokratischen Institutionen – insbesondere am Parlament – anschlussfähig und verleiht ständestaatlichen Vorstellungen zumindest kurzfristig die Weihen alternativer Modelle *innerhalb* des schweizerischen Sonderwegs. Diese Positionen setzen sich aufgrund der beharrenden Kraft bestehender Institutionen wie aufgrund der deutlichen Kritik aus dem sozialdemokratischen und teilweise auch aus dem liberalen Milieu allerdings nicht durch.

Andererseits verschiebt sich im Prozess dieser Reinterpretation schweizerischer Leitwerte die Selbstverortung der Schweiz auf dem Kontinuum zwischen den beiden Polen Ethnos und Demos. Ethnische Kriterien erlangen ein Übergewicht gegenüber demotischen; das Schweizerische wird volkstumsmythologisch aufgeladen. Damit aber werden die Grenzen des Zugehörigen enger gezogen. In diesem diskursiven Prozess werden nicht nur Ausländer oder Flüchtlinge, sondern auch all jene Schweizerinnen und Schweizer ausgegrenzt, die ihre Traditionslinien nicht auf das Rütli als diskursiv etablierten Urkern des Schweizerischen zurückbeziehen können. In dem Masse, wie eine Differenzsemantik zwischen der alteidgenössischen und der modernen Demokratie französischen Musters etabliert wird, können zudem auch die auf der Aufklärung und der französischen Revolution beruhenden Errungenschaften moderner Demokratien – insbesondere die Freiheits- und Menschenrechte – nur noch bedingt an den vorherrschenden Diskurs angeschlossen werden. Damit gerät ein Selbstverständnis in die Defensive, das Anschlussmöglichkeiten für eine liberale Flüchtlingspolitik geboten hätte.

Dies – so ist zu vermuten – hat auch Rückwirkungen auf die Kommunikationsstrategien jener Akteure, die sich für eine grosszügigere Flüchtlingspolitik einsetzen. Plausibilisieren lässt sich diese Vermutung durch die Beobachtung, dass – wiederum mit Ausnahme der *Sentinelle* – in der Diskussion um die Flüchtlingspolitik in der Regel nur auf ein letztlich diffuses Bild der humanitären Schweiz und gerade nicht auf im Selbstverständnis moderner Demokratien verankerte, einklagbare Grundrechte rekuriert wird.

5 Verdichtungsphasen der Berichterstattung über „Flüchtlinge“ 1938 bis 1947

Die Berichterstattung über flüchtlingsrelevante Ereignisse und Themen ist – gemessen an den in Kapitel 3 beschriebenen dominanten Kommunikationsereignissen – von sehr geringer Intensität. Dennoch lassen sich in der Berichterstattung über die „Flüchtlingsproblematik“ während der Jahre 1938 bis 1947 sieben Phasen erhöhter medialer Aufmerksamkeit festmachen. Indikatoren hierfür sind einerseits die umfangreichere Berichterstattung in den einzelnen Zeitungen und andererseits die gleichzeitige Fokussierung derselben Ereignisse durch mehrere Zeitungen. Bei diesen sieben Phasen handelt es sich in chronologischer Reihenfolge um die „Emigrationswelle“ nach dem Anschluss Österreichs 1938 (Kap. 5.1), die „Internierung“ von Zivilpersonen und Soldaten aus Frankreich 1940 bzw. ihre Rückkehr 1941 (Kap. 5.2), die mediale wie parlamentarische Debatte um die Flüchtlingspolitik im Herbst 1942 (Kap. 5.3), die „Flüchtlingswelle“ nach der Besetzung Italiens 1943 (Kap. 5.4), die sowohl die Frage der Asylunwürdigkeit wie das Verhältnis zu den Internierten umfassende, in der Nationalratsdebatte um die Vorstösse der Nationalräte Eugen Bircher und Albert Maag gipfelnde Flüchtlingsdiskussion 1944 (Kap. 5.5), die Berichterstattung über die Situation an der Nord- und der Südgrenze unmittelbar vor Kriegsende 1945 (Kap. 5.6) und schliesslich die Skandale um das Interniertenwesen 1945 und 1946 (Kap. 5.7). Diese sieben Phasen verdichteter Berichterstattung werden in den folgenden Kapiteln beschrieben und analysiert. Damit kann die massenmedial vermittelte, öffentliche politische Kommunikation über die Flüchtlingsproblematik zwischen 1938 und 1947 nahezu vollständig erfasst werden.

5.1 *Emigration nach dem Anschluss Österreichs und den Pogromen im „Dritten Reich“*

Zwei Ereignisse prägen die erste Phase einer verdichteten Berichterstattung über Flüchtlinge: die Konferenz von Evian im Juli 1938 und die Sperrung der Schweizer Grenze im August 1938. Parallel zu dieser auf die schweizerische Flüchtlingspolitik bezogenen Berichterstattung finden sich in allen untersuchten Leitmedien während des ganzen Jahres immer wieder Beiträge über Verfolgungen im „Dritten Reich“ und das durch die antisemitische Politik der Nationalsozialisten verursachte jüdische Elend. Allerdings wird diese Berichterstattung in den Leitmedien der Deutschschweiz kaum mit jener über die schweizerische Flüchtlingspolitik in Beziehung gesetzt; ganz im Gegensatz zu den bürgerlichen Leitmedien der Romandie, die die asylpolitischen Massnahmen der Schweiz explizit vor dem Hintergrund der Rassenpolitik Deutschlands diskutieren und rechtfertigen.

Den Auftakt zu einer intensiveren Thematisierung der schweizerischen Flüchtlingspolitik bildet die Berichterstattung über die Konferenz von Evian vom 6. – 15. Juli 1938.²²⁵ Sie ist allen Zeitungen Anlass, sich intensiv mit der zeitgenössischen Flüchtlingsproblematik zu

²²⁵ Zur Konferenz von Evian und die Rolle der Schweiz vgl. Ludwig, Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart, S. 84f. und Picard, Die Schweiz und die Juden, S. 295ff.

beschäftigen.²²⁶ Zentraler Punkt der Berichterstattung ist die Aushandlung eines „Verteilschlüssels“ für Flüchtlinge auf die teilnehmenden Länder und die damit verknüpfte Frage nach deren „Aufnahmefähigkeit“, die hauptsächlich von der wirtschaftlichen Lage eines Landes abhängig sei.²²⁷ Mit der Konferenz von Evian wird die schweizerische Flüchtlingspolitik in den internationalen Diskurs eingebettet. Die Berichterstattung manifestiert, dass die Argumente, welche die eidgenössische Flüchtlingspolitik bestimmen, weltweit Gültigkeit hätten. Prominent erscheint in allen Zeitungen Rothmunds Evianer Rede, in der die Grundsätze eidgenössischer Flüchtlingspolitik zusammengefasst werden.²²⁸ In Evian erfährt die Transitland-Konzeption der Schweiz internationale Bestätigung; entsprechend wird die Konferenz von den untersuchten Medien durchwegs als Erfolg gewertet.

Das *Journal de Genève* konstatiert am 16. Juli 1938 bei Abschluss der Konferenz von Evian eine „atmosphère d'optimisme qui s'accorde avec le cadre souriant de la charmante petite ville“. Dies wird jedoch im Text deutlich relativiert: „Les possibilités d'émigration sont donc restreintes, à moins que les fugitifs n'emportent avec eux une partie importante de l'argent qu'ils possèdent en Allemagne, ou ne puissent faire appel à un fonds international destiné à leur venir en aide.“ Zur Definition der Schweiz als Transitland für Flüchtlinge rekurriert das Journal auf andere Länder, nachdem bereits einige europäische Länder auf ihre Arbeitslosigkeit und „Saturierung“ hingewiesen haben: Man müsse zur Lösung des Problems (hier die Existenz von „30'000 réfugiés sans moyens de subsistance“ ausserhalb des Deutschen Reichs) die Länder in zwei Kategorien trennen: „ceux de transit et ceux de peuplement.“ Transitländer seien vor allem jene Staaten, die sich in der Peripherie oder in der Nachbarschaft von Deutschland befänden – unter ihnen auch die Schweiz.²²⁹ „Ce sont tous des pays qui ont, dans le domaine 'réfugiés', atteint le point de saturation.“ Dieser Sättigungsgrad wird anhand der Rede Heinrich Rothmunds illustriert:

²²⁶ Z.B. Tagwacht, 6.7.38: „Brief an die Herren in Evian. Zur Flüchtlingskonferenz am Genfersee.“; NZZ, 6.7.38: „Die Konferenz von Evian“; Tagwacht, 7.7.38: „Die Flüchtlingskonferenz. Um die Opfer des Nazismus.“; NZZ, 7.7.38: „Eröffnung der Konferenz von Evian“; Vaterland, 7.7.38: „Flüchtlingskonferenz in Evian“; Tagwacht, 8.7.38: „Die Flüchtlingskonferenz. Wenig ermutigende Erklärungen der Delegationen.“; Tagwacht, 9.7.38: „Flüchtlingskonferenz. Erster Erfolg?“; Vaterland, 9.7.38: „Die Woche/Zur Flüchtlingskonferenz in Evian“; Tagwacht, 11.7.38: „Das Los der Flüchtlinge. Die Forderungen der sozialistischen Arbeiter-Internationale.“; Tagwacht, 12.7.38: „Evian, ein Misserfolg?“; Vaterland, 16.7.38: „Die Woche/Auch die Herkunftsländer der Emigranten sollen helfen!“; Tagwacht, 5.8.38: „Evian sitzt und kommt nicht weiter.“

²²⁷ NZZ, 8.7.38: „Die Konferenz von Evian“.

²²⁸ Tagwacht, 12.7.38: „Der Schweizerische Standpunkt“; Tages-Anzeiger, 12.7.38: „Flüchtlingsfragen in Evian - Ein Votum des Schweizer Delegierten Dr. Rothmund“; NZZ, 12.7.38: „Die Konferenz von Evian/Exposé Dr. Rothmunds“.

Der Chef der eidgenössischen Polizeiabteilung, Dr. Heinrich Rothmund, war einer der beiden schweizerischen Delegierten an der vom 6. bis zum 15. Juli tagenden Konferenz von Evian.

²²⁹ Die erste Erwähnung der Transitland-Doktrin erscheint bereits anlässlich der Konferenz des Völkerbunds über die Frage der deutschen Flüchtlinge im Februar 1938, als von den Niederlanden das Prinzip des Transitasyls betont wird. Vgl. Liberté, 11.2.38: „La question des réfugiés politiques“.

„Le délégué de la Suisse, *en particulier* a donné des chiffres impressionnants. La proportion des étrangers atteint, chez nous, 9% de la population 355'000 individus en 1930; 3 à 4'000 réfugiés venus d'Autriche, sont entrés en Suisse entre le 12 mars et le 1er avril.“²³⁰

Eine Lösung der Flüchtlingsfrage könne nur in Zusammenarbeit mit Ländern in Übersee, die für die definitive Aufnahme garantieren müssten, und dem Deutschen Reich, das den Flüchtlingen mehr finanzielle Mittel belassen müsse, gefunden werden. „Sans doute le problème de la répartition des réfugiés reste-t-il presque entier. Mais on ne peut guère le résoudre utilement sans entente avec Berlin. C'est sur ce point que la Conférence d'Evian nous paraît avoir fait du travail vraiment constructif.“²³¹

Die durch die schweizerische Grenzsperrung intensivierte Berichterstattung von Mitte August bis Mitte September kann an die in Evian verwendeten Deutungsmuster anknüpfen: Das Bild der Schweiz als Transitland dominiert die Berichterstattung in allen untersuchten Zeitungen.²³² Als Begründung werden je nach politischem Lager in unterschiedlicher Kombination Überbevölkerung, Überfremdung oder hohe Arbeitslosigkeit genannt. Einig aber ist man sich in der Konsequenz, dass die Schweiz Flüchtlinge aus den umliegenden Ländern nicht dauerhaft aufnehmen, sondern ihnen nur vorübergehend als Transitland Asyl gewähren kann. Dieses Deutungsmuster ist so unbestritten, dass es selbst in den Spendenaufrufen der Hilfswerke regelmässig auftaucht.²³³ Exemplarisch für die Konzeption der Schweiz als Transitland, die selbst den Humanitätsdiskurs durchdringt, ist ein Artikel in der *Neuen Zürcher Zeitung*: Die im Titel aufgeworfene Frage „Ist Flüchtlingshilfe berechtigt?“ beantwortet der Autor mit einem Vergleich der „Not unserer Landsleute mit dem materiellen und seelischen Elend der an unserer Grenze Stehenden“. Denn, angesichts ihrer „Ängste, Qualen, Entbehrungen, Demütigungen und Schmähungen [...]“ wird es uns bang ums Herz, dass wir nur so wenigen helfen können, dass unsere Grenzen verschlossen werden mussten den Unzähligen, die hofften, Rettung im Schweizerlande zu finden. Wir verstehen die behördlichen Massnahmen, wir wissen, dass wir nur einem kleinen Bruchteil dieser Unglücklichen beistehen können. Jenen aber, die seit kürzerer oder längerer Zeit in der Schweiz sind, oder jenen, denen die vorübergehende Aufenthaltsbewilligung noch erteilt wird, denen muss Hilfe werden: ein paar Wochen der Erholung und Entspannung den Erschöpften, Ruhe den Gehetzten, seelische Aufrichtung den Geschmähten nach den ausgestandenen Qualen und Erniedrigungen – eine Atempause und Vorbereitungszeit [...] bevor sie in der Ferne mühsam eine neue Existenz aufzubauen haben.“²³⁴

²³⁰ Journal de Genève, 16.7.38: „Evian et les réfugiés“.

²³¹ Journal de Genève, 16.7.38: „Evian et les réfugiés“.

²³² Einzige Ausnahme bildet der Beitrag des Schriftstellers Walter Marti in der *Sentinelles* von 21.1.1939: „En transit? Une question culturelle européenne“.

²³³ In einem in der Tagwacht am 23. November 1938 abgedruckten Spendenaufruf der Emigrantenhilfe, des Hilfswerkes für Emigrantenkinder, der Schweizerischen Flüchtlingshilfe, der Landeskirchlichen Flüchtlingshilfe, des Caritas-Verbandes und des Verbandes Schweizerisch israelitischer Armenpflegen heisst es beispielsweise: „Unser Land, mit seiner eigenen Arbeitslosennot, kann diesen bedauernswerten Mitmenschen [...] nur erste Zuflucht und Durchgangsland sein.“

²³⁴ NZZ, 23.11.38. Vgl. auch Tages-Anzeiger vom 19.11.38: Unter dem Titel „Flüchtlingsnot und Schweizergeist“ schildert ein Professor H. Hanselmann aus Zürich die Hoffnungslosigkeit derer, die qualvoll in die Vergangenheit und bange in die Zukunft schauen müssten. „Doppelt elend ist darum der

Die „Transitland-Doktrin“ wird auch in beinahe stereotyper Manier beigezogen, um die durch einen Bundesratsbeschluss vom 19. August 1938 verfügte Grenzschiessung zu legitimieren. Dies jedoch erst sekundär. Die erste, spontane Begründung für die Grenzsperrung und damit auch für die Abweisung jüdischer Flüchtlinge manifestiert sich in der laut artikulierten Empörung darüber, dass deutsche Stellen mit Schleppern kooperierten und damit eine „organisierte() Abschiebung der ‘überflüssigen’ Staatsangehörigen“²³⁵ in die Schweiz betrieben. Man hegt den Verdacht, das nationalsozialistische Deutschland wolle die Eidgenossenschaft übervorteilen, weshalb die Sperrung der Grenze einhellig als adäquate Reaktion empfunden wird²³⁶. Andernfalls würde die Schweiz bloss zur Vollstreckerin der nationalsozialistischen Rassenpolitik und falle zudem den internationalen Bemühungen zur „Lösung des Flüchtlingsproblems“ in den Rücken:

„Da auch andere Länder gezwungen waren, ihre Grenzen gegen den Emigrantenstrom zu schliessen, dürfen die internationalen Instanzen erwarten, dass die Schweiz auf ihrem Abschnitt Ordnung hält und die geregelte Verteilung der Flüchtlinge über die noch aufnahmefähigen Länder nicht durch fortwährende Aufnahme weiterer Flüchtlinge erschwert.“²³⁷

So konsensfähig die Transitland-Doktrin ist, diese Konsequenz des liberalen Zürcher Blattes geht der Berner *Tagwacht* dann doch zu weit. „Die Schweiz kann nicht alle Flüchtlinge dauernd aufnehmen, aber sie kann *allen* Durchgangsland und für viele dauerndes *Asylland* bleiben.“²³⁸ Die *Tagwacht* spricht sich damit nicht gegen die Transitland-Doktrin aus. Das sozialdemokratische Blatt wendet sich aber gegen die Grenzsperrung und die Rückweisungen. Solche Entscheide widersprechen ihrer Ansicht nach fundamental dem schweizerischen Selbstverständnis, der Tradition des Landes und seiner Wesensart.²³⁹ Diese Linie

Flüchtling.“ Tausende seien in die Schweiz geflohen, „für viele sind wir die letzte Hoffnung vor dem leiblichen und seelischen Untergang. Sollen und können wir helfen?“ Die Antwort Hanselmanns ist durchaus repräsentativ; zumindest ihr erster Teil: „Vorweg gilt für uns, was der Bundesrat bestimmt hat: Die Schweiz kann nur Durchgangsland sein.“ Trotzdem sei ihnen zu helfen, denn sie „frieren, hungern und zittern“. „Der Sinn unserer Flüchtlingshilfe ist klar: Wir bauen den mühseligen und so bitter geplagten Wanderern Ausruhebänke für kurze Zeit.“ Hier sollten sie „in Ruhe weinen und trauern dürfen, eine Zeitlang, sollen sich wärmen am Geiste unserer Heimat [...] Verschnaufen bringt Kraft: wir Berggänger wissen es!“.

²³⁵ Tages-Anzeiger, 20.8.38: „Das Flüchtlingsproblem“.

²³⁶ Vgl. etwa das Zitat aus der Appenzeller Zeitung in der *Tagwacht* vom 23.8.38: „Aber was heute in Deutschland geschieht, das geht in den Augen jedes recht denkenden Menschen *einfach zu weit*. Ganz besonders krass ist die Abschiebung in andere Länder, die keinen Platz haben, ohne dass man einen Finger für die Unterkunft und das Weiterkommen der einstigen Mitbürger rühren würde. [...] Wir können darum nicht schweigen, obschon wir uns sonst auf den Standpunkt stellen, das Dritte Reich möge nach seiner, wir nach der unseren Fassung selig werden.“

²³⁷ NZZ, 8.9.38: „Die jüdischen Emigranten in der Schweiz“.

²³⁸ *Tagwacht*, 3.9.38 „Schwarze Tage der Menschheit“ (Hervorhebung im Original).

²³⁹ *Tagwacht*, 17.10.38: „Wir sind gezwungen, diese Unglücklichen aus verständlichen Gründen zurückzuweisen, zurück in das Elend, zurück in die Qual, zurück in Existenzlosigkeit und Entbehrung. Die Schwierigkeiten, die sich ihrer Einreise entgegenstellen, scheinen unüberwindbar. Ist es wirklich unumgänglich notwendig, dass wir gezwungen sind, unsere teuersten Prinzipien zu verraten? Wir sind ein Volk der Berge, stolz auf unsere Traditionen. Unter Lebensgefahr suchen unsere Männer die abgestürzten Opfer der Berge, und bringen ihnen Hilfe. Nie hat man davon gehört, dass sich ein Seilkamerad durch einen Schnitt des Seiles von seinem stürzenden Kameraden trennte.“

verfolgt das sozialdemokratische Organ konsequent bis in die Titulaturen der Agenturmeldungen hinein: Die gleiche Meldung, die am 18. August 1938 von der *Neuen Zürcher Zeitung* mit „Das Emigrantenproblem“ überschrieben wird, trägt in der *Tagwacht* den Titel: „Die Opfer des Nazi Terrors“. Am 19. August 1938 schreibt der *Tages-Anzeiger* vom „Zustrom der Emigranten“, die *Tagwacht* betitelt denselben Bericht: „Schweiz weist Flüchtlinge zurück!“.

Trotz des immer wieder formulierten Einverständnisses mit den Grundprämissen der eidgenössischen Flüchtlingspolitik äussert das sozialdemokratische Blatt zunehmende Kritik an den schweizerischen Behörden im Allgemeinen sowie an Heinrich Rothmund und an Bundesrat Motta im Besonderen. Letzterer wird der „Sympathien“ für das nationalsozialistische Regime und der Leisetreterei gegenüber Berlin bezichtigt.²⁴⁰ Am 1. September 1938 berichtet Nationalrat Nüesch (Demokraten) in einem Leserbrief aus dem Rheintal vom Schicksal eines Emigranten, dessen Frau und kleine Kinder aufgrund fehlender Papiere „zurück in die Hölle“ geschickt wurden.²⁴¹ Und unter demselben Titel druckt die *Tagwacht* eine Glosse ab, in der die Internierung in Lagern scharf kritisiert wird. „Damit das Schweizer Volk nicht antisemitisch wird durch den Anblick der rund tausend Unglücklichen, die neulich, noch vor Torschluss, zu uns hereingefunden haben, muss man die jüdischen Flüchtlinge halt auch bei uns in Konzentrationslager einsperren. – Mit dieser offziösen Begründung, die vor kurzem überall in den Zeitungen zu lesen war, rechtfertigen unsere Behörden eine Form der Menschenbewahrung, die das neudeutsche Ursprungszeugnis auf der Stirn trägt.“²⁴² In der Folge entfaltet die *Tagwacht* eine eigentliche „chronique scandaleuse“, in der Einzelschicksale ergreifend geschildert und oft mit Vorwürfen an die Behörden verbunden werden.²⁴³

²⁴⁰ Tagwacht, 15.9.38: „Was sich Motta gefallen lässt!“ „Man hat nicht erfahren, dass in Berlin klar und entschieden gegen die Art, wie von deutscher Polizei, von SS und Gestapo die jüdischen Flüchtlinge in unser Land getrieben wurden, protestiert worden ist.“

²⁴¹ Tagwacht, 1.9.38: „Das schwarze Blatt der Schweizergeschichte“.

²⁴² Tagwacht, 1.9.38: „Das schwarze Blatt der Schweizergeschichte“.

²⁴³ Vgl. Tagwacht, vom 20.9.38, 28.9.38, 24.10.38, 4.11.38, 25.11.38, 30.11.38, 1.12.38, 15.12.38 und 17.12.38. Ein Höhepunkt dieser Art der Berichterstattung findet sich im Februar 1939, als die Tagwacht in mehreren Artikeln die „Geschichte des Mädchens von Bludenz“ schildert, in der zwei österreichische Flüchtlinge auf schweizerischem Boden von zwei deutschen Grenzbeamten gestellt werden. „Und nun liebe Miteidgenossen und freie Männer eines freien Landes, wird es für uns ein Prüfstein sein, wie dieser Grenzvorfall «erledigt» wird. Zwei Arten der Erledigung sind möglich: 1. Eine gut schweizerische, einer glorreichen Tradition entsprechende: Wir werden dem armen Flüchtling Asylrecht gewähren und das tapfere Mädchen von Bludenz werden wir bei uns aufnehmen; – wohl wäre sie würdig unsere Mitbürgerin und eine Stauffacherin zu werden, und es würde eine stolze Geste sein, wenn eine schweizerische Gemeinde ihr das Bürgerrecht schenken würde. Die zwei übereifrigen Nazi-Grenzpolizisten sperren wir wegen eklatanter und bewusster Grenzverletzung einige Wochen ein und befördern sie dann mit den ernsthaftesten Ermahnungen und einem eleganten Tritt hinaus. 2. Eine gar unschweizerische, aber der tapfern bisherigen Mottapolitik durchaus konforme: Wir glauben der deutschen Version, es handle sich nicht um einen politischen Flüchtling, sondern um einen ausgebrochenen gemeinen Rechtsbrecher, und liefern den Verfolgten aus und das tapfere Mädchen von Bludenz dazu. Unser fröhlicher Minister Fröhlicher wird sich namens der schweizerischen Eidgenossenschaft bei Herrn von Weizsäcker recht höflich entschuldigen, dass irrtümlicherweise schweizerische Grenzwachter zwei grossdeutsche Grenzbeamte – immerhin auf noch schweizerischem Territorium – im Dienste behinderten und festnahmen, und er wird vollste und restloseste Schadloshaltung anbieten in clearingfreien Schweizerdevisen.

So hat uns denn das tapfere Mädchen von Bludenz eine sehr willkommene Gelegenheit zur Selbstprüfung gegeben. Denn entweder erleben wir Erledigung Nr. 1 und atmen auf und sind wahrhaft

Mit dieser Kritik steht die *Tagwacht* in der leitmedialen Arena der Deutschschweiz jedoch alleine und ohne Resonanzchancen da. Generell konzentriert sich die leitmediale Berichterstattung vor allem auf die Probleme des legalen und illegalen Grenzübertritts, auf die Unterbringung der aufgenommenen Flüchtlinge in Sammellagern in der Nordost- und Ostschweiz, auf die Grenzsperrung und auf den Visumszwang. Entscheidend für die durch die Redaktionen vorgenommene Interpretation der Vorgänge ist, ob die Flucht als Massenphänomen oder in Form von Einzelschicksalen thematisiert wird. Grössere Flüchtlingsgruppen werden zumeist als Bedrohung dargestellt. Diese Bedrohungswahrnehmung drückt sich im häufigen Gebrauch einer Naturgewalten evozierenden Metaphorik aus. So ist vor allem im August und September in den Artikelüberschriften die Rede vom starken „Zudrang“²⁴⁴, vom „Flüchtlingsstrom aus Deutschland“²⁴⁵ oder vom „Massenzustrom von Emigranten“²⁴⁶. Angesichts dieser „Bedrohung“ wird die Sperrung der Grenze zum einzigen Mittel, um die „heute unerwünschte Zuwanderung flüchtender jüdischer Elemente“ zu verhindern.²⁴⁷ Dieser Beschreibung der Flüchtlinge mit Metaphern wie „Masse“, „Strom“, oder „Überschwemmung“, die sich vor allem in der Titelgebung von Agenturmeldungen findet,²⁴⁸ stehen viele eingehende und in ihrem Tenor wohlwollende Schilderungen von Einzelschicksalen gegenüber. Der *Tages-Anzeiger* und die *Neue Zürcher Zeitung* drucken eine passagenweise identische Reportage aus dem Auffanglager in Diepoldsau. In ihr werden Flüchtlinge als schwer getroffene Menschen beschrieben, „deren tiefe Furchen auf der Stirn und den Wangen [...] von schweren seelischen Kämpfen und Leiden“ zeugen. In Anspielung auf eine von den Zeitgenossen häufig verwendete Kategorisierung von Juden wird betont, dass sich im Lager keineswegs asoziale Elemente aufhalten würden: „auch der ostjüdische Typ ist verhältnismässig schwach vertreten; weitaus die meisten sind Angehörige des Wiener Mittelstandes, darunter auffallend viele Intellektuelle, Ärzte, Rechtsanwälte, aber auch Bankiers, Fabrikdirektoren, Kaufleute, Staatsbeamte, und schliesslich Ladendiener und Küchenpersonal“.²⁴⁹

Der Widerspruch zwischen der gleichzeitigen Befürwortung einer rigorosen Abhaltepolitik und der Anerkennung der unverschuldeten Bedürftigkeit wehrloser Opfer wird durch die strikte Trennung der beiden Diskurse in der Berichterstattung der deutschschweizer Leitmedien gemildert: Die von der Erläuterung der Flüchtlingsfrage abgetrennte, detaillierte Berichterstattung des Jahres 1938 über die antisemitische Politik im Dritten Reich zeugt von einem hohen Kenntnisstand der Vorgänge in Deutschland. Schon vor und parallel zur Grenzschiessung im August und dann auch wieder im November, nach der Ermordung

stolz darauf, Bürger und Soldaten der freien Schweizerischen Eidgenossenschaft zu sein. Oder wir lassen uns die neue Schmach der Erledigung Nr. 2 gefallen, dann haben wir kein würdiges *Vaterland* mehr und sind nichts anderes als der Spucknapf für die Verachtung der Welt.“ (*Tagwacht*, 22.2.39).

²⁴⁴ *Tagwacht*, 17.8.38: „Starker Zudrang von Emigranten“.

²⁴⁵ *Vaterland*, 20.8.38: „Der Flüchtlingsstrom aus Deutschland“.

²⁴⁶ *Tages-Anzeiger*, 18.8.38: „Massenzustrom von Emigranten - Über 1000 Flüchtlinge aus Österreich illegal eingereist“.

²⁴⁷ Agenturmeldung in der *NZZ*, 19.8.38: „Die illegale Einreise jüdischer Emigranten“.

²⁴⁸ Vgl. neben den oben zitierten Beispielen: *NZZ*, 24.8.38: „Der Zustrom jüdischer Flüchtlinge“ und *Vaterland*, 25.8.38: „Der Flüchtlingsstrom aus dem Deutschen Reich“.

²⁴⁹ *NZZ*, 22.8.38: „Emigranten im Rheintal“ und *Tages-Anzeiger*, 23.8.38: „Das Emigranten-Sammellager in Diepoldsau“.

von Raths in Paris und den daran anschliessenden Pogromen²⁵⁰, werden die Vorgänge in den deutschsprachigen Nachbarländern aufmerksam verfolgt, und es wird in einem journalistisch-distanzierten oder kritisch ablehnenden, ja empörten Ton über die Verfolgung der Juden berichtet. Auch die antisemitische Gesetzgebung in Italien erfährt eine sehr detaillierte Beschreibung.²⁵¹ Dennoch wird mit Ausnahme der *Tagwacht* in den Leitmedien der deutschen Schweiz die Frage nach der Aufnahmepolitik umgangen, indem die schweizerische Asylpolitik einerseits und die Gründe für die Fluchtbewegungen andererseits nicht zueinander in Beziehung gesetzt werden.²⁵²

Auch die Zeitungen der Romandie behandeln die Massnahmen an der Grenze im Herbst 1938 ausführlich. Die *Liberté* übernimmt die den Bundesratsbeschluss vom 19. August 1938 vermeldende Agentur mitsamt der Begrifflichkeit („afflux des juifs“²⁵³), ergänzt diese jedoch mit einer Empfehlung zur grosszügigen Auslegung der Bestimmungen. Dabei handelt es sich um eine der seltenen – milden – Kritiken an den asylpolitischen Massnahmen im katholisch-konservativen Organ der Romandie bis zum Kriegsende: „On devrait, nous semble-t-il, se montrer aussi large que possible à l'égard des malheureux que les persécutions et la peur des camps de concentration chassent de leur pays.“²⁵⁴ Es ist anzunehmen, dass die *Liberté* bei ihrem Votum für eine grosszügige Flüchtlingspolitik vor allem an die Vertreter des österreichischen Ständestaates denkt. Zurückhaltende Kritik an der Flüchtlingspolitik äussert auch die *Sentinelle*. Sie kommentiert eine Agenturmeldung vom 18. August 1938 über eine Sitzung der kantonalen Polizeidirektoren unter der Leitung von Rothmund mit der Klammerbemerkung „Suisse, terre hospitalière, où vassu?“²⁵⁵. Demgegenüber stellt sich das *Journal de Genève* ohne Einschränkung hinter die offizielle Politik. Zwar distanziert sich die Genfer Zeitung mit Berufung auf das Schweizer Volk von der „politique raciale“ des grössten Nachbarn,²⁵⁶ rechtfertigt aber angesichts der Zahl der legal oder illegal Einreisenden die Dringlichkeit der Massnahmen:²⁵⁷ „Elles vont soulever des protestations au nom de la 'tradition libérale de la Suisse'. Elles sont pourtant légitimes et indispensables.“ Denn die Schweiz „ne doit pas risquer de créer sur son sol une classe de Heimatlose qu'il faudrait entretenir matériellement et dont le statut juridique serait quasi impossible à définir.“²⁵⁸

²⁵⁰ Vgl. hierzu die nachfolgenden Ausführungen im Text und Fussnote 256.

²⁵¹ Artikel zu den Vorgängen in Deutschland, „Österreich“ und Italien finden sich in allen Zeitungen; am intensivsten berichtet jedoch die Neue Zürcher Zeitung. Vgl. NZZ, 8.11.38, 10.11.38, 11.11.38, 12.11.38, 14.11.38, 15.11.38, 16.11.38; Tages-Anzeiger, 9.11.38, 14.11.38, 15.11.38; Tagwacht, 10.11.38, 12.11.38, 14.11.38; Vaterland, 12.11.38, 14.11.38, 15.11.38, 16.11.38.

²⁵² Eine seltene Ausnahme bildet ein auf einem Referat Rothmunds aufbauender Artikel im Zürcher Tages-Anzeiger vom 14.9.38: „Ausländer in der Schweiz und Schweizer im Ausland“.

²⁵³ „Afflux“ ist die weitaus am häufigsten verwendete Metapher für die Massenflucht. Der Begriff stammt aus der Medizin und bezeichnet einen brüsken Flüssigkeitsandrang z.B. von Blut.

²⁵⁴ *Liberté*, 19.8.38.

²⁵⁵ *Sentinelle*, 18.8.1938: „La Suisse et le problème des réfugiés“.

²⁵⁶ „Le problème des réfugiés juifs est posé depuis la prise du pouvoir par les nationaux-socialistes, depuis que l'élimination du 'non-aryen', un des objectifs principaux de *Mein Kampf*, a revêtu en Allemagne une forme active.“

²⁵⁷ „Depuis quelques semaines, outre les réfugiés régulièrement entrés à la frontière orientale, munis d'un passeport, on a constaté que plus de mille Israélites viennois ont pénétré en fraude sur le territoire helvétique.“

²⁵⁸ *Journal de Genève*, 19.8.38: „La Suisse et les réfugiés“.

Die Verfolgungen in Deutschland finden auch in den Leitmedien der Romandie Aufmerksamkeit. Bereits im Vorfeld der Konferenz in Evian finden sich in allen untersuchten Zeitungen der Romandie Beiträge über die aktive Ächtung („proscription“) und Segregation von Juden in Deutschland. Allerdings fällt im direkten Vergleich der Leitmedien auf, dass das *Journal de Genève*²⁵⁹ weniger darüber berichtet als *Sentinelle*²⁶⁰ und deutlich weniger als die *Liberté*²⁶¹

Das Attentat des deutsch-polnischen Juden Herzel Grynszpan auf den deutschen Legationssekretär Ernst vom Rath in Paris am 7. November 1938 zum Vorwand nehmend, organisierten die nationalsozialistischen Machthaber eine Welle von Pogromen gegen Juden im Deutschen Reich, die schon am 8. November vereinzelt begannen und am 9. und 10. November in ihrer zur Schau gestellten Grausamkeit unübersehbar wurden.²⁶² In der Folge verdichtet sich auch in der Romandie die Berichterstattung über antijüdische Pogrome und Gesetzgebungen in Deutschland deutlich. Allerdings lassen sich im Ton der Berichterstattung und in der Titelgebung Unterschiede zwischen den untersuchten Zeitungen ausmachen: Während die *Liberté* ihren Bericht vom 11. November 1938 mit „Le nazisme déchaîné contre les juifs“ betitelt und die *Sentinelle* sowohl persönliche Schicksale wie die Fehler der internationalen Politik deutlich benennt,²⁶³ schreibt das *Journal de Genève* reservierter von „La lutte antisémite en Allemagne“²⁶⁴. Aufgrund der regelmässigen (und zumeist anklagenden) Korrespondentenberichte zu antisemitischen Ausschreitungen, denen der Charakter von spontanen Erscheinungen „gesunden Volksempfindens“ („sain sentiment populaire“²⁶⁵) eindeutig abgesprochen wird, kann auch der Öffentlichkeit der Romandie der Charakter der nationalsozialistischen Rassenpolitik nicht verborgen geblieben sein. Auch die Einführung von antisemitischen Gesetzen in Italien²⁶⁶ wird ausführlich behandelt. Im Gegensatz zur Deutschschweiz wird der

²⁵⁹ Journal de Genève, 19.6.38: „La nouvelle vague d'antisémitisme en Allemagne“.

²⁶⁰ Sentinelle, 5.7.38: „Et si l'on parlait de paix... Quand même!“, 8.7.1938: „Politique sectaire intransigence“;

²⁶¹ Liberté, 17.6.38: „La proscription des juifs allemands“, 18.6.38: „L'antisémitisme à Berlin“, 20.6.38: „L'antisémitisme naziste“, 21.6.38: „La guerre aux juifs en Allemagne“, 4.7.38: „La condition de juifs en Allemagne - Vers le rétablissement du ghetto“.

²⁶² „Über tausend Synagogen waren abgebrannt, mindestens 8000 jüdische Geschäfte zerstört sowie zahllose Wohnungen verwüstet. Zwischen 90 und 100 Juden waren erschlagen, niedergestochen oder zu Tode geprügelt worden. Hinzu kamen Millionenschäden an zerstörten Geschäftseinrichtungen und Schaufensterscheiben. Das alles wurde im Volksmund bald mit dem Begriff „Reichskristallnacht“ verharmlost. Daß dahinter der organisierte Wille zur Verfolgung und Radikalisierung stand, bewiesen die folgenden Tage. Zunächst wurden im ganzen deutschen Reich etwa 30000 jüdische Männer verhaftet und in die Konzentrationslager Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen verschleppt.“ (Hans-Ulrich Thamers, Nationalsozialismus)

²⁶³ Sentinelle, 16.11.38 „Les fruits de Munich“, 18.11.38: „Des familles entières se suicident de désespoir“ vgl. auch 17.11.38 „Le juif errant. D'Allemagne en Palestine“.

²⁶⁴ Journal de Genève, 14.11.38: „La lutte antisémite en Allemagne“.

²⁶⁵ Liberté, 4.7.38: „La condition de juifs en Allemagne - Vers le rétablissement du ghetto“.

²⁶⁶ Liberté, 28.7.38: „L'antisémitisme en Italie“, 6.8.38: „Le débat sur le racisme italien“, 11.8.38: „Autre aspect du racisme italien“, 19.8.38: „Les dessous de l'antisémitisme italien“, 2.9.38: „L'antisémitisme italien“, 6.9.38: „La proscription des juifs en Italie“, 7.10.38: „La politique antijuive du régime fasciste“, 19.10.38: „La guerre aux juifs en Italie“, 12.11.38: „L'antisémitisme italien“. Journal de Genève, 19.7.38: „Le problème de la race en Italie“, 28.7.38: „Que deviendront les juifs d'Italie?“, 29.7.38: „L'Italie s'adonnera-t-elle au racisme?“, 10.8.38: „La campagne raciste en Italie“, 17.8.38: „La politique raciale de Rome“, 26.8.38: „L'adhésion de l'Italie au racisme“, 2.9.38: „L'Italie décide d'expulser tous les juifs“.

Zusammenhang von ausländischer „Rassen-“ und Verfolgungspolitik mit der schweizerischen Flüchtlingspolitik auch wiederholt thematisiert. Allerdings führt diese explizite Thematisierung des Zusammenhangs nur in der *Sentinelle* zur Kritik an der schweizerischen Flüchtlingspolitik – und an hartherzigen wie engstirnigen Positionen innerhalb der Sozialdemokratie²⁶⁷. Die beiden bürgerlichen Blätter hingegen stellen die bundesrätliche Politik angesichts der Politik des Dritten Reiches als notwendig und legitim dar. In einer ersten Phase thematisiert und problematisiert vor allem das *Journal de Genève* in ausholenden Betrachtungen sowohl die Situation der explizit erwähnten jüdischen Flüchtlinge, ihrer Fluchtgründe, die Schweizer Flüchtlingspolitik sowie die Situation bzw. sozio-ökonomische Position der jüdischen Schweizer. In drei längeren Artikeln rechtfertigt das *Journal de Genève* die Transitland-Doktrin der Schweiz, insbesondere für jüdische Flüchtlinge.²⁶⁸ Dabei werden Mitleid („pitié“) mit dem Schicksal („triste sort“) der meist explizit jüdischen Opfer, Missbilligung („désapprobation“²⁶⁹) der unmenschlichen Methoden der Verfolger und Unterstützung für die diversen restriktiven Massnahmen der schweizerischen Behörden (z.B. „autorisations provisoires de séjour“²⁷⁰) diskursiv miteinander verbunden. Verschiedene rechtfertigende Argumentationsmuster werden – oft in den gleichen Artikeln – in dieser Phase angeführt, um die Diskrepanz zwischen den ersten zwei Punkten (Mitleid und Ablehnung), welche oft einleitend oder auch im Titel vorgetragen werden, und dem letzten Punkt (Abwehr) abzuschwächen:

- Die vorgängige ablehnende Haltung zur Aufnahme jüdischer Flüchtlinge von anderen, meist grösseren, europäischen und aussereuropäischen Ländern rechtfertige die Haltung der Schweiz, gemäss der das Problem nur international zu lösen sei und die Schweiz lediglich vorübergehendes Asyl bieten könne.²⁷¹
- Die geographische Situation, Überbevölkerung, Überfremdung („surpopulation étrangère“) und Arbeitslosigkeit würden eine dauernde oder grosszügigere Aufnahme verhindern. Die Schweiz leiste für die Flüchtlinge, was sie könne.²⁷²
- Die Schweiz sei an der deutschen Rassenpolitik nicht beteiligt und lehne sie ab, sie sei somit sowohl moralisch als auch juristisch nicht angreifbar.²⁷³

étrangers - L'arrêté vise les israélites entrés dans le royaume dès 1919“; 3.9.38: „La situation des juifs en Italie“; 9.9.38: „Les mesures contre les Israélites en Italie“.

²⁶⁷ *Sentinelle*, 21.11.38: „L'antisémitisme, une honte pour l'Europe du XXe siècle“.

²⁶⁸ *Journal de Genève*, 9.9.38: „Réfugiés politiques“; 1.12.38: „Les Israélites dans l'économie suisse“; 2.12.38: „La question juive et la Suisse“.

²⁶⁹ *Journal de Genève*, 1.12.38: „Les Israélites dans l'économie suisse“.

²⁷⁰ *Journal de Genève*, 9.9.38: „Réfugiés politiques“.

²⁷¹ „La capacité de la France est aujourd'hui épuisée...“ (*Liberté*, 7.7.38: „Le problème des réfugiés politiques“).

²⁷² Z.B. *Liberté*, 19.11.38: „La question des réfugiés“. „La politique 'raciale' du plus grand Etat voisin de la Suisse, qui s'inspire d'une idéologie à laquelle la quasi-unanimité de notre peuple reste étrangère, développe chez nous des conséquences que l'on ne peut négliger. [...] Si respectables que soient certaines infortunes, nous ne pouvons pas tolérer d'être envahis et de subir tous les inconvénients d'une situation que nous n'avons en rien contribué à créer. (*Journal de Genève*, 19.8.38: „La Suisse et les réfugiés“). „Par l'hospitalité provisoire que la Suisse réserve aux réfugiés, elle fait la part de sa 'tradition libérale'. Dans les circonstances présentes on ne peut lui demander d'aller plus loin.“ (*Journal de Genève*, 19.8.38: „La Suisse et les réfugiés“).

²⁷³ Vgl. *Journal de Genève*, 19.8.38: „La Suisse et les réfugiés“: „La politique 'raciale' du plus grand Etat voisin de la Suisse, qui s'inspire d'une idéologie à laquelle la quasi-unanimité de notre peuple reste

- Die Schweiz bleibe ihrer humanitären Tradition verpflichtet und erfülle sie mit der einem Transitland möglichen Gastfreundlichkeit auf Zeit.²⁷⁴
- Der restriktiven Flüchtlingspolitik wird zudem durch die Autorität internationaler Gremien weitere Legitimität attestiert.²⁷⁵
- Der Einsatz von z.T. „offiziellen“ Schleppern zur illegalen Einreise beweise, dass Deutschland sein „Problem“ aktiv abschieben wolle. Hierzu könne die Schweiz nicht Hand bieten.²⁷⁶
- Eine grosszügigere oder dauernde Aufnahme von Juden würde ein „problème juif“ oder synonym Antisemitismus erzeugen: Mit dem objektivierenden Rückgriff („la question juive qui se pose dans plusieurs Etats doit être traitée avec une parfaite objectivité“) auf demographische Daten, wird im *Journal de Genève* die „question juive“ als quantitatives Problem dargestellt, das sich aber in der Schweiz, dank einem tiefen Anteil von Juden, nicht stelle.²⁷⁷ Konzentriert zeigt sich die Begründung dieser Haltung in einem Abschnitt eines dieser Artikel im *Journal de Genève* aus der Feder des Chefredakteurs René Payot: „Nous n'avons pas en Suisse de question juive, à proprement parler. Nous ne voulons pas qu'il puisse s'en poser une dans les dix ou vingt ans. Aussi le souci d'avenir et le désir de maintenir la paix intérieure nous imposent-ils la prudence dans le domaine de l'immigration, prudence nécessaire qui est dans l'intérêt de tous et qui peut, d'ailleurs, très bien se concilier avec l'action charitable.“²⁷⁸

Zusammenfassend lässt sich diese Phase folgendermassen charakterisieren: Parallel zur Berichterstattung über die schweizerische Flüchtlingspolitik erhalten während des ganzen Jahres 1938 auch die Verfolgungen im „Dritten Reich“ mediale Aufmerksamkeit. Doch diese beiden Berichterstattungsstränge werden in der Deutschschweiz kaum miteinander in Verbindung gebracht – während in den Leitmedien der Romandie die asylpolitischen Massnahmen der Schweiz explizit vor dem Hintergrund der Rassenpolitik Deutschlands

étrangère, développe chez nous des conséquences que l'on ne peut négliger. [...] Si respectables que soient certaines infortunes, nous ne pouvons pas tolérer d'être envahis et de subir tous les inconvénients d'une situation que nous n'avons en rien contribué à créer.“

²⁷⁴ Vgl. *Journal de Genève*, 19.8.38: „La Suisse et les réfugiés“: „Par l'hospitalité provisoire que la Suisse réserve aux réfugiés, elle fait la part de sa 'tradition libérale'. Dans les circonstances présentes on ne peut lui demander d'aller plus loin“.

²⁷⁵ Vgl. *Liberté*, 25.8.38: „Les proscrits d'Allemagne en Suisse“.

²⁷⁶ „Le ministère public de Bâle a pu établir que des individus sont à l'oeuvre pour transporter en Suisse, contre paiement, des juifs de la région badoise.“ (*Liberté*, 25.8.38: „Les proscrits d'Allemagne en Suisse“) „Il est établi que des sous-ordres allemands ont eu pour mission de faire passer clandestinement la frontière germano-suisse à ces 'indésirables'.“ (*Journal de Genève*, 31.8.38: „Chez les réfugiés à Diepoldsau“).

²⁷⁷ *Journal de Genève*, 26.8.38: „La répartition des Juifs dans le monde“; 1.12.38: „Les israélites dans l'économie suisse“; 2.12.38: „La question juive et la Suisse“. Die Zahlen für die Schweiz seien aber „pas tout à fait exact“: „Le Dr Bruschweiler relève que quelques milliers de Juifs appartiennent à d'autres confessions ou sont areligieux, et que, d'après l'examen des feuilles du recensement, on peut admettre qu'un Juif sur quatre ne s'est pas fait connaître comme tel.“ (*Journal de Genève*, 1.12.38: „Les israélites dans l'économie suisse“).

²⁷⁸ *Journal de Genève*, 2.12.38: „La question juive et la Suisse“.

diskutiert und in den beiden bürgerlichen Leitmedien gerechtfertigt werden. Sowohl die rechtfertigende wie die verschweigende Form der Berichterstattung lassen die Beweggründe der Flüchtenden bei der Berichterstattung über die schweizerische Flüchtlingspolitik in den Hintergrund treten. Die Berichterstattung über die schweizerischen Massnahmen an der Grenze erfolgt fast ausschliesslich durch Agenturmeldungen. Redaktionelle Beiträge zu den Massnahmen fehlen. Redaktionell bearbeitet und mit sympathisierenden Wertungen versehen sind hingegen die Beschreibungen von Einzelschicksalen geflüchteter Personen. In Massen auftretende Flüchtlinge werden hingegen als Bedrohung wahrgenommen und in einer entsprechenden Naturmetaphorik („Welle“, „Flut“, „Strom“) beschrieben. Generell verläuft die Berichterstattung in allen drei Landesteilen konsensuell.²⁷⁹ Einzig die sozialdemokratischen Organe *Tagwacht* und *Sentinelle* unterlaufen diesen Konsens, indem sie trotz ihres Einverständnisses mit den grundlegenden Prämissen der eidgenössischen Flüchtlingspolitik eine grosszügigere Aufnahmepraxis fordern. In allen Zeitungen herrscht insbesondere Konsens, dass die Schweiz für die Flüchtlinge nur ein Transitland sei. Als Begründung werden in unterschiedlicher Kombination Überbevölkerung, Überfremdung und Arbeitslosigkeit genannt.

5.2 Französisch-polnische Internierte (1940/41)

Der Übertritt von rund 43'000 französischen und polnischen Soldaten der 45. Französischen Armee sowie von französischen Zivilpersonen in die Schweiz löst ab dem 18. Juni 1940 eine intensive Berichterstattung in allen Leitmedien aus. Neben unkommentierten Agenturmeldungen finden sich eine Reihe von Reportagen und Augenzeugenberichten, die emphatisch das Schicksal der Franzosen und die Anteilnahme der schweizerischen Bevölkerung schildern. So beschreibt beispielsweise die *Tagwacht* ausführlich die Durchfahrt eines Flüchtlingszuges durch Bern wie folgt: Angesichts „braunblasser, gefurchter Gesichter“ der Flüchtlinge sei „ein Chock in die auf dem Perron wartende Menge gefahren. Sieht sie doch zum ersten Male ein winziges Stück Wirklichkeit aus der papierenen und tönenden Nachrichtenflut der letzten grauenvollen Wochen“.²⁸⁰ Eindringlich wird die spontane Hilfsbereitschaft geschildert, wobei die *Tagwacht* die „Büetzer“ und die „einfache Hausfrau“ hervorhebt. In Bezug auf die Unterbringung der Internierten lobt die *Neue Zürcher Zeitung* die „Harmonie des Zusammenlebens von Schweizer Bauernsamen und entwaffneten fremden Soldaten“.²⁸¹ Auch in den anderen Reportagen werden die Internierten durchwegs positiv und neugierig geschildert. Fasziniert sind die Berichterstatter vor allem von den „Spahis“, den französischen Nordafrikatruppen, den „dunklen Burschen aus der Berberei“²⁸² mit „funkelnden Augen und gutsitzenden Uniformen“²⁸³. Durchwegs werden die französischen und polnischen Truppen als gut gekleidet, sauber

²⁷⁹ Zur (spärlichen) Berichterstattung in der italienischsprachigen Schweiz vgl. Imhof / Ettinger / Boller, Flüchtlings- und Aussenwirtschaftspolitik, S. 40f..

²⁸⁰ *Tagwacht*, 22.6.40: „Flüchtlingszüge durch Bern“.

²⁸¹ NZZ, 4.7.40: „Bei den internierten Polen“.

²⁸² NZZ, 22.6.40: „Der Übertritt französischer Truppen in die Schweiz“.

²⁸³ *Tages-Anzeiger*, 22.6.40: „Die fremde Heerschau in Biel“.

und ordentlich beschrieben. Die *Neue Zürcher Zeitung* spricht gar von „vorzüglichen Eigenschaften“²⁸⁴ der Internierten.

Solch positiver Zeichnungen zum Trotz wird eine gewisse, notwendige Distanz gegenüber den Fremden gefordert: Vor allem die *Tagwacht* warnt vor allzu „schlichtem Opfersinn“²⁸⁵ und allzu grossem „Helferwillen“, der in der Bevölkerung ausgebrochen zu sein scheine und das Mass des Schicklichen bei Weitem übersteige: Kontakte zwischen polnischen Internierten und Schweizer Mädchen kolportiert das sozialdemokratische Blatt als „Szenen, die tiefbeschämend waren und einer Schweizerfrau und eines Schweizermädchens unwürdig“²⁸⁶ und brandmarkt diese als „schamlos“. Die Weisung des Armeestabs vom 21. Juni 1940, die angesichts der spontanen Hilfsbereitschaft und der Sympathiekundgebungen der Zivilbevölkerung „Zurückhaltung und Disziplin“ anmahnt, wird von allen Zeitungen kommentarlos verbreitet.

Auch die Berichterstattung der drei untersuchten Leitmedien der Romandie konzentriert sich auf die humanitären Aspekte der Aufnahme und betont die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung und der beteiligten Institutionen.²⁸⁷ Durchgehend werden in dieser Phase die unproblematischen bis herzlichen Beziehungen zwischen den Internierten und Zivilflüchtlingen und der lokalen Bevölkerung bei ihrem Empfang betont: „Des leur arrivée, les rapports les plus cordiaux se sont établis entre eux et la population et, de leur côté, les autorités, spécialement la Commission de réception [...]“²⁸⁸ Die Ankunft der zivilen Flüchtlinge in Freiburg wird ähnlich emphatisch beschrieben, wie diejenige der militärischen. Die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung muss hier nach Ansicht des Berichterstatters exzessive Züge angenommen haben: „Il était difficile de contenir quelquefois les générosités de la foule. Tout s'est finalement fort bien passé.“²⁸⁹ Gespart wird auch nicht an der Bewunderung der in offizieller Mission am Empfang der Flüchtlinge beteiligten Personen: „Nos soldats sont admirables de dévouement et de bonté. [...] Tant de bonté, d'entraide, de dévouement, de sympathie pour le malheur!“²⁹⁰.

Nur selten kommen Stimmen zu Wort, die diese Welle der Sympathie dämpfen. Der katholische Bischof von Genf, Lausanne und Freiburg, Marius Besson verbindet seinen Aufruf zur Hilfsbereitschaft mit einem Appell zur Wachsamkeit gegenüber einzelnen Flüchtlingen und deren Ideen: „Quelques-uns, malheureusement, nous arrivent avec des idées politiques et sociales dont la mise en oeuvre a jeté leur patrie dans la catastrophe.“ Auch beschwört er das Kirchenvolk, von Formen der Sympathiekundgebung gegenüber den

²⁸⁴ NZZ, 4.7.40: „Bei den internierten Polen“.

²⁸⁵ NZZ, 22.7.40: „Sammlung für Kriegsflüchtlinge“.

²⁸⁶ Tagwacht, 22.6.40: „Schamlos“.

²⁸⁷ Liberté, 20.6.40: „La Suisse et la guerre - Un commissaire de l'internement“; „La Suisse et la guerre -- Le moral de nos réfugiés“; „Fribourg - Les réfugiés“; „Collecte en faveur des réfugiés des pays envahis“; „L'arrivée des réfugiés à Romont“; „Suisse - Les arrivées des réfugiés“; 21.6.40: „Scènes d'internement“; 22.6.40: „La Suisse aux prisonniers de guerre polonais“; „La Suisse et la guerre - Scènes d'internement“; 25.6.40: „Les internés“; „Fribourg - Les réfugiés français en gruyère“; 26.6.40: „Les dernière péripéties de la guerre à nos frontières - Le sort des internés“; 27.6.40: „La Suisse et la guerre - Réfugiés et internés“; 28.6.40: „La Suisse et la guerre - Réfugiés et internés“.

²⁸⁸ Liberté, 3.8.40: „Les réfugiés à Châtel-Saint-Denis“.

²⁸⁹ Liberté, 19.6.40: „Des soldats français internés dans notre canton“.

²⁹⁰ Journal de Genève, 20.6.40: „Le long de la frontière suisse“.

Internierten abzusehen, „qui ne conviendraient pas à la gravité de l'heure présente ou qui seraient incompatible avec l'absolue neutralité de la suisse“²⁹¹. Bereits retrospektiv kariert die „Page des Jeunes Conservateurs“ der *Liberté* vom 24. Januar 1941 unter dem Titel „Restons nous-mêmes“ die Begeisterung von Schweizern insbesondere für die Spahis: „Chaque famille voulait son beau soldat et en vantait les mérites incontestés. [...] Et puis vint le départ. Ce fut un déchirement pour quelques coeurs trop sensibles. [...] Un correspondant, en termes lyriquement émus, exaltait, sur le ode forcément mineur, le souvenir qu'avaient laissé les hommes en turban. 'Adieu Hamadi, Mohamed, Medjadi! Adieu burnous rouges errant dans la neige, chéchias beiges, blanches ou brunes, cachant les grands cheveux frisés.'“, Solche xenophoben Positionen bleiben jedoch die Ausnahme.

Sowohl zu ihrer Ankunft wie zum Abschied werden regelmässig die Dankesbezeugungen der militärischen wie zivilen Flüchtlinge aufgeführt: „Ils avaient des paroles touchantes pour dire leur merci à la Suisse“²⁹², schreibt die *Liberté* über französische Soldaten und das Journal de Genève doppelt nach: „La reconnaissance qu'ils éprouvent pour la Suisse est profonde et sincère. Un officier me disait: 'Lorsqu'un de mes soldats s'étonne d'une mesure à laquelle il n'est pas habitué, il suffit que je lui dise: *la Suisse le demande*, pour qu'aussitôt il obéisse.'“²⁹³ In der Mehrzahl der Beschreibungen zu den Grenzübertritten und den Internierungen wird neben dem herzlichen Empfang und der Dankbarkeit aber auch die militärische Kontrolle der Schweizer Armee über die Internierten hervorgehoben: „toute cette troupe de près de six cents hommes, réunis par un rencontre de hasard, se réfugièrent en Suisse, où ils furent aussitôts désarmés [...] Quand tout le monde se fut installé dans les voitures, gardées par des soldats suisses, la longue colonne, précédée par une automobile d'officiers suisse et un autocar comprenant un peloton de territoriaux en armes[...]“. Lediglich aus Neuchâtel wird ein Zwischenfall, mit „des scènes très pénibles, auxquelles, fort heureusement, la gendarmerie mit une prompte fin“ berichtet. So hätten sich ehemalige Mitglieder der internationalen Brigaden unter die Zivilflüchtlinge gemischt und sich vorerst geweigert nach Frankreich zurückzureisen: „Ces indésirables ont été conduits aux Verrières et refoulés sur le sol français“.²⁹⁴ Der breiten Sympathiebekundungen durch die Bevölkerung wie die Medien würdig sind die Fremden offensichtlich nur dann, wenn sie sich an die Spielregeln halten, die ihre Rückreise garantieren.

Einen Schwerpunkt in der *Liberté* bildet die Berichterstattung über die polnischen Militärinternierten.²⁹⁵ Das bereits bestehende Hilfswerk „Pro Polonia“ (mitbegründet durch die

²⁹¹ *Liberté*, 28.6.40: „Paroles épiscopales“.

²⁹² *Liberté*, 19.6.40: „Des soldats français internés dans notre canton“.

²⁹³ *Journal de Genève*, 23.7.40: „Internés“.

²⁹⁴ *Liberté*, 26.6.40: „Les derniers péripéties de la guerre à nos frontières“. *Liberté*, 22.6.40: „La Suisse et la guerre. La Suisse aux prisonniers de guerre polonais“; 12.7.40: „En Faveur des internés polonais“; 29.7.40: „Fribourg. Internés polonais évadés“; 30.7.40: „Un appel en faveur des internés polonais“; 1.10.40: „La Suisse et la guerre. Pro Polonia“; 10.10.40: „Faits divers. La mort tragique de trois internés polonais“.

²⁹⁵ *Liberté*, 22.6.40: „La Suisse et la guerre. La Suisse aux prisonniers de guerre polonais“; 12.7.40: „En Faveur des internés polonais“; 29.7.40: „Fribourg. Internés polonais évadés“; 30.7.40: „Un appel en faveur des internés polonais“; 1.10.40: „La Suisse et la guerre. Pro Polonia“; 10.10.40: „Faits divers. La mort tragique de trois internés polonais“.

„Groupe fribourgeoise de coopération intellectuelle polono-suisse“) erhält hier regelmässig Raum für Spendenaufrufe und Tätigkeitsberichte. Mit der Aufnahme von polnischen Militärinternierten wird auch über das neue Tätigkeitsfeld im Inland berichtet: „Nous ne pensions pas alors qu'un jour viendrait où nous aurions à nous occuper de Polonais en Suisse, [...]. Mais du fait de l'internement dans notre pays de plus de 14'000 soldats polonais, une tâche nouvelle s'offrait à nous, tâche considérable, mais aussi infiniment intéressante, car ceux pour les quels nous allions travailler avait su mériter par leur valeur et leur belle tenue l'estime de tous.“²⁹⁶ Mit der Eröffnung von Hochschullagern für polnische und französische Internierte im November 1940 setzt eine vorübergehende Zunahme der Berichterstattung zu diesem Thema ein.²⁹⁷

Die Ausreise der Internierten und deren Ankunft in Frankreich Ende Dezember 1940 und in den ersten Januarwochen 1941 ist wieder Anlass für eine recht umfangreiche, vor allem jedoch aus Agenturmeldungen bestehende Berichterstattung.²⁹⁸ Dies widerspiegelt den Einfluss der am 8. Januar 1941 verhängten Zensurmassnahmen.²⁹⁹ Die wenigen ganzseitigen Reportagen, in denen nach dieser Massnahme die Ausreise der Truppen beschrieben wird, sind im Ton jenen bei der Ankunft vergleichbar.³⁰⁰ Häufige Erwähnung finden auch die Dankesbezeugungen der Internierten und der französischen Regierung.³⁰¹

In ihrer Gesamtheit sind die Interniertenreportagen Stimmungsbilder, in denen politische Wertungen vermieden werden.³⁰² Der Aufenthalt der Internierten in der Schweiz wird nur in Ausnahmefällen auf einer politischen Ebene reflektiert. Dort, wo die Zeitungen aber das ereignishaft Situative verlassen und die Internierung der französischen und polnischen Soldaten grundsätzlich betrachten, steht die Bedeutung sowie die politische und humanitäre Funktion der schweizerischen Neutralität im Vordergrund. Die Internierung der französischen Armeeangehörigen wird als Tatbeweis für die „unbeugsame Handhabung“ der „aktiven und bewaffneten Neutralität“ interpretiert und befürwortet.³⁰³ Auf dieser Wertungs-

²⁹⁶ Liberté, 1.10.40: „Pro Polonia“.

²⁹⁷ Liberté, 2.11.40: „La première université de campagne pour les internés“ und Liberté, 5.11.40: „Hauterive et Grangeneuve, camps universitaires de soldats internés“.

²⁹⁸ Z.B. Tagwacht, 19.12.40: „Rückkehr französischer Internierter“; Vaterland, 19.12.40: „Heimschaffung der Internierten aus der Schweiz“ und NZZ, 22.12.40: „Rückkehr von Internierten“.

²⁹⁹ „Am 31. Dezember 1940 hatte sich die APF noch damit begnügt, den Agenturen Zurückhaltung und freiwillige Vorzensur für Meldungen über die Heimschaffung der Internierten zu empfehlen. (Weisung Nr. 384/31, Dezember 1940). Am 8. Januar 1941 – der Bundesrat hatte zwei Tage zuvor die englische Protestnote gegen diese Rückführung beantwortet – verhängte der Bundesrat die Vorzensur über alle Veröffentlichungen in dieser Sache. (Weisung Nr. 388/8, Januar 1941). Dies geschah nicht, um den Handel der Öffentlichkeit zu verheimlichen [...] Mit diesem Verbot sollte insbesondere vermieden werden, dass englische Protestmeldungen weiterhin in die schweizerische Presse gelangten und dort der ohnehin wach gewordenen Opposition Gelegenheit gäben, ihre Polemik gegen den Beschluss der eigenen Regierung unter Bezugnahme auf ausländische Ansichten auszuführen. Ein Tag nach der endgültigen Beschlussfassung wurden der Presse ausnahmsweise für die Dauer einer Woche „Erörterungen im Rahmen der Gegebenen Informationen“ gestattet. Am 23. Januar 1941 trat wiederum die alte Regelung in Kraft“ (Kreis, Flüchtlingsdebatte und Zensurregime, S. 152f.)

³⁰⁰ Z.B. NZZ, 28.1.41: „Die Spahis verlassen die Schweiz“.

³⁰¹ Vaterland, 18.1.41: „Marschall Pétains Dank“, Tages-Anzeiger, 18.1.41: „Der Dank Frankreichs“; Tagwacht, 18.1.41: „Frankreich dankt der Schweiz“ und NZZ, 21.1.41: „Der Dank der Internierten“.

³⁰² „Nicht nur Maler und Photographen wurden in den Bann dieser fremdländischen Eigenart gezogen“, in: NZZ, 28.1.41: „Die Spahis verlassen die Schweiz“.

³⁰³ Exemplarisch für diese Haltung sei die NZZ vom 26.6.40 zitiert: „Ganz plötzlich, von einer Stunde auf die andere, hatte unser Land seine aktive und bewaffnete Neutralität unter Beweis zu stellen. [...] Viel ist

ebene zeigt sich ein übergreifender Konsens in der leitmedialen politischen Kommunikation.

Dieser Konsens zerfällt mit der Berichterstattung über die Vereinbarungen der Schweiz mit Frankreich und Deutschland, in denen die Rückkehr der französischen Truppen bei gleichzeitiger Auslieferung ihres Materials an Deutschland geregelt werden. Die bürgerlichen Zeitungen kommentieren Vereinbarung nur zurückhaltend. Das *Vaterland* gibt der Hoffnung Ausdruck, dass mit der Auslieferung nun „die ganz beträchtlichen Internierungskosten doch noch bezahlt werden und dass die Internierungsfrage endlich einer Lösung entgegengeführt werden kann“³⁰⁴. Der *Tages-Anzeiger* enthält sich jeglichen Kommentars und gibt nur der Vermutung Ausdruck, dass die Auslieferung „wahrscheinlich auch noch zu einem parlamentarischen Nachspiel führen dürfte“³⁰⁵.

Für die *Tagwacht* hingegen ist die Vereinbarung mit Deutschland ein Zeichen für den „illegitimen Autoritätskurs“ Pilet-Golaz'. Die Zeitung betont, dass die Sozialdemokratie diese Politik nicht verantworte, da sie aus der Regierung ausgeschlossen sei: „wir [können] mit der heutigen, defaitistisch wirkenden Bundesratspolitik, weder für jetzt noch für später behaftet werden“³⁰⁶. Die Kritik mündet in eine Rücktrittsforderung gegenüber Pilet-Golaz: „Me sött dr Pilet goh lah“ titelt das sozialdemokratische Blatt offensiv auf der Frontseite und kann sich den Hinweis auf den als „Affäre Pilet“³⁰⁷ bezeichneten Empfang führender Frontisten durch den Bundesrat nicht verkneifen.³⁰⁸ Weiter macht die *Tagwacht* dem Bundesrat den Vorwurf der „schweren Irreführung des Volkes“³⁰⁹ und bezeichnet ihn als „Stammeszauberer“ und „Verschwörer“³¹⁰, in den man jegliches Vertrauen verloren habe. Moderater im Ton zeigt sich die *Sentinelle*. Doch auch Paul Graber kritisiert Bundesrat Pilet-Golaz in einem Leitartikel auf der Frontseite der *Sentinelle* deutlich und wirft ihm ein neutralitätswidriges Handeln vor.³¹¹ Diese Kritik der sozialdemokratischen Blätter stösst jedoch nur im *Journal de Genève* auf Resonanz.

Im Gegensatz zur *Liberté* thematisiert das Genfer Blatt die Übergabe des Militärmaterials der internierten französischen Truppen bereits am 20. November 1940 im Titel, ohne jedoch das deutsche Protokoll oder die Äusserungen des französischen Botschafters Scapini zu kommentieren. Das Communiqué des Bundesrates vom 15. Januar 1941 über die

über diesen Übertritt fremder Truppen auf Schweizergebiet gesagt und geschrieben worden. Bisweilen hat die militärisch ungeschulte Feder über unwesentlichen Einzelheiten das Wichtige vergessen: die unbeugsame Handhabung unserer Neutralität. Gewiss, wir haben die fremden Truppen mit Freundlichkeit empfangen – aber erst nach der Entwaffnung. Die Schweiz hat aus ihrer humanitären Gesinnung gegenüber allen Unglücklichen nie ein Hehl gemacht. Für uns waren die Truppenteile, die Einlass in unser Land begehrten erst Gegenstand der Hilfsbereitschaft, nachdem sie die Waffen niedergelegt hatten.“

³⁰⁴ Vaterland, 16.1.41: „Heimschaffung französischer Internierter“ (Hervorhebung im Original).

³⁰⁵ Tages-Anzeiger, 17.1.41: „Die Heimschaffung der französischen Internierten“.

³⁰⁶ Tagwacht, 16.1.41: „Bundesrat muss Kriegsmaterial ausliefern. Die französischen Internierten kehren heim.“

³⁰⁷ Tagwacht, 19.9.40: „Die Affäre Pilet“.

³⁰⁸ Tagwacht, 18.1.41: „Me sött dr Pilet goh la“

³⁰⁹ Tagwacht, 21.1.41: „So geht es nicht weiter, Herr Pilet“.

³¹⁰ Tagwacht, 22. 1. 41: „Was nicht gefragt wurde...“.

³¹¹ Sentinelle, 17.1.1941: „UNE GROSSE AFFAIRE. Notre neutralité est-elle ainsi respectée? M. Pilet-Golaz de nouveau sur la sellette“.

Rückführung der internierten Franzosen und der Übergabe ihres Kriegsmaterials ist dem *Journal de Genève* Anlass zu einem klärenden Kommentar („certain nombre d'éclaircissements et de commentaires“): Nach der Bestätigung des „accord de principe“ zwischen Deutschland und Frankreich im Dezember 1940 sei dessen Realisierung nur noch von der Schweiz abhängig gewesen. Die Internierung von 40'000 Mann habe militärische (durch die Bewachung), ökonomische und finanzielle (durch die Ernährung von 40'000 zusätzlichen Mündern) Probleme geschaffen; aber auch Probleme „d'ordre moral enfin, par les contacts journaliers qui s'étaient établis entre la population civile et les internés.“ Daraus folgert das Blatt: „Notre intérêt évident consistait à faciliter le rapatriement de nos hôtes malgré eux. Mais des raisons plus hautes militaient en faveur de l'application la plus prompte possible de la convention franco-allemande. L'humanité exige que ces demi-prisonniers soient rendus à leurs familles, à leur milieu. Dans la détresse où se débat la France, quelques dizaines de milliers de bras seront les bienvenus en ce pays pour le travail qui attend“. In einem weiteren Artikel relativiert das *Journal de Genève* die Bedeutung des - „à la demande de la France“ - an Deutschland ausgelieferten Kriegsmaterials.³¹² Ebenfalls im Gegensatz zur *Liberté* und zu den bürgerlichen Blättern der Deutschschweiz greift das *Journal de Genève* die Kritik an Pilet-Golaz in den sozialdemokratischen Organen auf und wertet sie als „méchante querelle“. Im Ton einer Kriegsberichterstattung werden das Feld und die Angreifer definiert: „Le champ de bataille choisi est la question du rapatriement des internés français. Les troupes mobilisées sont la vieille garde socialiste, avec ses journaux *Volksrecht* et *Tagwacht*, certains contingents détachés de l'aile gauche radicale, des *condottieri* de presse toujours disponibles, quand un mauvais coup doit être tenté, et, en pointe d'avant-garde, le nouveau quotidien illustré de Suisse allemande, *Actualis*.“³¹³ Zudem habe sich der Kampagne auch die *Tat* angeschlossen.³¹⁴ In seinem „extrem angriffigen“ Artikel („extrêmement violent“), versuche Bartel den Rücktritt des Chefs des politischen Departements zu erzwingen und die Realisierung des franko-deutschen Vertrags als seine alleinige Entscheidung und nicht diejenige des Gesamtbundesrats darzustellen. In der Genfer Tageszeitung wird die Artikelserie als Teil einer Kampagne der „éternels opposants“ dargestellt. Den Beteiligten werden innenpolitische³¹⁵ oder ökonomische³¹⁶ Beweggründe unterstellt.

Zusammenfassend lässt die Berichterstattung über die französischen und polnischen Internierten als stark durch Ereignisse bestimmt definieren. Es dominieren Agenturmeldungen, deskriptive Artikel und an „human-interest“ Themen orientierte Reportagen. Eine politische Reflexion fehlt. Selbst die Skandalisierung Pilet-Golaz' durch die *Tagwacht* und die *Sentinelle* findet nur im *Journal de Genève* Resonanz, obwohl die Zensur bewusst –

³¹² *Journal de Genève*, 17.1.41: „Les internés français vont être rapatriés“.

³¹³ In Abweichung von der „Praxis der Romandie“ erwähnt das *Journal de Genève* den militärischen Titel (Oberstleutnant) des Chefredakteurs von *Actualis*, Bartell, weil „celui-ci est constamment rappelé par les ex-antimilitaristes de l'extrême-gauche, tout heureux de voir un officier supérieur collaborer à leurs manoeuvres.“ (*Journal de Genève*, 22.1.41: „Une méchante querelle“).

³¹⁴ „Mais, en occurrence, personne ne s'étonnera de voir, dans la *Tat* de lundi, M. Duttweiler s'associer à la venimeuse campagne[...]“.

³¹⁵ „Ils se rattachent à ce groupe sans responsabilités qui cherche constamment à satisfaire ses ambitions et ses rancunes de politique intérieure, fût-ce au détriment de nos intérêts internationaux.“.

³¹⁶ „[...] ou pour assurer le lancement d'un journal nouveau-né.“

wenn auch nur für eine Woche – eine solche Debatte ermöglicht. Den Zeitungen in der Deutschschweiz und der Romandie gilt die Internierung als gelungener Beweis der aktiven und bewaffneten Neutralität und der humanitären Tradition, die sich in der spontanen Hilfsbereitschaft der Bevölkerung manifestiert. Generell wird die Beziehung zu den Internierten als unproblematisch dargestellt. Sie sei von Hilfsbereitschaft und Solidarität auf schweizerischer und Dankbarkeit auf französischer Seite geprägt. Abweichend von den anderen Zeitungen deuten die sozialdemokratischen Organe *Tagwacht* und *Sentinelles* die Übergabe des Kriegsmaterials an Deutschland als Ausdruck einer defaitistischen Politik des Bundesrates; der *Corriere* und das *Journal de Genève* beurteilen diese Kritik als Teil einer linken Pressekampagne.

5.3 Die „Flüchtlingsdiskussion“ 1942

Die Mitte August 1942 überraschend einsetzende, intensive Diskussion der schweizerischen Flüchtlingspolitik bildet sowohl in quantitativer wie auch in qualitativer Hinsicht den Höhepunkt des Flüchtlingsdiskurses im untersuchten Zeitraum. Die Diskussion durchläuft drei Phasen: In einer ersten Phase wird die humanitäre Tradition der Schweiz mit der Rückweisungspraxis gegenüber den jüdischen Flüchtlingen aus Holland, Belgien und Frankreich kontrastiert. Dadurch erfährt das auf die humanitäre Tradition rekurrierende Selbstverständnis der Schweiz, das sich am Beispiel der in der ersten Jahreshälfte breit dargestellten und diskutierten Kinderhilfe³¹⁷ eben noch als unproblematisch und konsensfähig deuten liess, eine starke Erschütterung. In einer heftigen öffentlichen Kontroverse wird erstmals der politische Handlungsspielraum – und damit auch die Politik des Bundesrates – von *allen* Zeitungen in Frage gestellt. Die humanitäre Tradition erhält eine politische Konnotation und wird als Gegenpol zur „Staatsraison“ thematisiert, wobei die Zeitungen die Spannung zwischen diesen beiden Polen unterschiedlich stark gewichten. Die zweite Phase ist geprägt durch Berichte und Kommentare zu den bundesrätlichen Reaktionen auf die massive öffentliche Kritik. Höhepunkt dieser Phase ist die Berichterstattung über die Nationalratsdebatte; danach scheint für alle Zeitungen ein Ausgleich zwischen „Staatsraison und Menschlichkeit“ gefunden. Die Berichterstattung verliert an politischer Brisanz und an Intensität, und das Interesse verschiebt sich auf „humanitäre“ Fragen. Im Zentrum der Berichterstattung stehen nun einerseits die erfolgreiche Sammlung für die Flüchtlingshilfe und andererseits die Situation der Flüchtlinge in den Lagern.

Aufhänger dieser öffentlichen Kontroverse um die schweizerische Flüchtlingspolitik ist die verstärkte Flucht holländischer, belgischer und französischer Flüchtlinge – zumeist Juden – in die Schweiz und ihre Rückweisung gemäss des am 17. Oktober 1939 erlassenen Bundesratsbeschlusses. Die Berichterstattung in der Deutschschweiz beginnt mit je einem Artikel in der *Tagwacht*³¹⁸ und im *Tages-Anzeiger*³¹⁹, die sich beide auf einen Bericht

³¹⁷ Vgl. Kap. 5.3.

³¹⁸ *Tagwacht*, 19.8.42: „Ist das nicht zu vermeiden?“.

³¹⁹ *Tages-Anzeiger*, 20.8.42: „Flüchtlinge aus Frankreich“.

in der *Sentinelle* stützen. Diese hatte am 17. August 1942 die „Rückschaffungspraxis“ publik gemacht und mit deutlichen Worten verurteilt:

„Depuis deux jours, les douaniers et la gendarmerie refoulent les réfugiées qui sont arrivés en très grand nombre à nos frontières depuis certaines rafles en France et en Belgique. Toutes nos prisons sont pleines. La Police fédérale des étrangers a pris cette mesure dramatique - et qui nous révolte malgré tout - en face d'une sorte d'invasion. Ainsi, des centaines et des centaines de pauvres diables qui croyaient trouver chez nous le salut, après avoir enduré d'indicibles angoisses, sont renvoyés en enfer. Pour d'aucuns, c'est la mort.

Nous disons notre indignation, voire même notre colère! Un peuple, même s'il souffre de quelques restrictions et privations, se déshonore s'il ne sait pas accueillir chez lui des hommes, des femmes, des enfants, que la persécution et les pires tourments menacent. Comme nous voilà loin de l'époque où nous accueillions les réfugiés chassés chez nous par la révocation de l'édit de Nantes. Si nous ne savons plus être pitoyables pour une simple raison alimentaire, nous ne sommes plus dignes de notre passé ni de notre réputation de pays hospitalier. Quelle misère, quelle malédiction.³²⁰

In rascher Folge erscheinen nun Agenturmeldungen, Artikel und Aufrufe, welche die aktuelle Rückweisungspraxis vor dem Hintergrund des Selbstbildes einer humanitären Schweiz thematisieren. Diese Kommunikationsverdichtung wird von den Zeitungen als eigentliche „Protestwelle“ wahrgenommen. Charakteristisch für die kurze Phase Ende August, in der die Flüchtlingspolitik erstmals zum Gegenstand einer breiten öffentlichen Kontroverse wird, ist die starke wechselseitige Bezugnahme der Zeitungen. Artikel zu Flüchtlingsfragen aus anderen Zeitungen werden ausgiebig zitiert und kommentiert.³²¹ Darüber hinaus thematisieren alle Zeitungen die Öffentlichkeit in ihrer Funktion als Kontrollsystem der Demokratie.³²² Schon nach wenigen Tagen kann der *Tages-Anzeiger* festhalten: „Trotz Krieg und Einschränkung der Pressefreiheit hat sich gerade in diesen Tagen die Macht der freien Meinungsäusserung und der öffentlichen Kritik an staatlichen Massnahmen gezeigt“.³²³ Dieses Selbstverständnis wird von den bürgerlichen Zeitungen geteilt. Auch sie benutzen ein Deutungsmuster, das die öffentliche Meinung – und mit ihr die Medien – in Opposition zu den der Staatsraison verpflichteten Behörden stellt.³²⁴ Den-

³²⁰ *Sentinelle*, 17.8.1942: „Refoulés“.

³²¹ So kritisiert beispielsweise die Tagwacht am 22. August 1942 zwei Einsendungen im Bund und in den Basler Nachrichten, um dann in einem weiteren Artikel befriedigt festzuhalten, dass auch die Basler Nachrichten mittlerweile ihre Position geändert hätten und einen weiteren Artikel dieser Zeitung zur Untermauerung der eigenen Position zu zitieren.

³²² „Die öffentliche Meinung, dieses sensibelste Kontrollsystem in einer Demokratie, hat sich entrüstet gegen die verschärften Praktiken der polizeilichen Flüchtlingsbehandlung aufgelehnt und unter ihrem Druck ist nun vorerst das Schlimmste von den verfolgten Unglücklichen abgewendet worden“ (Tagwacht, 28.8.42. Es handelt sich bezeichnenderweise wiederum um ein Zitat aus dem Luzerner Tagblatt).

³²³ *Tages-Anzeiger*, 31.8.42: „Abklärung in der Flüchtlingsfrage“.

³²⁴ Dies nimmt schon die Tagwacht so wahr und deutet es unter parteipolitischen Gesichtspunkten folgendermassen: „Es freut uns, dass diesmal, da es sich zur Hauptsache um Juden, zum Teil von Rang und Namen handelte, die bürgerliche Presse voranging und bedauern nur [sic!], dass der gleiche Eifer nicht bei allen Blättern vorhanden war, als der grosse Flüchtlingsstrom aus Deutschland und Österreich noch von vielen Sozialisten und Kommunisten durchgesetzt war.“

noch gibt es klare Unterschiede in der Akzentuierung der Differenz zwischen öffentlicher Meinung und Staatsraison. Das *Vaterland* und die *Neue Zürcher Zeitung* sind bemüht, den auch von ihnen konstatierten Unterschied argumentativ und appellativ zu verringern.

„In der Öffentlichkeit ist sicher der Wunsch weit verbreitet, dass die Behörden auf die schiffbrüchigen Menschen, die die Misere der Kriegszeit nach der Schweiz verschlagen hat, soweit als möglich Rücksicht nehmen. Dagegen wäre es verfehlt, ihnen bei der Erfüllung der undankbaren, aber notwendigen Aufgabe, die Interessen der Staatsraison zu wahren und für eine wirksame Kontrolle der Zustände an der Landesgrenze zu sorgen, in den Arm zu fallen.“³²⁵

Indem die euphemistische Metaphorik der *Neuen Zürcher Zeitung* sowohl die jüdischen Flüchtlinge nicht als solche benennt als auch ihre Fluchtgründe unterschlägt, trägt sie bei zur diskursiven Entschärfung des Problems. In einem weiteren Artikel auf der Frontseite ruft die *Neue Zürcher Zeitung* zur Überwindung des Gegensatzes zwischen „amtlicher“ und „nichtamtlicher Schweiz“ auf. In zurückhaltender Kritik an der behördlichen Praxis fordert sie, die öffentliche Meinung solle „nicht mehr durch Berichte über Einzelfälle aus der Praxis des Niederlassungs- und Asylrechts schockiert werden, in denen das ‘kälteste aller kalten Ungeheuer’, der Paragraph, einen restlosen Sieg über das ihm entgegenstehende Gebot der einfachen Menschlichkeit davongetragen hat.“³²⁶ Die aufgrund der Verordnung über Flüchtlinge aus Rassegründen systematische Rückweisung jüdischer Flüchtlinge wird in der Argumentation zum Einzelfall, für den nicht die politischen Entscheidungsträger sondern nachgeordnete Instanzen der Verwaltung die Verantwortung tragen. Damit wird die Konzession an die „Beunruhigung der Öffentlichkeit“ zum symbolischen Akt. Dementsprechend hält es die *Neue Zürcher Zeitung* auch für verfehlt, den Behörden „bei der Erfüllung der undankbaren, aber notwendigen Aufgabe, die Interessen der Staatsraison zu wahren und für eine wirksame Kontrolle der Zustände an der Landesgrenze zu sorgen, in den Arm zu fallen.“³²⁷ Ähnlich argumentiert auch Karl Wick in einem Leitartikel im *Vaterland*.³²⁸

Betont kritisch äussert sich hingegen die *Tagwacht* zu den Massnahmen der Behörden.³²⁹ Nur leicht verklausuliert fordert sie den Rücktritt des desavouierten Chefs der Eidgenössischen Fremdenpolizei: „Herr Dr. Rothmund war der Schlechteste nicht, aber Machtfülle und Gewohnheit können das beste Herz versteinern, von Zeit zu Zeit muss warmes Blut neu hinzukommen.“³³⁰ Bundesrat von Steigers berühmtes Bild vom „schon stark besetzte(n) Rettungsboot mit beschränktem Fassungsvermögen und ebenso beschränkten Vorräten“ kommentiert die *Tagwacht* mit einem Bericht über eine besonders grausame,

³²⁵ NZZ, 23.8.42: „Flüchtlinge in der Schweiz. Neue Massnahmen der Bundesbehörden“.

³²⁶ NZZ, 25.8.42: „Die Flüchtlingsfrage“.

³²⁷ NZZ, 23.8.42: „Flüchtlinge in der Schweiz – Neue Massnahmen der Bundesbehörden“.

³²⁸ *Vaterland*, 26.8.42: „Grenzen der christlichen Nächstenliebe?“.

³²⁹ Diese Infragestellung zeigt sich schon in der Titelseizung z.B.: „Ist das nicht zu vermeiden“ (19.8.42); „Muss das wirklich sein? – Die amtliche Begründung der Massnahmen“ (22.8.42) oder „Billigt das das Schweizervolk?“ (25.8.42).

³³⁰ *Tagwacht*, 28.8.42: „Asylrecht und Flüchtlingseleid“.

von Antisemitismus geprägte Rückschaffung jüdischer Flüchtlinge durch lokale Behörden.³³¹ Ja selbst Argumente, die vordem noch zur Begründung der Vorstellung vom „Transitland Schweiz“ dienten, werden nun entwertet. „Weder die innere Sicherheit des Landes, noch die Ernährungslage oder gar aussenpolitische Rücksichten können hier, wo es sich um vornehmste Traditionen unseres Landes handelt, angerufen werden“.³³² Im Zug einer allgemein kritischeren Haltung gegenüber der Flüchtlingspolitik der Behörden greift die *Tagwacht* sogar Gerüchte auf, wonach im Lager Witzwil „Internierte unter der steten Drohung des An-die-Wand-gestellt-Werdens unzureichend ernährt, beschimpft, zuweilen geprügelt, wegen geringfügigen Verfehlungen diszipliniert, mit Bunker, Dunkelarrest, Entzug der Nahrung gebüsst“ würden und verlangt eine Abklärung dieser Vorwürfe.³³³

Diese breite, auf eine empörte öffentliche Meinung rekurrierende Kritik muss im Kontext der vorgängigen Berichterstattung über die Schweizerische Kinderhilfe gesehen werden. Seit Beginn des Jahres wurde die Kinderhilfe in den Medien mit hoher Regelmässigkeit zum sichtbarsten Ausdruck der humanitären Tradition und Verpflichtung der Schweiz erklärt. Entsprechend wird denn auch in der Auseinandersetzung über die Rückschaffung auf die Kinderhilfe verwiesen.³³⁴

So fordert unter anderem die *Tagwacht*: „Die Behörden müssen bei der Behandlung des Flüchtlingsproblems nicht nur an das Heute, sondern viel mehr an das denken, was Morgen sein wird. Die Kinderhilfsaktion zeitigt gute Früchte. Man darf aber nicht die Eltern verderben lassen.“³³⁵

In diesem Kontext affiziert die Kritik an der Flüchtlingspolitik der Behörden auch die Einschätzung der Flüchtlingsbewegung. Im Gegensatz zu den Jahren 1938 und 1939 verliert die Metaphorik vom Flüchtlingsstrom ihren evidenten Charakter. Zwar findet sie sich noch im *Vaterland*³³⁶ und im *Tages-Anzeiger*³³⁷, doch wird sie nun zumindest vereinzelt in Frage gestellt. Die *Neue Zürcher Zeitung* hält sogar explizit fest, dass „von einer Überschwemmung der Schweiz mit Emigranten [...] kaum gesprochen werden“ kann.³³⁸ Die Thematisierung von Flüchtlingen erfolgt nun ausgeprägt mit Verweis auf ihre Not und Hilfsbedürftigkeit einerseits sowie den Fleiss und die Disziplin der Flüchtlinge andererseits.³³⁹ Zudem werden nun – zumindest in der sozialdemokratischen Presse – erstmals die Fluchtgründe breiter diskutiert und in Bezug zur schweizerischen Flüchtlingspolitik

³³¹ *Tagwacht*, 3.9.42: „Wie's im Rettungsboot zugeht“.

³³² *Tagwacht*, 21.8.42: „Menschlichkeit für Flüchtlinge“. Absolut identisch argumentiert schon einen Tag früher Hermann Böschstein in der *National-Zeitung*. Vgl. Kreis, Flüchtlingsdebatte und Zensurregime, S. 168f.

³³³ *Tagwacht*, 15.9.42: „Was ist mit Witzwil? Eine Frage, die schon längst gestellt werden müsste“. Zuvor waren diese Vorwürfe schon in einem Artikel von Pfarrer Max Gerber im *Aufbau* vom 11. September geäussert worden; kurz danach erschien der Artikel von Gerber auch im *Volksrecht*. Beide Zeitungen wurden dafür am 19. September 1942 verwarnt. Am 24. September widmete die *Nation* den Missständen in Witzwil einen ganzseitigen Artikel.

³³⁴ Vgl. *NZZ*, 31.8.42: „Die Flüchtlingsfrage“.

³³⁵ *Tagwacht*, 21.8.42: „Menschlichkeit für Flüchtlinge“.

³³⁶ *Vaterland*, s. Artikel vom 7.10.42 und 8.10.42.

³³⁷ *Tages-Anzeiger*, s. Artikel vom 21.8.42, 7.10.42, 17.10.42 und 5.11.42.

³³⁸ *NZZ*, 31.8.42: „Die Flüchtlingsfrage“.

³³⁹ Vgl. *NZZ*, 18.10.42: „Flüchtlingshilfe“.

gebracht.³⁴⁰ In einem mit „Besoin de grandeur“ betitelten Leitartikel beschreibt die *Tagwacht* Flüchtlinge als „zu Tode gehetzte Menschen“, die durch die Ausweisung „der sicheren Vernichtung anheimgegeben werden“.³⁴¹ Und in einem weiteren Artikel lässt sie Flüchtlinge selbst schildern, „warum und wie sie kommen“.³⁴²

Die Kritik an den Rückweisungen und die anwaltschaftliche Fokussierung auf die „Flüchtlinge“ macht im September 1942 einer verstärkten Berichterstattung über die bundesrätlichen Positionen Platz. Auftakt ist die Pressekonferenz Bundesrat von Steigers, über die alle Zeitungen am 31. August berichten. Die *Neue Zürcher Zeitung* sieht sich in ihrer vermittelnden Position durch die „in deutlicher und würdiger Sprache gehaltene Mitteilung“ von Steigers bestärkt. Es werde die öffentliche Meinung beruhigen, dass die „massenweise Abschiebung von Flüchtlingen“ nicht in Frage komme.³⁴³ Tatsächlich nimmt nach der Pressekonferenz des Bundesrates, in der er Konsensorientierung signalisiert, ohne in wesentlichen Punkten von der bisherigen Flüchtlingspolitik abzuweichen,³⁴⁴ die Kritik der veröffentlichten Meinung deutlich ab.³⁴⁵ Die Erklärung von Steigers vor dem Nationalrat und die folgende Ratsdebatte wird in der bürgerlichen Presse befriedigt und in der *Tagwacht* kommentarlos dargestellt. Für die *Neue Zürcher Zeitung* und das *Vaterland* ist mit dieser Erklärung der Gegensatz zwischen der Einstellung des Bundesrates und der Haltung des Schweizervolkes überwunden. Die Änderung des Bundesratsbeschlusses ist allen Blättern nur noch eine unkommentierte Agenturmeldung wert.

In der Folge überwiegen bis Ende Jahr Artikel und Appelle zur grossen Sammlung der Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingshilfe sowie „Tatsachenberichte“ zum Schicksal einzelner aufgenommenen Flüchtlinge. Dieser humanitäre Diskurs kann nun wieder irritationslos an das Deutungsmuster der vom Krieg verschonten, humanitären Schweiz anknüpfen. Die Schweiz vermag das Elend dieses Krieges „mit dem besten Willen bloss zu einem sehr geringen Teil“ zu lindern. „Ihr bleibt nur die Wahl, aus einem tiefen Mitgefühl für die leidenden Mitmenschen heraus ungesäumt das Möglichste zu tun und auf diese Weise dem gütigen Geschick zu danken, das sie bis jetzt geschont hat“.³⁴⁶

Auch in der Romandie löst die Rückweisung von Flüchtlingen eine umfangreiche Presse-debatte aus. Allerdings beginnt diese in der Romandie weit zögerlicher als in der Deutschschweiz. Eine Woche nachdem die *Sentinelle* mit ihrem Bericht vom 17. August 1942 die Rückweisungspraxis publik macht, vermeldet die *Liberté* die Verschärfung der Einreisepolitik.³⁴⁷ Und erst Ende August reagieren beide bürgerlichen Blätter mit Eigenleistungen auf die in der Deutschschweiz schon früher einsetzende Flüchtlingskontroverse.³⁴⁸ Dabei erklären sowohl die *Liberté* als auch das *Journal de Genève* die Ver-

³⁴⁰ Parallel zur Diskussion der schweizerischen Flüchtlingspolitik erscheinen wie schon 1938 eine vergleichsweise grosse Zahl von Artikeln über die Deportationen aus Frankreich.

³⁴¹ Tagwacht, 26.8.42: „Besoin de grandeur“.

³⁴² Tagwacht, 27.8.42: „Die Flüchtlinge. Warum und wie sie kommen“.

³⁴³ NZZ, 31.8.42: „Die Flüchtlingsfrage“.

³⁴⁴ Zu den wichtigsten Argumentationslinien des amtlichen Communiqués, vgl. Kreis, Flüchtlingsdebatte und Zensurregime, S. 172.

³⁴⁵ Zu den Auswirkungen der medialen Flüchtlingsdiskurses auf die Flüchtlingspolitik vgl. Kap. 7.1.4.

³⁴⁶ NZZ, 10.10.42: „Sammlung für die Flüchtlingshilfe“.

³⁴⁷ Liberté, 25.8.42: „L'afflux des réfugiés des pays occupés“.

³⁴⁸ Liberté, 26.8.42: „Le refoulement des fugitifs à la frontière“; Journal de Genève, 27.8.42: „Droit d'asile“.

schärfung als dissuasive Massnahme, die vorerst die Bewohner Belgiens und Hollands – darunter auch einige Juden – betreffe.³⁴⁹ Beide Blätter unterscheiden zwischen den menschlichen Gefühlen der Bevölkerung, die sich an Einzelschicksalen orientiere und der Vernunft und der höheren Einsicht in die Problematik, wie sie der Bundesrat habe, der den höheren Interessen des Staates verpflichtet sei. Das Gegensatzpaar „Gefühl – Vernunft“ wird vor allem in Artikeln des *Journal de Genève* diverse Male angerufen. Forderungen nach einer offeneren Grenze werden als unvernünftig bzw. übermässig gefühlsbetont zurückgewiesen.³⁵⁰ Auch die *Liberté* macht diesen Unterschied, äussert aber mehr Verständnis für die in Teilen der Bevölkerung geäusserte Kritik: „L’opinion publique envisage le problème du côté humain et sentimental, tandis que les pouvoirs publics invoquent l’intérêt supérieur de l’Etat.“ Neben der Staatsraison gebe es aber humanitäre Gründe, die nahelegen, das Gesetz mit Milde („mansuétude“) zu praktizieren. Es gelte dabei, zwischen Flüchtlingen, die sich ohne zwingende Gründe einschmuggelten („qui pénètrent en fraude chez nous“) und „echten Flüchtlingen“ zu unterscheiden.³⁵¹

Ganz anders argumentiert die *Sentinelle*. Die Fluchtgründe stehen für das sozialdemokratische Blatt ausser Frage, und auch die Argumente für eine restriktive Aufnahmepraxis lässt das Blatt nicht gelten:

„La guerre a créé pour la Suisse une situation d’une extrême délicatesse, périlleuse même à certains égards. Nos autorités fédérales sont appelées à résoudre des problèmes hérissés de difficultés. Il serait injuste de n’en pas tenir compte. Il y a cependant des limites qui ne sauraient être franchies sans que notre dignité ne soit atteinte, sans que l’on aboutisse à une véritable faillite morale. [...] Que notre gouvernement soit contraint d’être neutre, cela se conçoit. Mais nul ni rien ne saurait le justifier quand il devient inhumain. Or, la mesure dont nous parlons est une mesure inhumaine. C’est une tache à notre écusson, je veux dire à la dignité de notre nation. Les préoccupations d’ordre matériel qu’évoquent les fonctionnaires responsables de cette erreur impardonnable ne sauraient être retenues. Un peuple de quatre millions d’habitants, même en des temps de restrictions alimentaires, ne saurait fermer ses portes à quelques dizaines de milliers de fugitifs guettés par les pires souffrances et même par la mort.

Nous disons toute notre douleur et toute notre indignation. Nous demandons au Conseil fédéral d’effacer cette tache à notre écusson, de nous rendre notre fierté d’appartenir à une démocratie mettant au premier plan de ses tâches la défense des meilleures valeurs humaines.“³⁵²

Auf diese Forderung nach einer humanen Asylpolitik reagiert der Berner Korrespondent des *Journal de Genève* ablehnend. Während die *Liberté* den Kritikern der schweizerischen Asylpraxis zumindest edle Motive attestiert, erscheinen sie im *Journal de Genève*

³⁴⁹ Wörtlich schreibt die *Liberté* von „habitants de Belgique et de Holland, parmi lesquels un certain nombre de juifs“. *Liberté*, 26.8.42: „Le refoulement des fugitifs à la frontière“.

³⁵⁰ *Journal de Genève*, 27.8.42: „Le droit d’asile“; 5.10.42: „Humanité et sécurité“.

³⁵¹ *Liberté*, 26.8.42: „Le refoulement des fugitifs à la frontière“.

³⁵² *Sentinelle*, 24.8.42: „Une tache à l’écusson“.

als schlicht unvernünftig. Die Argumentationsfigur des Widerstreits zwischen humanitären Gefühlen und der Staatsraison aufgreifend, betont Pierre Béguin in einem Leitartikel die Notwendigkeit, eine destabilisierend wirkende Überfremdung der Schweiz („surpopulation étrangère“) zu vermeiden:

„C'est le lieu de poser clairement la question qui domine tout le débat: est-il conforme à l'intérêt national d'encourager par des tolérances illimitées, l'établissement sur notre territoire de tous ceux que les pays voisins rejettent de leur sein? On ferait bien d'y songer un peu dans les milieux où la réflexion ne tient pas la balance des sentiments.“

Aber auch Béguin plädiert für ein Non-refoulement der „politischen Flüchtlinge“ und für die Ausdehnung des Begriffs „à ceux qui sont persécuté pour des autres motifs“: „Elle [la tradition] nous commande de ne pas restituer aux autorités qu'ils fuient les réfugiés que leurs opinions, leur idéal, leur religion ou leur origine vouent à un sort digne de pitié.“ Dies betrifft jedoch lediglich diejenigen, die sich bereits im Land befinden. Damit bewegt sich das Genfer Blatt exakt auf der Argumentationslinie des Bundesrates. Durch den Hinweis, dass die Sorge des Bundesrats in erster Linie den schon beherbergten Flüchtlingen gelte, wird der Metapher vom „vollen Boot“ eine humanitäre Bedeutung verliehen: „Que l'on ferme les portes, chacun le comprend. Mais il est un sens où elles ne doivent pas se rouvrir pour ceux qui les ont déjà passées.“³⁵³

Wenig Verständnis kann das *Journal de Genève* den Aufwallungen der öffentlichen Meinung entgegenbringen. Die öffentliche Meinung folge gerne denjenigen, die es ablehnen, dass „la froide raison tienne en échec les plus beaux mouvements du coeur“. Eine verantwortungsvolle Regierung dürfe sich jedoch nicht auf dieses abschüssige Terrain begeben. „Il est donc indispensable d'élever un barrage et l'application stricte d'une loi vieille de trois années ne devrait pas soulever une tempête d'indignation.“³⁵⁴ Mehr Verständnis manifestiert die *Liberté*:

„Ces jours derniers, l'opinion publique suisse s'est vivement émue en apprenant que, aggravant tout à coup les règles établies, la police fédérale avait donné des ordres stricts pour que les personnes qui avaient réussi à franchir clandestinement notre frontière du nord-ouest fussent refoulées dans les pays d'où elles venaient.[...] Notre peuple repugne à la pensée que des gens qui se trouvent en danger véritable dans leur pays et viennent chez nous chercher la sécurité soient renvoyés chez eux et livrés, le cas échéant, à des représailles pour leur fuite. C'est là une perspective que nous est proprement insupportable.“³⁵⁵

Indem sie die Rückweisungen als plötzliche Verschärfung der Asylpraxis und nicht als grundlegendes Problem der Asylpolitik interpretiert, kann sie sich auch mit den Zuge-

³⁵³ Journal de Genève, 27.8.42: „Droit d'asile“.

³⁵⁴ Journal de Genève, 27.8.42: „Droit d'asile“.

³⁵⁵ Liberté, 26.8.42: „Le refoulement des fugitifs à la frontière“.

ständnissen des Bundesrates vollauf zufrieden erklären.³⁵⁶ Nach der bundesrätlichen Erklärung bricht auch in der Romandie – selbst in den Spalten der *Sentinelles* – die Debatte ab.³⁵⁷

Die Asyldebatte im Nationalrat gibt die *Sentinelles* unkommentiert wieder. Das *Journal de Genève* druckt die Erklärung Bundesrat von Steigers in direkter Rede. Die redaktionelle Leistung des Blattes beschränkt sich auf die Beschreibung der Reaktion der Parlamentarier, welche den Ausführungen „lebhaft applaudiert“ hätten. Mehr journalistische Aufbereitung erfährt die Debatte am folgenden Tag. Voten gegen eine restriktive Flüchtlingspolitik werden unter dem Zwischentitel „Voix socialistes“ zusammengefasst. Dem freisinnigen Nationalrat Ludwig Rittmeyer, der mit der Aussage, ein Volk von vier Millionen Einwohnern könne ohne Mühe 9'000 Flüchtlinge aufnehmen, unter besagtem Zwischentitel zitiert wird, attestiert der Korrespondent Uneinsichtigkeit.³⁵⁸ Mehr Raum erhalten die den Bundesrat unterstützenden Sprecher, wobei vor allem die beiden frankophonen Liberalen Vodoz und Haldenwang zu Wort kommen werden. Es gelte, dem Bundesrat zu vertrauen, damit er das Asylrecht in völliger Unabhängigkeit ausüben und das nationale Interesse strikt bewahren könne, wird Haldenwang zitiert.³⁵⁹ In der Folge wird im *Journal de Genève* ein einziges Mal konkret auf die Debatte zurückgegriffen: Dabei wird die Problemstellung zwischen humanitärer Pflicht und der Wahrung der Sicherheit des Landes von der Asylfrage auf Spionage und Landesverrat erweitert.³⁶⁰

Auch die *Liberté* beschränkt sich vorerst auf den Abdruck der Rede von Steigers³⁶¹ und einen Tag später auf die Zusammenfassung der Voten der Fraktionen und Parlamentarier.³⁶² Eine redaktionelle Bearbeitung der Ansprache von Steigers und der Debatte folgt dann am dritten Tag: Mit der Rede von Steigers und den „correctifs apportés à la procédure [an der Grenze]“ sei die „affaire des réfugiés“ eigentlich bereits geregelt gewesen, „mais elle a fait un tel bruit dans le pays que le gouvernement a jugé bon d'en saisir le Conseil national, afin de lui donner l'occasion de faire entendre la voix du peuple.“ Die Debatte habe gezeigt, dass es einen „abcès à vider“ gegeben hätte. Auch in diesem Artikel unterscheidet die *Liberté* zwischen der moralischen und humanitären Wunschvorstellung der Bevölkerung und dem Realitätssinn der Regierung:

„Certes, l'idéal serait de pouvoir recevoir tous les persécutés. Mais la politique, hélas! se meut dans les limites du possible et du concret, où les élans du cœur se tempèrent des exigences de la réalité. Il est beau de voir l'opinion publique s'émouvoir pour une noble cause. Mais l'Etat ne voit qu'une chose: le bien supérieur du Pays, dont il a la garde. Il recevra des réfugiés tant que cela ne nuira pas au pays. Ils les refusera le jour où le pays pourrait en pâtir.“³⁶³

³⁵⁶ Ebenda.

³⁵⁷ Ebenda.

³⁵⁸ „Il [Rittmeyer] n'accepte aucun argument du gouvernement“.

³⁵⁹ *Journal de Genève*, 24.9.42: „La journée parlementaire – Le sort des réfugiés“.

³⁶⁰ *Journal de Genève*, 5.10.42: „Humanité et sécurité“.

³⁶¹ *Liberté*, 23.9.42: „La question des réfugiés au Conseil national“.

³⁶² *Liberté*, 24.9.42: „La session fédérale“.

³⁶³ *Liberté*, 25.9.42: „La session parlementaire“.

Die erneute Zunahme der Flüchtlinge („l'afflux des fugitifs grossit de nouveau“) im Oktober führt die *Liberté* auf die neuen, abgeschwächten Massnahmen zurück: „La nouvelle d'un adoucissement des dispositions n'y est probablement pas étrangère.“³⁶⁴ Mit der Übernahme eines Spendenaufrufs des Bischofs Besson aus der „Semaine catholique“ geht die *Liberté* ein letztes Mal auf die Flüchtlingsdiskussion ein. Die Zahl der Flüchtlinge und der Charakter einiger von ihnen zeigten, dass die Regierung recht habe, „de ne point pratiquer sans discernement la politique de la porte ouverte et de prendre toutes les mesures utiles qu'exige le bien du pays.“³⁶⁵

Zur Legitimierung der Asylpolitik geht die *Liberté* auf zwei beinahe gleichzeitig publizierte Kritiken aus Deutschland und Grossbritannien ein. Das katholische Blatt sieht den Kurs der Regierung bestätigt, wenn sich einerseits deutsche Zeitungen über die zu offene Flüchtlingspolitik der Schweiz beschwerten,³⁶⁶ und andererseits eine jüdische Publikation aus Grossbritannien die Behandlung jüdischer Flüchtlinge durch die Schweiz kritisiert:³⁶⁷ „Ces accusations contradictoires montrent que le Conseil fédéral a choisi la bonne voie, celle du juste milieu.“ Gegenüber der deutschen Kritik betont die Zeitung, dass die Flüchtlinge eine schwere Last seien und bis zu einem bestimmten Punkt auch eine Gefahr darstellten, deshalb müsse auch niemand befürchten „que nous dépassions les limites“. Vor allem aber sei ihnen Propaganda untersagt und in den Lagern könnten sie auch keine politische Aktivität entfalten. Der britischen Zeitung antwortet die *Liberté* knapp, dass die „fugitifs internés“ mit Humanität behandelt würden.

Zwischen die ersten Berichte über die Rückweisung und die parlamentarische Debatte finden sich in allen drei Zeitungen der Romandie auch Nachrichten über Massenverhaftungen von Juden in Frankreich. Mit dem Bekanntwerden der Razzien in Paris verstärkt sich die Flüchtlingsdiskussion, insbesondere in der *Liberté*. Explizit nimmt die *Liberté* bei der ersten Erwähnung des Zusammenpferchens („entasser“) von Juden im Pariser Vélodrome d'Hiver bezug auf das „Aufwallen der öffentlichen Meinung“ in der Flüchtlingspolitik. Der Flüchtlingsandrang an der Schweizergrenze und die Fluchtgründe von jüdischen Franzosen werden hier deutlich in Beziehung gesetzt: „L'afflux des réfugiés à la frontière suisse, ces temps derniers, qui a ému l'opinion publique et causé des vifs soucis aux autorités, a été, comme on l'a dit, l'effet de mesures prises dans les pays occupés à l'égard de la population juive surtout, mesures sur lesquelles on n'avait que de vagues indications. L'agence anglaise Exchange apporte là-dessus des détails lamentables. Elle dit que, dans la nuit du 11 au 12 juillet une razzia de juifs a été opérée à Paris.“³⁶⁸ Auch danach legt die *Liberté* besonderes Gewicht auf die Veröffentlichung mehrerer Protestnoten und Kanzelbriefe des hohen französischen Klerus und fährt fort über die Ereignisse

³⁶⁴ *Liberté*, 7.10.42: „Affaires Suisses - Le problème des réfugiés“.

³⁶⁵ *Liberté*, 16.10.42: „Pour les réfugiés“.

³⁶⁶ „Certains journaux allemands lui ont fait grief de l'hospitalité qu'elle accorde aux fugitifs, notamment aux juifs, de sorte que notre pays deviendrait un 'tremplin' pour livrer assaut au Reich“ (*Liberté*, 9.12.42: „L'union nationale menacée?“).

³⁶⁷ „Mais, dans le même temps, un organe israélite édité en Angleterre critiquait la dureté avec laquelle nous traiterions les juifs réfugiés chez nous“ (*Liberté*, 9.12.42: „L'union nationale menacée?“).

³⁶⁸ *Liberté*, 8.9.42: „Des razzias de juifs en France“.

in Frankreich zu berichten.³⁶⁹ Erst einige Tage später druckt auch das *Journal de Genève* einen der bischöflichen Briefe ab und berichtet, dass „des départs on eu lieu et que d'autres vont suivre.“ Bei den „expulsés“ handle es sich um „apatrides réfugiés en France“, die in ihre Heimatländer zurückgeschickt würden. „Ces mesures, déclare-t-on en haut lieu, sont dictées par un souci de prophylaxie. Dans les sphères officielles, on voit dans ces Juifs apatrides les instigateurs du marché noir, les producteurs occultes du gaullisme et du communisme.“³⁷⁰ Mit dieser kommentarlosen Übernahme von Negativtypisierungen legitimiert das *Journal de Genève* die restriktive Flüchtlingspolitik der Schweiz zusätzlich.

In der kurzen aber intensiven Diskussion um die schweizerische Asylpraxis zwischen dem 17. und dem 31. August wird erstmals in der gesamten Medienarena der Schweiz die Berichterstattung über Verfolgung und Deportation in einen Zusammenhang mit der Flüchtlingspolitik gestellt. Nachdem jüdische Flüchtlinge lange kein Thema der Berichterstattung waren, werden in dieser Phase „Rassenflüchtlinge“ als schutzbedürftige Verfolgte beschrieben, denen Deportation und Tod droht. Die Berichterstattung zeichnet sich durch eine hohe Selbstreflexivität und wechselseitige Bezugnahme der Medien aus. Dieser Umstand wird durch die Leitmedien der Deutschschweiz und die *Sentinelle* als Beweis für die Wächterrolle der Presse gedeutet; die bürgerlichen Tageszeitungen der Romandie – insbesondere das *Journal de Genève* sehen darin hingegen „Orgien der Kritik“. Alle Zeitungen diskutieren eine Diskrepanz zwischen der Staatsraison und einer Haltung der „Menschlichkeit“, die sich auf die Grundwerte und die humanitäre Tradition der Schweiz berufen könne. Die Deutschschweizer Zeitungen und die *Liberté* verweisen bis zur bundesrätlichen Erklärung auf eine Diskrepanz zwischen der kritischen bis empörten Öffentlichkeit und den Behörden. Das *Journal de Genève* bezieht hingegen von Anfang an Stellung für die Position des Bundesrates und äussert sich kritisch gegenüber abweichenden Positionen. Letztlich geben sich alle Zeitungen mit der Erklärung des Bundesrates zufrieden. Obwohl sich an der Asylpolitik der Schweiz nichts und an der Asylpraxis nur wenig ändert, scheuen die Leitmedien der grossen politischen Milieus der Schweiz den Fundamentalkonflikt in der Asylpolitik und geben sich mit den geringfügigen Zugeständnissen des Bundesrates zufrieden. Einzige Ausnahme bildet die *Sentinelle*. Dieses Sprachrohr einer sozialistisch und/oder religiös geprägten Subkultur, die sich für eine weltoffene Schweiz in humanistischer Tradition einsetzt, thematisiert auch weiterhin die Folgen der Asylpolitik der Schweiz für die Flüchtlinge.³⁷¹ Doch finden diese verstreuten Beiträge keine Resonanz ausserhalb dieses Milieus und können so keinerlei Druck auf die politische Agenda ausüben.

³⁶⁹ *Liberté*, 8.9.42: „Les mesures contre les juifs en France“; *Liberté*, 11.9.42: „Les razzias de juifs en France“. Bemerkenswert an der Nachricht ist auch, dass sie sich nicht auf den Artikel der „*Sentinelle*“ vom 13. 8.42 stützt, sondern auf eine britische Nachrichtenagentur und, für die Noten des Klerus, möglicherweise auf kirchliche Informationskanäle. Weitere Berichte erscheinen in der *Liberté* am 14.09.42: „Un drame sanglant à l'occasion d'un exode de juifs de France“; 23.9.42: „La question juive en France“; 8.10.42: „Le lamentable exode des réfugiés de France“.

³⁷⁰ *Journal de Genève*, 14.9.42: „La question juive en France“. Vgl. auch: *Journal de Genève*, 16.9.42: „Contre les arrestations de Juifs en France occupée – Une protestations de cardinaux et archevêques“; 22.9.42: „Le protestantisme français et les déportations des réfugiés“.

³⁷¹ Vgl. *Sentinelle*, 13.3.43: „Le sort des réfugiés“; 16.8.43: „A propos des réfugiés. Une échange de lettre“.

5.4 Flüchtlinge aus Italien 1943

Im Kontext des Sturzes Mussolinis und der Besetzung Italiens durch die deutsche Armee verdichtet sich die Berichterstattung in der leitmedialen Arena der Schweiz ein viertes Mal. Im Zentrum der Aufmerksamkeit der Deutschschweizer Medien stehen einerseits die durch alliierte Noten angestossene Thematisierung der Asylunwürdigkeit und andererseits die Schilderung und Bewertung der ab September 1943 einsetzenden Flucht von rund 25'000 italienischen Militär- und Zivilpersonen über die Schweizergrenze. Doch während der Übertritt französischer und polnischer Truppen 1940 noch mit langen Reportagen bedacht wurde, schweigen sich die Zeitungen der Deutschschweiz nun zu den italienischen Flüchtlingen weitgehend aus.

Zu Beginn der leitmedialen Berichterstattung in dieser Phase richtet sich die Aufmerksamkeit vor allem auf die Frage der Asylunwürdigkeit. Dieses Thema bearbeitet die *Tagwacht* fast vollständig im Alleingang. Am 2. August druckt sie eine diplomatische Note an die Neutralen ab, die davor warnt, italienischen Kriegsverbrechern Asyl zu gewähren. In einem mit „Nicht lügen!“ betitelten Artikel mockiert sich die *Tagwacht* über die allgemeine Empörung, die über die „Missachtung der Souveränität der Neutralen“ ausgebrochen sei.³⁷² Im Gegensatz zur empörten Meinung der „gutgesinnten Presse“ stünde mit der Note der Alliierten nicht die – auch für die Tagwacht selbstverständliche – Souveränität der schweizerischen Asylgewährung zur Disposition. Vielmehr gehe es „um den praktischen Gebrauch, den wir von unserem souveränen Recht zur Asylgewährung machen. Und all die feierlichen Proteste gegen die Alliierten, die man gegenwärtig lesen kann, würden bedeutend mehr Eindruck machen, wenn wir hier, in der alltäglichen Anwendung des Asylrechts, einwandfrei dastünden“. Die *Tagwacht* kritisiert die bisherige Asylpraxis folgendermassen: „Die Schweiz hat unzählige Verfolgte, die sich in Todesnot auf ihren Boden geflüchtet hatten, wieder zurückgeschoben – ‘refoulé’ wie der technische Ausdruck lautet – und sie damit direkt in die Arme ihrer Henker getrieben.“ In den weiteren Artikeln zum Thema macht sich die *Tagwacht* dafür stark, dass die „gleiche Ungleichbehandlung der Flüchtlinge“ nun auch zu Ungunsten geflüchteter Kriegsverbrecher beibehalten werde. Die anderen untersuchten Deutschschweizer Leitmedien reagieren nicht auf die Kritik der *Tagwacht* an der schweizerischen Asylpraxis. Sie begnügen sich damit, die Note der Alliierten und die darauf folgende bundesrätliche Stellungnahme kommentarlos abzudrucken.

So wenig Echo die *Tagwacht* findet, so wenig fliesst die „Kriegsverbrecherdiskussion“ in die Berichterstattung zu den Flüchtlingen aus Italien ein, die vier Wochen später mit einer Agenturmeldung einsetzt. Die internierten Flüchtlinge aus Italien werden kaum mit redaktionellen Eigenleistungen bedacht, sondern vorwiegend in Agenturmeldungen und im Rahmen der Berichterstattung zu den eidgenössischen Räten erwähnt.

Die Empathie, mit der die Zeitungen 1940 die französischen und polnischen Internierten bedachten, ist gegenüber den italienischen Flüchtlingen nicht mehr zu beobachten. Durchwegs verwenden die *Tagwacht*, das *Vaterland*, die *Neue Zürcher Zeitung* und der *Tages-Anzeiger* Ausdrücke wie „Flüchtlingswelle“, und „Invasion“ unkommentiert. Als Ak-

³⁷² Tagwacht, 7.8.43: „Nicht lügen!“.

teure stehen den Flüchtlingen nicht mehr Privatpersonen gegenüber, sondern Kantons- und Bundesbehörden, Organe der Armee, des Grenzwachtkorps und der Polizei. Nur in den Spendeaufrufen des Roten Kreuzes und der Flüchtlingshilfe wird der humanitäre Diskurs und das Anmahnen an die „Grossherzigkeit des Schweizer Volkes“³⁷³ aufrechterhalten. Das Schweizerische Rote Kreuz unterlässt es denn auch nicht, an die Spendenfreudigkeit von 1940 zu erinnern.

Die Berichterstattung der verschiedenen Organe stimmt auch darin überein, dass die Flüchtlinge für die Schweiz eine neuerliche grosse Belastung darstellen. Neben der immer wieder thematisierten verschlechterten Ernährungslage und Problemen bei der Unterbringung wird neu auch die Gefahr der Einschleppung von Seuchen angeführt. Das „Arbeitsmarktproblem“ findet anhand einer Interpellation des sozialdemokratischen Nationalrats Grimm Eingang in die Berichterstattung. Die Interpellation fordert eine Stellungnahme zur neuerlichen „Flüchtlingswelle“ unter Anmahnung der schwierigen Verhältnisse in der Ernährungs- und Arbeitsmarktlage. Die *Neue Zürcher Zeitung* schreibt in ihrem Schlussbericht zur Session:

„Als von den Flüchtlingen gesprochen wurde, fiel es niemandem mehr ein, den Behörden einen Vorwurf daraus zu machen, dass sie beim Öffnen der Grenzen sich auch überlegen, wie die Tausende, die vielleicht erst noch kommen können, zu denen, die schon in der Schweiz sind, mit Nahrung, Unterkunft und Beschäftigung versehen werden können.“³⁷⁴

Damit greift das Blatt eine Form des Überfremdungsdiskurses wieder auf, die sich schon 1938 in der Diskussion über die Flüchtlinge aus Österreich findet und die – aufgrund der Betonung sozialer Komponenten – auch im sozialdemokratischen Milieu anschlussfähig ist. Mit dem Abschluss der National- und Ständeratsdebatte geht die ohnehin schon geringe Berichterstattung der italienischen Flüchtlinge bis auf einzelne Agenturen und Spendeaufrufe, die sich bis Mitte Oktober finden, zu Ende.

Auch in den Leitmedien der Romandie erhalten die Flüchtlinge aus Italien vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit. Anders als in der Deutschschweiz konzentriert sich die Berichterstattung zudem auf die durch die Warnungen der Alliierten ausgelöste Diskussion um die Asylgewährung. Am 31. Juli 1943 druckt die *Liberté* das „avertissement de M. Roosevelt aux neutres“ und am 2. August 1943 „l'avertissement des Alliés aux neutres“ kommentarlos ab, um am 5. August 1943 darauf zurückzukommen. Die Zeitung interpretiert die Note als weiteres Element des totalen Kriegs, der internationale Übereinkommen („plusieurs conventions et usages internationaux“) über den Haufen werfe, so auch das Recht, dem Besiegten Asyl zu gewähren. „Ce droit d'asile – droit de donner asile, entendons bien – était déjà bien branlant. Que de reproches et de menaces la presse de l'Axe n'a-t-elle pas adressés aux neutres pour avoir ouvert leurs portes à quelques milliers de malheureux proscrits.“

³⁷³ Tages-Anzeiger, 1.10.43: „Der Geist der Menschlichkeit“.

³⁷⁴ NZZ, 3.10.43: „Am Schluss der Session und der Amtsdauer“.

Auch das *Journal de Genève* besteht in einer ersten Reaktion auf die Note der Alliierten auf der Souveränität und der Selbstbehauptung gegenüber äusserem Druck:

„...on nous enjoint ni plus ni moins de porter condamnation, de participer à un châtiement, d'en rendre l'exécution possible, c'est-à-dire, en dernière analyse, de sortir des voies d'une stricte neutralité, en désignant les responsables de la guerre. [...] „Nous voulons que chacun [Alliierte und ihre Gegner] puisse compter sur notre fidélité à des principes qui sont invariables et que nous n'accommodons pas au goût des uns ou des autres. La faveur des armes n'y peut rien changer.“³⁷⁵

Am 7. August 1943 wird die Note auf der Titelseite wieder aufgenommen. Diesmal stellt die *Liberté* die Schweiz in eine Reihe mit anderen Neutralen, vor allem mit Schweden, das den Transitvertrag für deutschen Soldaten widerrief und ebenfalls von der Note betroffen sei. Auf der Basis der integralen Neutralität und der absoluten Äquidistanz zu den kriegführenden Mächten hält das Blatt selbstbewusst fest: „Les gouvernements visés savent ce qu'ils ont à faire; ils ne s'abaisseront pas à une déférence servile à l'égard des Alliés, pas plus qu'ils ne l'ont jamais fait à l'égard de l'Axe.“³⁷⁶

Am selben Tag wird knapp auf die Antwort von Pilet-Golaz an die Alliierten hingewiesen: „Il est naturel que la Suisse exercera son droit d'asile en assurant pleinement sa souveraineté et les intérêts du pays.“³⁷⁷ Die Redaktion des *Journal de Genève* fügt dem Communiqué noch eine Wertung zur „einstimmigen öffentlichen Meinung“ bei: „Sa [des Bundesrats] réponse [...] ne manquera pas d'être approuvée par notre opinion publique tout entière qui, sur ce sujet, s'est exprimée ces derniers jours avec une belle unanimité“³⁷⁸.

In der Folge greift das *Journal de Genève* eine kritische und zwei verteidigende Stimmen zur Neutralität aus der britischen *Times* auf. Unter dem Titel „La neutralité incomprise“ wird über einen Brief Lord Davies berichtet, der zum Boykott von Argentinien, der Türkei und der Schweiz aufrufe.³⁷⁹ Die Zeitung schliesst daraus, dass die Anstrengungen, der Welt die besondere Situation der Schweiz zu erklären, ihr Ziel nicht völlig erreicht hätten. „Déjà nous avons dû faire la même constatation, quand des critiques analogues nous étaient adressées par d'autres belligérants, alors victorieux.“³⁸⁰ Wie bei ähnlichen Kritiken aus dem alliierten Lager wird auch hier eine Gleichbehandlung der Kriegsgegner durch die Schweiz betont; durch die von beiden Seiten zu unterschiedlichen Zeiten erfolgten Drohungen bestätigte sich so die Richtigkeit und Konsequenz der Schweizer Politik.

Während die Warnungen der Alliierten vergleichsweise breit diskutiert werden, ist die Internierung von italienischen Soldaten kaum ein Thema in den untersuchten Zeitungen der

³⁷⁵ Journal de Genève, 4.8.43: „Droit d'asile“.

³⁷⁶ Liberté, 7.8.43: „Les neutres vont répondre aux Alliés“.

³⁷⁷ Liberté, 7.8.43: „Affaires suisses - Le Conseil fédéral et le droit d'asile“.

³⁷⁸ Journal de Genève, 8.8.43: „Le Conseil fédéral et le droit d'asile“.

³⁷⁹ „Au cas où ils entendraient exercer leur droit d'asile selon leurs propres conceptions, ils conviendrait de recourir à des mesures coercitives et de les isoler absolument du reste du monde par un véritable boycott.“

³⁸⁰ Journal de Genève, 10.9.43: „La neutralité incomprise“.

Romandie.³⁸¹ Ganz im Gegensatz zur Berichterstattung über die Grenzübertritte der französischen Internierten 1940/41, aber auch im Gegensatz zur aktuellen Berichterstattung der Tessiner Medien, fällt die Thematisierung der italienischen Internierten sehr bescheiden aus. Die Beiträge beschränken sich auf die protokollarische Wiedergabe der Interpellation Grimm und der Antwort des Bundesrats zu den Internierten seit der italienischen Kapitulation,³⁸² auf Berichte zur Anwesenheit einzelner Mitglieder des italienischen Königshauses³⁸³ und auf vereinzelte Meldungen zum Grenzübertritt von italienischen Soldaten.³⁸⁴

Vergleichen wir die Berichterstattung über die Flüchtlinge aus Italien im Herbst 1943 mit jener über die französischen und polnischen Internierten aus den Jahren 1940 und 1941, so zeigen sich sowohl in Bezug auf die Art wie auf die Intensität deutliche Unterschiede. Die Berichterstattung ist im Gegensatz zu 1940 nicht mehr von einer Solidaritätswelle getragen, die weit über die direkt betroffenen Grenzregionen hinaus reicht. 1943 finden sich nur noch in den Leitmedien des Tessins³⁸⁵ und in der *Sentinelle*³⁸⁶ Sympathiebekundungen mit den Flüchtlingen, die jenen des Jahres 1940 vergleichbar sind. In der deutschen Schweiz hingegen werden die Flüchtlinge aus Italien in der Regel als Belastung und als (neuerliche) „Invasion“ der Schweiz empfunden. Der Handlungsspielraum, über den die Schweiz aufgrund der verschlechterten Ernährungslage und in Erwartung einer Verschärfung der Arbeitslosigkeit für die Aufnahme von Flüchtlingen noch verfügt, wird als sehr beschränkt wahrgenommen. Sehr unterschiedliche Resonanz erhält die warnende Note der Alliierten an die neutralen Staaten, Kriegsverbrecher aus Italien aufzunehmen. Während sie für die Zeitungen der Romandie den wichtigsten thematischen Aspekt Berichterstattung darstellt, findet die Note der Alliierten in der Deutschschweiz fast ausschliesslich in der *Tagwacht* Aufmerksamkeit.

5.5 Asylunwürdigkeit und „Interniertenfrage“ 1944

Als sich im Juli 1944 die Kriegshandlungen wieder unmittelbar der schweizerischen Grenze nähern und in der Wahrnehmung der Zeitgenossen die Niederlage der Achsenmächte wie auch einen anschwellenden Zustrom von Flüchtlingen für die unmittelbare Zukunft erwartbar macht, intensiviert sich die Berichterstattung über Flüchtlinge erneut. Mit der erwarteten Niederlage der Achsenmächte wird zudem das Verhältnis der Schweiz zu den Siegermächten in der Nachkriegszeit zu einem Aufmerksamkeit erheischenden Thema.

³⁸¹ So finden sich z.B. in der *Sentinelle* nur gerade zwei Artikel, die die Situation der Flüchtlinge aus Italien beschreiben. Vgl. *Sentinelle*, 7.8.1943: „Après la capitulation de l'Italie“; 30.9.1943: „En Italie. Misère des victimes“.

³⁸² *Liberté*, 30.9.43: „La session des Chambres fédérales - Au Conseil national - La question des réfugiés“; *Journal de Genève*, 30.9.43: „Les réfugiés“.

³⁸³ *Liberté*, 14.9.43: „Un prince de Savoie en Suisse“; 18.9.43: „Un petit-fils du roi d'Italie en Suisse“; *Journal de Genève*, 11.9.43: „La situation à la frontière valaisanne“; 14.9.43: „Le duc de Pistoie en Suisse“.

³⁸⁴ *Journal de Genève*, 9.9.43: „Le long de la frontière franco-suisse“; 10.9.43: „A la frontière italo-suisse“.

³⁸⁵ Vgl. Imhof / Ettinger / Boller, Flüchtlings- und Aussenwirtschaftspolitik, S. 86-90.

³⁸⁶ *Sentinelle*, 30.9.43: „En Italie. Misère des victimes“.

Vor diesem Hintergrund ist die Berichterstattung durch die Koinzidenz von drei Themenfeldern geprägt. Ein erstes Feld beinhaltet die unter dem Schlagwort der Asylunwürdigkeit geführte Diskussion um den Umgang mit unerwünschten Flüchtlingen, die in Folge der Niederlage der Achsenmächte in die Schweiz kommen könnten. In ihr wird die 1943 von der *Tagwacht* lancierte und seit Beginn des Jahres 1944 in der leitmedialen Arena kontrovers geführte Diskussion um den Aufenthalt zentraler Exponenten des faschistischen Italiens³⁸⁷ fortgeführt und anhand behördlicher Beschlüsse sowie internationaler Vorstösse³⁸⁸ aktualisiert. Ein zweites, für diese Phase zentrales Feld der Berichterstattung thematisiert das Verhältnis zwischen der „offiziellen Schweiz“ respektive der schweizerischen Bevölkerung auf der einen und den Internierten³⁸⁹ auf der anderen Seite. Die Berichterstattung wird einerseits durch die Kritik der politischen Linken an der schlechten Behandlung russischer Internierter und andererseits durch eine vom Schweizerischen Vaterländischen Verband (SVV) und insbesondere von Nationalrat Eugen Bircher ausgehende Skandalisierung des Verhaltens der Internierten angestossen und alimentiert. Auch diese Diskussionen finden bereits zu Beginn des Jahres respektive im Frühling leitmediale Resonanz; ihr Kulminationspunkt liegt jedoch innerhalb dieser Verdichtungsphase in der Berichterstattung über die Nationalratsdebatte, die durch die Interpellation von Nationalrat Bircher ausgelöst wurde. Das dritte thematische Feld der Berichterstattung beinhaltet das Schicksal der Kriegsflüchtlinge, wobei die Berichterstattung stark auf die Flüchtlingskinder fokussiert ist.³⁹⁰

In ihrem Umfang und ihrer polarisierten Struktur ist diese Phase der flüchtlingspolitischen Diskussion im Herbst 1942 vergleichbar. Ähnlich wie schon 1942 findet auch im Herbst 1944 in spontanen Aufläufen, in Versammlungen, im Parlament und in den Medien selbst eine breite Debatte über das Verhältnis zwischen der Schweiz und den Flüchtlingen statt, die durch die untersuchten Zeitungen aufgegriffen und verbreitet wird. Auch in dieser Debatte finden sich Beiträge, die explizit die Rolle der Öffentlichkeit und der Medien in der Demokratie thematisieren. Doch im Gegensatz zur Flüchtlingsdebatte im Spätsommer 1942 verzichten die Zeitungen dieses Mal auf einen anwaltschaftlichen Positionsbezug. In der Perspektive der Medien stehen sich nicht mehr wie 1942 die öffentliche Meinung als Garantin der humanitären Schweiz auf der einen und eine allzu enge Auslegung der Staatsraison auf der anderen Seite gegenüber. In Opposition stehen nun vielmehr einzelne zivilgesellschaftliche Organisationen, die für ihre Positionen zur Flüchtlingspolitik Öffentlichkeit erheischen, während die (bürgerlichen) Zeitungen und die Regierung eine Forums- und Vermittlerposition einnehmen. Einzige Ausnahme bildet die *Tagwacht*, die sich weiterhin als Partei versteht und insbesondere Nationalrat Bircher und den Schweizerischen Vaterländischen Verband scharf kritisiert.

³⁸⁷ Die Zeitungen greifen vor allem die Anwesenheit Graf Volpis und Gräfin Cianos sowie des ehemaligen Botschafters Guiseppe Bastianini auf.

³⁸⁸ Resonanz findet v.a. die Warnung des amerikanischen Aussenministers Hull an die neutralen Staaten, Exponenten der faschistischen Regimes Asyl zu gewähren.

³⁸⁹ Der Begriff „Internierte“ ist in der Berichterstattung sehr weit und unpräzise gefasst und umfasst sowohl Zivil- wie Militärpersonen, die in irgendeiner Form in Lagern interniert sind. Vgl. hierzu Kap. 7.2.

³⁹⁰ Vgl. dazu Kap. 7.3.

Den Auftakt zur intensivierten Berichterstattung bilden die Reaktionen der Zeitungen auf neue, die Aufnahme von Flüchtlingen regelnde Weisungen des EJPD. Am 14. Juli berichten die *Tagwacht*³⁹¹ und die *Neue Zürcher Zeitung*³⁹² in redaktionellen Beiträgen über eine diesbezügliche Pressekonferenz; das *Vaterland*³⁹³ und der *Tages-Anzeiger*³⁹⁴ drucken zur gleichen Sache eine Agenturmeldung, in der die Kontinuität der Asylpolitik hervorgehoben und der Fokus auf die Möglichkeit der Rückweisung asylunwürdiger Personen gelegt wird. Der *Tages-Anzeiger* betont durch seine Titelsetzung zudem die Zahl der bereits aufgenommenen Flüchtlinge. Auch die *Neue Zürcher Zeitung* hebt einleitend die Zahl der aufgenommenen Flüchtlinge hervor und deutet sie als Ausdruck einer bereits bisher „liberale(n) Anwendung der für die Aufnahme oder Rückweisung von Flüchtlingen niedergelegten Vorschriften“. Interessant ist die unterschiedliche Deutung jener Passage in den Weisungen, mit der die Aufnahme von verfolgten Zivilisten geregelt wird³⁹⁵: Während die *Tagwacht* die Formulierung „an Leib und Leben gefährdet“ explizit auf Juden bezieht (obwohl die Weisung hierzu nichts besagt),³⁹⁶ interpretiert die *Neue Zürcher Zeitung* die gleiche Formulierung „in dem Sinne, dass alte und kranke und schwangere Frauen des schweizerischen Asyls teilhaftig werden, auch wenn sie nicht politisch verfolgte Menschen sind.“ Alle Beiträge betonen zudem die durch diese Weisung geschaffene Möglichkeit, asylunwürdige Personen zurückzuweisen. Auch die verschärften Kontrollmassnahmen gegen die in der Schweiz internierten Flüchtlinge werden von allen Zeitungen wohlwollend kommentiert.³⁹⁷ Als Argumente werden die Erfordernisse der Landesverteidigung und die Lage auf dem Arbeitsmarkt angesichts der „grossen Zahl von Ausländern“ genannt.

Auf relativ breitem Raum stellen alle Leitmedien die positiven Reaktionen auf die neuen Weisungen in der Presse der Westalliierten und der neutralen Staaten dar. Der Fokus liegt dabei ausschliesslich auf der Rückweisung asylunwürdiger Personen.³⁹⁸ Untermauert werden diese Beiträge einerseits durch – teils übernommene – Berichte über deutsche Greueltaten, andererseits durch den Hinweis auf die völkerrechtliche Verankerung des Asylrechts. So weiss sich beispielsweise die *Neue Zürcher Zeitung* einig mit dem *Svenska Dagbladet*, für das „souveräne Staaten selbst den Inhalt und den Umfang des Asylrechts bestimmen, das keineswegs eine Art Naturrecht ist“.³⁹⁹ Kritische Stimmen zu den Weisun-

³⁹¹ Tagwacht, 14.7.44: „Aufnahme von Flüchtlingen. Verschärfte Bestimmungen“.

³⁹² NZZ, 14.7.44: „Aufnahme und Rückweisung von Flüchtlingen. Neue Weisungen des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements“.

³⁹³ Vaterland, 14.7.44: „Die Flüchtlingsfrage“.

³⁹⁴ Tages-Anzeiger, 14.7.44: „Nahezu 80000 Flüchtlinge... Neue 'verfeinerte' Weisungen für die Aufnahme und Rückweisung“.

³⁹⁵ „Neben den Militärpersonen sollen nur Zivilflüchtlinge aufgenommen werden, die aus politischen oder anderen Gründen an Leib und Leben gefährdet sind und keinen anderen Ausweg als die Flucht nach der Schweiz haben, um sich dieser Gefahr zu entziehen.“ Es handelt sich um eine fast wörtliche Wiedergabe des Weisungstextes, der bei Ludwig, Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart, S. 293f., abgedruckt ist.

³⁹⁶ Vgl. hierzu Ludwig, Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart, S. 294.

³⁹⁷ NZZ, 18.7.44: „Kontrolle über Flüchtlinge und Emigranten“; Tagwacht, 17.7.44: „Verschärfte Flüchtlingskontrolle“; Tages-Anzeiger, 18.7.44: „Die Kontrolle der Flüchtlinge und Emigranten“. Das Vaterland begnügt sich mit dem Abdruck einer entsprechenden Agenturmeldung.

³⁹⁸ Vaterland, 18.7.44: „Um das Asylrecht“ und Tagwacht, 18.7.44: „Kein Asyl für Kriegsverbrecher“.

³⁹⁹ NZZ, 17.7.44: „Eine schwedische Stimme zum Flüchtlingsproblem“. Dieser Beitrag wird von der Tagwacht am folgenden Tag nachgedruckt.

gen des EJPD bleiben auf die Leserbriefspalten der *Neuen Zürcher Zeitung* beschränkt.⁴⁰⁰ In der Deutung des liberalen Blattes „besteht für alles, was die Schweiz heute an ihren Grenzen vorzukehren hat, eine vollkommene Willenseinheit bei Volk, Armee und Behörden“.⁴⁰¹ Dass die Praxis der Asylgewährung hingegen einigen Konfliktstoff bietet, zeigt sich schon wenige Tage nach der Weisung an der Diskussion um die Aufnahme Graf Volpis.⁴⁰² Während der *Tages-Anzeiger* die offizielle Meinung weitergibt, dass Volpi, „ein bald siebzigjähriger, kranker Mann“ aufgrund der Gefährdung durch seine beiden letzten Fluchtversuche nicht mehr abgewiesen werden könne⁴⁰³, betont die *Tagwacht*, dass Volpis Anwesenheit ebenso unerwünscht sei wie die aller Personen, welche durch ihre Verantwortlichkeit am Krieg im Falle eines Friedens unserem Land als mögliche Kriegsverbrecher resp. Mitverantwortliche nur Ungelegenheiten bereiten können.“⁴⁰⁴ In der Aufnahme Graf Volpis sieht das sozialdemokratische Organ den „Geist des Unrechts“ manifestiert, der im Politischen Departement herrsche, in dem „eine ganze Garnitur einseitig fühlender, einseitig denkender Diplomaten, ängstlich und verbohrte, anmassend und überheblich zugleich in ihrem Kommunismokoll“, die immergleichen Fehler begehe.⁴⁰⁵

In den Leitmedien der Romandie wird die Weisung des EJPD nicht redaktionell bearbeitet. Das *Journal de Genève*, die *Liberté* und die *Sentinelles* drucken die neuen Vorschriften lediglich in der Form von Agenturmeldungen. Wiederholt wird die Unwürdigkeit von Ausländern „en raison d'actes répréhensibles ou qui ont lésé ou menacent les intérêts de la Suisse par leur activité ou leur attitude“.⁴⁰⁶ Auch über die weiteren Weisungen im Asylbereich wird in Agenturform berichtet.⁴⁰⁷

Die einzigen zwei Leitartikel dieser Phase zur schweizerischen Flüchtlingspolitik thematisieren den Begriff der Asylunwürdigkeit im Kontext von Neutralität und Souveränität. Für die *Liberté* ist klar, dass das Asylrecht ein Recht des souveränen Staates sei. Das Blatt verwahrt sich dagegen, die Einführung von Kategorien asylunwürdiger Personen als „une concession faite par la Suisse aux nations alliées“ zu verstehen, wie es eine „correspondance de Washington“ habe sehen wollen. Die Asylunwürdigkeit einer Person hänge für die Schweiz nicht von der Meinung oder dem Urteil des Auslandes ab. Trotzdem sorgt

⁴⁰⁰ Am 24.7.44 finden sich in der Rubrik „Briefe an die NZZ“ zwei Leserbriefe, die sich mit der Flüchtlingsfrage beschäftigen. Der eine berichtet über das Engagement der Bevölkerung eines Grenzdorfes für die Aufnahme geflüchteter polnischer und russischer Zwangsarbeiter, kritisiert „unnötige Härten“ der Behörden und fragt, „wie weit den Flüchtlingen ein sozusagen dokumentarischer Nachweis über Gefährdungen an Leib und Leben zugemutet werden kann“. Der zweite Leserbrief kritisiert den Bürokratismus in der Verwaltung der Flüchtlingslager.

⁴⁰¹ NZZ, 7.9.44: „Was geht an der Schweizergrenze vor?“.

⁴⁰² Der italienische Graf Volpi di Misurata, ein Financier, Industrieller und ehemaliger Finanzminister Italiens, hatte mehrmals versucht, in die Schweiz zu gelangen. Nachdem er im April 1944 noch zurückgeschoben worden war, erhielt er im Juli 1944 in der Schweiz Asyl.

⁴⁰³ *Tages-Anzeiger*, 31.7.44: „Zum drittenmal in die Schweiz geflüchtet. Graf Volpi erhält Asyl“.

⁴⁰⁴ *Tagwacht*, 31.7.44: „Ein Unerwünschter. Sie kommen...“. Weitere kritische Berichte der *Tagwacht* beschäftigen sich mit der Aufnahme von SS-Angehörigen. Vgl. auch *Tagwacht*, 2.9.44: „Am Rand“ und *Tages-Anzeiger*, 19.9.44: „Die Grenzen des Asylrechts“.

⁴⁰⁵ *Tagwacht*, 1.8.44: „Wir protestieren zum 1. August“.

⁴⁰⁶ *Liberté*, 14.7.44: „Affaires suisses - Le problème des réfugiés“; *Journal de Genève*, 14.7.44: „De nouvelles instructions pour les réfugiés“; *Sentinelles*, 14.7.44: „Le problème des réfugiés“.

⁴⁰⁷ *Liberté*, 18.7.44: „Affaires suisses – Un nouveau régime disciplinaire pour les réfugiés“; 27.7.44: „Affaires Suisses – Le régime des militaires et réfugiés étrangers“; *Sentinelles*, 18.7.44: „Surveillance des réfugiés et des émigrés en Suisse“.

sich die *Liberté* angesichts der zu erwartenden Machtverhältnisse in Europa über allfällige „ennuis“, welche die Aufnahme von später als Kriegsverbrecher verurteilten Personen der Schweiz bescheren könnte, wodurch sich die Frage der Auslieferung stellen würde: „Et elle serait extrêmement délicate.“ Die Zeitung sieht jedoch auch Einigkeit in der asylpolitischen Haltung anderer Neutraler gegenüber Forderungen der Alliierten: „Elle [scil. die Asylpolitik] sera probablement la même, avec certaines nuances, dans les autres Etats neutres. C'est du moins ce que fait pressentir la réponse qu'ils ont fait à la démarche des Alliés.“⁴⁰⁸ Das *Journal de Genève* argumentiert ähnlich, wenn es die „pressions diplomatiques“ der Alliierten gegen die souveräne Asylgewährung durch die Neutralen beklagt: „On leur conteste [aux neutres] le droit de décider en toute indépendance qui est digne de leur asile et qui en est indigne.“⁴⁰⁹

Breiter noch als die Massnahmen gegenüber neuen Flüchtlingen an der Grenze, die sich auf die Frage der Asylunwürdigkeit beschränken, wird in der politischen Öffentlichkeit das Verhältnis zu den anwesenden Internierten debattiert. Ein zentraler Aspekt dieser Diskussion ist die Frage der Beschäftigung der Internierten. Als der Bundesrat Ende Juli 1944 einen Vollmachtenbeschluss bekannt gibt, mit dem das eidgenössische Kommissariat für Internierung und Hospitalisierung dem EMD unterstellt wird, sieht der *Tages-Anzeiger* darin eine begrüßenswerte Reaktion der Behörden auf die von der Zeitung wahrgenommene öffentliche Kritik. Deutlich weist die Zeitung jedoch die verschiedentlich zu hörende Auffassung zurück, den Internierten fehle es an Arbeitswillen:

„Wie überall gibt es sicher auch bei den Internierten Elemente, denen der Arbeitssinn abgeht. Als allgemeines Urteil wäre aber eine solche Auffassung falsch und deplaciert. [...] Wenn somit an der Betätigung der Internierten im Volk Kritik erfolgt ist, konnte es sich nicht um ein Problem des Arbeitswillens, sondern um ein solches der Arbeitsorganisation handeln.“⁴¹⁰

Ein weiterer, regelmässig problematisierter Aspekt im Verhältnis zwischen den Internierten und der schweizerischen Bevölkerung ist das Verhalten jener Schweizerinnen, von denen angenommen wird, dass sie sich auf (sexuelle) Kontakte mit Internierten einlassen.

⁴⁰⁸ *Liberté*, 10.8.44: „A propos du droit d'asile“.

⁴⁰⁹ *Journal de Genève*, 15.9.44: „La neutralité et le droit d'asile“.

⁴¹⁰ *Tages-Anzeiger*, 27.7.44: „Die Beschäftigung der Internierten“ vgl. auch *NZZ*, 27.7.44: „Das Kommissariat für Internierung und Hospitalisierung“. Schon zuvor hatte der *Tages-Anzeiger* in einem umfangreichen Artikel die Mängel in der Regelung des Arbeitseinsatzes der Flüchtlinge kritisiert und dafür „Bürokratismus“ und „Einsichtslosigkeit der obersten Ränge der für das Flüchtlingswesen verantwortlichen Instanzen“ verantwortlich gemacht. Hierbei zitierte die Zeitung auch ausführlich weitere Stimmen: „Die 'Gazette de Lausanne' stellt mit Recht fest, dass da organisatorisch einfach etwas nicht stimmen könne, wenn in einem solchen Augenblick, wo die letzte arbeitsfähige Hand für die Sicherstellung unserer Ernährung notwendig ist, noch immer unzählige Internierte in Lagern oder anderswo beschäftigungslos und nutzlos die Zeit totschiessen“. [...] Wenn unsere hart arbeitende Bevölkerung zusehen muss, wie Internierte beschäftigungslos herumlungern, wenn Soldaten feststellen müssen, dass Internierte weit in die Nacht hinein in der Stadt in Vergnügungslökalen sitzen, wenn Truppen das Faulenzen der Flüchtlinge in der Schweiz als Herausforderung empfinden, so sind an alledem die Flüchtlinge selbst am wenigsten schuld. *Verantwortlich sind wir selbst*“ (Hervorhebung im Original).

Kritische Stellungnahmen verschiedenster Kreise werden von allen Zeitungen verbreitet, wobei sich die *Tagwacht* und der *Tages-Anzeiger* besonders hervortun. Dabei werden vor allem die Frauen kritisiert und ermahnt, sich auf ihr Erbe als Töchter der Stauffacherin zu besinnen.⁴¹¹ In einigen Beiträgen der *Tagwacht* erhält diese Frage auch eine klassenkämpferische Note. So vermutet ein Verfasser, dass es sich bei den inkriminierten Frauen um reiche Oberschichts-Frauen handle,⁴¹² während ein anderer die Hotel-Industrie kritisiert, die sich wohl aus Rücksicht auf „die geldgesegneten Engländer und Amerikaner“ gegen ein schärferes Vorgehen in der Bekämpfung dieser Missstände stemmen würde.⁴¹³ Erst nachdem diese Diskussion durch Nationalrat Bircher instrumentalisiert wird, geht die *Tagwacht* auf Distanz und beginnt, die Debatte zu glossieren. Die Armeeführung habe mit einem Beschluss auf die öffentliche Debatte reagiert, nach dem künftig „Frauen, die sich zu Intimitäten Internierten gegenüber hinreissen lassen, mit drei Tagen Arrest bestraft werden, wogegen der Internierte mit zehn Tagen bedacht wird. Es wird nicht gesagt, ob die Arreststrafe gemeinsam verbracht werden kann... Jedenfalls, Kinder, ist Vorsicht geboten, zu viel Liebe wird bestraft!“⁴¹⁴

Einen dritten Aspekt in der Beziehung zwischen der schweizerischen Bevölkerung und den Internierten bilden die zunehmenden Spannungen und Klagen auf beiden Seiten. Illustriert werden sie durch Berichte über Schlägereien⁴¹⁵ und Verfehlungen der Internierten einerseits und die Missstände in den Internierungslagern andererseits. Die schlechte Behandlung von Internierten in einzelnen Lagern wird fast ausschliesslich von der *Tagwacht* thematisiert.⁴¹⁶

Die Kritik an den Internierten in allen drei genannten Aspekten wird insbesondere durch Eugen Bircher und den Schweizerischen Vaterländischen Verband (SVV) zum Thema der öffentlichen politischen Diskussion gemacht. Entlang der Berichterstattung über und der Bezugnahme auf die Vorstösse Birchers konturiert sich die mediale Diskussion. Bereits im April und im Mai findet der SVV eine breite Resonanz, nachdem er in seinem Bulletin die Verantwortung für eine blutige Auseinandersetzung zwischen Schweizern und Internierten letzteren zuschreibt. In der Kontroverse profilieren sich die *Tagwacht* und das *Israelitische Wochenblatt* (das selbst wieder in den Leitmedien Resonanz findet) als scharfe Kritiker, während das *Vaterland* und die *Neue Zürcher Zeitung* auch Stimmen zu Wort kommen lassen, die den Schweizerischen Vaterländischen Verband verteidigen. Auch in der Folge geisselt die *Tagwacht* immer wieder die rechtsbürgerliche Kritik an Internierten als antisemitisch motivierte, deutschfreundliche „Emigrantenhetze“⁴¹⁷. Die *Neue Zürcher Zeitung* und das *Vaterland* verzichten hingegen weitgehend auf eine Wertung der durch Bircher

⁴¹¹ *Tagwacht*, 5.8.44: „Schweizer Frauen und Internierte“; *Tages-Anzeiger*, 31.8.44: „Von der Freude im Flüchtlingsdienst“; *Tages-Anzeiger*, 27.9.44: „Wer hat in unserem Land Recht auf Asyl?“.

⁴¹² *Tagwacht*, 8.8.44: „Schweizer Frauen und Internierte“.

⁴¹³ *Tagwacht*, 18.8.44: „Die ‘billigen’ Schweizerinnen“.

⁴¹⁴ *Tagwacht*, 28.9.44: „Zu viel Liebe wird bestraft“.

⁴¹⁵ NZZ, 11.8.44: „Zwischenfall mit Internierten“; *Tages-Anzeiger*, 11.8.44: „Im Wallis neuer Streit mit Internierten“; *Vaterland*, 11.8.44: „Schwerer Streit mit Internierten“.

⁴¹⁶ *Tagwacht*, 12.8.44: „Am Rand“; *Tagwacht*, 11.9.44: „Arbeitslager Wauwil“.

⁴¹⁷ *Tagwacht*, 12.7.44: „Emigrantenhetze“.

vertretenen Positionen. So wird die Behandlung seiner kleinen Anfrage zu den Fleischrationen der Internierten in beiden Zeitungen kommentarlos wiedergegeben.⁴¹⁸

Dies ändert sich mit der Berichterstattung über die durch die Interpellationen von Eugen Bircher und Albert Maag ausgelösten, stürmischen Nationalratsdebatte.⁴¹⁹ Beide Interpellanten werden von den bürgerlichen Blättern gerügt. In Übereinstimmung mit der bundesrätlichen Position erblickt insbesondere das *Vaterland* in der Debatte nur eine innenpolitische Auseinandersetzung zweier Extreme, in der die Interniertenfrage einzig äusserer Anlass sei. Entsprechend lobt die Zeitung die bundesrätliche Haltung der Mitte, die beide Positionen gleichermassen kritisiere und für die Flüchtlingspolitik die Richtlinie „Menschenfreundlichkeit verbunden mit Ordnung“ ausgegeben habe.⁴²⁰ Im Gegensatz hierzu stellt die *Tagwacht* in ihrem Bericht über die Debatte Albert Maags Kritik an Eugen Bircher breit dar und akzentuiert diese Kritik noch durch die Setzung pointierter Zwischentitel.⁴²¹

In der medialen Nachbearbeitung der Debatte überwiegen Stimmen, die die Spannungen zwischen Internierten und Schweizern relativieren, um Verständnis für die Lage der Internierten werben⁴²² und Kritik an Nationalrat Bircher üben. Die *Neue Zürcher Zeitung* sieht mit Bedauern den SVV im „Fahrwasser eines militanten Antisemitismus“. Denn seine Behandlung des Flüchtlingsproblems sei insofern demagogisch, „als man es gleichzeitig als ein schweizerisches Bevölkerungsproblem aufzog, so, als ob die Flüchtlinge und Emigranten dauernd unserem Volkskörper einverleibt werden müssten. Dass der Flüchtling für uns bloss ein transitorisches Problem darstellt, wurde mit Absicht übergangen“. In Hinblick auf die Nachkriegsordnung befürchtet das Blatt: „Es könnte eine Zeit kommen, da die Gedankengänge der Rede Dr. Birchers vom Ausland nicht als Aktivposten unserer kulturellen Auslandswerbung gebucht werden.“⁴²³

Im Gegensatz dazu hält das *Vaterland*, trotz aller Kritik an der Form der Interpellation, an ihrer grundsätzlichen Berechtigung fest. Eine Aussprache über das Interniertenwesen ist nach Meinung der Zeitung „notwendig gewesen, weil die Meinung des Volkes sicher nicht dahin geht, als seien Flüchtlinge und Internierte über jeden Zweifel erhaben“. Die Kritik des katholisch-konservativen Organs an Bircher gipfelt denn auch in der Feststellung,

⁴¹⁸ NZZ, 19.9.44: „Die Verpflegung der Militärinternierten“; *Vaterland*, 20.9.44: „Kleine Anfragen“. Das *Vaterland* zeigt jedoch im Vorfeld einiges Verständnis für die Anfrage Birchers, wenn es schreibt: „Allgemein ist man auf die Beantwortung dieser Anfrage durch den Bundesrat gespannt. Es würde viel zur Beruhigung beitragen, wenn die Antwort nicht mehr zu lange auf sich warten liesse.“ (*Vaterland*, 26.7.44).

⁴¹⁹ Am 21. September 1944 kam vor beiden Räten die am 7. Juni desselben Jahres eingereichte Interpellation von Nationalrat Bircher zur Behandlung. Auslöser für diese Interpellation war eine Auseinandersetzung zwischen einheimischen Arbeitern und Internierten. In seiner Begründung „wettete Bircher fast eine Stunde lang gegen die seiner Ansicht nach zu weiche Praxis bei der Flüchtlingsaufnahme und gegen das Benehmen von Emigranten, internierten Flüchtlingen und fremden Soldaten sowie gegen die zu laxen Behandlung durch die Betreuungsorganisationen.“ (Stadelmann, Umgang mit Fremden, S. 250). In Reaktion auf diese Interpellation antwortete Nationalrat Maag-Socin mit einer scharfen Gegenrede, in der er Bircher unter anderem haarstreubende Entstellungen, Übertreibungen und Hetze vorwarf.

⁴²⁰ *Vaterland*, 22.9.44: „Eine unwürdige Debatte“.

⁴²¹ *Tagwacht*, 22.9.44: „Internierten und Flüchtlingsproblem. Vaterländischer Verband am Pranger“.

⁴²² *Tages-Anzeiger*, 23.9.44: „Internierte und Flüchtlinge. Bemerkungen zu einer nationalrätlichen Debatte“.

⁴²³ NZZ, 26.9.44: „Die Flüchtlingsfrage im Zerrspiegel“.

dass er durch sein Vorgehen der Sache einen schlechten Dienst erwiesen habe.⁴²⁴ Nach der nationalrätlichen Debatte findet die Interniertenproblematik in der leitmedialen Arena kaum noch Aufmerksamkeit.⁴²⁵

In der untersuchten Presse der Romandie finden bereits die Interpellationen Birchers und Maags wenig Resonanz. Das *Journal de Genève* lobt in einem Kommentar die Stellungnahme von Bundesrat Eduard von Steiger. Während Eugen Bircher als eher wenig differenzierter und selbstgerechter „Vereinfacher“ dargestellt wird, wird Albert Maags Ansprache unkommentiert zusammengefasst und erscheint tendenziell im Einklang mit der bundesrätlichen Politik:

„On n’a pas oublié le temps où il [M. de Steiger] était presque seul à prêcher devant le Parlement la plus stricte prudence en matière de politique d’accueil. Aujourd’hui, son rôle n’est plus tout à fait le même. Il doit prendre sous la protection ceux-la même qui lui inspiraient naguère quelque méfiance. Mais M. de Steiger est l’habileté personifiée. Ses opinions peuvent évoluer sans qu’on puisse lui reprocher de se contredire. Il ne sera jamais pris de court. Il est passé maître dans l’art de manier les nuances. Et c’est ainsi, que, hier matin, il a pu résister, énergiquement, à l’offensive de M. Bircher qui est son ami politique et donner raison à M. Maag, membre du parti démocratique, c’est-à-dire de l’opposition.“⁴²⁶

Die *Sentinelle* berichtet zwar ausführlich über die Debatte im Nationalrat und spart nicht mit Seitenhieben gegen Nationalrat Bircher⁴²⁷, doch darüber hinaus finden sich auch im sozialdemokratische Leitmedium keine Beiträge zu diesem Thema. Eine redaktionelle Bearbeitung des Verhältnisses zwischen Schweizern und Flüchtlingen erfolgt in der *Liberté* noch einmal in Form der vergleichsweise emotionsarmen Berichterstattung zur Sitzung der Expertenkommission für Flüchtlinge. Dabei wird auch summarisch und mit Bezug auf die letzte Diskussion im Nationalrat auf die in der Deutschschweizer Presse bereits früher geäußerten Klagen eingegangen.⁴²⁸

Kein Thema, sondern im besten Fall ein beiläufiger – und gegen Bircher gerichteter eher ironisierender – Satz sind die in der Deutschschweiz breiter problematisierten potentiellen sexuellen Beziehungen zwischen Schweizer Frauen und Internierten den Westschweizer Zeitungen wert.⁴²⁹

Die *Liberté* und die *Sentinelle* streifen anlässlich der Anfrage von Nationalrat Munz das Thema Flüchtlinge und Arbeit: In der Antwort auf die Frage des Nationalrats Munz, ob

⁴²⁴ Vaterland, 23.9.44: „Am Ende der ersten Sessionswoche“.

⁴²⁵ Zu diesen vereinzelt Bezügen trägt vor allem die Berichterstattung der Tagwacht bei, die nun Übergriffe gegen Flüchtlinge und Internierte als Folge der bircherschen „Hetze“ interpretiert. Unter dem Titel „Die Saat der ‘Vaterländischen’ geht auf...“ berichtet die Tagwacht beispielsweise anhand eines Artikels aus der *Liberté* über Belästigung von Internierten, denen „rein gar nichts vorgeworfen werden kann“ durch einen Schweizer Offizier und mutmasst, ob dieser Offizier „am Ende ein Aargauer“ sei.

⁴²⁶ *Journal de Genève*, 22.9.44: „Indulgence ou sévérité pour les réfugiés?“

⁴²⁷ *Sentinelle*, 22.9.44: „Sous la coupole fédérale. Une séance agitée“.

⁴²⁸ *Liberté*, 6.10.44: „La question des réfugiés“.

⁴²⁹ *Journal de Genève*, 22.9.44: „Indulgence ou sévérité pour les réfugiés?“

nicht mehr Flüchtlingsfrauen in den Haushalten beschäftigt werden könnten, veröffentlicht die *Liberté* die Einschätzung des Bundesrats: „Les expériences faites n'ont généralement pas été heureuses.“ Dabei sei einerseits die Zahl der zur Hausarbeit Anpassungsfähigen klein, „car les notions les plus élémentaires leur font souvent défaut“; andererseits hätten aber auch die „maîtresses de maison [...] pas toujours su trouver le ton qui convenait dans leurs rapports avec elles.“⁴³⁰

Mitte Oktober nimmt die *Neue Zürcher Zeitung* das Referat Dr. Rothmunds an einer Veranstaltung der zürcherischen FdP zum Anlass für eine Standortbestimmung. Die Zeitung konstatiert ein „Malaise“ bei den Flüchtlingen und der schweizerischen Bevölkerung: „Die Flüchtlinge werden des müssigen Wartens auf die endliche Befreiung aus ihrer peniblen Lage müde, und gewisse Kreise der Bevölkerung beginnen gegenüber kleineren oder grösseren Unarten, die bei Flüchtlingen zutage treten, die Geduld zu verlieren.“ Die vom Blatt im Wechsel von kommentierenden Passagen und Zitaten Rothmunds dargestellten Handlungsoptionen orientieren sich klar an der Überfremdung der Schweiz und der daraus abgeleiteten Transitland-Doktrin. Als konkrete Massnahmen werden eine weiterhin restriktive Aufnahme von Flüchtlingen und Vorbereitung zur Weiterwanderung der Flüchtlinge genannt, zu der die Schweiz „mit ganzem Herzen“ Beihilfe leisten solle.⁴³¹

Das zentrale Thema der Berichterstattung bis Ende Oktober bilden nun die Flüchtlingskinder. Am gleichen Tag, an dem die *Neue Zürcher Zeitung* über Rothmunds Referat berichtet, kann sie auch die Aufnahme von 10'000 Kindern und die alle Erwartungen übersteigende Bereitstellung von 23'500 Freiplätzen durch schweizerische Familien vermelden.⁴³² Alle Zeitungen interpretieren dies unisono als Ausdruck einer „erhebenden Hilfsbereitschaft“ des schweizerischen Volkes.⁴³³ Nahtlos lässt sich in der auf Kinder fokussierten Berichterstattung über die Grenzflüchtlinge⁴³⁴ an die Deutungsmuster der Kinderhilfe anschliessen.⁴³⁵ Mit Blick auf die Beziehung zwischen der Schweiz und dem Ausland schreibt die *Neue Zürcher Zeitung* über die Aufnahme von Kindern aus den umkämpften Gebieten: „Die Rettung der Kinder aus der gefährdeten Zone ist menschlich das Notwendigste; politisch und völkerrechtlich gibt sie zu den wenigsten Komplikationen Anlass...“.⁴³⁶ Nur vereinzelt mischen sich in die Berichterstattung auch kritische Töne. Angesichts des Umstands, dass für zehntausend französische Kinder mehr als doppelt so viele Freiplätze angeboten wurden, stellt die *Tagwacht* fest:

„Mit Bitterkeit fragt man sich, wie vielen Tausenden von Unglücklichen, die in der Zeit der ärgsten Verfolgungen an unsere Tür klopfen oder schon unsere Schwelle über-

⁴³⁰ *Liberté*, 17.8.44: „Affaires suisses - Les réfugiés sont difficiles à utiliser“; siehe zum selben Thema ohne jegliche Wertung den Beitrag der *Sentinelle* vom 17.8.44: „A propos des réfugiés“

⁴³¹ *NZZ*, 9.10.44: „Unser Land und die Flüchtlinge“.

⁴³² *NZZ*, 9.10.44: „Kinder- und Flüchtlingstransporte aus Frankreich“ und „Flüchtlingskinder in der Schweiz“.

⁴³³ *Tagwacht*, 9.10.44: „Flüchtlingskinder“; *Tages-Anzeiger*, 9.10.44: „23'500 Kinder-Freiplätze angemeldet“ und „Flüchtlingskinder. Beobachtungen und Gedanken von Zürcher Schulkindern“; *Vaterland*, 9.10.44: „Die französischen Kinder“.

⁴³⁴ Z.B. *Tagwacht*, 12.10.44: „Kinder aus Belfort“; *Tages-Anzeiger*, 2.10.44: „Der Elendstrom“; *Vaterland*, 14.10.44: „Kinder aus dem Ossolatal“; *NZZ*, 26.9.44: „Belfort schickt seine Kinder ins Nachbarhaus“.

⁴³⁵ Vgl. Kap. 7.3.

⁴³⁶ *NZZ*, 10.10.44: „Kinder kommen zu uns. Die Vorgänge an der schweizerisch-französischen Grenze“.

schritten hatten, das Leben gerettet worden wäre, wenn nicht unsere Herzenshärte, unsere Klugheit, unser Egoismus sie abgewiesen hätte. Haben nicht diejenigen unter uns Recht bekommen, die damals sagten, wir könnten ganz gut noch Tausende dieser Verfolgten bei uns aufnehmen, ohne dass wir räumlichen Mangel litten oder sonst in Schwierigkeiten kämen, wenn wir nur wollten? [...] Mag sein, dass es die populäre Abneigung gegen ausländische Juden, Sozialisten, Kommunisten und dergleichen 'Elemente' war, die früher hinter der Zugeknöpftheit der Leiter unserer Flüchtlingspolitik stand".⁴³⁷

Im Vergleich zur intensiven Berichterstattung über die Aufnahme von Flüchtlingskindern 1942 berichten die Zeitungen der Romandie in dieser Phase über diese Flüchtlingsgruppe bloss sporadisch.⁴³⁸ Das Berichtsmuster ist weitgehend identisch mit demjenigen der früheren Berichterstattung über die Kinderhilfe. Neben ausführlichen Beschreibungen des schlechten physischen und psychischen Zustands der Kinder aus dem nördlichen französischen Grenzgebiet wird auch oft auf die – bereits bewiesene – Hilfsbereitschaft der Schweizer Bevölkerung hingewiesen.⁴³⁹ Ein bedeutenderer Anteil der Berichterstattung betrifft humanitäre Aktivitäten des Schweizerischen Roten Kreuzes und des IKRK sowie erneute Spendenaufrufe.

Bedeutend mehr Raum als den Beziehungen zwischen Flüchtlingen und Schweizern wird in der Presse der Romandie – vor allem in der *Liberté* und in der *Sentinelles* – Berichten über Judenverfolgungen in Osteuropa, insbesondere in Ungarn und Polen gegeben.⁴⁴⁰ Dabei schliesst sich die *Liberté* auch den Protesten gegen die „extermination systematique de centaines de milliers de juifs“ an.⁴⁴¹ Im Rahmen dieser Berichterstattung werden auch offizielle Stellungnahmen zur und Proteste gegen die Rassenverfolgungspolitik in den von Deutschland besetzten Gebieten veröffentlicht. Dazu zählen die Absichtserklärung des Chefs des Politischen Departements, den „Juifs persécutés en Hongrie“ zu Hilfe zu kommen,⁴⁴² der Protest der protestantischen Landeskirche⁴⁴³ sowie die Motion des Grossen Rats des Kantons Basel-Land gegen die Deportationen in Ungarn.⁴⁴⁴ Diese Berichterstattung nimmt jedoch nur selten direkten Bezug auf die Schweizer Flüchtlingspoli-

⁴³⁷ Tagwacht, 14.10.44: „Am Rand“.

⁴³⁸ *Liberté*, 2.9.44: „Arrivée d'enfants français“; 30.09.44: „Les petits réfugiés français“; 06.10.44: „Fribourg - D'innombrables enfants frappent à notre porte“; 6.10.44: „Fribourg - Les petits réfugiés français“; 9.10.44, Dix mille enfants réfugiés en Suisse; 11.10.44, Arrivé de petits Italiens; 13.10.44, L'exode des enfants français; Journal de Genève, 25.8.44, „Arrivées d'enfants de Scionzier à Moillesulaz“; 28.9.44, „Arrivée de 1500 enfants français“; 6.10.44, „Quand les petits français viennent en Suisse“

⁴³⁹ „Si l'exode est une répercussion inévitable de la guerre totale, l'accueil généreux et spontané fait aux enfants réfugiés dans notre pays prouve à quel point le Secours yux enfants de la Croix-Rouge suisse est une oeuvre de toute notre population.“ (*Liberté*, 13.10.44, L'exode des enfants français)

⁴⁴⁰ *Liberté*, 12.7.44: „Les juifs persécutés en Hongrie“; 17.7.44: „La persécution des juifs en Pologne“; 18.7.44: „La persécution contre les juifs de Hongrie“; 19.7.44, La persécution contre les juifs en Hongrie; 26.7.44, La déportation des juifs hongrois; 3.8.44, Que se passe-t-il en Hongrie? 3.8.44, L'action du Comité international de la Croix-Rouge en Hongrie; 05.08.44, Pour les juifs de Hongrie; 18.8.44, L'exode des juifs hongrois; Journal de Genève, 18.7.44, La persécution des juifs en Hongrie; 2.8.44, L'action du Comité International de la Croix-Rouge en Hongrie.

⁴⁴¹ *Liberté*, 18.7.44: „La persécution contre les juifs de Hongrie“.

⁴⁴² *Liberté*, 14.7.44: „Affaires suisses - La persécution des juifs hongrois“.

⁴⁴³ *Liberté*, 18.7.44: „Affaires suisses – L'Eglise protestante et les persécutions contre les juifs“.

⁴⁴⁴ *Liberté*, 15.7.44: „La persécution des juifs hongrois“.

tik. Der Bericht über die Versicherung der USA und Grossbritanniens, für die ungarischen Juden zu sorgen („prendre soin“), die in die neutralen Länder gelangten, kann hier als Beruhigung der Bevölkerung angesichts eines möglichen neuen „afflux de réfugiés“ verstanden werden.⁴⁴⁵ Wie in anderen Gelegenheiten zur „question des juifs“, berichtet die *Liberté* ab Mitte Juli 1944 wiederum einerseits mit Abscheu von den begangenen Greuel-taten, andererseits findet sie auch Erklärungen für antisemitische Tendenzen durch „schuldhaftes“ Verhalten einzelner Juden.⁴⁴⁶

5.6 Situation an der Grenze zu Kriegsende 1945

Die sich angesichts des raschen alliierten Vormarsches sowie der sich verschärfenden Lebensmittellage im süddeutschen Raum abzeichnenden Flüchtlingsbewegungen in die Schweiz einerseits und die Diskussion um den Umgang mit unerwünschten Flüchtlingen andererseits bestimmen die letzte Phase der intensivierten Flüchtlingsberichterstattung im Krieg.

Ausgelöst wird die Berichterstattung durch eine Pressekonferenz des EJPD. Die Deutungen der amtlichen Mitteilung übernehmend, halten sowohl die *Neue Zürcher Zeitung*⁴⁴⁷ als auch die *Tagwacht*⁴⁴⁸ und das *Vaterland*⁴⁴⁹ übereinstimmend fest, dass „kein übermässiger Zustrom von Flüchtlingen nach der Schweiz festzustellen“ sei. Dennoch gelte es, die Entwicklung der Kriegslage zu beobachten und geeignete Massnahmen in die Wege zu leiten, um einen neuen „Massenzustrom“ zu verhindern. Die drei parteinahen Leitmedien der Deutschschweiz sind sich einig, dass die Aufnahmekapazität mit rund 100'000 in der Schweiz ansässigen Flüchtlingen „nahezu erschöpft“ sei. Um zu gewährleisten, dass nur „wirklich bedrängten Menschen Zuflucht“ gewährt wird, müssten die Flüchtlinge deshalb „rechtzeitig nach dem Grenzübertritt der polizeilichen Kontrolle“ unterzogen werden. Auf diese Weise könne man nicht nur die Einreise „Unerwünschter“, sogenannter „Asylunwürdiger“, sondern auch „die allfällige Einschleppung gefährlicher ansteckender Krankheiten in unser Land“ verhindern.⁴⁵⁰

⁴⁴⁵ *Liberté*, 18.08.44: „L'exode des juifs hongrois“.

⁴⁴⁶ Dabei wird beispielsweise implizit auf die Rolle jüdischer Exponenten in der ungarischen Räterepublik verwiesen: „A part un bref accès d'antisemitisme consécutif à l'ère bolchéviste de 1919, la Hongrie est demeurée exempte d'agitation raciste...“ Eine weitere Erklärung liefert die *Liberté* aber auch im zu wenig zurückhaltenden Verhalten einiger ungarischer Juden: „Vers la fin du Gouvernement Kallay, les gros pontes juifs perdirent peu à peu leur prudente réserve. On notait leur présence aux cérémonies publiques et la Chambre haute, où ils n'avaient pas cessé de siéger, grâce aux exceptions susdites, délégua des juifs dans plusieurs commissions importantes.“ (*Liberté*, 19.7.44, La persecution contre les juifs en Hongrie)

⁴⁴⁷ *NZZ*, 11.4.45: „Die Aufnahme von Flüchtlingen“.

⁴⁴⁸ *Tagwacht*, 12.4.45: „Die Aufnahme von Flüchtlingen“.

⁴⁴⁹ *Vaterland*, 12.4.45: „Die Aufnahme von Flüchtlingen“.

⁴⁵⁰ Die Zitate beziehen sich auf die Beurteilung des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes. Die vertrauliche Pressekonferenz erscheint nur in der *NZZ* in einem redigierten Bericht. *Tagwacht* und *Vaterland* übernehmen eine Agenturmeldung.

Mit dieser Argumentation wird die vom Bundesrat auf Antrag des EJPD am 13. April 1945 beschlossene Schliessung der Grenzen⁴⁵¹ für alle Leitmedien einsichtig legitimiert. Auch die *Tagwacht* zeigt sich über diese Massnahme befriedigt. Den von ihr in den Jahren 1945 und 1946 virulent verfolgten Säuberungsdiskurs aktualisierend, äussert die *Tagwacht* die Befürchtung, dass Alt-Bundesrat Musy nationalsozialistische „Schützlinge [...] hereinschmuggeln“ könnte oder dass „Kriegsverbrecher irgendwelcher Art“ das „Chaos“ an der nordöstlichen Grenze ausnützen und in die Schweiz einreisen könnten.⁴⁵²

Schon wenige Tage später ist die von allen Leitmedien geteilte Einschätzung, dass kein „Flüchtlingsandrang“ in grossem Masse zu erwarten sei,⁴⁵³ überholt. Nach Ansicht der *Neuen Zürcher Zeitung* droht nun das „Bächlein“ zu einem „Flüchtlingsstrom“ anzuschwellen.⁴⁵⁴ Vor allem die Grenzübergangsstellen Schleithen und Ramsen im Kanton Schaffhausen werden zum Zielort flüchtender Kriegsgefangener und Zwangsarbeiter, die die *Neue Zürcher Zeitung* als „Strom willkürlich entwurzelter Menschen“⁴⁵⁵ beschreibt. Alle Zeitungen teilen die Einschätzung, dass die „Flucht“⁴⁵⁶ oder auch „Abwanderung“⁴⁵⁷ dieser Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen aus Gründen der Sicherheit und der Lebensmittelknappheit von deutscher Seite erwünscht ist.

Trotz der Wahrnehmung eines Flüchtlingsstroms überwiegt eine Berichterstattung mit starken human-interest Bezügen, in der eine hilfsbedürftige Flüchtlingsgruppe, die vor allem aus Kriegsgefangenen, Zwangsarbeitern und in geringerem Berichterstattungsumfang auch aus befreiten KZ-Häftlingen besteht, einer hilfsbereiten Bevölkerung der schweizerischen Grenzregionen gegenübergestellt wird. Eingehend schildern die Zeitungen, welche „Gefühle diese ‘Unglücklichen’ beim Betreten der Schweiz haben“⁴⁵⁸: „Viele dieser Flüchtlinge weinen vor Freude, wenn sie auf Schweizerboden sind“⁴⁵⁹ – „sie freuen sich des Glücks ihrer Rettung und Geborgenheit in unserer Gaststube“.⁴⁶⁰ Vor dem Hintergrund einer anhaltenden „Flüchtlingsinvasion“⁴⁶¹ wird nun auch das Problem der

⁴⁵¹ Die Schliessung betraf die Grenzen im Norden, Osten und Süden der Schweiz. Davon ausgenommen waren einzelne Grenzübergangsstellen, an denen die Aufnahme von Flüchtlingen kontrolliert vor sich gehen sollte. Vgl. hierzu, Ludwig, *Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart*, S. 313f.

⁴⁵² *Tagwacht*, 14.4.45: „Grenzschutzmassnahmen“.

⁴⁵³ *Tagwacht*, 18.4.45: „Flucht in die Schweiz“.

⁴⁵⁴ NZZ, 18.4.45: „Die Flüchtlinge an der Nordgrenze“.

⁴⁵⁵ NZZ, 17.4.45: „Wachsender Andrang von Flüchtlingen an der Nordgrenze“.

⁴⁵⁶ NZZ, 18.4.45: „Die Flüchtlinge an der Nordgrenze“; *Tagwacht*, 18.4.45: „Flucht in die Schweiz“; *Vaterland*, 18.4.45: „Flüchtlingsandrang bei Schaffhausen“.

⁴⁵⁷ *Tages-Anzeiger*, 18.4.45: „Flüchtlinge an der Schaffhauser Grenze“.

⁴⁵⁸ *Tagwacht*, 3.5.45: „An der Schweizer Grenze“.

⁴⁵⁹ NZZ, 27.4.45: „Der Flüchtlingsandrang“.

⁴⁶⁰ *Vaterland*, 27.4.45: „Zeitgeschichte an der Basler Grenze“. Über die Freudensäusserungen der Franzosen schreibt das *Vaterland* im selben Artikel: „Unbeschreiblich ist die Freude der Heimkehrenden, unbeschreiblich der Jubel, ‘Vive la Suisse! Vive la France!’, der von den Caminons her durch die Strassen Basels tönt. Da und dort trocknen sich die Zuschauer die Tränen, die ihnen vom Mitgefühl erfasst, über die Wangen kullern ... Und immer wieder halt es zurück ‘Vive la Suisse! Vive la France!’.“

⁴⁶¹ Die NZZ vom 26.4.45: „Der Mittwoch an der Nordgrenze“: „Immer wieder kommen über den Feldweg kleine Flüchtlingsgruppen, begleitet von Schweizernoldaten. Sie schleppen ihr Handgepäck und ihre Emballagesäcke und achten kaum des herrlichen Frühlingbildes von pflügenden Bauern, grünen Wiesen und über grünem Halmmeer schwebendem Gold der Rapsblüten.“ Unter dem Titel: „Bericht von der österreichischen Grenze“ berichtet sie am 30.4.45: „Tag und Nacht pochen Tausende an die Tür des Schweizerlandes, um durchgelassen zu werden“; in Richtung St. Margrethen seien noch 6 - 8'000

Unterbringung der Flüchtlinge thematisiert.⁴⁶² Ausführlich berichten alle Zeitungen über die lebhafteste Anteilnahme der Bevölkerung am Schicksal der Flüchtlinge. So schildert beispielsweise das *Vaterland*, wie in Basel eine „grosse Menschenmenge [...] das traurige Schauspiel“ verfolgt, wenn die Flüchtlinge zur Untersuchung überbracht werden: „Sobald die Leute mit Hilfe der Militärorgane auf die Camions gebracht sind, wirft ihnen die Bevölkerung von der Strasse Zigaretten, Schokolade usw. zu. Dankbar nehmen sie alle diese für sie langentbehrten Sachen entgegen.“⁴⁶³ Von einer Reise durch das Grenzgebiet kann die *Neue Zürcher Zeitung* berichten, dass sie überall Zeuge einer in „fast zwangsläufigen Spontaneität“ ausgedrückten Hilfsbereitschaft gewesen sei.⁴⁶⁴ Die *Tagwacht* kann diese Hilfsbereitschaft kaum in Worte fassen: „Man muss mit dabei gewesen sein, [um zu er-messen,] mit welcher Hilfsbereitschaft die gesamte Bevölkerung sich der Flüchtlinge annahm.“ In diesem Zusammenhang werden auch 'kleine' Fälle grosser Hilfsbereitschaft thematisiert.⁴⁶⁵ Über die Zeitungen machen die Behörden auch auf die problematischen Seiten des Kontakts aufmerksam: Zum einen wird wiederholt auf die Gefahr der Übertragung von Krankheiten hingewiesen. Zum anderen wird festgehalten, dass sich die grosse Anteilnahme der schweizerischen Bevölkerung auch in Neugierde äussere, ein Verhalten, dass sich der „Würde und Haltung des Schweizervolkes“ verbiete. Wegen der vielen Schaulustigen habe man deshalb die Grenzzone bei Kreuzlingen „für alle Personen, die die Notwendigkeit ihrer Anwesenheit nicht nachzuweisen vermögen“ gesperrt.

Diese weitgehend unpolitische und hoch konsensuelle Berichterstattung wird möglich, da sie im überwiegenden Masse Flüchtlingskategorien beschreibt, die sich auf der Durchreise befinden resp. deren Weiterreise – ganz im Sinne der Transitland-Doktrin – unmittelbar zu erwarten ist. Anhand dieser Flüchtlinge lässt sich die humanitäre Tradition und die gastfreundliche Praxis der Schweiz problemlos illustrieren. Ein Kommentar von Pierre Béguin im *Journal de Genève* macht diesen Zusammenhang explizit. Ausgehend von der Feststellung, dass die Gaben des „Don Suisse“ nicht ausreichten, „si nous voulons mériter la réputation que nous revendiquons sans toujours assez de modestie“, fordert der Chef-

Flüchtlinge unterwegs. Die *Tagwacht* am 3.5.45: „An der Schweizer Grenze“: „Ein nicht enden wollender Strom von sogenannten Fremdarbeitern aus Deutschland ergiesst sich gegenwärtig durch die noch offenen Pforten in die Schweiz hinein.“

⁴⁶² Vgl. *Tagwacht*, 28.4.45: „An der Grenze“. Dabei wird auch das Verfahren bei der Beurteilung der Asylwürdigkeit und die Unterbringung der Flüchtlinge in Reinigungs- und Quarantänelagern beschrieben. Vgl. *Tages-Anzeiger*, 23.4.45; *NZZ*, 23.4.45; *Tagwacht*, 23.4.45: „Schliessung der Nord- und Ostgrenze“; *Vaterland*, 25.4.45; sowie *NZZ*, 24.4.45: „Der Verkehr mit Flüchtlingen“; *Tagwacht*, 25.4.45; *Vaterland*, 27.4.45: „Zeitgeschichte an der Basler Grenze“; *NZZ*, 26.4.45: „Der Mittwoch an der Nordgrenze“. Vor dem Hintergrund, dass die *NZZ* für das Kriegsende eine Zuspitzung der Lage und eine Zunahme der Flüchtenden erwartet, kommentiert die *NZZ* das Vorgehen folgendermassen: „Die schnelle, geordnete und doch humane Durchführung aller dieser Massnahmen ist nicht nur eine Pflicht der Menschlichkeit, sondern auch von grösster Wichtigkeit für die Sicherheit unseres Volkes und für das Ansehen das es später im Ausland geniessen wird.“ *NZZ*, 3.5.45: „Die militärische Lage unseres Landes“.

⁴⁶³ *Vaterland*, 27.4.45: „Zeitgeschichte an der Basler Grenze“.

⁴⁶⁴ *NZZ*, 26.4.45: „Der Mittwoch an der Nordgrenze“.

⁴⁶⁵ Vgl. auch *Tagwacht*, 26.4.45: „In der Zeltstadt der Flüchtlinge“: „Verbürgt ist auch der Vorfall, dass ein Zivilist am Sonntag seine Schuhe auszog und sie einem der Flüchtlinge gab, der seine Füsse mit Lumpen umhüllt hatte. Der Kiosk war in den Abendstunden des Sonntags ausverkauft und es gab weder Rauchwaren noch andere Dinge mehr zu kaufen. Alles war den Flüchtlingen zum Geschenk gemacht worden.“

redakteur des Genfer Blattes Grosszügigkeit bei der Aufnahme von Kriegsflüchtlings und Zwangsarbeitern :

„Le temps est passé où l'on pouvait se montrer timoré et minutieux à l'excès. Un large accueil nous ferait courir des réels dangers. Nous devons toutefois nous rendre compte que d'autres peuples en ont connu, jusque dans leur chair, de plus redoutables et que nous n'avons pas le droit de revendiquer en notre faveur le bénéfice exclusif d'une immunité absolue. Notre hospitalité peut être d'autant plus généreuse qu'elle serait provisoire et que la Suisse, en l'occurrence, ne servirait que de territoire de transit.“⁴⁶⁶

Politisch und den Konsens gefährdend wird die Berichterstattung erst dort, wo es um die Definition und den Umgang mit jenen Flüchtlingen geht, denen die Einreise in die Schweiz verweigert werden soll. Für die *Tagwacht* gehören hierzu die „halbe Direktion der Reichsbahndirektion Karlsruhe“ und der in der Maggi-Fabrik Singen „brutal und frech“ herrschende „Obernazi“ Weiss, deren gelungene Flucht in die Schweiz für das Blatt einen Skandal darstellt.⁴⁶⁷ Die *Neue Zürcher Zeitung* zählt Kollaborateure der Nationalsozialisten zu dieser Gruppe und bezeichnet sie als „politische[] und halbpolitische[] Flüchtlingsaspiranten, die das schweizerische Visum zu ergattern hoffen, um sich im neutralen Ausland von den Anstrengungen des Kollaborationismus erholen zu können“. Bei dieser „besondere[n] Kategorie“ kann das Blatt – den Konflikt entschärfend – „bekanntgeben, dass jeder Fall genau geprüft wird, und zwar nicht allein von den Grenzstellen, sondern von der eidgenössischen Fremdenpolizei selber“.⁴⁶⁸

Mit der Verlagerung des Kriegsgeschehens in Norditalien gerät die schweizerische Südgrenze vermehrt in den Vordergrund der Berichterstattung. Spezielle Beachtung wird dem verhinderten Grenzübertritt von Donna Rachele Mussolini, der Frau Benito Mussolinis, geschenkt.⁴⁶⁹ Während sich die *Tagwacht* diesbezüglich zurückhält, unterstützen die *Neue Zürcher Zeitung* und das *Vaterland* diese Rückweisung, obwohl das Verhalten der Behörden in der „Öffentlichkeit“ als stossend empfunden werde.⁴⁷⁰ Der *Tages-Anzeiger* hingegen verweist darauf, dass man „eine Person, die politisch in keiner Weise belastet ist, wie dies bei der Witwe Mussolinis zutreffen dürfte, an der Grenze zurückweist, während man der Tochter Mussolinis, von der es übereinstimmend heisst, dass sie eine grosse Schuld am Unglück unseres Nachbarlandes auf sich geladen habe und sich zudem des illegalen Grenzübertrittes schuldig gemacht hat, grosszügig Asyl gewährt“. Vor diesem Hintergrund fordert der *Tages-Anzeiger* den Bundesrat auf, seine Fehler bei der Asylgewährung Edda Cianos einzugestehen und sie nun des Landes zu verweisen.⁴⁷¹ Zeitgleich mit diesem Vorfall verschärft sich der Konflikt bezüglich der Definition und der

⁴⁶⁶ Journal de Genève, 6.4.45: „Le problème des réfugiés - Portes ouvertes“.

⁴⁶⁷ Tagwacht, 18.4.45: „Flucht in die Schweiz“.

⁴⁶⁸ NZZ, 24.4.45: „Berichte von der Nordgrenze“.

⁴⁶⁹ Agenturmeldungen vom 28.4.45 in der NZZ: „Die Familie Mussolinis an der Schweizergrenze zurückgewiesen“; Tagwacht: „Von der Schweiz zurückgewiesen“; Vaterland: „Die Familie Mussolinis zurückgewiesen“.

⁴⁷⁰ Vgl. NZZ, 4.5.45: „Frau Mussolini und Edda Ciano“; Vaterland, 5.5.45: „Die Familie Mussolini in der Schweiz“.

⁴⁷¹ Tages-Anzeiger, 5.5.45: „Die Zurückweisung der Frau Mussolinis“.

Aufnahme von asylwürdigen resp. -unwürdigen Flüchtlingen. Der *Tages-Anzeiger* und die *Tagwacht* beobachten die Aufnahmepraxis der schweizerischen Behörden zunehmend mit Misstrauen und befürchten, dass der Bundesrat von seiner bisherigen Linie abweicht und nun auch anderen „Unerwünschten“ Asyl gewähren könnte. Insbesondere die *Tagwacht* sieht sich dabei als ‘Hüterin’ des bisher verfolgten Kurses, alle „‘eingeflogene[n]’ oder eingeschlichene[n] Nazi und Fascisten“ rasch an die Grenze zu stellen.⁴⁷² Auch der *Tages-Anzeiger* radikalisiert seine Argumentationsweise. Das Forumsblatt stösst sich am „Massenmissbrauch[] des Gastrechtes eines friedlichen Landes“. Mit ein paar Ausweisungen sei es jetzt nicht getan: „Hier kann es nur eine Massenausweisung geben, damit ein für alle Male ein Exempel statuiert wird. Der liberale Rechtsgrundsatz in dubio pro reo [...] darf hier keine Geltung haben.“⁴⁷³ Die *Neue Zürcher Zeitung* und das *Vaterland* verlagern ihre Berichterstattung gegen das Ende der Berichterstattungsperiode hingegen auf die erfolgten Ausweisungen von „Nazi-Agenten“⁴⁷⁴

Kritisch äussert sich die *Sentinelle* zur Säuberungskampagne.⁴⁷⁵ Das sozialdemokratische Leitmedium der Romandie warnt seine Leser vor allem mit rechtsstaatlichen Argumenten davor, sich an dieser Kampagne zu beteiligen. Die Ablehnung ist darüber hinaus aber auch durch die Differenzsetzung zur PdA inspiriert, in der die *Sentinelle* die Urheberin der Kampagen ausmacht. Für das *Journal de Genève* wird die Angst vor unerwünschten Flüchtlingen („peur des indésirables“) vor allem von ausländischen Presseagenturen geschürt. Der antagonistischen Argumentationsfigur von humanitärer Schweiz und Staatsraison eine völlig neue Wendung gebend, stellt das Blatt der Abweisung unerwünschter Flüchtlinge die wichtigere Lebensrettung von nicht weiter bezeichneten Opfern gegenüber: „Entre la nécessité d’éliminer quelques centaines d’indésirables et la belle tâche qui consiste à sauver la vie de milliers de victimes, notre choix est fait. Nous saurons obéir à cette nécessité. Nous ne nous déroberons pas à cette tâche.“⁴⁷⁶

Die Berichterstattung über die Rückweisung an der Grenze von „indésirables“, Nationalsozialisten und Faschisten sowie deren Kollaborateure überschneidet sich auch in der

⁴⁷² Vgl. *Tages-Anzeiger*, 4.5.45: „Die Unerwünschten“; 24.5.45: „Die fällige Aufklärung“; 29.5.45: „Nie mehr trojanische Pferde“. Für die *Tagwacht* macht es aber den Anschein, dass der Bundesrat dabei gelähmt sei durch „zwei mächtige Organisationen in der Schweiz, durch das Rote Kreuz und die katholische Kirche“. Beide seien das „‘schweizerische’ Reduit für gewisse Nazi und Fascisten“ geworden. So sei im „frommen Freiburg [...] der Mussolini-Minister Bastianini untergekommen, er wird von den katholischen Brüdern, die ja für den Fascismus schwärmten – von Motta angeführt – gedeckt, denn er hält sich schon seit Monaten unter fremdem Namen in Freiburg auf. Das sollte einem Kommunisten, einem Juden, einem Sozialisten, ja nur einem Liberalen passieren!“ *Tagwacht*, 8.5.45: „Die Glosse – Nazi- und Fascistenreduit Schweiz?“ Die *Tagwacht* hofft dennoch „sehr, dass die Behörde diesen Leuten gegenüber, von denen die meisten während der Kriegsjahre ‘Heil Hitler!’ brüllten, einen strengen Massstab anlegen wird. Unsere Arbeiter, Angestellten sowie die Geschäftswelt haben es nicht nötig sich der Konkurrenz von derartigen Elementen auszusetzen. Unser Bedarf an eigenen Nazis und Fascisten genügt uns vollauf [...] In die letztere Gruppe gehören übrigens viele mit Schweizern verheiratete deutsche Frauen, die ein unschönes Kapitel für sich bilden. Leider darf man sie nicht über die Grenze stellen, obschon auch sie rabiate Anhänger Hitlers, seiner Politik und seiner Führermethoden waren und noch sind. Hütet euch am Morgarten!“ (*Tagwacht*, 14.5.45: „Teilorganisation der Fremdenpolizei“).

⁴⁷³ *Tages-Anzeiger*, 24.5.45: „Die fällige Aufklärung“.

⁴⁷⁴ *Vaterland*, 16.5.45: „Kein Asyl für Nazi-Agenten“.

⁴⁷⁵ *Sentinelle*, 19.9.45: „La ‘politique’ de l’épuration“.

⁴⁷⁶ *Journal de Genève*, 13.4.45: „La peur des indésirables“.

Romandie mit derjenigen über die 1946 als beendet bezeichnete „épuration politique“⁴⁷⁷ der Schweiz von hier wohnenden Personen der selben Kategorien. In erster Linie betreffen die Ausweisungen deutsche Nationalsozialisten und in kleinerem Masse italienische Faschisten.⁴⁷⁸

In der die Diskussion um die „épuration“ überlagernden, innenpolitischen Auseinandersetzung werfen *Liberté* und *Journal de Genève* denjenigen Linken, denen die „épurations“ zu wenig weit gingen, die selben Methoden wie ihren Gegnern vor: In der *Liberté* betrifft das „les gens d'extrême-gauche, les Giterman, les Miville, les Delberg, chercheurs d'emeute qui reprochent au Conseil fédéral de se montrer trop mou dans la poursuite des 'indésirables'. Ils exigent de lui qu'il agisse sans ménagement aucun, sans enquête préalable, sans faire de discrimination entre les différents cas personnels. En somme, ils voudraient que nous agissions selon les mêmes procédés sommaires qu'ils reprochent aux nazis.“⁴⁷⁹ Das *Journal de Genève* kann in diesem Fall auf den Genfer Nicole zurückgreifen: „Pour M. Nicole et ses amis, être fasciste ou philofasciste, c'est tout simplement, être pas communiste. [...] L'épuration est faite. Mais elle a été faite pour que nous puissions vivre, après comme devant en démocratie, et non point pour que d'autres reprennent sous un drapeau d'une couleur différente les méthodes des condamnés.“⁴⁸⁰

Einen besonders umfangreichen Anteil an dieser Phase belegt in der Romandie die Berichterstattung zu den sowjetischen Internierten.⁴⁸¹ Sie ist diskursiv eng verbunden mit der

⁴⁷⁷ Journal de Genève, 20.2.46: „Affaires suisses - Les expulsions sont terminées.“ Auch der Begriff der „indésirables“ bezeichnet im Laufe der Zeit sowohl die an der Grenze zurückgewiesenen als auch die aus dem Kanton bzw. der Schweiz ausgewiesenen unerwünschten Personen.

⁴⁷⁸ Liberté, 28.3.45: „Des Allemands de marque réfugiés à Constance?“; 13.4.45: „La peur des indésirables“; 25.4.45: „Le maréchal Pétain se rend à ses juges - M. Laval refusé à la frontière suisse“; 30.4.45: „A propos d'un indésirable“; 1.5.45: „La princesse Marie-José quitte la Suisse“; 2.5.45: „A nos frontières“; 5.5.45: „Le refoulement de Mme Mussolini“; 7.5.45: „La duchesse d'Aoste en Suisse“; 8.5.45: „Les dernières alertes - Le grand Mufti refoulé“; 25.5.45: „Des expulsions“; 4.6.45: „Les expulsions“; 5.6.45: „Les cas Volpi, Alfieri, Bastianini et Ciano“; 5.6.45: „Les expulsions“; 6.6.45: „Les expulsions“; 7.6.45: „La chasse aux suppôts de l'Axe“; 12.6.45: „Les suicides nazistes“; 14.6.45: „Comment Mme Ciano est entrée en Suisse“; 15.6.45: „Les suicides nazistes“; 9.7.45: „Les expulsions au Tessin“; 11.7.45: „Des collaborationnistes expulsés“; 27.7.45: „Les expulsions d'Allemands indésirables“; Journal de Genève, 25.4.45: „Les indésirables“; 17.5.45: „La Suisse et l'épuration“; 5.6.45: „Les 'cas' des réfugiés italiens“ [Stellungnahmen des Bundesrats zu Volpi, Alfieri, Bastianini, Edda Ciano]; 26.5.45: „E.puration“; 15.6.45: „Les difficultés de l'épuration“; 4.7.45: „Le chapitre de l'épuration“; 11.7.45: „L'expulsion de deux collaborationnistes“; 15.7.45: „A propos de quelques indésirables“; 31.7.45: „Expulsions de nazis et de fascistes“; 20.12.45: „Encore l'épuration“.

⁴⁷⁹ Liberté, 28.6.45: „Les embarras que nous causent nos bonnes actions“.

⁴⁸⁰ Journal de Genève, 26.5.45: „L'épuration“.

⁴⁸¹ Liberté, 16.6.45: „Des calomnies soviétiques contre la Suisse“; 19.6.45: „Un ouvrier assassiné par deux internés russes“; 25.6.45: „Comment la „Pravda“ répond aux déclarations de M. Petitpierre“; 27.6.45: „La question des internés russes“; 7.7.45: „Suisse et Russie“; 25.7.45: „Fribourg. Les internés russes du camp d'Echarlens“; 2.8.45: „Le rapatriement des soldats russes“; 9.8.45: „Affaires suisses - Le rapatriement des internés russes“; 10.8.45: „Des Russes nous quittent“; 18.8.45: „Affaires suisses - Les Russes qui ne veulent pas partir“; 20.8.45: „Le rapatriement des Russes“; 1.9.45: „Les Russes sont partis“; 19.9.45: „Pour ceux qui veulent rentrer en Russie“; 1.10.45: „L'enquête sur les internés russes“; Journal de Genève, 2.3.44: „Résultat de l'enquête sur deux internés tués“; 29.4.45: „Des réfugiés russes à Lausanne“; 20.6.45: „Les soldats et internés russes“; 21.6.45: „Politique de clarté [erste Ansprache von Petitpierre vor dem Nationalrat] Russes, allez voir sur place comment on traite vos internés“; 26.6.45: „Les accusations soviétiques contre la Suisse“; 27.6.45: „Espoir de détente“; 4.7.45: „Où il est question d'un interné russe en fuite et d'un gendarme“; 9.8.45: „Vers le rapatriement des internés russes“;

Entwicklung der belasteten sowjetisch-schweizerischen Beziehungen. Die mit Entrüstung zitierten Vorwürfe der sowjetischen Presse an Petitpierre werden von der *Liberté* als völlig haltlos („avec une mauvaise foi criante, et que nous n'aurions pas cru possible“) bezeichnet. „Le monde entier sait pertinemment que [...] les internés russes sont traités chez nous humanement, et que nous sommes heureux de leur rendre service.“⁴⁸² Mit der teilweisen Veröffentlichung der in der Zeitung *Volk und Armee* erstmals publizierten Anklagen gegen Lagerverantwortliche in der *Liberté* wachsen jedoch Zweifel an der Integrität der „fonctionnaires responsables“: „Y a-t-il de plus grands abus? Nous voulons être au fait“.⁴⁸³

Auch in den Leitmedien der Deutschschweiz wird die sowjetische Kritik an der Behandlung von Internierten zurückgewiesen.⁴⁸⁴ Dabei übernehmen die Zeitungen vor allem Agenturberichte, in denen das Vorgehen des Bundesrates als ruhig und überlegt dargestellt wird.⁴⁸⁵ Zudem berichten sie über die Dankbarkeit der in der Schweiz internierten Russen und setzen damit einen Kontrapunkt zu den in der *Iswestija* geäußerten Anschuldigungen über die „angebliche schlechte Behandlung“.⁴⁸⁶ Die in der sowjetischen Presse vorgebrachten Vorwürfe über angeblich unhaltbare Zustände werden von den untersuchten Zeitungen unisono zurückgewiesen und für haltlos erklärt. Damit folgen alle Blätter der bundesrätlichen Haltung.⁴⁸⁷ Aufgrund eigener Recherchen kommt die *Tagwacht* zum Schluss, dass es bei den von der *Iswestija* angeprangerten Vorfällen um bereits zwei Jahre zurückliegende und nun bereits militärgerichtlich verfolgte Einzelfälle handelt. Für das sozialdemokratische Blatt „liegt die Vermutung sehr nahe, dass die gemachten Vorwürfe – schweizerischen Ursprungs sind und [...] russischen Internierten in den Mund gelegt wurden.“⁴⁸⁸ Wenige Tage danach benennt das *Vaterland* den schweizerischen Kommunisten und Mitarbeiter der Agentur-Tass, Léon Nicole, als Urheber der Meldung. Das *Vaterland* zeigt sich befriedigt darüber, dass der Bundesrat die Bundesanwaltschaft beauftragt, eine Strafuntersuchung gegen diesen „Helfershelfer der Sowjetunion gegen die Schweiz“ einzuleiten.⁴⁸⁹

11.8.45: „Premier départ d'internés russes“; 14.8.45: „L'enquête sur le traitement des internés soviétiques“.

⁴⁸² *Liberté*, 28.6.45: „Les embarras que nous causent nos bonnes actions“.

⁴⁸³ *Liberté*, 18.7.45: „La vérité avant tout!“.

⁴⁸⁴ Vgl. Kap. 7.2.

⁴⁸⁵ Vgl. auch *Vaterland*, 16.5.45: „Ausweisungen und Flüchtlinge“; 16.5.45: „Die 'Säuberung' im Tessin“; NZZ, 15.5.45: „Flüchtlinge und Ausweisungen“; 16.5.45: „Die Heimschaffung italienischer Flüchtlinge“; 16.5.45: „Fremdenpolizei und Wohnungsnot“.

⁴⁸⁶ Vgl. NZZ, 8.5.45: „Die Behandlung der russischen Kriegsgefangenen“; *Vaterland*, 8.5.45: „Eine Erklärung russischer Internierter“. In dieser Erklärung bedanken sich russische Internierte für die ihnen „gewährte Gastfreundschaft“ in der Schweiz.

⁴⁸⁷ Vgl. NZZ, 17.4.45: „Neue russische Anschuldigungen gegen die Schweiz“; *Tagwacht*, 18.4.45: „Das muss abgeklärt werden. Russische Gefangene in der Schweiz misshandelt?“. Vgl. *Vaterland*, 18.4.45: „Einfältige russische Hetze“; NZZ, 19.4.45: „Die Behandlung der russischen Internierten“; *Tagwacht*, 19.4.45: „Zu den neuesten russischen Vorwürfen“; *Tages-Anzeiger*, 20.4.45: „Grundlose Kritik“.

⁴⁸⁸ *Tagwacht*, 19.4.45: „Zu den neuesten russischen Vorwürfen“. Diese Vermutung wird auch von der NZZ vertreten. Vgl. NZZ, 20.4.45: „Die Behandlung der russischen Internierten“.

⁴⁸⁹ *Vaterland*, 20.4.45: „Der Bundesrat weist die russischen Angriffe zurück“. Sowie *Vaterland*, 8.5.45: „Die Konspirationen Nicoles“.

5.7 Interniertenskandale 1945/46

In dieser letzten Phase intensivierter Berichterstattung über flüchtlingsrelevante Ereignisse und Themen stehen zwei Kommunikationsereignisse im Zentrum, die sich retrospektiv mit Vorfällen im Interniertenwesen während des Krieges befassen. Das erste Kommunikationsereignis wird durch die Aufdeckung von Betrugs- und Bestechungsfällen im Eidgenössischen Kommissariat für Internierung und Hospitalisierung (EKIH) ausgelöst und entfaltet seine Dynamik als „Korruptionsskandal“ entlang medialer Enthüllungen, parlamentarischer Debatten, der Berichte der Untersuchungskommission sowie der Gerichtsverhandlung. Damit durchläuft die Berichterstattung die klassischen Phasen eines erfolgreichen, auf das politische System durchschlagenden Skandals. Das zweite, kleinere Kommunikationsereignis, die „Misshandlung der Internierten“, schliesst an die Diskussion der Behandlung russischer Internierter im vorangegangenen Sommer an und wird ausschliesslich in der Deutschschweiz Gegenstand einer kontroversen Debatte, die vom *Tages-Anzeiger* und der *Tagwacht* lanciert wird.

Die Berichterstattung wird primär durch Beiträge in Medien, die nicht zur leitmedialen Arena gehören, angestossen⁴⁹⁰ und erfährt durch die Diskussionen im Parlament wie auch durch die eingeleiteten Prozesse gegen Angehörige des EKIH neue Impulse.⁴⁹¹ Die Interpellation Sprecher, die die Rolle der Pressezensur im Internierungsbereich problematisiert, löst im *Tages-Anzeiger* und in der *Tagwacht* eine Debatte um die Rolle von Zensur und Presse aus: Die Zensur wird von beiden Zeitungen kritisiert und mitverantwortlich dafür gemacht, dass sich die Missstände im Internierungswesen so lange ungehindert hätten ausbreiten können.⁴⁹² Der *Tages-Anzeiger* sieht in der Antwort Bundesrat Ko-

⁴⁹⁰ Anlass für die Interpellation Sprecher (Demokrat, GR) ist einerseits ein zensurierter Artikel in der Zeitung „Volk und Armee“ über die Misshandlung von russischen Internierten und andererseits ein zensurierter Artikel der „Bülacher und Dielsdorfer Wochenzeitung“, in dem das Blatt u.a. über eine „Wasserzelle“ in der Thurgauer Anstalt Kalchrain mutmasste, worin militärische Strafinternierte „gequält“ worden seien. Vgl. u.a. *Tages-Anzeiger*, 14.12.45: „Die Verwirrung der Begriffe“ und NZZ, 13.12.45: „Nationalrat. Die Vorgänge beim Interniertenwesen“. Die Zeitung „Volk und Armee“ löste durch ihren Artikel über die „Schmiergelder von Lieferanten“ an EKIH-Mitarbeiter die Interpellation Huber aus. Der Artikel rekurrierte v.a. auf die Person des Materialverwalters HD Meyerhofer, der einen besonders schlechten Leumund besitze. Vgl. *Tages-Anzeiger*, 8.12.45: „Im Bundeshaus wird bestätigt“; NZZ, 7.12.45: „Schwere Verfehlungen im Interniertenwesen“ und Vaterland, 10.12.45: „Ein Korruptionsskandal im Internierungswesen“. Im Januar 1946 stösst die „Nation“ einen weiteren „Skandal“ im EKIH („Liebesgabenpakete“ des Oberst Stingelin) an, worauf die NZZ explizit hinweist (vgl. NZZ, 26.1.46: „Die Untersuchung der Verhältnisse bei der Internierung“).

Vgl. auch Kap. 7.3.

⁴⁹¹ Exemplarisch zur Nationalratsdebatte: NZZ, 13.12.45: „Nationalrat: Die Vorgänge beim Interniertenwesen“. Der Prozess gegen Hauptmann Béguin wegen verschiedener Betrugs- und Veruntreuungsdelikte im Internierungswesen beschäftigt die Zeitungen in der zweiten Hälfte des Februars. Vgl. die täglichen Artikel aller Zeitungen vom 19. bis 23.2.46, z.B. *Tagwacht*, 21.2.46: „Kabinetts der gescheiterten Existenzen?“ oder NZZ, 20.2.46: „Der Fall des Hptm. Béguin vor Divisionsgericht 8.“

⁴⁹² Vgl. *Tages-Anzeiger*, 8.12.45: „Im Bundeshaus wird bestätigt“. Das EKIH sei „schon seit Aufhebung der Pressezensur im Sommer dieses Jahres wiederholt Gegenstand der Kritik. [...] Schon lange wurde im Volke gemunkelt, dass bei der Internierung nicht alles stimme. Wären die Zeitungen infolge der Zensur nicht zum Stillschweigen genötigt gewesen, hätten sie auf solche dunklen Punkte hinweisen können und die Dinge hätten mindestens nicht so weit gedeihen können. Aber gerade diejenigen Leute in der Armee, in deren Befehlsbereich die Internierung gehörte, waren die entschiedensten Gegner der Pressekritik in Armeefragen.“ Ähnlich: *Tages-Anzeiger*, 13.12.45: „Die Misswirtschaft beim Internierungskommissariat“: „Das wahre Gesicht der Internierung war ein trübes. Man hat es der Öffentlichkeit planmässig

belts⁴⁹³ auf die Interpellation Sprecher einen „Skandal ersten Ranges, aus dem nur allzu deutlich hervorgeht, wieweit die unheilvolle Verwirrung der Begriffe über die Rechte und Pflichten der Presse schon bei unseren Behörden bis hinauf zum Bundesrat um sich griff.“⁴⁹⁴ Die NZZ druckt die Interpellation Sprecher und die Rechtfertigung der Zensur durch den Bundesrat unkommentiert ab.⁴⁹⁵

Die beiden Hauptthemen dieser Verdichtungsphase, der „Korruptionsskandal“ einerseits und die Frage nach der Behandlung der Internierten andererseits, werden in den Leitmedien der Deutschschweiz von zwei sich relativ gut abgrenzbaren „Meinungslagern“ je unterschiedlich gedeutet und quantitativ in der Berichterstattung unterschiedlich berücksichtigt. Nachdem sie anfänglich vor allem den „Korruptionsskandal“ thematisierten, legen die *Tagwacht* und der *Tages-Anzeiger* den Schwerpunkt immer mehr auf die Frage der Behandlung der Internierten, während die *Neue Zürcher Zeitung* und das *Vaterland* diese Fragen mit der Stellungnahme Kobelts Mitte Dezember für abgeschlossen halten.⁴⁹⁶ Erst beim Prozess Béguin in der zweiten Hälfte Februar 1946 sehen *Neue Zürcher Zeitung* und *Vaterland* sich gezwungen, wieder Stellung zu nehmen.⁴⁹⁷ Besonders die *Tagwacht* skandalisiert im Kontext des Prozesses Béguin⁴⁹⁸ die Nichtthematisierung und die unterlassene Verfolgung der „Misshandlung“ der russischen Internierten.⁴⁹⁹ Aber auch der *Tages-Anzeiger* sieht den Prozess Béguin im Rahmen der Misshandlung der Internierten.⁵⁰⁰ Demgegenüber behandeln *Neue Zürcher Zeitung* und *Vaterland* die zwei Themen unabhängig voneinander.

vorenthalten. Mit dem Russenprotokoll erfuhr das Volk erstmals einen Teil der Wahrheit.“ Und 22.12.45: „Straflager Wauwilermoos“: Hier spricht der Tages-Anzeiger vom „eisernen Vorhang“ der Zensur.

⁴⁹³ Bundesrat Kobelt ist als Vorsteher des Eidgenössischen Militärdepartements seit Juni 1944 zuständig für das EKIH.

⁴⁹⁴ Vgl. Tages-Anzeiger, 14.12.45: „Die Verwirrung der Begriffe – Hier irrte Bundesrat Kobelt.“ Die NZZ druckt die Stellungnahme Kobelts zur Interpellation Sprecher vollständig ab: „Es trifft nicht zu, dass offensichtliche Fehler und Mängel verheimlicht und ‘verantwortungsbewusste Journalisten’ und Offiziere militärgerichtlich verfolgt werden. Fehler und Mängel können am besten dadurch behoben werden, dass sie den zuständigen und verantwortlichen Stellen gemeldet werden. Wenn solchen Meldungen keine Beachtung geschenkt werden sollte, dann allerdings ist der Weg in die Oeffentlichkeit heilsam. Die Verbreitung unkontrollierter und falscher Gerüchte schafft Unrecht und schadet dem Lande. Die Oeffentlichkeit hat aber ein Anrecht darauf, über tatsächliche Fehler, Mängel und Missstände aufgeklärt zu werden.“ Der Militärrichter habe aber laut Kobelt „die Haltlosigkeit dieser Anklage [der Zeitung] festgestellt und den Redaktor wegen fortgesetzter vorsätzlicher Gerüchtemacherei mit einer bedingt ausgesprochenen Gefängnisstrafe belegt.“ Vgl. NZZ, 13.12.45: „Bundesrat Kobelt über die Vorgänge beim Interniertenwesen“.

⁴⁹⁵ Vgl. NZZ, 13.12.45: „Nationalrat. Die Vorgänge beim Interniertenwesen“. Nationalrat Sprecher hält in seiner Begründung der Interpellation u.a. fest, die Zensurfälle seien „dem Ansehen der schweizerischen Demokratie auch in der Welt draussen kaum förderlich“; vgl. NZZ, 12.12.45: „Nationalrat. Die Verhältnisse im Interniertenwesen“.

⁴⁹⁶ Vgl. NZZ, 13.12.45: „Bundesrat Kobelt über die Vorgänge beim Interniertenwesen“.

⁴⁹⁷ Vgl. NZZ, 19.2.46: „Der Fall des Hptm. Béguin vor Divisionsgericht 8“; Vaterland, 22.2.46: „Die Russen und der Prozess gegen Hauptmann Béguin“.

⁴⁹⁸ Der Prozess gegen den ehemaligen Lagerkommandanten Hauptmann Béguin findet vom 19. bis 21.2.1946 statt und ist eine Folge der Untersuchung der „Korruptionsaffäre“ im EKIH. Die Anklage berührt nicht die Frage der „Misshandlung“ von Internierten, etwa die „Hundehetze“ im Lager Wauwilermoos, dessen Kommandant Béguin war, sondern Betrugs- und Bestechungsdelikte. Vgl. u.a. Tagwacht, 19.2.46: „Wauwilermoos“.

⁴⁹⁹ Vgl. Tagwacht, 20.2.46: „Der Skandal von Wauwil“.

⁵⁰⁰ Vgl. Tages-Anzeiger, 20.2.46: „Der Prozess Béguin“.

Die Deutschschweizer Medien richten ihr Augenmerk vor allem auf die Frage nach den „Hauptschuldigen“ bzw. den „Hauptopfern“ der Vergehen und Verbrechen im Internierungswesen: Mit der Deutung des Internierungsskandals als „Korruptionsskandal“ werden vor allem Schweizer Akteure respektive die Schweiz als Opfer thematisiert: Die „Steuerzahler“⁵⁰¹, die Ehre der „Heimat“ oder der „Schweiz“ im In- und Ausland⁵⁰², das Ansehen der Schweizer Armee und damit auch der Schweiz⁵⁰³ oder „unser guter Ruf“⁵⁰⁴ hätten unter dem Skandal zu leiden. Ausländische Internierte bleiben im „Korruptionsskandal“ weitgehend unerwähnt.⁵⁰⁵

Auch um die Definition der Hauptverantwortlichen im „Korruptionsskandal“ findet ein heftiger Kampf zwischen der *Tagwacht* (und z.T. dem *Tages-Anzeiger*) einerseits und der *Neuen Zürcher Zeitung* respektive dem *Vaterland* andererseits statt. Die *Tagwacht* deutet die Affäre von Beginn an im Rahmen einer Klassenkampfsemantik: Der HD Meyerhofer, der ehemalige Leiter der Materialverwaltung im EKI, diene den Hauptverantwortlichen, der ganzen Armeespitze (die „Obersten“) und der politischen Führung (Bundesrat Kobelt und dem EMD) als „Sündenbock“.⁵⁰⁶ In dieser Perspektive wird der Korruptionsskandal dem sozialdemokratischen Organ zur eigentlichen „Affaire Kobelt“. In einer umfangreichen Berichterstattung, in der die Internierten kaum noch ein Thema sind, skandalisiert die *Tagwacht* nun die Vettern- und Misswirtschaft im Eidgenössischen Militärdepartement.⁵⁰⁷

Der *Tages-Anzeiger* weist die Hauptverantwortung den „Obersten“ zu, die ihre Kontrollpflicht nicht wahrgenommen hätten.⁵⁰⁸ Die *Neue Zürcher Zeitung* und das *Vaterland* verteidigen hingegen Bundesrat und Armeeführung und machen die Verantwortung bei Einzelpersonen, wie etwa HD Meyerhofer fest.

Auch im zweiten Skandal, der die Behandlung der Internierten in den Lagern zur Diskussion stellt, ist die Suche nach den Schuldigen bzw. deren Opfern das zentrale Thema. Als Opfer identifizieren die *Tagwacht* und der *Tages-Anzeiger* vor allem die russischen, jugoslawischen und (v.a. beim *Tages-Anzeiger*) die polnischen wie auch italienischen Inter-

⁵⁰¹ Vgl. *Tages-Anzeiger*, 8.12.45: „Ein Korruptionsskandal“; *Tagwacht*, 11.12.45: „Das Departement Kobelt steht zur Diskussion II“.

⁵⁰² Vgl. *Tages-Anzeiger*, 8.12.45: „Ein Korruptionsskandal“; *NZZ*, 21.2.46: „Der Fall des Hptm. Béguin vor Divisionsgericht 8“; *Tages-Anzeiger*, 21.2.46: „Das Urteil im Prozess Béguin“; *Vaterland*, 21.2.46: „Der Prozess Hauptmann Béguin - Ein verdient scharfes Urteil“.

⁵⁰³ Vgl. *Vaterland*, 10.12.45: „Ein Korruptionsskandal im Internierungswesen“; 21.2.46: „Der Prozess Hauptmann Béguin - Ein verdient scharfes Urteil“.

⁵⁰⁴ Vgl. *Tages-Anzeiger*, 22.12.45: „Der Internierungsskandal“.

⁵⁰⁵ Eine Ausnahme macht dabei die *Tagwacht*, als sie gegen den Ausspruch Bundesrat Kobelts: „Die fremden Nationen (Internierten) kamen nicht zu Schaden“, polemisiert, indem sie Beispiele bringt, die Kobelts Aussage widerlegen sollen. Vgl. *Tagwacht*, 17.12.45: „Skandalöse Misswirtschaft bei 'Material und Fürsorge'“.

⁵⁰⁶ Siehe stellvertretend für viele *Tagwacht*, 10.12.45: „Das Departement Kobelt steht zur Diskussion“. (Vierteilige Artikelserie bis zum 13.12.45).

⁵⁰⁷ Vgl. das Medienereignis „Affäre Kobelt“, das sich 1945 an der dritten Stelle der Medienereignishierarchie der *Tagwacht* findet. Ein Jahr später wird das gleiche Thema als „Misswirtschaft und Korruption in der Kriegswirtschaft“ nochmals prominent aufgenommen (Rang 5).

⁵⁰⁸ Als es aber 1947 zwischen Februar und August zum Prozess gegen HD Meyerhofer, seine Geschäftspartner und die vorgesetzten Offiziere kommt, gibt der *Tages-Anzeiger* diese Deutung auf und exkulpiert die Vorgesetzten Meyerhofers. Letzterer wird als Hauptschuldiger vorgeführt. Vgl. u.a. *Tages-Anzeiger*, 30.7.47 sowie das gesamte Medienereignis „Korruptionsfall Meyerhofer und Konsorten“, das beim *Tages-Anzeiger* 1947 den ersten Rang einnimmt.

nierten, mit denen sich die Berichterstatter solidarisieren. Beide Zeitungen machen zudem das Schweizer Volk, die einfachen Leute und die kritischen Medienstimmen gemeinsam mit den Internierten zu Opfern. Die Verantwortung für die Vorfälle im Interniertenwesen sowie ihre späte Aufdeckung sieht der *Tages-Anzeiger* beim „Geist von oben“, bei den „Zensurbehörden“⁵⁰⁹, bei der „Bürokratie“ sowie bei den „Obersten“. Die *Tagwacht* erklärt diese Affären mit demselben Deutungsmuster, mit dem das Blatt schon die Flüchtlingspolitik – insbesondere im Jahr 1942 – interpretierte: Volk und humanitäre Tradition stehen der bürgerlichen Herrschaft und der Bürokratie gegenüber.⁵¹⁰ Gegen diese Interpretation stellen sich die *Neue Zürcher Zeitung* und das *Vaterland*. Sie vertreten die Position des Bundesrates und verweisen sowohl bei der Interpellation Sprecher als auch in der Berichterstattung über den „Prozess Béguin“ auf das Schlussprotokoll der russisch-schweizerischen Untersuchungsdelegation.⁵¹¹ In diesem Protokoll sei die Angelegenheit der Misshandlung der Internierten abschliessend und zur Zufriedenheit sowohl der Sowjetunion als auch der Schweiz behandelt worden. Die Internierten werden darin nicht nur als Opfer, sondern immer auch als Täter dargestellt.⁵¹²

Das *Vaterland* reagiert zudem auf die Kritik an der Armeespitze und den Vorwurf der „unmenschlichen Behandlung der russischen Internierten“ mit einer Gegenkritik, die „einen Teil der sozialistischen Presse“, den „Vorwärts“ und die Partei der Arbeit (PdA) als 5. Kolonne resp. „Partei des Auslandes“ skandalisiert.⁵¹³ Die Diskussion um die Flüchtlinge und Internierten in der Schweiz wird so in die sich immer deutlicher abzeichnende Bipolarisierung der Welt im Zeichen des Kalten Krieges eingebettet.

⁵⁰⁹ Vgl. *Tages-Anzeiger*, 14.12.45: „Die Verwirrung der Begriffe – Hier irrte Bundesrat Kobelt“. Einzig im Bereich der Zensur stellt der *Tages-Anzeiger* auch eine „Verwirrung der Begriffe“ beim Bundesrat fest, den er sonst nicht verantwortlich macht für die Missstände im Internierungswesen.

⁵¹⁰ Vgl. Kap. 7.1.

⁵¹¹ Vgl. Kap. 7.2.

⁵¹² Vgl. u.a. NZZ, 19.2.46: „Der Fall des Hptm. Béguin vor Divisionsgericht 8.“ und *Vaterland*, 22.2.46: „Die Russen und der Prozess gegen Hauptmann Béguin.“

⁵¹³ *Vaterland*, 22.2.46: „Die Russen und der Prozess gegen Hauptmann Béguin“.

6 Neue Schweiz

Mit der Kriegswende im Winter 1942/43 schwindet in der Wahrnehmung aller Leitmedien der Schweiz die Bedrohung durch das nationalsozialistische Deutschland sukzessiv.⁵¹⁴ Dies zeigt sich insbesondere daran, wie die Zeitungen den Kriegsverlauf und das daraus abgeleitete Scheitern des nationalsozialistischen Machtanspruchs auf eine neue Weltordnung mit der nun erwachenden Debatte um die Nachkriegszeit verknüpfen. Jene Beiträge, die sich mit einer möglichen Nachkriegsordnung der Schweiz und ihrer Positionierung in der Welt auseinandersetzen, beziehen sich kaum mehr auf Entwürfe aus der nationalsozialistischen Einflusssphäre. Referenzgrösse ausserhalb der Schweiz bilden nun in erster Linie ordnungspolitische Diskussionen im angelsächsischen Raum. Mit der Erosion der im Laufe des Krieges durch die mehrheitlich konsensuelle Bedrohungswahrnehmung stabilisierten Erwartungsstrukturen erscheint die Zukunft erneut gestaltbar. Dies zeigt sich am deutlichsten in den innenpolitischen Diskussionen. Gerade weil die konkordanzdemokratische Bewältigung der Krise der 30er Jahre durch die Geistige Landesverteidigung wesentlich auf der Etablierung von Differenzsemantiken zum nationalsozialistischen und faschistischen Ausland beruht, wird nun mit dem Verlust der diese Differenzsemantiken plausibilisierenden Bedrohungswahrnehmung die Geistige Landesverteidigung selbst brüchig. Die schweizerische „Willens- und Schicksalsgemeinschaft“ wird auf ihren wirtschafts- und sozialpolitischen Minimalkonsens zurückgeworfen. Dieser scheint den sich ändernden Erwartungshaltungen der politischen Akteure jedoch nicht mehr zu genügen. Der schweizerische Sonderfall verliert mit dem Wandel der äusseren Bedrohungslage die Massstäbe, die ihn zu einem bewahrens- und verteidigungswerten Ganzen geschmiedet hatten.⁵¹⁵ Insbesondere von der Sozialdemokratie wird die Legitimität des gesellschaftspolitischen Arrangements und der innenpolitischen Machtverteilung in Frage gestellt. Die von ihr Ende 1942 initiierte Debatte um eine sozialistische Neue Schweiz destabilisiert den Konsens, indem sie die Defizite des konkordanzdemokratischen Kompromisses ausgangs der 1930er Jahre offen legt und darüber hinausgehend die Zukunft der schweizerischen Gesellschaftsordnung auf eine neue Weise zur Diskussion stellt. Als defizitär erscheint der der Geistigen Landesverteidigung zugrunde liegende Kompromiss in dreifacher Hinsicht:⁵¹⁶ Der Konsens in der Frage der Landesverteidigung und das Neuarrangement des Verhältnisses zwischen Staat und Wirtschaft auf der Basis der geplanten Wirtschaftsartikel in der Bundesverfassung und der praktizierten Kriegswirtschaft können die fehlende Konzeptualisierung präziser politischer Leitlinien nicht weiterhin ersetzen und offenbaren ein wesentliches *programmatisches Defizit*. So herrscht über die Rolle des Bundes und die präzise Ausgestaltung der Sozial- und Wirtschaftspolitik weiterhin zwischen und auch in den politischen Milieus Uneinigkeit und Unklarheit. Dies gilt nicht nur für die Notrechtspraxis des Bundes, sondern ganz allgemein für die Verfahren der politischen Entscheidungsfindung. Zudem harrt die Integration der Sozialdemokratie auf Bun-

⁵¹⁴ Vgl. Kapitel 3.3. Die Bedrohungswahrnehmung im Sommer 1940 konnte ihrerseits an die durch die intensive Beobachtung der Entwicklung in Deutschland und Österreich 1933 und 1934 ausgelöste Differenzsetzung der Schweiz zu den totalitären Regimes in ihrer Nachbarschaft anschliessen.

⁵¹⁵ Vgl. Imhof, Das kurze Leben der geistigen Landesverteidigung, S. 53f.

⁵¹⁶ Vgl. zu den folgenden Ausführungen ebenda, S. 71-83.

desebene weiterhin einer Klärung. Letzteres Faktum bildet zugleich auch das wesentliche *institutionelle Defizit*. Die Wiederentdeckung der Vorteile einer demokratisch strukturierten Gesellschaft in der Mitte der 30er Jahre und die Etablierung der Schicksals- und Widerstandsgemeinschaft der Geistigen Landesverteidigung verdanken sich wesentlich der katalytischen Wirkung der gemeinsamen äusseren Bedrohungswahrnehmung. Durch den Kriegsverlauf und den damit verbundenen Bedrohungsverlust verliert die Geistige Landesverteidigung ihren Entstehungskontext. Damit wird die Fragilität der gemeinsamen ideellen Basis offensichtlich. Deren *ideologische Defizite* lassen unter der linken, erneut klassenantagonistisch aufgeladenen Kritik an der „Burgfriedenspolitik“ und der „Ideologie der Herrschenden“ den Vorrat an Gemeinsamkeiten zwischen Sozialdemokratie und Bürgertum schwinden.

Dieses Kapitel analysiert die schwindende Bedrohungswahrnehmung und die unterschiedlichen Reaktionen der politischen Milieus. Die Sozialdemokratie, die von den programmatischen wie institutionellen Defiziten der Geistigen Landesverteidigung besonders betroffen ist, revitalisiert angesichts der durch das absehbare Kriegsende eröffneten Handlungsspielräume ihre Oppositionsrolle (Kapitel 6.1) und lanciert mit ihrem Programm „Neue Schweiz“ eine noch während des Krieges vor allem in der Deutschschweiz intensiv geführte Diskussion um die Wirtschafts- und Sozialpolitik der schweizerischen Nachkriegsgesellschaft (Kapitel 6.2). Die eidgenössischen Wahlen 1943 und die 1944 und 1945 weitergeführten sozialpolitischen Debatten um die Ausgestaltung der AHV, die Familienpolitik und die Wirtschaftsartikel offenbaren ein beständiges Schwanken der einzelnen politischen Milieus zwischen anhaltendem kommunikativem Dissens und lösungsorientierter politischer Praxis (Kapitel 6.3). Die von Teilen der Sozialdemokratie und der erstarkenden neuen, linkssozialistischen Sammlungsbewegung Partei der Arbeit (PdA) deklarierte „Staatskrise“ angesichts der Weigerung der Sowjetunion, diplomatische Beziehungen mit der Schweiz aufzunehmen, und der daraufhin erfolgte Rücktritt Pilet-Golaz' wie die mit dem Jahr 1945 intensiv einsetzende Säuberungsdiskussion markieren Etappen in diesem Prozess innenpolitischer Polarisierung (Kapitel 6.4). In ihrem Verlauf etabliert sich die Partei der Arbeit (PdA) als neue Kraft links der Sozialdemokratie und wird als Feind in den eigenen Reihen zum Bezugspunkt, an dem sich die politischen Milieus der Schweiz neu ausrichten, um – unter veränderten geopolitischen Rahmenbedingungen – schliesslich zu einem neuen Basiskonsens zurückzufinden.

6.1 *Erosion der Bedrohungswahrnehmung und Revitalisierung der Oppositionsrolle der SPS*

Schon im Verlauf des Jahres 1942 vermerken die Leitmedien der Schweiz die mit fortschreitender Kriegsdauer zunehmende militärische und wirtschaftliche Schwächung Deutschlands. Das wohl früheste Beispiel findet sich im *Journal de Genève*. Um das Neujahr 1942 registriert das Blatt anhand von Jahresrück- und -ausblicken der kriegführenden Mächte erste Veränderungen in den Siegeserwartungen und Nachkriegsplänen Deutschlands, die einen deutschen „Endsieg“ immer weniger wahrscheinlich erscheinen

lassen.⁵¹⁷ Angesichts der schwindenden Bedrohungswahrnehmung sieht sich das liberale Blatt veranlasst, die Bevölkerung erst recht in die Pflicht zu nehmen. So ruft das *Journal de Genève* zu verstärkter Wachsamkeit und Disziplin im „maintien de la cohésion nationale“ auf.⁵¹⁸ Der Nachdruck, mit dem das Blatt den Basiskonsens der Geistigen Landesverteidigung anmahnen muss, verweist auf seine einsetzende Erosion. Denn die durch die geteilte äussere Bedrohungswahrnehmung ermöglichte Selbstbeschreibung der schweizerischen Gesellschaft als Schicksalsgemeinschaft beginnt bereits 1942 ihre disziplinierende Macht zu verlieren. Als erste grosse politische Kraft beginnt die Sozialdemokratie den Basiskonsens der Geistigen Landesverteidigung in Frage zu stellen. Die programmatischen, institutionellen und ideologischen Defizite der Geistigen Landesverteidigung nun zunehmend offen benennend, begeben sich die Partei und ihr Organ, die *Tagwacht*, erneut in eine Oppositionsrolle.

Ausgehend von den Fragen der staatlichen Arbeitsbeschaffung und der Ungleichverteilung der Kriegslasten einerseits sowie der Bundesratsbeteiligung der SPS andererseits verfolgt die Sozialdemokratische Partei der Schweiz ab 1941 eine verstärkt oppositionelle und klassenkämpferische Rhetorik, die sie unter dem Eindruck der Kriegswende 1942/43 verschärft.⁵¹⁹ Nach dem Scheitern der sozialdemokratischen Initiative zur Volkswahl des Bundesrates anfangs 1942 diskutieren in der *Tagwacht* verschiedene Parteipolitiker die Möglichkeit einer Rückkehr der SPS zur Oppositionspolitik.⁵²⁰ Angesichts der „herrschenden radikalen Stimmung“ in den eigenen Reihen scheint dem sozialdemokratischen Organ die Zeit für eine Neuausrichtung der Partei gekommen. Es gelte, „ehrllicher Sozialist“ zu bleiben und darauf zu verzichten, „Gesinnungslumperei“ im Rang eines „Ehrensbourgeois“ zu betreiben. Vielmehr sei es nachgerade Zeit, „auf solidem Boden des Parteiprogrammes wieder etwas standfester zu werden [...] weniger in geschmeidiger Anpassung an dem vom bürgerlichen Staat diktierten Kurs Parteipolitik zu treiben“.⁵²¹ Diese Argumentationsweise weiterführend, diskreditiert die *Tagwacht* die „Volksgemeinschaft“ der Geistigen Landesverteidigung als eigentlichen gesellschaftlichen Verblendungs-

⁵¹⁷ *Journal de Genève*, 4. Januar 1942: „Vers quelle paix allons-nous?“

⁵¹⁸ *Journal de Genève*, 17. Februar 1943: „Vigilance accrue“: „C'est assez dire que nous avons plus que jamais besoin de discipline nationale et que nous n'avons pas le droit de la relâcher sous prétexte que l'heure de danger est passée. Il ne s'agit pas seulement d'un problème qui se pose à l'attention des autorités responsables, mais à chacun de nous individuellement.“

⁵¹⁹ Im Zusammenhang mit dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz 1941 schreibt die *Tagwacht* noch, heute hiesse es „Treue bewahren“ und „Kurs halten“. „Kampf und Haltung der Partei werden heute weitgehend durch den Krieg bestimmt“. *Tagwacht*, 23. Mai 1941. Den Anträgen von Parteisektionen, die eine „Rückkehr zur offenen Oppositionspolitik“ fordern, steht das Organ deshalb kritisch bis ablehnend gegenüber. Der Parteitag hätte „die Dinge auf das richtige Mass“ zurückgeführt, indem die Zusammenarbeit auch mit bürgerlichen Parteien von Fall zu Fall gutgeheissen worden sei. „Damit sind wir wieder da, wo die Partei seit jeher, auch in Zeiten ihrer absoluten Opposition, stand“. *Tagwacht*, 27. Mai 1941. Am St. Galler Parteitag 1942 vertritt Parteipräsident Oprecht jedoch die Ansicht, der Industrie, der Landwirtschaft und dem Kapital gehe es gut, und darum könne der Arbeiterklasse nicht länger zugemutet werden, zurückzustehen und allein Opfer zu bringen. Die Politik der jetzigen Landesregierung, die „eine Treuhänderin der kapitalistischen Mächte“ sei, zwingt der Partei deshalb „eine schärfere Haltung“ auf. Diese müsse für ihre Forderungen wieder mehr den Kampf ausserhalb des Parlaments suchen (zit. nach NZZ, 13. November 1942: „Wir registrieren nur“).

⁵²⁰ Für 1941 vgl. *Tagwacht*, „Parteitag der SPS“, Kommunikationsereignis Rang 10. Für 1942 insbesondere *Tagwacht*, „Sozialdemokratie als Opposition“, Kommunikationsereignis Rang 10.

⁵²¹ *Tagwacht*, 12. Februar 1942: „Zurück zum Programm“.

sammenhang; als nichts weniger als eine Ideologie der „Herrschenden“, mit der die „Auflehnung gegen eine faule Gesellschaftsordnung unterdrückt werden soll“.⁵²²

„Wo immer Kritik an den Taten der Herrschenden erstickt, Protest gegen Unrecht zum Schweigen gebracht, Auflehnung gegen eine faule Gesellschaftsordnung unterdrückt werden soll, da ist auch prompt die Berufung auf die nationale Einigkeit zur Stelle. Der Arbeiter und Angestellte soll, besonders in diesen Kriegszeiten, ja nicht gegen seine Ausbeutung durch das Kapital murren, sondern umgekehrt verständig und diszipliniert mit 'seinem' Unternehmer zusammenschaffen – im Namen der Volksgemeinschaft. [...] Jede Rechtsbeugung, jeden Verfassungsbruch, die ganze Aushöhlung der Demokratie, die wir nun seit Jahr und Tag miterleben, sollen wir billigen und entschuldigen – im Namen der Volksgemeinschaft. Dabei ist es offenkundig, dass nichts die wirkliche Volksgemeinschaft mehr schädigt, ja verunmöglicht, als die falsche nationale Solidarität, die man uns predigt. Denn Volksgemeinschaft – das ist ja nicht einmal in erster Linie etwas, das wir schon haben, und das wir nur sehen und bejahen müssten, wenn uns seine Segnungen zuteil werden sollten; es ist vor allem etwas, das wir erst richtig erringen müssen.“⁵²³

Obwohl sich solche Reflexionen auf die „Volksgemeinschaft“ in den Jahren 1942 und 1943 häufig in den Spalten der *Tagwacht* finden, stellt das Organ dieses Konstrukt nationaler Einheit keineswegs grundsätzlich in Frage. Vielmehr mahnt sie, in ihren Erwartungen hinsichtlich der sozialen Komponenten der geistigen Landesverteidigung⁵²⁴ durch ausbleibende konkrete Schritte enttäuscht, ebendiese nun verschärft an. Die „Volksgemeinschaft“ wird ihr so zur Chiffre für die Überwindung der „kapitalistischen Klassengesellschaft“ hin zur „Gemeinwirtschaft“ und zur Aufhebung der „Besitzunterschiede“. Die Rede von der „Volksgemeinschaft“ ist daher für die *Tagwacht* – wie auch für die *Sentinelles* – immer auch Kritik an der bürgerlichen Ausgestaltung der Geistigen Landesverteidigung: „Volksgemeinschaft, die in der bürgerlichen Gesellschaft im besten Fall schöne Selbsttäuschung“ sei, „Volksgemeinschaft von der falschen Art“⁵²⁵, werde so „lebendige Wirklichkeit werden, von der man um so weniger reden wird, je greifbarere Formen sie in unserem beruflichen und persönlichen Alltag annimmt“.⁵²⁶

In dieser Auseinandersetzung greift die *Tagwacht* nun auch wieder auf klassenantagonistische Argumentationsfiguren zurück. Auf dem Höhepunkt ihres oppositionellen Kurses angelangt, formuliert sie vor den Parlamentswahlen im November 1943:

„Mit einem solchermassen erstarrten Besitzbürgertum ist angesichts der drängenden Aufgaben der Nachkriegszeit nichts mehr anzufangen. Die Schweiz ist verloren, wenn

⁵²² Tagwacht, 28. November 1942: „Aus der Welt des Sozialismus: Volksgemeinschaft“.

⁵²³ Tagwacht, 28. November 1942: „Aus der Welt des Sozialismus: Volksgemeinschaft“.

⁵²⁴ Zum sozialliberalen Gehalt der (ersten) Geistigen Landesverteidigung vgl. Imhof, Das kurze Leben der geistigen Landesverteidigung; Mooser, Die Geistige Landesverteidigung in den 1930er Jahren; Morandi, Entstehung eines neuen wirtschafts- und sozialpolitischen Leitbildes.

⁵²⁵ Tagwacht, 26. März 1942: „Aufbauende Opposition“.

⁵²⁶ Tagwacht, 28. November 1942: „Aus der Welt des Sozialismus: Volksgemeinschaft“. Zur Entstehung und Funktion der „Volksgemeinschaft“-Semantik vgl. Zimmer, Die Volksgemeinschaft.

sie sich ihm weiterhin anvertraut. Ihre Rettung kann nur von den neuen, lebendigen Kräften kommen, die längst im Volke herangewachsen sind und nun elementar ans Licht drängen. Eine neue Schweiz ist im Werden, die dem besten Geist alter und neuer Eidgenossenschaft diejenige Verkörperung geben will, die den Zeitnotwendigkeiten entspricht.⁵²⁷

Die *Neue Zürcher Zeitung* reagiert vorerst nur zögerlich auf die Neupositionierung der SPS. 1942 sind die Aufmerksamkeitsstrukturen des freisinnigen Organs hinsichtlich politischer Themen noch weitgehend dominiert vom Kriegsgeschehen im Ausland sowie den damit in unmittelbarem Zusammenhang stehenden Auswirkungen auf die Schweizerische Versorgungslage.⁵²⁸ Die Oppositionsstimmung zu ihrer Linken entgeht ihr jedoch nicht. Zwischen abwartender Skepsis bezüglich der Entwicklung des Burgfriedens und kaum verhohlener Zufriedenheit über die vermeintliche Schwächung der Sozialdemokratie hin und her gerissen, konstatiert das freisinnige Organ „ein schweres Dilemma“, welches sich durch die „oppositionellen Stürmer und Dränger“ für den innerparteilichen Zusammenhalt der SPS aufwiegt.⁵²⁹ Die zu Tage tretende „gefährliche Spannweite der Anschauungen vom gemässigten gewerkschaftlichen Flügel bis zu den radikalen Zirkeln um den Parteipräsidenten Oprecht“ wie die beobachtbare Tendenz, „die sozialistische Politik auf einen schärferen Kurs festzulegen“, stelle eine wesentliche Bedrohung für den „sozialen Frieden“ und damit für das „Durchhalten [des] Landes in und nach dem Krieg“ dar.⁵³⁰ Mit beständigem Verweis auf die weiter anhaltende Kriegsgefahr mahnt die *Neue Zürcher Zeitung* deshalb zur Einigkeit an der „inneren Front“.

„Eine flüchtige Analyse der momentanen Geistesverfassung des Schweizervolkes lässt Anzeichen dafür erkennen, dass es sich der kriegswirtschaftlichen Gefahren nicht gänzlich bewusst ist. Kündigung des politischen Burgfriedens unter den Parteien, Entfesselung von Wahlkämpfen und Parteileidenschaften, hartnäckiges Ringen um den Anteil am Sozialprodukt [...] sind Zeichen eines Geistes, der unbesorgt in Friedenszeiten schwelgt, obschon uns das blutige Ringen zwischen den Grossmächten in höchste Alarmbereitschaft versetzen und das tragische Schicksal so manchen Kleinstaates daran erinnern müsste, dass Freiheit und Unabhängigkeit rasch verspielt sind.“⁵³¹

⁵²⁷ Tagwacht, 3. September 1943: „Lebendige Schweiz“.

⁵²⁸ So macht in der NZZ der Prozentanteil an Kommunikationsereignissen, die Vorgänge ausserhalb der Schweiz thematisieren rund 50% an der Kommunikationsereignishierarchie der ersten zehn Ränge aus. Die anderen Kommunikationsereignisse fokussieren daneben den Wehranbau, die Kriegswirtschaft und die Finanzierung der Armee. In der Tagwacht entfallen demgegenüber nur gerade 7% der Kommunikationsereignishierarchie auf Ereignisse ausserhalb der Schweiz. Von den restlichen Kommunikationsereignissen thematisieren 65% Fragen der staatlichen und wirtschaftlichen Nachkriegsordnung der Schweiz. Im Vaterland, das seine Aufmerksamkeit ebenfalls in erster Linie auf die schweizerische Innenpolitik richtet (63% aller zehn ersten Kommunikationsereignisse), entfallen 40% aller binnenorientierten Kommunikationsereignisse auf die Diskussion um die Schweiz nach dem Krieg.

⁵²⁹ NZZ, 24. April 1942: „Ein schweres Dilemma“.

⁵³⁰ NZZ, 2. Juli 1943: „Sozialistisches Dilemma“.

⁵³¹ NZZ, 26. Februar 1942: „Kriegswirtschaftliche Selbstbesinnung“.

Auch das katholisch-konservative *Vaterland* reagiert auf die von ihm wahrgenommene „Verschiebung in der sozialistischen Einstellung“⁵³² vorerst mit der Beschwörung der „Bande der nationalen Gemeinschaft“. Entsprechend lobt der Inlandredaktor des *Vaterlands*, Eugen Kopp, die „Ehrlichkeit der sozialistischen Führerschaft in der Betonung ihrer nationalen Gesinnung“ und die „weitreichende Einsicht und nationale Disziplin nicht nur der national markierten, sondern auch der roten Arbeiterschaft und namentlich ihrer Gewerkschaften,“ die sich in den bisherigen Kriegsjahren erwiesen habe. Andererseits sieht das *Vaterland* im Umstand, dass der Ruf nach verschärfter sozialdemokratischer Opposition gerade am Vorabend des vierten Kriegswinters erfolge, den Beweis, dass die Sozialdemokraten – ähnlich dem stets als Opposition stigmatisierten Landesring – die „kriegsbedingte Notlage des Landes und Volkes für ihre parteipolitischen Ziele auszuschlachten“ entschlossen seien.⁵³³ Damit erweise sich die „gelegentlich so gepriesene ‘nationale Bekehrung’,“ der Sozialdemokratie als reines „Produkt opportunistischer Konjunkturbetrachtung“. Das sozialdemokratische Programm „Die Neue Schweiz“ interpretiert das *Vaterland* primär als Versuch der SPS zur Selbstvergewisserung: „*Parteipolitisch* muss dieses sozialistische Manifest aufgefasst werden als *die Ausflucht in ein Idealprogramm aus der eigenen Parteikrise* zwischen dem realpolitisch-nationalen und dem idealpolitisch-revolutionären Gegensatz.“⁵³⁴

Mit der 1943 in verschiedenen Kantonen einsetzenden Formierung von Parteien der Arbeit durch die in der Illegalität wirkenden Mitglieder der ‘*Fédération socialiste suisse*’ und der Kommunisten perzipiert das *Vaterland* die Bedrohungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt schliesslich vermehrt links der sozialdemokratischen Partei.

Auch in der Romandie wird die teilweise Abkehr der SPS von der Politik der „collaboration“ hin zu einer aktiveren Oppositionsrolle registriert. Für das *Journal de Genève* gefährden die Sozialisten mit der Rückkehr zu alten konfrontativen Politikformen den nationalen Konsens und schwächen damit die aussenpolitische Position der Schweiz. Diese Radikalisierung geschehe jedoch primär aus opportunistischen und kurzsichtigen parteipolitischen Überlegungen, die nicht zuletzt auf die agitatorische Konkurrenz des Landesrings zurückzuführen sei.⁵³⁵ Weiter geht das Misstrauen gegen die Sozialisten im Rahmen einer siebenteiligen Serie des *Journal de Genève* von Théodore Aubert, dem Gründer der antikommunistischen Entente Internationale contre la Troisième Internationale, auch Liga Aubert genannt. Hier wird die SPS der Vorbereitung einer Volksfront verdächtigt.

In einem Artikel des Berner Korrespondenten Béguin wird zwar die bisherige loyale Zusammenarbeit der SPS in den Kommissionen gewürdigt, jedoch gleichzeitig die Rückkehr zur revolutionären Rhetorik und Methode zumindest einiger Parteigänger kritisiert:

⁵³² So der Titel des Leitartikels des Inlandredaktors Eugen Kopp im *Vaterland* vom 20. Oktober 1942, aus dem auch die folgenden Zitate stammen.

⁵³³ *Vaterland*, 28. November 1942: „Streiflichter auf die innenpolitische Lage“.

⁵³⁴ *Vaterland*, 22. Dezember 1942: „Das sozialistische Gegenwartsprogramm“. (Hervorhebungen im Original).

⁵³⁵ *Journal de Genève*, 7. Mai 1942: „Affaiblissement du socialisme“.

„Il n'est pas d'esprit objectif qui puisse nier que l'opposition exerce une influence directe et très efficace sur la conduite des affaires publiques. Nous sommes les derniers à contester qu'ils ont pleinement mérité la confiance qui leur est faite. [...] Ils ont abandonné leur opposition à la défense nationale. Ils ne pratiquent plus les méthodes révolutionnaires, depuis qu'ils les condamnent chez leurs principaux adversaires. [...] Depuis quelques semaines cependant, on les sent sollicités, certains d'entre eux en tout cas, par l'envie de recourir de nouveau à leurs anciennes méthodes de combat et de travailler à la réalisation de leur doctrine la plus intransigeante. [...] On assiste à un réveil de l'esprit révolutionnaire.“⁵³⁶

Pierre Béguin erklärt sich diese Entwicklung der SPS weg vom „conformisme gouvernemental“ mit dem nahenden Kriegsende: „[...] on sent se rapprocher la fin du conflit et [...] on peut espérer à la restauration prochaine de toutes les libertés publiques.“ Mit den sowjetischen Kriegserfolgen sei darüber hinaus eine Wiederannäherung an die Kommunisten erfolgt: „Après avoir condamné le communisme, une partie de nos socialistes, cédant au prestige qu'exerce sur les masses cette résistance [russe], cherche à s'en rapprocher.“ Aus denselben taktischen Gründen sei auch das Manifest „Neue Schweiz“ verfasst worden.⁵³⁷ Da der Landesring und – trotz Verbot – die Kommunisten bei den Unzufriedenen des „grand parti d'opposition“ durch publikumswirksame Agitation auf Kosten der Sozialisten ihre eigenen Bestände erhöhten, sehe sich die SPS, gerade in einem Wahljahr, in einer unbequemen Situation: „Celui-ci se sent grignoté à gauche comme à droite, ce qui ne laisse pas d'être fort désagréable en une année d'élections générales.“⁵³⁸

Diese Argumentationslinie – Radikalisierung und eine Doppelstrategie aus Kollaboration und revolutionärer Rhetorik der SPS aus taktischen Gründen – zieht sich bis nach der Wahl Ernst Nobs' in den Bundesrat durch die Berichterstattung des *Journal de Genève*. Damit erscheint die SPS als nur beschränkt vertrauenswürdiger Partner, der je nach politischer Konjunktur sich wieder dem Klassenkampf zuwenden könnte.

Demgegenüber werden die Gewerkschaften als weit eher verlässlich beschrieben. Lobend für die deutliche Unterscheidung von der militanten Rhetorik der Sozialisten werden gewerkschaftliche Absagen an „entreprises révolutionnaires“ und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit aus der *Schweizerischen Metallarbeiterzeitung* zitiert:

„On se plaît à reconnaître la sagesse de ce langage. De grands chefs syndicaux se refusent à voir une décapitation dans la discipline nationale qu'ils ont spontanément choisi d'observer. Ils entendent tout au contraire en maintenir les bienfaits.“⁵³⁹

⁵³⁶ Journal de Genève, 16. Januar 1943: „Contradictions socialistes“.

⁵³⁷ Journal de Genève, 16. Januar 1943: „Contradictions socialistes“. Vgl. auch Journal de Genève, 25. Februar 1943: „L'initiative socialiste“.

⁵³⁸ Journal de Genève, 9. März 1943: „La sage attitude des syndicats“.

⁵³⁹ Journal de Genève, 9. März 1943: „La sage attitude des syndicats“.

Die Freiburger *Liberté* widmet der Neuausrichtung der SPS deutlich weniger Raum als das *Journal de Genève*. Auch die *Liberté* konstatiert Ende 1942 eine Tendenz bei „certains chefs de l'extrême-gauche“, den offenen Kampf wieder aufzunehmen, da die Politik der „union nationale“ die gewünschten Resultate nicht oder zu langsam bringe. Sie interpretiert diese Entwicklung als Ergebnis eines Richtungskampf in der SPS zwischen der aggressiven Tendenz, vertreten durch „les Oprecht et les Huber“, und den gemässigten Gewerkschaften.⁵⁴⁰

Ein knappes Jahr später scheint für das katholisch-konservative Organ der Richtungskampf entschieden. Die Freiburger Zeitung konstatiert den „Rückfall“ der Sozialisten in die politische Agitation. Angesichts einer angenommenen bzw. prognostizierten Nachkriegskrise keimen beim konservativen Organ Revolutionsängste; eine Wiederholung der sozialen Unrast zum Kriegsende, wie bereits nach dem Ersten Weltkrieg, würde dieses Mal durch den Macht- und Prestigegewinn der UdSSR noch zusätzlich begünstigt werden:

„Après une phase de calme relatif, nous rétrogradons vers la lutte des classes, et nous allons nous retrouver, au lendemain de cette guerre exactement dans la même posture qu'en novembre 1918 - avec cette circonstance aggravante d'un bolchévisme [sic!] enflé par la victoire et prêt à toutes les entreprises.“⁵⁴¹

Diese drohende Gefahr mache die Verwirklichung der einer berufsständischen Ordnung („organisation professionnelle“) zur Entschärfung der sozialen Konflikte um so dringender.⁵⁴²

6.2 Aufbrucheuphorie und Kontinuitätswahrung in der Debatte um die Neue Schweiz

Zeitgleich mit den Aufrufen zur „Rückkehr zur offenen Oppositionspolitik“ entwickelt die *Tagwacht* eine intensiv geführte Auseinandersetzung um die kommende „Friedenswirtschaft“ und „Friedenspolitik“. Unter dem Begriff des gleichnamigen, von der SPS Ende 1942 veröffentlichten Manifests „Die Neue Schweiz“ eröffnet das Organ schliesslich ein semantisches Feld, das die diskursive Struktur der weiteren Auseinandersetzungen wesentlich zu prägen vermag. Während die *Tagwacht* die Stunde des sozialen Auf- und Umbruchs ankündigt, bemüht sich die *Neue Zürcher Zeitung* defensiv den Kontinuitätsgedanken zu wahren und für den von ihr behaupteten notwendig evolutionären Charakter künftiger gesellschaftlicher Veränderungen Plausibilitätsargumente zu entwickeln. In der freisinnigen Argumentationsweise kommt dabei der aus der historischen Erfahrung der Krise und des Krieges hervorgegangenen „demokratischen Schicksalsgemeinschaft“ eine zentrale Referenzfunktion zu. Umgekehrt widerspiegelt jedoch auch das, was die *Tag-*

⁵⁴⁰ Liberté, 9. Dezember 1942: „L'union nationale menacée?“.

⁵⁴¹ Liberté, 19. Oktober 1943: „Entrer dans le vif“.

⁵⁴² Liberté, 19. Oktober 1943: „Entrer dans le vif“.

wacht in diesem Meinungsstreit als „schweizerischen Weg zum Sozialismus“ entwirft, neben aller klassenkämpferischen Rhetorik in hohem Masse die Erfahrungen des Integrationsprozesses der zweiten Hälfte der 1930er Jahre und der Geistigen Landesverteidigung. Was vom der *Tagwacht* in der geführten Auseinandersetzung strategisch als „Diskurs des Anderen“⁵⁴³ dargestellt wird, entfaltet seine Wirkmächtigkeit auch im sozialdemokratischen Milieu selbst und ermöglicht so zwischen den einzelnen Parteien die Selektion anschliessbarer Argumentationen. Im Gegensatz dazu reaktiviert das *Vaterland* in seinen Beiträgen vergangene Deutungs- und Argumentationsmuster ständestaatlicher Provenienz, die sich weitgehend an der Peripherie des Verhandelbaren bewegen.

Getragen von der Vorstellung, dass man nach dem Krieg nicht dort weitergehen werde, wo man anfangs September 1939 aufgehört habe, und in der Überzeugung, dass „tiefgreifende soziale, wirtschaftliche und politische Umwälzungen [...] die unweigerliche Konsequenz dieses Krieges“ seien,⁵⁴⁴ findet in der *Tagwacht* unter der Feder von Parteipräsident Hans Oprecht und Max Weber, dem wissenschaftlichen Mitarbeiter des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, die vom Organ am 1. Mai noch plakativ hingeworfene Formel „Woher aber soll das Neue kommen? Das Neue kann nur der Sozialismus bringen“⁵⁴⁵ eine präzisere Gestalt. Ausgangspunkt ist dabei die Überzeugung, dass letztlich das Versagen der Demokratie gegenüber dem Problem der Organisation der Wirtschaft, wie es sich in Wirtschaftskrisen der 20er und 30er Jahre offenbarte, die „Bildung von Diktaturstaaten“ ermöglicht und so direkt in den Krieg geführt habe.⁵⁴⁶ Vor dem Hintergrund dieses Befundes konzentrieren sich die Äusserungen beider Parteiexponenten auf die Frage nach der Möglichkeit von Wirtschaftswachstum bei gleichzeitiger Einlösung des demokratischen Gleichheitsanspruches auf die gerechte Verteilung des gesellschaftlich erwirtschafteten Mehrwerts. Dabei wollen Oprecht wie Weber ihr Denken als dem Sozialismus verpflichtet sehen und die von ihnen vorgeschlagene Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung als sozialistische verstanden haben. Für sie ist Sozialismus nichts weniger als „die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit, die sich einerseits an die Gesellschaft selbst richtet und ein gesellschaftliches, soziales Handeln verlangt, anderseits an den Einzelmenschen gerichtet ist [sic!] als individuelle Forderung: du sollst“.⁵⁴⁷

Soziale Gerechtigkeit als Legitimationsbasis der Gesellschaftsordnung wiederum setzt für Weber und Oprecht eine sozialistische Wirtschaftsordnung voraus, die auf der individuellen Ebene die „Sicherung der Existenz und den Anteil am Arbeitsertrag“⁵⁴⁸ gewährleistet und gleichzeitig auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene fähig ist, „Krisen zu verhüten, die wirtschaftliche Abhängigkeit und damit die Klassenscheidung zu beseitigen und die geistige und politische Freiheit zu erhalten“.⁵⁴⁹ Dies werde möglich, wenn an Stelle der

⁵⁴³ Castoriadis, Gesellschaft als imaginäre Institution.

⁵⁴⁴ *Tagwacht*, 28. April 1942: „Vier Jahre vor uns“.

⁵⁴⁵ *Tagwacht*, 1. Mai 1942: „Für die sozialistische Idee“.

⁵⁴⁶ *Tagwacht*, 23. Juli 1942: „Sozialismus und Sozialdemokratie“.

⁵⁴⁷ *Tagwacht*, 23. Juli 1942: „Sozialismus und Sozialdemokratie“.

⁵⁴⁸ *Tagwacht*, 6. März 1942: „Wohin führt der Weg“.

⁵⁴⁹ *Tagwacht*, 23. Juli 1942: „Sozialismus und Sozialdemokratie“.

„individualistischen Privatwirtschaft“ die „sozial orientierte, planmässig geleitete Gemeinwirtschaft“ trete.⁵⁵⁰

„Die Formen dieser Neuordnung brauchen nicht staatlich-bureaukratisch zu sein; sie können freiheitlich, genossenschaftlich-demokratisch sein. Das Prinzip der Demokratie kann auch in der planmässig geleiteten Gemeinwirtschaft auf Grund von Selbstverwaltungs-Körperschaften verwirklicht werden.“⁵⁵¹

Da eine solchermassen interpretierte „Planwirtschaft“ in der *Tagwacht* nicht als „Staatwirtschaft“ verstanden wird, sondern durch ihre dezentrale Gliederung und föderative Struktur eine Erstarrung in einem „bürokratischen Apparat“ gerade unterläuft,⁵⁵² erhält der Anspruch, die „Wirtschaft zu demokratisieren“, eine doppelte Bedeutung. Neben einer Demokratisierung der Produktionsmittel auf „freiheitlich-genossenschaftlicher“ Basis im Gegensatz zur „diktatorisch-herrschaftlichen“ bzw. zur „individualistischen“ Produktionsweise⁵⁵³ ist mit diesem Anspruch auch eine Demokratisierung der erwirtschafteten Güter über die genossenschaftliche Distribution und Redistribution verbunden. Das Manifest „Die Neue Schweiz“ verdichtet diese Überlegungen schliesslich zu einem politischen Programm und wird damit für die *Tagwacht* zur Bestätigung ihrer seit längerem anhaltenden Bekräftigung der gesellschaftspolitischen Bedeutsamkeit der Sozialdemokratie für die Gestaltung der nahen Zukunft.

Die *Neue Zürcher Zeitung* reagiert anfänglich nur zögerlich auf diese Herausforderung von links. Als das Organ in der zweiten Hälfte des Jahres 1942 schliesslich unter dem Begriff „Soziale Demokratie“ den politischen Meinungsstreit mit dem sozialdemokratischen Milieu aufnimmt, sieht es sich jedoch bereits in der Defensive gegenüber den Forderungen der Sozialdemokratie. Das Bestreben, gegenüber den linken Wortführern an Terrain zu gewinnen, führt nun einerseits zu einem eigentlichen sozialpolitischen Aufbruch. Andererseits führt es sein gleichzeitiger Anspruch, das sozialdemokratische Programm der Neuen Schweiz als negative Utopie zu entlarven, zu einer weitgehend konservativen Argumentationsweise in der *Neuen Zürcher Zeitung*.

Die Kritik der *Neuen Zürcher Zeitung* an der Neuen Schweiz richtet sich in erster Linie gegen die darin propagierte „planmässige Wirtschaftslenkung“ zur Verhinderung von sozialen und wirtschaftlichen Krisen. Für das liberale Organ wäre eine solche Entwicklung nichts anderes als eine Radikalisierung der herrschenden Wirtschaftspolitik seit dem „Einbruch der Weltwirtschaftsdepression“.⁵⁵⁴ Jede „gelenkte und sozialisierte Wirtschaft“ führe

⁵⁵⁰ Tagwacht, 26. März 1942: „Aufbauende Opposition“.

⁵⁵¹ Tagwacht, 26. März 1942: „Aufbauende Opposition“.

⁵⁵² Tagwacht, 15. Juni 1942: „Aus der Welt des Sozialismus: Planung gleich Sozialismus?“.

⁵⁵³ Tagwacht, 21. November 1942: „Aus der Welt des Sozialismus. Freie Wirtschaft“.

⁵⁵⁴ Auch wenn die Kriegswirtschaft von der NZZ immer wieder zur Veranschaulichung der zu erwartenden negativen Wirkungen der von der Tagwacht vertretenen „Planwirtschaft“ herangezogen wird, stellt das Organ deren aktuelle Notwendigkeit keineswegs in Frage. Mit einer „Kriegswirtschaft“, die „als Ganzes getragen ist vom Gedanken der Solidarität“, lässt sich in den Augen des freisinnigen Organs der „soziale Frieden auch in schwerster Zeit aufrechterhalten“ und damit gerade verhindern, „dass die Saat der

in ihrer letzten Konsequenz jedoch zu einem „Zwangs- und Einheitsstaat“, da durch die Festlegung der Sozialleistungen unabhängig vom Sozialprodukt das Gemeinwesen zu Massnahmen gezwungen werde, die selbst vor den verbrieften politischen Rechten nicht Halt machen könnten.⁵⁵⁵ Zudem sei eine „integrale Planwirtschaft“ nicht im Stande den „gleichen Lebensstandard zu gewähren wie eine auf dem Privateigentum und dem Recht zur freien Entfaltung der Persönlichkeit basierende Wirtschaftsordnung“.⁵⁵⁶ Zur Abwehr solcher Entwicklungen betont die *Neue Zürcher Zeitung* den Willen zur Zusammenarbeit und zum Zusammenhalten, der das Schweizervolk zur Abwendung grosser Gefahren befähigt habe. Diese Konsensorientierung macht das liberale Blatt zum Ausgangspunkt der Bewältigung der Nachkriegsprobleme und zum Mass der vertretbaren Korrekturen an der Gesellschaftsordnung. Diese dürften sich nicht nach irgendwelchen „fremden Plänen und Parolen“ richten, sondern müssten ausschliesslich das Ergebnis einer binnenschweizerischen Entwicklung und Ausmarchung sein, „deren organischer Ablauf“ durch die „Staatsverfassung vorgezeichnet“ würde.⁵⁵⁷

Ungeachtet dieser freisinnigen Kritik beharrt die *Tagwacht* darauf, dass das sozialdemokratische Programm der Neuen Schweiz „einen praktischen, gangbaren Weg zu einem klar gesteckten Ziel weist. [...] Im Volk, vor allem in den Schichten der unselbständig Erwerbenden, setzt sich mehr und mehr die Erkenntnis durch, dass die Wirtschaft der Zukunft nur Gemeinwirtschaft sein kann, und zwar soziale Gemeinwirtschaft, die den Kapitalismus grundsätzlich zu überwinden strebt“.⁵⁵⁸ Dem Vorwurf der *Neuen Zürcher Zeitung*, die Neue Schweiz sei nicht mit dem „freiheitlich-demokratischen“ Staatswesen der Schweiz zu vereinbaren, begegnet das Organ mit einer Argumentationsfigur, die das sozialdemokratische Programm selbst gerade in die Tradition des auch von freisinniger Seite hochgehaltenen eidgenössischen Gemeinwesens stellt.

„Dabei ist aber nicht selten eine Neigung festzustellen, diese soziale Gemein- und Planwirtschaft von oben her, in autoritären Formen, einzuführen, als Ergebnis einer mehr oder weniger gewalttätig verstandenen und von einer entschlossenen Vorhut vollzogenen Umwälzung. Unser sozialistisches Nachkriegsprogramm [...] erklärt, dass erstens die Voraussetzungen für seine Verwirklichung das Vorhandensein einer ausgesprochenen Volksmehrheit mit klar antikapitalistischer Zielsetzung ist, und dass zweitens der Aufbau der sozialen Gemeinwirtschaft von unten her, in demokratischen, genossenschaftlichen und föderativen Formen geschehen muss, so wie es dem Geiste und der Geschichte unserer Eidgenossenschaft entspricht.“⁵⁵⁹

In dem Masse wie die *Tagwacht* angesichts des „Zusammenbruch[s] [...] der bisherigen Stützen der sozialistischen Bewegung in der Welt draussen“ das, was sie 1942/43 mit

Revolutionäre [...] auf einem mit Unrecht und Ungleichheit gedüngten Boden gedeiht“. NZZ, 2. Oktober 1942: „Wirtschaftliche Kriegs- und Nachkriegsprobleme. Soziale Demokratie“.

⁵⁵⁵ NZZ, 4. Oktober 1942: „Wirtschaftliche Kriegs- und Nachkriegsprobleme. Soziale Demokratie“.

⁵⁵⁶ NZZ, 27. Oktober 1943: „Freiheit und Bindung im Wirtschaftsleben“.

⁵⁵⁷ NZZ, 13. Januar 1943: „Jetzt und nachher“.

⁵⁵⁸ Tagwacht, 26. Januar 1943: „Klares Ziel. 'Die Neue Schweiz'“.

⁵⁵⁹ Tagwacht, 26. Januar 1943: „Klares Ziel. 'Die Neue Schweiz'“.

Sozialismus meint, als einen „eigenen, schweizerischen Weg zum Sozialismus“ verstanden haben will,⁵⁶⁰ die *Neue Zürcher Zeitung* diesem aber gerade einen legitimen Bezug auf die schweizerische Staatsverfassung abspricht, entwickeln sich zwei diskursive Stränge, innerhalb derer die beiden Kontrahenten um die Definitionsmacht ringen. Erstens wird der Bedeutungsgehalt der Kollektivsingulare „Volk“ und „Gemeinschaft“, welche den semantischen Konsens der Geistigen Landesverteidigung als grosse Klammer umfassten, erneut zur Disposition gestellt.⁵⁶¹ Zweitens wird das Mass der staatlichen Lenkung und Intervention in die Gesellschaft und Wirtschaft zur eigentlichen Kardinalfrage zwischen den beiden Leitmedien.

In der Auseinandersetzung mit der von der Sozialdemokratie geforderten staatlichen Wirtschaftsverfassung entwickelt die *Neue Zürcher Zeitung* zwei ideologische Leitlinien. Einerseits wird für das Organ aufgrund der historischen Erfahrung der Kriegsursachen und des Krieges „die Notwendigkeit ordnender Eingriffe in das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte“ und damit eine staatliche Konjunkturpolitik zur unbestrittenen Voraussetzung für das „Wohl der Gemeinschaft“ in der Nachkriegszeit. Eine zwingende Wahl zwischen „Kollektivismus“ oder „Manchestertum“ stehe deshalb nicht zur Diskussion.⁵⁶² Andererseits sieht die *Neue Zürcher Zeitung* das Ziel einer liberalen Sozialpolitik wesentlich darin, „ein lebendige[s] Bewusstsein gegenüber der Gemeinschaft des Volkes“ zu schaffen und so „die freie Initiative auch auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge“ zu fördern.⁵⁶³

Aus freisinniger Perspektive stehen so in erster Linie das laufende Arbeitsbeschaffungsprogramm des Bundes, die Gesamtarbeitsverträge, die Erhaltung des Friedensabkommens in der Maschinen- und Metallindustrie und in bedeutender Weise die Verwirklichung der AHV auf der politischen Agenda. Das am Genfer Parteitag der FDP im April 1943 verabschiedete sozialpolitische Sofortprogramm scheint der *Neuen Zürcher Zeitung* als eigentliche Quintessenz dieser Überlegungen. Hierin lässt sie sich auch von sozialdemokratischer wie konservativer Kritik nicht beirren, welche das Programm als reine Parteipropaganda verurteilt.⁵⁶⁴ Vielmehr gibt sich das Organ in einer eigentlichen sozialpolitischen Euphorie ganz der Imagination einer Geschichte des schweizerischen Freisinns als „Partei des sozialen Ausgleichs“ hin.⁵⁶⁵ Auf dessen Entwicklungspfad in die Gegenwart erscheint das neue Sofortprogramm letztlich als nichts weniger denn vergangene Zukunft.

⁵⁶⁰ Tagwacht, 26. Januar 1943: „Klares Ziel. ‘Die Neue Schweiz’“,: „Wir hören – hoffentlich endgültig – auf, zu sehr auf ausländische ‘Vorbilder’ zu blicken und sind gezwungen, uns einen eigenen, schweizerischen Weg zum Sozialismus zu erarbeiten. Nicht dass wir irgendwie den unlösbaren internationalen Zusammenhang der sozialistischen Bewegungen der einzelnen Länder verleugnen wollten; unsere Internationale wird sicherlich wieder auferstehen und eine neue, aller Voraussicht nach sogar grössere und vor allem fruchtbarere Rolle zu spielen haben als jemals zuvor. Aber innert diesem Rahmen wird der Sozialismus in jedem Land nach dessen eigenen Notwendigkeiten aufgebaut werden müssen, und je stärker er in den Überlieferungen der verschiedenen Völker verwurzelt ist, desto lebendiger und wirklichkeitsnäher wird auch die sozialistische Internationale sein.“

⁵⁶¹ Daneben glaubt das freisinnige Organ, die im Programm der Neuen Schweiz vorgenommene Würdigung der „grossen, stolzen Traditionen der schweizerischen Demokratie“ und der „Errungenschaften von 1848“ als Versuch, die Neue Schweiz als „legitime Fortsetzung jener demokratischen Bewegung“ darzustellen, entlarven zu können. NZZ, 10. Mai 1944: „Der Tag der Versprechen“.

⁵⁶² NZZ, 27. Oktober 1943: „Freiheit und Bindung im Wirtschaftsleben“.

⁵⁶³ NZZ, 28. Mai 1943: „Der liberale Gedanke und die soziale Fürsorge“.

⁵⁶⁴ So beispielsweise Tagwacht, 22. Oktober 1943: „Vom ‘sozialen’ Freisinn“.

⁵⁶⁵ NZZ, 15. Oktober 1943: „Sozialer Freisinn“.

Für die *Neue Zürcher Zeitung* ist das Programm zudem der einzig ehrliche, weil realisierbare wirtschafts- und sozialpolitische Vorstoss.⁵⁶⁶ Diese Argumentation entspricht nun ganz dem Selbstbild des Freisinns, welches die *Neue Zürcher Zeitung* im Vorfeld der anstehenden Nationalratswahlen entwirft. Da der Freisinn sich als „eigentliche Staatspartei“ versteht, der nichts weniger als die Aufgabe zufällt, eine handlungsfähige, „vom Vertrauen des Volkes getragene Landesregierung“ zu erhalten und gegen eine „im höchsten Grade fragwürdige Koalition heterogener Parteien und Gruppen“ zu verteidigen, gilt der „Ansturm der Opposition“ in erster Linie ihm. „Der Freisinn wird diesen Kampf auf der staatspolitischen Ebene zu führen haben, schon deshalb, weil es ihm das Verantwortungsbewusstsein verbietet, die grosse Masse der Wähler durch leichtfertige Versprechungen zu ködern“.⁵⁶⁷ Die durch den Freisinn wesentlich repräsentierte, gegenwärtige politische Ordnung gilt der *Neuen Zürcher Zeitung* als alleinige Ursache für das Wohlergehen der Schweiz im Krieg und steht damit auch unangefochten für das real Mögliche der Nachkriegszeit. Diese lässt sich so für den Freisinn nur auf dem Boden der zu lösenden „Gegenwartsaufgaben“ vorbereiten. Weil damit das real Existierende die Gestalt der künftigen Gesellschaftsordnung bereits vorwegnimmt, gelingt es die Gegenwart bruchlos mit der Zukunft zu vermitteln. Diese verbleibt im Rahmen etablierter gesellschaftlicher Erwartungsstrukturen. Von diesem Standpunkt aus bewahrheitet sich denn auch die für das freisinnige Organ so charakteristische Aussage: „Illusionen haben [...] im politischen Leben keinen realen Wert.“⁵⁶⁸

Ganz im Gegensatz zur *Neuen Zürcher Zeitung*, welche sich durch direkten Bezug auf Artikel in der *Tagwacht*, in der *Roten Revue* und im *Volksrecht* auf eine eigentliche Debatte um die Neue Schweiz einlässt, bleiben die Reaktionen des *Vaterlands* auf das sozialdemokratische Programm in den Jahren 1942 und 1943 marginal. Da sich das katholisch-konservative Organ – wie sein Schwesterblatt *Liberté* – in der Auseinandersetzung um die Sozial- und Wirtschaftspolitik auf Positionen zurückzieht, die in der öffentlichen politischen Kommunikation kaum anschlussfähig sind, finden seine Anliegen jedoch auch umgekehrt in den beiden Deutschweizer Parteimedien nur wenig Beachtung. Dies gilt sowohl für die in der katholisch-konservativen Partei favorisierte Familienpolitik, die bis zum Rückzug der 1942 lancierten Familienschutzinitiative im Jahre 1944 ganz im Zentrum der Berichterstattung steht, wie auch für das erneuerte Plädoyer für die Demokratisierung der Wirtschaft in einer berufsständischen Ordnung, mit dem sich das *Vaterland* wieder seinen Positionen in der ersten Hälfte der 30er Jahre annähert.⁵⁶⁹ Resonanz für diese Positionen findet sich nur im eigenen Milieu.

⁵⁶⁶ NZZ, 15. Oktober 1943: „Sozialer Freisinn“.

⁵⁶⁷ NZZ, 30. Oktober 1943: „Im Vorfeld der Nationalratswahlen“.

⁵⁶⁸ NZZ, 30. Oktober 1943: „Im Vorfeld der Nationalratswahlen“. Entsprechend bezeichnet die NZZ politische Erwartungen, die innerhalb des etablierten gesellschaftlichen Konsens verbleiben, als Ausdruck von „Wirklichkeitssinn“. Dieser fusse „auf dem allgemeinen Bewusstsein, dass das historisch Gewachsene einer organischen Fortentwicklung bedarf, wenn es Bestand haben soll“. NZZ, 4. Oktober 1942: „Wirtschaftliche Kriegs- und Nachkriegsprobleme. Soziale Demokratie“.

⁵⁶⁹ Vgl. Imhof, Das kurze Leben der geistigen Landesverteidigung, S. 63. Das von der KVP 1929 erarbeitete Wirtschafts- und Sozialprogramm zielte gleichzeitig auf die politisch stabilisierende Rolle eines starken Mittelstandes wie eine ständestaatliche Gesellschaftsordnung auf der Basis einer korporatistischen Wirtschaftsorganisation jenseits kapitalistischen oder sozialistischen Zuschnitts und nahm damit

In direkter Reaktion auf die Veröffentlichung des Manifests „Die Neue Schweiz“ gibt sich das *Vaterland* kühl und selbstbewusst, indem es dieses als „sozialistisches Bedürfnis nach programmatischer Erneuerung“ einstuft, das „angesichts der mangelnden Verwirklichungsmöglichkeit des sozialistischen Endzieles“ von Zeit zu Zeit wahrgenommen werden müsse. Letztlich diene es nichts weiterem als der „Ausflucht [...] aus der eigenen Parteikrise zwischen dem realpolitischen-nationalen und dem idealpolitisch-revolutionären Gegensatz“.⁵⁷⁰ In gleicher Argumentationsweise wie die *Neue Zürcher Zeitung* sieht das Organ einen unvermittelbaren Gegensatz zwischen „eidgenössische[r] Überlieferung“ und „schweizerischer Staats- und Volkstradition“ auf der einen Seite und „sozialistische[r] Umgestaltung“ auf der anderen. Ebenso vehement wie die Vorstellung einer krisenfreien Wirtschaft verworfen wird, misstrauen die Beiträge des *Vaterlands* auch der im Programm „Die Neue Schweiz“ propagierten freiheitlich-genossenschaftlichen Staatsordnung. Diese würde durch die mit ihr angestrebte zentralistische Planwirtschaft die wirtschaftliche Freiheit entscheidend einschränken.⁵⁷¹

Der Frage nach der Nachkriegsgesellschaft will das *Vaterland* vielmehr zuerst eine Wertediskussion voranstellen, die die „geistige Voraussetzung der wirtschaftlich-sozialen Neuordnung“ bestimmen,⁵⁷² ja einen „neuen Wirtschaftsgeist“ schaffen soll.⁵⁷³ Die geistige Haltung dürfe nicht mehr länger auf eine „Heiligsprechung des ökonomischen Menschen“ hinauslaufen, sondern müsse vielmehr zu einer „Reinigung“ desselben finden. Das konservative Organ glaubt in dieser Hinsicht bereits einen Wandel ausmachen zu können, in dem sich eine „Zweckverschiebung der Wirtschaft“ abzeichne, in der diese weder „Selbstzweck“ noch „Mittel zum individuellen Genuss“ sei, als vielmehr „Dienst an der Gesamtheit“. Die „Verdienst-Wirtschaft“ reiche darin der „Dienst-Wirtschaft“ die Hand.⁵⁷⁴ Die berufsständische Ordnung, wie sie die päpstliche Enzyklika ‘Quadragesimo anno’ seit 1931 verkündet, schaffe die Verwirklichung dieses Ideals.⁵⁷⁵ Als „eigenständiges neues Ordnungsprinzip“ sei sie nicht ein Kompromiss zwischen „wirtschaftlichem Individualismus“ und „wirtschaftlichem Kollektivismus“, sondern überwinde gerade die „Ökonomisierung des Lebens“ durch die „Oberherrschaft der Seele über den Intellekt und der Ethik über die technische Welt“.⁵⁷⁶

Diese Absetzbewegung der Konservativen gegen Freisinn wie Sozialdemokratie findet sich auch in den Äusserungen zur Familienschutzinitiative, die für das *Vaterland* zu nichts weniger als zum politischen Kampfmittel für den Gemeinschaftsgedanken der Familie

wesentliche Elemente aus der von Papst Pius XI. 1931 veröffentlichten Enzyklika ‘Quadragesimo anno’ auf. Auf dieses in der Zwischenkriegszeit entwickelte Orientierungsmuster greift die KVP und mit ihr das *Vaterland* von 1942 bis Ende 1945 erneut zurück. So zum Beispiel in ihrem vor den Nationalratswahlen 1943 präsentierten Nachkriegsprogramm. *Vaterland*, 26. Oktober 1943: „Die Nachkriegspolitik der Schweizerischen Konservativen Volkspartei“. Vgl. auch Imhof, Lernen von Aussen?, S. 333ff; Kunz, Aufbruchstimmung und Sonderfall-Rhetorik, S. 32f.

⁵⁷⁰ *Vaterland*, 22. Dezember 1942: „Das sozialistische Gegenwartsprogramm“.

⁵⁷¹ *Vaterland*, 22. Dezember 1942: „Das sozialistische Gegenwartsprogramm“.

⁵⁷² *Vaterland*, 24. Juni 1942: „Die geistige Voraussetzung der wirtschaftlich-sozialen Neuordnung“.

⁵⁷³ *Vaterland*, 29. Juli 1942: „Von einem neuen Wirtschaftsgeist“.

⁵⁷⁴ *Vaterland*, 29. Juli 1942: „Von einem neuen Wirtschaftsgeist“.

⁵⁷⁵ *Vaterland*, 24. Juni 1942: „Die geistige Voraussetzung der wirtschaftlich-sozialen Neuordnung“.

⁵⁷⁶ *Vaterland*, 24. März 1942: „Immer wieder die Frage nach der künftigen Wirtschaftsordnung“.

gegen „die liberal-individualistische wie gegen die kollektivistische Geisteshaltung“ wird.⁵⁷⁷ Letztere erstrebe zwar als politisch-wirtschaftliche Machsträger ebenfalls Verbände und Gemeinschaften, berücksichtige jedoch nicht die Familien. Die „Heerschar“ des sozialdemokratischen „Kollektivismus“ setze sich nicht aus Familien, als vielmehr aus der „atomisierten Masse der Einzelnen“ zusammen.⁵⁷⁸ Ganz dieser Position verhaftet deutet das Organ die im gleichen Jahr lancierte AHV-Initiative als eigentliches Konkurrenzprodukt zur Familieninitiative. Die Initiative werde weitgehend von Organisationen und Parteien unterstützt, welche in erster Linie von einer „grundsätzlichen und konsequenten Familienpolitik“ nichts wissen wollten und diene diesen so hauptsächlich als Gegenstoss zur Initiative für die Familie.⁵⁷⁹ In der Argumentation des *Vaterland* stellt die Familieninitiative aber gerade die Vereinigung von „Familien- und Altershilfe“ dar, da nur eine aktive Familienpolitik Voraussetzung für die künftige Finanzierung von Alten und Hinterbliebenen böte.⁵⁸⁰ In der konservativen Sichtweise bleibt damit, wie das *Vaterland* bereits anfangs 1942 schon einmal betont hatte, Sozialpolitik direkt auf Familienpolitik bezogen.⁵⁸¹

In dem Masse wie sich die politischen Organe der Katholisch-Konservativen den anschliessfähigen Argumentationen innerhalb des Diskurses um die Neue Schweiz verweigern, indem sie sich zwar durchaus auf eine Zukunftsdiskussion einlassen, jedoch dabei zuerst einmal den Weg zurück zur Geistigen Landesverteidigung und von da in eine antimodernistische Haltung und einen neuen Kulturkampf hinein beschreiten,⁵⁸² kommt es zu einer Peripherisierung ihrer Argumente innerhalb des politischen Meinungsstreits.

In der Romandie sind sich die *Liberté* und das *Journal de Genève* einig in der Verteidigung des sozialen Friedens und der Verneinung des Klassenkampfs sowie der Ablehnung etatistischer Gesellschaftsmodelle. Beide Zeitungen betonen die Wichtigkeit der Schaffung und Erhaltung des Friedens zwischen den Sozialpartnern durch einen – nicht in erster Linie materiell verstandenen – Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit in der „organisation professionnelle“. Während jedoch die *Liberté* kaum Abstriche an ihrem christlich inspirierten korporatistischen Modell vornimmt, revalorisiert die Genfer Zeitung zusehends den politischen und wirtschaftlichen Liberalismus. Diesem soll jedoch, um den sozialen Frieden nicht auf Spiel zu setzen, auch weiterhin durch soziale Abfederung Schranken

⁵⁷⁷ *Vaterland*, 31. Oktober 1942: „Sozialistische Familienpolitik“. Diese Argumentation steht durchaus in kohärentem Zusammenhang mit dem konservativen Modell der berufsständischen Ordnung. Ihr zu Grunde liegt die konservative Vorstellung, welche die Gesellschaft als Formation von Gemeinschaften entwirft. Die kleinste Einheit in dieser Gesellschaftsauffassung ist die Familie mit dem pater familias im Zentrum. Die Berufsstände sind in analoger Weise Gemeinschaften auf einer höheren Ordnungsebene, die sich wie intakte Familien selber organisieren können und müssen. Vgl. Imhof, *Das kurze Leben der geistigen Landesverteidigung*, S. 53.

⁵⁷⁸ *Vaterland*, 31. Oktober 1942: „Sozialistische Familienpolitik“.

⁵⁷⁹ *Vaterland*, 13. August 1942: „Um die Altersbeihilfe“.

⁵⁸⁰ *Vaterland*, 13. August 1942: „Um die Altersbeihilfe“.

⁵⁸¹ *Vaterland*, 26. Februar 1942: „Föderalistische Aktivität – mit falscher Zielsetzung“: „Wäre es nicht endlich an der Zeit, dass das ganze Problem dort angepackt wird, von wo aus es allein gelöst werden kann: bei der Nachwuchssicherung durch eine konstruktive Familienpolitik? In der Sozialpolitik kommt die Priorität nach wie vor der Familie zu, wobei, wie es die Familien-Initiative anstrebt, eine tragbare Altershilfe in einer konstruktiven Familienpolitik eingeschlossen ist.“

⁵⁸² So zum Beispiel *Vaterland*, 4. Januar 1943: „Eine neue Jahresaufgabe“; *Vaterland*, 28. Oktober 1943: „Grundsätzliche Kulturpolitik“. Vgl. auch Imhof, *Das kurze Leben der geistigen Landesverteidigung*, S. 59; Kunz, *Aufbruchsstimmung und Sonderfall-Rhetorik*, S. 28f.

gesetzt werden. Das *Journal de Genève* hat eine Wiederholung der unvorhergesehenen „événements du novembre 1918“, des Landesstreiks vor Augen, wenn es vor „Fehlentwicklungen“ warnt, die den Boden für revolutionäre Umtriebe bereiten könnten, wenn dereinst die äussere Gefahr abgewendet sei. Den Exzessen des „libéralisme intégral“ seien zwar einige Schranken gesetzt worden, es fehlten jedoch Mittel gegen die inhumane Mechanisierung. Der Kommunismus erscheint hier als Reaktion auf unbefriedigende Zustände, die ebenso moralischer und spiritueller wie auch wirtschaftlicher Natur seien. Zustände, denen mit klassen- und parteienübergreifender Einigkeit begegnet werden soll.

„Aux excès du libéralisme intégral, excès que celui-ci n'a pas voulu et qui se manifestent parce qu'il a dépassé son but, nous avons opposé quelques barrières, mais nous n'avons pas trouvé de remède. [...] En même temps que se trouveraient satisfaits les postulats d'une élémentaire justice, nous aurions, pour l'après-guerre, pour le moment où la volonté d'indépendance ne sera plus la cause immédiate de notre union, la raison commune de vivre qui, au delà des partis et des classes, nous liera fortement les uns aux autres.“⁵⁸³

Das sozialdemokratische Manifest „Die Neue Schweiz“ interpretiert das *Journal de Genève* anfänglich als ein aus der Doppelstrategie bzw. der Unsicherheit der SPS geborenes Dokument des Sowohl-als-auch. Vor den Nationalratswahlen im Oktober 1943 radikalisiert sich die Interpretation des Manifestes, das nun für das liberale Blatt zum Wegweiser in den Totalitarismus wird. Bei einer Realisierung des Programms drohe der Schweiz Kapitalflucht und ein Rückzug der Sparguthaben, letztlich also der Ruin. Die „Neue Schweiz“ würde ein totalitärer Staat sein, „[...] où l'Etat serait le maître et la liberté individuelle réduit à néant“.⁵⁸⁴ Der Totalitarismusvorwurf wird noch zusätzlich betont durch den Hinweis, dass die Sozialdemokraten die Ideen für ihre „Neue Schweiz“ aus dem Parteiprogramm der Nationalen Front geschöpft hätten.⁵⁸⁵

Für die *Liberté* bedeutet das Programm der SPS eine Manifestation der weltweit festzustellenden Tendenz hin zum Etatismus in einer Epoche „de bouleversement universel“. In der Schweiz wie auch in anderen Ländern seien viele Leute reif für den Etatismus als Weg des geringsten Widerstands. Schuld daran sei der Individualismus: „pour lui la logique de cette époque qui voit partout s'effondrer les énergies personnelles, trop longtemps

⁵⁸³ Journal de Genève, 27. Juli 1942: „Paix sociale“.

⁵⁸⁴ Journal de Genève, 19. Oktober 1943: „Avant les élections fédérales. Pour un programme national“.

⁵⁸⁵ Journal de Genève, 14. Oktober 1943: „Avant les élections fédérales. La Suisse nouvelle“: „Les socialistes font actuellement grand bruit autour de leur nouveau programme d'action intitulé la 'Suisse nouvelle'. [...] Or, en prenant ces articles un par un, en les étudiant et en les disséquant, on constate que le programme de la 'Suisse nouvelle' est une véritable tentative de socialisation complète de notre économie. [...] En résumé, la 'Suisse nouvelle' sera un véritable Etat totalitaire. [...] Les socialistes ont repris dans ce plan les idées que le Front national avait publiées en 1936. Les extrêmes se touchent, les programmes socialiste et frontiste sont à peu près identiques.“ Die These der „sich berührenden Extreme“ wird auch auf persönlicher Ebene bei den Exponenten der PdA und Frontisten der Romandie konsequent angewandt, vgl. Kapitel 6.4.

surtendues et désaxées par l'individualisme.“ Als Beispiel nennt das konservative Organ Grossbritannien und den „Plan Beveridge“ für Sozialversicherungen. Dahinter stecke zwar eine löbliche Absicht, dabei werde aber die ganze menschliche Existenz in den etatistischen Beschlag genommen. Dem Plan Beveridge⁵⁸⁶ wird in beiden Zeitungen der Roman die grosse Aufmerksamkeit geschenkt. Auch dem *Journal de Genève* gilt der „Plan Beveridge“ für allgemeine Sozialversicherungen in Grossbritannien als Zeichen eines generellen Trends:

„[...] le plan de sir W. Beveridge est un signe des temps et de l'évolution fatale de notre monde vers l'économie dirigée. Après cette guerre, la Grande-Bretagne ne pourra plus retourner au libéralisme de l'Ecole de Manchester qui s'était nullement préoccupé du sort des ouvriers.“⁵⁸⁷

Mit Beunruhigung wird deshalb im *Journal de Genève* registriert, dass nicht nur in den Diktaturen („Les régimes dictatoriaux n'ont jamais été tendres avec le capitalisme et la bourgeoisie.“), sondern auch in den „angelsächsischen Ländern“ zunehmende antikapita-

⁵⁸⁶ Der Beveridge-Plan zur Neuordnung des Systems der sozialen Sicherheit stammt vom Labour-Abgeordneten William Beveridge. Sein Grundfundament bildet der Punkt 5 der Atlantik-Charta, in dem die angelsächsischen Mächte proklamierten, in der neu aufzubauenden Weltordnung allen Staaten eine fruchtbare Zusammenarbeit und soziale Sicherheit zu gewährleisten. Gemäss Beveridge kann die Not der Welt durch drei Massnahmen gelindert werden: Produktionssteigerung, richtige Verteilung des Sozialproduktes und als Voraussetzung dafür die Aussicht auf dauernde Beschäftigung aller arbeitsfähigen Menschen, so dass die Arbeitslosigkeit nie mehr als 10% beträgt. Zudem soll eine von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und dem Staat finanzierte Sozialversicherung aufgebaut werden. In der Deutschschweizer Presse wird der Beveridge-Plan in erster Linie in Form einer aus wenigen Beiträgen bestehenden Expertendiskussion abgehandelt. Die Referenten erörtern dabei die Frage, ob und wenn ja wie die Schweiz den Beveridge-Plan einführen soll. Sowohl die NZZ (NZZ, 10. Mai 1943: „Der Beveridge-Plan und die Schweiz“) als auch der Tages-Anzeiger (Tages-Anzeiger, 8. Mai 1943: „Der Beveridgeplan und die Schweiz“) fassen ein Referat des früheren Direktors der schweizerischen Unfallversicherungsanstalt Professor Bohren zusammen, in welchem jener vor der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft des Kantons Zürich den Aufwand für die vom Beveridgeplan vorgesehenen Sozialwerke auf die Schweiz umrechnet. Professor Bohren kommt in seiner Analyse zur Einsicht, dass Industriearbeiter die ihnen zugedachte Prämie bezahlen könnten, dass es aber fraglich sei, ob dies auch auf die ländliche Bevölkerung zuträfe. Da gerade die Landflucht in der Schweiz gesteuert werden müsse, sei dieser Teil des Planes für die Schweiz nicht durchführbar. Ein weiteres Problem bei der Einführung des Beveridge-Plans sei die Tatsache, dass Beveridge seinen Plan durch eine zentrale Organisation durchführen wolle. Die Tagwacht bespricht eine Publikation des Genfer Professors Edgar Milhaud „Beveridgeplan und Wiederaufbau“ und stellt sie in Zusammenhang mit dem Programm Neue Schweiz (Tagwacht, 25. April 1944 und 26. April 1944: „Beveridgeplan und Wiederaufbau“). Der einzelne müsse im Stande sein zu verstehen, was die Einwände von der angeblichen Undurchführbarkeit und finanziellen Untragbarkeit eines solchen Programms bedeuten: solche Einwände seien nämlich die nächstliegenden Mittel eine schlecht oder gar nicht instruierte Masse unsicher zu machen und sie ins Schlepptau des gut getarnten Finanzkapitals zu nehmen. Dem Beveridge-Plan erwachse vielmehr Kritik von Seiten des privaten Grosskapitals, weil er beweise, dass die soziale Sicherheit bei vorhandenen Arbeitskräften und Produktionsmitteln und friedlicher Zusammenarbeit der Völker mit einer besseren Verteilung des vorhandenen Reichtums verwirklicht werden könnte. Der Beveridge-Plan wolle allen Menschen unabhängig von ihrer Bedürftigkeit ein Existenzminimum sichern. Ein solches ist jedoch in den Augen des sozialdemokratischen Organs ein in der Schweiz noch nicht verwirklichter Grundsatz; auch da nicht, wo eine Sozialversicherung bereits bestehe.

⁵⁸⁷ *Journal de Genève*, 7. Dezember 1942: „Le plan Beveridge“.

listische Tendenzen festzustellen seien. Darin bestehe eine Gefahr für den Erhalt der Demokratie: „La vraie démocratie consiste, non pas à niveler les classes, mais, au contraire, à établir entre elles une saine et confiante collaboration.“⁵⁸⁸

6.3 Zwischen Integration und politischer Fragmentierung: Nationalratswahlen 1943 und sozialpolitische Auseinandersetzungen

Mit den Nationalratswahlen im Herbst 1943 bewegt sich der Diskurs um die Neue Schweiz einem eigentlichen Höhepunkt entgegen, während gleichzeitig der Wahlkampf dazu führt, dass sich die politische Sprache in den einzelnen Organen weiter akzentuiert. Die Gefahr einer politischen Fragmentierung wird durch die aufgrund des Wahlergebnisses nicht mehr zu verhindernde Integration der SPS in den Bundesrat Ende 1943 entschärft, bleibt jedoch in den darauffolgenden Auseinandersetzungen um die Sozial- und Aussenpolitik der Schweiz weiterhin akut.

Die sich in der Diskussion um die Neue Schweiz offenbarende Haltung des konservativen Parteimilieus zeigt sich auch im Vorfeld der Nationalratswahlen im Herbst 1943. Die KVP kämpft in erster Linie um ihren Anteil an der Landesregierung gegen die „sozialistische Verdrängung und freisinnige Überheblichkeit“.⁵⁸⁹ Für eine „verantwortungsbewusste Partei“ sei es geradezu eine Pflicht, gegen die „Radikalisierung der sozialdemokratischen Partei“ mit den ihr eigenen „volksverhetzerischen Tendenzen und Bestrebungen“ Stellung zu beziehen. Dies umso mehr, weil das Programm „Neue Schweiz“ nichts weniger darstelle als einen „neue[n] Umweg zum alten Ziel“: „Erreichung der politischen Macht zur Errichtung der sozialistischen Schweiz“.⁵⁹⁰

Im Gegensatz zum *Vaterland* gibt sich die *Neue Zürcher Zeitung* mit dem Nahen der Parlamentswahlen zunehmend gelassener hinsichtlich der „Tendenzen, die sozialistische Politik in unserem Lande auf einen schärferen Kurs festzulegen“.⁵⁹¹ Die Sozialdemokratie befindet sich für den Freisinn in einer Lage, welche für die Entfaltung einer „durchschlagenden Propaganda“ alles andere als günstig sei. Dies aus zwei Gründen. Erstens, so die *Neue Zürcher Zeitung*, „ist es kaum möglich, die bürgerliche Staats- und Wirtschaftsführung der letzten Jahre, deren Leistungen und Erfolge augenfällig sind, mit sachlichen Argumenten anzugreifen und damit die Notwendigkeit einer Änderung des politischen Kurses zu begründen“. Zweitens entpuppten sich die „antikapitalistischen Tiraden“ der SPS

⁵⁸⁸ Journal de Genève, 21. November 1942: „Qui fera la paix?“ Vgl. auch: Journal de Genève, 15. Dezember 1942: „Lettre d'Angleterre. Le plan Beveridge“; Journal de Genève, 4. Januar 1943: „Lettre d'Angleterre. Economie dirigée et réformes sociales“; Journal de Genève, 17. April 1943: „Besoin de cohérence dans la politique suisse“; Journal de Genève, 27. Oktober 1943: „Conférence de M. Picot à la Salle Centrale. Politique sociale et plan Beveridge“.

⁵⁸⁹ Vaterland, 30. Oktober 1943: „Warum der eidgenössische Wahltag jeden Stimmbürger angeht!“. Vgl. auch Kleger, Nationale Bürgergesellschaft, 116f.

⁵⁹⁰ Vaterland, 13. September 1943: „Wo steht die Sozialdemokratie III.?“.

⁵⁹¹ NZZ, 2. Juli 1943: „Sozialistisches Dilemma“.

als zweischneidige Waffe, da diese immer wieder von kommunistischer Seite gegen die Sozialdemokraten selbst eingesetzt würden.⁵⁹²

Für die SPS und damit auch für die *Tagwacht* stehen die Nationalratswahlen von 1943 ganz im Zeichen der Neuen Schweiz. Sie will dabei nichts weniger als sich mit dem „machthabenden Bürgertum“ auf eine „Kraftprobe“ einlassen und erwartet deshalb im Gegenzug „einen scharfen Kampf gegen die Sozialdemokratie“, der „mit allen Mitteln der Beeinflussungstechnik und Stimmungsmache geführt werden wird“.⁵⁹³ Der sozialdemokratische Wahlerfolg und die daran anschliessende Wahl von Nationalrat Ernst Nobs zum ersten Bundesrat der SPS lassen in den Spalten der *Tagwacht* den linken Reformwillen weiter erstarken: „Der Kampf um die Neue Schweiz“ könne nun auf breiter Grundlage beginnen, dessen Weg und Ziel seien durch das Aktionsprogramm klar vorgezeichnet.⁵⁹⁴

Demgegenüber bemühen sich die bürgerlichen Organe um eine Argumentationsweise, welche die markante Verschiebung in der politischen Landschaft der Schweiz als „relative Stabilität der politischen Kräfteverhältnisse“ bei gleichzeitig „starken Verschiebungen“ innerhalb der „Reihen der Opposition“ zu interpretieren versucht.⁵⁹⁵ Die *Neue Zürcher Zeitung* sieht die gewahrte Stabilität als einen Beweis dafür, „dass die Mehrheit des Schweizervolkes die Gesamtrichtung der bisherigen eidgenössischen Politik billigt“. Auch nach der Wahl von Ernst Nobs zum Nachfolger des scheidenden freisinnigen Bundesrates Wetter bemüht sich die bürgerliche Presse, diese Vorstellung einer aus dem kriegsbedingten volksgemeinschaftlichen Zusammenrücken kontinuierlich hervorgegangenen Verschiebung der innenpolitischen Kräfte aufrechtzuerhalten. Die „Erweiterung der eidgenössischen Regierungsbasis“ ist aus bürgerlicher Sicht keine Revolution als vielmehr eine Evolution; die „Frucht eines politischen Reifeprozesses [...], dessen entscheidendes Merkmal die Bewährung der Demokratie ist“.⁵⁹⁶

In der Romandie beginnt die Auseinandersetzung mit dem Wahlkampf bereits Anfang des Jahres 1943. Obwohl die Nationalratswahlen erst im Oktober stattfinden, sei bereits im Januar von kaum etwas anderem mehr die Rede, hält das *Journal de Genève* fest. Die LdU-Initiative für das Recht auf Arbeit sei ebenso ein Bestandteil des Wahlkampfs wie das sozialistische Programm die „Neue Schweiz“. Auch auf der anderen Seite des politischen Spektrums formiere sich eine „Centrale des grandes associations économiques“ in Hinblick auf die Wahlen. Diese frühe Beschäftigung mit den Wahlen und der zu erwartende intensive Wahlkampf könne kaum erstaunen, da es sich beim neuen Parlament mit aller Wahrscheinlichkeit um dasjenige handeln wird, welches die Schweiz in den Frieden führen werde. Die für das *Journal de Genève* vorhersehbaren Debatten werden von der

⁵⁹² NZZ, 26. Oktober 1943: „Der sozialistische Wahlkampf“.

⁵⁹³ *Tagwacht*, 16. September 1943: „Verteilte Rollen“.

⁵⁹⁴ *Tagwacht*, 8. November 1943: „An das werktätige Volk“.

⁵⁹⁵ NZZ, 2. November 1943: „Eidgenössische Ausmarchung im fünften Kriegsjahr“; Vaterland, 3. November 1943: „Das Ergebnis des 31. Oktober“. Die NZZ stützt sich dabei auf die Tatsache, dass die Bundesratsparteien von ehemals 114 Mandaten im Parlament nach den Wahlen weiterhin deren 113 innehalten. Jedoch will auch das freisinnige Organ die „Tatsache nicht bagatellisieren, dass die Sozialdemokratie in den Nationalratswahlen einen augenfälligen Erfolg davongetragen hat“. NZZ, 2. November 1943: „Eidgenössische Ausmarchung im fünften Kriegsjahr“.

⁵⁹⁶ NZZ, 14. Januar 1944: „Die Erweiterung der eidgenössischen Regierungsbasis II.“.

Genfer Zeitung begrüsst, sei doch die Situation des politischen Burgfriedens für alle Beteiligten langfristig wenig befriedigend:

„Depuis longtemps, les bourgeois font du socialisme à contre-cœur, tandis que les socialistes, pressés par les circonstances, font des concessions aux doctrines des partis majoritaires. Cette politique de compromis est, aux yeux de certains, le secret de la sagesse et de la prudence. A la longue, elle n'est pas tenable, car elle ne satisfait personne.“⁵⁹⁷

Die *Liberté* sieht 1943 ebenfalls als eine Art Schicksalsjahr, in dem sich die Zukunft des Landes entscheiden werde. Entweder werde in diesem Jahr der soziale Frieden fest verankert, oder die Schweiz schlage den Weg des „revolutionären Abenteurers“ ein. Die Freiburger Zeitung bezieht sich dabei ebenfalls auf die „Neue Schweiz“, als ersten Schritt in die Richtung einer sozialistischen Wirtschaft.⁵⁹⁸

In der von der politischen Presse geführten Auseinandersetzung um die sozial- und wirtschaftspolitische Gestaltung der schweizerischen Nachkriegsgesellschaft bildet diese Phase einer auf Konsens gerichteten politischen Rhetorik am Ende des Jahres 1943 jedoch nur einen kurzen Einschnitt. Mit dem Jahr 1944 kehren alle Parteiorgane wieder zu den Positionen zurück, die sie im Zuge der Auflösung des Konsens der Geistigen Landesverteidigung zwischen 1942 und 1943 bezogenen hatten. In der 1944 und 1945 weitergeführten Debatte um das Verhältnis von Staat und Wirtschaft im Allgemeinen wie um die Ausgestaltung der AHV, die Familienpolitik und die Wirtschaftsartikel im Besonderen entwickelt sich nun erneut jenes labile Dreiecksverhältnis wie es sich nach dem Zerfall des Bürgerblocks im Jahre 1935 gebildet hatte.⁵⁹⁹

So treten im Disput um die Realisierung der Altersversicherung, der 1944 einem neuen Höhepunkt entgegen eilt, die gegenseitigen Vorbehalte der politischen Milieus offen zu Tage, auch wenn von allen Seiten durchaus Verständigungswille signalisiert wird. Nachdem der freisinnige Bundespräsident Stampfli in seiner Neujahrsansprache 1944 bekannt gegeben hat, der Bundesrat wolle nun zur Realisierung der AHV schreiten,⁶⁰⁰ konzentrieren sich die Parteiorgane auf die Fragen, ob das Prinzip der bereits existierenden Lohn- und Verdienstersatzordnung auch auf die Altersversicherung angewendet werden sollte, wie hoch die Grundrente anzusetzen und wie eine allfällige Übergangslösung zu gestalten sei. Das *Vaterland* vermisst hingegen weiterhin die Berücksichtigung des Familienschutzes und insistiert kontinuierlich auf seiner herkömmlichen Ansicht, dass die Familie „der erste Boden für die natürliche Altersversicherung“ sei.⁶⁰¹ Das konservative Organ sieht sich von den Sozialdemokraten wie von den Freisinnigen ausgegrenzt, welche „in der

⁵⁹⁷ Journal de Genève, 23. Januar 1943: „Vers des conflits politiques“.

⁵⁹⁸ Liberté 11. Januar 1943 „Perspectives sociales de 1943“.

⁵⁹⁹ Vgl. dazu auch Imhof, Wiedergeburt der geistigen Landesverteidigung, S. 179ff.

⁶⁰⁰ Vgl. NZZ, 13. Januar 1944: „Die Altersversicherung im Brennpunkt der öffentlichen Diskussion“.

⁶⁰¹ Vaterland, 7. Januar 1944: „Die neue Inangriffnahme der eidgenössischen Altersversicherung“. Vgl. auch Kapitel 6.3.

bewussten Entstellung und Lächerlichmachung“ des Familienschutzbegehrens ganz gerne zusammen gingen.⁶⁰² Die Bekämpfung der Familieninitiative durch die *Tagwacht* deutet das *Vaterland* zudem als Zeichen dafür, dass die Linke die von ihr anhaltend „agitorisch ausgeschlachteten Notstände“ gar nicht beseitigen wolle. Diese sei vielmehr versucht, soziale Reformen zu verhindern, da diese nur die „Erreichung des sozialistischen Endzieles“ erschwerten. „Revolution [...] macht man bekanntlich nicht mit zufriedenen Familienvätern und alten Leuten mit gesichertem Lebensabend.“⁶⁰³

Die *Neue Zürcher Zeitung*, welche sich ab 1943 vergleichsweise intensiv sozial- und wirtschaftspolitischen Themen zuwandte, hatte sich in diesem Jahr noch zurückhaltend zur AHV-Initiative geäußert und die Verwirklichung einer Altersversicherung als „Projekt auf lange Sicht“ beurteilt.⁶⁰⁴ Mit der positiven Stellungnahme des Bundesrates zur AHV entwickelt sich das freisinnige Organ nun jedoch in den Jahren 1944 und 1945 zur wichtigsten publizistischen Kraft für deren Realisierung. Was die *Neue Zürcher Zeitung* in ihrem ‘sozialpolitischen Galopp’ 1943 als „Kern des freisinnigen Ideengutes“ neu entdeckt hatte, nämlich die „Verantwortung für das Volksganze und das Postulat des starken Staates, der durch seine Wirtschafts- und Sozialpolitik einen Ausgleich unter den verschiedenen gesellschaftlichen Schichten herbeiführen soll“,⁶⁰⁵ sieht sie nun wesentlich in der projektierten Altersversicherung verwirklicht. Gleichzeitig glaubt sie mit deren Einführung die gesellschaftspolitische Kontinuität gewahrt und das „Schweizervolk“ einmal mehr in der „Schicksalsgemeinschaft“ zusammengehalten.⁶⁰⁶

Dieser freisinnigen Euphorie begegnet die *Tagwacht* mit Skepsis. Zwar wünscht auch sie, dass die Verwirklichung der AHV für die Arbeiterschaft zu nichts weniger als einem „sozialen Denkmal des Friedens“ werde,⁶⁰⁷ gleichzeitig behauptet sie in revolutionärem Duktus, die Sozialversicherung stelle nur ein Pflaster auf ein krankes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem dar. Endziel müsse vielmehr „die Schaffung einer Gesellschaftsordnung bleiben, die aufräumt mit der Ausbeutung einer Volksklasse durch die andere“.⁶⁰⁸ Insofern sich diese Gesellschaftsordnung in Form der Neuen Schweiz, ebenfalls in die Tradition eidgenössischer Geschichte stellt, finden sich *Tagwacht* und *Neue Zürcher Zeitung* auch hier wieder im Streit um die legitime Interpretation einer als historisches Faktum gemeinsam unterstellten solidarischen Volksgemeinschaft. Nicht zuletzt bieten sich auf der Basis dieses Deutungsmusters gleichzeitig auch vielfältige anschlussfähige Kommunikationen

⁶⁰² *Vaterland*, 4. März 1944: „Familienschutz und Altersversicherung“.

⁶⁰³ *Vaterland*, 11. Februar 1944: „Sabotage-Arbeit am sozialen Aufbau“.

⁶⁰⁴ So die NZZ, 10. August 1943: „Zwei Initiativen“.

⁶⁰⁵ NZZ, 15. Oktober 1943: „Sozialer Freisinn“.

⁶⁰⁶ NZZ, 13. Januar 1944: „Die Altersversicherung im Brennpunkt der öffentlichen Diskussion“: „Mitten in der Welt der Zerstörung und des Krieges versucht das Schweizervolk seine Revolution friedlich durchzuführen. Die Arbeit des eidgenössischen Aktionskomitees ist zudem ein beispielhaftes Zeugnis, welche positiven Werte geschaffen werden können, wenn Freisinnige, Sozialisten, Demokraten, Unabhängige, Angestellte, Gewerkschafter, Beamte, Werkmeister usw. gemeinsam ein Ziel erreichen wollen.“ Die Auslegung der AHV als Volksobligatorium durch die Expertenkommission kommentiert das freisinnige Organ dann euphorisch als Demonstration dafür, „dass unser Volk auch hinsichtlich der Frage der Vorsorge für das Alter und die Hinterlassenen eine grosse Schicksalsgemeinschaft bildet“. NZZ, 29. März 1945: „Alters- und Hinterlassenenversicherung. Der Bericht der Eidgenössischen Expertenkommission“.

⁶⁰⁷ *Tagwacht*, 15. Februar 1944: „Nachkriegs-Probleme. Die Stellung der Arbeiterschaft“.

⁶⁰⁸ *Tagwacht*, 15. Februar 1945: „Entrüstung - gegenüber den provisorischen Altersrenten?“.

zwischen den einzelnen Milieus. Als der AHV-Entwurf im Sommer 1946 im Parlament beraten wird, stellen sich *Tagwacht* wie *Neue Zürcher Zeitung* hinter die bundesrätliche Position. Das sozialdemokratische Organ spricht vom „grössten Sozialwerk der Schweizer Geschichte“⁶⁰⁹ und dem „ersten grossen Schritt zur sozialen Demokratie“.⁶¹⁰ Die *Neue Zürcher Zeitung* lobt das Funktionieren der „schweizerischen Staatsform“ wie das „disziplinierte Verhalten“ der Beteiligten.⁶¹¹

6.4 Aufstieg der PdA, „Pilet-Golaz-Krise“ und Säuberungsdiskurs als Zeichen der Polarisierung am Ende des Krieges

Die anhaltende Auseinandersetzung mit dem sozialdemokratischen Programm der Neuen Schweiz lässt die bürgerlichen Organe auch in den Jahren 1944 und 1945 weiter in Frontstellung gegenüber der SPS verharren. Mit der Gründung der PdA Schweiz erfährt diese Konstellation noch eine Verschärfung. Bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1943 machten die bürgerlichen Organe verstärkte Bewegungen innerhalb des „Linksblocks“ der Kommunistischen Partei und der Sozialistischen Föderation der Schweiz aus. Mit der innerhalb der SPS neu aufgeworfenen Frage der Beziehungen der Partei zu den Kommunisten und Nicolisten und der Forderung nach Aufhebung des Kommunistenverbots am schweizerischen Parteitag 1943 konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der bürgerlichen Presse in diesem Zusammenhang vor allem auf innerparteiliche Auseinandersetzungen der Sozialdemokraten.⁶¹² Durch die von Stalin am 15. Mai 1943 verfügte Auflösung der Kommunistischen Internationalen glaubt sie den linken Flügel der SPS gestärkt in seinen Versuchen, eine Annäherung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten herbeizuführen, was zu Spannungen innerhalb der Partei führt. Dieser „sozialistische[n] Zwiespältigkeit“⁶¹³ halten *Vaterland* wie *Neue Zürcher Zeitung* die Haltung der Gewerkschaften entgegen, in der sich das „lebendige, verantwortungsbewusste Gewissen jedes Schweizer“ offenbare.⁶¹⁴ Die gewerkschaftliche „Verständigungspolitik“ wird in dieser Perspektive zur Hoffnung dafür, dass „das alte sozialistische Ideal der Gewalt wieder Platz gebe für den natürlichen, ausgeglichenen Geist einer sozialen Einstellung, die allein dem ganzen Schweizervolk gerecht wird“.⁶¹⁵ Die Sozialdemokratie selbst versuche dieses Problem dahingehend zu lösen, dass sie praktisch die Politik der Gewerkschaften betreibe, im „Propagandatenor“ aber den radikalen Ton des Linksflügels aufgenommen habe.⁶¹⁶ Die

⁶⁰⁹ Tagwacht, 11./12. Juni 1946: „Das grösste Sozialwerk der Schweizer Geschichte. Die Altersversicherung ist da I/II“.

⁶¹⁰ Tagwacht, 19. August 1946: „Ein historischer Augenblick. Die Sondersession um die Alters- und Hinterbliebenenversicherung beginnt“.

⁶¹¹ NZZ, 2. September 1946: „Demokratischer Willen“ und Altersversicherung“.

⁶¹² Aufgeworfen wurde diese Frage durch die von Teilen der ehemaligen KPS verfolgte Einheitsfrontpolitik, welche ein Zusammengehen von KPS und SPS anstreben wollte. Vgl. Imhof, Das kurze Leben der geistigen Landesverteidigung, S. 78.

⁶¹³ Vaterland, 11. Februar 1943: „Öffentliche Ordnung und soziale Befriedung. Vom aufrührerischen Nicole zur sozialistischen Zwiespältigkeit“.

⁶¹⁴ NZZ, 2. Juli 1943: „Sozialistisches Dilemma“.

⁶¹⁵ Vaterland, 11. März 1944: „Klassenkampf und Verständigung“.

⁶¹⁶ Vaterland, 25. April 1944: „Die Spaltung in der Zürcher Sozialdemokratie. Gründung einer linkssozialistischen Partei der Arbeit“.

Konsequenz daraus sei, dass sich nun zu ihrer Linken neue Arbeiterparteien bildeten, während zugleich auf dem rechten Parteiflügel gewisse Gewerkschaftsgruppen dazu übergingen, ihre Forderungen auch politisch unabhängig von der sozialdemokratischen Partei zu vertreten.⁶¹⁷

Die von den bürgerlichen Organen vor den Parlamentswahlen im Herbst 1943 wahrgenommenen Spannungen innerhalb der Sozialdemokratie blieben auch in der *Tagwacht* nicht unkommentiert. Parteiorgan wie Parteioxponenten bemühten sich jedoch intensiv, keine Zweifel an der innerparteilichen „Geschlossenheit und Disziplin“ aufkommen zu lassen. Diese Haltung, die schliesslich durch den erzielten Wahlerfolg bestärkt worden war, gerät nun aber spätestens mit der Gründung der zürcherischen Partei der Arbeit im April 1944 und der Organisation der kantonalen PdA-Sektionen in der „Föderation der Parteien der Arbeit“ (FPA) fundamental ins Wanken.⁶¹⁸ Herausgefordert durch den Anspruch der FPA auf Vertretung der Arbeiterschaft und die behauptete Fähigkeit, im Gegensatz zur Sozialdemokratie in ihrer politischen Praxis die Neue Schweiz zu verwirklichen, sieht sich die *Tagwacht* zu einem argumentativen Kraftakt veranlasst. Auf die gemeinsame Erinnerung an die Trennung von Kommunisten und Sozialdemokraten nach dem Ersten Weltkrieg und die damit einhergehende Schwächung gegenüber dem aufsteigenden Faschismus insistierend, bestreiten die Parteiführer der SPS, dass es in der Schweiz um die Frage eines Rechts- oder Linkskurses der Arbeiterbewegung gehen könne. Für eine Neuordnung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse sei vielmehr eine geeinte Arbeiterbewegung Voraussetzung.⁶¹⁹ Die durch die *Neue Zürcher Zeitung* und das *Vaterland* betonten Differenzen zwischen den Gewerkschaften und einem Teil der sozialdemokratischen Parteiführung werden von der *Tagwacht* schlicht negiert.⁶²⁰ Aus dieser Position heraus bestreitet das sozialdemokratische Organ die Existenzberechtigung und „historische Notwendigkeit“ der PdA in doppelter Hinsicht.⁶²¹ In der Weise, wie die PdA die Verwirklichung der Neuen Schweiz für sich beansprucht, konfrontieren sie die Autoren der *Tagwacht* einerseits mit dem Einwand, das gleiche Ziel zu verfolgen wie bereits die SPS.⁶²² Dies trotzdem zu tun, so das Organ andererseits, führe zur Spaltung der Arbeiterbewegung und stelle damit nichts weniger als eine Hilfe für die „herrschende Klasse“, für „die Anhänger der Ordnung der Vergangenheit“ dar.⁶²³ Entlang dieser beiden Argumentationsfiguren behauptet die *Tagwacht* in anhaltenden Artikelserien das Vorschreiten der SPS zur Neuen Schweiz und damit die Illegitimität der „primitive[n] Revolu-

⁶¹⁷ Vgl. *Vaterland*, 1. Mai 1944: „‘Abweichungen’ – oder mehr? I.“. Diese „selbständige Politik“ der Gewerkschaften analysiert das *Vaterland* in einer längeren Serie unter dem Titel „‘Abweichungen’ – oder mehr?“. Vgl. *Vaterland*, 1. Mai, 4. Mai, 13. Mai, 17. Mai 1944.

⁶¹⁸ Vgl. Imhof, *Das kurze Leben der geistigen Landesverteidigung*, S. 78.

⁶¹⁹ *Tagwacht*, 21. Juni 1944: „Sozialdemokratie oder ‘Partei der Arbeit’ II.?“.

⁶²⁰ Diese Einheit wird insofern unterstellt, als dass die Mitglieder der SPS immer auch mit den Kollektivsingularen „Arbeiterschaft“ oder „Arbeiterklasse“ umschrieben werden. In den Jahren 1942 bis 1945 finden sich zudem in der *Tagwacht* – und dies in starkem Gegensatz zu den bürgerlichen Organen – kaum Hinweise auf das Verhältnis von Gewerkschaften und SPS.

⁶²¹ *Tagwacht*, 15. August 1944: „Spaltung und Linkskurs I.“.

⁶²² Vgl. beispielsweise *Tagwacht*, 17. August 1944: „Spaltung und Linkskurs III.“.

⁶²³ *Tagwacht*, 23. Juni 1944: „Sozialdemokratie oder ‘Partei der Arbeit’? IV.“. Als ein bedeutendes Zeichen dafür wird in der *Tagwacht* die Tatsache genannt, dass die „bürgerliche Presse die sogenannte Krise innerhalb der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz mit allegrösster Aufmerksamkeit“ verfolge (ebd.).

tionsromantik“ der Partei der Arbeit. In harschen Angriffen wendet sie sich daneben gegen die „Spaltungsaktionen“ der „Sozialdemokratischen Linken“ und fordert deren Ausschluss aus der Partei.

Die *Neue Zürcher Zeitung*, die sich 1944 vergleichsweise selten zur „Krise in der Sozialdemokratie“ äussert, diskutiert in erster Linie deren Lavieren zwischen „praktischer Verständigungspolitik“ und „hemmungslose[r] Propaganda für einen totalen Umbau von Staat und Wirtschaft“. ⁶²⁴ In ähnlicher Weise fordert auch das *Vaterland* endlich eine Klärung des sozialdemokratischen Parteikurses „im Sinne einer loyalen Mit- und Zusammenarbeit“. Eine weiterhin anhaltende „zwiespältige Politik“ sei kaum mehr tragbar. Gleichzeitig befürchtet das Organ jedoch, dass die gefährliche Konkurrenz, welche die PdA für die Sozialdemokratische Partei darstelle, letztere zu einem noch radikaleren Kurs zwingen könnte. ⁶²⁵ Während sich in der Auseinandersetzung der bürgerlichen Organe mit der PdA deren Stigmatisierung als neue „Fünfte Kolonne“ mit dem Ziel der „Einordnung der Schweiz in ein ‚Neues Europa 1944‘, etabliert, ⁶²⁶ finden sich gegenüber der SPS immer wieder auch Signale der Integrationsbereitschaft, sei dies auch nur, „um nicht durch ungeschicktes Vorgehen“ die „wertvollen Elemente innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung der Ganzlinken zuzutreiben“. ⁶²⁷ Gegen das Jahresende 1944 wird der Argwohn der bürgerlichen Presseorgane gegenüber der demokratischen Kompetenz der Sozialdemokratie schliesslich zunehmend verdrängt durch das als „innenpolitische Belastungsprobe“ wahrgenommene Agieren der PdA. Mit der Beilegung der „Pilet-Golaz-Krise“ scheint für *Neue Zürcher Zeitung* wie *Vaterland* die Integration der SPS geglückt, der eidgenössische Verständigungswille bestätigt. ⁶²⁸

Von links überholt und gleichzeitig weiterhin im Spannungsfeld von gewollter Opposition und faktischer Integration lavierend stürzt sich die *Tagwacht* mit dem Beginn des Jahres in eine intensive Diskussion um die „Säuberung des Schweizerhauses“. Indem das sozialdemokratische Blatt die verlorengegangene faschistische Bedrohung von aussen durch eine solche von innen in Form der deutschen Kolonie in der Schweiz, der sich in die Schweiz absetzenden nationalsozialistischen Funktionäre und der eigenen „Fünften Kolonne“ ersetzt, entwickelt sich die *Tagwacht* zur Themenführerin in der Auseinandersetzungen mit der unmittelbaren Vergangenheit. ⁶²⁹ Um dem Schweizervolk Klarheit zu verschaffen „über die Gefahren, welche die Schweiz, die Existenz und Freiheiten des Landes ständig bedrohten“, fordert die *Tagwacht* vom Bundesrat die Erstellung eines „Weissbuches über Nazi-Umtriebe in der Schweiz“ ⁶³⁰ und verurteilt die in ihren Augen zu milde Bestrafung der „Landesverräter“ und „Frontisten“. ⁶³¹ In seinem antifaschistischen

⁶²⁴ NZZ, 27. Juni 1944: „Die Krise der Sozialdemokratie. Wohin die Fahrt?“.

⁶²⁵ *Vaterland*, 1. Mai 1944: „‘Abweichungen’ – oder mehr? I.“.

⁶²⁶ NZZ, 23. November 1944: „Innenpolitische Belastungsprobe“.

⁶²⁷ NZZ, 25. Oktober 1944: „Wind um jeden Preis“. Vgl. auch *Vaterland*, 9. Dezember 1944: „Vizepräsident Grimm und der revolutionäre Sozialismus“.

⁶²⁸ Vgl. weiter unten.

⁶²⁹ Das entsprechende Kommunikationsereignis „Säuberung - Entnazifizierung“ findet sich auf dem ersten Rang in der Hierarchie der Kommunikationsereignisse der *Tagwacht*. Vgl. dazu auch Imhof, *Das kurze Leben der geistigen Landesverteidigung*, S. 66ff.

⁶³⁰ *Tagwacht*, 18. Mai 1945: „Her mir dem Weissbuch. Über die Nazi-Umtriebe“.

⁶³¹ *Tagwacht*, 13. November 1945: „Das Urteil der Pamphletisten“.

Rundumschlag wendet das Organ schliesslich dieses Deutungsmuster auch auf den innenpolitischen Gegner an, indem es die Katholisch-Konservativen als „schweizerische k.-k. Faschisten“ bezeichnet und deren Verbleib im Bundesrat in Frage stellt.⁶³² Das *Vaterland* sieht denn auch in diesem „Säuberungsterror“ alleinig den Versuch „linksliberal[e] und sozialistischer Kreise“ ihre politischen Machtpositionen auszubauen.⁶³³ Da das konservative Organ in der antifrontistischen Säuberkampagne nichts weniger als „Vorspiele zu einem Bürgerkrieg“ zu erkennen glaubt, antizipiert es die eigentliche Gefahr für die Schweiz in der PdA und ihrem „Anführer“ Léon Nicole. Es kämpft deshalb für die Aufrechterhaltung des Parteienverbotes und fordert schliesslich nach dessen Aufhebung vehement einen Ausbau des Staatsschutzes.⁶³⁴ In leicht abgeschwächter Form findet sich eine solche Gefahrenperzeption auch in den Zeilen der *Neuen Zürcher Zeitung*. Analog zum *Vaterland* setzt auch das freisinnige Organ dabei den Aufstieg der PdA mit dem faschistischen und nationalsozialistischen Parteien gleich.

Die Gleichsetzung von Kommunismus und Nationalsozialismus ist spätestens nach Kriegsende auch in den bürgerlichen Zeitungen der Romandie allgegenwärtig. Für den Chefredakteur des *Journal de Genève* fehle den Schweizer Kommunisten lediglich „les chemises brunes et on aura la répétition exacte des débuts du parti hitlérien“.⁶³⁵ Diese Parallelisierung vor allem der Methoden und Ideologien erreicht im *Journal de Genève* ihren Höhepunkt, als in einer Artikelserie von Raymond Deonna, dem späteren Vizepräsidenten des Redressement National, von den Fronten als „hitlériens de droite“, von der PdA bzw. den „Nicoléens“ als „hitlériens de gauche“ die Rede ist. Die „analogie frappante“ zwischen den Parteiprogrammen des Front national und der PdA wird unter anderem an den Plänen zur Verstaatlichung der Finanzunternehmen festgemacht.⁶³⁶

Bis zum Sommer 1945 beteiligen sich auch die beiden bürgerlichen Blätter der Romandie an den Forderungen nach „Säuberungen“ gegen nationalsozialistische und frontistische Aktivisten und Sympathisanten aus dem In- und Ausland.⁶³⁷ Ab Februar 1946 möchte das *Journal de Genève* jedoch die öffentliche politische Auseinandersetzung um die politisch diskreditierten Frontisten, Erneuerungsbewegungen und Amtsträgern beendet sehen. Die kritisierte politische Instrumentalisierung des Säuberdiskurses durch die Linke und die kraftlose Abwehrhaltung der bürgerlichen Parteien ist nach Meinung der Genfer Zeitung in erster Linie ein Deutschschweizer Phänomen, das aber die Position der nichtsozialistischen Parteien der ganzen Schweiz schwäche. Das hartnäckige Aufgreifen der innenpolitischen Ereignisse während des Kriegs diene einzig der Bildung eines Mythos, welcher besagen solle, dass der antinazistische Widerstand lediglich links und die Kollaborateure allesamt rechts zu finden gewesen seien, schreibt Olivier Reverdin im *Journal*

⁶³² Tagwacht, 8. August 1945: „Die schweizerischen k.-k. Faschisten“.

⁶³³ *Vaterland*, 4. Juli 1945: „Säuberungs-Terror als machtpolitisches Mittel“.

⁶³⁴ So beispielsweise *Vaterland*, 12. Juni 1945: „Über die Partei der Arbeit zu Russland?“.

⁶³⁵ *Journal de Genève*, 25. Juni 1945: „Le Parti du travail contre le pays“.

⁶³⁶ *Journal de Genève*, 20. Juli 1945: „Les hitlériens de droite et de gauche III“. Vgl. auch: *Journal de Genève*, 5. Juli 1945: „Les hitlériens de droite et de gauche“; *Journal de Genève*, 11. Juli 1945: „L'hitlérisme de droite et de gauche“.

⁶³⁷ Zum Beispiel in *Liberté*, 7. Juni 1945: „Nouvelles du jour. La chasse générale aux suppôts de l'Axe“: „Dans tous les cantons le balai helvétique fonctionne avec ardeur.“

de Genève. Es gelte jedoch nach vorne zu schauen und endlich die schädliche Vergangenheitsbewältigung zu beenden:

„Seul un peuple malade, épuisé, se retourne continuellement vers le passé. Un peuple sain regarde l'avenir. Qu'on cesse donc une bonne fois de remuer, de déformer, d'enfler démesurément, de travestir ce qui s'est fait et ce qui s'est dit en 1940; qu'on cesse de se jeter à la tête des citations tronquées, empruntées aux écrits de cette époque, et qui, la plupart du temps, ne prouvent rien, sinon que tout le monde alors s'est plus ou moins lourdement trompé.“⁶³⁸

Der liberale Genfer Nationalrat Albert Picot konstatiert in diesem Zusammenhang und mit Bezug auf den Artikel von Olivier Reverdin die „crise morale et politique“ in den bürgerlichen Kreisen der Deutschschweiz. Während Picot zufolge die „socialistes alémaniques“ ihren politischen Vorteil aus der Aufarbeitung der Kriegsereignisse ziehen können, wirke die Bourgeoisie der Deutschschweiz desorientiert und defensiv. In dieser Situation könnten die bürgerlichen Politiker der Romandie ihren Deutschschweizer Kollegen mit Rat zur Seite stehen, da die Romandie, nach Meinung Picots frei von pronazistischen Aktivitäten, unbelastet zum Konterangriff schreiten könne.⁶³⁹ In einem weiteren Artikel zur Vergangenheitsbewältigung greift der Autor Robert de Traz zu einem psychologisierenden Jargon. Das „Malaise“ in verschiedenen Regionen der Schweiz wird hier auf den Zwang zum Schweigen während des Kriegs zurückgeführt, der einer „chronischen Verdrängung“ entspreche.⁶⁴⁰

Die *Liberté* greift Ende Januar 1946 ebenfalls die „vaste campagne de dénigrement“ der Linken auf und begreift sie ebenfalls als politische Instrumentalisierung im Hinblick auf die Wahlen von 1947; sie spricht zumindest Teilen der Linken dabei die Legitimation zur Kritik an den Bürgerlichen ab, da die Linke ihrerseits mit den Faschisten sympathisiert habe:

„Nous les voyons venir avec leurs arguments: la 'bourgeoisie' suisse était pourrie, le conseil fédéral faible, la trahison quasi générale. Il n'y a que l'extrême-gauche⁶⁴¹ qui fut résistante! Hélas, nous avons des textes qui prouvent qu'elle ne fut résistante que du jour où la Russie dut se séparer de l'Allemagne qui l'avait attaquée. Jusqu'en 1941 personne ne fut plus collaborationniste que M. Ni cole [...].“⁶⁴²

⁶³⁸ Journal de Genève, 8. Februar 1946: „Ceux qui nuisent au pays“.

⁶³⁹ Journal de Genève, 13. Februar 1946: „Crise politique en Suisse alémanique“.

⁶⁴⁰ Journal de Genève, 26. März 1946: „Chronique du temps. Psychose“.

⁶⁴¹ Der Gebrauch von „extrême-gauche“ ist nicht immer eindeutig. Zumindest während des Kriegs war damit sowohl im Journal de Genève als auch in der Liberté beinahe ausschliesslich die SPS gemeint, während „gauche“ meistens die bürgerliche Linke, z.B. die Zürcher Demokraten bezeichnete. Mit der Gründung der PdA und der Regierungsbeteiligung der SPS wird „extrême-gauche“ einmal als Sammelbegriff für die SPS und die PdA, ein andermal als Synonym für die PdA oder weiter in der alten Bedeutung als Bezeichnung für die SPS oder auch nur ihren linken Flügel benutzt.

⁶⁴² Liberté, 30. Januar 1946: „La grande lessive politique“. Die SPS wird in der Liberté als Urheberin einer eigentlichen „chasse à l'homme“ präsentiert: „Pour ce qui est de l'épuration, l'extrême-gauche ne se borne pas à publier un manifeste. Elle la réclame tous les jours dans sa presse. [...] Pourtant, la chasse à l'homme continue. Naturellement, tous ceux entre les signataires [der Eingabe der Zweihundert] qui occupent une fonction publique sont invités à s'en aller. [...] Pour finir, tout le monde sera suspect: il

Als die Sowjetunion sich anfangs November 1944 weigert, mit der Schweiz diplomatische Beziehungen aufzunehmen, und diesen Schritt unter anderem mit einer angeblich pro-faschistischen Politik der Schweiz begründet, sieht sich die *Tagwacht* in ihrer Kritik an den Bundesräten Pilet-Golaz, Etter und von Steiger und den sie stützenden bürgerlichen Kreisen bestätigt. Die „Krise der schweizerischen Aussenpolitik“⁶⁴³ wird dem Blatt zur „Krise“ schlechthin, deren innenpolitische Implikationen ein „Notrecht des Volkes“ (Robert Grimm) erforderlich machten. Die aus dem gescheiterten Versuch zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen abgeleitete „Pilet-Golaz-Affäre“ dominiert die Aufmerksamkeitsstrukturen des sozialdemokratischen Blattes in einem Mass, dass sich dies in den zehn grössten Kommunikationsereignissen des Jahres 1944 niederschlägt.⁶⁴⁴ Unverhohlen fordert die *Tagwacht* den Rücktritt von Bundesrat Pilet-Golaz⁶⁴⁵ und eine Säuberung des Politischen Departements, dessen „graue Eminenzen“ von Klassen- und Kastendünkel, Unfähigkeit und „geschleckte[r] Wichtigtuerei“ geprägt seien.⁶⁴⁶ Heftigste Kritik übt das sozialdemokratische Organ an der „Bücklingspolitik“ gegenüber Mussolini und Franco, die Bundesrat Motta etabliert und Bundesrat Pilet-Golaz weitergeführt habe. Indem sie die Politik Pilet-Golaz’ in direkte Kontinuität zu der seines Amtsvorgängers stellt, macht die *Tagwacht* auch deutlich, wer in ihren Augen primär die Verantwortung für das Scheitern der schweizerischen Aussenpolitik trägt. Ganz explizit spricht das sozialdemokratische Organ von einer „katholischen Aussenpolitik“ und qualifiziert sie als „nicht neutral“ und „nicht im Landesinteresse“. Mit dieser Kritik macht die *Tagwacht* der Konservativen Volkspartei und ihren Exponenten Etter und von Steiger auch die Definitionsmacht über Schlüsselbegriffe schweizerischen Staatsverständnisses streitig. Entsprechend folgert die Zeitung:

„Wenn sich die Katholiken heute noch anmassen, als Hüter der Neutralität und Unabhängigkeit aufzutreten, Noten auszuteilen und ernsthafte Bemühungen, mit Moskau ins Gespräch zu kommen, zu kritisieren, so zeigt dies die ganze Borniertheit ihrer politischen Einstellung. Sie haben in der hohen Politik ausgespielt.“⁶⁴⁷

Auf den Versuch bürgerlicher Zeitungen, wie beispielsweise des freisinnigen Berner *Bund*, die sozialdemokratische Kritik an den Fehlern in der schweizerischen Aussenpolitik mit

suffira d'avoir, pendant la guerre, habité la même rue que tel ami du nazisme, ou d'avoir la même écriture, pour être voué à la vindicte publique“. Mit der „campagne d'agitation“ stelle die SPS für die Liberté jedoch den nationalen Konsens und damit ihre Regierungsbeteiligung in Frage, die Partei müsse sich deshalb früher oder später zwischen Opposition oder gouvernementalen Verantwortlichkeiten entscheiden: „[...] il faudra que[...] les socialistes respectent le pacte, endossent les responsabilités inhérentes au pouvoir, et cessent de troubler le pays par des campagnes incessantes“. Liberté, 8. Februar 1946: „La campagne d'agitation continue“.

⁶⁴³ Vgl. Tagwacht, 13. November 1944: „Die Krise der schweizerischen Aussenpolitik“.

⁶⁴⁴ Das entsprechende Kommunikationsereignis „Beziehungen zur UdSSR / Pilet-Golaz-Affäre“ findet sich auf dem ersten Rang in der Hierarchie der Kommunikationsereignisse der Tagwacht.

⁶⁴⁵ Tagwacht, 7. November 1944: „Aussenpolitische Erschwerisse“.

⁶⁴⁶ Tagwacht, 11. November 1944: „Mann über Bord“, Tagwacht, 11. November 1944: „Das System“, Tagwacht, 13. November 1944: „Wenn der Herzog fällt, muss auch der Mantel nach“.

⁶⁴⁷ Tagwacht, 14. November 1944: „Die katholische Hypothek“.

dem Hinweis zu ersticken, dass der Bundesrat alles getan habe, was mit der „nationalen Würde“ noch zu vereinbaren sei, reagiert die *Tagwacht* ausgesprochen scharf. In einer klassenkämpferischen Rhetorik zeichnet sie das Bild einer zweigeteilten Schweiz. Während die Arbeiterschaft „mit ihrer Haltung und Standfestigkeit und ihrem Einsatz beim Ansturm von Fronten und fascistischen Kräften das Land gerettet“ habe, hätten Exponenten des bürgerlich-konservativen Lagers wie die Bundesräte Pilet-Golaz und Motta eine „Politik der Bücklinge und der Liebedienerei gegenüber den facistischen Mächten“ gepflegt und seien dabei von den bürgerlichen Parteien und den freisinnigen wie den katholisch-konservativen Blättern stets gegen die Kritik der Sozialdemokratie gestützt worden. Als Konsequenz aus dieser Situationsbeschreibung fordert die *Tagwacht* einerseits die Säuberung des politischen Departements und die Etablierung eines unbelasteten „homo novus“ an dessen Spitze und andererseits eine bessere Vertretung der Sozialdemokratie in Bundesrat und Verwaltung.

Das *Vaterland* als Organ der im Zentrum der sozialdemokratischen Kritik stehenden Katholisch-Konservativen reagiert in ähnlich polemischem Ton. Die Forderung des sozialdemokratischen Fraktionspräsidenten Robert Grimm nach einer sofortigen Demission Pilet-Golaz’ offenbart für das Blatt wieder den „echte[n] Grimm, der seinen Spürsinn für revolutionäre Sensationen nie verloren hat, trotz aller Heranziehung und Verwöhnung durch die Bundesbehörden in der Kriegswirtschaft“.⁶⁴⁸ Das zentrale Argument ihrer Antikritik bildet jedoch der Vorwurf, die Linksparteien und ihre Presse würden „ausenpolitische Schwierigkeiten innenpolitisch ausnützen und parteipolitisch [...] missbrauchen“.⁶⁴⁹ Indem sie eine Staatskrise herbeiredeten, spielten sie das Spiel Moskaus:

„Heute bietet die Linkspresse und bieten namhafte sozialistische Politiker der Sowjetregierung bereitwillig Schützenhilfe gegen das eigene Land. Auf verschiedenen Wegen und mit unterschiedlichen Mitteln wird offensichtlich auf eine Regierungskrise hingearbeitet. Wie das gemacht wird, kann nicht anders als skandalös bezeichnet werden. Schweizer Zeitungen – nicht nur sozialistische – geben sich dazu her, der Sowjetregierung ‘Argumente’ gegen die schweizerische Heimat zu liefern.“⁶⁵⁰

Mit dieser Argumentationsfigur, die die Gefährdung der Schweiz durch eine (kommunistische) Fünfte Kolonne heraufbeschwört, kann das *Vaterland* an den antitotalitären Basiskonsens der Geistigen Landesverteidigung anknüpfen und diesem nun eine antikommunistische Stossrichtung geben. Dies erlaubt ihr nicht nur, den Kritikern an der bürgerlichen Aussenpolitik den Wind aus den Segeln zu nehmen, sondern gleichzeitig auch, die Sozialdemokratie vor die Wahl zwischen einer kommunistischen Einheitsfront oder der schweizerischen Konkordanz zu stellen. Mit der aussenpolitischen Aussprache in der Dezembersession des Nationalrates und mit der Wahl Robert Grimms zum Vizepräsidenten des Nationalrates scheint für das *Vaterland* die Reintegration der Sozialdemokra-

⁶⁴⁸ *Vaterland*, 8. November 1944: „Robert Grimm tritt auf die Bühne!“.

⁶⁴⁹ *Vaterland*, 10. November 1944: „Ein gefährliches Spiel...“.

⁶⁵⁰ *Vaterland*, 10. November 1944: „Ein gefährliches Spiel...“.

tie geglückt. Auf das Pathos der Geistigen Landesverteidigung zurückgreifend, kommentiert das Vaterland die „Liquidation der November-Krise“:

„Die Dezembersession 1944 aber bezeugt, dass wir Eidgenossen uns verstehen, wenn wir uns verstehen wollen, dass wir uns finden, wenn wir gewillt sind, das Ganze, das Entscheidende anzustreben.“⁶⁵¹

Ähnlich, wenngleich auch ohne den polemischen Ton des *Vaterlandes* und von Anfang an auf die Integration der Sozialdemokratie zielend, argumentiert auch die *Neue Zürcher Zeitung*. Den Kritikern an der schweizerischen Aussenpolitik hält sie vor, „die gerechte Unterscheidung zwischen dem, was die Regierung und die hinter ihr stehenden grossen Parteien *wollten*, und dem, was sie *mussten*“ geflissentlich zu übersehen.⁶⁵² Die schweizerische Aussenpolitik derart als Folge von Sachzwängen interpretierend, beschränkt sich die *Neue Zürcher Zeitung* in der Folge darauf, die Sozialdemokratie vor den Folgen ihrer Oppositionspolitik und der „Krisenmacherei“ zu warnen. Hierbei verfolgt das freisinnige Blatt eine doppelte Strategie. Einerseits kritisiert sie die sozialdemokratische Kritik als Auswuchs einer linken Oppositionspolitik. Menetekel einer solchen Politik ist ihr das Verhalten der Partei der Arbeit, das die *Neue Zürcher Zeitung* mit jenem der Fronten 1940 gleichsetzt.⁶⁵³ Von ihr habe sich die Sozialdemokratie schon im wohlverstandenen Eigeninteresse zu distanzieren. Andererseits verweist die *Neue Zürcher Zeitung* nachdrücklich auf Stimmen innerhalb der Sozialdemokratie, die sich bemühten, der Krise „schickliche Ziele und Auswege zu weisen“. Hier zeigt sich das freisinnige Blatt sogar bereit, „gewisse Kritik an Methoden und Personen des Politischen Departements“ zu akzeptieren.⁶⁵⁴ Prominent kommen vor allem Gewerkschaftsvertreter zu Wort. Mehrmals zitiert die *Neue Zürcher Zeitung* Artikel aus der *Schweizerischen Metallarbeiterzeitung*, welche die sowjetische Kritik an der Schweiz zurückweist, die aktuelle Situation der Schweiz mit jener von 1940 vergleicht und für beide Situationen der Schweiz eine untadelige, antitotalitäre Haltung attestiert.⁶⁵⁵ Auch für die *Neue Zürcher Zeitung* endet diese Phase der innenpolitischen Auseinandersetzung mit der Wintersession des Nationalrates. Opposition erwartet sie nun nur noch von der PdA.⁶⁵⁶

Die Berichterstattung des *Tages-Anzeigers* unterscheidet sich gänzlich von jener der Parteipresse. Das Forumsorgan entzieht sich der parteipolitischen Auseinandersetzung, übt jedoch vorsichtige Kritik an der bisherigen Aussenpolitik und verknüpft diese Kritik explizit mit einem Hinweis auf Fehler in der Presse- und der Flüchtlingspolitik:

⁶⁵¹ Vaterland, 16. Dezember 1944: „Am Ende der zweiten Sessionswoche. Liquidation der November-Krise“.

⁶⁵² NZZ, 14. November 1944: „Kaltes Blut“ (Hervorhebungen im Original).

⁶⁵³ NZZ, 15. Dezember 1944: „Bemerkungen zum Tage“.

⁶⁵⁴ NZZ, 15. Dezember 1944: „Zur 'innern' Krise“.

⁶⁵⁵ Schweizerische Metallarbeiterzeitung, 15. November 1944: „Die russische Absage“; vgl. auch: Schweizerische Metallarbeiterzeitung, 29. November 1944: „Sachliche Bemerkungen zu einer umstrittenen Rede und zu einer parlamentarischen Erklärung“.

⁶⁵⁶ NZZ, 3. Dezember 1944: „Vor einer belebten Wintersession“.

„Wir denken da an die Rigorosität, mit der zu manchen Zeiten Flüchtlinge an unserer Grenze zurückgewiesen und in den sicheren Tod geschickt wurden; wir denken an die oft verständnislose Art, mit der Flüchtlinge und Internierte in manchen Lagern behandelt wurden; wir denken an die besonders anfangs rücksichtslose Behandlung der russischen Internierten, die zu sehr unliebsamen Vorfällen in den russischen Lagern führte, an die viel schlechtere Behandlung, die den internierten russischen Offizieren im Verhältnis zu Offizieren anderer Länder zuteil wurde. Die Ungeschicklichkeiten, die hier gegenüber den in unserem Lande internierten Russen begangen wurden, haben nach unseren Informationen nicht zuletzt zu der brüskten russischen Antwort beigetragen.“⁶⁵⁷

In der polarisierenden Diskussion, in der abweichende Positionen rasch unter den Verdacht der Illoyalität geraten, findet eine solch differenzierende Einschätzung keine Resonanz. Denn wer Fehler in der Flüchtlingspolitik eingesteht, gerät in dieser durch eine klare Freund-Feind Dichotomie bestimmten Kommunikationssituation leicht in Gefahr, als Agent Moskaus stigmatisiert zu werden.

Exemplarisch für die argumentative Instrumentalisierung einer wiedererweckten Geistigen Landesverteidigung ist die Reaktion von Pierre Béguin auf Robert Grimms Rücktrittsforderung an Bundesrat Pilet-Golaz. Der Berner Korrespondent des *Journal de Genève* stellt diese Forderung als Rückfall eines „incorrigible révolutionnaire“ in alte Zeiten dar, der die Parteiinteressen über den „instinct national“ stelle. „Il [Grimm] publie des articles incendiaires dans la *Tagwacht*. Il enjoint au peuple suisse de battre sa coulpe. Il exige la démission de M. Pilet-Golaz, ce qui reviendrait à imiter d'autres Etats qui, pour plaire à un interlocuteur puissant, ont modifié leur équipe ministérielle“. Letztlich sei die Rücktrittsforderung aber nur ein taktisches Manöver der nunmehr gouvernementalen SPS, die fürchte, dass das Monopol der innenpolitischen Agitation an die PdA übergehe, und somit nur beschränkt ernst zu nehmen sei: „Pour notre part, nous ne prenons pas ces manifestations au tragique“.⁶⁵⁸ Umso heftiger fällt die Enttäuschung Béguins über die Demission Pilets am Folgetag aus. Eindeutig sieht Béguin den Grund des Rücktritts in der Rückweisung der Annäherungsversuche durch die UdSSR und vertritt so die These der Selbstopferung Pilets, wenn auch in deutlich ablehnender Weise:

„M. Pilet-Golaz s'en va parce qu'il a essayé un grave échec diplomatique. Il estime que sa personne est un obstacle à la conclusion d'un arrangement satisfaisant entre la Suisse et l'U.R.S.S.“⁶⁵⁹

Deutlich und in unüblich harten Worten kritisiert Pierre Béguin den Rücktritt als politisch falsch und gefährlich für das aussenpolitische Gewicht der Schweiz: „Malgré tout, M. Pilet-Golaz a fort mal choisi le moment de sa retraite.“ Trotz allen möglichen Argumenten,

⁶⁵⁷ Tages-Anzeiger, 11. Dezember 1944: „Monsieur le bureau“; vgl. auch Tages-Anzeiger, 21. November 1944: „Innenpolitische Remedur“.

⁶⁵⁸ Journal de Genève, 10. November 1944: „Indépendance nationale d'abord!“.

⁶⁵⁹ Journal de Genève, 11. November 1944: „La démission de M. Pilet-Golaz“.

welche die Tragweite seines Rücktritts relativieren könnten hält Béguin den Rücktritt für einen gravierenden Fehler, der bei der UdSSR zudem den Appetit auf weitere Zugeständnisse wecken könnte:

„Il n'en reste pas moins que l'opinion publique admettra qu'il s'est incliné devant une volonté étrangère et que les Russes en conclueront que, à l'exemple d'autres petites nations, nous sommes disposés à modifier notre équipe ministérielle selon leurs vœux. [...] De ce point de vue, M. Pilet-Golaz n'a pas rendu un bon service à son pays. Il n'a plus songé qu'à lui. Sa dernière maladresse justifie les critiques qu'on lui a adressées de toutes parts.“⁶⁶⁰

Bereits wenige Tage später konzentriert sich die Kritik des *Journal de Genève* wieder auf die Sozialisten, denen vorgeworfen wird, die Bedeutung der Geistigen Landesverteidigung („nécessité de défendre les intérêts supérieurs du pays“) nicht zu sehen.⁶⁶¹

Trotz der diskursiven Einforderung eines erneuerten antitotalitären Basiskonsenses durch die bürgerlichen Organe und trotz der teilweise vollzogenen institutionellen Integration der Sozialdemokratie bleibt die schweizerische Gesellschaft auch in der unmittelbaren Nachkriegszeit innenpolitisch gespalten. Differenzen ergeben sich nun neben den sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen zunehmend auch aus der Beurteilung der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. Erst in dem Mass, wie sich im Verlauf der späten 40er Jahre wieder ein Konsens über den innenpolitischen Feind in Form der PdA und die aussenpolitische Bedrohung in Form eines „sowjetischen Imperialismus“ einstellt, wozu sich als letzte der grossen politischen Parteien ab 1949 auch die Sozialdemokratie bekennt, finden alle grossen politischen Milieus der Schweiz zu einem neuen Basiskonsens zurück, der sich nun allerdings als konservative Form einer zweiten Geistigen Landesverteidigung manifest machen wird.

⁶⁶⁰ Journal de Genève, 11. November 1944: „La démission de M. Pilet-Golaz“.

⁶⁶¹ Journal de Genève, 15. November 1944: „Après la démission de M. Pilet-Golaz. La manœuvre socialiste“.

7 Zentrale Themen der Flüchtlingsberichterstattung

Nach den Beschreibungen der sieben Berichterstattungsverdichtungen werden in diesem Kapitel zentrale Aspekte der Flüchtlingsberichterstattung gesondert betrachtet und über den gesamten Untersuchungszeitraum sprachraumübergreifend analysiert. Es handelt sich um die Debatten über die Asylpolitik (Kap. 7.1) und um die Berichterstattung über drei Kategorien von Flüchtlingen: Internierte (Kap. 7.2), Flüchtlingskinder (Kap. 7.3) und jüdische Flüchtlinge (Kap. 7.4).

7.1 *Asylpolitik*

Dieses Kapitel beschreibt die leitmediale Berichterstattung und die Debatten über die Asylpolitik. Darunter fallen sowohl die behördlichen Massnahmen zur Abhaltung oder Rückweisung von Flüchtlingen an der Grenze wie auch zur Regelung sämtlicher Aspekte ihres Aufenthaltes in der Schweiz. Zudem werden auch alle internationalen Konferenzen und Vereinbarungen zu Flüchtlingsfragen unter den Begriff der Asylpolitik subsumiert. Schliesslich sind hier auch alle Beiträge erfasst, die sich reflexiv mit den Grundlagen und Voraussetzungen der Asylpolitik auseinandersetzen. Hierzu zählt insbesondere die Transitland-Doktrin, aber auch der Überfremdungsdiskurs und Fragen des Arbeitsmarktes.

Im Zentrum stehen dabei die Fragen nach dem Informationsgehalt der Berichterstattung über asylpolitische Massnahmen einerseits und den Formen ihrer Legitimation bzw. Delegation andererseits: Was war im eigentlichsten Sinne öffentlich bekannt, welchen asylpolitischen Entscheiden wurde medial Relevanz zugemessen, was wurde diskutiert und mit welchen Deutungsmustern wurde Asylpolitik legitimiert oder kritisiert?

Im ersten Subkapitel werden die Kontexte skizziert, in denen Asylpolitik zum Gegenstand der Berichterstattung wird (Kap. 7.1.1). Dem schliesst sich eine Rekonstruktion der Dynamik derjenigen Berichterstattungsphasen an, in denen Asylpolitik zumindest in Ansätzen diskursiv wird (Kap. 7.1.2). Darauf aufbauend werden wir die Leitbegriffe der schweizerischen Asylpolitik darstellen (Kap. 7.1.3) und zeigen, bei welchen Anlässen und in welchem Mass Kritik an der schweizerischen Asylpolitik öffentlich wurde (Kap. 7.1.4). Abgeschlossen wird dieses Kapitel zur Flüchtlingspolitik als Gegenstand der öffentlichen politischen Kommunikation mit einer Diskussion des Handlungsdrucks, der sich aus dem öffentlichen Diskurs auf die Vertreter von Regierung und Verwaltung ergab. (Kap. 7.1.5).

7.1.1 *Kontexte der asylpolitischen Berichterstattung*

Die auf asylpolitische Fragen fokussierte Berichterstattung findet sich vorab in folgenden Zusammenhängen:

- Die Wiedergabe behördlicher Massnahmen und Beschlüsse, die in der Regel in allen Zeitungen dargestellt, jedoch nur in Ausnahmefällen kommentiert werden.

Hier dominiert ein behördlich gesteuerter, nüchterner Berichterstattungsstil in der Art von Agenturmeldungen.

- Die Berichterstattung über parlamentarische Diskussionen vor allem in den eidgenössischen Räten, die regelmässig zusammengefasst und bisweilen auch kommentiert werden. Im letzten Fall verlängert sich die parlamentarische Debatte in die Spalten der Parteimedien. Da vor allem bei den bürgerlichen Zeitungen eine klare Unterstützung der bundesrätlichen Positionen festzustellen ist, überwiegt auch in dieser Form der Berichterstattung die gouvernementale Perspektive.
- Die Berichterstattung über Versammlungen und Vorträge, in denen – häufig stellvertretend für redaktionelle Positionsbezüge – Befürworter wie Kritiker der Asylpolitik zu Wort kommen. Indem sie die Versammlungsöffentlichkeit ausweiten, verschaffen die Massenmedien hier vor allem Exponenten des eigenen Milieus breitere Resonanz.
- Die Berichterstattung über internationale Konferenzen und Demarchen ausländischer Regierungsstellen, sowie in den häufig vermeldeten Dankadressen ausländischer Stellen für die humanitären Dienste der Schweiz in der Betreuung von Internierten und Flüchtlingen.
- Vereinzelte Berichte über Grenzvorfälle und Einzelschicksale, die als exemplarisch für die Situation von Flüchtlingen und den Umgang der Behörden mit ihnen gedeutet und so zum Auslöser einer partiell kritischen Auseinandersetzung mit der Flüchtlingspolitik werden.

Anhand dieser Übersicht wird deutlich, dass eine kommentierende Auseinandersetzung mit asylpolitischen Fragen in den untersuchten Zeitungen im wesentlichen auf zwei Ebenen verläuft. Einerseits greifen die Leitmedien die asylpolitischen Diskussionen im Parlament oder in verschiedenen Versammlungsöffentlichkeiten auf und verschaffen ihnen so Resonanz. Positionsbezüge erfolgen hier vor allem durch die Auswahl von kritischen respektive rechtfertigenden Stimmen, die bisweilen durch redaktionelle Stellungnahmen ergänzt werden. Auf dieser Ebene sind die Medien vor allem Resonanzraum für Themen und Positionen, die in der parlamentarischen Arena oder in Versammlungsöffentlichkeiten gesetzt werden. Andererseits thematisieren die Leitmedien die Flüchtlingspolitik jedoch auch eigenständig. In der Romandie geschieht dies regelmässig in der Form von Leitartikeln oder Essays, in denen die gouvernementale Position gerechtfertigt wird. In der Deutschschweiz findet sich diese Form der Thematisierung nur vereinzelt. Für eine von den Medien ausgehende, kritische Auseinandersetzung mit der Flüchtlingspolitik dienen vor allem Berichte über Grenzvorfälle und Schilderungen einzelner Flüchtlingsschicksale. Durch die Darstellung von Einzelfällen werden die konkreten Auswirkungen der schweizerischen Asylpolitik sichtbar gemacht und in einigen Fällen – vor allem in der *Tagwacht* – auch explizit kritisiert.

7.1.2 Dynamik des medialen Asyldiskurses

Die Asylopolitik ist mit Ausnahme der ersten Hälfte 1940 und der zweiten Hälfte 1941 regelmässig Gegenstand der Berichterstattung. Allerdings beruht sie zu einem guten Teil auf knappen Agenturmeldungen. Diese geben die gouvernementale Position zur Asylopolitik diskussionslos wieder und enthalten – von wenigen Ausnahmen abgesehen – keine Wertung durch die Medien. Eine redaktionelle Berichterstattung über Asylopolitik von einiger Konstanz, mithin eine eigentliche Thematisierung asylopolitischer Fragen, findet sich nur in wenigen kurzen Phasen. Eine erste solche Phase setzt im Herbst 1938 ein. Angesichts eines „Massenzustroms von Emigranten“ werden in allen Zeitungen die verschärften Massnahmen an der Grenze grundsätzlich gerechtfertigt.⁶⁶² Dabei greifen sie auf das etablierte Deutungsmuster der Schweiz als Transitland zurück, das schon in der Berichterstattung über die Konferenz von Evian Bestätigung gefunden hatte. Zusätzliche Legitimation erhält die Asylopolitik der Schweiz durch die Wahrnehmung einer aktiven deutschen Abschiebepolitik, zu der die Schweiz nicht Hand reichen dürfe.⁶⁶³ Trotz dieses grundsätzlichen Konsenses bezüglich der *Asylopolitik* zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede in der Bewertung der *Asylpraxis*. Während das *Journal de Genève* auch die Rückweisung von Flüchtlingen mit dem Hinweis auf das „problem juif“ rechtfertigt,⁶⁶⁴ übt die *Tagwacht* an einzelnen Vorfällen an der Grenze deutlich Kritik und macht eine opportunistische Haltung gegenüber Deutschland und bürokratische Engstirnigkeit der Behörden dafür verantwortlich. In den Jahren 1939 und 1940 findet keine Debatte über flüchtlingspolitische Fragen statt. Neben vereinzelt Schilderungen von Emigrantenschicksalen finden sich ausschliesslich unkommentierte Agenturmeldungen. Die Kritik der *Tagwacht* an Bundesrat Pilet Golaz anlässlich der Auslieferung des Kriegsmaterials der französischen Internierten an Deutschland zu Beginn des Jahres 1941 findet – obwohl die Zensur diese für kurze Zeit explizit zulässt – nur im *Journal de Genève* Resonanz. Ebenso punktuell ist die kurze, weitgehend konsensuelle Diskussion um die Errichtung von Arbeitslagern, die durch eine bundesrätliche Pressekonferenz Ende Februar 1941 ausgelöst wird. Im weiteren Verlauf des Jahres 1941 taucht das Thema Asylopolitik nur noch sehr vereinzelt auf. In der ersten Hälfte des Jahres 1942 wird es in einer durch Beiträge über die Kinderhilfe dominierten Berichterstattung zum Randthema. Doch die im Rahmen der Berichterstattung über die schweizerische Kinderhilfe erfolgte intensive Diskussion „schweizerischer Humanität“ bereitet argumentativ das Feld für die umfassendste asylopolitische Diskussion in der Kriegszeit.

⁶⁶² NZZ, 18.8.38: „Eidgenossenschaft/Der Zustrom der Emigranten“; Tages-Anzeiger, 18.8.38: „Massenzustrom von Emigranten - Über 1000 Flüchtlinge aus Österreich illegal eingereist“; Tagwacht, 18.8.38: „Die Opfer des Nazi-Terrors“; Vaterland, 18.8.38: „Der Flüchtlingsstrom aus Österreich. Starke Überwachung der deutsch-schweizerischen Grenze“; NZZ, 19.8.38: „Die illegale Einreise jüdischer Emigranten“; Tages-Anzeiger, 19.8.38: „Der Zustrom von Emigranten - die Schweizergrenze wird gesperrt“; Tagwacht, 19.8.38: „Der Flüchtlingszustrom“; Tagwacht, 20.8.38: „Nazi-Deutschland immer schamloser. Organisierter Abschub der Juden!“; Vaterland, 20.8.38: „Der Flüchtlingsstrom aus Deutschland“; Liberté, 19.8.38.

⁶⁶³ Tages-Anzeiger, 20.3.38: „Das Flüchtlingsproblem“ und Tagwacht, 23.8.38: „Protest gegen die Einreisesperre für politische Flüchtlinge. Pressestimmen“.

⁶⁶⁴ Journal de Genève, 19.8.38: „La Suisse et les réfugiés“; Journal de Genève, 26.8.38: „La repatriation des Juifs dans le monde“.

Als Ende August 1942 Informationen über die Verfolgung von Juden in Frankreich und den Beneluxstaaten sowie über die Abweisung von Flüchtlingen an der Grenze und die Rückschaffung bereits in die Schweiz Geflohener durch die *Sentinelle* publik werden, findet erstmals eine breite Auseinandersetzung um die Legitimation der schweizerischen Flüchtlingspolitik statt. Die argumentative Gegenüberstellung von „humanitärer Tradition“ und „Staatsraison“, die sich bis anhin nur in den kritischen Auseinandersetzungen mit Einzelschicksalen in der *Tagwacht* fand, findet nun in den Leitmedien der Deutschschweiz und vereinzelt auch in der *Liberté* Resonanz. Bei der Analyse der Artikel in der *Tagwacht* fällt auf, wie sehr sich das sozialdemokratische Organ in dieser Phase um Konsens bemüht.⁶⁶⁵ Klassenkämpferische Töne und Kritik am Bundesrat fehlen vollständig. Zwar werden antisemitische Tendenzen in der Fremdenpolizei und den ausführenden Grenzorganen kritisiert⁶⁶⁶ und Rothmund nur leicht verklausuliert zum Rücktritt aufgefordert⁶⁶⁷, doch dem Vorsteher des EJPD, Bundesrat von Steiger, billigt die *Tagwacht* explizit zu, „eine Praxis verteidigen [zu müssen], die er in seinem innersten gar nicht verteidigen kann“.⁶⁶⁸ Die Heftigkeit der über die Zeitungen verbreiteten öffentlichen Diskussion zwingt das politische System zu Stellungnahmen und löst eine Debatte in der parlamentarischen Arena aus. Allerdings ist diese Diskussion nicht sehr nachhaltig. Es gelingt dem Bundesrat relativ rasch, in seinen Stellungnahmen den Widerspruch zwischen einer der „Staatsraison“ verpflichteten, harten Asylpraxis einerseits und der „humanitären Tradition“ der Schweiz andererseits semantisch aufzuheben und so der Diskussion ihre Brisanz zu nehmen, obwohl die Asylpolitik selbst nicht geändert wird. Trotzdem zieht die *Tagwacht* Ende Jahr positiv Bilanz: „Es war die Stimme des Volkes, welche unsere Presse und unsere Behörden zwang, in der Flüchtlingsfrage eine klare und eindeutige Haltung einzunehmen, eine Haltung, welche mit den besten und edelsten Traditionen der Schweizerischen Eidgenossenschaft in Einklang stand.“⁶⁶⁹ Die mediale Diskussion um die Grenzen der Staatsraison vor dem Hintergrund eines humanitären Selbstverständnisses bleibt jedoch auf die untersuchten Deutschschweizer Medien beschränkt. Das *Journal de Genève* greift den Antagonismus von humanitärer Tradition und Staatsraison nur auf, um ihn zu negieren. Entsprechend hart geht die *Tagwacht* mit der bürgerlichen Presse der Romandie ins Gericht und wirft ihr vor, in dieser entscheidenden humanitären Frage „kühl bis ans Herz“ zu sein.⁶⁷⁰

⁶⁶⁵ Tagwacht, 29.8.42: „Die Woche“. Dieser Sachverhalt wird durch die Zeitung selbst explizit gemacht: „Die Sache der neuen Flüchtlinge [...] wollten wir nicht durch Vortreten gefährden. Der billige Vorwand 'es sind ja nur Marxisten' musste vermieden werden. Es ist aber ein trauriges Zeichen der Zeit und ihrer Mentalität, dass wir uns in einer Menschheits Sache in gewissem Grade fast wie der Bundesrat auch zur Politik der klugen Zurückhaltung verurteilt sahen...“

⁶⁶⁶ Tagwacht, 3.9.42: „Wie's im Rettungsboot zugeht“.

⁶⁶⁷ Tagwacht, 28.8.42: „Asylrecht und Flüchtlingseleid“.

⁶⁶⁸ Tagwacht, 3.9.42: „Wie's im Rettungsboot zugeht“.

⁶⁶⁹ Tagwacht, 5.12.42: „Ein Volksurteil“.

⁶⁷⁰ Tagwacht, 18.9.42: „Politik im Welschland“: „Die Bevölkerung nahm und nimmt zwar herzlichen Anteil an dem grausamen Schicksal der gejagten Flüchtlinge, aber die Organe der sogenannten öffentlichen Meinung sind kühl bis ans Herz hinein und verteidigen vor allem die berüchtigte 'Staatsraison', zu der nach ihrer Meinung namentlich auch die Abwehr der angeblich umstürzlerischen 'Elemente' gehört, die durch eine weitherzige Aufnahme der Flüchtlinge ins Land kämen.“

1943 sind die Diskussionen der Flüchtlingspolitik in den Leitmedien nur noch ein Nachhall der parlamentarischen Debatten. Dies gilt für die Berichterstattung über die kleine Anfrage von Nationalrat Schmid (SPS) zur Polemik des „Vaterländischen Verbandes“ und die Sitzung der Vollmachtenkommission des Nationalrates im Januar ebenso wie Ende September für die getreulich protokollierten, aber redaktionell nicht vertieften Interpellationen von Nationalrat Grimm (SPS) und Ständerat Weber (BP) zum „Flüchtlingsstrom“ aus Italien.

Erst der Beschluss zur Einsetzung einer eidgenössischen Flüchtlingskommission im Februar 1944 wird wieder breiter kommentiert. Die *Tagwacht* interpretiert diese Kommission als Erfolg sozialdemokratischer Politik und dokumentiert gleich Fälle von antisemitischen Übergriffen in einem Flüchtlingslager und Rückweisungen von Flüchtlingen an der Grenze als mögliche Arbeitsfelder der Kommission.⁶⁷¹ Das *Vaterland* stösst sich hingegen am „ziemlich grosse[n] Apparat“ und hofft, dass damit zumindest „die immer wieder auflebende öffentliche Diskussion um die Flüchtlingsfrage abzdämmen“ sei.⁶⁷² Doch das Gegenteil tritt ein. Ab September 1944 intensiviert sich die Diskussion um die Flüchtlingspolitik. In der Romandie steht die Frage der „Asylunwürdigkeit“ im Zentrum der Debatten. In Reaktion auf die Warnung des amerikanischen Aussenministers Hull an die Neutralen, Vertretern der Achsenmächte Asyl zu gewähren, betonen die Zeitungen die Souveränität der Schweiz in der Asylfrage. Dieses Thema spielt auch in der Deutschschweiz eine Rolle. Wichtiger aber noch ist das Verhältnis zwischen Internierten und der schweizerischen Bevölkerung. Dieser Aspekt der Diskussion erhält seine Dynamik vor allem durch die Auseinandersetzung mit den publizistischen wie parlamentarischen Vorstössen Eugen Birchers, die Ende September 1944 in der Berichterstattung über die nationalrätliche Debatte anlässlich der Interpellationen Bircher (BGB) und Maag (Dem.) ihren Höhepunkt erreicht.

Kurz vor Kriegsende sind die Flüchtlingskonferenz in Montreux und die Schliessung der Nord- und Ostgrenze nochmals Anlass für eine breitere Berichterstattung, die jedoch nicht mehr diskursiv wird. In der unmittelbaren Nachkriegszeit findet sich in der *Tagwacht*, und nun auch im *Tages-Anzeiger* und selbst in der *Neuen Zürcher Zeitung* immer wieder vereinzelte, retrospektive Kritik an der Flüchtlingspolitik der Schweiz, ohne dass diese sich jedoch zu einer Debatte verdichten würde. Dies geschieht erst wieder ab Februar 1947, als sich die asylpolitische Diskussion auf die Frage des Dauerasyls für einen Teil der in der Schweiz verbliebenen Flüchtlinge konzentriert. Insbesondere die Befürworter des Dauerasyls, unter denen die *Neue Zürcher Zeitung* an vorderster Front steht, interpretieren diesen Bundesbeschluss auch als Massnahme, um eine zu engherzige Asylpraxis während der Kriegszeit wieder gut zu machen und die internationale Isolation der Schweiz zu durchbrechen: „Durch einen solchen Entschluss würde unser Land nicht nur Versäumtes nachholen und Fehler in der Flüchtlingspolitik der letzten Jahre wieder gut machen, sondern auch einen Beitrag an den Wiederaufbau Europas leisten und Perspek-

⁶⁷¹ Tagwacht, 24.2.44: „Eine schweizerische Flüchtlingskommission“.

⁶⁷² Vaterland, 24. 2. 44: „Eine eidgenössische Flüchtlingskommission“.

tiven für eine wertvolle Zusammenarbeit mit den Vereinigten Nationen auf humanitärem Gebiet eröffnen“.⁶⁷³

7.1.3 Schlüsselbegriffe der schweizerischen Asylpolitik

Das in der untersuchten Phase zwischen 1938 und 1947 für die schweizerische Asylpolitik zentrale Deutungsmuster ist die *Transitland-Konzeption*. Sie besagt, dass die Schweiz grundsätzlich für alle Emigranten nur Durchgangsstation auf ihrem Weg in ein (überseeisches) Zielland sein kann. Dieses für die Asylpolitik der Schweiz in hohem Masse orientierungsstiftende und handlungsleitende Deutungsmuster hat in der öffentlichen politischen Kommunikation bis 1947 die Qualität absoluter Selbstverständlichkeit. Es wird – mit Ausnahme vereinzelter Stimmen in der *Sentinelle*⁶⁷⁴ – von keiner politischen Kraft hinterfragt und prägt entsprechend die Asylpolitik. Als Ordnungsprinzip erzwingt die Transitland-Konzeption zwei grundsätzliche, aufeinander bezogene Handlungsoptionen: Die Regelung des „Zuflusses“ und des „Abflusses“ von Flüchtlingen. So werden mit Bezug auf die zweite Handlungsoption die internationalen Konferenzen von Evian und Montreux als Möglichkeiten verstanden, die Transitland-Rolle der Schweiz durch internationale Vereinbarungen zu verankern. Durch diese gilt es, die Ausreise der Emigranten zu garantieren, damit sich der Spielraum für die Aufnahme neuer Flüchtlinge wieder öffnet. Aber auch die Massnahmen, welche den Aufenthalt von Emigranten in der Schweiz regeln, orientieren sich an diesem Prinzip. Selbst die Errichtung von Arbeitslagern wird argumentativ mit dem Transitland-Konzept verknüpft. Arbeitslager dienen in dieser Argumentation dem Ziel, die Ausreisechancen der Flüchtlinge zu verbessern, indem ihre Qualifikationen für das Zielland erhöht werden. In dem Masse jedoch, wie die Ausreise der Flüchtlinge zum Problem wird, legitimiert die Transitland-Konzeption die Kontrolle und die Verweigerung der Einreise. Grenzsperrungen und die Rückschiebung von Flüchtlingen werden auf diese Weise als notwendige Eingriffe zur Wiederherstellung des Gleichgewichts von Ein- und Ausreise begründet. Eine implizite und entsprechend indirekte Kritik erfährt die Transitland-Doktrin nur durch die emotional unterlegte Gegenüberstellung von Humanität und Staatsraison vorab im Zusammenhang von Einzelschicksalen. Dies führt aber in keinem Fall zu einer Infragestellung der Transitland-Konzeption. Offen und damit diskussionswürdig sind nur die Dauer und der Umfang, in dem Flüchtlinge in der Schweiz einen „Zwischenhalt“ einlegen sollen. So fordert etwa die *Tagwacht* im Juni 1941 „denjenigen Arbeitsdienstlern, die sich gut halten und für unsere Anbauschlacht gute Arbeit leisten, ein Asyl bis zum Kriegsende zu gewähren.“⁶⁷⁵

Die Selbstverständlichkeit der Transitland-Konzeption zeigt sich auch in der schwindenden Erklärungsbedürftigkeit des neuen Begriffs „Transitland“, mit dem die in der Zwi-

⁶⁷³ NZZ, 26.2.47: „Die rechtlichen Grundlagen für ein Dauerasyl von Flüchtlingen“; vgl. auch: NZZ, 5.2.47: „Dauerasyl für Flüchtlinge!“. „Der Augenblick ist gekommen, da durch eine vorbehaltlose Vermenschlichung unserer Flüchtlingspraxis ein Teil der Versäumnisse auf dem Gebiete unserer Asylgebung in den letzten Jahren wieder gut gemacht werden kann.“

⁶⁷⁴ Vgl. *Sentinelle*, 21.1.1939: „En transit? Une question culturelle européenne“.

⁶⁷⁵ *Tagwacht*, 6.6.41: „Vom Arbeitslager für Emigranten“. Vgl. auch *Tagwacht*, 3.9.41: „Schwarze Tage der Menschheit“.

schenkriegszeit formulierte Grundidee schweizerischer Ausländerpolitik auf die Flüchtlingspolitik übertragen wird. Während der Begriff „Transitland“ zu Beginn der Untersuchungsphase noch häufig erläutert wird, taucht er später mehr und mehr als selbstverständlicher Terminus auf. Die Transitland-Konzeption färbt semantisch selbst auf die von ihr betroffenen Flüchtlinge ab – aus den Emigranten werden „Transmigranten“⁶⁷⁶. Dieser Befund gilt jedoch nur für die Deutschschweiz. Die Zeitungen der Romandie werden trotz des durchgängigen Konsenses nicht müde, das Konzept des Transitlandes regelmässig anzuführen und mit Hinweisen auf die Arbeitslosigkeit und die Ernährungssituation zu begründen. Nur aus der Repetitivität dieser Argumentationsfigur lässt sich schliessen, dass die im Konzept angelegte Verkettung von Ein- und Ausreise im Licht der Einzelschicksale und vor dem Hintergrund des humanitären Selbstverständnisses Unbehagen weckt. Entsprechend wird das Transitland-Konzept in der Phase, in der die Schweiz von den Achsenmächten vollständig umschlossen ist, weniger thematisiert.

In den selteneren Fällen, in denen die Transitland-Doktrin auch in der Deutschschweiz begründet wird, geschieht dies in der Regel durch den Verweis auf die „Überfremdungsgefahr“ und – wie schon in der Romandie – auf die Arbeitsmarktsituation der Schweiz. So stellt die *Tagwacht* schon zu Beginn der Untersuchungsperiode klar, dass die Schweiz „infolge der eigenen Arbeitslosigkeit nicht in der Lage [ist], Ausländern die freie Berufstätigkeit zu erlauben. Andererseits würde eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln an eine wachsende Anzahl von solchen Zugewanderten ins Uferlose führen.“⁶⁷⁷ Das Argument der Konkurrenzierung der einheimischen Arbeiterschaft durch die Flüchtlinge findet sich auch in der von der *Tagwacht* prominent wiedergegebenen, wenngleich auch nicht kommentierten Interpellation Grimm (SPS) bezüglich der italienischen Flüchtlinge im Herbst 1943.⁶⁷⁸ Zwar kommen im sozialdemokratischen Organ auch Stimmen zu Wort, die – in Übereinstimmung mit dem Bundesrat – auf die Beschäftigungsmöglichkeiten für Flüchtlinge in der Anbauschlacht hinweisen,⁶⁷⁹ doch bleibt das Konkurrenzargument vor dem Hintergrund einer drohenden Arbeitslosigkeit präsent.⁶⁸⁰

Auch „Überfremdung“ wird als selbstverständlicher Begriff verwendet. Im Unterschied zum Transitland-Konzept, das in allen politischen Milieus geteilt wird, findet sich der Überfremdungsbegriff vor allem in den bürgerlichen Blättern während der ganzen Untersuchungsperiode. Als Beispiele hierfür können folgende Beiträge in der *Neuen Zürcher Zeitung* gelten, welche die Positionskonstanz und die argumentative Verknüpfung des Überfremdungsbegriffes exemplarisch zeigen. In einem Leitartikel vom 31. August 1941 urteilt die *Neue Zürcher Zeitung* retrospektiv über das Flüchtlingsproblem:

„Die Schweiz wurde von dem Flüchtlingsstrom in einem Zeitpunkt überfallen, wo nach langem Bemühen die schwierige Überfremdungsfrage als geordnet gelten konnte, in-

⁶⁷⁶ Tagwacht, 23.2.40: „Der Transmigrant“.

⁶⁷⁷ Tagwacht, 1.2.38: „Emigranten“.

⁶⁷⁸ Tagwacht, 30.9.43: „Das Flüchtlingsproblem. Nahezu 60'000 Flüchtlinge in der Schweiz“.

⁶⁷⁹ Tagwacht, 5.10.43: „Italiener-Flüchtlinge“.

⁶⁸⁰ Beispielsweise noch in der Reaktion der Zeitungen auf die neuen verschärften Bestimmungen im Juli 1944. Vgl. Tagwacht, 17.7.44: „Verschärfte Flüchtlingskontrolle“; Tages-Anzeiger, 14.7.44: „Nahezu 80'000 Flüchtlinge...“

dem Fremdenpolizei, Arbeitsmarkt und Berufsberatung organisch ineinandergriffen. Aufgabe der erzielten Ordnung war es, das Emigrantenproblem mit seinen heiklen Beschaffenheiten zu bewältigen durch eine Kette von Handlungen, die als Ganzes und nach dem Ergebnis gewürdigt sein will.⁶⁸¹

Hier wird deutlich, wie sehr die Transitland-Frage, die Überfremdung und die Arbeitslosigkeit als miteinander verknüpfte, ordnungspolitische Probleme verstanden werden. In einem Beitrag vom 1. Juli 1944 über die schweizerische Wollindustrie im Jahre 1943 wird die Schweiz in einem mit „Wirtschaftliche Infiltration“ überschriebenen Abschnitt als „Sammelbecken der Verfolgten und Verängstigten, der Abtrünnigen und Dienstmüden, der Allzuklugen und Vielzuvielen, unter denen sich leider politische Desperados und geschäftliche Spekulanten befinden“, beschrieben. Sie sei bedroht durch einen „Überfremdungsprozess, der neben seinen ernsten politischen auch allerhand unliebsame geschäftliche Konsequenzen hat. Neue, uns bisher fremd gebliebene Geschäftsmethoden, eine wenig erwünschte Geschäftsmoral, abstossende Sitten und goldene Rücksichtslosigkeiten finden immer mehr Eingang in unser Wirtschaftsleben.“ Auch hier fehlt die Rückbindung an die Transitland-Doktrin nicht, schliesst doch der (nicht der Redaktion angehörige⁶⁸²) Autor seinen Beitrag mit der Bemerkung: „Könnte man sie alle internieren und kasernieren, um sie dann nach Friedensschluss ausnahmslos wieder ins Ausland, in ihre Heimatländer, abzuschieben, würde man ohne Sorge den Dingen ihren Lauf lassen und im übrigen dankbar sein, dass wir uns in unserer bevorzugten Lage um den Schutz aller irgendwie Leidtragenden bemühen dürfen.“⁶⁸³ Und selbst nach dem Krieg, als im Zuge der Diskussion um das Dauerasyl auch in der *Neuen Zürcher Zeitung* vermehrt kritische Stimmen zur schweizerischen Asylpraxis zu Wort kommen, bleibt das Deutungsmuster „Überfremdung“ für die *Neue Zürcher Zeitung* orientierend und bildet einen Massstab zur Beurteilung der Legitimität der Kritik an der schweizerischen Asylpolitik: „Die unentwegten Vorkämpfer eines extensiven Asylrechtes [...] waren [...] geneigt, die Schuld bestimmten Personen oder dem ‘System’ in die Schuhe zu schieben, weil sie das Gesetz der äusseren Umstände nicht sahen und vor allem aus ihrer Unkenntnis der eidgenössischen Fremdenpolitik, wie sie seit dem Ende des Ersten Weltkrieges als Abwehr gegen die Überfremdung geführt wurde, eine Tugend machten.“⁶⁸⁴

So konstant die Überfremdung als Deutungsmuster in den Artikeln wie auch in den behördlichen Verlautbarungen auftaucht, so vage bleibt doch die inhaltliche Füllung des Begriffs. Obwohl eine antisemitische Färbung angesichts der Konfrontation mit jüdischen Flüchtlingen vermutet werden kann, gilt es doch festzuhalten, dass eine explizite Verknüpfung von „Überfremdung“ und „Verjudung“ fehlt. Letzterer Begriff wird deutlich als für die Schweiz unpassend zurückgewiesen.⁶⁸⁵ Der Überfremdungsbegriff wird in der öffentlichen politischen Kommunikation auch nicht im Zusammenhang mit der allerdings spärli-

⁶⁸¹ NZZ, 31.8.41: „Die Schweiz zwei Jahre seit Kriegsausbruch“.

⁶⁸² Beim Text handelt es sich um einen redaktionell bearbeiteten Auszug aus dem Jahresbericht des Vereins Schweizerischer Wollindustrieller.

⁶⁸³ NZZ, 1.7.44: „Die schweizerische Wollindustrie im Jahre 1943“.

⁶⁸⁴ NZZ 19.2.47: „Ein unvorsichtiger Schutzpatron“.

⁶⁸⁵ Vaterland, 29.11.38: „Konfession und Beruf“. Vgl. dazu auch Kap. 7.4.

chen Nennung „jüdischer Flüchtlinge“ in der Deutschschweiz verwendet (vgl. Kap. 7.4). Anders als in der Deutschschweiz werden jüdische Flüchtlinge bzw. deren Abwehr in den Zeitungen der Romandie explizit thematisiert. Insbesondere gilt es, die Geschäfts- und Arbeitswelt von einem überproportionalen Anteil Juden mit „inkompatiblen Arbeitsmethoden“ freizuhalten.⁶⁸⁶ Gleichzeitig wird die Abwehr von ausländischen Juden auch als Mittel gegen das Aufkommen des „problème juif“ bzw. des Antisemitismus in der Schweiz empfohlen.⁶⁸⁷

Der knappe Überblick über die Interpretation der für die schweizerische Flüchtlingspolitik zentralen Deutungsmuster Transitland und Überfremdung sowie über die zumindest latente antisemitische Färbung des Überfremdungsbegriffs macht deutlich, wie stark sich die in der leitmedialen Arena dominanten Positionen mit jenen der Regierung und der Verwaltung decken. Eine grundsätzliche Opposition zwischen den Behörden und der veröffentlichten Meinung gibt es nicht. Das der Flüchtlingspolitik zugrunde liegende Deutungsmuster einer von Überfremdung bedrohten Schweiz, die einer strikten Reglementierung der Aufnahme nicht entbehren kann, ist in hohem Masse konsensfähig. Dies gilt es zu bedenken, wenn wir im Folgenden die in der medialen Arena Resonanz findende Kritik an der Asylpolitik fokussieren.

7.1.4 Kritik an der Asylpolitik

Wenn die grundsätzliche Handlungsorientierung in der Asylpolitik unbestritten ist, so kann Dissens höchstens hinsichtlich der konkreten Umsetzung dieser Orientierungen und hinsichtlich der perzipierten Handlungsspielräume auftreten. Im Folgenden wird dargestellt, auf welche Deutungsmuster die Kritik an der Umsetzung zurückgreift, wie sie vorgetragen wird und welche Reaktionen auf die Kritik beobachtbar sind.

Eine erste Form der Kritik unterscheidet die sozialdemokratische *Tagwacht* von den bürgerlichen Blättern. Trotz der partiellen Integration der Sozialdemokratie greift die *Tagwacht* phasenweise auf ein klassenantagonistisches Weltbild zurück und orientiert ihre Kritik an der bürgerlichen Parlamentsmehrheit und dem Bundesrat daran. Vor dem Hintergrund dieses Weltbildes interpretiert sie Teile der bundesrätlichen Asylpolitik als Auswuchs einer bürgerlichen Klassengesellschaft. In diesem Zusammenhang thematisiert sie vor allem die ungleiche Behandlung „bürgerlicher“ und „sozialistischer“ Flüchtlinge. Bevorzugtes Beispiel hierfür sind die katholischen, austrofaschistischen Flüchtlinge, die nach dem „Anschluss“ in die Schweiz kommen. „Die von der Fremdenpolizei nicht belästigt werden“⁶⁸⁸, titelt das sozialdemokratische Blatt beispielsweise eine knappe Meldung über die Unterbringung der Familie des ermordeten österreichischen Bundeskanzlers Dollfuss auf dem Schloss von Altbundesrat Musy, um wenig später am Beispiel österreichischer Jesuiten noch deutlicher zu formulieren: „Diesen katholischen Emigranten werden keine Schwierigkeiten bereitet. Wir verlangen es auch nicht. Aber, will der Bundesrat sagen,

⁶⁸⁶ Journal de Genève, 10.10.40: „Les émigrants et la Suisse“.

⁶⁸⁷ Journal de Genève, 2.12.38: „La question juive et la Suisse“.

⁶⁸⁸ Tagwacht, 24.3.38: „Die von der Fremdenpolizei nicht belästigt werden. Frau Dollfuss bei Musy zu Gast“.

warum die einen ohne weiteres Asylrecht finden, während andere durch die Polizei direkt über die Grenze, hinter der sie Elend und Tod finden, zurückgestossen werden?“⁶⁸⁹ Klassenaffinitäten macht die *Tagwacht* auch in der unterschiedlichen Behandlung der jüdischen Flüchtlinge aus. So kommentiert sie einen Vorstoss des Hoteliervereins, der beim Bundesrat eine Erleichterung für die Einreise und den Aufenthalt deutscher Juden zu Kurzwecken erwirkte, mit scharfen Worten: „Der allmächtige Hotelverein! Was Parteien, Presse und alle die grauenvollen Elendsberichte von der Grenze nicht zu erreichen vermochten, nämlich eine menschlich weitherzigere Zulassung der Verfolgten [sic!] Juden und andern Emigranten, das bringt der Hotelierverein fertig. ‘Sowie das Geld im Kasten klingt, die Seele in den Himmel springt!’ Was sind wir doch ein geschäftstüchtiges Volk – selbst die Menschlichkeit verstehen wir profitabel anzuwenden. ‘Die Schweiz den Schweizern, reiche Juden willkommen, die armen mögen...!’“⁶⁹⁰ Gerade umgekehrt reagiert das *Journal de Genève* auf diesen Umstand: das Blatt kritisiert, dass bei einem Fortdauern des umständlichen Einreiseprozederes der Schweizer Tourismus eine „clientèle intéressante“ verloren hätte und begrüsst die Erweiterung der Kompetenzen für Konsulate und Legationen.⁶⁹¹

Eine zweite Form der Kritik operiert mit der Opposition zwischen dem human eingestellten, hilfsbereiten schweizerischen Volk einerseits und einzelnen opportunistischen Vertretern des Bundesrates⁶⁹² sowie der bürokratischen Fremdenpolizei andererseits. Dabei wird der Volksbegriff im sozialdemokratischen Organ – in einer gerade für diese Zeit typischen Weise – sowohl auf der Basis eines klassenantagonistischen Weltbildes verankert als auch mit dem weitaus integrativeren Deutungsmuster der Geistigen Landesverteidigung verknüpft.

Vorgetragen wird diese Kritik vor allem am Beispiel von Einzelschicksalen. Exemplarisch hierfür ist die Berichterstattung in der *Tagwacht* über den Selbstmord eines Flüchtlings, dem die Aufenthaltsbewilligung von der schweizerischen Fremdenpolizei verweigert wurde⁶⁹³ sowie über einen Flüchtling, der unter dem Vorwand, ein entflohener Krimineller zu sein, nach Deutschland ausgeschafft werden soll. Eine solche Massnahme bezeichnet die *Tagwacht* als „eine gar unschweizerische, aber der tapferen bisherigen Mottapolitik durchaus konforme“⁶⁹⁴.

Um die Kritik am Bundesrat entschärft, diffundiert die kritische Gegenüberstellung von „schweizerischer“ Humanität und bürokratischer Fremdenpolizei im Herbst 1942 – wenn

⁶⁸⁹ *Tagwacht*, 1.12.38: „Die Schweiz als Zufluchtsort. Emigranten die keine Schwierigkeiten finden.“; vgl. auch *Tagwacht*, 13.9.43: „Asylrecht und Neutrale. Eine Würdigung der Schweiz“. Weniger an der Aufnahme als an der Lehrtätigkeit österreichischer Jesuiten stört sich das *Journal de Genève*, wenn es in diesem Zusammenhang die Respektierung des Jesuitenartikels der Bundesverfassung einfordert. (*Journal de Genève*, 10.3.39, „L'affaire des Jésuites de Sion“).

⁶⁹⁰ *Tagwacht*, 4.11.38: „Schweizer Hotel-Republik und Asylrecht. Die Armen mögen ver...“

⁶⁹¹ *Journal de Genève*, 22.10.39: « Entrée des étrangers en Suisse ».

⁶⁹² Z.B. *Tagwacht*, 15.9.38: „Was sich Motta gefallen lässt! Aus dem Bereich des Politischen Departements“.

⁶⁹³ *Tagwacht*, 16.3.39: „Herr Baumann, wie wird Ihnen? Opfer der Judenverfolgung“.

⁶⁹⁴ *Tagwacht*, 22.2.39: „Das Mädchen von Bludenz“ und 16.3.39: „Der Flüchtling von Schiers“.

auch in unterschiedlicher Stärke – in alle Deutschschweizer Zeitungen.⁶⁹⁵ In dieser Form erhält die Kritik an der Asylpolitik die stärkste politische Bedeutung. In immer wiederkehrenden Formulierungen rekurrieren die untersuchten Leitmedien ab 1942 und vor allem 1944 und zu Kriegsende auf eine durch sie wiedergegebene Volksmeinung, welche die Asyltradition der humanitären Schweiz verkörpere und einer „harten“ und legalistischen Bürokratie gegenüberstehe.⁶⁹⁶ So kommentiert die *Tagwacht* einen Aufruf von Steigers zur Flüchtlingshilfe folgendermassen: „Wie lässt sich dieser Aufruf mit den Taten eines Rothmund vereinbaren, der selbstbewusst die Verantwortung für die Zurücksetzung Tausender von elenden Flüchtlingen in Not und Tod übernommen hat? Wie kommt man im Justiz- und Polizeidepartement dazu, dem Volk Menschlichkeit gegenüber den Flüchtlingen zu predigen, wo doch dieses gleiche Volk mehr als einmal einen eigentlichen Aufstand gegen die unmenschliche Praxis der massgebenden Beamten des Departements anregen musste?“⁶⁹⁷ Dieselbe Gegenüberstellung findet sich auch 1947 im Rahmen der Diskussion um das Dauerasyl, wenn etwa der *Tages-Anzeiger* das Verhalten der Behörden als „armselige[], unpsychologische[], im tiefsten Wesen unschweizerische[] Praxis“ bezeichnet und ihre Vertreter als „Amtsbüffel, die zu spät, viel zu spät erst verstanden haben, dass es hier auch um Menschen geht“, charakterisiert.⁶⁹⁸

Neben dieser Kritik an den bundesrätlichen Massnahmen anhand von Einzelschicksalen findet sich eine weitere, subtile Form der Kritik, wenn amtliche Verlautbarungen nur durch ihre Titelsetzung oder ihre Platzierung im Blatt kritisch kommentiert werden. Diese Form der Kritik pflegt allerdings ausschliesslich die *Tagwacht*. So kommentiert sie beispielsweise eine Zusammenfassung der amtlichen Mitteilung vom 21. Januar 1939 über die Visumpflicht für Emigranten, die in der *Neuen Zürcher Zeitung* und im *Vaterland* im Wortlaut und unkommentiert erscheint, über ihre Titelsetzung: „Arme Emigranten“⁶⁹⁹. Ein weiteres Beispiel: Am 10. November 1941 drucken alle Zeitungen die Bekanntmachung des Eidgenössischen Kommissärs für Internierung und Hospitalisierung ab. In dieser Bekanntmachung wird darauf hingewiesen, dass die Beziehungen zwischen Internierten und Schweizerinnen und Schweizern restriktiv geregelt werden. Einen indirekten Kommentar liefert wiederum einzig die *Tagwacht*, die einige Reformvorschläge für die Arbeitslager aus dem „Israelitischen Wochenblatt“ in vergleichsweise grosser Aufmachung unmittelbar der Bekanntmachung voranstellt. Der zitierte Text aus dem „Israelitischen Wochenblatt“ wehrt sich insbesondere gegen die gängige Gleichstellung von Arbeitslagern für Emigranten und Militärdienst für Schweizer.

Ab 1943 erhält die Kritik an der Flüchtlingspolitik zwei neue Aspekte. Zum einen stösst die Aufnahme von Exponenten des faschistischen und des nationalsozialistischen Regimes – vorerst in der *Tagwacht* – auf heftigen Widerspruch. Das sozialdemokratische Organ

⁶⁹⁵ Vgl. NZZ, 25.8.42: „Die Flüchtlingsfrage und Vaterland, 26.8.42: „Grenzen der christlichen Nächstenliebe?“.

⁶⁹⁶ Z.B. NZZ, 21.6.45: „Flüchtlingsfragen und 'Säuberung' vor dem Nationalrat; Tagwacht, 27.12.45: „Bonjour, Monsieur le Bureau!“ und Tages-Anzeiger, 9.2.46: „Wann gedenken sie wieder auszureisen“ - Die schweizerische Emigrantenpolitik“.

⁶⁹⁷ Tagwacht, 12.8.44: „Am Rand“.

⁶⁹⁸ Tages-Anzeiger, 11.6.47: „Zweimal Flüchtlinge“.

⁶⁹⁹ Tagwacht, 21.1.39: „Arme Emigranten“.

kombiniert beispielsweise sein Missfallen an der Aufnahme Graf Volpis mit einer Kritik am Politischen Departement, in dem „eine ganze Garnitur einseitig fühlender, einseitig denkender Diplomaten, ängstlich und verbohrt, anmassend und überheblich zugleich in ihrem Kommunistenkoller“, die „immergleichen Fehler“ begehe.⁷⁰⁰ Im Kontext der Säuberungsdebatte Ende des Krieges übernimmt auch der *Tages-Anzeiger* diese Kritik, während die bürgerlichen Zeitungen sich mit Kommentaren zurückhalten oder Verständnis für die Entscheide des Bundesrates äussern (vgl. Kap. 5.6).

Zum andern erhalten seit 1943 verstärkt auch Stimmen Resonanz, die eine restriktivere Haltung in der Flüchtlingspolitik einfordern. Die *Neue Zürcher Zeitung* nimmt diesen Prozess folgendermassen war: „Zur ursprünglich alleinigen Betonung der schweizerischen Humanitätspflicht aus der Ratsmitte, der gegenüber die Behörden auch auf dem Grundsatz der Ordnung beharren mussten, war die Besorgnis getreten, es könnte des Guten zu viel getan werden.“⁷⁰¹ Insbesondere Eugen Bircher und der Schweizerische Vaterländische Verband finden mit ihrer Kritik an Flüchtlingen und Internierten Resonanz in den Leitmedien – doch beschränken sich die Zeitungen mit Ausnahme der *Tagwacht* darauf, diese Forderungen darzustellen und sie durch Gegenstimmen und den Verweis auf die bundesrätliche Position zu relativieren.⁷⁰² Erst nach der Behandlung von Bachers Interpellation im Nationalrat, in der auch Bundesrat von Steiger deutliche Kritik am aargauer Nationalrat übt, findet sich auch in der *Neuen Zürcher Zeitungen* eine explizite Kritik an den antisemitischen Tönen der Bacherschen Argumentation (vgl. Kap. 5.5).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Berichterstattung über die Asylpolitik trotz ihrer vermeintlichen – vor allem durch den Abdruck von Agenturmeldungen und amtlichen Verlautbarungen erzielten – Konstanz nur wenige Phasen eigentlicher Diskursivität kennt. Problematisiert wird die Asylpolitik in der gesamten Untersuchungsperiode während fünf unterschiedlich langer Phasen. Nach einer ersten Diskussion um die Asylpraxis im Herbst 1938 erreicht die Diskussion im September 1942 einen ersten Höhepunkt und differenziert sich dann im Herbst 1944 sowie im Frühling 1945 in unterschiedliche Facetten aus. Eine letzte Phase einer bereits retrospektiven Auseinandersetzung mit der Flüchtlingspolitik erfolgt im Frühling 1947 anlässlich der Frage des Dauerasyls.

7.1.5 Auswirkungen der medialen Flüchtlingsdebatten auf die Flüchtlingspolitik

Zum Abschluss dieses Kapitels zur Flüchtlingspolitik soll die auf die Dialektik von Deutung und Handlung gerichtete Fragestellung nochmals aufgenommen werden. Hierzu setzen wir die in der leitmedialen Arena geäusserte Kritik mit den Entscheidungs- und Vollzugsprozessen der Flüchtlingspolitik in Beziehung und untersuchen die wechselseitigen Einflusspotentiale. Dieser Vergleich zeigt, dass nur im Spätsommer 1942 die öffentliche Kritik an der aktuellen Flüchtlingspolitik der Schweiz durch ihre Intensität und ihre breite gesellschaftliche Abstützung eine Qualität erreicht, durch die Regierung und Verwaltung unter

⁷⁰⁰ Tagwacht, 1.8.44: „Wir protestieren zum 1. August“.

⁷⁰¹ NZZ, 21.9.44: „Bundesversammlung“.

⁷⁰² Vgl. NZZ, 3.5.44: „Perfide Verdächtigungen“; 11.5.44: „Zu einem Überfall auf Flüchtlinge“; 15.11.44: „Zürcher Kirchensynode. Eröffnungswort“.

Handlungsdruck gesetzt werden. Der Bundesrat reagiert mit einer Beschwichtigungstaktik, die Züge von Symbolpolitik aufweist. Anhand einer von Guido Koller zitierten vertraulichen Notiz des Polizeioffiziers und Generalsekretärs des Genfer Justiz- und Polizeidepartements, A. Guillermet, über ein Gespräch mit Bundesrat Eduard von Steiger lässt sich die bundesrätliche Strategie erahnen: „M. de Steiger m'a laissé entendre nettement qu'il désirait qu'on fit rien pour alimenter la campagne de presse en faveur des réfugiés; son désir est que les choses 'se tassent'. Il voudrait en somme qu'on temporisât et qu'on refoule le moins possible.“⁷⁰³

Um das Konfliktpotential zu minimieren, negierte der Bundesrat die Diskrepanz zwischen der Asylpolitik und der humanitären Tradition der Schweiz, machte den Hilfswerken und der aufgebrachten öffentlichen Meinung in der Asylpraxis zwei kleine Zugeständnisse,⁷⁰⁴ delegierte die Verantwortung – im Einklang mit der bürgerlichen wie der sozialdemokratischen Presse – an nachgeordnete Stellen in der Verwaltung – und hielt an der für jüdische Flüchtlinge so fatalen Regelung über die Rückweisung von Flüchtlingen aus Rassegründen fest.

Dass sich hieran in Anbetracht der in der Diskussion des Spätsommers 1942 aktualisierten normativen Selbstverpflichtung der Schweiz auf ihre humanitäre Tradition keine Skandalberichterstattung entzündete, lässt sich jedoch nicht nur aus der Kommunikationsstrategie des Bundesrates erklären. Denn der letztlich für eine Durchbrechung der so fatalen Routinen der Asylpolitik nicht ausreichende Problemdruck ist die Summe der Kommunikationsstrategien aller involvierten Akteure. Darauf hat Edgar Bonjour zu Recht hingewiesen.⁷⁰⁵ Dies ist kein Argument im Sinne einer Kollektivschuldthese, gilt es doch die Unterschiede bezüglich der Definitionsmacht wie der Resonanzchancen sehr genau zu betrachten. Doch angesichts der sich im Spätsommer breit formierenden Kritik, die auch von der Mehrzahl der Leitmedien getragen wurde, bleibt es erklärungsbedürftig, wieso die bundesrätliche Kommunikationsstrategie so schnell verfiel. Einen zentralen Erklärungsansatz bietet die 1942 noch für alle grossen politischen Milieus weitgehend intakte Konsensverpflichtung der Geistigen Landesverteidigung. Vor dem Hintergrund ihrer Konsensorientierung scheint es – so müssen wir annehmen – den grossen politischen Milieus nicht opportun, in einen Fundamentalkonflikt um die Grundlagen der schweizerischen Asylpolitik einzutreten. Und dies umso mehr, als die hauptsächlich betroffenen jüdischen Flüchtlinge in den politischen Parteien keine Lobby auf der Basis eines politisch oder konfessionell fundierten Zugehörigkeitsgefühls hatten. Da also die Grundlagen nicht infrage gestellt wurden, blieb die Kritik an der Asylpolitik letztlich auf Aspekte der Asylpraxis beschränkt und konnte mit kleineren Reformen dieser Praxis ruhig gestellt werden.

⁷⁰⁴ Die Behörden „verzichteten auf Ausschaffungen aus dem Landesinneren, die Hilfswerke und Bevölkerung am stärksten aufgebracht hatten, und liessen humanitäre Ausnahmen in den Wegweisungsbestimmungen zu. Die antijüdische Politik aber blieb unangetastet.“ (Koller, Entscheidungen über Leben und Tod, S. 35).

⁷⁰⁵ „Es scheint allzu billig, wegen der begangenen offensichtlichen Fehler nach den Behörden jener Zeit mit Steinen zu werfen. Die ganze damalige Generation hat versagt und ist mitschuldig. Denn in einer direkten Demokratie wie der schweizerischen wäre das Volk, wenn es sich richtig aufgerafft hätte, durchaus nicht gezwungen gewesen, dem ihm unleidlichen Kurs der Regierung während zehn Jahren passiv zu ertragen.“ (Bonjour, Geschichte der schweizerischen Neutralität, Bd. IV, S. 41.)

Das Bild, dass wir von den Auswirkungen der breiten Flüchtlingsdiskussion im Spätherbst skizzieren, wäre aber zu einseitig und negativ, würden wir nicht auch beachten, dass die Asylpraxis stärker zugunsten der Flüchtlinge beeinflusst wurde, als dies die Verordnungen und Weisungen des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJDP) zum Ausdruck bringen. Denn die mit dem Vollzug der Weisungen betrauten Organe entschieden häufig in einem nicht genau festgelegten Rahmen und orientierten sich dabei selbstverständlich auch an dem, was sie über die öffentliche politische Kommunikation als intersubjektiv gültige Werte und Normen der schweizerischen Gesellschaft wahrnahmen. So interpretierte beispielsweise die Genfer Polizei unter dem Eindruck der Pressekampagne Ende August 1942 die Kategorie des politischen Flüchtlings sehr weit⁷⁰⁶ und ermöglichte so auch jüdischen Flüchtlingen die Aufnahme in der Schweiz.

Nach dem Herbst 1942 erzielte keine weitere mediale Debatte um die Flüchtlingspolitik eine vergleichbare Resonanz im politischen System. Zwar verschärft sich mit dem Zerfall des Minimalkonsenses der Geistigen Landesverteidigung auch der Ton der Kritik. Scharf kritisiert insbesondere die sozialdemokratische Presse Missstände bei der Internierung. Doch in der sich zuspitzenden Polarisierung wird diese Kritik zunehmend durch eine Antikritik konterkariert, zu deren Sprachrohr sich Eugen Bircher entwickelt. In dieser Konstellation gerät die Kritik an der Flüchtlingspolitik in den Geruch parteipolitisch motivierter Sonderinteressen. Dies bietet dem Bundesrat und den bürgerlichen Parteiorganen die Möglichkeit, die offizielle Flüchtlingspolitik als massvollen Mittelweg zwischen den Forderungen der Sozialdemokraten und linker sozialer Bewegungen einerseits und des Vaterländischen Verbandes resp. rechtskonservativer Kreise andererseits darzustellen und so der Kritik zu entziehen. Geradezu konsensfähig wird die Antikritik, als im beginnenden Kalten Krieg kritische Stimmen zur Behandlung russischer Internierter in der Schweiz als Sprachrohr Moskaus diffamiert werden können. In einer erneuten, nun konservativ eingefärbten Geistigen Landesverteidigung lässt sich die schweizerische Flüchtlingspolitik apologetisch verklären.

7.2 Internierte

Die mediale Berichterstattung zum Thema „Internierte“ und „Internierung“ und damit auch die Diskussion um ihre Unterbringung, Behandlung und Betreuung in Lagern und ihr Verhältnis zur Zivilbevölkerung ist von einer summarischen und damit oft unklaren Begriffsverwendung geprägt. Der ursprünglich vor allem für den völkerrechtlich geregelten Status von in der Schweiz Asyl suchenden Militärangehörigen einer kriegführenden Nation reservierte Begriff „Internierter“ und „Internierung“ wurde während des Krieges auch vermehrt auf zivile Flüchtlinge angewandt, die in Lager oder Heimen untergebracht worden waren.⁷⁰⁷ Dort, wo die Berichterstattung differenziert, folgen die Unterscheidungen nur selten

⁷⁰⁶ Vgl. Koller, Entscheidungen über Leben und Tod, S. 29.

⁷⁰⁷ Im Kern können zwei zentrale Kategorien unterschieden werden – die „Militär-“ und die „Zivilinternierten“. Neben der militärischen Internierung gemäss der Haager Konvention von 1907, die in den Händen des EMD bzw. des „Eidgenössischen Kommissariats für Internierung und Hospitalisierung“ (EKIH) lag, existierte jene nach dem schweizerischen Polizeirecht, die das EJPD bzw. die „Polizeiabteilung“ zu

rechtlichen Kategorien – für gewöhnlich unterscheiden die Zeitungen „Internierte“ gemäss ihrer nationalen Herkunft.⁷⁰⁸ Der Begriff „Internierte“ wurde zunehmend als Synonym für „Flüchtlinge“ verwendet; meist treten die Begriffe auch in Kombination auf.

7.2.1 Dynamik der Berichterstattung

Internierte werden erstmals Mitte des Jahres 1940 mit dem Übertritt französischer und polnischer Truppen zum Thema in den Leitmedien. Die Berichterstattung setzt mit hoher Intensität ein – quantitativ ist hier bereits der grösste Ausschlag zu diesem Thema im Untersuchungszeitraum zu vermerken. Dominiert wird die Berichterstattung zu diesem Zeitpunkt von deskriptiven Artikeln, Reportagen und der Wiedergabe amtlicher Verlautbarungen oder Vorschriften zur Internierung, insbesondere solche, die den Kontakt zwischen den Internierten und der Zivilbevölkerung regeln sollen. Danach verliert die Berichterstattung rasch an Intensität. Erst die Ausreise der Internierten und deren Ankunft in Frankreich um die Jahreswende 1940/41 ist den Leitmedien wieder einige Artikel wert.⁷⁰⁹ In der Folge verschwindet das Thema für zwei Jahre fast vollständig aus der Berichterstattung. Auch 1942, als die Diskussion um die Flüchtlingspolitik im Gefolge der Grenzschiessung eine hohe Intensität erreicht, wird das Thema „Internierte“ davon kaum berührt. So fehlt auch eine Problematisierung der zunehmenden Ausweitung der Internierung auf Zivilflüchtlinge. Beim Übertritt italienischer Militärangehöriger und Zivilpersonen im Herbst 1943 ist die Berichterstattung gering und von Zurückhaltung geprägt – sie erfolgt meist in Form von amtlichen Verlautbarungen und Agenturmeldungen.⁷¹⁰

Ab 1944 erhält das Thema „Internierte“ eine neue Dimension: War die Internierung der französischen und polnischen Militärangehörigen 1940 noch als unproblematisch betrachtet worden – einerseits aufgrund der völkerrechtlichen Regelung, andererseits, weil man eine baldige Rückkehr der Internierten erwartete – so lässt sich beobachten, dass mit dem längerfristigen Aufenthalt militärischer Internierter verschiedenster Herkunft in der Schweiz und mit der Internierung von Zivilflüchtlingen Unterkunft, Betreuung und Be-

verantworten hatte. Zur Kategorie der *Militärinternierten* wurden ausser den Asyl suchenden Militärangehörigen kriegführender Staaten auch Partisanen, Deserteure, entwichene Kriegsgefangene oder „Hospitalisierte“ (ausländische, demobilisierte und aus der Kriegsgefangenschaft entlassene kranke Wehrmänner, die in der Schweiz einen Erholungs- und Pflegeaufenthalt machten) gerechnet. Bezüglich der Internierung von *Zivilpersonen* hatte 1939 ein Bundesratsbeschluss die Rechtsbasis gelegt und die Möglichkeit geschaffen, Flüchtlinge in Arbeitslager oder Heime einzuweisen, und im Frühjahr 1940 wurde die Schaffung von Arbeitslagern für Emigranten beschlossen; die Internierung von Zivilpersonen war jedoch nur für Ausnahmefälle vorgesehen. Nach und nach verfügte die Eidgenössische Polizeiabteilung aber über nahezu alle politischen Flüchtlinge und Emigranten die Internierung. Die restlichen Zivilflüchtlinge, die man unter dem 1942 neugeschaffenen Status „sogenannte Flüchtlinge“ (später einfach „Flüchtlinge“ genannt) zusammenfasste, wurden ab 1942 ebenfalls interniert. Laut Stadelmann war die Unterbringung von Flüchtlingen ausserhalb eines Arbeitslagers oder eines Heimes in der Folge nur noch als Ausnahmefall möglich. Stadelmann, Umgang mit Fremden in bedrängter Zeit, S. 117ff.

⁷⁰⁸ Vor allem in der Tagwacht findet sich eine zweite Form der Unterscheidung, indem das Blatt auch nach politischen Lagern (z.B. Titoisten, Monarchisten, Wlassow-Kosaken etc.) differenziert.

⁷⁰⁹ Vgl. Kap. 5.2.

⁷¹⁰ In welchem Ausmass die Zensur Grund für die geringe Berichterstattung gewesen ist, kann nur vermutet werden. Auf jeden Fall war die Zensur im Internierungsbereich vergleichsweise streng und erfuhr eine kontinuierliche Verschärfung. Vgl. dazu Kreis, Flüchtlingsdebatte und Zensurregime.

schäftigung, aber auch das Verhalten der Internierten selbst zum Thema werden. Die Militärinternierten büssen ihren „Sonderfall“-Status ein, der sie bisher von der übrigen Diskussion um die Flüchtlingspolitik abgegrenzt hatte, und werden zusammen mit den übrigen Flüchtlingen (d.h. Zivilinternierten) problematisiert. Die Internierten werden, wenn auch quantitativ auf tiefem Niveau, zu einem kontinuierlich thematisierten Problemkomplex, zu dem alle Zeitungen Stellung beziehen. Mit der Parlamentsberichterstattung im Herbst 1944 im Zusammenhang mit der „Bircher-Interpellation“ erreicht dann die Diskussion das grösste Ausmass seit dem Juni 1940.⁷¹¹ Während die Kritik an den Internierten und die dadurch ausgelöste Gegenkritik hauptsächlich im Verlaufe des Jahres 1944 Aufnahme in den Leitmedien findet, häuft sich 1945 im Kontext der aussenpolitischen Isolierung der Schweiz die Berichterstattung über Fälle von Misshandlungen von Internierten. Solche Fälle waren vereinzelt von der *Tagwacht* schon zu Beginn des Jahres 1944 thematisiert worden, fanden zu diesem Zeitpunkt jedoch keine leitmediale Resonanz. Die damit verbundene Belastung der diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und den jeweiligen Herkunftsländern der Internierten wird zu einem wichtigen Thema. Dies betrifft in erster Linie die Beziehungen zur Sowjetunion. Dieser Zusammenhang ist auch 1945 virulent. Zusätzlich werden die Internierten – in diesem Jahr der intensivsten Berichterstattung über Internierte – auch anlässlich ihrer Rückkehr thematisiert. Noch einmal Gegenstand der Berichterstattung – jedoch mehr indirekt – ist die Interniertenfrage dann um die Jahreswende 1945/46 und im Frühjahr 1947 anlässlich des Korruptionsskandals im EKIH bzw. der daraus folgenden Gerichtsprozesse.

Die Diskussion in der Interniertenfrage zerfällt in zwei Teile: in die Kritik an der Behandlung der Internierten und an den Lagerverhältnissen sowie die Anklage der für die Internierung zuständigen Behörden auf der einen und in die Kritik an den Internierten selbst auf der anderen Seite. Geprägt wird diese Diskussion vor allem durch die politische Linke (hauptsächlich durch parlamentarische Vertreter der Sozialdemokratie und ihres Zentralorgans, der *Tagwacht*) einerseits sowie durch Nationalrat Eugen Bircher und der national-konservative „Schweizerische Vaterländische Verband“ (SVV) andererseits.

7.2.2 Kritik an den Internierten

1940 und 1941 ist die Berichterstattung den Militärinternierten gegenüber sehr wohlwollend, das Verhältnis zur Zivilbevölkerung wird in den Medien grundsätzlich als unproblematisch dargestellt. Beim Übertritt italienischer Soldaten im Herbst 1943 ist die Beurteilung deutlich zurückhaltender. Die insbesondere für 1940 charakteristischen Sympathiekundgebungen im Rahmen lebensweltlicher Lage(r)berichte finden sich nicht. Im Laufe des Jahres 1944 treten Spannungen zwischen den Internierten und der Zivilbevölkerung in den Vordergrund der Diskussion. Vor allem drei Aspekte werden ab 1944 diskursiv: erstens gerät, ausgelöst durch Vorfälle zwischen Internierten und Schweizern, das Verhalten der Internierten in die Kritik. Ein zweite Debatte wird entfacht durch die Problematisierung (sexueller) Kontakte von schweizerischen Frauen mit den Internierten; und drit-

⁷¹¹ Vgl. hierzu Kap. 4.5.

tens gerät die Frage der Beschäftigung der Internierten in den Vordergrund, was zu einer Diskussion um ihren Arbeitswillen und der Frage der Dankbarkeit der Internierten gegenüber ihrem „Gastland“ führt. Die drei Themenstränge treten oft zusammen auf, z. B. indem als Erklärung für die Ursachen von Spannungen zwischen Internierten und Schweizern das „Herumlungern“ von Internierten angeführt wird.

Die Kritik am Verhalten der Internierten wird vor allem vom „Schweizerischen Vaterländischen Verband“ alimentiert: So wird in der April-Nummer 1944 des SVV-Bulletins von einer Schlägerei zwischen Schweizern und Internierten berichtet und dabei letztere scharf angegriffen.⁷¹² Die *Tagwacht* greift diesen Artikel auf, verurteilt ihn als eine „ungeschminkte Aufreizung zu ‘Pogromen’“, und rückt den Vaterländischen Verband in die Nähe der Fronten.⁷¹³ Durch scharfe Gegenreaktionen auf diese Vorwürfe in Leserbriefen, abgedruckt im *Vaterland* und der *Neuen Zürcher Zeitung*, erhält der Artikel des SVV eine breite Resonanz in der Deutschschweiz.⁷¹⁴ Die Haltung des *Vaterlandes* ist bis zu diesem Zeitpunkt durch einiges Wohlwollen für die Standpunkte des SVV gekennzeichnet; die *Tagwacht* hingegen geißelt die Bestrebungen des SVV als „Emigrantenhetze“ und wirft ihm antisemitische Tendenzen vor.⁷¹⁵

Nach der nationalrätlichen Debatte über die Interniertenfrage im Herbst 1944 gehen auch die bürgerlichen Medien zu Eugen Bircher auf Distanz – es sei eine „unwürdige“ Debatte, meint das *Vaterland*.⁷¹⁶ Für die bürgerlichen Zeitungen ist die Interniertenfrage nur äusserer Anlass für einen innenpolitischen Schlagabtausch der Interpellanten Albert Maag-Socin und Eugen Bircher. Laut der *Neuen Zürcher Zeitung* ignoriere die Kritik des SVV in fundamentaler Weise die Transitlandkonzeption, indem sie die Frage der Internierten und Flüchtlinge als „schweizerisches Bevölkerungsproblem“ bezeichne und nicht als „transitorisches“ Problem. Damit befinde sich der Verband, wie die *Neue Zürcher Zeitung* weiter – mit Bedauern – feststellt, im „Fahrwasser eines militanten Antisemitismus“, seine Argumentation sei demagogisch und einseitig⁷¹⁷ – Lob findet dagegen die Haltung des

⁷¹² Das es sich bei den Internierten um jüdische Flüchtlinge handelt, wird nicht explizit genannt.

⁷¹³ Der SVV schreibt, es sei „nicht verwunderlich, wenn sich diese Stimmung unter dem Einfluss des Alkohols ungehemmt Luft macht. Es würde uns aber auch nicht wundern, wenn an anderen Orten auch ohne Alkoholgenuss sich ähnliches ereignete.“ *Tagwacht*, 12.4.44: „Brutale Hetze der ‘Vaterländischen’“, NZZ, 3.5.44: „Perfide Verdächtigungen“, *Vaterland*, 2.5.44: „Gemeine Verdächtigungen“: Die NZZ gibt jedoch auch Kritikern des SVV Raum, indem sie kurz darauf eine Stellungnahme des „Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes“ abdruckt, worin dieser warnt, antisemitischen Vorurteilen einen Nährboden zu geben – erst in diesem Beitrag wird auf die jüdische Herkunft der Internierten hingewiesen. Vgl. NZZ, 11.5.44: „Zu einem Überfall auf Flüchtlinge“.

⁷¹⁵ *Tagwacht*, 12.7.44: „Emigrantenhetze“.

⁷¹⁶ So lautet auch die Überschrift der Parlamentsberichterstattung im *Vaterland*, 22.9.44: „Eine unwürdige Flüchtlingsdebatte“, wobei das *Vaterland* sich nur vom Stil der Debatte distanziert und Verständnis zeigt für Missstimmungen in der Bevölkerung; vgl. auch *Vaterland*, 23.9.44: „Am Ende der ersten Sessionswoche“. Eine ähnliche Position vertritt auch das *Journal de Genève*: vgl. *Journal de Genève* 22.9.44, „La journée parlementaire – indulgence ou sévérité pour les réfugiés?“.

⁷¹⁷ NZZ, 26.9.44: „Die Flüchtlingsfrage im Zerrspiegel“. Vgl. auch: *Tages-Anzeiger*, 23.9.44: „Internierte und Flüchtlinge. Bemerkungen zu einer nationalrätlichen Debatte“. Nur die *Tagwacht* und die *Sentinelles* stellen sich auf die Seite Albert Maag-Socins. Die *Tagwacht* sieht sich in ihrer Haltung bestätigt: der Vaterländische Verband betreibe eine „offensichtlich antisemitische Hetze“ und dies „seit Jahren“. *Tagwacht*, 22.9.44: „Internierten- und Flüchtlingsproblem. Vaterländischer Verband am Pranger“ und *Sentinelles*: „Sous la coupole fédérale. Une séance agitée“.

Bundesrates,⁷¹⁸ der auf die Schwierigkeiten bei der Betreuung der Internierten hinweist. Sämtliche Leitmedien geben in der Folge den Positionen des „Vaterländischen Verbandes“ keinen Raum mehr.⁷¹⁹

In der Diskussion um (sexuelle) Kontakte schweizerischer Frauen mit Internierten oder Flüchtlingen werden die Internierten selbst nur selten zum Gegenstand der Kritik.⁷²⁰ Resonanz in den Leitmedien erhalten vor allem Stimmen, welche die Flüchtlinge und Internierten gegen Kritik in Schutz nehmen und das Verhalten der Schweizer Frauen problematisieren. Obwohl solche Kontakte auch schon 1940 Aufmerksamkeit erregen, wird das Thema erst 1944 breiter diskutiert.⁷²¹ Zu Beginn sind es vor allem kirchliche Kreise, die sich in mahnenden Aufrufen, Rundschreiben u.ä. an die (weibliche) Bevölkerung wenden. Durch Kontakte mit Internierten sei nicht nur der „Ruf der Schweizerfrau“ gefährdet, sondern auch der der Schweiz.⁷²² In der *Tagwacht* bekommt die Diskussion eine klassenkämpferische Note – die arbeitende Bevölkerung habe keine Zeit, sich in teuren Kurorten mit (reichen amerikanischen) Internierten abzugeben; es handle sich wohl eher um „reiche Oberschichts-Frauen“.⁷²³ Die Kontakte zwischen Frauen und Internierten werden in der Flüchtlingsdebatte im Nationalrat im Herbst 1944 von Eugen Bircher erneut zur Sprache gebracht.⁷²⁴ Aber auch hier zeigt sich, dass die Positionen Eugen Birschers und des „Vaterländischen Verbandes“ keine breite leitmediale Resonanz mehr erzielen können.

Auch die Frage der Beschäftigung der Internierten erscheint bereits ab 1940 in der Berichterstattung; meist beschränken sich jedoch die Meldungen auf die Wiedergabe amtlicher Verlautbarungen hinsichtlich der Regelung des Arbeitseinsatzes oder Meldungen über vereinzelte Arbeitseinsätze und Leistungen von Internierten. In verschiedenen kantonalen Parlamenten und in der Bundesversammlung wird die Regelung des Arbeitseinsatzes (vor allem in der Landwirtschaft) mehrmals thematisiert; hierbei geht es vor allem um die Entlohnung der Internierten, um die Organisation des Arbeitseinsatzes oder um die Frage der „Schädigung des einheimischen Arbeitsmarktes“ durch die Arbeitseinsätze der Internierten. Andererseits gibt auch die Beschäftigungslosigkeit der Internierten An-

⁷¹⁸ Dazu exemplarisch das elegische Lob auf die rhetorischen Fähigkeiten Bundesrats von Steigers in *Journal de Genève*, 22.9.44: „La journée parlementaire – indulgence ou sévérité pour les réfugiés?“. „Mais M. de Steiger est l'habilité personnifiée. Ses opinions peuvent évoluer sans qu'on puisse lui reprocher de se contredire. Il ne sera jamais pris de court. Il est passé maître dans l'art de manier les nuances.“

⁷¹⁹ Vgl. hierzu Kap. 4.5.

⁷²⁰ In einem von der *Tagwacht* aufgegriffenen Artikel vom März 1943 aus der „Aargauer- Bauern und Bürgerzeitung“ behauptet der Verfasser – Eugen Bircher –, die „Zahl unehelicher Kinder“ von Internierten gehe „in die Tausende“ und prangert das „Verhalten zahlreicher Internierter gegenüber der Weiblichkeit“ an. (*Tagwacht*, 30.3.43: „Bircher macht in Gerüchten“).

⁷²¹ Die untersuchten Tessiner und Westschweizer Zeitungen greifen das Thema jedoch erst im Herbst 1944 im Rahmen der Berichterstattung über die Interniertendebatte auf – und auch da nur am Rande.

⁷²² *Tagwacht*, 9.2.44: „Unser Verhalten zu den Internierten“. Solch mahnende Aufrufe aus kirchlichen Kreisen finden sich auch im *Tages-Anzeiger*: *Tages-Anzeiger*, 16.5.44: „Kirche und Flüchtlinge“. Ein Appell gegen „unduldsame Beurteilung von Flüchtlingen und Internierten“.

⁷²³ *Tagwacht*, 8.8.44: „Schweizerfrauen und Internierte“ und *Tagwacht*, 18.8.44: „Die ‘billigen’ Schweizerinnen“.

⁷²⁴ Auch hier herrscht die Kritik an den Frauen vor: die „Schuld“ liege wohl nicht bloss bei den „Adams“ als vielmehr auch bei den „Evens“, *NZZ*, 26.9.44: „Die Flüchtlingsfrage im Zerrspiegel“.

lass zu Kritik. Die Spannungen mit der Zivilbevölkerung werden indirekt auch in diesem Zusammenhang thematisiert: ein Arbeitseinsatz verhindere „unheilvolle Auswirkungen des Nichtstuns“ und Missstimmungen in der Bevölkerung.⁷²⁵ Vom *Tages-Anzeiger* wird dies jedoch nicht auf die Internierten selbst, sondern auf Mängel in der Regelung des Arbeitseinsatzes zurückgeführt: „Bürokratismus“ und „Einsichtslosigkeit der obersten Ränge der für das Flüchtlingswesen verantwortlichen Instanzen“ seien dafür verantwortlich.⁷²⁶ In der Unterstellung des eidgenössischen Kommissariats für Internierung und Hospitalisierung unter das EMD Ende Juli 1944 sieht der *Tages-Anzeiger* dann eine begrüßenswerte Reaktion der Behörden auf die öffentliche Kritik. Deutlich weist die Zeitung die „verschiedentlich zu hörende“ Auffassung zurück, den Internierten fehle es an Arbeitswillen.⁷²⁷ Grundsätzlich überwiegt denn auch die positive Beurteilung der Arbeitseinsätze der Internierten in allen Zeitungen.⁷²⁸

7.2.3 Kritik an der Internierung

Die Problematisierung der Lagerverhältnisse und der Vorwurf der politisch motivierten Ungleichbehandlung, ja Misshandlungen von Internierten entwickelt sich zeitlich parallel zur Kritik an den Internierten und wird vor allem von der Sozialdemokratie und der *Tagwacht*, aber auch von den parteiunabhängigen Medien wie der *Nation*, deren Beiträge wiederum von den untersuchten Leitmedien zitiert werden, in die öffentliche politische Diskussion hineingetragen. Zentraler Diskussionsgegenstand bildet dabei die Behandlung von Internierten aus der Sowjetunion. 1945 rückt – angesichts des nahenden Kriegsendes und der verstärkten Thematisierung der Beziehungen der Schweiz zu den zukünftigen Siegermächten – die Frage einer möglichen Rückwirkung der Behandlung der Internierten auf die Beziehungen der Schweiz zu den Siegermächten in den Mittelpunkt der Debatte. Auch diesbezüglich spielen die russischen Internierten die wichtigste Rolle. Die Lagerverhältnisse werden bereits 1942 in der *Tagwacht* thematisiert. Sie nimmt dabei auf einen Artikel in der *Nation* Bezug und vergleicht die Internierungslager mit deutschen Konzentrationslagern. Die ungleiche Behandlung russischer Internierter wird erstmals im Juni 1943 anlässlich einer kleinen Anfrage von Nationalrat Bringolf thematisiert. Die beschwichtigende Antwort des Bundesrates befriedigt die *Tagwacht* nicht: sie droht mit möglichen Konsequenzen von Seiten der Sowjetunion in der *Nachkriegszeit*.⁷²⁹ Zu Beginn des Jahres 1944 erhebt die *Tagwacht* erneut massive Vorwürfe: russische Internierte würden „mit Hunden gehetzt“ und die hierfür verantwortlichen Schweizer Soldaten vom Lagerkommandanten Hauptmann Béguin gedeckt.⁷³⁰ Weitere Resonanz erhält die Problematisierung der Zustände in Interniertenlagern jedoch noch nicht.

⁷²⁵ *Tages-Anzeiger*, 9.6.44: „Nationalrat: Eine Flüchtlingsdiskussion“.

⁷²⁶ *Tages-Anzeiger*, 6.7.44: „Verantwortlich sind wir selbst“.

⁷²⁷ *Tages-Anzeiger*, 27.7.44: „Die Beschäftigung der Internierten“.

⁷²⁸ Vgl. z.B. ebd. und *Vaterland*, 6.11.44: „Kritik an den Arbeitsleistungen der Internierten“.

⁷²⁹ *Tagwacht*, 15.9.42: „Was ist mit Witzwil? Eine Frage, die schon längst gestellt werden müsste“. Dieser Vergleich findet sich wiederholt in der *Tagwacht*; vgl. z.B. 9.2.44: „Die Hundehetze im Wauwiler Moos“; 23.6.43: „Nationalrat“; 9.8.43: „Schandbare Zustände“.

⁷³⁰ *Tagwacht*, 7.1.44: „Das ist ein Skandal. Mit Hunden gehetzt“ und *Tagwacht*, 9.2.44: „Die Hundehetze im Wauwiler Moos“.

Die Sozialdemokratie (und damit auch die *Tagwacht*) sowie das ihr nahestehende Flüchtlingshilfswerk „Schweizerisches Arbeiterhilfswerk“ (SAH) sehen sich durch ihren Einsatz für die russischen Internierten dem Vorwurf der „Einseitigkeit“ seitens der bürgerlichen Zeitungen ausgesetzt. Diese sehen in der Stellungnahme zugunsten russischer Internierter ein weiteres Glied in der Reihe von „Lobreden der marxistischen Presse auf Russland“.⁷³¹ Was die Kritik an den Zuständen in Interniertenlagern betrifft, so wird zwar vereinzelt von den bürgerlichen Medien eingeräumt, dass „Fehler und Ungerechtigkeiten“ begangen worden seien, jegliche pauschale Verurteilung des Internierungswesens jedoch dezidiert zurückgewiesen. Eine solche Verurteilung komme einer „Beleidigung des Schweizervolkes“ gleich.⁷³² Hat dieser Schlagabtausch noch hauptsächlich innenpolitischen Charakter, so gelangt gegen Ende des Jahres 1944 die aussenpolitische Dimension der Interniertenfrage immer stärker ins Blickfeld.⁷³³ Dies mag exemplarisch die Kommentierung eines erneuten parlamentarischen Vorstosses von Bringolf zur Interniertenfrage im Herbst 1944 veranschaulichen. Bringolf kritisiert, dass bei einer Verhaftungsaktion sich politisch betätigender jugoslawischer Internierter, unter denen sich sowohl Anhänger Titos als auch dessen Gegner befunden hätten, mit ungleichen Ellen gemessen worden sei – verhaftet wurden laut Bringolf nur „titoistische“ Anhänger. In der Behandlung der Interpellation in der Märzsession – vom *Tages-Anzeiger* „Interniertendebatte en miniature“⁷³⁴ genannt – wird betont, dass man bei Interniertenfragen Rücksicht auf die Beziehungen zum Herkunftsland nehmen müsse, denn: man habe „nicht das geringste Interesse daran, durch mangelhaftes Fingerspitzengefühl die Schwierigkeiten unseres Landes noch zu verschärfen“.⁷³⁵ Obwohl die in allen Leitmedien ausführlich zitierte Antwort des Bundesrates den Vorwurf der Ungleichbehandlung vollumfänglich zurückweist, besteht in allen politischen Lagern Konsens darüber, dass die aussenpolitischen Beziehungen der Schweiz nicht noch zusätzlich durch die Internierungsfrage belastet werden dürften.⁷³⁶

7.2.4 Die „Iswestija-Affäre“ und die Ausgrenzung der Partei der Arbeit (PdA)

Die von allen medialen Akteuren generell als schwer belastet wahrgenommenen diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und der Sowjetunion werden in der ersten Hälfte des Jahres 1945 erneut auf eine harte Probe gestellt: die sowjetische „Iswestija“ und die „Prawda“ veröffentlichen Mitte April bzw. Mitte Juni Meldungen, in denen schwerwiegende Vorwürfe gegenüber der Schweiz bezüglich der Behandlung russischer Inter-

⁷³¹ Vaterland, 24.1.44: „Die unverbesserliche ‘Tagwacht’“, in Reaktion auf Tagwacht, 19.1.44: „Weihnachtserlebnis mit Russen“.

⁷³² So in einem Artikel der *NZZ* vom 5.4.44, „Eine üble Hetze“, der auf einen „Nation“-Artikel reagiert.

⁷³³ Vereinzelt wird dieser Punkt auch schon früher behandelt: vgl. die zitierten Tagwacht-Artikel oder auch einen Artikel im *Tages-Anzeiger*, der die Behandlung von Internierten für die Schweiz als nachkriegswichtig bezeichnet – die Internierten fungierten als „Bundesgenossen, um der Welt die Gastfreundlichkeit der Schweiz zu beweisen“. *Tages-Anzeiger*, 6.7.44: „Wehret den Anfängen“.

⁷³⁴ *Tages-Anzeiger*, 27.3.45: „Fünf Geschäfte – der Wochenbeginn im Nationalrat“.

⁷³⁵ Zitat Bringolf in Tagwacht, 27.3.45: „Nationalrat: Zur Verhaftung von Anhängern Titos“. Die Tagwacht druckt als einzige Zeitung die Interpellation im Wortlaut.

⁷³⁶ Vgl. z.B. Tagwacht, 23.3.45: „Es ist den Bundesbehörden daran gelegen, dass alle Internierten unser Land als Freunde verlassen“.

nierter erhoben werden. Die Anschuldigungen umfassen Rückweisungen sowjetischer Gefangener und ihre Auslieferung an die Gestapo, schlechte Behandlung und Ernährung, Folter, unprovizierte Angriffe der Wachen gegen die Internierten – alles Vorwürfe, die in der *Tagwacht* schon Anfang 1944 Gegenstand der Berichterstattung über die Interniertenfrage waren. Unisono weisen *sämtliche* Leitmedien – im Einklang mit dem Bundesrat – diese Vorwürfe als masslose „Übertreibungen“ zurück, wenn auch die Möglichkeit gewisser „Unregelmässigkeiten“ eingeräumt und für den gegebenen Fall eine schnelle Abklärung verlangt wird.⁷³⁷

Diese Position vertritt auch die *Tagwacht* – in deutlicher Abgrenzung zu ihrer Haltung anlässlich der „Hundehetze“-Berichterstattung Anfang 1944. In einer Entgegnung auf die Vorwürfe in der „Prawda“ schreibt die Zeitung: „Dieser Angriff strotzt so von Unwahrheiten, dass sich die ‘Prawda’ damit direkt blamiert. Es wäre wirklich an der Zeit, dass mit der ‘Hundehetze’ Schluss gemacht würde. [...] Wer hat in der Schweiz ein Interesse daran, dass diese giftige Atmosphäre nicht endlich entgiftet wird?“⁷³⁸ In den bürgerlichen Medien wird versucht, die Vorwürfe zu entkräften. Unter den Russen hätten sich „recht schwierige und unzufriedene Elemente“ befunden, und die Behandlung der Internierten sei „korrekt, human und anständig“ gewesen: „Tout le monde sait pertinemment que la Suisse ne fait aucune différence entre internés russes et internés d'autres nations, que les internés russes sont traités chez nous humainement, et que nous sommes heureux de leur rendre service“.⁷³⁹ Der *Tages-Anzeiger* zitiert russische, in der Schweiz internierte Offiziere, die die Vorwürfe „spontan als unzutreffend“ bezeichnet hätten. Auch die *Tagwacht* weist darauf hin, dass „kompetente russische Stellen“ die Kritik nicht teilten – darüber hinaus gäbe es ja auch Beweise für eine gute Behandlung, und die „vereinzelt sehr bedauerlichen“ Vorfälle⁷⁴⁰ seien „streng militärgerichtlich“ geahndet worden.⁷⁴¹ Schärfere Worte findet das *Vaterland*, das die Vorwürfe als „einfältige russische Hetze“ bezeichnet, die auf das „primitive[] Denken und Polemisieren russischer öffentlicher Stimmen“ zurückzuführen sei. In den sowjetrussischen Vorwürfen manifestiere sich eine Einfalt, die einfach alles als „profaschistisch“ bezeichne, was nicht „bolschewistisch“ sei.⁷⁴²

⁷³⁷ Ein kritischer Artikel aus der Zeitung „Volk und Armee“ wird von der *Tagwacht*, dem *Tages-Anzeiger* und der *Liberté* aufgegriffen, um der Forderung nach schneller Abklärung Nachdruck zu verleihen. Die *Tagwacht* betont ausserdem, dass es sich hierbei – diesmal – um ein „patriotisches Organ“ handle. *Tagwacht*, 14.7.45: „Fehler sind begangen worden“. Die *Liberté* betrachtet die Quelle („qui [...] n'a rien d'un organe d'opposition“) als glaubwürdig und fordert schnelle Aufklärung der Vorwürfe. Dabei gehe es auch darum, der Partei der Arbeit das Feld nicht zu überlassen. *Liberté*, 18.7.45: „La vérité avant tout!“. Vgl. dazu auch *Tages-Anzeiger*, 12.7.45: „Wir wollen Gerechtigkeit“. In den übrigen Leitmedien finden sich dazu keine Artikel.

⁷³⁸ *Tagwacht*, 25.6.45: „Diese Aufwärmung dürfte nun endlich aufhören“.

⁷³⁹ *Liberté*, 28.6.45: „Les embarras que nous causent nos bonnes actions“. Vgl. dazu auch z.B. *NZZ*, 20.4.45: „Die Behandlung der russischen Internierten. Zurückweisung sowjetrussischer Anschuldigungen“ und *NZZ*, 19.4.45: „Die Behandlung der russischen Internierten“.

⁷⁴⁰ *Tagwacht*, 19.4.45: „Zu den neuesten russischen Vorwürfen“.

⁷⁴¹ *Tagwacht*, 18.4.45: „Das muss abgeklärt werden: Russische Gefangene in der Schweiz misshandelt?“ und *Tagwacht*, 19.4.45: „Zu den neuesten russischen Vorwürfen“.

⁷⁴² *Vaterland*, 18.4.45: „Einfältige russische Hetze“.

Als verschiedene „Indizien“ sich zum Verdacht verdichten, dass die Quelle der Vorwürfe ihren Ursprung in der Schweiz haben müsse,⁷⁴³ besteht für das *Vaterland* kein Zweifel über die Urhebererschaft: Léon Nicole und die PdA. Die Anklagen würden sich „bei näherem Zusehen als reine Verdächtigungen“ entpuppen, die „nur deshalb ‘unrein’ sind, weil hinter all den russischen Attacken gegen unser Land offenbar ganz bestimmte Absichten“ steckten.⁷⁴⁴ Der Vorwurf der „Fünften Kolonne“ wird im Juni auch von der *Neuen Zürcher Zeitung* aufgegriffen, indem sie die PdA als „rote Quislinge“ bezeichnet.⁷⁴⁵ Léon Nicole sabotiere die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und der Sowjetunion: „Was hier betrieben wird, ist internationale Brunnenvergiftung schlimmster Art.“⁷⁴⁶ Mit deutlichen Worten wird dabei von seiten der bürgerlichen Medien nicht geizt: das *Vaterland* bezichtigt die PdA des „geistigen Landesverrats“⁷⁴⁷ und die *Neue Zürcher Zeitung* fordert, dass man dieses „Gift“ unschädlich machen müsse.⁷⁴⁸

Eine Normalisierung der aussenpolitischen Beziehungen – vor allem zur Sowjetunion – und eine raschestmögliche Lösung des „Interniertenproblems“ durch die schnelle Organisation ihrer Rückkehr ist für alle untersuchten Organe oberstes Ziel. So wird denn auch das Angebot des Bundesrates zur Schaffung einer Untersuchungskommission zur Abklärung der „Iswestija“-Vorwürfe von allen Organen begrüsst.⁷⁴⁹ Man erhofft sich dadurch eine Klärung der Verhältnisse und die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern: die „Darlegung der Gesamtsituation“ sei das Ziel, und es könne mit der „bestmöglichen Hilfsbereitschaft der Schweiz gerechnet werden“ – „Tatsachen sollen keine verschleiert werden“. Man habe nichts zu verbergen.⁷⁵⁰

⁷⁴³ Dabei wird Bezug genommen auf einen (auch vom Bundesrat in seiner Stellungnahme zu den russischen Vorwürfen aufgegriffenen) Artikel in der „Bülach-Dielsdorfer Wochenzeitung“, der fast wörtlich übereinstimmende Behauptungen wie die russischen Anschuldigungen enthalte, und die „berechtigte Vermutung“ geäußert, „dass jener Artikel der ‘Bülach-Dielsdorfer Wochenzeitung’ auf irgendeine Weise ins Ausland und auch nach Moskau gelangt ist. Tagwacht, 19.4.45: „Zu den neuesten russischen Vorwürfen“. Vgl. dazu auch NZZ, 20.4.45: „Die Behandlung der russischen Internierten“; *Vaterland*, 20.4.45: „Der Bundesrat weist die russischen Angriffe zurück“.

⁷⁴⁴ *Vaterland*, 20.4.45: „Der Bundesrat weist die russischen Angriffe zurück.“

⁷⁴⁵ Die Argumentationen erinnern an den Vergleich der Fronten mit dem SVV seitens der Tagwacht ein Jahr zuvor (vgl. Abschnitt „Kritik an den Internierten“): „Heute, wo so viel von Säuberung die Rede ist, gebührt es sich, dass die Öffentlichkeit auch von neuen Unsauberkeiten Kenntnis nehme. Gewisse publizistische Leistungen und Methoden der PdA stehen genau auf der Stufe der nationalsozialistischen Treibereien von 1940 und gehören unter die Rubrik ‚Quislinge‘“. NZZ, 18.6.45: „Quislinge und Staatsschutz“.

⁷⁴⁶ NZZ, 25.6.45: „Die neuen russischen Angriffe gegen die Schweiz“.

⁷⁴⁷ *Vaterland*, 6.7.45: „Klare Stellung zur Partei der Arbeit“. Vgl. auch: *Vaterland*, 27.6.45: „Zwischen Moskau und Bern“.

⁷⁴⁸ „Aufgabe der Presse und darüber hinaus aller Wohlorientierten, sei es, dafür zu sorgen, dass das Gift – und womöglich auch seine Herkunft! – erkannt und damit für uns unschädlich gemacht wird“. NZZ, 25.6.45: „Die neuen russischen Angriffe gegen die Schweiz“.

⁷⁴⁹ Vgl. Tages-Anzeiger, 21.6.45: „Die Moskauer Angriffe auf die Schweiz. Bundesrat Petitpierre antwortet im Nationalrat“, NZZ, 20.6.45: „Die Aussenpolitik vor dem Nationalrat“, *Journal de Genève*, 27.6.45: „Entre la Suisse et l’U.R.S.S. – Espoir de détente“.

⁷⁵⁰ NZZ, 28.7.45: „Die schweizerisch-russischen Besprechungen in Bern“, Tages-Anzeiger, 28.7.45: „Die Verhältnisse in den Russenlagern“, NZZ, 8.8.45: „Die schweizerisch-russischen Besprechungen über die Interniertenfrage in Bern“.

7.2.5 Das Urteil über die Internierung

Im Juni und Juli 1945 ist die Berichterstattung geprägt durch Reportagen aus den Interniertenlagern.⁷⁵¹ Die (kurzzeitige) Öffnung der Lager für Pressevertreter durch das EKIH anlässlich der Arbeit der russisch-schweizerischen Untersuchungskommission ist für alle Leitmedien Anlass, sich selbst ein Urteil über die Situation der Internierten zu bilden. Dabei werden die Probleme, die sich bei der Internierung ergeben hätten, vor allem auf die mangelnde Ausbildung des Lagerpersonals, die „psychologisch nicht auf der Höhe ihrer heiklen Aufgabe standen“,⁷⁵² auf die grosse Zahl der internierten Flüchtlinge sowie auf die schwierige Situation, in der sich die Internierten befänden, zurückgeführt.⁷⁵³ Das gegenseitige Verständnis sei nur schon durch sprachliche Probleme, aber auch durch Mentalitätsunterschiede und vor allem bei den russischen Internierten durch „Fehlinformationen“ über das Verhalten der Schweiz während des Krieges stark erschwert worden.⁷⁵⁴ Man wirbt um Verständnis für die schwierige Lage der Schweiz während des Krieges und betont den Willen zur Humanität und Hilfsbereitschaft: „In Interniertenfragen kennt die Schweiz weder Freund noch Feind, sondern nur Menschen, die Anspruch auf unser Gastrecht haben und die wir deshalb aufnehmen. Diese Gäste müssen aber auf die bestehenden Schwierigkeiten Rücksicht nehmen“.⁷⁵⁵

Die Publikation der Ergebnisse der Untersuchungskommission und die beginnende Rückreise von Internierten in den Monaten nach Kriegsende ist dann für alle Zeitungen noch einmal Anlass, rückblickend die Vorfälle mit den russischen Internierten zu beurteilen und ein Resümee über die ganze Internierungsfrage zu ziehen. Die Arbeit der Untersuchungskommission und vor allem der schweizerischen Beteiligten wird gelobt. Selbst die *Tagwacht* konstatiert: „Es ist alles getan worden, um Fehler gutzumachen. Mehr kann man von uns nicht verlangen“.⁷⁵⁶ Innenpolitisch ist die Angelegenheit für die *Tagwacht* jedoch noch nicht bereinigt. Ihr zufolge sind die „Mottapolitik“ und die „reaktionäre Presse“ schuld an der „feindseligen Stimmung“ gegenüber russischen Internierten in der Schweiz.⁷⁵⁷ Das *Vaterland* hofft, dass jetzt mit der baldigen Rückkehr die Probleme endlich vom Tisch seien: „Die Schweiz hat den berechtigten Wunsch, auch nicht einen einzigen Internierten auch nur einen Tag länger zu behalten, als unbedingt notwendig ist. Die Totalliquidation der Interniertenlager wäre deshalb vom schweizerischen Standpunkt aus wünschenswert. Hoffen wir, dass möglichst bald dieser Wunsch in Erfüllung geht“.⁷⁵⁸

⁷⁵¹ Z.B. Tages-Anzeiger, 30.6.46 und 4.7.46, „Das Strandgut des Krieges. Ein Gang durch vier Flüchtlingslager“.

⁷⁵² Tages-Anzeiger, 10.7.45: „Undankbare Gäste“.

⁷⁵³ Tages-Anzeiger, 21.6.45: „Die Moskauer Angriffe auf die Schweiz. Bundesrat Petitpierre antwortet im Nationalrat“.

⁷⁵⁴ Vgl. z.B. NZZ, 11.7.45: „Als Dolmetsch in russischen Interniertenlagern“. Tages-Anzeiger, 30.6.45: „Das Strandgut des Krieges. Ein Gang durch vier Flüchtlingslager“, Teil 1.

⁷⁵⁵ NZZ, 28.7.45: „Die schweizerisch-russischen Besprechungen in Bern“. Dies ist nur ein Beispiel dafür, dass man sich gegen Undankbarkeit der Internierten genauso verwahrte wie gegenüber pauschaler Kritik am Internierungswesen. Vgl. dazu auch z.B. die Zurückweisung der Kritik an der Internierung durch italienische Internierte in Tages-Anzeiger, 10.7.45: „Undankbare Gäste“.

⁷⁵⁶ Tagwacht, 1.10.45: „Schweiz-Russland: Das Schlussprotokoll betr. die russischen Internierten“.

⁷⁵⁷ Tagwacht, 1.10.45: „Schweiz-Russland: Das Schlussprotokoll betr. die russischen Internierten“.

⁷⁵⁸ Vaterland, 27.11.45: „Der Abbau der Internierten“.

Mit der Skandalisierung der Misswirtschaft im EKIH und den Korruptionsvorwürfen im Dezember 1945 gerät die „Interniertenfrage“ noch einmal in den Blickpunkt der medialen Öffentlichkeit, da vor allem die *Tagwacht* und der *Tages-Anzeiger* die neuen Vorwürfe in einen Zusammenhang mit den oben beschriebenen Missständen im Internierungswesen stellen.⁷⁵⁹ Die *Tagwacht* radikalisiert ihre Kritik am Internierungswesen im Vergleich mit ihrer Berichterstattung über die Untersuchungskommission, erklärt den Bundesrat, die militärische Führung und die Zensur zu Mittätern der Lagerleiter und verlangt eine neuerliche Untersuchung vor allem der Misshandlungen russischer Internierter im Lager Wauwilermoos. Durch die Vorfälle sieht das sozialdemokratische Organ die „humanitäre Mission“ der Schweiz gefährdet.⁷⁶⁰ Noch einmal rollen die Zeitungen ihre bereits Mitte 1945 detailliert erläuterten Standpunkte wieder auf (vgl. Kap. 5.7). Auch in der Berichterstattung über den Internierungsskandal ist das Bemühen aller Beteiligten deutlich, die aussenpolitische Isolierung der Schweiz nicht noch zu verstärken und besonders die „Schwierigkeiten, die die Wiederaufnahme normaler Beziehungen mit Russland erschweren könnten, zu beseitigen“.⁷⁶¹

7.3 Kinderhilfe

Die humanitäre Hilfstätigkeit an kriegsgeschädigten Kindern Europas ist eines der zentralen, quantitativ gar das bedeutsamste Thema in der leitmedialen Flüchtlingsberichterstattung. Bezüglich der von allen politischen Implikationen befreit scheinenden, kurzfristigen Aufnahme kriegsgeschädigter Kinder lässt sich in der öffentlichen Diskussion ein beinahe vollständiger Konsens beobachten. In der medialen⁷⁶² Auseinandersetzung mit diesen Kindern wird ein Selbstbild ausgeprägt, das weit über das Kriegsende hinaus wirkmächtig bleibt. Die dankbar leuchtenden Kinderaugen werden zum Spiegel, in dem sich die Schweiz mit ihrer humanitären Tradition reflektiert.⁷⁶³

Die Dialektik von Selbst- und Fremdbildern und ihre Auswirkungen auf das Selbstverständnis und die Asylpolitik der Schweiz werden im zweiten Teil dieses Kapitels analysiert. Der erste Teil dient der Darstellung des Berichterstattungsverlaufs und der Beschreibung seiner Höhepunkte.

7.3.1 Dynamik der Berichterstattung

Kinder sind von Mitte 1938 bis Anfang 1946 – also fast während der gesamten Untersuchungsperiode – ein zentrales Thema der Berichterstattung. In rund einem Viertel aller er-

⁷⁵⁹ Dies sei ein „Skandal, der den übrigen Skandalen im Kommissariat für Internierung und Hospitalisierung gleichzustellen ist“. *Tagwacht*, 20.2.46: „Der Skandal von Wauwil“.

⁷⁶⁰ *Tagwacht*, 21.2.46: „Und das Rechtsbüro im Kommissariat für Internierung und Hospitalisierung“.

⁷⁶¹ Bundesrat Kobelt, zit. nach NZZ, 13.12.45: „Nationalrat. Die Vorgänge beim Interniertenwesen“. Vgl. hierzu auch Kap. 4.7.

⁷⁶² Eine weitere Form der Verbreitung dieses Themas stellen Spiel- und Dokumentarfilme dar, deren berühmtester der Anfang 1944 uraufgeführte Film „Marie-Louise“ ist.

⁷⁶³ Zum Thema der Flüchtlingskinder vgl. UEK, *Die Schweiz und die Flüchtlinge*, S. 254-260 und Picard, *Die Schweiz und die Juden*, S. 428-455.

fassten Beiträge zu Flüchtlingen werden sie prominent dargestellt. Innerhalb dieser breiten Thematisierung lassen sich jedoch sowohl über die Zeit wie im Vergleich der Zeitungen deutlich unterschiedliche Gewichtungen feststellen. Hinsichtlich des Verlaufs der Berichterstattungsintensität zeigen sich zwei klare Höhepunkte in der ersten Hälfte 1942 und der zweiten Hälfte 1944. Im Vergleich der Zeitungen fällt auf, dass insgesamt – ganz im Gegensatz zur übrigen Berichterstattung über Flüchtlinge – die *Neue Zürcher Zeitung* und das *Vaterland* dem Thema Kinder überdurchschnittlich und die *Tagwacht* unterdurchschnittlich viel Platz einräumen.⁷⁶⁴ Beides soll nachfolgend detaillierter beschrieben werden.

Erstmals zum Thema werden Kinder bereits in der ersten Jahreshälfte 1938, als die *Tagwacht* in vereinzelt redaktionellen Beiträgen und Agenturmeldungen die Erholungsaufenthalte von spanischen Kindern, die aus Flüchtlingslagern in Frankreich kommen, beschreibt.⁷⁶⁵ Eine knappe Mitteilung der Fremdenpolizei, wonach jüdische Emigrantenkinder ausschliesslich unter der Voraussetzung ihrer gesicherten Weiterreise vorübergehend aufgenommen werden, wird von den Zeitungen nur als Agenturmeldung veröffentlicht und nicht weiter kommentiert.⁷⁶⁶ Im Februar und März 1939 intensiviert sich die Berichterstattung erstmals. Im Zentrum stehen die Ankunft und – nach einer Intervention Francos bei Bundesrat Motta – die frühzeitige Abreise spanischer Flüchtlingskinder. Auch hier ist es wieder die *Tagwacht*, welche das Thema breiter aufgreift und die „francohörige“ Aussenpolitik Mottas kritisiert,⁷⁶⁷ während die anderen Deutschschweizer Zeitungen nur die behördliche Mitteilung drucken. Mit der Berichterstattung über die Rückreise („repatriement“) spanischer Flüchtlingskinder taucht das Thema auch in der Presse der Romandie erstmals in nennenswerter Form auf.⁷⁶⁸ Danach flaut die Berichterstattung über die Kinderhilfe in der Schweiz ab. Während die *Tagwacht* noch vereinzelt über Emigrantenkinder berichtet, finden sich Kinder in den bürgerlichen Zeitungen der Deutschschweiz wie der Romandie nur noch im Kontext der Hilfe an die Kriegsoffer in Finnland und Polen. Dies ändert sich, als der Krieg an die Schweizer Grenze rückt. Ab Mitte Juni 1940 sind Kinder in allen Zeitungen ein fester Bestandteil der Berichterstattung über die flüchtende französische Grenzbevölkerung.⁷⁶⁹ Vergleichsweise häufig finden sich hierbei auch Spendenaufrufe. Ende 1940 drucken alle Zeitungen die ersten Danksagungen Frankreichs an die Schweiz, die in der Folge ein wichtiger Bestandteil der Berichterstattung über Kinder werden. 1941 folgen neben vereinzelt Berichten über die Ankunft und Abreise fran-

⁷⁶⁴ Von insgesamt 1390 Artikeln in den Leitmedien der Deutschschweiz mit einer Gesamtlänge von 5500 Spaltenzentimeter entfallen auf die NZZ 31%, das Vaterland 30%, die Tagwacht 23% und den Tages-Anzeiger 16%.

⁷⁶⁵ Tagwacht, 25.1.38: „Hilfsaktion für spanische Kinder“.

⁷⁶⁶ NZZ, 20.11.38: „Schweizer Hilfe für jüdische Emigrantenkinder“; Tages-Anzeiger, 21.11.38: „Hilfswerk für die Emigrantenkinder. Die eidgenössische Polizeiabteilung teilt mit“.

⁷⁶⁷ Tagwacht, 25.2.39: „Jetzt befiehlt Franco - und Motta gehorcht - Die Spanienkinder müssen zurück“ und 8.3.39: „Gegen den Rücktransport der Spanienkinder“.

⁷⁶⁸ z.B. Liberté, 25.2.39: „Les enfants espagnols“ und 11.3.39: „A propos des enfants espagnols“.

⁷⁶⁹ z.B. Tagwacht, 17.6.40: „Der Krieg an der Grenze“; NZZ, 17.6.40: „Französische Flüchtlinge im Berner Jura“; Vaterland, 20.6.40: „An der französischen Grenze“; NZZ, 26.6.40: „Hilfe für Flüchtlingskinder“; Vaterland, 26.6.40: „Freiplätze für Flüchtlingskinder“; Tagwacht, 12.8.40: „Schicksal eines Flüchtlingskindes“; Liberté, 16.8.40: „L'aide aux enfants victimes de la guerre“; Vaterland, 19.8.40: „Französische Kinder“.

zösischer und belgischer Kinder, die als „Ferienkinder“⁷⁷⁰ oder „kleine fremde Gäste“⁷⁷¹ betitelt werden, auch erste Artikel, in denen die Kinderhilfe grundsätzlich reflektiert und als Ausdruck einer die schweizerische Neutralität komplementierenden Humanität interpretiert wird.⁷⁷²

Die bis anhin zwar kontinuierlich, aber auf niedrigem Niveau verlaufende Berichterstattung über Flüchtlingskinder nimmt nach der Gründung der Kinderhilfe des Schweizerischen Roten Kreuzes⁷⁷³ schlagartig an Umfang zu und dominiert in der ersten Hälfte 1942 die gesamte Flüchtlingsberichterstattung.⁷⁷⁴ Die im Januar 1942 anlaufende Aktion zur Aufnahme von Kindern für einen dreimonatigen Aufenthalt in der Schweiz erfährt in allen Zeitungen eine hohe Aufmerksamkeit. Nun erscheinen in rascher Folge Meldungen über die Ankunft und Unterbringung französischer respektive belgischer Kinder sowie Spendenaufrufe und Berichte über erfolgreiche Sammel- und Hilfsaktionen. Unter den Deutschschweizer Zeitungen ist die *Neue Zürcher Zeitung* in dieser Phase federführend. In mehreren programmatischen Artikeln situiert sie die Kinderhilfe in der humanitären Tradition der Schweiz und schreibt ihr eine europäische Sendung zu.⁷⁷⁵ Vor dem Hintergrund dieses übergreifenden Selbstverständnisses⁷⁷⁶ veröffentlichen alle Zeitungen nicht nur eindringliche Appelle an die Spendenfreudigkeit der Bevölkerung, sondern fordern – in Ergänzung zur „spontanen Opferbereitschaft des einigen Schweizervolkes“ – von den Behörden auch ein „rasches, unbürokratisches Handeln“.⁷⁷⁷ Die von den Zeitungen immer wieder beschworene Hilfsbereitschaft scheint so gross zu sein, dass einzelne Artikel sogar zur Geduld mahnen müssen.⁷⁷⁸ In dieser allgemeinen Euphorie findet ein kurzer Artikel aus dem „Israelitischen Wochenblatt“, der den Ausschluss jüdischer Kinder von der Kinderhilfsaktion vermeldet, da ihre Rückreise nicht garantiert scheint, nur gerade in der *Tagwacht* und mit einiger Verzögerung im *Tages-Anzeiger* Resonanz.⁷⁷⁹ Für eine Kontroverse in den Medien der Deutschschweiz sorgt hingegen die von Gottlieb Duttweiler geplante Aktion zur vorübergehenden Aufnahme von 200'000 Kindern. Während die Aktion der *Neuen Zürcher Zeitung* durchaus prüfenswert erscheint, wird sie von den

⁷⁷⁰ Vaterland, 20.6.41: „300 belgische Ferienkinder eingetroffen“; NZZ, 16.10.41: „Ankunft belgischer Ferienkinder“.

⁷⁷¹ NZZ, 13.7.41: „Kleine fremde Gäste“.

⁷⁷² Tages-Anzeiger, 3.5.41: „Die humane Schweiz“.

⁷⁷³ NZZ, 27.12.41: „Schweizerisches Rotes Kreuz. Kinderhilfe“; Tages-Anzeiger, 29.12.41: „Zu gemeinsamer Arbeit zusammengefunden“. Zur Geschichte der Kinderhilfe des Schweizerischen Roten Kreuzes vgl. UEK, Die Schweiz und die Flüchtlinge, S. 256ff.

⁷⁷⁴ Diese Phase dauert vom 4. Januar bis zum 13. August. Sie beinhaltet 174 Artikel à insgesamt 3327 Spaltenzentimeter. Davon sind rund 75% redaktionelle Eigenleistung der Zeitungen und 25% Agenturen. Den grössten Anteil von 31% an der gesamten Artikelmenge bestreitet die NZZ. Das Vaterland und die Tagwacht kommen auf je 29% und der Tages-Anzeiger auf 11%.

⁷⁷⁵ NZZ, 4.1.42: „Die Schweiz, das Asyl der Kinder Europas. Vor einer grossen Aktion“; NZZ, 6.2.42: „Wir wollen helfen“; NZZ, 14.3.42: „Der Kanton Zürich sammelt für die kriegsgeschädigten Kinder“.

⁷⁷⁶ vgl. Vaterland, 14.3.42: „Helfen - eine eidgenössische Mission - Die Schweizerische Kinderhilfe“; Liberté, 6.2.42; Liberté, 27.2.42; GdP 23.1.42: „La missione umanitaria della Svizzera“.

⁷⁷⁷ NZZ, 6.2.42: „Wir wollen helfen“.

⁷⁷⁸ Am 14.3.42 mahnt beispielsweise das Vaterland das Schweizervolk mit dem Hinweis auf die Transportschwierigkeiten, die Ernährungslage und die aussenpolitischen diplomatischen Verhandlungen, die ein voreiliges Handeln verunmöglichten, zur mehr Geduld.

⁷⁷⁹ Tagwacht, 21.2.42: „Die armen Juden. Keine jüdischen Kinder bei der Kinderaktion“ und Tages-Anzeiger, 14.4.42: „Unsere Kinderhilfsaktion“.

anderen Zeitungen der Deutschschweiz als „Phantasieprojekt“ und partikuläre, „politisch motivierte Propagandaaktion“ abgelehnt.⁷⁸⁰ Die Schärfe der Kritik erklärt sich aus der Wahrnehmung der Kinderhilfe als apolitisches Werk des geeinten Schweizervolkes, das ganz im Sinn der Geistigen Landesverteidigung stehe: „Die Schweizerische Kinderhilfsaktion muss ein Werk der Liebestätigkeit des ganzen Volkes sein und darf nicht zum Renommierobjekt einer Gruppe herabgedrückt werden“ fordert exemplarisch das *Vaterland*.⁷⁸¹ Ein weiteres Mal wird die humanitäre Aktion der Schweiz anlässlich der Behandlung der „Motion Reinhard“ in der Sommersession des Nationalrates breit thematisiert.⁷⁸² In der zweiten Hälfte des Jahres 1942 verliert die Berichterstattung über die Kinderhilfe an Intensität. In der nun dominierenden Diskussion um die Flüchtlingspolitik⁷⁸³ entfaltet der Widerspruch zwischen der Grenzschiessung und dem vorangehenden Feiern der humanitären Schweiz im Kontext der Kinderhilfe seine politische Kraft (vgl. Kap. 7.1).

1943 bleibt die Berichterstattung auf tieferem Niveau konstant.⁷⁸⁴ Die Berichterstattungsanlässe sind jenen der Jahre 1941 und 1942 vergleichbar, wenngleich nun – da die Einreise weiterer Kinder stockt – verstärkt über deren Abreise berichtet wird. Mit der sich 1943 abzeichnenden Erwartung des Kriegsendes und im Kontext der Nachkriegsdiskussion, erhält die Berichterstattung über die Kinderhilfe einen neuen Aspekt. Die Kinderhilfe wird zu einem Mittel, mit dem die Schweiz ihren Platz als vom Krieg verschonte Nation im Nachkriegseuropa legitimiert. Schon die Patenschaftsaktion im April soll mit der eigentlichen Hilfe an den Kindern auch eine völkerverbindende Mission erfüllen und zum Aufbau eines Nachkriegseuropas beitragen.⁷⁸⁵ Noch deutlicher formuliert diesen Gedanken ein Artikel, der Ende Jahr im *Vaterland* erscheint: „Auch nach dem Kriege werden unsere Taten bei den Völkern in Erinnerung bleiben, und wir werden die Früchte ernten, wenn man den Schweizer ehrt und schätzt.“⁷⁸⁶

Bereits in der ersten Hälfte des Jahres 1944 intensiviert sich die Berichterstattung über Kinder in der Deutschschweiz nochmals deutlich. Diese neue Verdichtungsphase kann als eigentlicher Unterstützungsdiskurs bezeichnet werden. Breit informieren die Deutschschweizer Zeitungen über die Tätigkeit der Kinderhilfe und verbinden dies mit häufigen Spendenaufrufen.⁷⁸⁷ Die Berichterstattung mündet in eine eigentliche Kampagne für die Kinderhilfe und dauert vom Februar bis Mitte August. In die Hilfsappelle für die Kinderhilfe mischt sich auch die Warnung, dass die Schweiz nach dem Krieg nach ihrer Spendefreu-

⁷⁸⁰ NZZ, 28.2.42: „Das schweizerische Kinderhilfswerk“; Vaterland, 6.3.42: „Duttweiler und die Hilfe für fremde Kinder“; Tages-Anzeiger, 7.3.42: „Das Kinderhilfswerk“; Tagwacht, 21.5.42: „Der Wohltäter“.

⁷⁸¹ Vaterland, 14.3.42: „Helfen - eine eidgenössische Mission - Die Schweizerische Kinderhilfe“; vgl. auch Tagwacht, 21.5.42: „Der Wohltäter“.

⁷⁸² Die Motion Reinhard fordert eine umfassendere Kinderhilfsaktion.

⁷⁸³ Vgl. Kap. 4.3.

⁷⁸⁴ Der Rückgang der Berichterstattung ist wesentlich auch auf einen Rückgang der aufgenommenen Kinder zurückzuführen, nachdem die Aufnahme französischer und belgischer Kinder zwischen November 1942 und Dezember 1944 unterbrochen worden war.

⁷⁸⁵ Tages-Anzeiger, 16.4.43: „Götti oder Gotte gesucht“; NZZ, 18.4.43: „Patenschaften – das Gebot der Stunde“; NZZ, 23.4.43: „Das Bureau der Patenschaften“.

⁷⁸⁶ Vaterland, 5.12.42: „Das Rote Kreuz sammelt den Wochenbatzen“.

⁷⁸⁷ Exemplarisch hierfür ist die breite Thematisierung der sog. „Beckeli-Aktion“. Vgl. NZZ, 14.2.44: „Die „Beckeli“-Aktion der Kinderhilfe des Schweizerischen Roten Kreuzes“; Vaterland, 16.2.44: „Die Kinderhilfe des Schweizerischen Roten Kreuzes braucht Geld. Die Beckeli-Aktion soll es beschaffen“ und Tages-Anzeiger, 14.2.44: „Die helfende Schweiz. Die Kinderhilfe braucht dringend vermehrte Mittel“.

digkeit bemessen werde und nicht bloss nach ihrer „humanitären Gesinnung“.⁷⁸⁸ Umso erfreuter berichten die Blätter über die „von innen her befeuerte Spendefreudigkeit“ der schweizerischen Bevölkerung, die der „Beckeli-Aktion“⁷⁸⁹ Erfolg beschert habe. Auch hier werden die Kommentare durch eine auf die Nachkriegssituation gerichtete Perspektive dominiert.

Eine zweite Verdichtung erfährt die Berichterstattung im August und September, als Kinder im Kontext der Grenzflüchtlinge aus Frankreich und Italien thematisiert werden. Nun beteiligen sich auch die Zeitungen der Romandie an einer intensiven Berichterstattung. Einzige Ausnahme in diesem breiten Medienecho ist in dieser Phase die *Tagwacht*, die sich mit der Wiedergabe von Agenturmeldungen begnügt. In grossen Reportagen über die Ankunft und die Unterbringung in Auffanglager wird dem Elend der Kinder aus Kampfgebieten eine hilfsbereite Schweiz gegenübergestellt.⁷⁹⁰ Zwar zweifeln vereinzelte Stimmen angesichts des unorganisierten Zustroms von Flüchtlingskindern an der Aufnahmekapazität der Schweiz⁷⁹¹ und warnen vor der Gefahr der „Einschleppung von Krankheiten“ und „Ungeziefer“,⁷⁹² doch grundsätzlich bleibt das medial vermittelte Bild einer fast grenzenlosen Hilfsbereitschaft gegenüber den Kindern intakt. Die „erhebende Hilfsbereitschaft“ des schweizerischen Volkes bestätigt sich denn auch mit der wieder breiter thematisierten Bereitstellung von 23'500 Freiplätzen für Flüchtlingskinder durch schweizerische Familien.⁷⁹³

Anfang 1945 konzentriert sich die Berichterstattung nochmals auf die Kinder aus den elsässischen Kriegsgebieten und Unterstützungsaktionen im Ausland. Danach flaut sie in allen Landesteilen stark ab. Nur in der Deutschschweiz nimmt die Intensität der Berichterstattung Mitte Oktober nochmals leicht zu, als die bürgerlichen Zeitungen die Hilfstätigkeit für Deutschland und die Ankunft der ersten österreichischen Kinder thematisieren.⁷⁹⁴ Ab

⁷⁸⁸ NZZ, 2.3.44: „Aufruf des Schweizerischen Roten Kreuzes, Kinderhilfe. Die Kinder leiden immer mehr!“ Derselbe Artikel findet sich einen Tag später auch im Vaterland.

⁷⁸⁹ Die als „Beckeli-Aktion“ bezeichnete grosse Strassensammlung der Kinderhilfe des Schweizerischen Roten Kreuzes am 4. und 5. März 1944 erhielt ihren Namen nach den hierfür verwendeten kleinen Schüsseln aus Keramik, die in einer Stückzahl von mehreren hunderttausend neu an Stelle der Abzeichen zur Unterstützung der Spendenfreudigkeit eingesetzt wurden. Entsprechend mit Spenden gefüllt, konnten diese Beckeli später an Sammelstellen zurückgegeben werden. Der Sammelaktion war ein aussergewöhnlicher Erfolg beschieden, der sich wohl auch dem hohen Symbolgehalt des „Beckelis“ verdankte. So beschreibt zum Beispiel die NZZ die Aktion folgendermassen: „der Schweizer füllt das Milchbeckeli für jene hungernden Kinder Europas, deren Not mit jedem Tag grösser wird.“ (NZZ, 13.1.44: „Die 'Beckeli-Aktion' der Kinderhilfe“).

⁷⁹⁰ NZZ, 23.9.44: „Ankunft eines weiteren französischen Kindertransportes“; Tages-Anzeiger, 23.9.44: „Weitere Franzosenkinder eingetroffen“; Vaterland, 30.9.44: „Freie Plätze für Franzosenkinder“.

⁷⁹¹ Tages-Anzeiger, 30.9.44: „Franzosenkinder kommen. Ein erster Transport ist gestern nacht eingetroffen“.

⁷⁹² NZZ, 26.9.44: „Belfort schickt seine Kinder ins Nachbarhaus“ und Tages-Anzeiger, 23.10.44: „Wie wir uns schützen. Die sanitärischen Vorkehrungen bei Grenzübertreten“.

⁷⁹³ NZZ, 9.10.44: „Kinder- und Flüchtlingstransporte aus Frankreich“ und „Flüchtlingskinder in der Schweiz“; Tagwacht, 9.10.44: „Flüchtlingskinder“; Tages-Anzeiger, 9.10.44: „23'500 Kinder-Freiplätze angemeldet“ und „Flüchtlingskinder. Beobachtungen und Gedanken von Zürcher Schulkindern“; Vaterland, 9.10.44: „Die französischen Kinder“.

⁷⁹⁴ Trotz einiger Bedenken gegen die Hilfe an Kinder aus dem ehemaligen Grossdeutschen Reich, die im Kontext der virulenten Säuberungsdebatte zu sehen sind, halten die Zeitungen am Grundsatz einer unpolitischen Kinderhilfe fest. Vgl. NZZ, 25.10.45: „Die ersten Kinder aus Österreich kommen in die Schweiz“; Vaterland, 27.10.45: „Katholische Deutschlandhilfe“; NZZ, 29.10.45: „Die Hilfe der Schweiz.“

Frühling 1946 sind die Kinder jedoch auch in der Deutschschweiz kaum noch ein Thema der öffentlichen politischen Kommunikation.

Die eben skizzierte quantitative aber auch die qualitative Bedeutung von Kindern in der Berichterstattung über Flüchtlinge ist erklärungsbedürftig. Die nachfolgende Analyse betrachtet dazu in einem ersten Schritt die mediale Darstellung und Attributierung der Kinder, beschreibt in einem zweiten Schritt die geschilderten Beziehungen zwischen ihnen und der Bevölkerung respektive den Institutionen der Schweiz und analysiert das sich in diesen Schilderungen manifestierende Selbstbild. Zentral ist in diesem Zusammenhang die Vorstellung von einer humanitären Schweiz, der eine europäische Aufgabe zugeschrieben wird. Abschliessend soll drittens geklärt werden, wie weit die Berichterstattung über die Kinderhilfe die Wahrnehmung und Diskussion der Asylpolitik mitbestimmt.

7.3.2 Das Bild der Kinder

In allen untersuchten Zeitungen und über den gesamten Zeitraum werden die Flüchtlings- und Ferienkinder nach einem klaren, nur in Nuancen variierenden Muster dargestellt. Eine markante Differenz zeigt sich hingegen je nachdem, ob die Kinder im Kontext ihrer Ankunft oder ihrer Abreise thematisiert werden. Ankommende Kinder werden als bleich, ausgezehrt, häufig auch scheu und durch den Krieg gezeichnet dargestellt.⁷⁹⁵ Exemplarisch hierfür ist ein Leitartikel im *Journal de Genève* vom 21. März 1942: „Ces convois de petits enfants affamés qui se succèdent, semaine après semaine, évoquent devant nos yeux plein de larmes l'image de la détresse universelle. [...] victimes de quatre ans, de six ans, de dix ans, habitués au fracas des bombes, à la vue des cadavres, des incendies, aux pleurs de leur mère, et si frêles, si minables, quelques-uns de ces petits, blessés, infirmes déjà, d'autres souffrant d'une commotion nerveuse – se remettent-ils jamais? – tous frustrés des joies de l'enfance.“ Ganz anders sind die Schilderungen anlässlich der Abreise nach einem in der Regel dreimonatigen Aufenthalt. Abfahrende Kinder werden zumeist als wohlgenährt, gutgekleidet und häufig auch als braungebrannt beschrieben. Sie sind, wie die immer wieder auftauchenden Anekdoten über Verwechslungen illustrieren, von den schweizerischen Kindern kaum noch zu unterscheiden. Insbesondere die Deutschschweizer Zeitungen vermehren gerne, wie rasch die Kinder den örtlichen Dialekt erlernt hätten. Den Segnungen der Schweiz begegnen diese Kinder nach den übereinstimmenden Berichten der Zeitungen voller Dankbarkeit und Vertrauen. „Je me sens comme dans un rêve, oh la Suisse, c'est un paradis“ zitiert beispielsweise die *Neue Zürcher Zeitung* ein kleines französisches Mädchen, das zum ersten Mal eine Badewanne benutzt hat.⁷⁹⁶

Hilfe für österreichische Kinder“. Tages-Anzeiger, 18.1.46: „Gefährliches Mitleid?“; Vaterland, 30.3.46: „Schweizer Spende - Hilfsaktionen für Österreich“.

⁷⁹⁵ Vgl. NZZ, 6.2.42: „Wir wollen helfen“: „Erschüttert stehen wir vor diesen Kindern, die einen welken Körper und grosse Elendsaugen haben, die vor jedem Geräusch zittern und eine instinktive Abwehrhaltung gegen den Himmel machen.“

⁷⁹⁶ NZZ, 15.2.42: „Wie die Schweiz hilft“.

Auf einer abstrakteren, von den dominierenden Ankunfts- und Abfahrtsszenen abgehobenen Ebene werden die Kinder als „unschuldigste Opfer des Krieges“ perzipiert, die am meisten unter den Kriegsfolgen zu leiden hätten und daher besonders der Hilfe bedürften. Sie stehen nach dem Verständnis der Zeitungen jenseits aller politischen, religiösen oder rassischen Differenzsetzungen.⁷⁹⁷ Dass die Aufnahmepraxis der Schweiz sehr wohl nach rassischen Kriterien diskriminiert wird, wird zwar 1938 und 1942 je kurz vermeldet,⁷⁹⁸ bleibt aber vor dem Hintergrund eines entpolitisierten Diskurses über die Kinderhilfe ohne Resonanz. In den Kindern tritt der Schweiz das Kriegselend als Schicksal und Los entgegen und verlangt nach entsprechenden Reaktionen.⁷⁹⁹

7.3.3 Das Selbstverständnis der Schweiz

Die Schilderungen der Beziehungen zwischen der schweizerischen Bevölkerung und den Flüchtlingskindern werden durch das Bild einer fast uneingeschränkten Hilfsbereitschaft dominiert. Exemplarisch zeigt sich dies auf einer „Page des ‘Jeunes conservateurs’“, die sich ansonsten Flüchtlingen und Ausländern nicht immer geneigt zeigt: „C’est l’honneur de la Suisse d’héberger des enfants étrangers que la guerre affame dans leur pays et, dussions-nous priver, nous devons les accueillir et les nourrir le mieux possible pour restaurer leurs forces.“⁸⁰⁰ Diese Hilfsbereitschaft wird durch die vielfältigen Berichte über Sammelaktionen unterschiedlichster Gruppen und über die grosse Zahl der aufnahmewilligen Schweizer Familien, welche die Zahl der benötigten Plätze regelmässig übersteigt, illustriert. Dass die Spendenfreudigkeit nicht unbeschränkt ist, kommt nur in wenigen Artikeln zum Ausdruck.⁸⁰¹ Die Hilfe ist für alle untersuchten Zeitungen Sache des ganzen Volkes. Besonders häufig werden helfende Frauen geschildert, aber auch die Hilfe von (Schweizer) Kindern an (aufgenommenen) Kindern ist ein beliebtes Muster. Doch wie auf der Ebene der Flüchtlingskinder alle Schilderungen von Einzelschicksalen schliesslich ins Bild des „europäischen Kindes“ münden, so sind auch alle Darstellungen helfender Schweizerinnen und Schweizer letztlich nur Illustration der Hilfe des „ganzen Volkes“, das sich jenseits aller Milieus in dieser Hilfe einig weiss.⁸⁰² Entsprechend scharf reagieren die

⁷⁹⁷ Da diese Position von grosser Selbstverständlichkeit zu sein scheint, wird sie nur selten explizit gemacht. Am deutlichsten findet sie sich im Kontext der Hilfe an österreichische und deutsche Kinder nach dem Krieg.

⁷⁹⁸ NZZ, 20.11.38: „Schweizer Hilfe für jüdische Emigrantenkinder“; Tages-Anzeiger, 21.11.38: „Hilfswerk für die Emigrantenkinder (Die eidgenössische Polizeiabteilung teilt mit)“; Tagwacht, 21.2.42: „Die armen Juden. Keine jüdischen Kinder bei der Kinderaktion“; Tages-Anzeiger, 14.4.42: „Unsere Kinderhilfsaktion“.

⁷⁹⁹ Vgl. NZZ, 15.2.42: „Das europäische Kriegskind“. Die NZZ spricht vom „Unerklärlichen“ und „Grauen-vollen“ des Krieges, das diese Kinder erlebt hätten und leitet daraus direkt die Hilfe der Schweiz ab.

⁸⁰⁰ Liberté, 11.12.42: „Le billet du Jeune Conservateur. Sottise et égoïsme“.

⁸⁰¹ Tages-Anzeiger, 14.2.44: „Die helfende Schweiz. Die Kinderhilfe braucht dringend vermehrte Mittel“. Der Artikel erklärt den beträchtlichen Rückgang der Spenden im Jahr 1943 damit, dass „mit dem Wegbleiben der Kinder auch das Augenscheinliche fehlte, der direkte Einblick in den tragischen Umfang des Elends und in die Notwendigkeit der Hilfe“. Vgl. auch Tages-Anzeiger, 3.3.44 „Die Kinderhilfe des Schweizerischen Roten Kreuzes. Ein Hilfe-Appell zur ‘Beckeli-Aktion’“.

⁸⁰² Vgl. Vaterland, 14.3.42: „Helfen - eine eidgenössische Mission - Die Schweizerische Kinderhilfs-Aktion“; Tagwacht, 21.5.42: „Der Wohltäter“; NZZ, 6.11.44: „Kleine Gedanken zu einem grossen Werk“.

Zeitungen, wenn – wie im Fall Duttweilers – der Verdacht auf Partikularinteressen in der Kinderhilfe auftaucht.

Erklärt wird diese Hilfsbereitschaft durch die humanitäre Tradition der Schweiz und ihre „aktive Neutralität“, zu der „die ertümliche Hilfsbereitschaft unseres Volkes“ ihren Beitrag leiste.⁸⁰³ Während die Deutungsmuster Humanität und Neutralität über den ganzen Zeitraum konstant Verwendung finden, ändert sich ein weiteres Erklärungsmuster für die Motivation der Kinderhilfe mit Beginn der Nachkriegsdiskussion zwischen 1942 und 1943. In den beiden Jahren zuvor wird die Hilfe der Schweiz an den Kindern angesichts einer deutlichen Bedrohungsperzeption durch die Verschonung der Schweiz vom Krieg motiviert. „Man braucht nicht erst in unserem Volke herumzuhorchen, um zu wissen, wie allgemein das tiefe Bedürfnis empfunden wird, sich eines gütigen Geschicks, das uns bis jetzt vom Krieg verschonte, durch ein weit ausgreifendes Hilfswerk würdig zu erweisen“, schreibt exemplarisch die *Neue Zürcher Zeitung*.⁸⁰⁴ Ende des Jahres 1942 taucht erstmals eine neue Argumentation auf.⁸⁰⁵ Im Kontext der Nachkriegsdiskussion, in der zu Kriegsende auch die Stellung der Schweiz im Nachkriegseuropa zum Problem wird, argumentieren die Zeitungen nun verstärkt damit, dass die Kinderhilfe auch eine Chance für die Schweiz darstelle, ihre Position im Nachkriegseuropa zu legitimieren. Aktualisiert wird diese Argumentation anhand der Patenschaften sowie anhand der Schweizer spende. Für die *Neue Zürcher Zeitung* gilt die mit Geldern der Schweizer spende geleistete Kinderhilfe als Mittel, mit dem die Schweiz ihre „völkerverbindende Aufgabe wieder übernehmen lernt“ und ihren Platz im Nachkriegseuropa sichert.⁸⁰⁶ Noch deutlicher wird dieser Gedanke in einer Rede Rodolfo Olgia⁸⁰⁷ formuliert, die in mehreren Zeitungen gedruckt respektive paraphrasiert wird: „Der gewaltige Unterschied zwischen der Lage in der verschonten Schweiz und derjenigen des darniederliegenden Auslandes wird zu fast unerträglichen seelischen und wirtschaftlichen Spannungen führen. Ihre Auflösung kann nur in einer grosszügigen Hilfsaktion gesucht werden. Die Schweizer spende soll diese einmalige und einzigartige Kundgebung unserer Verbundenheit mit den andern Völkern Europas sein.“⁸⁰⁸

7.3.4 Kinderhilfe und Asylpolitik

Die sich in der Berichterstattung über die Kinderhilfe durchziehende Betonung der humanitären Tradition der Schweiz und ihrer Neutralität, die gegen Ende des Krieges um das Attribut Solidarität noch erweitert wird, sowie die Instrumentalisierung der Kinderhilfe im Zuge der Positionierung der Schweiz in Europa bilden die Schnittstellen, an denen die

⁸⁰³ NZZ, 6.2.42: „Wir wollen helfen“. Vgl. auch Liberté, 12.3.42: „Au secours des enfants des pays en guerre“.

⁸⁰⁴ Ebenda.

⁸⁰⁵ Vgl. den oben zitierten Artikel im Vaterland vom 5. Dezember 1942.

⁸⁰⁶ NZZ, 17.12.44: „Die Schweizer spende an die Kriegsgeschädigten“.

⁸⁰⁷ Rodolfo Olgia war Zentralsekretär der Kinderhilfe des Schweizerischen Roten Kreuzes und Leiter der Zentralstelle der „Schweizer-Spende“.

⁸⁰⁸ NZZ, 21.12.44: „Die Schweizer spende“. Vgl. auch Vaterland, 22.12.44: „Die Schweizer spende“ und zum Kontext: Tages-Anzeiger, 23.12.44: „Was wird aus der Neutralität der Schweiz?“.

Berichterstattung über die Kinderhilfe mit der asylpolitischen Diskussion konfundiert. Betrachten wir die Dynamik dieser beiden Berichterstattungsstränge, so fällt auf, dass die beiden grossen Flüchtlingsdebatten in der Schweiz in der Mitte des Krieges und im Übergang zur Nachkriegsdebatte von einem ausgedehnten Humanitätsdiskurs, der zentral auf Kinder bezogen ist, gerahmt werden. Die grosse flüchtlingspolitische Debatte im Herbst 1942 schliesst direkt an eine intensive Thematisierung der humanitären Tradition der Schweiz und ihrer aus der Verschonung vom Krieg erwachsenden Verpflichtung an, wie sie im Rahmen der Berichterstattung über die Kinderhilfe erfolgte. Zwar finden sich nur vereinzelte, zumeist in der *Tagwacht* erscheinende Artikel, die einen expliziten Bezug zwischen der aktuellen Flüchtlingspolitik und dem in der Berichterstattung über die Kinderhilfe beschworenen humanitären Selbstverständnis herstellen, indem sie auf die inhärente Widersprüchlichkeit hinweisen.⁸⁰⁹ Dennoch scheint es plausibel, die anfängliche Irritation der veröffentlichten Meinung angesichts der Rückweisung von Flüchtlingen wesentlich auf die Dominanz des in der Berichterstattung über die Kinderhilfe aktualisierten Deutungsmusters einer humanitären Schweiz zurückzuführen.

Die Berufung auf die humanitäre Tradition der Schweiz ist jedoch äusserst ambivalent. Denn mit ihr lassen sich sowohl eine grosszügigere Aufnahmepolitik fordern wie auch die bestehenden Restriktionen legitimieren. Die Aufnahme von Kindern wird so zur Kompensation für die Aufnahme von Flüchtlingen. Diese Ambivalenz wird besonders in folgendem Beitrag deutlich, der unter Hinweis auf die 1940 abgewiesenen Kriegsflüchtlinge 1942 eine grosszügige Aufnahme von Kindern fordert:

„Vor zwei Jahren wurden unsere Herzen erschüttert, ging ein Schluchzen durch unser Volk. An den Grenzen standen, stauten sich die Flüchtlinge, welche Einlass begehrten um der Menschenliebe willen. Schweizer Soldaten standen überall in den Grenzorten und mussten sie zurückweisen, die nicht selten auf Knien vor ihnen lagen und um Aufnahme bettelten. Wir alle liessen uns erzählen, wie erschütternd jenes Geschehen war, und das vereinte Weinen der Flüchtlinge und der Zurückweiser aus Zwang drang von den Grenzen hinein in unser Land und ergriff das ganze Volk. Grenzenloses Erbarmen erfasste uns, der heisse Wunsch, helfen zu dürfen um der Menschen willen. Er wurde uns nicht gewährt, und wir wollen es unseren Behörden glauben, dass sie den Erlass mit zuckendem Herzen gaben, unter dem Druck der Notwendigkeit. Heute schlägt wieder eine Welle an unser schützendes Gestade, eine kleine Welle des grossen Kinderelends in der Welt, deren letzte Ausläufer unsere Grenzen berühren. Unsere Lage hat sich seither verschlechtert. Wir können nicht mehr mit vollen Händen geben, wie es noch vor zwei Jahren der Fall war. Aber unser Helferwille und unsere lebendige Anteilnahme am Jammer der Welt, unser Erbarmen mit den Leiden, von denen die Völker, und unter ihnen viele Schuldlose, heimgesucht werden, darf nicht erlahmen.“⁸¹⁰

⁸⁰⁹ Z.B. *Tagwacht*, 21.8.42: „Menschlichkeit für Flüchtlinge“ vgl. auch der in Kap. 4.5 zitierte Artikel aus der *Tagwacht*, vom 14.10.44: „Am Rand“.

⁸¹⁰ *Tages-Anzeiger*, 6.6.42: „Serbenkinder in der Schweiz“; und *Tagwacht*, 3.6.42: „Nationalrat. Auf einem Transport von 600 Kindern 250 gestorben.“

Diese explizite argumentative Verknüpfung zwischen einer grosszügigen Aufnahme von Kindern und der restriktiven Abweisung anderer Flüchtlinge – insbesondere von Juden – bildet jedoch eine Ausnahme. So ist es plausibel anzunehmen, dass das in der Berichterstattung über die grosszügige Aufnahme von Kindern stets neu bestätigte Selbstbild schweizerischer Neutralität und Humanität dazu beigetragen hat, den Status quo der Flüchtlingspolitik zu legitimieren. Klar ist zumindest, dass dieser Diskurs aufgrund seines Umfangs wie aufgrund seiner Einmütigkeit die öffentliche politische Diskussion und damit die Selbstwahrnehmung der Schweizerinnen und Schweizer stark prägte und auch nach dem Krieg ungebrochen fortwirkte.

7.4 Jüdische Flüchtlinge

In diesem Kapitel wird etwas untersucht, das nur äusserst selten explizit aufzufinden ist: Hinweise in der öffentlichen politischen Kommunikation über die Einstellung und das Verhältnis der schweizerischen Bevölkerung gegenüber ihren jüdischen Mitbürgern und gegenüber den jüdischen Flüchtlingen. Aufgrund des Faktums, dass sich Herkunftskategorisierungen der Flüchtlinge nur selten finden oder aber sehr allgemein gehalten sind, lassen sich solche Hinweise somit fast nur aufgrund von Beobachtungen über das Nicht-Gesagte oder das Implizierte – im Sinne des Mitkonnotierten – machen.

Die Thematisierung der jüdischen Flüchtlinge bzw. ihre explizite Hervorhebung im schweizerischen Flüchtlingsdiskurs ist sowohl in der deutschen wie auch in der italienischen Presse verschwindend klein.⁸¹¹ Dieses Phänomen lässt sich weder schlüssig mit der These der Tabuisierung ihrer Existenz noch mit der Annahme ihrer Selbstevidenz begründen. In Bezug auf die Redaktionen der hier untersuchten Leitmedien ist es am plausibelsten von einer politischen Sensibilität auszugehen, die es nicht als opportun erscheinen liess, die jüdische Herkunft der Flüchtlinge zu benennen. Auf jeden Fall werden die jüdischen Flüchtlinge zumeist unter dem Begriff der „Emigranten“ subsumiert. Kleine Kommunikationsverdichtungen bezüglich „jüdischer“ Flüchtlinge bilden sich in der deutschen Schweiz mit der Berichterstattung über die „Flüchtlingswelle“ nach dem „Anschluss“ 1938 und über die im August 1942 angeordnete Zurückweisung von Zivilflüchtlingen, die einen Disput um die schweizerische Flüchtlingspolitik auslöst. Die Frage nach einem antisemitisch motivierten Verhalten gegenüber Flüchtlingen ist in den Leitmedien des Tessins und der Deutschschweiz erst im Herbst 1944 – anlässlich der Behandlung der Interpellationen Eugen Birchers (BGB) und Albert Maags (Demokraten) im Nationalrat – ein Thema.⁸¹² Objekt dieser Antisemitismus-Diskussion ist der Schweizerische

⁸¹¹ Das Schlagwort „Juden“ wurde sehr grosszügig vergeben, so auch bei einmaliger Nennung in einem Artikel. In den 10 Jahren der Untersuchungsperiode finden sich in der NZZ ganze 93 Artikel (2687 cm), im Tages-Anzeiger 71 Artikel (1817cm), in der Tagwacht 144 Artikel (3598 cm), im Vaterland 41 Artikel (731cm), im Giornale del Popolo 112 Art. (285cm) und im Corriere del Ticino 13 Artikel (335cm). Gut ein Drittel der Artikel sind Agenturmeldungen. Diese Grössenordnung gilt es sich im folgenden Kapitel immer vor Augen zu halten.

⁸¹² Zuvor schon findet allerdings ab Ende Juni in den Spalten des Vaterlandes auf der einen und der Tagwacht, des Volksrechts und des Israelitischen Wochenblattes auf der anderen Seite eine Auseinandersetzung um schweizerischen Antisemitismus statt. Diese Debatte wird durch eine

Vaterländische Verband. Der *Tages-Anzeiger* und das *Vaterland* beschränken sich darauf, den Vorwurf des Antisemitismus an den Schweizerischen Vaterländischen Verband als Zitat aus dem Votum von Nationalrat Maag darzustellen, in dem die „organisierte Kampagne des Schweizerischen Vaterländischen Verbandes“ als „antisemitische, unschweizerische Aktion“ scharf kritisiert wird.⁸¹³ Die Wertung, die Albert Maags Votum im *Vaterland* erhält, lässt allerdings darauf schliessen, dass das katholische Organ diesen Vorwurf nicht teilt.⁸¹⁴ Im Gegensatz hierzu findet sich der Antisemitismus-Vorwurf in der *Tagwacht* in fast allen Beiträgen, die sich mit dem Vaterländischen Verband beschäftigen.⁸¹⁵ Und auch die NZZ greift diesen Vorwurf auf und bedauert, dass der Vaterländische Verband sich „im Fahrwasser eines militanten Antisemitismus bewege.“⁸¹⁶ Diese explizite Benennung „jüdischer Flüchtlinge“ oder eines schweizerischen Antisemitismus im Zusammenhang mit jüdischen Flüchtlingen ist jedoch nicht nur eine Ausnahme, sondern sie findet auch auf einem quantitativ sehr niedrigen Niveau statt. Zudem orientiert sich gerade hier der leitmediale Diskurs an Diskussionen in Versammlungsöffentlichkeiten, vor allem aber im Parlament.⁸¹⁷

Demgegenüber steht die bedeutend ausführlichere Thematisierung jüdischer Belange im Zusammenhang mit Vorgängen im Ausland: Dabei handelt es sich um detaillierte Schilderungen über antisemitische Gesetzgebungen, Diskriminierungen, Ausgrenzungen, Verfolgungen und auch die Vernichtung der europäischen Juden in Deutschland, Italien und in allen von Deutschland besetzten Ländern. Die schon früher gemachte, generelle Beobachtung über die Trennung der Thematisierung von Fluchtgründen und der schweizerischen Asylpolitik lässt sich auch auf die Berichterstattung über die jüdischen Emigranten übertragen⁸¹⁸: In den Printmedien der Deutschschweiz und des Tessins werden die zwei thematischen Stränge über die Judenverfolgungen in Europa und die durch diese ausgelösten Fluchtbewegungen einerseits, sowie über die schweizerische Flüchtlingspolitik und im speziellen die Problematik der jüdischen Flüchtlinge andererseits, parallel geführt, ohne sie miteinander in Verbindung zu bringen. Diese Trennung wie auch das quantitative Verhältnis der beiden Diskurse hat weitreichende Konsequenzen:

1. Die Tendenz der Medien, den Zusammenhang zwischen der nationalsozialistischen und faschistischen Ausgrenzungs- bzw. Vernichtungspolitik und den Anforderungen an die schweizerische Flüchtlingspolitik zu ignorieren, führt zu einer Entmoralisierung des

Bemerkung des katholisch-konservativen Nationalrates und *Vaterland*-Chefredakteurs Karl Wick ausgelöst, der dem sozialdemokratischen Nationalrat Gittermann in der Debatte um das Parteienverbot und die Pressezensur mit dem Hinweis auf seine galizische Herkunft das Recht auf Kritik abspricht. In dieser für das katholische Milieu wie für die Konzeption eines „ehrbaren Antisemitismus“ sehr aufschlussreichen Debatte werden jedoch keinerlei Bezüge zur Flüchtlingsfrage hergestellt.

⁸¹³ *Tages-Anzeiger*, 22.9.44: „Zwei Internierten-Interpellationen. Eine stürmische Auseinandersetzung im Nationalrat“.

⁸¹⁴ *Vaterland*, 22.9.44: „Eine unwürdige Flüchtlingsdebatte“. „Ihm [Albert Maag] gibt der Zwischenfall im Lager von Sierre vom 11. März den Vorwand, um zu einem massiven Angriff auf den 'Vaterländischen Verband', dem Antisemitismus vorgeworfen wird, auszuholen, und zu einer Antwort an Bircher, die in ihrer Grobschlächtigkeit dem Nationalrat recht schlecht ansteht.“

⁸¹⁵ *Tagwacht*, 12.4.44: „Brutale Hetze der ‚Vaterländischen‘“; 12.7.44: „Emigrantenhetze“; 20.12.47: „Was ist der ‚vaterländische Verband‘?“

⁸¹⁶ NZZ, 26.9.44: „Die Flüchtlingsfrage im Zerrspiegel“. Vgl. auch Kap. 4.5.

⁸¹⁷ Vgl. dazu Kapitel 5.1.

⁸¹⁸ Vgl. Kapitel 5.1. und 5.3.

Diskurses und hat damit auch eine entlastende Funktion: Der Flüchtling, der an der Schweizer Grenze steht und keine Vorgeschichte hat, kann „unvoreingenommener“ betrachtet werden und einfacher aus Gründen der „Staatsraison“ zurückgewiesen werden, als derjenige, dessen Vorgeschichte allgemein bekannt und dessen Gründe zu fliehen allgemein gewürdigt werden. Der moralische Druck zur Aufnahme entfällt, wo die Ursachen für die Flucht nicht erwähnt werden. Dieser Entlastungsmechanismus erfährt seine Ergänzung in der politischen Sensibilität gegenüber Herkunftskategorisierungen, die dazu führt, jüdische Flüchtlinge im allgemeineren Begriff der „Emigranten“ zu integrieren und damit zum Verschwinden zu bringen. In den Momenten aber, in denen Juden, Emigranten und Judenverfolgungen miteinander in Verbindung gebracht werden, in den Momenten auch, in denen sich die Berichterstattung in Gestalt der Beschreibung von jüdischen Einzelschicksalen konkretisiert,⁸¹⁹ lädt sich der Diskurs sofort moralisch auf. Deutlichstes Beispiel dafür ist die Berichterstattung nach der Grenzschiessung für jüdische Flüchtlinge im August/September 1942. Wenn sich der mediale Protest auch schnell wieder legt, so sind sich insbesondere die deutschschweizerischen Leitmedien doch einig in ihrer Infragestellung der als unnötig kritisierten Härte der behördlichen Flüchtlingspolitik.⁸²⁰

Und trotzdem: Mit der Konferenz von Evian setzt sich in den Leitmedien ein Deutungsmuster durch, welches das „Problem der Auswanderung“ als ein zentrales Problem der Zeit anerkennt, und damit vor allem die „Auswanderung“ jüdischer Flüchtlinge impliziert.⁸²¹ Einzig das katholisch-konservative *Vaterland* nennt Evian explizit die „Konferenz zur Behebung des jüdischen Flüchtlingsselends“ und beklagt, dass man sich zu ausschliesslich mit jüdischen Flüchtlingen beschäftige: „Doch welches Stückwerk ist diese Konferenz ohnehin, die sich beinahe nur mit den jüdischen Emigranten befasst. Der Menschheit ganzer Jammer fasst uns an, wenn wir bedenken wie Katholiken und Protestanten, die einst wackere Staatsbürger und Kulturträger waren, mit Ausnahme weniger in der Verbannung so unter die Räder des Schicksals gerieten, dass sie elendiglich verderben.“⁸²² Grundsätzlich stimmen die Leitmedien darin überein, dass das generelle und weltweite „jüdische Flüchtlingsselend“ behoben werden muss, und dass es nur internationale Lösun-

⁸¹⁹ Vor allem die Tagwacht bringt immer wieder konkrete Beispiele von Flüchtlingsschicksalen generell und jüdischen Schicksalen im Besonderen, und wirkt damit auch einer Tendenz zur Anonymisierung und Abstrahierung entgegen. Im Laufe der Schilderung solcher Einzelfälle kommt dann auch oft Kritik an der schweizerischen Asylpolitik auf, die regelmässig als zu hart und unmenschlich empfunden wird. Sobald der Flüchtling ein Gesicht und eine Geschichte bekommt, kann die „Staatsraison“ das Mitleid nicht mehr verdrängen. Beispiele: Tagwacht, 30.8.38: „Schwarze Blätter der Schweizer-Geschichte“; 25.11.38: „Grenzbevölkerung rettet ein Judenpaar“; oder im Frühling 1939 die Artikelserie über „Das Mädchen von Bludenz“).

⁸²⁰ Interessant ist auch, dass im Gefolge dieser Debatte der einzige Artikel erscheint, der einen Antisemitismus in der schweizerischen Bevölkerung postuliert: „Es verdient festgestellt zu werden, dass sich in der Westschweiz mehr und mehr eine grosse Verhärtung gegenüber den aus Frankreich hereindringenden Flüchtlingen und im Zusammenhang damit ein eigentlicher Judenhasse zeigt.“ Die Grenze sei für erwachsene Männer schon wieder geschlossen. Die Rechte fordere diese geschlossenen Grenzen und stärke damit Bern den Rücken. Das sei sture Besitzangst, wie ihn die Oberschichten in Frankreich auch hätten. Tagwacht, 12.11.42: „Judenhasse“.

⁸²¹ Hauptsächlich werden Lösungen für deutsche und österreichische Flüchtlinge diskutiert. Diesen Flüchtlingskategorien wird dann in einigen wenigen Fällen noch das Adjektiv „jüdisch“ gegeben. Die NZZ konstatiert am Ende der Konferenz sogar, die „Juden“ dürften mit Evian wohl zufrieden sein, da man eine Politik der Infiltration nach Palästina unterstütze. NZZ, 16.7.38: „Das Ergebnis von Evian“.

⁸²² *Vaterland*, 9.7.38: „Die Woche/Zur Flüchtlingskonferenz in Evian“.

gen dafür geben könne: Rothmunds Rede in Evian, in der er die Notwendigkeit internationaler Lösungsansätze betont, wird ausführlich zitiert. Diesem Deutungsmuster, welches dem Problem der jüdischen Flüchtlinge grosse Dringlichkeit und weltweite Dimensionen beimisst, kommt in der Diskussion auch eine Entlastungsfunktion zu: je umfassender das Problem ist und je klarer, dass nur die internationale Gemeinschaft und vor allen Dingen die Grossmächte relevante Handlungsoptionen haben, umso beschränkter erscheint die Handlungsfähigkeit der Schweiz. So betont die *Neue Zürcher Zeitung* im Herbst 1938 die Notwendigkeit der Grenzsperr, „besonders da von deutscher Seite dieser Abschub eines ganzen Bevölkerungsteiles systematisch gefördert worden wäre“. Kritik gegenüber der rigiden Abhaltepolitik weist das liberale Organ mit dem Argument zurück, dass man damit der nationalsozialistischen Politik in die Hände spiele. „Da auch andere Länder gezwungen waren, ihre Grenzen gegen den Emigrantenstrom zu schliessen, dürfen die internationalen Instanzen erwarten, dass die Schweiz auf ihrem Abschnitt Ordnung hält und die geregelte Verteilung der Flüchtlinge über die noch aufnahmefähigen Länder nicht durch fortwährende Aufnahme weiterer Flüchtlinge erschwert.“ Die schweizerische Massnahme sei nichts weniger als erfreulich, aber die nüchterne Einschätzung aller Tatsachen fordere sie.⁸²³

2. Der quantitative Unterschied in der Berichterstattung über die Situation der Juden im Ausland zur Thematisierung der jüdischen Flüchtlinge in der Schweiz⁸²⁴, weist auf ein konsensuelles Deutungsmuster hin, welches die „Judenfrage“ vor allem im Ausland verortet und für die Schweiz als nicht relevant erklärt. „Es gibt in der Schweiz keine Judenfrage“, stellt die *Tagwacht* im Februar 1939 fest.⁸²⁵ Dass dem so sei, wird zahlenmässig belegt: es ist der tiefe Anteil der jüdischen Bevölkerung an der schweizerischen Gesamtbevölkerung, welcher die Nichtexistenz des Problems definiert.⁸²⁶ Ein solches Erklärungsmuster, welches die Existenz einer „Judenfrage“ von der Präsenz jüdischer Menschen im Lande abhängig macht, hat konsequenterweise Auswirkungen auf die schweizerische Flüchtlingspolitik: von den untersuchten Zeitungen thematisiert insbesondere das *Journal de Genève* die Gefahr eines aufkommenden Antisemitismus durch die Aufnahme jüdischer Flüchtlinge⁸²⁷, wohingegen die *Tagwacht* sich vehement und im ironischen Duktus

⁸²³ NZZ, 8.9.38: „Die jüdischen Emigranten in der Schweiz“.

⁸²⁴ Das Verhältnis der Artikel, die die Situation der jüdischen Bevölkerung im Ausland zu denjenigen, die die Situation der Juden und Jüdinnen im Inland thematisieren, beträgt in cm ungefähr 2:1, gemessen an der Anzahl Artikel ungefähr 3:1.

⁸²⁵ Tagwacht, 10.2.39: „Eidgenössischer Antisemitismus?“.

⁸²⁶ Tagwacht, 10.2.39: „Eidgenössischer Antisemitismus?“: „Abschliessend kommt er auf die Feststellung, dass mit 8000 männlichen und 2500 weiblichen Erwerbstätigen auf fast zwei Millionen in der Schweiz die Juden einen verschwindenden Bruchteil ausmachen und auf keinen Fall von einer „Verjudung“ der schweizerischen Wirtschaft gesprochen werden könne.“ Vaterland, 29.11.38: „Konfession und Beruf“. Vgl. auch den Tages-Anzeiger vom 16.9.43: „Die Schweizer Juden waren in unserem politischen Leben vorbildlich zurückhaltend. 1920 zählten wir 20900 niedergelassene Juden in der Schweiz, ein halbes Prozent der Bevölkerung. Seither ist die Zahl wesentlich gesunken. 1930 waren es nur noch 17900. Manche haben Angst vor den Juden. Doch es ist ein Armutszeugnis, wenn man dieser winzig kleinen Minderheit die Kraft zutrauen wollte, bei uns eine fremde Gesinnung pflanzen zu können.“

⁸²⁷ Vgl. aber auch z.B. Tages-Anzeiger, 7.12.42: „Weder die Ernährungslage noch die Bekleidungsfrage spielen bei der - gemessen an der Gesamteinwohnerzahl unseres Landes - geringen Zahl von Flüchtlingen eine wesentliche Rolle, jedoch lauern hinter der Flüchtlingsfrage politische Gefahren. Die Möglichkeit der Ausreise dieser oft nicht leicht Assimilierbaren schwindet. Es wächst das Gespenst der Entstehung einer Judenfrage. Immerhin kommen bei 18000 ansässigen Juden und 12000 jüdischen

von diesem Deutungsmuster distanziert: „Damit das Schweizer Volk nicht antisemitisch wird durch den Anblick der rund Tausend Unglücklichen, die neulich, noch vor Torschluss zu uns hereingefunden haben, muss man die jüdischen Flüchtlinge halt auch bei uns in Konzentrationslager einsperren. - Mit dieser offiziösen Begründung, die vor kurzem überall in den Zeitungen zu lesen war, rechtfertigen unsere Behörden eine Form der Menschenbewahrung, die das neudeutsche Ursprungszeugnis auf der Stirn trägt.“⁸²⁸ Im Gegensatz zu den andern Leitmedien, für die das Thema Antisemitismus kaum je zur Debatte steht, stellt das sozialdemokratische Blatt schon früh fest, es werde in der Flüchtlingspolitik mit zweierlei Mass gemessen und diagnostiziert immer wieder einen behördlichen Antisemitismus in der Schweiz⁸²⁹.

Trotz dieser Position der sozialdemokratischen *Tagwacht* findet in der öffentlichen politischen Kommunikation erst im Jahre 1944 eine Antisemitismus-Debatte statt. Zwei Interpellationen der Nationalräte Bircher (BGB) und Maag (Dem.) zum Interniertenwesen in der Schweiz lösen eine Kontroverse über den Antisemitismus des national-konservativen Schweizerischen Vaterländischen Verbandes (SSV) aus. Die Voten im Nationalrat werden ausführlich wiedergegeben, die Positionsbezüge der Zeitungen sind dagegen recht schwach. Der Antisemitismus des SVV wird zwar verurteilt⁸³⁰, problematischer als der Inhalt scheint den Medien jedoch die Art und Weise der Auseinandersetzung zu sein: Das *Vaterland* spricht von einer „unwürdigen Flüchtlingsdebatte“⁸³¹.

Diese Auseinandersetzung bleibt freilich, wie erwähnt, eine Ausnahme. Dies bestätigt sich auch nach dem Krieg. Von Anfang 1946 bis Ende 1947 – also auch während der vehementen Auseinandersetzung über die schweizerischen Fronten – erscheinen nur gerade

Emigranten in unserm Lande auf 1000 Einwohner nur etwa 7 Juden, so dass, wer starkes Vertrauen in unser Volk hat, keinen Grund hat, hier schwarz zu sehen. Das politische Problem der Judenfrage ist für uns ausschliesslich ein innenpolitisches[...].“

⁸²⁸ Tagwacht, 1.9.38: „Das schwarze Blatt der Schweizergeschichte. An der Schweizer Grenze.“ Gleichwohl anerkennt das sozialdemokratische Blatt die Existenz des Problems, indem es berichtet, es gäbe Juden in der Schweiz, die keine weiteren jüdischen Flüchtlinge aufnehmen wollten, „da sonst die Schweizer Juden eines Tages selber in Gefahr kommen würden.“ 28.7.38: „Hilfe für Flüchtlinge. Auch das wird zum Geschäft.“

⁸²⁹ Tagwacht, 14.3.39: „Widersprüche. Es wird halt mit zweierlei Mass gemessen...“ Jesuiten kämen doch überall unter, empört sich die Tagwacht: Hier werde nun genau geprüft, aber Juden würden einfach zurückgewiesen: „Wieviel weniger subtil sind doch die armen Juden, Arbeiter und sonstigen Emigranten behandelt worden, die vom faschistischen Terror von einer Stunde zur andern von Haus und Heim vertrieben wurden und - wie gehetzte Tiere in der Falle gegen die Drahtverhaue anspringen - verzweifelt vor unsern Grenzwällen zusammenbrachen.“ Ausserdem bildet die Tagwacht Anfang 1942 die Ausnahme im leitmedialen Diskurs, und macht die diskriminierende Behandlung jüdischer Kinder durch die Fremdenpolizei zum Thema.

Zum Antisemitismus der Schweizer Behörden vgl. z.B.: Tagwacht, 10.2.39: „Eidgenössischer Antisemitismus?“; 23.3.42: „Ist die eidgenössische Fremdenpolizei antisemitisch?“; 20.10.43: „Flüchtlinge in der Schweiz.“

⁸³⁰ Exemplarisch dafür die NZZ vom 26.9.44: „Die Flüchtlingsfrage im Zerrspiegel“: Die Zeitung bedauert, dass der SVV im „Fahrwasser eines militanten Antisemitismus“ sei. „Das Flüchtlingsproblem ist vom Vaterländischen Verband insofern demagogisch behandelt worden, als man es gleichzeitig als ein schweizerisches Bevölkerungsproblem aufzog, so, als ob die Flüchtlinge und Emigranten dauernd unserem Volkskörper einverleibt werden müssten. Dass der Flüchtling für uns bloss ein transitorisches Problem darstellt, wurde mit Absicht übergangen“.

⁸³¹ Vaterland, 22.9.44: „Eine unwürdige Flüchtlingsdebatte“.

drei Artikel, die den Antisemitismus in Zusammenhang mit der schweizerischen Flüchtlingspolitik im Krieg thematisieren.⁸³²

⁸³² Tages-Anzeiger, 9.2.46: „Wann gedenken sie wieder auszureisen“; Vaterland, 31.10.46: „Antisemitismus in der Schweiz?“; Tagwacht, 25.9.47: „Der unerwünschte Dr. Rothmund“.

8 Synthese

Abschliessend wollen wir die drei zu Beginn unserer Arbeit gestellten Leitfragen nochmals aufnehmen und die Ergebnisse entlang dieser drei Fragen synthetisieren. Entsprechend gliedern sich unsere Ausführungen in ein Kapitel zur Bedeutung und zum Verlauf der Flüchtlingsberichterstattung (Kap. 8.1), zu den Eigen- und Fremdbildern (Kap. 8.2) und zu den Auswirkungen, die die öffentliche politische Kommunikation auf die Ausgestaltung der Flüchtlingspolitik und –praxis zeitigt (Kap. 8.3).

8.1 Bedeutung und Verlauf der Flüchtlingsberichterstattung

Die Frage nach der Bedeutung der Flüchtlingsthematik in der öffentlichen politischen Kommunikation der Kriegs- und Nachkriegszeit lässt sich auf der Basis der Relevanzstrukturanalyse der massenmedial vermittelten Öffentlichkeit eindeutig beantworten. Gemessen an den zentralen Kommunikationsereignissen in den untersuchten Leitmedien der Deutschschweiz, die sich in der Phase zwischen 1938 und 1947 einerseits auf sozial- und binnenwirtschaftspolitische Themen, auf die Bundesratsbeteiligung der SPS sowie auf Fragen der Landesverteidigung bzw. der Landesversorgung und andererseits auf die internationalen Spannungen kurz vor Kriegsbeginn, den Ausbruch des Krieges im Westen, die Kriegswende und die Offensiven der Roten Armee sowie nach Kriegsende die Spaltung der Welt in zwei antagonistische Blöcke konzentrieren (Kap. 3.2 und 3.3), bleibt die Berichterstattung zur Flüchtlingspolitik marginal (Kap. 3.4). Die Flüchtlingsfrage gehört nicht zu den zentralen Themen der öffentlichen politischen Diskussion. Diese Aussage gilt sowohl für die nationale Arena wie für die einzelnen Sprachregionen und politischen Milieus.

Diesen Befund gilt es jedoch phasenspezifisch zu differenzieren, indem wir die Flüchtlingsberichterstattung in ihrem gesamten Verlauf analysieren. Hierbei unterscheiden wir die reflexiven und diskursiven Formen der Berichterstattung von einer stark ereignisorientierten, deskriptiven Information. Während sich letzteres vorwiegend aus Agenturmeldungen zusammensetzt, bildet ersteres Bestandteil der redaktionellen - und damit immer auch politischen – Auseinandersetzung eines oder mehrerer Organe mit der schweizerischen Flüchtlingspolitik. Als reflexiv werden hier jene Auseinandersetzungen bezeichnet, die nur in einer Zeitung beobachtbar sind. Als diskursiv gelten demgegenüber diejenigen Auseinandersetzungen, an denen sich mehrere Medien beteiligen und dabei die Rolle von Akteuren in einer politischen Debatte einnehmen.

Durch eine ereignisorientierte, deskriptive Berichterstattung zeichnen sich in der Regel die Schilderungen der Internierung französischer und polnischer Soldaten 1940/41, des „Zustroms“ italienischer Flüchtlinge 1943 und der Situation an der Grenze kurz vor Kriegsende 1945 aus. Mit Ausnahme der Auseinandersetzung um die Frage der Asylunwürdigkeit weisen diese Phasen der Berichterstattung wenig reflexive oder gar diskursive Momente auf.

Eine sprachraum- und milieuübergreifende Thematisierung von Flüchtlingsfragen innerhalb der untersuchten Phasen verdichteter Berichterstattung findet sich hingegen in Ansätzen Ende 1938 und verstärkt im Herbst 1942 und 1944 sowie als Diskussion um die verschiedenen Facetten der Internierungsthematik nach dem Krieg. All diese Phasen sind gekennzeichnet durch das Auftreten antagonistischer Positionen, wobei die Medien teils selbst Partei ergreifen:

Im Herbst 1938 kommt es anlässlich der Konferenz von Evian und der verschärften Massnahmen an der Grenze zu einer ersten reflexiven Berichterstattung über die Grundlagen der schweizerischen Asylpolitik. Dabei herrscht bezüglich ihrer grundsätzlichen Legitimation auf der Basis der Transitland-Doktrin in allen untersuchten Medien Konsens. Vor dem Hintergrund dieser grundsätzlichen Übereinstimmung zeigt sich jedoch ein Dissens in der Frage der Asylpraxis. Ausgehend von der detaillierten Berichterstattung über Einzelschicksale tritt die *Tagwacht* für eine grosszügigere Aufnahmepraxis ein und wirft dem Bundesrat vor, sich in seiner harten Haltung durch Opportunismus gegenüber Deutschland leiten zu lassen (vgl. Kap. 5.1). Dissens zeigt sich auch in der Frage, ob einzelne Flüchtlingskategorien durch die bundesrätliche Politik bevorzugt würden. Auch hier ist es die *Tagwacht*, die eine klare Bevorzugung katholischer Flüchtlinge zu erkennen glaubt, was vom *Vaterland* vehement zurückgewiesen wird.

Eine weitere, jedoch viel weniger umfangreiche Phase diskursiver Auseinandersetzung findet sich Anfang 1941 anlässlich der Weitergabe des Kriegsmaterials französischer Internierter an Deutschland. Diese Entscheidung des Bundesrates deuten die *Tagwacht* und die *Sentinelle* erneut als Zeichen der opportunistischen Haltung gegenüber Deutschland und des „illegitimen Autoritätskurses“ seitens Pilet-Golaz'. Eine scharfe Antikritik erfährt diese Kritik im *Journal de Genève*, doch bleibt sie auf wenige Beiträge beschränkt (vgl. Kap. 5.2).

Im Kontext der in der ersten Hälfte 1942 dominierenden Berichterstattung über die Kinderhilfe (vgl. Kap. 7.3) reflektieren alle Zeitungen das Ideal der humanitären Schweiz und sehen es durchgängig in diesem Hilfswerk verwirklicht. Dieser breite Konsens über das humanitäre Selbstverständnis bereitet das Feld für die grosse Auseinandersetzung über die Flüchtlingspolitik im Herbst 1942. Als Meldungen über die Rückweisung von Flüchtlingen publik werden, deuten die Zeitungen der Deutschschweiz sowie die *Sentinelle* und die *Liberté* dies als Widerspruch zur eben beschworenen humanitären Tradition der Schweiz. Sie konstatieren eine Situation, in der sich die Bevölkerung und die Medien selbst als Hüter der humanitären Tradition einer der Staatsraison verpflichteten Regierung und einer als zu engstirnig gerügten Verwaltung gegenüber sehen. Auffallend ist, dass sich die *Tagwacht* in dieser Debatte in unüblicher Weise aller klassenantagonistischen Deutungen und jeglicher Kritik am Bundesrat enthält und wie die bürgerlichen Zeitungen vor allem eine engherzige, formaljuristisch argumentierende Verwaltung für die Rückweisungen verantwortlich macht. Im Gegensatz zu allen anderen untersuchten Zeitungen negiert das *Journal de Genève* einen Widerspruch zwischen humanitärer Tradition und Staatsraison von anbeginn der Diskussion. Das Genfer Blatt reagiert auf die breite öffentliche Diskussion auch nur, indem sie diese als übertriebenen Sentimentalismus zurückweist (vgl. Kap. 5.3).

Nach der Flüchtlingsdebatte 1942 wird die Berichterstattung erst im Herbst 1943 mit der Frage der „Asylunwürdigkeit“ wieder in Ansätzen reflexiv und diskursiv. Anlass hierfür ist die Warnung des amerikanischen Aussenministers an die Neutralen, Exponenten des faschistischen Italiens Asyl zu gewähren. Insbesondere die untersuchten bürgerlichen Zeitungen der Romandie weisen die alliierte Warnung als Eingriff in die Souveränität der Schweiz empört zurück. Die *Tagwacht* brandmarkt diese Empörung der bürgerlichen Presse als heuchlerisch angesichts der schweizerischen Asylpraxis. Doch ihre Kritik findet keine Resonanz in der leitmedialen Arena (vgl. Kap. 5.5). Auch 1944 bleibt die Frage der *Asylunwürdigkeit* ein immer wieder auftauchendes Thema. Die Diskussion ist gekennzeichnet durch einen grundsätzlichen Konsens bezüglich der Asylpolitik und durch eine vor allem von der *Tagwacht* an Einzelfällen, wie etwa die Aufnahme Graf Volpis, vorgebrachten Kritik an der Asylpraxis.

Wesentlich auf die Deutschschweizer Medien beschränkt, wird 1944 auch das Verhältnis zwischen Schweizern und Flüchtlingen zum kontroversen Thema. Es konkretisiert sich an der Frage der Arbeitsleistung der Internierten, an Zwischenfällen mit Schweizern und an sexuellen Kontakten mit Schweizerinnen (vgl. Kap. 5.5). In einer polarisierten Konstellation stehen sich vor allem der Schweizerische Vaterländische Verband und sein wichtigster Exponent, Nationalrat Eugen Bircher, auf der einen Seite und die politische Linke respektive Organisationen und Exponenten der Flüchtlingshilfe (Pfarrer Vogt) und der Kirchen gegenüber. In dieser Konstellation ergreifen nur die *Tagwacht* und die *Sentinelles* eindeutig Partei. Die anderen Zeitungen deuten diese Auseinandersetzung als Ausdruck der sich verschärfenden innenpolitischen Spannungen, positionieren sich selbst in der Mitte zwischen den beiden „Extremen, und sehen sich so im Einklang mit der bundesrätlichen Position.

Im Kontext der Berichterstattung über die Situation an der Grenze gegen Ende des Krieges wird die Frage der Asylunwürdigkeit nochmals aufgegriffen. Vor dem Hintergrund der durch die *Tagwacht* lancierten „Säuberungsdebatte“, die sich zuerst gegen die deutsche Kolonie in der Schweiz und dann gegen die schweizerische „Fünfte Kolonne“ richtet, berichten der *Tages-Anzeiger* und die *Tagwacht* zunehmend kritisch über die Aufnahmepraxis der Behörden und schreiben gegen die Aufnahme von „Unerwünschten“ an (vgl. Kap. 5.6).

1945 und 1946 stehen sich in der Frage der „Misshandlung der Internierten“ wie der Korruptionsfälle im Interniertenwesen („Internierungsskandal“) wie schon 1938 und 1944 erneut die politische Linke und das bürgerliche Lager gegenüber. Die *Tagwacht* deutet den „Internierungsskandal“ als „Staatskrise“, was von den bürgerlichen Zeitungen zurückgewiesen wird. Auch hier macht sich der *Tages-Anzeiger* die Kritik der *Tagwacht* zu einem guten Teil zu eigen und erklärt sowohl den „Korruptionsskandal“ als auch die „Misshandlung der Internierten“ aus dem Gegensatz zwischen „humanitärem Volk“ und Bürokratie. Allerdings vermeidet das Forumsblatt im Gegensatz zur *Tagwacht* eine fundamentale Infragestellung der politischen Führung (vgl. Kap. 5.7).

Das Auftreten dieser diskursiven Phasen in der Berichterstattung über die Flüchtlingspolitik muss aus dem Weltbild der Organe und aus dem Kontext der öffentlichen politischen Kommunikation erklärt werden. Die Auseinandersetzungen 1938 und 1940 zeigen in der

Konstellation der Akteure und der Form der Argumentationsmuster ein klares Links-Rechts-Schema, das sowohl die Kritik der *Tagwacht* an der Flüchtlingspolitik und einem opportunistischen Bundesrat wie auch die Antikritik insbesondere der katholischen Blätter an der *Tagwacht* bestimmt. Diese Konstellation wird nur in der Flüchtlingsdebatte 1942 vorübergehend neutralisiert. Die Diskussion über die Flüchtlingspolitik 1942 schliesst unmittelbar an eine intensive Berichterstattung zur Kinderhilfe an, in der das Deutungsmuster der humanitären Schweiz aktualisiert und verbreitet wurde. Die damit verbundene Sensibilisierung für die Widersprüche zwischen dem Selbstverständnis der Schweiz respektive ihrer politischen Legitimation einerseits und ihrer Asylpraxis andererseits trifft auf ein Klima, in dem die Position der Schweiz und ihre Zukunft zum Problem zu werden beginnen. Noch deutlicher zeigt sich der Einfluss des Kontextes in der Diskussion um die Asylunwürdigkeit und die Internierten 1944. Im Zuge der Aufbruchsstimmung der Linken und der durch sie lancierten Nachkriegsdiskussion im Krieg wird nicht nur die Zukunft der Schweiz zum Gegenstand kontroverser Diskussionen; über die mit der Identitätsdiskussion verbundene Problematisierung des Fremden erfahren auch die in der Schweiz anwesenden Flüchtlinge (respektive Internierten) eine verstärkte Aufmerksamkeit. Einzelne Akteure wie der Schweizerische Vaterländische Verband und dessen wichtigster Exponent Eugen Bircher konstruieren die in der Schweiz ansässigen Ausländer zu einem bedrohlichen Problem und profilieren sich dadurch auch in der öffentlichen politischen Diskussion gegenüber den als dominant wahrgenommenen linken Stimmen. Doch auch jene Stimmen, welche Partei für die Flüchtlinge nehmen, tun dies in wachsender Masse in Bezug auf die Diskussion um das schweizerische Selbstverständnis und verweisen auf die problematisch werdende Stellung der Schweiz in der Welt. Dies gilt insbesondere für die *Tagwacht* und die von ihr prominent thematisierten Beziehungen zwischen der Schweiz und der Sowjetunion. Die Frage der Stellung der Schweiz in der Welt bildet dann auch den zentralen Kontext für die Diskussion um den „Internierungsskandal“. Für alle Zeitungen ist er eine schwere Belastung für das Ansehen der Schweiz und der Schweizer Armee im Ausland. Die Internierten werden dabei als „Zeugen“ dieser Missstände wahrgenommen, die Einblick in „innere Angelegenheiten der Schweiz“ bekommen hätten (vgl. Kap. 7.2).

Der Einfluss der innenpolitischen Auseinandersetzungen um die Stellung der Schweiz in der Welt auf die Berichterstattungsintensität in der Flüchtlingsfrage vermag – zum Teil – auch die *zeitungs- respektive milieuspezifischen Unterschiede* zu erklären. Den grössten Anteil an der Berichterstattung hält die *Tagwacht* – und dies, obwohl sie beim quantitativ wichtigen Thema der Kinderhilfe untervertreten ist. Dies akzentuiert die Bedeutung des Organs der Sozialdemokratie sowohl in den oft klassenantagonistisch unterlegten Auseinandersetzungen um die Flüchtlingspolitik als auch in Bezug auf die Kontinuität der Berichterstattung.

Das *Vaterland* ist demgegenüber über den gesamten Zeitraum eher untervertreten. Ausnahmen bilden nur die Berichterstattung über die französischen und polnischen Internierten sowie über die Kinderhilfe. Insbesondere der erste Fall lässt sich über die milieuspezifische Aufmerksamkeit gegenüber katholischen Flüchtlingen und Internierten gut erklären. Weniger in quantitativer als in qualitativer Hinsicht nimmt das *Vaterland* zudem eine her-

ausragende Stellung in der Diskussion um die Behandlung der russischen Internierten ein. Bereits am neuen Deutungsmuster einer bipolaren Welt orientiert, vermag die Zeitung die russischen Vorwürfe wie auch die Tätigkeit der als „5. Kolonne“ bezeichneten PdA klar zu deuten (Vgl. Kap. 5.2).

Der *Tages-Anzeiger*, der während der ganzen Kriegszeit eine kaum durch Positionsbezüge gekennzeichnete und vor allem auf Agenturen abgestützte Berichterstattung pflegt, profiliert sich seit Beginn des Jahres 1945 mit einer der *Tagwacht* vergleichbaren, wenngleich auch weniger politisch aufgeladenen Kritik an den Behörden in der Frage der Aufnahme „asylunwürdiger“ Exponenten des faschistischen und nationalsozialistischen Regimes und der Frage der Behandlung von russischen Internierten. In diesen konfliktiven Feldern erreicht die Berichterstattung des *Tages-Anzeigers* den grössten Umfang aller untersuchten Zeitungen.

8.2 *Eigen- und Fremdbilder in der Flüchtlingsfrage*

Mit der eben ausgeführten Erklärung der Berichterstattungsdynamik aus dem Weltbild der parteiverbundenen Leitmedien sind wir bereits mitten in der Beantwortung der zweiten Fragestellung, die auf die in der öffentlichen politischen Kommunikation der Jahre 1938 bis 1947 aktualisierten Eigen- und Fremdbilder zielt.

Als dominant für das *Selbstverständnis der Schweiz* in der Flüchtlingsfrage erweist sich die in allen Zeitungen ungebrochen vorherrschende Vorstellung von der Schweiz als „Transitland“. Akzentuiert durch kulturell oder wirtschaftlich begründete Überfremdungsängste, bestimmt diese „Transitland-Doktrin“ weitgehend den politischen Handlungsspielraum in der Flüchtlingspolitik. Selbst vereinzelte kritische Stimmen zur Flüchtlingspolitik, die sich vor allem in den sozialdemokratischen Organen *Tagwacht* und *Sentinelle* finden, stellen die Transitland-Doktrin nicht in grundsätzlich in Frage.

Das der Transitland-Doktrin zugrunde liegende Selbstverständnis einer diffus bedrohten und sich daher nach aussen abschottenden Schweiz erfährt in der diskursiven Verarbeitung der hochgradig verunsichernden Kriegereignisse im Sommer 1940 (vgl. Kapitel 4) eine Bestätigung. In Reaktion auf diese Verunsicherung beschwören alle Leitmedien ab Herbst 1940 in einer Stimmung des „hochgemuten Pessimismus“ den Sonderfall Schweiz und seine traditionellen Werte Unabhängigkeit, Föderalismus, Neutralität und Demokratie. Allerdings zeigen sich im Vergleich der politischen Milieus und der Sprachregionen erhebliche Unterschiede in der Definition und Gewichtung dieser Grundwerte. Den Föderalismus betonen vor allem die Leitmedien des katholisch-konservativen Milieus und das *Journal de Genève*. Das Vollmachtenregime wird hingegen von allen untersuchten Medien unterstützt und gerechtfertigt, obwohl es einen erheblichen Einschnitt in die demokratischen Rechte darstellt. Allerdings verbinden die sozialdemokratischen Organe *Tagwacht* und *Sentinelle* mit der Akzeptanz des Vollmachtenregimes dezidiert wirtschafts- und sozialpolitische Forderungen. Besondere Affinitäten zum Vollmachtenregime finden sich bei den sich an ständestaatlichen Modellen orientierenden katholischen Organen. Eine deutliche Kritik am schweizerischen Parlamentarismus äussert hingegen nur das

Journal de Genève. Doch geht sowohl die Diskussion ständestaatlicher Vorstellungen wie die Kritik am Parlamentarismus stets mit der Beteuerung einher, dass es sich hierbei um genuin schweizerische Positionen handle. Die Betonung des Schweizerischen als Wert sui generis, der selbst Staatsmodelle zu legitimieren vermag, die sich kaum vom italienischen Faschismus unterscheiden, zeigt sich auch an den beiden zentralen Leitwerten der Schweiz, die in den Selbstverständigungsdiskursen – insbesondere 1940 – aktualisiert werden: der Unabhängigkeit und der Neutralität. Die Neutralität wird diskussionslos als zentraler Wert der Schweiz verstanden und ist von ausschlaggebender identitätsstiftender Bedeutung. In dieser Überhöhung und Mystifizierung gerät allerdings die Frage nach der Zweckmässigkeit und der konkreten Praxis der Neutralitätspolitik in den Hintergrund. Die Hinweise darauf, dass die Schweiz keine Position der moralischen Neutralität einnehme, bleiben formelhaft und sind mit Ausnahme der beiden sozialdemokratischen Organe und der *Neuen Zürcher Zeitung* selten zu finden. Auch die Unabhängigkeit ist ein durch die Diskussionen in der politischen Öffentlichkeit der Schweiz wenig gefüllter Begriff. Der Terminus fungiert vor allem als Korrelat zu dem selten auftauchenden – aber klar negativ konnotierten – Begriff der Anpassung. Dabei wird sowohl in der Deutschschweiz wie in der Romandie zwischen der als unabdingbar erachteten wirtschaftlichen Integration und der politischen Unabhängigkeit semantisch eine klare Trennlinie gezogen. Die bürgerlichen Leitmedien der Romandie gehen noch einen Schritt weiter und versuchen, die Diskussion über die als unabwendbar erachtete wirtschaftliche Integration in Europa deutlich von der erwünschten politischen und sozialen Erneuerung der Schweiz im Sinne einer ständestaatlichen Organisation abzukoppeln.

Auf der Grundlage derart definierter Leitwerte ist der Rekurs auf die Grundrechte moderner Demokratien und die Traditionslinie der liberalen Flüchtlingspolitik des jungen Bundesstaates kaum noch diskursiv anschliessbar. Deshalb rekurrieren die in der leitmedialen Arena Resonanz findenden Argumente in aller Regel auf ein letztlich diffuses Bild der humanitären Schweiz und gerade nicht auf – im Selbstverständnis moderner Demokratien verankerte – einklagbare Grundrechte (Kap. 4.3).

Das Selbstbild der Schweiz als Transitland einerseits und Hort einer diffusen humanitären Tradition andererseits beeinflusst auch die Auswahl und Darstellung der *Flüchtlingsgruppen* in der leitmedialen Berichterstattung. Mit den Flüchtlings- resp. Ferienkindern und den internierten Soldaten wird das medial vermittelte Bild der Flüchtlinge in der Schweiz durch jene Gruppen geprägt, deren Rückreise festgelegt oder zumindest erwartbar ist. Der Berichterstattung über die grosszügige Kinderhilfe kommt hierbei eine Schlüsselfunktion zu, denn in ihr wird der latente Widerspruch zwischen der humanitären Tradition der Schweiz und ihrer der Transitland-Doktrin verschriebenen Staatsraison aufgehoben. Die Berichterstattung über Flüchtlinge aus politischen, religiösen oder rassistischen Gründen ist hingegen von viel geringerem Umfang. Sie ist zudem auf jene Zeitungen beschränkt, die sich der jeweiligen Flüchtlingsgruppe durch eine gemeinsame Weltanschauung verbunden fühlen. Dass es sich bei den Flüchtlingen vor allem um jüdische Personen handelt, wird zwar in der Romandie, nicht aber in der Deutschschweiz explizit erwähnt. Ebenso selten kommt es – zumindest bis 1942 – zu einer diskursiven Verknüpfung zwischen der Berichterstattung über Flüchtlinge und der seit Beginn kontinuierlichen Berichterstattung

über ihre Verfolgung im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich. Damit werden Fluchtgründe weitgehend aus der Berichterstattung über Flüchtlinge ausgeklammert. Auch dies trägt dazu bei, dass die Flüchtlingsfrage in der Schweiz, mit Ausnahme der Debatte im Herbst 1942, in nur geringem Mass und weitgehend konsensuell diskutiert wird.

In der Form einer anonymen Masse werden Flüchtlinge 1938 und 1943 als Bedrohung für die Schweiz wahrgenommen und mit einer entsprechenden Semantik (Flut, Welle, Damm) beschrieben. Diese Metaphorik ist mit der Rechtfertigung restriktiver Massnahmen an den Grenzen verbunden. Als Einzelfälle werden Flüchtlinge hingegen in aller Regel positiv dargestellt. Negative Zuschreibungen wie Undankbarkeit oder ein kriminelles Verhalten finden sich bis 1943 selten. Generell stehen jene Verhaltensweisen von Flüchtlingen im Vordergrund, mit denen sie sich des zeitweisen Gastrechtes in der Schweiz als würdig erweisen. Hierzu gehört zumindest bis Kriegsbeginn auch die Bereitschaft, möglichst schnell in ein Aufnahmeland weiter zu reisen. Auf der semantischen Ebene schlägt sich dies in der Begriffsverschiebung vom Flüchtling über den Emigranten bis zum „Transmigranten“ nieder.

Die Fokussierung von Einzelfällen prägt auch das Flüchtlingsbild in der Diskussion um die Flüchtlingspolitik 1942. Explizit wird nun die Metapher der „Überschwemmung“ zurückgewiesen. In der Beschreibung der Einzelfälle und ihrer Fluchtgründe erfolgt jetzt auch in der Deutschschweiz eine explizite Benennung der Flüchtlinge als Juden. Negativ konnotiert ist diese Verknüpfung nur in vereinzelt Beiträgen des *Journal de Genève*. Für die Zeitungen der Deutschschweiz sowie für die *Sentinelles* und die *Liberté* manifestiert sich in der Aufnahme dieser Flüchtlinge die humanitäre Tradition der Schweiz. In der Regel wird die humanitäre Tradition der Schweiz jedoch anhand jener Flüchtlingskategorie illustriert, die zwischen 1942 und 1946 am häufigsten in der Berichterstattung über Flüchtlinge thematisiert wird: die *Kinder*. Sie werden als „unschuldigste Opfer“ des Krieges typisiert und damit als jene Flüchtlingskategorie, die am ehesten der Hilfe bedürftig ist. Die Hilfe für die Kinder wird in allen Zeitungen ganz im Sinne der Geistigen Landesverteidigung als Tat eines geeinten Volkes dargestellt, die jeglicher politischer Diskussion entzogen ist. Zugleich wird die Kinderhilfe sinnstiftend auf weitere Elemente schweizerischer Identitätsdiskussion bezogen. Die Bedrohungsperson bis 1942 schlägt sich nieder in der Wahrnehmung der Kinderhilfe als Werk der Dankbarkeit für die Verschonung vom Krieg; die mit der Nachkriegsdiskussion im Krieg ab 1942 einsetzende Problematisierung der Stellung der Schweiz in der Welt findet ihren Niederschlag im Bild der Kinderhilfe als schweizerischem Beitrag im Aufbauwerk eines neuen Europas (vgl. Kap. 7.3).

Während die Kinder über den gesamten Zeitraum gleichbleibend äusserst positiv konnotiert werden, ändert sich die Konnotation der *Internierten* als weitere grosse Flüchtlingskategorie im diachronen Vergleich markant. Sie sind daher ein guter Indikator, um die Veränderungen in der Eigen- und Fremdtypisierung innerhalb der Flüchtlingsberichterstattung aufzuzeigen. Bei ihrem ersten Auftreten 1940 werden die aus Frankreich und Polen stammenden Militärinternierten von allen Zeitungen sehr wohlwollend beschrieben. In den Berichten werden immer wieder die Hilfsbereitschaft der schweizerischen Bevölkerung und die Dankbarkeit der französischen und polnischen Internierten betont (vgl. Kap. 5.2). Deutlich zurückhaltender im Umfang wie im Inhalt ist die Berichterstattung über die

italienischen Internierten, die nach der Besetzung Italiens 1943 in die Schweiz kommen. Obwohl die Zahl der italienischen Flüchtlinge respektive Internierten unter jener der französischen und polnischen liegt, werden sie vor allem als „Invasion“ wahrgenommen. Die Berichterstattung rückt denn auch die Probleme der Unterbringung und der Beschäftigung in den Vordergrund. Generell kann spätestens ab 1943 eine Änderung in der Berichterstattung über Internierte wahrgenommen werden. Gleichzeitig mit der Ausweitung des Begriffs „Internierte“ auf zivile Flüchtlinge werden nun verstärkt Probleme im Umgang mit Internierten thematisiert. Dies hat mehrere Gründe: *Erstens* nimmt sich in der Deutschschweiz mit dem Schweizerischen Vaterländischen Verband ab Ende 1942 ein Akteur dieses Themas an, der ab Ende 1943 verstärkt mediale Resonanz erzielt, selbst wenn seine Positionen auch in den bürgerlichen Zeitungen mehrheitlich abgelehnt werden. Gerade die kritische Auseinandersetzung mit den durch den Schweizerischen Vaterländischen Verband lancierten Themen (Arbeitseinsatz, Bevorzugung, sexuelle Kontakte, Konflikte mit Einheimischen) verschafft ihnen neue Aufmerksamkeit und konturiert so auch das medial vermittelte Bild der Internierten. *Zweitens* wird mit der Nachkriegsdiskussion im Krieg die Stellung der Schweiz zunehmend problematisiert. Damit rückt auch der Herkunftskontext der Internierten verstärkt in den Brennpunkt des Interesses. Exemplarisch zeigt sich dies an der Diskussion im Zusammenhang mit der Asylunwürdigkeit zunächst italienischer, dann deutscher Flüchtlinge bzw. möglicher Funktionsträger des faschistischen und nationalsozialistischen Regimes und bei den russischen Internierten. Letztere erhalten im Zusammenhang mit der Problematisierung der aussenpolitischen Isolation der Schweiz zunehmende Relevanz. *Drittens* werden die Internierten im Kontext der sich – mit dem Ende der ersten Phase der Geistigen Landesverteidigung – 1942 verschärfenden politischen Gegensätze zum Gegenstand innenpolitischer Auseinandersetzungen (Interniertenskandal). Über die Frage des Umgangs mit den Internierten erfolgen also sowohl aussen- wie innenpolitische Positionsbezüge, und dies wirkt auf die Typisierungen der Internierten zurück.

In der öffentlichen politischen Kommunikation über das Fremde konturiert sich nicht nur das Bild der Schweiz sondern es zeichnet sich auch der Handlungsspielraum ab, den die Akteure (Behörden und Medien) abstecken, um die Flüchtlingspolitik zu begründen.

8.3 Öffentliche politische Kommunikation über die Flüchtlingspolitik – Positionen und Einflusspotentiale

Unsere dritte Fragestellung zielte einerseits auf ebendiesen in der öffentlichen politischen Kommunikation benannten Handlungsbedarf und -spielraum. Andererseits fragt sie darüber hinausgehend aber auch nach dem Handlungsdruck, der durch massenmediale Problematisierungen auf das politische System hinsichtlich der Flüchtlingspolitik aufgebaut werden kann. Beides soll abschliessend dargestellt werden.

Der *Handlungsspielraum* der Schweiz im Umgang mit Flüchtlingen wird durch zwei Konzepte umrissen: die Transitland-Doktrin und das Bild der humanitären Schweiz. Diese beiden Konzepte werden je nach Kontext unterschiedlich stark gewichtet und zueinander in Beziehung gesetzt. In den Jahren 1938 und 1939 steht eine Bedrohungsperzeption mit

politischen, sozialen (Arbeitsmarkt) und kulturellen Komponenten (Überfremdung) im Vordergrund. Entsprechend plausibilisieren die propagierten Handlungsoptionen hauptsächlich (d.h. mit Ausnahme der *Sentinelle*) eine Abwehrhaltung. Selbst die in der Kritik an der „bürgerlichen“ Flüchtlingspolitik in der *Tagwacht* artikulierten weiterreichenden Handlungsoptionen werden nur auf Einzelschicksale bezogen, die im Gegensatz zum Massenphänomen nicht in einen Bedrohungszusammenhang gerückt werden. Trotz der Abwehr gerade auch jüdischer Flüchtlinge wird jedoch ein Antisemitismus nationalsozialistischer Prägung deutlich als unschweizerisch zurückgewiesen. Im bereits aus dem Ersten Weltkrieg vertrauten und als unproblematisch wahrgenommenen Umgang mit den Internierten steht 1940 dann das Selbstbild einer humanitären Schweiz im Vordergrund. Entsprechend weiten sich die Handlungsoptionen aus. Seine grösste Ausdehnung erreicht der wahrgenommene Handlungsspielraum jedoch mit der Thematisierung der Kinderhilfe. In ihr ist die Spannung zwischen dem im Krieg sonst wenig praxisadäquaten Transitlandkonzept und der Humanität aufgehoben, so dass die Schweiz bei dieser Flüchtlingskategorie als unbegrenzt handlungsfähig dargestellt wird. Dieses Selbstverständnis wird nun aber durch die auf die Staatsraison im Sinne der Transitland-Doktrin recurrierende Rückweisung von Flüchtlingen im Herbst 1942 irritiert.

Mit der Nachkriegsdiskussion im Krieg zerfällt auch der Basiskonsens über das durch die Geistige Landesverteidigung auf Abwehr geeichte Selbstverständnis. In dem Masse, wie die Stellung der Schweiz in der Welt problematisiert wird, problematisiert sich auch das Verhältnis zu den Fremden in den eigenen Reihen. Im sozialdemokratischen Organ werden die (italienischen) Flüchtlinge zur Konkurrenz auf einem als äusserst unsicher dargestellten Arbeitsmarkt; für die rechtskonservativen Kreise um Eugen Bircher, aber auch für das *Vaterland* werden die russischen Internierten zur Bedrohung für die Schweiz. Diese Auseinandersetzung gipfelt in der „Iswestija-Affäre“ 1945 und im Interniertenskandal 1945 und 1946. Im Rahmen dieser Berichterstattung verwenden die katholisch-konservativen Organe als erste den Ost-West Dualismus des beginnenden Kalten Krieges.

Auch wenn die Handlungsspielräume in der schweizerischen Flüchtlingspolitik während der gesamten Untersuchungsphase mehrmals zum Thema werden, so erreicht doch die öffentliche Kritik an der Flüchtlingspolitik nur im Spätsommer 1942 durch ihre Intensität und ihre breite gesellschaftliche Abstützung eine Qualität, durch die Regierung und Verwaltung unter *Handlungsdruck* gesetzt werden. Der Bundesrat reagiert mit einer Beschwichtigungstaktik, negiert die Diskrepanz zwischen der aktuellen Asylpolitik und der humanitären Tradition der Schweiz, macht den Hilfswerken und der aufgebrachten öffentlichen Meinung in der Asylpraxis zwei kleine Zugeständnisse, delegiert die Verantwortung an nachgeordnete Stellen in der Verwaltung und hält im grossen und ganzen an der bisherigen Flüchtlingspolitik fest. Die für jüdische Flüchtlinge fatale Regelung über die Rückweisung von Flüchtlingen aus Rassegründen bleibt bis zum Juli 1944 bestehen.

Die öffentliche Meinung, die die *Tagwacht* am 28. August 1942 noch emphatisch als „dieses sensibelste Kontrollsystem in einer Demokratie“ lobt, gibt sich erstaunlich schnell mit vagen Zusagen des Bundesrates zufrieden. Dies lässt sich nicht nur aus der auf Beschwichtigung und Verharmlosung angelegten Kommunikationsstrategie des Bundesrates erklären. Denn der letztlich für eine Durchbrechung der so fatalen Routinen der

Asylpolitik nicht ausreichende Problemdruck ist die Summe der Kommunikationsstrategien aller involvierten Akteure. Vor dem Hintergrund ihrer Konsensorientierung in der Geistigen Landesverteidigung und anderer, zentralerer innenpolitischer Problembereiche – z.B. in der Sozialpolitik – scheint es den grossen politischen Milieus nicht opportun, in einen Fundamentalkonflikt um die Grundlagen der schweizerischen Asylpolitik einzutreten. So wurden die Grundlagen der Asylpolitik nicht in Frage gestellt und die Kritik letztlich auf Aspekte der Asylpraxis beschränkt. Hier allerdings zeigte die mediale Problematisierung durchaus Wirkung. Jene wenigen jüdischen Flüchtlinge, die im Herbst 1942 aufgenommen wurden, verdanken dies wesentlich der kurzen humanitären Aufwallung der veröffentlichten Meinung in der Schweiz.

Nach dem Herbst 1942 erzielt keine weitere mediale Debatte um die Flüchtlingspolitik eine vergleichbare Resonanz im politischen System. Zwar verschärft sich mit dem Zerfall des Minimalkonsenses der Geistigen Landesverteidigung auch der Ton der Kritik. Doch in der sich zuspitzenden Polarisierung wird diese Kritik zunehmend durch eine Antikritik konterkariert, zu deren Sprachrohr sich Eugen Bircher entwickelt. In dieser Konstellation gerät die Kritik an der Flüchtlingspolitik in den Geruch parteipolitisch motivierter Sonderinteressen. Dies bietet dem Bundesrat und den bürgerlichen Parteiorganen die Möglichkeit, die offizielle Flüchtlingspolitik als massvollen Mittelweg darzustellen und so der Kritik zu entziehen.

Zur nur schwachen gesellschaftlichen Problematisierung der schweizerischen Flüchtlingspolitik trägt auch die Wahrnehmung und Selbstpositionierung der Schweiz ausgangs des Zweiten Weltkriegs bei. Innenpolitisch markiert die Kriegswende 1942/43 den Beginn einer Phase zunehmender Polarisierung, die durch die verstärkte Oppositionsrolle der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz ausgelöst (Neue Schweiz) und durch die erstarkende linkssozialistische Sammelbewegung PdA verstärkt wird (Kapitel 6). Aussenpolitisch sieht sich die Schweiz ab Ende 1943 mit einer zunehmenden internationalen Isolation konfrontiert. In der sogenannten Pilet-Golaz-Affäre fliessen beide Aspekte ineinander. Doch führt diese doppelte Irritation in der Transformationsphase ausgangs des Krieges nicht in eine grundsätzliche Neuorientierung. Das *Vaterland* knüpft mit der den braunen und den roten Terror gleichsetzenden Totalitarismusthese nahtlos an die Bedrohungspersonifikation der frühen 1940er Jahre an und etabliert ein Deutungsmuster, dem sich vorerst die *Neue Zürcher Zeitung* und unter umgekehrten Vorzeichen auch die *Tagwacht* anschliessen. Mit dem Koreakrieg wird dann aber der lange Konversionsprozess der Sozialdemokratie „von Osten nach Westen“ abgeschlossen. Im Klima der zweiten, nun konservativ gewendeten Geistigen Landesverteidigung im Kalten Krieg ist die Flüchtlingspolitik der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges kein resonanzstarkes Thema mehr.

Es bedarf schon einer erneuten, fundamentalen Orientierungskrise nach dem Ende des Kalten Krieges und der in der Einleitung zu dieser Arbeit skizzierten Konstellationen, bis dieses Thema, nun von definitionsmächtigen Akteuren getragen und durch die Logiken eines kommerzialisierten Mediensystems begünstigt, erneut zum Gegenstand der öffentlichen politischen Kommunikation wird.

9 Literaturverzeichnis

- Adam, Jost: Die Haltung der Schweiz gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland im Jahre 1940, Mainz 1972.
- Altermatt, Urs: Die Stimmungslage im politischen Katholizismus der Schweiz von 1945: „Wir lassen uns nicht ausmanövrieren“, in: Victor Conzemius et al. (Hg.): 1945 als Thema kirchlicher Zeitgeschichte, Göttingen 1988.
- Altermatt, Urs: Katholizismus und Moderne. Zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte der Schweizer Katholiken im 19. und 20. Jahrhundert, Zürich 1989.
- Arbeitsgruppe für Geschichte der Arbeiterbewegung Zürich (Hg.): Schweizerische Arbeiterbewegung. Dokumente zur Lage, Organisation und Kämpfen der Arbeiter von der Frühindustrialisierung bis zur Gegenwart, Zürich 1975.
- Berger, Peter L. / Luckmann, Thomas: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Frankfurt 1980.
- Bollinger, Ernst: Pressegeschichte II. 1840 – 1930. Die goldenen Jahre der Massenpresse, Freiburg 1996.
- Bonjour, Edgar: Geschichte der schweizerischen Neutralität, Bde. III-IX, Basel / Stuttgart 1970ff.
- Bourgeois, Daniel: Presse und Zensur, in: ders.: Das Geschäft mit Hitlerdeutschland. Schweizer Wirtschaft und Drittes Reich, Zürich 2002 (Erstveröffentlichung: La presse suisse pendant la deuxième guerre mondiale, in: Formation continue des journalistes, Lausanne 1983).
- Bucher, Erwin: Die Schweiz im Sommer 1940, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Vol. 29, 1979, S. 356-389.
- Bürgin, Kurt: Statistische Untersuchungen über das schweizerische Zeitungswesen 1896-1930, Diss., Leipzig 1939.
- Castoriadis, Cornelius: Gesellschaft als imaginäre Institution. Entwurf einer politischen Philosophie, Frankfurt a. M. 1984.
- Donges, Patrick / Imhof, Kurt: Öffentlichkeit im Wandel, in: Otfried Jarren / Heinz Bonfadelli (Hg.): Einführung in die Publizistikwissenschaft, Bern / Stuttgart / Wien 2001, S. 101-133.
- Dreifuss, Eric: Die Schweiz und das Dritte Reich. Vier deutschsprachige Zeitungen im Zeitalter des Faschismus 1933-1939, Frauenfeld / Stuttgart 1971.
- Frisch, Max: Dienstbüchlein, Frankfurt a. M. 1974.
- Fritsche, Buno / Lemmenmeier, Max: Auf dem Weg zu einer städtischen Industriegesellschaft, in: Geschichte des Kantons Zürich, Bd. 3, Zürich 1994, S. 158-249.
- Gast, Uriel: Von der Kontrolle zur Abwehr. Die eidgenössische Fremdenpolizei im Spannungsfeld zwischen Politik und Wirtschaft 1915-1933, Zürich 1997.

- Gerhards, Jürgen / Neidhardt, Friedhelm: Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit, in: W. Langenbucher (Hg.), Politische Kommunikation. Grundlagen, Strukturen, Prozesse, Wien 1993, S. 52-89.
- Gilg, Peter / Gruner, Erich: Nationale Erneuerungsbewegungen in der Schweiz 1925 - 1940, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 14. Jhg. / Heft 1, 1966, S. 1 – 25.
- Graf, Christoph: Innen- und aussenpolitische Aspekte schweizerischer Zensur während des Zweiten Weltkrieges, in: Innen- und Aussenpolitik. Primat oder Interdependenz? Festschrift zum 60. Geburtstag von Walther Hofer, Bern 1980, S. 553-564.
- Gruner, Erich: Die Parteien in der Schweiz. Geschichte, neue Forschungsergebnisse, aktuelle Probleme, Bern 1977.
- Haas, Gaston: „Wenn man gewusst hätte, was sich drüben im Reich abspielte...“: 1941-1943. Was man in der Schweiz von der Judenvernichtung wusste, Basel 1994.
- Habermas, Jürgen, Theorie des kommunikativen Handelns, Frankfurt a. M. ⁴1987.
- Habermas, Jürgen: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt a. M. 1994.
- Halter-Schmid, Ruth: Schweizer Radio 1939-1945. Die Organisation des Radiokommunikators durch Bundesrat und Parlament. Ein Beitrag zur Mediengeschichte, Bern 1980.
- Hässler, Alfred A.: Das Boot ist voll... Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933-1945, Zürich 1967.
- Heiniger, Markus: Dreizehn Gründe. Warum die Schweiz im Zweiten Weltkrieg nicht erobert wurde, Zürich 1989.
- Ihle, Pascal: Die journalistische Landesverteidigung im Zweiten Weltkrieg. Eine kommunikationshistorische Studie. Die Auslandberichterstattung der vier Zürcher Tageszeitungen „Neue Zürcher Nachrichten“, „Neue Zürcher Zeitung“, „Tages-Anzeiger“ und „Volksrecht“ unter dem Pressenotrecht, Zürich 1997.
- Imhof, Kurt / Romano, Gaetano: Soziale Krisen und die Kreation von neuen Entwicklungsmustern, Lizentiatsarbeit Universität Zürich, 1986.
- Imhof, Kurt: Nationalismus, Nationalstaat und Minderheiten. Zu einer Soziologie der Minoritäten, in: Soziale Welt. Zeitschrift für sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis, Jahrgang 44, Heft 3, 1993, S. 327-357.
- Imhof, Kurt: Lernen von Aussen? Oder: die Betrachtung des Irrationalen als Voraussetzung für die Vernunft. Programmmatische Mutationen in der Krise der 30er Jahre, in: Kurt Imhof / Heinz Klegler / Gaetano Romano (Hg.): Zwischen Konflikt und Konkordanz. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Vor- und Zwischenkriegszeit, Zürich 1993, S. 289-355.
- Imhof, Kurt: Vermessene Öffentlichkeit - vermessene Forschung? Vorstellung eines Projekts, in: Kurt Imhof / Heinz Klegler / Gaetano Romano (Hg.): Zwischen Konflikt und

- Konkordanz. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Vor- und Zwischenkriegszeit, Zürich 1993, S. 11-60.
- Imhof, Kurt / Romano, Gaetano: Die Diskontinuität der Moderne. Zur Theorie des sozialen Wandels, Frankfurt a. M. / New York 1996.
- Imhof, Kurt: Das kurze Leben der geistigen Landesverteidigung. Von der „Volksgemeinschaft“ vor dem Krieg zum Streit über die „Nachkriegszeit“ im Krieg, in: Kurt Imhof / Heinz Kleger / Gaetano Romano (Hg.): Konkordanz und Kalter Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit, Zürich 1996, S. 19-83.
- Imhof, Kurt: Wiedergeburt der geistigen Landesverteidigung: Kalter Krieg in der Schweiz, in: Kurt Imhof / Heinz Kleger / Gaetano Romano (Hg.): Konkordanz und Kalter Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit, Zürich 1996, S. 173-247.
- Imhof, Kurt / Ettinger, Patrik / Boller, Boris: Die Flüchtlings- und Aussenwirtschaftspolitik der Schweiz im Kontext der öffentlichen politischen Kommunikation 1938-1950, Veröffentlichung der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg, Bd. 8, Zürich 2001.
- Imhof, Kurt: Unsicherheit und Kreativität: Zwei Kernprobleme der Handlungstheorie, in: Klaus Neumann Braun (Hg.), Medienkultur und Kulturkritik. Festschrift für Stefan Müller-Doohm, Opladen 2002, S. 200-216.
- Imhof, Kurt: Moral: Geschäft und Bedingung der Wiederherstellung von Vertrauen. Funktionen der Moralisierung in der Mediengesellschaft, in: Zeitschrift „risikovoices“ hg. von der Stiftung Risiko-Dialog der Universität St. Gallen, Nr. 4, 2002, S. 1-12.
- Imhof, Kurt: Öffentlichkeit als historische Kategorie und als Kategorie der Historie, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Vol. 46, 1996, S. 3-25.
- Jost, Hans Ulrich: Bedrohung und Enge (1914-1945), in: Geschichte der Schweiz und der Schweizer, Bd. III, Basel 1983.
- Jost, Hans Ulrich: Politik und Wirtschaft im Krieg. Die Schweiz 1938-1948, Zürich 1998.
- Jost, Hans Ulrich / Imhof, Kurt: Geistige Landesverteidigung: helvetischer Totalitarismus oder antitotalitärer Basiskompromiss? – ein Streitgespräch, in: Schweizerisches Landesmuseum (Hg.), Die Erfindung der Schweiz 1848 – 1948, Zürich 1998.
- Kant, Immanuel: Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? Akademieausgabe, Bd. 8, Berlin 1912.
- Kant, Immanuel: Kritik der reinen Vernunft, Hamburg 1956.
- Käser-Leisibach, Ursula: Stimmen aus den Schweizer Kirchen zum Nationalsozialismus 1933-1942, Winterthur 1994, S. 68-140.
- Kempf, Lucia: Statistische Untersuchungen über das schweizerische Zeitungswesen, in: Bulletin des Schweizerischen Zeitungsverlegerverbandes 14, 1939, S. 385-409.

- Kleger, Heinz: Die nationale Bürgergesellschaft im Krieg und Nachkrieg: 1943-1955, in Kurt Imhof / Heinz Kleger / Gaetano Romano (Hg.): Konkordanz und Kalter Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit, Zürich 1996, S. 111-171.
- Kocher, Hermann: Rationierte Menschlichkeit. Schweizerischer Protestantismus im Spannungsfeld von Flüchtlingsnot und offizieller Flüchtlingspolitik der Schweiz 1933-1948, Zürich 1996.
- Koller, Guido: Entscheidungen über Leben und Tod. Die behördliche Praxis in der Schweizerischen Flüchtlingspolitik während des Zweiten Weltkrieges, in: Studien und Quellen. Zeitschrift des Schweizerischen Bundesarchivs, Nr. 22, 1996, S. 17-104.
- Koller, Guido: Die schweizerische Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg, in: Schweizerisches Bundesarchiv (Hg.): Fluchtgelder, Raubgut und nachrichtenlose Vermögen. Wissensstand und Forschungsperspektiven, 1997 S. 45-49.
- Kreis, Georg: Juli 1940. Die Aktion Trump, Basel / Stuttgart 1973.
- Kreis, Georg: Zensur und Selbstzensur. Die schweizerische Pressepolitik im Zweiten Weltkrieg, Frauenfeld / Stuttgart 1973.
- Kreis, Georg: Parlamentarismus und Antiparlamentarismus in den Jahren 1933 - 1945, in: Das Parlament - „Oberste Gewalt des Bundes“?. Festschrift der Bundesversammlung zur 700-Jahr Feier der Eidgenossenschaft, Bern / Stuttgart 1991.
- Kreis, Georg: Die Schweiz der Jahre 1918 - 1948, in: Allgemeine Geschichtsforschende Gesellschaft der Schweiz (Hg.), Geschichtsforschung in der Schweiz. Bilanz und Perspektiven – 1991, 1992.
- Kreis, Georg: Wieviel Flüchtlingsgeschichte braucht die Schweiz? Historische Forschung und öffentliches Bewusstsein in der Entwicklung, in: Neue Zürcher Zeitung, 14. Oktober 1997.
- Kreis, Georg: Zwischen humanitärer Mission und inhumaner Tradition. Zur schweizerischen Flüchtlingspolitik der Jahre 1938-1945, in: Philipp Sarasin / Regina Wecker (Hg.): Raubgold, Reduit, Flüchtlinge. Zur Geschichte der Schweiz im Zweiten Weltkrieg, Zürich 1998, S. 121-139.
- Kreis, Georg: Flüchtlingsdebatte und Zensurregime in den Jahren 1939-1945, in: Kurt Imhof / Patrik Ettinger / Boris Boller: Flüchtlinge als Thema der öffentlichen politischen Kommunikation in der Schweiz 1938-1947, Bern 1999.
- Kreis, Georg: Die Rückkehr des J-Stempels. Zur Geschichte einer schwierigen Vergangenheitsbewältigung, Zürich 2000.
- Kreis, Georg: Die Schweiz in Erwartung des Zweiten Weltkrieges, in: Irène Lindgren / Renate Walder (Hg.): Schweden, die Schweiz und der Zweite Weltkrieg, Frankfurt a. M. 2001.

- Kunz, Matthias: Aufbruchstimmung und Sonderfall-Rhetorik. Die Schweiz im Übergang von der Kriegs- zur Nachkriegszeit in der Wahrnehmung der Parteipresse 1943-50 (Bundesarchiv Dossier 8), Bern 1998.
- Kury, Patrick: Über Fremde reden. Überfremdungsdiskurs und Ausgrenzung 1900-1945, Zürich 2003.
- Lassere, André: Schweiz: die dunkeln Jahre. Öffentliche Meinung 1939 - 1945, Zürich 1992.
- Lassere, André: Frontières et camps. Le refuge en Suisse de 1933 à 1945, Lausanne 1995.
- Lindgren, Irène / Walder, Renate (Hg.): Schweden, die Schweiz und der Zweite Weltkrieg, Frankfurt a. M. 2001.
- Lossau, Manfred, Die Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS): Skizze ihrer Geschichte 1944-1968, Diplomarbeit, Marburg 1981.
- Luchsinger, Fred: Die Neue Zürcher Zeitung im Zeitalter des Zweiten Weltkrieges 1930 - 1955, Zürich 1955.
- Ludi, Regula: Die Parzellierung der Vergangenheit. Schweizer NS-Opfer und die Grenzen der Wiedergutmachung, in: Schweizerisches Bundesarchiv (Hg): Integration und Ausschluss, Zeitschrift des Schweizerischen Bundesarchivs. Studien und Quellen 29, 2003, S. 101-128.
- Ludwig, Carl, Die Flüchtlingspolitik der Schweiz in den Jahren 1933 bis 1955, Bern 1957.
- Lüthy, Herbert: Die Disteln von 1940, in: Georg Kreis, Juli 1940. Die Aktion Trumpf, Basel / Stuttgart 1973.
- Mächler, Stefan: Der Kampf gegen das Chaos - die antisemitische Bevölkerungspolitik der eidgenössischen Fremdenpolizei und Polizeiabteilung 1917-1954, in: Antisemitismus in der Schweiz 1848-1960, Zürich 1998.
- Maetzke, Ernst Otto: Die deutschschweizerische Presse zu einigen Problemen des 2. Weltkrieges, Diss. Tübingen (=Tübinger Studien zur Geschichte und Politik, Bd. 2), Tübingen 1955.
- Maissen, Thomas: Hochgemuter Pessimismus. Zum Selbstverständnis einer Generation, in: Neue Zürcher Zeitung, 19. Juli 2000.
- Maissen, Thomas: Verweigerte Erinnerung. Nachrichtenlose Vermögen und Schweizer Weltkriegsdebatte 1989-2004, Zürich 2005.
- Mäusli, Theo: Radio: Nicht bloss ein Apparat, der tönt, in: ders. (Hg.): Schallwellen. Zur Sozialgeschichte des Radios, Zürich 1996, S. 55-75.
- Meier, Stephan: Die Konstitution des Bösen. Die Partei der Arbeit der Schweiz zwischen Aufbruch und Ausgrenzung (1944-1952). Unveröffentlichte Lizentiatsarbeit, Universität Zürich 1998.

- Merki, Christoph: Und wieder lodern die Höhenfeuer. Die schweizerische Bundesfeier als Hoch-Zeit der nationalen Ideologie. 1.-August-Artikel in der Parteipresse 1891-1935, Zürich 1995.
- Meurant, Jacques: La Presse et l'opinion de la Suisse romande face à l'Europe en guerre 1939-1941, Neuchâtel 1976.
- Mooser, Josef: Die „Geistige Landesverteidigung“ in den 1930er Jahren, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Vol. 47, 1997, S. 685-708.
- Morandi, Pietro: Die Entstehung eines neuen wirtschafts- und sozialpolitischen Leitbildes in der Schweiz der 30er Jahre und die ordnungspolitische Debatte der Wirtschaftskomitee der Bundesverfassung, Bern 1998.
- Perrenoud, Marc: La sentinelle sous surveillance. Un quotidien socialiste et le contrôle de la presse (1939-1945), in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Vol. 37, 1987, S. 137-168.
- Perrenoud, Marc: Commerce extérieur et politique suisse 1939 - 1945, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Vol. 47, Nr. 4, 1997, S. 477 - 491.
- Peters, Bernhard: Der Sinn von Öffentlichkeit, in: Friedhelm Neidhardt (Hg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34), 1994, S. 42-76.
- Picard, Jacques: Die Schweiz und die Juden 1933-1945. Schweizerischer Antisemitismus, jüdische Abwehr und internationale Migrations- und Flüchtlingspolitik, Zürich 1994.
- Picard, Jacques: Antisemitismus erforschen? Über Begriff und Funktion der Judenfeindschaft und die Problematik ihrer Erforschung, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Vol. 47, Nr. 4, 1997, S. 585f.
- Picard, Jacques: Die Schweiz auf der „Zuschauerbank“ der Geschichte? Über die „Neutralität“ in einem Zeitalter globaler Krisen und genozidaler Kriege, in: Jakob Tanner / Sigrid Weigel (Hg.): Gedächtnis, Geld und Gesetz. Vom Umgang mit der Vergangenheit des Zweiten Weltkrieges, Zürich 2002, S. 77-107.
- Rings, Werner: Schweiz im Krieg. 1933-1945, Zürich ⁸1990.
- Roschewski, Heinz: Rothmund und die Juden. Eine historische Fallstudie des Antisemitismus in der schweizerischen Flüchtlingspolitik 1933-1957, Basel / Frankfurt a. M. 1997.
- Rössler, Patrick: Agenda-Setting. Theoretische Annahmen und empirische Evidenzen einer Medienwirkungshypothese, Opladen 1997.
- Ruf, Heinz: Organisation von Arbeitnehmerinteressen im Überblick, in: Robert Fluder et al., Gewerkschaften und Angestelltenverbände in der schweizerischen Privatwirtschaft. Entstehung, Mitgliedschaft, Organisation und Politik seit 1940, Zürich 1991.
- Schütz, Alfred: Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt. Eine Einleitung in die verstehende Soziologie, Frankfurt a. M. 1974.
- Schütz, Alfred: Gesammelte Aufsätze, Bd. I, Den Haag 1971.

- Seiler, Lukrezia / Wacker, Jean-Claude: „Fast täglich kamen Flüchtlinge“. Riehen und Bettingen - zwei Schweizer Grenzdörfer in der Kriegszeit. Erinnerungen an die Jahre 1933 – 1948, Riehen 1996.
- Stadelmann, Jürg: Umgang mit Fremden in bedrängter Zeit. Schweizerische Flüchtlingspolitik 1940-1945 und ihre Bedeutung bis heute, Zürich 1998.
- Stapferhaus Lenzburg (Hg): Anne Frank und wir, Zürich 1995.
- Studer, Brigitte: Die „Ausländerfrage“ zwischen militärischem Sicherheitsdenken und rechtsstaatlichen Garantien zu Beginn des Zweiten Weltkriegs, in: Schweizerisches Bundesarchiv (Hg): Integration und Ausschluss, Zeitschrift des Schweizerischen Bundesarchivs. Studien und Quellen 29, 2003, S. 161-187.
- Studer, Brigitte: Un parti sous influence. Le Parti communiste suisse, une section du Komintern 1931 à 1939, Lausanne 1994.
- Tanner, Albert: Anbauschlacht, in: Historisches Lexikon der Schweiz, Bd. I, S. 320-322.
- Tanner, Jakob: Bundeshaushalt, Währung und Kriegswirtschaft. Eine finanzsoziologische Analyse der Schweiz zwischen 1938 und 1953, Zürich 1986.
- Tanner, Jakob: Die internationalen Finanzbeziehungen der Schweiz zwischen 1931 und 1950, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Vol. 47, Nr. 4, 1997, S. 492 - 519.
- Tanner, Jakob: „Réduit national“ und Aussenwirtschaft: Wechselwirkungen zwischen militärischer Dissuasion und ökonomischer Kooperation mit den Achsenmächten, in: Philipp Sarasin / Regina Wecker (Hg.): Raubgold, Reduit, Flüchtlinge. Zur Geschichte der Schweiz im Zweiten Weltkrieg, Zürich 1998, S. 81-103.
- Tanner, Jakob: „Die Ereignisse marschieren schnell“. Die Schweiz im Sommer 1940, in: Andreas Suter / Manfred Hettling (Hg.): Struktur und Ereignis (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 19), Göttingen 2001, S. 257-282.
- Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg: Die Schweiz und die Flüchtlinge zur Zeit des Nationalsozialismus, Bern 1999.
- Vögeli, Hans / von Gunten, Hansueli: Das Verhältnis der Sozialdemokratischen Partei zu anderen Linksparteien in der Schweiz 1912-1980, Bern 1980.
- Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, Tübingen ⁵1972.
- Werner, Christian: Für Wirtschaft und Vaterland. Erneuerungsbewegungen und bürgerliche Interessengruppen in der Deutschschweiz 1928-1947, Zürich 2000.
- Wichers, Hermann: Im Kampf gegen Hitler. Deutsche Sozialisten im Schweizer Exil 1933 - 1940, Zürich 1994.
- Wild, Hugo: Hitler-Artikel im „Tages-Anzeiger“. Die Bewährungsprobe des Nationalsozialismus, in: Medien zwischen Geld und Geist. 100 Jahre Tages-Anzeiger, Zürich 1993, S. 301-318.

-
- Zimmer, Oliver: Zur Typisierung der Juden in der Schweizerischen Tagespresse 1933 - 1934, in: Kurt Imhof / Heinz Kleger / Gaetano Romano (Hg.): Zwischen Konflikt und Konkordanz. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Vor- und Zwischenkriegszeit, Zürich 1993.
- Zimmer, Oliver: Die „Volksgemeinschaft“. Entstehen und Funktion einer nationalen Einheitssemantik in den 1930er Jahren in der Schweiz, in: Kurt Imhof / Heinz Kleger / Gaetano Romano (Hg.): Konkordanz und Kalter Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit, Zürich 1996, S. 85-109.

Curriculum Vitae

Geboren: 2. Juli 1966 in Zürich

Verheiratet mit Christine Ackermann – Ettinger, eine Tochter Thérèse Ettinger

04.1973 – 04.1979	Primarschule in Dübendorf
04.1979 – 09.1985	Gymnasium in Zürich und Dübendorf
09.1985	Matura (Typus B)
10.1986 – 11.1995	Studium der Allgemeinen Geschichte, Soziologie und Philosophie an der Universität Zürich
11.1995	Lizentiat Phil. I Universität Zürich
	„Wie ein Missionar in Sansibar“. Volksaufklärerische Bestrebungen der Naturforschenden Gesellschaft in Zürich (1760-85) (Prof. Rudolf Braun)
01.1996 – 10.1996	Projektassistent am Soziologischen Institut (Prof. Kurt Imhof)
seit 01.1997	Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Leiter der Forschungslinie „Sozialer Wandel“ am Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich
04.2004	Promotion Universität Zürich
	„Das sensibelste Kontrollsystem in einer Demokratie“. Flüchtlinge als Thema der öffentlichen politischen Kommunikation in der Schweiz 1938 bis 1947 (Prof. Kurt Imhof / Prof. Jakob Tanner)